

Westeuropa: Unfähig zur Abrüstung S. 17

S. 17

Arbeiterkampf

Jg. 17, Nr. 282, 4. 5. 87 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM C 21734 E

Grüne: Krise der Realos

„Boykottiert das Hauptquartier" hatten Antje Vollmer und Max Thomas Mehr in der „taz" pünktlich zu Beginn des Parteitages als Parole für die Neuwahlen zum Bundesvorstand der Grünen ausgegeben. Aber in Duisburg kam es anders. Die Delegierten boykottierten den Realo-Flügel. Mit Jutta Dithfurth, Regina Michalik und Christian Schmidt wurde ein „linkssektiererisches Triumvirat" (Eva Quistorp) mit einer überraschend hohen Stimmenzahl zu Sprechern des Bundesvorstands gewählt. Unerwartet kam dabei vor allem die Wahl Christian Schmidts, der in seiner Vorstellung scharf gegen die realpolitische Option und gegen die Ideologie des „kleineren Übels" sowie für eine deutliche Konfrontation mit den Herrschenden eingetreten war. Die mit Mühe ausgesuchte Kandidatin der Realos, Ulrike Riedel aus dem Umweltministerium Joschka Fischers, und der als Unabhängiger laufende gemäßigte Realo Reinhard Krämer fielen durch. Norbert Kostede, bisher Beisitzer im Bundesvorstand, erlebte ein persönliches von Fiasko: von 606 Stimmen erhielt er gerade mal 100 (Jutta Dithfurth 387, Christian Schmidt 362, Ulrike Riedel 255, Reinhard Krämer 111). Die Reaktionen auf diese Niederlage fielen bei den Realos sehr unterschiedlich aus. Die Panik-Fraktion blieb allerdings in der Minderheit. Der frühere Bundestagsabgeordnete Norbert Mann will aus dem „grünen Sauhaufen" austreten und eine Alternative dazu gründen. Seite 2

Boykott! Was sonst?

Wenn der Zähler kommt: Bogen annehmen, Kennummer abschneiden, den Bogen bei der nächsten Boykott-Initiative abgeben, gelassen die behördlichen Anmahnungen abwarten, im Falle von Bußgeldforderungen Widerspruch einlegen und dann dem Tag entgegensehen, an dem die Bürokratie an ihrem selbstgemachten Streß in die Knie geht.

Für solche Ratschläge mußten diverse Initiativen, das Bonner und andere Büros der GRÜNEN gewaltsame Durchsuchungsaktionen des Staatsschutzes über sich ergehen lassen. Begründung: „Aufruf zur gemeingefährlichen Sachbeschädigung". Von da zum Vorwurf des Verfassungsbruchs, Terrorismus' und Landesverrats ist nur noch ein Schritt.

Der Volkszählungsboykott entwickelt sich zur Nachhilfe in praktischer Staatsbürgerkunde. Was die Zimmermänner der Republik kriminalisieren möchten, das ist jetzt gerade angesagt. Ziviler Ungehorsam. Recht auf den eigenen Kopf. — Boykott also, was sonst! Seite 4-6

PLO wieder vereint
Weg zur Eigenständigkeit?

Mit Ausnahme von drei prosyrischen Gruppen hat die Palästinensische Befreiungsorganisation auf ihrer Nationalratstagung in Algier Ende April nach mehrjähriger Spaltung ihre Einheit wiederhergestellt. Besonders wichtig ist die Rückkehr der nach Al Fatah bedeutendsten Organisationen, der linksradikalen PFLP und der vorwiegend an der UdSSR orientierten DFLP, in die Führungsgremien der PLO. Politisch hat die Nationalratstagung trotz einiger Einschränkungen in unerwartetem Ausmaß die „gemäßigte" Poli-

Dialogs, Uri Avneri, und des anti-zionistischen Marxisten Israel Schahak, der eine linksradikale Kritik an den offiziellen Dialogformen übt. Seite 20

Frauen

Ein fatales Frauenbild wird im „Müttermanifest" vertreten, der verbohrten Feministin wird die ideelle Gesamtmutter entgegengestellt.

mit Mühe ausgesuchte Kandidatin der Realos, Ulrike Riedel aus dem Umweltministerium Joschka Fischers, und der als Unabhängiger laufende gemäßigte Realo Reinhard Krämer fielen durch. Norbert Kostede, bisher Beisitzer im Bundesvorstand, erlebte ein persönliches von Fiasko: von 606 Stimmen erhielt er gerade mal 100 (Jutta Dithfurth 387, Christian Schmidt 362, Ulrike Riedel 255, Reinhard Krämer 111). Die Reaktionen auf diese Niederlage fielen bei den Realos sehr unterschiedlich aus. Die Panik-Fraktion blieb allerdings in der Minderheit. Der frühere Bundestagsabgeordnete Norbert Mann will aus dem „grünen Sauhaufen" austreten und eine Alternative dazu gründen. Seite 2

PLO wieder vereint
Weg zur Eigenständigkeit?

Mit Ausnahme von drei prosyrischen Gruppen hat die Palästinensische Befreiungsorganisation auf ihrer Nationalratstagung in Algier Ende April nach mehrjähriger Spaltung ihre Einheit wiederhergestellt. Besonders wichtig ist die Rückkehr der nach Al Fatah bedeutendsten Organisationen, der linksradikalen PFLP und der vorwiegend an der UdSSR orientierten DFLP, in die Führungsgremien der PLO. Politisch hat die Nationalratstagung trotz einiger Einschränkungen in unerwartetem Ausmaß die „gemäßigte" Poli-
tik Arafats bestätigt. Wir berichten über Vorgeschichte und Beschlüsse der Tagung auf S. Außerdem setzen wir unsere Serie zum palästinensisch-israelischen Dialog fort, diesmal mit Texten des Pioniers dieses
Dialogs, Uri Avneri, und des anti-zionistischen Marxisten Israel Schahak, der eine linksradikale Kritik an den offiziellen Dialogformen übt. Seite 20

Frauen

Ein fatales Frauenbild wird im „Müttermanifest" vertreten, der verbohrten Feministin wird die ideelle Gesamtmutter entgegengestellt.

Mit 37 Stunden flexibel in die 90er

„Dicht vor dem vielleicht größten und unkalkulierbarsten Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik" (Franz Steinkühler), fanden die Metall-Tarifpartner einen Kompromiß, dessen Zustandekommen fast alle überraschte. Die 37-Stundenwoche in zwei Stufen, Lohnerhöhungen für drei Jahre vorab festgelegt, das kann sich sehen lassen — so die IG Metall. Mehr Flexibilisierung und Differenzierung, weitere Entkoppelung von Arbeitszeit und Maschinenlaufzeit, die Ausdehnung des Arbeitstages, Einbruch in den arbeitsfreien Samstag, das kann sich sehen lassen, so die Partner von Gesamtmetall.

Dieser Abschluß ist aber auch das Ende einer gewerkschaftlichen Utopie von Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen Massenarbeitslosigkeit und zur Entlastung der Arbeitenden. Der Mythos von der 35-Stundenwoche ist dahin, die Utopie auf ihre Normalität reduziert, eingepaßt in den kapitalistischen Modernisierungsprozeß. Die Sonne scheint oder auch nicht. Seite 18

Wer ist Gorbi?
Zur Preisfrage linker Krisendebatte
(Seite 38-41)

Vietnam im Jahre 12

Vietnam ist aus dem Blickwinkel linken Interesses verschwunden. Was vielen einstmals als Fixpunkt moralisch-politischen Engagements galt, ist zum Unthema geworden — spätestens seit dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kampuchea.

Von einer Reise durch Vietnam im Jahre 12 der Befreiung berichten wir auf Seite 28



Der AK sprach mit

Joma Sison, Gründungsmitglied der Partei des Volkes und heute bekannteste Persönlichkeit der philippinischen Linken. Nach dem ersten Teil des Gesprächs, in dem Sison über die Zeit seiner Haft und die Geschichte der Kommunistischen Partei der Philippinen berichtete, (s. AK 281) publizieren wir in dieser Ausgabe seine Ausführungen zum Wahlboykott und zur aktuellen Lage. Sison informiert außerdem über die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den von der neuen Volksarmee kontrollierten befreiten Gebieten. Seite 25

Shombe, dem BRD-Repräsentanten der SWAPO. Shombe spricht über die Erfahrungen der SWAPO mit der aktuellen Politik der BRD in der Namibia-Frage, über Fragen der Solidarität mit Ländern der „Dritten Welt" und Probleme der Unterstützungsarbeit für ein freies Namibia. Angesichts der Haltung in der BRD fragt Shombe, „ob das Schweigen über die Ungerechtigkeit in Namibia ein Ausdruck dafür ist, daß die Güter Namibias, die die Westdeutschen dort herausholen, höher bewertet werden als die schwarzen Namibier." Seite 24

Nail Cavus, dem Sprecher der Hungerstreikaktion gegen die faschistische Hochschulverfassung in der Türkei. Cavus berichtet über die Entwicklung des Widerstands, seine Ziele und die Resonanz der Aktionen bei Gewerkschaften und demokratischen Kräften. Seite 27

Fortsetzung von Seite 1

Helmut Wiesenthal, ökolibertärer Realo aus NRW, trat als Beisitzer aus dem Bundesvorstand zurück. Ulrike Riedel stellte ganz in schilyscher Manier fest: „ein großer Schaden für die Partei". Joschka Fischer, Waltraud Schoppe und Hubert Kleinert bemühten sich dagegen, die Fassung zu bewahren — jetzt gelte es erst recht, das Hauptquartier zu boykottieren. Die Autonomie der Landesverbände und Fraktionen werde anwachsen. Im übrigen stünden ja in den nächsten 24 Monaten keine wichtigen Wahlen an. „Da sollen die Fundis mal zwei Jahre Narrenfreiheit haben."

Tatsächlich aber macht sich in den Realoreihen Ratlosigkeit breit. Daß die Wahl nicht nur verloren wurde, weil die Linken „durchgestimmt hatten", sondern weil Ulrike Riedel und Reinhard Krämer farblose und unbekannte Kandidaten waren, bestritten nicht einmal Hessen-Grüne. Die Profilierungsschwäche des zweiten Realogliedes korrespondiert mit den dort aufkeimenden strategischen Widersprüchen zwischen den Realos, die sich rückhaltlos auf die Bindung an die SPD einschwören und denen, die wie Antje Vollmer, Waltraud Schoppe oder Lukas Beckmann auch auf ökolibertäres Gedankengut zurückgreifen. Hinzu kommt die Unzufriedenheit eher realpolitisch orientierter Grüner aus dem dritten und vierten Glied mit dem Guru-Gehabe ihrer Fischers, Schilys und Kleinerts. Während der fundamentalische und ökosozialistische Block relativ geschlossen auftreten konnte, haben sich die Realos erst nach zahlreichen Treffen im Vorfeld und während des Parteitages mühsam auf eine gemeinsame Kandidatin einigen können. Andererseits wissen einige der Realo-Strategen auch, daß die Schwierigkeiten einer Vorstandsbesetzung in ihrem Sinne unter anderem aus der unterschiedlichen Interessenlage resultieren: Für die linken Grünen ist der Bundesvorstand die einzige Chance, neben den überwiegend Realo-orientierten Fraktionen ein relevantes Gegengewicht zu haben; für die Realos ergibt sich entsprechend ihrem Politikverständnis eine Negativdefinition dieser Arbeit: Störfaktoren auszuschalten. Das allein macht einer karrierebewußten, metropolitanen Realo-Größe diesen Job nicht besonders attraktiv.

Trotz des Wahlergebnisses kann man aber auch nicht von einem Linksrutsch auf der Bundesdelegiertenkonferenz reden. Bei der von der Ökolibertären Gisela Erler in Zusammenarbeit mit Waltraud Schoppe und Antje Vollmer angezettelten Diskussion über die Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Mütter als Gegengewicht zu der als zu feministisch angesehenen Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen konnten sich die die wertkonservativen Grünen weitgehend durchsetzen. Künftig werden die Mütter-Ideologinnen eine selbständige Arbeitsgemeinschaft mit eigenem Etat der BAG Frauen sein und überdies eine der drei BAG-Sprecherinnen stellen. Die Auseinandersetzung zwischen linken Grünen und dem nach der Hessen-Wahl recht schnell an Einfluß und Personen zunehmenden wertkonservativen Flügel in der Partei wird sich verschärfen. Die Realos werden dabei erheblich Federn lassen müssen, weil ihre Strategie der rot-grünen Regierungsbeteiligung derzeit nicht praktisch umgesetzt werden kann, sie aber auch keine Strategie unterhalb der Regierungsbeteiligung anzubieten haben.

Fassanbass

Block relativ geschlossen auftreten konnte, haben sich die Realos erst nach zahlreichen Treffen im Vorfeld und während des Parteitages mühsam auf eine gemeinsame Kandidatin einigen können. Andererseits wissen einige

kann, sie aber auch keine Strategie unterhalb der Regierungsbeteiligung anzubieten haben.

Fassanbass



Kreuzberg:
Freiheit, Glück und Sachschaden

Kreuzberg:
Freiheit, Glück und Sachschaden

„*Sehen Se, det is Berlin*", schrieb „Bild am Sonntag" am 3.5. und: „*Berlin ist jung und frech*". Auch der Bundespräsident ist dieser Meinung: „*So sind sie, meine Berliner*" (ebd.). Wie wahr. Die einen jubilieren zum siebenhundertundfünfzigsten. Die anderen gedenken des fünfundsiebzigsten (am 2.5. hätte der „große Patriot" — Sohn dieser Stadt, Führer dieser Stadt — Axel Caesar Springer das dreiviertel Hundert erreicht). Und die Bullen betrauern den Verlust von 75 Wannen. So feiert jede(r) auf seine Art. In der Nacht vom 1. auf den 2. Mai erlebte Kreuzberg einen Fackelzug wie schon lange nicht mehr. Der Sachschaden soll in die Millionen gehen: Gewalt!! Das ist eine Szene...

Es begann mit einem unangemeldeten Besuch zu nachtschlafender Zeit. Um fünf Uhr früh brachen am „Tag der Arbeit" pflichtbewußte Ordnungshüter in das alternative Zentrum Mehringhof ein, um dort Flugblätter Westberliner Volkszählungsboykott-Initiativen zu beschlagnahmen: Durchsuchungsbefehl überflüssig, denn Gefahr für Recht und Ordnung im Verzug. Das war nicht nett, denn dort residieren der Ermittlungsausschuß und andere sensible Organe unserer Infrastruktur. Es steht ja nicht jeder so früh auf, nicht mal am 1. Mai. Die Linke erfuhr von der staatlichen Aktion gegen Mittag aus dem Radio und nahm es hin mit sprichwörtlicher revolutionärer Geduld. Polizei war es auch, die dann das gemütliche Beisammensein auf einer Maifeier der Alternativen Liste und SEW auf dem Lausitzer Platz empfindlich störte — übliches Demonstrationsgeschehen in diesem unseren Land.

Daß Gegenwehr aufkam, als das staatliche Gewaltmonopol den Platz mit Tränengas eindeckte und vom Knüppel ausgiebig Gebrauch machte, während noch Eltern mit ihren Kindern besorgt das Weite suchten, ist nicht nur normal, sondern irgendwo auch notwendig. Eskalation. Straßenschlachten. Feuer, Hitze, Durst, Getränkeshops. U-Bahnhof kaputt, furchtbar, Terror gegen den öffentlichen Nahverkehr am verlängerten Wochenende. Chaoten sengen und plündern. Oder singen und plündern. 50 Festnahmen, Hausdurchsuchungen, Haftbefehle, 40 Verletzte und 40% Arbeitslosigkeit in Kreuzberg.

Die CDU beschwört den Untergang des Abendlandes. Die SPD findet, wenn dem Westberliner CDU-Senat sowas passiert, dann soll man in Hamburg nicht über die Hafenstraße meckern, sondern lieber zur Solidarität der Demokraten finden. Die AL stellt fest, daß die Polizei den Konflikt provozierte, daß irgendwie nicht klar ist, wieso er solche Ausmaße annahm (die Polizei verfolgte das feurige Geschehen offenbar recht zurückhaltend), und daß polizeiliche Repression ungeeignet zur Lösung sozialer Konflikte ist.

Szene-Stimmen: Irgendwie war es ja logo, daß was abgehen würde, aber irgendwie ist es komisch, welche Ausmaße es annahm. Und die AK-Redaktion — da schwankt das Herz aufs Zerrissenste zwischen „riesiges Militanz-Comeback-weiter so" und „heimtückische Bullen-Provokation im Vorfeld des Reagan-Besuchs und Kriminalisierung der VoBo-Inis".

Dabei geht es doch lediglich um ein zeitgemäßes urbanes Lebensgefühl. Das ist ja das Faszinierende an der Metropole Westberlin, daß die politische Strategie im Dunkeln bleibt und keine(r) so ganz genau weiß, warum und wozu, aber jedenfalls: *Daß.* Kreuzberg subversiv. Grüßt euch, Genoss(inn)en, weil du auch ein/e Arbeiter/in bist. Weit nach Redaktionsschluß kann das hier in Hamburg auch keine(r) mehr begründen — *Kannst du das mal inhaltlich ausweisen, nein danke* —, aber jedenfalls wären wir gern dabeigewesen.

„Die großen Gestalter sind auf Eis gelegt"

Interview mit dem neuen Sprecher der GRÜNEN, Christian Schmidt

Arbeiterkampf: Wir gratulieren dir, Christian, zu deiner Wahl in den Bundesvorstand. — Wie erklärst du dir die Wahl von drei Sprecherinnen und Sprechern in den Bundesvorstand, die eindeutig dem linken Flügel zuzurechnen sind im Zusammenhang der Gesamtsituation der grünen Partei? Wir denken da besonders an die Auseinandersetzungen um das Müttermanifest und die sich verstärkenden Tendenzen zur Öffnung der Partei in das christlich-konservative Lager?

Christian Schmidt: Zuerst einmal freue ich mich, daß dieses Wahlergebnis herausgekommen ist und daß die AK-Redaktion damit zufrieden ist. Es ist so, daß wir schon oft überrascht worden sind vom Rückhalt, den unsere Positionen haben. Und was mich besonders froh macht, ist die Tatsache, daß wir nun überhaupt nicht mit unseren Positionen hinterm Berg gehalten haben, sondern klar gesagt haben, was wir wollen, und für die Klarheit dieser Positionen belohnt worden sind. Auch mir geht es so, daß ich bestimmte Stimmungen und Tendenzen schwer auf die Reihe kriege, wie beispielsweise die Äußerungen zum Christentum und zur Mütterpolitik. Die Entscheidung über die Mütter-AG halte ich für schlecht. Vor diesem Hintergrund war ich vor der Vorstandswahl skeptisch, ob wir uns durchsetzen können.

Ist der Erfolg von euch dreien, von dir, Jutta und Regina nicht auch eine Folge und Ausdruck des Hessen-Schocks des Realoflügels?

Ich kann das so eindeutig nicht sagen. Ich glaube, daß die Realpolitik jetzt durch das Hessen-Ergebnis in eine Legitimationskrise gekommen ist. Die Behauptung war ja, rot-grün ist möglich, hat eine gesellschaftliche Basis und auf dieser Basis machen wir die Politik der 51%. Es hat sich gezeigt bei diesen Wahlen, daß die gesellschaftliche Basis nicht da ist. Dies hat sich auch, wenn auch sehr knapp, auf parlamentarischer Ebene ausgedrückt. Dabei ist das Wahlergebnis ja noch eher beschönigend. Ich vermute, daß die Unterstützung für explizit rot-grüne Politik noch sehr viel geringer ist. Jedenfalls, die Jubelmeldung „Realpolitik kann die Republik verändern" ist aus den Schlagzeilen. Und das führt zu einer gewissen Orientierungslosigkeit, die sich dann auch in Schwächung von Positionen innerhalb der Partei ausdrückt. Die großen Gestalter sind einstweilen auf Eis gelegt. Gefragt sind Leute, die sagen, wir möchten Mehrheiten verändern in der Gesellschaft, und dafür stehen wir hier.

Du hast dich bei deiner Kandidatur mit klaren linken Positionen vorgestellt. Ist das mehr deine persönliche Note oder drückt sich darin vielleicht eine Änderung des Vorgehens der Linken aus, in Zukunft stärker zu polarisieren?

Ich weiß nicht, wie ich mich in einer anderen Situation vorgestellt hätte, wahrscheinlich genauso. Es hat auch eine Rolle gespielt, daß ich angewidert war von der Schwammigkeit, mit der andere sich geäußert haben und daß ich mir gesagt habe, was der Parteitag braucht, ist eine klare linke Stellungnahme. Gleichzeitig ist es mir nicht darum gegangen, mich nun als besonders links zu profilieren. Ich habe zum Beispiel gesagt, und mache auch nie einen Hehl daraus: Revolutionäre Strategien sind nie mein besonderes Anliegen gewesen. Ich fühle mich in dieser Hinsicht auch nicht mit dem AK beziehungsweise mit dem KB in Übereinstimmung. Ich habe eine eigene Definition dessen, was links sein soll in der Bundesrepublik, das versuche ich deutlich zu sagen.

Das Interview führte Micha

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Das Imperium der Deutschen Bank

— Eine Buchvorstellung —

Ob beim Streit um die Kirchentagskonten wegen der Kredite für Südafrika, ob bei der umfassendsten Fusion der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte, der größten Börsentransaktion oder der Neuordnung eines Medienmolochs — immer taucht ein Name auf: Deutsche Bank. Aus seiner Sicht, das heißt aus der sicheren Kenntnis der Macht, brachte der Nestor des bundesdeutschen Bankwesens und Ehrenvorsitzende der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, diesen Zusammenhang auf die so griffig einfache wie präzise Formel: „Was gut ist für die Deutsche Bank, das ist auch gut für die Deutsche Bundesrepublik."

Mit den *Ermittlungen gegen die Deutsche Bank* (1) hat die Hamburger Dokumentationsstelle zur NS-Politik einen wichtigen Teil der historischen Untersuchung über Macht und Verbrechen der Deutschen Bank zur Zeit des Nazismus vorgelegt. Der Diplom-Soziologe Hermannus Pfeiffer, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, hat die Großbank aktuell unter die Lupe genommen. Pfeiffer ist einer der wenigen, die systematisch zu diesem Thema arbeiten. (2) Ende dieses Jahres wird seine Untersuchung der personellen Verflechtungen der Großbanken mit Unternehmen, Institutionen und Verbänden erscheinen. In seinem jüngst erschienenen Buch *Das Imperium der Deutschen Bank* hat Pfeiffer am Beispiel dreier Ereignisse — der Fusion Daimler/AEG/MTU/Dornier, dem Ausverkauf des Flickschen Imperiums und der Neuordnung des Springer-Konzerns (sämtlich in den Jahren 1985 und 1986) — die Rolle und Motive der Deutschen Bank dargestellt und aus aktuellen Gründen einen Exkurs zu Großbanken und Bonner Atomprogramm eingeschoben. Seine Untersuchungsergebnisse und bewertenden Thesen stellen wir im folgenden dar, um zum Lesen dieses Buches anzure-

chungsergebnisse und bewertenden Thesen stellen wir im folgenden dar, um zum Lesen dieses Buches anzuregen.



Foto: argus

Foto: argus

„Ökonomische Macht ist politische Macht"

Die Macht der Banken ist ein Tabu-Thema. Als im letzten Jahr die ehrwürdige Monopolkommission turnusgemäß ihr Gutachten vorlegte und sich in dem Wälzer einige schlappe aber kritische Absätzchen fanden, gab es einen Skandal. Von den inhaltlichen Ausssagen des, wie gesagt, dicken Wälzers wurde in den Medien nur die Macht der Großbanken thematisiert. Der Bundesverband Deutscher Banken verfaßte eine scharfe dementierende Stellungnahme. Die öffentliche Anhörung, die dem Gutachten jeweils folgt, stand unter diesem Thema. Wieder protestierte der Bundesverband lautstark. Und soweiter und sofort. Aber alle Seiten hatten damit ihr Gesicht gewahrt. Die Macht der Großbanken, für kurze Zeit ins Gerede gekommen, ist als Thema wieder out.

Um so notwendiger, sich mit der Materie selbst eingehend auseinanderzusetzen. Pfeiffers Veröffentlichung *Das Imperium der Deutschen Bank* bietet hierfür eine gute Grundlage. Anhand der Geschehnisse nur eines Jahres und einer Bank wird die Zentralisation praktisch der gesamten Wirtschaft durch die Großbanken und insbesondere die Deutsche Bank nachvollziehbar. Im ersten Kapitel über die Macht der Deutschen Bank weist Pfeiffer anhand der wirtschaftlichen Entwicklung, des Aktienbesitzes und Depotstimmrechts und der personellen Verflechtung diese Tendenz nach.



„Ökonomische Macht ist politische Macht. Im Zentrum der ökonomischen Macht zu stehen, heißt, in der politischen Szenerie ebenfalls eine gewichtige Rolle zu spielen. Die Deutsche Bank hatte schon immer eine Reihe direkter Drähte zur Bonner Landschaft. Was Abs für Kanzler Adenauer war, ist heute (Deutsche Bank-Vorstandssprecher) Herrhausen für Bundeskanzler Kohl: mehr als nur ein Berater (...)." Allerdings legt Herrhausen Wert auf die Feststellung, daß er nicht „institutioneller" Ratgeber des Kanzlers sei. Seit vielen Jahren mit Kohl befreundet treffe man sich monatlich und rede über „dieses und jenes", auch mal über Steuerreform, Privatisierung von Staatsunternehmen usw. Über Probleme der Deutschen Bank spreche er mit dem Kanzler jedoch nicht, denn das „hätte deswegen wenig Sinn, weil ich nicht glaube, daß er bei der Lösung helfen kann". (S. 26)

Der politische Einfluß der Großbanken, insbesondere der Deutschen Bank, schreibt Pfeiffer, erschöpft sich nicht in Beziehungen zu staatlichen Institutionen im engen Sinne des Wortes. „Mit Verbindungen zu 877 Verbänden, wissenschaftlichen Institutionen und ideologischen Apparaten haben auch hier die Großbanken ein dichtes

---

„Banken sind ein Potential für finanzwirtschaftliches Wissen und ökonomische Erfahrung. Daß beides Einfluß auf unternehmerische Entscheidungen nehmen kann, sollte gewollt sein. Es bestätigt sich das alte Sprichwort: Wissen ist Macht. Keine Zeit hat deshalb je auf Wissen verzichtet."
(Die Deutsche Bank über die „Macht der Banken", zit. n. *Der Spiegel*, Nr. 15/1987)

Netz personeller Verflechtungen über diese politisch-ideologischen Vorfeldorganisationen (...) gelegt." Dieses Netz umfasse den Hamburger Übersee-Club e.V., ein Gremium der dortigen Wirtschaftsprominenz, wie die Atlantik-Brücke e.V., ein Instrument ökonomischer Integration zwischen der BRD und den USA. 1983 bestanden Verbindungen der Großbanken zu 28 westdeutschen Universitäten und zu acht Technischen Universitäten. Einflußlinien laufen zu Dutzenden zur Wissenschaftsproduktion von Akademien, Seminaren und Institutionen. Zwanzig primäre und sekundäre Verflechtungen bestanden mit dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, der 85 Stiftungen mit dem Ziel der „Förderung von Wissenschaft und Forschung" umfaßt.

Wer, fragt Pfeiffer, beherrscht eigentlich die Deutsche Bank? Auf den ersten Blick wird die Deutsche Bank von 245.000 Aktionären regiert. Tatsächlich genügen jedoch die 47,2% der Stimmen der Deutschen Bank und ihrer „Töchter", die von ihnen auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank im Mai 1983 gehalten wurden, „vollkommen zur Selbstbestimmung des Instituts aus", zumal sich unter den 25,4% der "sonstigen Kreditinstitute" faktisch weitere Stimmen der Deutschen Bank verbergen. Entsprechend ist der Aufsichtsrat, das formelle Kontrollorgan der Deutschen Bank, zusammengesetzt: die Bank besetzt ein Drittel der kapitalseitigen Aufsichtsratsposten, einschließlich des Vorsitzenden, mit ehemaligen Vorstandsmitgliedern; die restlichen Posten werden mit engsten Vertrauten der Bank besetzt. „Die Deutsche Bank ist also nicht nur ein ‚Moloch', das Zentrum der ökonomischen Macht; dieser Moloch ‚kontrolliert' sich auch noch selbst."

Daimler-Benz/ MTU/Dornier/AEG — ein neuer Rüstungsgigant

Pfeiffer stellt aktuelle Fusionen unter Vorherrschaft der Deutschen Bank dar und erläutert die Hintergründe.

Bis zum Zusammenschluß Daimler-Benz/MTU/Dornier/AEG hat der Deutschen Bank-Gruppe ein High-Tech-Rüstungszentrum gefehlt. Die Behebung dieses Mangels ist notwendig gewesen, um eine „ausgeglichene" Struktur der Finanzgruppe zu schaffen. Der High-Tech-Konzern sollte das „dritte Bein" der Finanzgruppe — neben Siemens und Bosch - sein. „Das spezielle Rüstungsinteresse der Deutschen Bank erklärt sich aber in erster Linie aus der Konkurrenz zur Dresdner Bank und dem damit verbundenen Bemühen um einen stärkeren Einfluß auf Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), dem führenden Rüstungskonzern der Bundesrepublik." MBB hatte sich bisher einem weitgehenden Einfluß der Deutschen Bank entzogen, die sich angesichts dieser Situation mit Daimler-Benz ihren eigenen Rüstungsgiganten errichtet hat. „Die Schaffung eines neuen High-Tech- und Rüstungszentrums um Daimler-Benz war nur möglich durch die Unterstützung der Deutschen Bank: MTU und Dornier gehörten bereits vorher zur Peripherie der DB-Gruppe, AEG wurde durch die Deutsche Bank aus der Finanzgruppe der Dresdner Bank herausgerissen. In der Schaffung *des* Rüstungskonzerns in der Bundesrepublik kommt darüber hinaus, und das sei hier betont, das Sonderinteresse der Deutschen Bank zum Ausdruck, möglichst große Teile des Kapitals in ihr Imperium einzubinden. Sie steht dabei in permanentem Wettstreit vor allem mit der Dresdner Bank-Gruppe." (Hervorhebung im Orig.)

Pfeiffer beschreibt nicht allein, wie die AEG aus der Finanzgruppe der Dresdner Bank herausgerissen wurde und den daraus folgenden Machtzuwachs der Deutschen Bank, sondern sagt auch, wer die Zeche gezahlt hat: die Arbeiter und Angestellten, die bei der „Sanierung" zu Tausenden entlassen wurden, während „der Staat" die Finanzspritzen der Banken durch Bürgschaften absicherte.

Großbanken und Bonner Atomprogramm

Mit dem Bonner Atomprogramm, konstatiert Pfeiffer, stand und steht ein gigantisches Investitionsvolumen im Raum, das weitgehend über die Großbanken fremdfinanziert wird. Der Anteil des Eigenkapitals an der AKW-Finanzierung liegt in der Regel bei nur ein Viertel bis ein Drittel der Investitionskosten. Gesichert werden die Kredite vor allem über Bürgschaften der Bundesländer und über Grundschulden auf den Grundbesitz der Energieversorgungsunternehmen, sodaß die Kredite auch noch risikofrei sind. „Angesichts der Rolle der Deutschen Bank bei den beiden bedeutendsten AKW-Betreibern RWE und Preußen-Elektra wird allen voran wieder diese Großbank an dem AKW-Bau profitieren."

Die Großbanken stehen, vermittelt über ihre Finanzgruppen, in enger Beziehung zu dem Kraftwerksbauer Kraftwerke Union AG (KWU). Die KWU ist, nachdem die anfangs in den AKW-Bau drängende Schwerindustrie — immerhin Größen wie Mannesmann, Klöckner, Thyssen und Krupp — zu Zulieferern degradiert wurde, der einzige inländische Atomkraftwerkbauer. Sie ist eine 100%ige „Tochter" der Siemens AG, bis1976 hielt auch die AEG 50% des Grundkapitals der KWU. Siemens wiederum gehört zum Kern der Finanzgruppe der Deutschen Bank, die AEG gehörte bis vor kurzem zur Finanzgruppe der Dresdner Bank. Die Großbanken vertraten zugleich die Interessen der KWU und damit der Konzerne AEG und Siemens. "Um *diese* Interessen, also um die Profite der AKW-Hersteller und damit auch um die Interessen der Großbanken ging es von Anfang an bei der Durchsetzung des Bonner Atomprogramms. (...) *Keine* Energielücke, *keine* Preisvorteile des Atomstroms, *aber* doch ein ausgesprochen vernünftigesGeschäft — für die Großbanken und für ihre Finanzgruppen. Seitdem die KWU im Alleinbesitz der Siemens AG ist, muß wohl noch eindeutiger formuliert werden: Das Bonner Atomprogramm, ein großer Coup für die Deutsche Bank und Siemens." (Hervorhebungen im Orig.)

Springer und Flick — oder: der Exitus der Unternehmerpersönlichkeit

Nach dem Tod Springers (1985) vollzogsich die Neuordnung des Medienbereichs mit tatkräftiger Hilfe der Deutschen Bank. Der Einfluß der Deutschen Bank reicht jedoch weit über das Springerimperium hinaus. "Er erstreckt sich bis zur linksliberalen Presse. (...) Zusammengefaßt bestehen gute Kontakte der Deutschen Bank zumindestens zum Süddeutschen Rundfunk und zum Zweiten Deutschen Fernsehen. Bertelsmann, Holtzbrinck und Springer müssen zur Gruppe um die Deutsche Bank gerechnet werden."

„Flick geht, die Deutsche Bank bleibt", überschreibt Pfeiffer das letzte Kapitel seines Buches, in dem er den fünf Milliarden schweren Ausverkauf des Flick-Imperiums darstellt und analysiert. Flick stand als Namensgeber des Parteispendenskandals im Weg. Zudem war die Flick-Gruppe, als Familienunternehmen im Alleinbesitz von Friedrich-Karl Flick „strukturell im Wirtschaftsleben ein Fossil. Last but not least war Flick ein Störfaktor für die Pläne der Deutschen Bank im Hinblick auf den Flick-Konzern."

Außerdem paßte das Flick-Geschäft in das „ideologische, ja propagandistische Konzept" der Bank. Durch die Ereignisse um Daimler-Benz und die immense Geschäftsentwicklung der Großbank war die Diskussion um die „Macht der Banken" wiederaufgelebt. Die Entmachtung der Unperson Flick kam als „gute Tat", die zudem wirtschafts- und ordnungspolitisch

Die Entmachtung der Unperson Flick kam als „gute Tat", die zudem wirtschafts- und ordnungspolitisch

sinnvoll erscheint, gerade recht. Die Deutsche Bank versprach sich von der Flick-Aktion einen generellen Imagegewinn. Der wichtigste Grund allerdings für das Interesse der Deutschen Bank an der Flick-Transaktion bestand darin, „daß sie ohne Zweifel ein ‚Bomben-Geschäft' für die Bank wurde und ist."

Was Pfeiffer beschrieb, ist inzwischen (März 1987) vollzogen: die Deutsche Bank hat sich nicht nur um die schon zuvor geschätzte eine Milliarde Mark bereichert, sondern noch um ein paar hundert Millionen mehr, weil der Aktienverkauf so florierte.

Neben dem finanziellen Gewinn konnte die Deutsche Bank noch einen erheblichen Machtzuwachs verbuchen: „Bei Daimler und Feldmühle Nobel wurde der direkte Einfluß verstärkt, über Krauss-Maffei konnte der Druck auf Messerschmitt-Bölkow-Blohm ausgebaut werden und im Gerling-Konzern konnte der Einfluß der Deutschen Bank aus den Flick-Zeiten stabilisiert werden."

Hermannus Pfeiffer wird Ende dieses Jahres eine weitere Arbeit zur Macht der Banken vorlegen, die das Ergebnis seiner umfassenden Untersuchung der personellen Verflechtung der Großbanken mit Unternehmen, Institutionen und Verbänden ist. Mit dieser Untersuchung, schreibt er im Vorwort zum *Imperium der Deutschen Bank*, werde er belegen, daß die „Struktur der bundesdeutschen Ökonomie geprägt (wird) durch Finanzgruppen: Um die einzelnen Großbanken haben sich Unternehmen gruppiert, die in vielfacher Form mit dem Zentrum — der Bank — verflochten sind. Im Zentrum des bedeutendsten Imperiums steht die Deutsche Bank."

ha.

Hermannus Pfeiffer: Das Imperium der Deutschen Bank. Frankfurt, New York: Campus Verlag, 1987. 206 S., 24 DM

1) Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland, Finanzabteilung — Sektion für finanzielle Nachforschungen: Ermittlungen gegen die Deutsche Bank. Übers. u. bearb. von der Dokumentationstelle zur NS-Politik Hamburg, mit einem Nachwort von Karl Heinz Roth. Nördlingen: Greno (Die Andere Bibliothek — Sonderband), 1985. Kt., 544 S., DM 30.-
Rez. in AK Nr. 263 (21.10.85), S.48

2) Hermannus Pfeiffer: Das Netzwerk der Großbanken - Personelle Verflechtungen mit Konzernen, Staat und ideologischen Apparaten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 2/1986
ders.: Großbanken und Finanzgruppen — Ausgewählte Ergebnisse einer Untersuchung der personellen Verflechtung von Deutsche, Dresdner und Commerzbank. In: WSI-Mitteilungen, H. 7/1986

Volkszählung:

Lektion über die Grenzen des Rechtsstaats



Foto: H. Wojahn

Zwischen 6 und 10% der Bevölkerung wollen neuesten Umfragen zufolge die Zählung boykottieren. 40% seien ,,skeptisch.'' Weitere 20% stünden ihr mit ,,ausgesprochenem Unbehagen'' gegenüber. So die ,,FR'' am 24. 4. nach Angaben einer Gruppe Freiburger Sozialwissenschaftler. Kein sozialwissenschaftliches Institut, heißt es, würde unter solchen Bedingungen mit der Befragung beginnen.

Die Einsicht in die Notwendigkeit der Zählung sei in den zurückliegenden Wochen ständig gestiegen. 81 % seien heute spontan zur Teilnahme bereit. Weitere 8% erklärten ihre Bereitschaft, wenn sie auf die gesetzlichen Verpflichtungen hingewiesen würden. Nur 4 %, die sich nicht umstimmen lassen wollten, gehörten zum ,,harten Kern''. Im Vergleich zum Juni 86 bedeute dies eine Halbierung der Quote der absoluten Verweigerer. So die Bundesregierung im Aprilheft ,,Innenpolitik''.

Im Klartext und doch ein bißchen genauer: Selbst in dieser zweckoptimistischen Sicht sind also z. Zt. 19% *gegen* die Zählung. Nach Zwangsandrohung bleiben es immer noch 11%. Die angegebenen 4% ,,harter Kern'' sind reine Staatssekretärsfantasie.

Bei dieser Ausgangsposition kann der offiziell angebenene sozialstaatliche Planungszweck der Volkszählung, ungeachtet der Tatsache, ob man den Betreibern diesen Zweck jemals abnahm, schon jetzt als gescheitert betrachtet werden. Umso schneller entwickelt sich der Charakter der Zählung als politisches Instrument zur Durchsetzung von autoritärer Staatsräson bis hin zum Einsatz der Polizei gegen die parlamentarische Opposition.

Was bleibt, ist ein Lehrstück in Staatsbürgerkunde: Zur ,,Sicherung des Rechtsstaats'' und ,,Bewahrung des inneren Friedens'' erweist sich auch unter dem Lack einer relativ liberalen parlamentarisch-demokratischen Stabilität Gewalt aktuell wieder als die ultima ratio bürgerlicher Politik.

F.

die ultima ratio bürgerlicher Politik.
F.



Der Unterricht vollzieht sich denkbar klassisch:

Seit sich abzeichnet, daß auch dieser zweite Anlauf des Zimmermann-Ministeriums zu einer Volkszählung auf den entschlossenen Widerstand einer relevanten Minderheit von ca. 10% und darüberhinaus auf das skeptische Mißtrauen weiterer 10 bis 20% der BRD-Bevölkerung stößt. Seit deutlich wird, daß die GRÜNEN diesen Widerstand aus dem Parlament und aus den bürokratischen Apparaten heraus aktiv fördern. Seit sich die Abwiegelungs- und Disziplinierungsmaßnahmen von SPD- und DGB-Führung als unwirksam erweisen, im Gegenteil Jusos, ASJ (Arbeitskreis Sozialdemokratischer Juristen), diverse SPD-Parteiuntergliederungen, die DGB-Jugend usw. mit den GRÜNEN gegen die Volkszählung zu Felde ziehn. Seitdem erhebt die Bundesregierung die Volkszählung zur Gretchenfrage der Demokratie. Ihr Argument: Demokratie heiße Unterordnung unter Mehrheitsentscheidungen. Das Volkszählungsgesetz sei durch ordentliche Mehrheitsentscheidung im Parlament zustandegekommen. Wer jetzt zum Boykott dagegen aufrufe, sei Rechtsbrecher, Staatsfeind, tendenziell Terrorist, gegen den oder die mit allen rechtlichen Mitteln vorgegangen werden müsse.

Minderheitenrechte kommen in diesem Demokratie-Verständnis nicht vor.

In der Debatte um die Regierungs-Erklärung am 18.3.87 gab Bundesinnenminister Zimmermann die Grundlinie vor: Bewahrung des ,,*inneren Friedens*'', Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols gegen alle Angriffe ,,*auch aus dem parlamentarischen Raum.*'' Die ,,*terroristischen Verbrechen und zahllosen Gewalttätigkeiten im vergangenen Jahr*'' hätten gezeigt, daß der ,,*freiheitliche Rechtsstaat selbst zum Angriffsobjekt geworden*'' sei. ,,*In gefährliche Nähe dazu begeben sich die, die Gewalttaten verharmlosen und das staatliche Gewaltmono-*

daß der ,,freiheitliche Rechtsstaat selbst zum Angriffsobjekt geworden'' sei. ,,In gefährliche Nähe dazu begeben sich die, die Gewalttaten verharmlosen und das staatliche Gewaltmono-

pol in Frage stellen''. Die Bundesregierung werde es nicht zulassen, daß Gewalt und Rechtsbruch verbrämt würden mit Begriffen wie ,,ziviler Widerstand'', ,,ziviler Ungehorsam'' oder Verharmlosungen wie ,,Regelverstoß''.

,,*Ziviler Ungehorsam*'', so die ,,taz'' zu dieser Zimmermann-Botschaft, die er in seiner Rede zum Amtswechsel beim Verfassungsschutz wiederholte, ,,*ist kein demokratisches Recht, sondern ein Bruch des demokratischen Grundverständnisses, und mithin Arbeitsfeld des Verfassungsschutzes.*''

Mit Blick auf die Volkszählung konkretisierte Zimmermann: Die Bundesregierung sei zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit allen Kräften des Parlaments bereit. Voraussetzung sei, daß diese willens seien, das Grundgesetz, die Rechtsordnung und die ,*verabschiedeten Gesetze dieses hohen Hauses*' als verbindliche Basis ihres politischen Handelns anzuerkennen.

Auf der Innenministerkonferenz vom 3.4.87 erklärte Zimmermann, Boykott-aufrufe stellten eine ,,*Aufforderung zum Rechts- und Verfassungsbruch*'' dar. Sie enthielten eine Reihe von ,,*verleumderischen Behauptungen, mit denen ganz andere Ziele verfolgt*'' würden. Für die zahlreichen Boykott-initiativen machte er ,,*besonders Kommunisten*'' verantwortlich. Manche ,,*Boykottgruppen schreckten sogar vor der Anwendung von Gewalt nicht zurück*''. Die Konferenz beschloß, zunächst nach dem Ordnungswidrigkeitsgesetz gegen die Boykotteure vorzugehen, und zwar ,,*repräsentativ*'', um die Instanzen nicht mit Verfahren zu verstopfen.

Seither gibt es für kommunale Bürokraten, Staatsanwälte, Verfassungsschutz und Polizei offenbar kein Halten mehr:

— Generalbundesanwalt K. Rebmann, zuständig für Terror und Landesverrat, sah sich zu der Forderung veranlaßt, der mögliche Bußgeldstrafrahmen von 10.000 DM müsse voll ausgeschöpft werden. Vor allem für GRÜNE Parlamentarier hielt Rebmann ,,*angesichts der Vorbildfunktion unserer Abgeordneten und unter Berücksichtigung des staatspolitischen Schadens*'' den Betrag keineswegs für überhöht.

— West-Berlins Innensenator Kewenig wies seine Staatsschutzabteilung an, schwarze Listen von Boykotteuren anzulegen.

— Sowohl in Bonn als auch in einigen anderen Städten wie Kassel, Ludwigshafen u.a. ließ die Exekutive Fernsprechanschlüsse der GRÜNEN Fraktion sperren.

— Die örtlichen Bürokratien setzten auf Behinderung und Kleinkriminali-

hafen u.a. ließ die Exekutive Fernsprechanschlüsse der GRÜNEN Fraktion sperren.
— Die örtlichen Bürokratien setzten auf Behinderung und Kleinkriminali-

sierung in einem unübersehbaren Ausmaß: Info-Stände wurden gefilzt und verboten, Auflagen erteilt, Informationsmaterial vorab bei den Behörden vorzulegen, Veranstaltungsplakate überklebt, kommunale Räume gesperrt, private Raumvergabe durch Druck auf die Vermieter hintertrieben.

Die meisten dieser Maßnahmen mußten nach Klagen der Betroffenen in Eilverfahren aufgehoben werden bzw. werden entsprechende Verfahren zuungunsten der kommunalen Behörden nach sich ziehen. Der Rechtsweg steht im Rechtsstaat jedem Bürger und jeder Bürgerin offen, wie mensch weiß. Die Bürokratie läßt in ihren konkreten Behinderungsstrategien davon allerdings nicht aufhalten.

— Der CDU-Abgeordnete Manfred Langner schlug vor, alle denkbaren Vorschriften des Strafrechts heranzuziehen, vom Tatbestand der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten über Sachbeschädigung bis zur Urkundenunterdrückung. Auch Schadenersatz-

Vorschriften des Strafrechts heranzuziehen, vom Tatbestand der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten über Sachbeschädigung bis zur Urkundenunterdrückung. Auch Schadenersatz-

ansprüche seitens des Staates seien durchzusetzen. CDU/CSU-Fraktionschef Dregger forderte, die GRÜNEN wegen ihrer Boykottaufrufe analog zum Modell des Fluglotsenurteils von 1973 für den evtl. entstehenden Ausfallschaden regreßpflichtig zu machen. Der Lotsenverband war seinerzeit verurteilt worden, für die Millionenschäden des Bummelstreiks der Fluglotsen aufzukommen.

— Am 9.4. wurde ein Bußgeldverfahren gegen 23 GRÜNE Abgeordnete und einen Mitarbeiter der GRÜNEN Bundestagsfraktion eingeleitet, die am 18. Februar zu Beginn der konstituierenden Sitzung des neuen Bundestags vor dem Plenarsaal ein Transparent mit der Aufschrift ,,Volkszählungsboykott'' entrollt hatten.

Erst VS ...

Mitte April wurde ein Geheimpapier

Erst VS ...

Mitte April wurde ein Geheimpapier des Niedersächsischen Verfassungsschutzes vom Januar des Jahres bekannt, das sich mit dem Widerstand gegen die Volkszählung befaßt. Darin kommt der Verfasser, der ehemalige Chef des niedersächsischen VS und jetzige stellvertretende Präsident des Bundes-VS, Frisch, zu der Ansicht, der Widerstand gegen die Volkszählung werde ,,*wesentlich von Extremisten initiiert*''. Aufgezählt werden in diesem Zusammenhang u.a. neben diversen Initiativen und den GRÜNEN der ,,Bundesverband der Jungdemokraten'', der ,,Bundesverband der Humanistischen Union'', und der ,,Republikanische Anwaltsverein'' (RAV).

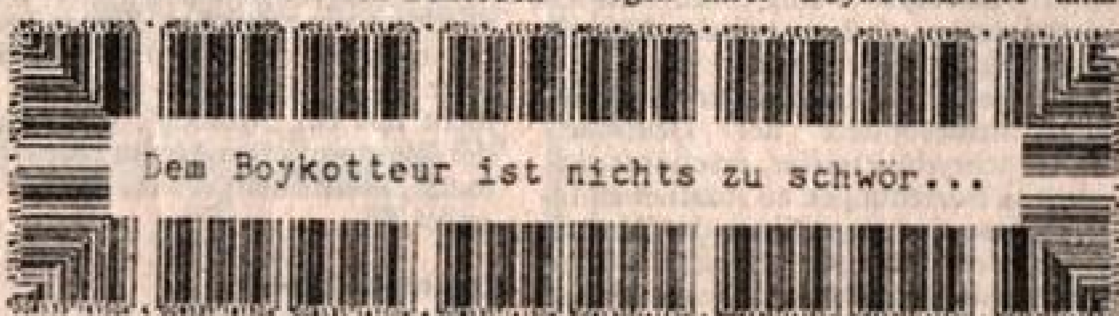
Das VS-Papier beklagt, daß die ,,*Weigerungsmöglichkeiten relativ vielfältig und risikolos'' seien.* Es empfielt ua., stärkeren Einfluß auf die Medien zu nehmen, um ein Übergreifen der Boykottbewegung auf die Mehrheit der Bevölkerung zu verhindern.

Eine Woche später wurde bekannt, daß gegen den Vorsitzenden des RAV, den West-Berliner Rechtsanwalt Klaus Eschen, ein Bußgeldverfahren wegen Aufruf zum Boykott eingeleitet worden ist. Der Aufruf beruhte auf einem Beschluß, der Anfang Februar auf einer in Hannover durchgeführten Tagung des RAV gefaßt und am 19.2. in der ,,taz'' veröffentlicht worden war.

Zur selben Zeit ergingen gegen die 24 wegen des Boykottaufrufs im Bundestag vom 18.3. angeklagten Mitglieder der GRÜNEN Bußgeldbescheide wegen Verstoßes gegen das Volkszählungsgesetz in Höhe von je (!) 8400 DM. Das entspricht etwa der Höhe der Diäten eines Monats.

Mensch erkennt die Funktion der unabhängigen Justiz: Man geht mit Be-

Fortsetzung auf Seite 6





Der Volkszählungsversuch 1983 war — obwohl der Stichtag in die „Nachwendezeit'' fiel — noch eines der letzten Projekte der Schmidt-SPD. Auch die aktuelle Volkszählung ist auf SPD-Mist gewachsen. Aber wird die SPD das Durchpeitschen der Volkszählung mit Kriminalisierung, Polizeiüberfällen und Zensur gegen ihre politischen Gegner unterstützen? Geht sie beim KO der Zimmermann-Aktion im Mai mit in die Kniee?

SPD und Volkszählung

K.o. im Mai?



Foto: H. Wojahn

Während sich der Widerstand gegen die Totalerfassung 1983 wie ein Lauffeuer ausbreitete, bemühte sich die „neue'' (Oppositions)-SPD angesichts der offensichtlichen gesellschaftlichen Mehrheiten, den Versuch der Volksaushorchung als originäres CDU-Anliegen darzustellen.

Die SPD war damals in dem Dilemma, einerseits die Konfliktpotential an sich bindende SPD, die „Alternative zur Wende-Regierung'', andererseits aber die (sozial)-staatstragende, volkszählungsbefürwortende Kraft sein zu wollen, bzw. zu müssen.

Während sich der Vorstand mit Äußerungen zum Thema also zunächst zurückhielt, entwickelte die Basis ein offenes Ohr für die Anliegen der Volkszählungsgegner und arbeitete an vielen Orten mit Boykott-Initiativen zusammen.

BVG-Urteil — halbe Konsequenzen

Ganz im Sinne einer SPD-Politik war dann der Spruch des Bundesverfassungsgerichts (BVG), der für die Sozialdemokratie die Lösung dieses Dilemmas brachte. Das BVG stellte fest, daß die bevorstehende Datenerhebung auch bei sonst loyalen Teilen der Bevölkerung Beunruhigung ausgelöst hatte, was teilweise aufgrund „weitgehender Unkenntnis über Sinn und Zweck der Erhebung'' geschehen sei.

Daraus folgte die Ausweitung des Propagandaauftrages für die Volkserfasser, die sich im Werbeetat massiv niederschlug. Die Erschaffung des — besonders von Sozialdemokraten — viel und gern zitierten Grundrechts auf „informationelle Selbstbestimmung'', das nach Meinung des BVG im „überwiegenden Allgemeininteresse'' eingeschränkt werden soll, konnte dagegen leicht ohne weitgehende Konsequenzen bleiben.

Ein wahrhaft staatsmännisches Motto zur Volkszählung war gefunden: Die Totalerfassung ist unverzichtbar notwendig, aber in der geplanten Form von 83 war der Wurm drin und Protest dagegen war berechtigt. Gleichzeitige Implikation: Zukünftiger Protest ist

wendig, aber in der geplanten Form von 83 war der Wurm drin und Protest dagegen war berechtigt. Gleichzeitige Implikation: Zukünftiger Protest ist

unberechtigt, das höchste Gericht hat ja gesprochen.

SPD-Linie: Zur Zählung nur Gutes

So zogen sich die SPD-Vertreter zur Erarbeitung und Beratung eines neuen Volkszählungsgesetzes ins Dunkel der parlamentarischen Beratungsgremien und Ausschüsse zurück. Als sie wieder auftauchen, haben sie (fast) nur Gutes zu berichten. Bei der Behandlung des Gesetzentwurfes im Bundestag möchte der SPD-Abgeordnete Wernitz zunächst *„allen sehr herzlich danken, die innerhalb und außerhalb dieses Hauses kritisch, konstruktiv und engagiert an diesem Gesetzgebungsvorhaben mitgearbeitet haben''* und kommt dann zu dem folgenden Schluß: *„ Meine Damen und Herren, insgesamt bleibt festzuhalten, daß die Weichen für eine solide und umfassend vorbereitete Volkszählung mit Perspektiven gestellt sind.''*

Die SPD-Bundestagsfraktion stimmt der Beschlußempfehlung und damit auch der Entschließung zu. („Beifall bei der SPD''). (Anm. 1) Im Resultat liest sich das dann so: *„Dieses Gesetz ist gegen die Stimmen der GRÜNEN und einiger Abgeordneter der SPD angenommen.''* (Anm. 2) Das geschah 1985 in Bonn, weitgehend unbehelligt von der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Das Gesetz, das verabschiedet würde und sich angeblich an den Vorgaben des BVG-Urteils orientiert, sah allerdings weder für Inhalt noch Ablauf der Volkszählung nennenswerte Abweichungen vom Aushorchungsversuch des Jahres 83 vor. (Anm. 3)

Kritik im „Vorwärts"

Ende Februar stand dann im „Vorwärts'' ein Artikel, in dem die Autoren (Anm. 4) mit dem Untertitel „Volkszählung 87: im Mai droht der KO'' nach Kräften über das „Mammutprojekt'' herzogen. Boykott-Initiativen, die „mit einem durchschlagenden Erfolg ihrer ‚Aufklärungsaktionen''' rechnen, kommen mit Boykott-Empfehlungen zu Wort. Im Resumé kommen die Autoren, die die „Stuttgarter Zeitung'' zitieren, zum Schluß, daß der einzige Erfolg der Volkszählung darin bestehen würde, daß sie überhaupt durchgeführt würde.

... und Konter der SPD-Führung

... und Konter der SPD-Führung

Angesichts von soviel Kritik an einem Projekt, daß *„nicht mit ‚Volksaushorchung', ‚Ausforschungswut', ‚Schaffung des gläsernen Menschen' oder ‚verletzte Intimsphäre' zu tun hat''* (Anm. 5), sah sich drei Tage nach Erscheinen des Artikels der Parteivorstand der SPD genötigt, das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Volkszählung wieder ins rechte Licht zu rücken. In einer Pressemitteilung (Anm. 6) stellt Günther Verheugen fest, daß die Volkszählung *„eine unentbehrliche Handlungsgrundlage für die Politik von Bund und Ländern und Gemeinden''* sei, daß in den Ländern, in denen Sozialdemokraten Verantwortung tragen, sowieso *„sorgfältig nach den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts''* verfahren würde und daß die SPD deswegen zur Beteiligung an der Volkszählung aufrufe.

Boykott-Maßnahmen lehne man ab, entsprechende Aufrufe trügen *„leider zur Verunsicherung der Bevölkerung bei''*. Allerdings: Die konservativen Landesregierungen (das sind ja inzwischen eine ganze Menge) verführen etwas ungeschickt mit der Datenschutzproblematik, da sei Kritik schon angebracht. So bietet sich natürlich eine Hintertür für manchen sozialdemokratischen Volkszählungsgegner.

Diese Pressemitteilung verfehlte ihre Wirkung nicht, sind doch Volkszählungsbefürwortungen — selbst mit den idiotischsten Argumenten — gefragt wie noch nie. (Anm. 7) Doch allein damit war es noch nicht gegessen.

Offizielle Werbeprosa

Eine Woche später beehrte der SPD-Fraktions-Vize Penner seine Bundestagskollegen mit einem „Informationspapier'', das in wesentlichen Teilen die offizielle Werbeprosa zur Volkszählung wiedergibt. Da wird den Genossen erklärt, daß die Ausforschung *„eine unentbehrliche Handlungsgrundlage für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte Politik''* sei, daß die Forderungen des BVG erfüllt worden seien, und was die *„möglichen Schwachstellen auf Gemeindeebene''* beträfe, da würden *„Bemühungen erkennbar''*, diese noch rechtzeitig auszuräumen.

Auch daß *„falsche Annahmen (...) zu folgenreichen Vorausschätzungen geführt''* hätten, wird den geneigten Lesern des spröden Fantasieromans vorenthalten. Deutlicher wird Penner, wenn es um die Rentner geht: *„Bei der Vorausschätzung der Zahl der Rentner ist unter anderem die richtige Einschätzung der Lebenserwartung von Bedeu-*

Vorausschätzung der Zahl der Rentner ist unter anderem die richtige Einschätzung der Lebenserwartung von Bedeu-

tung (...)''. In den Prospekten steht's natürlich netter. Im übrigen das alte Gesangbuchniveau, sobald es um die Wähler Zähler geht: *„Die Zähler werden sorgfältig ausgewählt (...)''*.

Lehrreicher wird es da schon, wenn Penner sich mit den Gegnern der Volkszählung beschäftigt: *„ Gegen die Durchführung der Volkszählung 87 und damit den Vollzug eines sowohl inhaltlich als formal verfassungsgemäßen Gesetzes formiert sich in der Öffentlichkeit zunehmend Protest''*, stellt er Anfang März 87 fest. Der würde einerseits von „Boykott-Bürgerinitiativen'' (Um Gottes Willen), aber auch von politischen Parteien und Gruppen wie Jungsozialisten, Jungdemokraten und GRÜNEN getragen.

„Die BRD ist ein Papiertiger"

Warum die sich an der *„Glaubensauseinandersetzung''* (O-Ton Penner) gegen die Volkszählung beteiligen, analysiert er: *„Die GRÜNEN benutzen den Boykott bewußt taktisch zur Förderung und Pflege des Zusammenhalts mit den ‚politischen Bewegungen'''*. Also Vorsicht, Leute. Außerdem müsse unterschieden werden, denn es gibt auch bei den Gegnern der Volkszählung good guys and bad guys: *„Ein Teil dieser Gruppen (...) hat ‚echte' Befürchtungen und Ängste (...)''*, bei den anderen aber *„spielen datenschutzrechtliche Argumente überhaupt keine, allenfalls eine vorgeschobene Rolle''*. Und weiter: *„Mit dem Boykott soll die Mehrheitsregel des demokratischen Systems (...) angegriffen werden. Zudem soll der Boykott dazu benützt werden, diesen Staat der Bundesrepublik als ‚Papiertiger' vorzuführen''*. Die wirkliche Stärke liegt beim Boykotteur, möchte man da nur noch ergänzen.

Neben Maoisten und revolutionären Umstürzlern (Anm. 8) wird die Volkszählung noch von einem anderen Übel — nach Penner — geplagt: Die öffentliche Diskussion über die Volkszählung sei zunehmend irrational geworden, und sogar die Medien hätten sich dem nicht entziehen können. Als traurige Beispiele werden „Spiegel'', „stern'' und — siehe da — die eigene Hauszeitung, der „Vorwärts'' benannt.

Zimmermann oder die Boykotteure.

Und in der Tat tun sich die Sozis auch diesmal wieder schwer mit der Volkszählung. Die Hüh-Hott-Linie geht munter durch die Partei. Das mag auch

diesmal wieder schwer mit der Volkszählung. Die Hüh-Hott-Linie geht munter durch die Partei. Das mag auch

daran liegen, daß vielen Sozialdemokraten unklar ist, daß die Kritik am Überwachungsstaat, bei Anti-Terror-Gesetzen und Personalausweis angemeldet, nun bei der Totalerfassung der Bevölkerung nicht gelten darf. Die Jusos sprechen sich deswegen auf Bundesebene gegen eine Volkszählung aus und empfehlen den Boykott. Die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen'' (ASJ) geht nicht so weit, zum Bruch der Gesetze aufzurufen. Sie fordert das Zurückziehen der Volkszählung und die Einstellung der Kriminalisierung von Volkszählungsgegnern. Die SPD-Schleswig-Holsteins hat sich zu einer — wenn auch volkszählungsbejahenden — sehr kritischen Beurteilung des Erfassungsprojekts durchgerungen, und auf Ort- wie Kreisebene soll es Beschlußlagen geben, die die Aussetzung der Volkserfassung fordern. Noch vor kurzem erklärte auch der NRW-Innenminister Herbert Schnoor, daß es in seinem Bundesland keine Verfolgung von Volkszählungsgegnern geben würde. Der allerdings hat schon Wort gebrochen: Auf sein Konto gehen die Polizeiüberfälle auf die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN und eine Kölner Druckerei.

Die SPD ist vor die Wahl gestellt: Entweder sie entscheidet sich noch rechtzeitig gegen das Erfassungsprojekt und trägt damit der Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung Rechnung, oder sie entscheidet sich für die aktive Unterstützung, bzw. stillschweigende Duldung der Zimmermann-Politik in Sachen Volkszählung, die die Durchsetzung der Volkszählung mit allen (Überwachungs)-staatlichen Mitteln vorsieht.

Nachtrag

Wo wir gerade beim Thema „staatstragend bis zum demokratischen Ende'' (oder „bis zum Ende der Demokratie''?) sind: Unter dem Jubel der bürgerlichen Presse hat der frustrierte „Zurückdenker'' der GRÜNEN, Otto S., dem saarländischen Rundfunk seine Meinung zum Boykott-Aufruf der GRÜNEN kundgetan: *„Ich bin etwas reserviert in der Frage, ob wir als Parlamentarier zu einem solchen Boykott aufrufen sollten''*. Als dpaap-Schlagzeile liest sich das dann: *„Schily distanziert sich.''*

In einem „taz''-Interview (Anm. 9) durfte er dann noch mal erklären, wie es gemeint war: *„Ich glaube, wir müssen sehr genau darauf achten, daß wir als Parlamentarier zunächst einmal in der Frage der Mehrheit und Minderheit eingebunden sind (...) Ich habe manchmal die GRÜNEN im kritischen Visier, daß sie sich manchmal zum praeceptor germaniae* (von Lafontaine hat er das aber nicht gelernt) *machen wollen und dann sagen, wir wissen immer genau, was richtig und was falsch ist, egal wie die Mehrheit es will, (...)''*. Der Mensch bringt selbst die SPD noch auf Vordermann, da brauchen wir keine Bedenken zu haben.

Fr.

Anmerkungen

1) Der SPD-Abgeordnete Dr. Wernitz zitiert nach „Protokoll des Deutschen Bundestages, zehnte Wahlperiode, 159. Sitzung, Bonn, Donnerstag, d. 26.9.85.
2) Die Vize-Präsidentin des Bundestages, Frau Renger, zitiert nach dem gleichen Protokoll.
3) Vergleiche dazu AK 278.
4) A. Borchers und A. Dahlheimer „Der programmierte Flop'' in „Vorwärts'' Nr. 8, 21.2.87.
5) Der SPD-Fraktions-Vize Penner in einem „Informationspapier'' für die Mitglieder der Bundestagsfraktion, vom 3.3.87.
6) „Service der SPD für Presse, Funk und TV'' vom 24.2.87, 176 aus 87.
7) Als Beispiel dafür mag der schleswig-holsteinische Heimatbund (SHHB) gelten, der mit dem Argument „(...) endlich wissen, wieviel Schleswig-Holsteiner es gibt...'' zu Schlagzeilen kam.
8) — deren Einfluß auf die VoBo-Bewegung detailgenau recherchiert aufzudecken allerdings erst durch Nujewskis Reportsendung geleistet wurde —
9) Es handelt sich dabei um das berüchtigte „Marx-Brothers-Marxismus-Interview'', das schon mal Anstoß erregte.

Boykott-Fibel: Was tun, wenn ...

Nach dem Diskussionsstand der letzten nationalen VoBo-Konferenz gilt folgender Grundkatalog:
— Gestaltung der Türschilder so, daß sie den Zählern keine ihnen nicht schon bekannten Auskünfte über die tatsächlichen Bewohner oder Bewohnerinnen geben.
— Öffnen, wenn der Zähler oder die Zählerin kommt: Bögen annehmen. Weder zu konkreten Auskünften, noch zu weltanschaulichen Disputen besteht irgendeine Verpflichtung. Es kann sich aber sicher in dem einen oder andern Fall als nützlich erweisen.
— Um nicht sofort als Boy- oder Girlkotteur erkannt zu werden (was eine mögliche Verfolgung beschleunigen könnte), werden den Zählern auf Frage der eigene Vor- und Familienname, die Zahl der gemeldeten Haushaltsmitglieder (nicht die Namen), ggf. die Zahl der Haushalte und Arbeitsstätten in der Wohnung bekanntgegeben, um die entsprechende Anzahl Bögen in Empfang zu nehmen. Angaben so machen, daß sie nichts Überflüssiges enthalten und nicht schaden können
— Nach Erhalt der Bögen Kennnummern abtrennen, die Bögen dann zu den Sammelstellen einer der nächsten BIs bringen. Die BIs wollen möglichst bald Boykott-Zahlen veröffentlichen.
— Evtl. Mahnschreiben hochachtungsvoll und freundlich beantworten und die Mahner gelassen hinhalten.
— Falls Mahn- oder Bußgeldbescheide kommen, innerhalb von spätestens zwei Wochen Widerspruch einlegen (dazu: Hauck-Scholz, Rechtsschutzfibel zur Volkszählung, Elefantenpress, 4 DM), den Widerspruch möglichst individuell begründen, der örtlichen nächsten BI melden.
— Sollte sich erweisen, daß die Bürokratie sich bemüht, mit ihren Maßnahmen „repräsentativ'' vorzugehen, empfiehlt sich, in den entsprechenden (örtlichen) BIs ein Weg finden, dies *kollektiv* zu beantworten.

Fortsetzung von Seite 4

dacht vor, um administrativen und politischen Flurschaden zu vermeiden. Zimmermanns „repräsentative" Handschrift läßt grüßen.

... dann Polizei

Am 23.4.87 durchsuchten Staatsschutz-Beamte in Mainz „im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen die verantwortlichen Herausgeber zweier Boykott-Schriften" die Wohnungen der presserechtlich Verantwortlichen sowie die Büroräume mehrerer Boykott-Initiativen, des AStA, der DKP, der ESG, der Jungdemokraten und der GRÜNEN, die das Flugblatt ebenfalls unterzeichnet hatten. In den Flugblättern, in denen die Gruppen als Anlaufstellen erwähnt worden waren, war u.a. dazu aufgerufen worden, von den Erhbungsbögen die Numerierung abzuschneiden, um sie dann zu den Boykott-Sammelstellen zu bringen.

Die Aufforderung zum Abschneiden der Numerierung wertet die Mainzer Staatsanwaltschaft als Aufruf zu einer strafbaren Handlung, nämlich zur Sachbeschädigung. Bei der Durchsuchung wurden im übrigen nicht nur die Flugblätter beschlagnahmt, sondern auch Material von der 83er Volkszählung mitgenommen.

Nur drei Tage später drangen 20 Beamte des politischen Kommissariats (K 14) in die Räume der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN in Bonn ein. Sie verschafften sich *mit Gewalt* Zutritt, nachdem Bundesgeschäftsführer Walde darauf bestanden hatte, daß eine Durchsuchung nur in Gegenwart eines Rechtsanwalts stattfinden dürfe.

Vorwand für die Durchsuchung war wie schon in Mainz — und offenbar anderen kleineren Städten — die Herausgabe eines Flugblatts durch die Bonner GRÜNEN, in dem ebenfalls dazu aufgefordert wird, die Nummerierung rauszuschneiden und das Flugblatt abzugeben. Wie in den anderen Fällen wurde daraus ein Straftatbestand der Aufforderung zur Sachbeschädigung konstruiert.

Parallel dazu häufen sich andere Illegalisierungsmaßnahmen in anderen Städten:

— In Darmstadt wurden diverse Bücher zum Thema Volkszählung indiziert, ihre Weiterverbreitung bei Androhung eines Zwangsgeldes von 1000 DM unter Strafe gestellt. Darunter das 2001-Buch von Verena Rottmann und „Mikropolis" von Rolf Kubicek. Als Begründung reichte bereits, daß *durch dieses Schriftgut zumindest mittelbar zu einem Boykott der Volkszählung aufgerufen wird".*

— In München wurde eine Straßentheater-Aktion wegen der Aufschrift „Nur Schafe lassen sch zählen" aufgelöst.

— In Bayreuth wurde am Infotisch der GRÜNEN eine Broschüre der HU beschlagnahmt, die ausdrücklich nicht- zum Boykott aufruft, sondern nur über die rechtlichen Möglichkeiten informiert. Begründung: „*nach den Begleitumständen*" sei mit der Broschüre zum Boykott aufgerufen worden.

Ein Hauch der Sympathisanten-Hetze aus den 70er Jahren weht da herüber! Die neuen Terrorismus-Paragraphen werden in die allgemeine Rechtssprechung eingeführt. Den GRÜNEN wird mit Exkommunikation aus dem Parlament gedroht, wenn sie sich nicht an den ihnen zugestandenen Spielrahmen halten. Demokratie, das ist Zimmermanns Botschaft, wird hierzulande immer noch nicht von unten, sondern von oben definiert. Wer das nicht hören will, muß eben fühlen.

Vorsorglich außerhalb einer von der Regierung zu verantwortenden Publizistik wird mit dem Zaunpfahl an westdeutsche Realitäten erinnert: „*Verbotsantrag gegen die Grünen?*", fragt das offiziöse CDU/CSU-Propaganda-Organ „Deutschland Magazin" in seiner April-Ausgabe. „*In Bonn verdichten sich, wie ‚Deutschland Magazin' aus Kreisen der Unionsfraktion und der Bundesregierung erfährt, die Überlegungen, gegen die Partei der Grünen gemäß Artikel 21, Absatz 2 des Grundgesetzes, einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen. Zuständig wäre das Bundesinnenministerium. Die Gründe dafür sind ein ähnliches verfassungswidriges Treiben der Grünen, wie es seinerzeit zum Verbot der KPD und der ‚Sozialistischen Reichspartei' durch das Verfassungsgericht geführt hat. Auch der Staatssekretär des Bayerischen Justizministeriums, Dr. Wilhelm Vorndran, hat in einem Beitrag im ‚Bayernkurier' auf diese Möglichkeit hingewiesen".*

Sicher darf mensch davon ausgehen, daß solche Wünsche zur Zeit schwarze Fantasie bleiben müssen. Ihre Verwirklichung liefe der aktuellen Hauptlinie der Koalitions-Politik zuwider, die auf Befriedung und Nivellierung der sozial-politischen Widersprüche in einer „Politik der Mitte" setzt. Die Drohung ist wohl mehr als Hinweis zu verstehen, daß man auch anders kann, wenn die GRÜNEN nicht bereit sind, sich in diese Politik einzufügen. Neue Konfliktlinien deuten sich an. Mensch darf gespannt sein, wie weit die Bundesregierung bereit ist zu gehen und wie lange die Sozialdemokratie die Einkreisung der GRÜNEN zu ihrem eigenen Schaden und auf Kosten der demokratischen Substanz dieses Landes hinnimmt bzw. geradezu unterstützt. (siehe dazu nebenstehenden Artikel).

Mensch darf auch gespannt sein, wie lange die GRÜNEN diesem Druck standhalten. Im aktuellen Konflikt haben sie und wir übrigen Volkszählungsgegner die besseren Argumente und zunehmend auch die Empörung über die stumpfköpfige staatliche Repression auf unserer Seite, wenn die Diskussion konsequent demokratisch geführt wird. Zimmermann will uns zeigen, was Demokratie und Rechtsstaat ist. Gut, diskutieren wir also über den Staat und das taktische Verhältnis zur Demokratie, das seine Vertreter in ihrer Kampagne zur Durchsetzung der Volkszählung zeigen.

Herr Zimmermann, wir danken für das lebendige Anschauungsmaterial!

Säureanschlag auf linken Gewerkschafter

Am Morgen des 22.4. verläßt Reinhold Winter seine Wohnung in Offenbach und setzt sich in ein Auto, als ein Motorradbehelmter neben sein Fahrzeug tritt und ihm aus nächster Nähe Salzsäure ins Gesicht schüttet. Der über Offenbach und Frankfurt hinaus bekannte Antifaschist, Sozialist und kämpferische IG-Drupa-Gewerkschafter (er ist Vorsitzender des Ortsvereins Neu-Isenburg bei Frankfurt und stellvertretender BR-Vorsitzender beim dortigen Derndruck) trägt schwere Verletzungen im Gesicht, insbesondere am rechten Auge davon. Selbst bei günstigstem Heilungsprozeß wird in Folge der Verletzung der Netzhaut ein Schaden an diesem Auge bleiben. Dies ist nicht der erste Anschlag auf Gesundheit und Leben Reinholds. Nachdem ihm 1985 jemand Sand in den Öleinfüllstutzen des Motors gekippt hatte, wurden kurze Zeit darauf sämtliche Radmuttern an seinem Auto aufgeschraubt. Schon aus der Steigerung dieser Anschläge stellt sich für Reinhold, seine Familie und seine Freunde die bange Frage: Was passiert das nächste Mal, falls es nicht gelingt, dem oder den Attentätern das Handwerk zu legen?

Da der Täter vom 22.4. nicht gefaßt wurde, kein Bekennerschreiben o.ä. vorliegt, ist es schwierig, etwas über den konkreten Tathintergrund zu sagen. Sowohl Reinhold als auch seine Freunde sind sicher, daß es irgendwelche Rechten waren und daß der Anschlag im Zusammenhang mit Reinholds politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten steht. In einer einstimmig verabschiedeten Erklärung der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier Frankfurt heißt es dazu: „*Diese Vorgänge sind nur in einem Klima zunehmender Intoleranz und Hetze gegen Andersdenkende, Ausländer, Antifaschisten und Gewerkschafter, wie es sich in unserer Gesellschaft entwickelt hat, möglich. Das verabscheunugswürdige Verbrechen betrifft nicht nur Reinhold Winter und seine Familie, sondern richtet sich gegen alle, die opponieren und als politisch unbequem angesehen werden.*"

H.G. Fritz, Bezirksvorsitzender der IG Drupa in Frankfurt brachte den Anschlag auf Reinhold in Verbindung mit einem Brandanschlag auf das Haus eines jüdischen Arztes in Gedern am selben Tage. Genau denselben Zusammenhang zwischen den Anschlägen von Gedern und Offenbach, wo die Täterschaft von Neonazis sehr eindeutig ist deutet inzwischen auch die Polizei gegenüber einem Kreistagsmitglied der Grünen im Wetteraukreis an!

Der Anschlag auf Reinhold erfolgte genau einen Tag vor der Vereidigung von Wallmann zum neuen hessischen Ministerpräsidenten. Und eben dieser Walter Wallmann spielt in der politischen Biographie Reinhold Winters eine besondere Rolle, so daß hierin möglicherweise im weiteren Sinne ein Grund für den Anschlag auf Reinhold zu sehen ist.

Am 11. Januar 1986 protestierten ca. 100 Kolleginnen und Kollegen während des Neujahrsempfangs des DGB Frankfurt gegen den zu dieser Feier eingeladenen Wallmann, damals noch Oberbürgermeister der Stadt. Es kam zu einem Geschubse und Gerangel, in dessen Verlauf angeblich geschlagen wurde. Zu diesem Protest hatte die Gruppe „Gewerkschafter gegen Wallmann" aufgerufen, zu denen auch R. Winter gehört.

Neben der Tatsache, daß Wallmann verantwortlich ist für Demonstrationsverbote gegen Linke und Antifaschisten, umgekehrt Alt- und Neonazis gegenüber jedoch eine „Merkwürdige Verbotspolitik" betrieb, die auf eine faktische Duldung hinauslief; neben der Tatsache, daß Wallmann sich offen mit der vorigen Landesregierung wegen deren vergleichsweise liberalen Aufenthaltsbestimmungen für Ausländer anlegte — neben diesen Fakten waren die „Gewerkschafter gegen Wallmann" über seine Einladung ins DGB-Haus vor allem deswegen empört, weil mit dem 2. Bundesvorsitzenden der CDU ein Spitzenmann derjenigen Partei eingeladen wurde, die just zum damaligen Zeitpunkt die Änderung des Streikparagraphen 116 AFG durchzog.

Für einige der an dem Protest beteiligten Kollegen hatte das Ganze Folgen: Als der Versuch innergewerkschaftlicher Disziplinierungen mißlang, trat die Justiz auf den Plan: die Anzeige eines Ordners, der ebenfalls geschlagen worden sein will sowie die „Schläge gegen Wallmann" führten zu insgesamt 17 Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung und versuchter Nötigung. Von diesen 17 Verfahren sind inzwischen 16 eingestellt und nur in einem wurde im Februar Anklage wegen „versuchter Nötigung" erhoben: gegen Reinhold Winter. Selbst die Rücknahme der Anzeige, zu der der Ordner bewegt werden konnte, ändert nichts: Reinhold wird wegen besonderen öffentlichen Interesses angeklagt.

Aus einer Gruppe von ca. 100 Leuten wird einer herausgegriffen und wie auf einem Silbertablett präsentiert. Werden da nicht Parallelen zu dem Verfahren gegen Alexander Schubart („Nötigung eines Verfassungsorgans") sichtbar? Ist es nicht ein sprichwörtlicher „Wink mit dem Zaunpfahl" für rechtsradikale Kreise, wenn hier ein Einzelner als „Täter" präsentiert wird, der über diese Geschichte hinaus als Linker, Antifaschist und kämpferischer Gewerkschafter bekannt ist und „sein Opfer" zudem noch Walter Wallmann heißt?

KB/Gruppe Frankfurt



Foto: M. Stroux

Verbotsantrag gegen die Grünen?

aus „Deutschland-Magazin" 4/87

In Bonn verdichten sich, wie „Deutschland-Magazin" aus Kreisen der Unionsfraktion und der Bundesregierung erfährt, die Überlegungen, gegen die Partei der Grünen gemäß Artikel 21, Absatz 2 des Grundgesetzes, einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen. Zuständig wäre das Bundesinnenministerium. Die Gründe dafür sind ein ähnliches verfassungswidriges Treiben der Grünen, wie es seinerzeit zum Verbot der KPD und der „Sozialistischen Reichspartei" durch das Verfassungsgericht geführt hat.

Auch der Staatssekretär des Bayerischen Justizministeriums, Dr. Wilhelm Vorndran, hat in einem Beitrag im „Bayernkurier" auf diese Möglichkeit hingewiesen. Im Artikel 21 des Grundgesetzes heißt es: „*Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.*"

Die Beweise, daß dies auf die Grünen und ihre Anhänger in wachsendem Maße zutrifft, sind Legion. Die Bewahrung rechtsstaatlicher Prinzipien, das Gewaltmonopol des Staates, die Achtung der von der Mehrheit beschlossenen Gesetze, sind Grundvoraussetzung unseres demokratischen Rechtsstaates. Wer sie mißachtet, gegen sie agiert, für Gewalt eintritt, zum Boykott von Gesetzen — wie gegen die Volkszählung — aufruft, Gewalttaten und strafbare Handlungen billigt — Umsägen von Strommasten, Blockaden, gewalttätige Demonstrationen, Verharmlosung des Terrorismus — handelt eindeutig verfassungswidrig.

Die Beseitigung unseres demokratischen Rechtsstaates wird von prominenten Vertretern der Grünen ständig gefordert. Wenn zum Beispiel der sich nach wie vor als Kommunist bekennende Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Thomas Ebermann, in der Zeitschrift „Konkret" wörtlich erklärt, daß die „Zerbrechung des heutigen Staatsapparates zugleich von innen und außen zu bewerkstelligen ist", bedeutet dies eindeutig Verfassungsbruch und grenzt mit dem Hinweis „von außen" an Landesverrat. Im kommunistischen „Arbeiterkampf" erklärt er wörtlich: „Die Grünen stehen mehr für zivilen Ungehorsam und die Bereitschaft, Gesetze zu übertreten."

Wie das Bundesverfassungsgericht die Grünen bereits beurteilt, ergibt sich aus seiner Entscheidung, deren Klage abzuweisen, mit der sie einen Vertreter ihrer Fraktion in den Bundestagsausschuß zur Überwachung der Geheimdienste entsenden wollten. Das Bekenntnis der Grünen, sich nicht an die gesetzliche Geheimhaltungspflicht zu halten, das heißt, ihre Bereitschaft zu strafbarem Geheimnisverrat, haben die Karlsruher Richter als Grund für ihr abweisendes Urteil erklärt.

Bitburg ist überall

Brandanschlag auf das Haus eines jüdischen Arztes

Es ist die Nacht vom 21. auf den 22. April. Die Vereidigung Walter Wallmanns zum neuen hessischen Ministerpräsidenten wird in einigen Stunden erfolgen: In Gedern brennt das „Berg-Wirthshaus" des jüdischen Arztes Dan Kiesel ab, das dieser gerade saniert hat und zu einem Wohnhaus für Asylbewerber ausbauen will. Wenige Stunden später schüttet in Offenbach ein Attentäter dem bekannten Druck-Gewerkschafter Reinhold Winter Salzsäure ins Gesicht. Dem Vernehmen nach ermittelt die Polizei auch nach Zusammenhängen bei den beiden Verbrechen. Gemeinsame Bezüge bestehen jedenfalls im neuen innenpolitischen Klima Hessens.

Gedern, ein Kaff am südlichen Rand des hessischen Vogelsberges, liegt ungefähr eine Autostunde von Frankfurt entfernt. Wes Geistes Kind man in dieser freundlichen Gegend ist, erfuhren im „Friedensherbst" 1984 antimilitaristische Demonstranten, als im benachbarten Steinau-Ulmbach die freiwillige Feuerwehr mit Latten und Löschwasser auf Manöverbehinderer losging. Zwischen der Ortschaft und der betroffenen Bundeswehr-Brigade besteht seitdem eine „Patenschaft". Im ebenfalls benachbarten Hirzenhain befand sich während der Nazizeit ein KZ-ähnliches „Arbeitserziehungslager". Gedern selber rühmte sich bereits Mitte der dreißiger Jahre, durch Pogrome der Bevölkerung (noch vor der sog. „Kristallnacht") „judenfrei" geworden zu sein. In der Disco wird alljährlich der Führergeburtstag gefeiert, Hitler ist hier bis heute „Ehrenbürger".

1982 zog der jüdische Arzt Dan Kiesel, der durch die Nazis 64 Angehörige verloren hat, mit seiner Lebensgefährtin nach Gedern und eröffnete eine Praxis. Seither sind die beiden Opfer eines ausgedehnten Telefonterrors. Im Briefkasten fanden sie das neonazistische Buch „Auschwitzlüge". In der Stadt tauchen Mordparolen gegen Kiesel mit SS-Runen auf. In Kiesels Haus wird eingebrochen, Wände und Mobiliar werden mit dem Hakenkreuz und NS-Parolen beschmiert. Seit einigen Monaten klebte an der Praxiswand ein Davidstern aus NPD-Aufklebern. Kein Gederner Bürger oder Lokalpolitiker fühlt sich betroffen: Es handele sich nicht um Kiesels jüdischen Glauben, sondern um ein „persönliches Problem" des Arztes. So wird die Nazi-Insignie nicht entfernt. Dan Kiesel und seine Freundin fühlen sich zunehmend persönlich bedroht, die „Frankfurter Rundschau" und die „Hessenschau" berichten über die Vorgänge in der Gemeinde. Dort ist man empört über „die Lügen".

Als nächstes kommt es, als gäbe es einen vorhersehbaren Ablauf der antisemitischen Ausfälle, zum Brand des Hauses von Dan Kiesel am 22. April. Auf Initiative der Grünen des Wetterau- und Vogelsbergkreises demonstrieren unter Beteiligung der VVN und weiterer Antifaschisten in Gedern knapp 300 Menschen. Den Demonstranten schlägt offene Feindschaft entgegen. „Geht doch arbeiten! Geht dorthin, wo ihr herkommt; wir lassen Gedern nicht in den Dreck ziehen." Ein Teil der Männer aus dem Dorf hat sich den blauen Anzug angezogen, weil heute so ein wichtiger Tag ist. Viele fotografieren in die Demonstration hinein. Ein rechtsradikaler Dorfdepp geht mit dem Kehrblech auf einen grünen Regierungsdirektor los — es steht kurz vor einer Schlägerei. Um die an- und abziehenden Demonstranten kreisen mehrere Autos der männlichen Landjugend, die — noch den Flaum auf der Oberlippe, aber „Bunny" auf der Heckscheibe — mit quietschenden Reifen und heulenden Motoren bei obszöner Gestik hinter den Autoscheiben auf sich aufmerksam macht.

Am Ort der Kundgebung, vor dem Gemeinderathaus, empfangen einen ca. 150 Blüten des Gemeindesumpfes: Frauen und Männer, alt und jung, vor allem alle braun. Sie stören durch Gejohle die Kundgebung, provozieren die Antifaschisten. Sie haben natürlich nicht gegen die Juden, aber der Kiesel hat selber schuld, man muß ja auch mal die andere Seite sehen. Die kennt ihr ja gar nicht. Geht lieber arbeiten, sagt das knapp achtzehnjährige Bürschchen zum vierzigjährigen jüdischen Druckereiarbeiter. *Da müßte mal ein Tieflader drüberfahren. Bei Adolf hätt's was mit dem Knüppel gegeben.* Aber du bist kein Nazi? Nee, grinzt der Specknacken. Als Dan Kiesel unter Tränen verkündet, er werde Gedern verlassen, pfeift die Dorfjugend und buht ihn aus.

Die Pogromstimmung, die Szenen während der Kundgebung sind Gegenstand eines Entschließungsantrages der Grünen Fraktion im Hessischen Landtag am 29.4. Alle übrigen Fraktionen verweisen den Antrag zur „Beratung" an den Innenausschuß. Wenn auch alle Redner den Brandanschlag an sich verurteilen, verwahrt man sich doch v.a. von Seiten der CDU und FDP entschieden dagegen, eine ganze Gemeinde zu verurteilen und die Stimmung, die den Brandanschlag im Ort erst möglich machte, zur Kenntnis zu nehmen. Fakt ist, daß in der Geschichte der BRD erstmalig wieder das Haus eines Juden in Brand gesetzt wurde und dieser den Ort verlassen muß. Ein Redner auf der Kundgebung in Gedern sagte es so: „Sie haben es geschafft. Gedern ist ein zweites Mal judenfrei."

th., Ffm

Tschernobyl: Der GAU, der nicht zuende ist

Die wissenschaftlich-technische Reaktion hat begonnen

Kürzlich äußerte der Kasseler Philosoph Ulrich Sonnemann auf einer Veranstaltung des Frankfurter AStA, die herrschende Wissenschaft erledige sich selbst. Die knappe Bemerkung galt einer Kontroverse, die im April Wellen geschlagen hatte: Eine Westberliner humangenetische Studie zeigte das Ansteigen von ,,Trisomie 21'' bei Neugeborenen nach Tschernobyl an. Es geht dabei um Kinder von Frauen in der Bundesrepublik, die während des radioaktiven Fallouts in einer Frühphase der Schwangerschaft waren. Nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses trat der Verfasser oder Leiter der Studie, ein Prof. K. Sperling, persönlich vor die Presse, um zu dementieren. Ein Zusammenhang mit der Bestrahlung sei nicht festzustellen. Die ,,Frankfurter Rundschau'' fand allerdings heraus, daß der Pressekonferenz des Prof. Sperling ein Gespräch mit der Strahlenschutzkommission des Bundesumweltministeriums vorausgegangen war. Die ,,FR'' (11.4.) äußerte die naheliegende Vermutung, daß politischer Druck die Folgen von Tschernobyl *,,plötzlich nicht mehr auffällig''* werden ließ.

Wie man unter solchen Bedingungen von Zensur oder Selbstzensur noch neue Erkenntnisse gewinnen wolle, fragte Sonnemann in dem erwähnten Vortrag und sparte nicht mit Schärfe. Der Vorgang spricht für sich, und ein Leserbrief des stilistisch wie gedanklich nicht sehr gewandten Humangenetikers an die ,,FR'' (16.4.) war nur geeignet, die Kritik zu bestätigen. Prof. Sperling bemühte sich darin um den Nachweis, er habe grundsätzlich immer das Gleiche vertreten und nicht seine Meinung nach Rücksprache mit der Strahlenschutzkommission geändert. Der Leserbrief enthält den beachtlichen Satz: *,,Die zitierte Studie war ausschließlich zur Information und kritischen Diskussion der beteiligten Wissenschaftler bestimmt.''* Und weiter: *,,Es versteht sich von selbst, daß eine Information, die der Diskussion von Fachkollegen dienen soll, sich von einer Mitteilung an die Öffentlichkeit unterscheiden muß.''* Muß? Muß!

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß ein solches Selbstverständnis den gegenwärtigen Durchschnitt bürgerlicher Wissenschaftler einigermaßen repräsentiert. Für sie gibt es demnach zweierlei Kommunikation: Eine **offene, kritische und ggf. auch kontroverse** Kommunikation untereinander und eine **selbstverständlich davon verschiedene** Kommunikation, in Form von ,,Mitteilungen'', wenn es an die Öffentlichkeit geht. Für die klare Formulierung einer gängigen Praxis kann man nur dankbar sein. Denn daraus läßt sich ein Maßstab für die ,,Mitteilungen'' der herrschenden Wissenschaft an das gemeine Volk ableiten.

Die herrschende Wissenschaft ist die Wissenschaft der Herrschenden. An welcher Art von Mitteilungen über die Folgen von Tschernobyl die Herrschenden interessiert sind, wird superdeutlich am Konflikt um das Fernsehmagazin ,,Report''. Man braucht sich ja nicht einmal Gedanken über Präzision und Beweiskraft des umstrittenen Beitrags über bayrisches Kälbersterben zu machen: Man muß das rigorose Einschreiten der CDU gegen ,,Report'' nur mit der Gunst vergleichen, die das ZDF-Magazin genießt, um nackte Zensur festzustellen. Und genau diese nackte Zensur spricht wiederum für die Richtigkeit, für die wissenschaftliche Haltbarkeit der Arbeit des Redakteurs Moser.

Tabu: Strontium und Plutonium

Ein weiteres Beispiel soll ausführlich referiert werden, da es 1. entscheidende Daten über den Super-GAU in der Sowjetunion berührt, 2. eine exakte Beweisführung erlaubt und 3. totgeschwiegen worden ist, d.h. faktisch den Rang eines Tabus genießt. Es geht um die Präsenz der anerkanntermaßen gefährlichsten Radionuklide in der Strahlenwolke von Tschernobyl: Strontium und Plutonium.

Sicher ist die offizielle Informationspolitik, die vor einem Jahr von Bundes- und Landesministerien, von Ämtern, Behörden und Instituten praktiziert wurde, noch in Erinnerung. Es hieß zunächst, man habe Spuren radioaktiven Jods auch in der Bundesrepublik festgestellt, jene Quantitäten aber seien absolut ungefährlich. Als das Jod an mehreren Orten über Nacht hundert und mehr Becquerel pro Kubikmeter Luft erreichte, verwies man auf die Kurzlebigkeit dieses Isotops; innerhalb einer Woche werde es bis auf ein Zehntel wieder zerfallen sein. Dementsprechend wurden die Jod-Werte stets mit dem Hinweis veröffentlicht, sie seien schon wieder am Abklingen. Das Schlimmste hatte man stets hinter sich, obwohl es ja angeblich niemals schlimm war.

Dieses Spiel war schnell ausgereizt, als das Caesium auftrat, welches eine Halbwertszeit von 30 Jahren besitzt. Die nächste argumentative Beruhigungspille lautete, Caesium sei gewissermaßen ein >alter Bekannter< von den überirdischen Atomtests der sechziger Jahre. Was man damals überlebt habe, werde man auch diesmal überleben. Da niemand weiß oder auch nur einigermaßen plausibel schätzen kann, wieviele Menschenleben und wieviele Krankheiten diese Tests tatsächlich gekostet haben, stellte sich die maßgebliche Expertenmeinung auf den ebenso forschen wie skrupellosen Standpunkt: Gar keine. (Das Verblüffende dabei ist, daß der internationalen TV-Öffentlichkeit praktisch permanent markante mögliche Opfer jenes Treibens vor Augen geführt werden, ohne daß jemand einen Gedanken daran verschwendet hätte, ob die Krebserkrankungen von John Wayne oder Ronald Reagan vielleicht daher kommen, daß sie zur fraglichen Zeit an Filmarbeiten in der Wüste Nevada beteiligt waren — Hollywoods demonstrativer Beweis der radioaktiven Ungefährlichkeit im Auftrag des Weißen Hauses).



Foto: M. Stroux

Auch diese Argumentation wäre rasch beendet gewesen, wenn ein Vorhandensein von Strontium und Plutonium im Fallout des GAU bekannt geworden wäre. Statt der — wichtigen, aber scheinbar immer unentschiedenen — Kontroverse über die Folgen von Niedrigstrahlung hätte dann auch die Schulmedizin Alarm schlagen müssen oder erhebliche Glaubwürdigkeitsverluste riskiert. Denn von Strontium, das sich im Knochenmark einbaut, und Plutonium, das Lunge, Leber und Lymphknoten bedroht, ist unbestritten, daß sie selbst in geringen Dosen hochbrisant sind. Der Nachweis von Strontium in den Milchzähnen amerikanischer Großstadt-Kinder war seinerzeit ein Signal gewesen, das mit zum Abbruch der überirdischen Atomtests durch USA und SU führte (die unterirdische Detonationstechnik war ja auch schon entwickelt...). Plutonium ist als Supergift ohnehin ein ,,Reizwort'' in der Öffentlichkeit.

So rangen (und ringen) die Atom-Experten um Argumentationen, die plausibel machen sollen, daß wir wenigstens von den Spaltprodukten verschont geblieben wären, die als die radiologisch gefährlichsten gelten. In den Tagen nach der Katastrophe hieß es zunächst, gerade Strontium und Plutonium seien nur mit komplizierten Analysen nachzuweisen. Dann durfte man aufatmen: Angeblich ergaben die durchgeführten Radioaktivitäts-Messungen nur äußerst geringe Anteile dieser beiden Stoffe. Bei Darstellung und Interpretation dieses >Glücks im Unglück< bemühte die Wissenschaft all ihr Können:

— Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (gsf) in München/Neuherberg fertigte einprägsame Schaubilder an, die wiederholt im Fernsehen gezeigt wurden. Darauf war das Caesium-Strontium-Verhältnis einmal nach den Atomtests, dann nach Tschernobyl abgebildet. Auf einen Blick war zu erkennen, daß das Strontium in den sechziger Jahren eine erhebliche Rolle gespielt hatte (fast 50% des Caesium), während es durch Tschernobyl scheinbar nur in sehr geringen Mengen freigesetzt wurde. Die gsf gab auch die einzige offiziell immer wieder genannte Plutonium-Messung bekannt: 40 **Milli**becquerel pro Quadratmeter Bodenoberfläche in München. Dieses — im Vergleich zu den Atomtest-Folgen ebenfalls deutlich niedrigere — Resultat verfehlte seine beruhigende Wirkung nicht einmal bei einer Zeitschrift wie ,,natur''.

— Das Karlsruher Kernforschungszentrum veröffentlichte eine Studie über den mutmaßlichen Unfallhergang, in der es hieß, schwerflüchtige Spaltprodukte und Plutonium hätten den beschädigten Reaktor kaum verlassen; dies bestätige die eigenen Prognosen über die Wirkungen eines atomaren GAU. (Auf dieser Hypothese basiert übrigens die halbe AKW-,,Sicherheitsphilosophie'' bis hin zum sog. ,,Wallmann-Ventil'').

— Diverse Einrichtungen der sog. Atomenergie-Überwachung, etwa IAEO Wien, winkten, nach Plutonium befragt, müde ab: Das seien doch ,,klitzekleine'' Effekte (siehe ,,konkret'' Nr. 8/86: ,,Spurensuche in der Strahlenwolke'').

— Vereinzelte, von Universitätsinstituten (Münster, Westberlin) unabhängig vorgenommene Messungen von Plutonium und Neptunium (ein sicherer Indikator auf das Vorhandensein von Plutonium) wurden von der Atomfamilie gar nicht registriert oder kurzerhand als falsch abgetan. Die Landesanstalt für Umwelt im damals noch rot-grünen Hessen nahm eine merkwürdig hohe Neptunium-Messung schlicht zurück: Jeder kann sich mal irren. Ein damals noch grünes Umweltministerium schenkte der Sache keine Beachtung, freilich nicht aus realpolitischem Verrat sondern purer Doofheit.

— Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (Köln) faßte den offiziellen Erkenntnisstand im Juni 1986 in einer Broschüre zusammen. Eine Tabelle (Tab. 2: *,,Aktivitäten bezogen auf Cs-137''*; S. 16) listet die Mittelwerte der in Finnland, Frankreich und der Bundesrepublik gemessenen Aktivitäten auf. Im Vergleich zum Caesium (gleich 100%) sei Strontium nur zu 2% und Plutonium nur zu 0,2% freigesetzt worden. Dieser Befund wird wie folgt verallgemeinert: *,,Näherungsweise kann davon ausgegangen werden, daß die meisten Nuklide in demselben Verhältnis freigesetzt wurden, wie sie in Skandinavien und Westeuropa gemessen wurden.''* Das bedeutet: Näher liegende Regionen oder Länder wie die Ukraine, Weißrußland, Polen oder Rumänien haben entsprechend mehr Strahlung abbekommen. Die **Zusammensetzung** der Strahlung in ihren einzelnen Komponenten sei jedoch im Großen und Ganzen überall die gleiche gewesen. (Diese Zusammensetzung fällt bei der medizinischen Beurteilung der Gefahr ebenso ins Gewicht wie die summierte Höhe der Strahlung).

Dementsprechend wurde ein bestimmtes Szenario für den Unfallablauf zugrundegelegt: Der beschädigte Reaktorkern von Tschernobyl habe nur ganz zu Anfang des GAU für ca. 5 bis 8 Stunden eine so hohe Temperatur erreicht, daß z.B. auch Plutonium an die Atmosphäre abgegeben wurde. Die gefährlichste oder folgenschwerste Phase der Katastrophe habe also nur einige Stunden angedauert. Was Strontium betrifft, habe man einfach aufgrund diverser chemischer Reaktionen Glück gehabt.

Inzwischen (Februar 1987) hat die Gesellschaft für Reaktorsicherheit eine zweite Auflage dieser Broschüre herausgebracht, in die auch die Informationen eingegangen sind, die die Sowjetunion in einem Bericht an die IAEO gegeben hat. Per *,,Grußwort''* an die *,,fachlich interessierte Öffentlichkeit''* wünscht der damalige Umweltminister, Walter Wallmann, in der ihm eigenen Art, *,,zur Versachlichung der Diskussion''* möge *,,von dem hier vorliegenden Informationsmaterial reger Gebrauch gemacht''* werden. Eine solche Öffentlichkeit scheint es nicht zu geben, oder es hat sich jedenfalls noch niemand die kleine Mühe gemacht, die jetzt publizierten Werte so umzurechnen, daß sie mit den o.g. früheren Tabellen vergleichbar werden. Denn das wirft alles über den Haufen, was ein halbes Jahr zuvor behauptet worden war und natürlich so in den Köpfen dringeblieben ist. Freilich: Kein Wort davon in den Gruß- und Vorworten oder im Text...

Nach den neuen Werten (2. Aufl., Tabelle 3, S. 35) beträgt die Freisetzung von Strontium aus dem Reaktor 40% derjenigen von Caesium und die Freisetzung von Plutonium 30% derjenigen von Caesium (aufgrund der entsprechend längeren Halbwertszeit heißt das, daß das Plutonium mit ca. einem Dreitausendstel der Caesium-Strahlung vorhanden ist). Folglich ist der Tschernobyl-Fallout ziemlich der gleiche gewesen wie nach den überirdischen Atomtests; alle hochwissenschaftlichen Argumentationen, die eine grundsätzliche Verschiedenheit der radioaktiven Folgen eines GAU von denen einer Atombombe plausibel machen wollten, sind Makulatur. **Speziell die GRS hat sich bei Strontium um einen Faktor 20 geirrt und bei Plutonium um einen Faktor 150.** Wohlgemerkt: Wir beziehen uns weder auf Amateur-Messungen mit dem Geigerzähler noch auf Publikationen von Ökoinstituten oder den Grünen: Referiert wird lediglich, was schwarz auf weiß von der GRS gedruckt und von Wallmann persönlich zur Lektüre empfohlen ist. Freilich darf man auf die dritte Auflage der GRS-Broschüre gespannt sein — jede Wette, daß das wieder geglättet wird...

Medizinisch gesehen bedeutet das, daß von diesen beiden Stoffen, vorsichtig formuliert, eine relevante Gefährdung ausgeht. Sie tragen zwar weniger als das zur Zeit ausschließlich genannte Caesium zur Gesamtstrahlung bei, haben aber eine erheblich höhere radiobiologische Wirksamkeit. Wenn die überirdischen Atomtests schon wegen des Strontium eingestellt wurden, müßten dann nicht auch die Reaktoren schon wegen dieses Faktors stillgelegt werden? Eben: Weil man die Argumentation kennt, darf über Strontium nicht gesprochen werden.

Bedenkt man einerseits, daß sich die einheimische AKW-Technologie, wozu natürlich gerade solche Institute wie GRS Köln, KFZ Karlsruhe usw. zählen, in aller Bescheidenheit selbst eine weltweite Spitzenstellung bescheinigt und andererseits, daß es immerhin um den atomaren Ernstfall ging — dann sind das, ganz sachlich betrachtet, atemberaubende Fehlerspannen. Wie ist es möglich, daß die Wissenschaft so total danebenliegt und das ausgerechnet, wenn sie mal gebraucht wird? Angst vor dem eigenen Metier oder Anweisung von höherer Stelle? Oder die ,,Selbstverständlichkeit'', daß sich Mitteilungen an die Öffentlichkeit von der internen Fachdiskussion zu unterscheiden haben?!

Die GRS weiß ja sehr gut, über welch ein heikles Thema sie da schreibt: Es *,,überrascht''* sie, daß das Nuklidspektrum *,,einen erheblichen Anteil schwerflüchtiger Spaltprodukte und auch des Brennstoffs mit seinen Aktivierungsprodukten* (dezente Umschreibung des Reizworts Plutonium in der Fachdiskussion; Anm. AK) *enthalten hat''* (S. 36). Deswegen darf nun nicht mehr richtig sein, daß die Zusammensetzung der Strahlenwolke überall ähnlich gewesen sei: Bis zu uns — happy BRD — ist **dieses** Zeug nicht gekommen. *,,Dieses Nuklidspektrum unterscheidet sich deutlich von den in Skandinavien und in der Bundesrepublik Deutschland gemessenen Spektren, wo im Nuklidspektrum ein erheblich größerer Anteil an leichtflüchtigen Nukliden wie Jod, Caesium und Tellur gegenüber Nukliden wie Barium, Strontium, Neptunium und Plutonium beobachtet wurde... Zur Zeit gibt es für diese Diskrepanz keine befriedigende Erklärung.''* Trotzdem müht man sich, das Unfall-Szenario entsprechend hinzubiegen: In den ersten beiden Tagen des GAU seien die strahlenden Partikel, bedingt durch die Explosion und sehr hohe Temperaturen, bis in Höhen von ca. 1,7 km geschleudert worden. Dadurch konnten Aerosole vom Wind bis nach Mitteleuropa und Skandinavien transportiert werden.

Vom 2.-5. Mai 1986 habe es erneut eine erhebliche Aktivitätsfreisetzung gegeben; infolge des Abwurfs von Sand, Blei und anderen Abdeckmaterialien auf die Reaktorruine durch den sowjetischen Katastropheneinsatz seien die Strahlenteilchen jedoch nur noch in Höhen bis zu 400 m geschleudert und deshalb nicht mehr so weit verweht worden. Wieder eine kurzlebige Hypothese? Diejenigen westdeutschen Institute, auf deren Untersuchungen sich die GRS bezieht, insbesondere die gsf München, haben für den Zeitraum dieser **zweiten** Aktivitätsfreisetzung gar keine Plutonium/Strontium-Analysen mehr vorgenommen. So schrieben die Münchner Strahlen-Autoritäten, ihre Pu/Sr-Messung betreffe den Zeitraum bis zum 2. Mai; danach habe es keine wesentliche Aktivitätszufuhr mehr gegeben. Was immer sie zum vorzeitigen Abbruch bewogen hat: Eine Messung Münsteraner Physiker vom 4. Mai 1986 zeigt einen relativ hohen, von der Fachwelt als ,,unwahrscheinlich'' eingestuften Plutoniumwert an. Von diesem Zeitraum datiert auch der ,,unwahrscheinliche'' hessische Neptunium-Wert, der später kurzerhand zurückgezogen wurde. Alles paßt ganz gut zusammen — nur in das Bild der Atomfamilie, in die krampfhaft aufrechterhaltene Verharmlosung paßt es nicht. In **unser** Bild paßt allerdings auch, daß die einen ihre Messungen abbrechen, die anderen ihre Ergebnisse zurückziehen und die dritten Hypo-

Fortsetzung nächste Seite

Ein Jahr nach Tschernobyl:

★ Aktionen gegen den nächsten Super-GAU ★ Bern im Tränengas ★

Ein Jahr nach der Katastrophe von Tschernobyl kam es am Wochenende des 25. und 26. April zu zahlreichen Aktionen und Demonstrationen für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, an denen sich Hunderttausende in ganz Westeuropa beteiligten.

In Hamburg hatte sich ein Aktionsbündnis aus über 30 Organisationen der sogenannten Nach-Tschernobyl-Gruppen (div. Eltern- und Kinderinis) und den „alten" Initiativen gebildet, das unter der Parole „Hamburg kann abschalten" deutlich machte, daß der SPD-Senat seinen „vielen Worten bis heute keine praktischen Taten folgen lassen" hat. (Aufruf) An der Hamburger Demonstration am 25.4. beteiligten sich ca. 15 000 Menschen, darunter ein großer „Kinderblock".

Die Demo mußte unter scharfen Auflagen durch Nebenstraßen der Innenstadt gehen, da Innensenator Pawelczyk nach dem Tag X der Hafenstraße es für „wahrscheinlich" hielt, daß von der Demonstration Aktionen gegen die gleichzeitig in der Innenstadt stattfindenden CDU-Wahlkampf-Info-Zeile geplant wären. Der Wahlkampf der CDU scheint dem SPD-Senator allemal wichtiger, als eine Demonstration für den Ausstieg aus dem Atomprogramm.



Foto: H. Wojahn

Ca. 6.000 Menschen beteiligten sich an Aktionen an der WAA in Wackersdorf. „Frauen gegen die WAA" hatten gegen die „schwarze Politik" der CSU-Regierung zu einer „weißen Kundgebung" aufgerufen. Zu Auseinandersetzungen kam es, als nach der Kundgebung das Baugelände besucht wurde. Ein Mensch im Rollstuhl wurde dabei mit Knüppelschlägen so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus mußte.

Weitere Aktionen und Demos veranstalteten AKW-Gegner in Westberlin, Nürnberg, Würzburg, Kiel und Bonn, sowie in Thionville gegen das französische AKW in Cattenom.

ds



In Bern (Schweiz) kam es zu schweren Angriffen der Polizei gegen eine nationale Tschernobyl-Demonstration von über 10.000 Menschen, zu der insgesamt 70 Organisationen aufgerufen hatten.

Von dem Bündnis war geplant, auf vier verschiedenen Routen zur Abschlußkundgebung zu demonstrieren. Mit der Begründung, daß der Innenstadtverkehr aufgrund einer gleichzeitig stattfindenden Messe zusammenbrechen würde, wurde dies von den Behörden verboten. Auch ein Zugeständnis des Bündnises, lediglich zwei Züge zu machen, wurde abgelehnt.

„Diese Haltung der Stadtregierung, die Demonstration zu verhindern, wollten wir nicht hinnehmen", erklärten die Veranstalter (Tages Anzeiger, 27.4.87).

Als ein Teil der Demonstration dann versuchte, die nicht genehmigte Route entsprechend eines Mehrheits-Beschlusses im Bündnis zu gehen, machte die Polizei ohne jegliche Vorwarnung von CS-Granaten, Gummigeschossen und Schlagstock reichlich Gebrauch. Insgesamt 18 Menschen wurden dabei verletzt, zwei Kinder erlitten schwere Tränengasverletzungen.

Ein Demonstrant, der von einer gezielt abgefeuerten Tränengaspetarde am Kopf getroffen wurde, erlitt so schwere Verletzungen, daß er sechs Stunden lang am Jochbein und am Auge operiert werden mußte. In einer Erklärung stellten die Veranstalter zu diesem brutalen Vorgehen der Bullen fest: „Albisetti (Polizeidirektor von Bern (Anm. der Red.) wollte gar nie Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. Es ging ihm von Anfang an darum, die Demonstranten zu diskreditieren und zu spalten." (TA, 27.4.)

Der Forderung nach Rücktritt von Albisetti und der Berner Polizeileitung schlossen sich auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und die SP der Stadt Bern an.

ds



Fortsetzung von vorheriger Seite

thesen übers Knie brechen, die jeweils nur für eine Druckauflage Bestand haben.

Eine vorsichtige Veranschaulichung dieses notwendigerweise trockenen Zahlenmaterials sieht etwa so aus: Der Tschernobyl-Reaktor dürfte entsprechend seiner Betriebsdauer („Abbrand") ein Plutoniuminventar von vielleicht 250 Kilogramm angesammelt haben. Davon sind wahrscheinlich ca. 7,5 Kilogramm freigesetzt und an die Atmosphäre abgegeben worden. Dies kann man mit dem Plutonium-Fallout **mehrerer** Atombomben (je nach Sprengkraft) vergleichen. Nach unter Ökologen gängigen Bildern könnte diese Menge zur Vergiftung der Menschheit ausreichen, aber diese Bilder („Plutoniumkugel in der Größe einer Pampelmuse") sind Abstraktionen, denn niemals wird eine solche „Kugel" gleichmäßig in Milliarden Einzelportionen zu je einem Millionstel Gramm jeweils eine menschliche Lunge erreichen und dort die denkbar ungünstigste (krebsauslösende) Wirkung hervorrufen.

Deshalb sei an den realen Fall erinnert, wo im Februar d.J. bei der Hanauer Firma NUKEM 20 Arbeiter durch nur 0,2 Gramm Plutonium kontaminiert wurden (ohne daß sich dadurch schon etwas über gesundheitliche Folgen sagen ließe). Von diesem Beispiel ausgehend wäre es denkbar, daß, abgesehen von Jod, Caesium und den anderen Strahlern, allein durch das Tschernobyl-Plutonium 750.000 Menschen betroffen sein könnten. Aber auch das ist eine Abstraktion: Denn die Strahlenwolke hat zum Glück nicht in 37.500 geschlossenen Räumen aufgeteilt jeweils 20 Menschen erreicht. Trotzdem macht der Vergleich klar, daß man es hier mit Dimensionen zu tun hat, denen nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch hierzulande höchste Aufmerksamkeit gebührt, anstatt wie bisher peinlichstes Stillschweigen darüber zu bewahren.

Das Erbe des Walter Wallmann

Dem ersten Bonner Umweltminister war das politische Auf und Ab wohlgesonnen: Er avancierte früher zum hessischen Ministerpräsidenten, als das Bild vom behutsamen und fürsorglichen Volksfreund ernsthaften Schaden nehmen konnte. Allein der über Güterbahnhöfe und Bundeswehrgleise holpernde Molkezug störte ein bißchen. Doch die plumpe Art, in der die Opposition, vor allem die Medien, die „Irrfahrt" wahrnahmen, war wieder einmal trefflich geeignet, die dahinterstehende Politik auszublenden. Daß Bayern seine Brüder und Schwestern im Norden und Westen der Republik mit radioaktiven Geschenken überrascht, von denen die Empfänger nicht wissen, wohin damit, ist eher amüsant. Daß aber BRD und EG schiffsladungsweise kontaminierte Lebensmittel in die dritte Welt exportieren, während auf dem eigenen Markt gesunde außereuropäische Kost feilgeboten wird, ist der dramatische Aspekt der Sache. In Malaysia, Singapur, Angola, Ägypten, Sri Lanka, Brasilien, auf den Philippinen — und wer weiß, wo sonst — wurden die verseuchten Waren angeboten.

Die kriminellen Praktiken haben System. Das beweisen die sorgsam abgestuften Grenzwerte für ein privilegiertes Land wie die BRD, für die EG oder Nordamerika und... den Rest der Welt. Anfang des Jahres wurden Empfehlungen einer UNO-Kommission für international festzulegende Strahlengrenzwerte bekannt; für die vorderen Seiten der Medien kein besonderes Thema. Demnach werden pro Kilogramm bzw. Liter Lebensmittel für zulässig erachtet:

— **600 Becquerel Caesium,**
— **75 Becquerel Strontium,**
— **10 Becquerel Plutonium.**

Bei solchen Grenzwertfestlegungen handelt es sich immer um reale, also vorhandene Größen. Es müssen beträchtliche Lebensmittel-Mengen der Nach-Tschernobyl-Ernte produziert worden sein, die eine vergleichbare oder noch höhere Verseuchung aufweisen. Schon aus diesen Empfehlungen konnte man daher, lange vor der o.g. GRS-Broschüre, auf einen starken Strontium- und Plutonium-Niederschlag aus dem Reaktorunglück schliessen.

Hätte man der aufgeregten Öffentlichkeit vor einem Jahr jedoch Informationen zugemutet, die ähnliche Strontium- oder Plutonium-Konzentrationen auch nur in Boden, Luft oder Wasser behauptet hätten — die Diskussion um den Ausstieg wäre wohl wesentlich vehementer geführt worden. Heute soll Derartiges an die Menschheit verfüttert werden, freilich nur in der dritten Welt. Es bleibt einem die Spucke weg, obwohl oder **weil** es sich um ganz alltäglichen Imperialismus handelt.

Alles was mit Grenzwerten zu tun hat, fällt hierzulande in die Zuständigkeit des Bundesumweltministeriums. Wallmann selbst hatte größten Wert auf die Monopolisierung dieser Kompetenz in seinem Haus gelegt. In der einen oder anderen Weise ist er an UNO-Empfehlungen wie der zitierten beteiligt — sei es, daß ein BRD-Delegierter in der fraglichen Kommission vertreten ist oder daß zumindest eine Stellungnahme eingeholt wurde. Die Verantwortlichkeit ist jedenfalls klar geregelt. Wallmannsche Umweltpolitik muß daher vom Prinzip her als ein Management charakterisiert werden, das die Strahlenfolgen des Reaktorunglücks auf diejenigen verteilt, die sich am wenigsten dagegen wehren.

Schweigepflicht und Manipulation

All diese Informationen unterstreichen, daß ein Großteil der Erkenntnisse über den GAU den Rang von Staatsgeheimnissen besitzt. Die Öffentlichkeit ist über Tschernobyl nur teilweise, unzulänglich und direkt falsch unterrichtet. Gleichzeitig überschwemmen die Medien ihre Kundschaft zum Jahrestag mit einem wahren Überangebot an gedruckten und gefilmten Erzeugnissen. Auch über einen Mangel an politischer Auseinandersetzung um die Atomenergie kann sich niemand beklagen. Daran zeigt sich nichts anderes als der Reifegrad westlicher Manipulationstechniken. Hier läßt man sich nicht so einfach der Lüge bezichtigen, wie es der Sowjetunion geschah, nachdem sie die Katastrophe noch am zweiten Tag danach glatt abgestritten hatte. Das richtige Sortieren der Nachrichten, das Gewichten und Aufbereiten, die sorgfältige Mischung zwischen emotionaler Betroffenheit und rationaler Beruhigung — das alles erfüllt den gleichen Zweck sehr viel besser.

Die heute herrschende Kombination von Politik, Ökonomie, Medien, Wissenschaft und Technik, die man als Atomstaat bezeichnet, kleidet sich demokratisch-aufklärerisch, um in Wahrheit immer mehr und immer schneller vom Arsenal der Manipulation und Verdummung Gebrauch zu machen. Dabei ist das elitäre Selbstverständnis, wonach eine offene und kritische Diskussion zwar nicht nach aussen, immerhin jedoch intern geführt würde, bestenfalls grandiose Selbstüberschätzung. Die Katastrophe, die nach außen nicht eingestanden wird, kann auch nach innen nicht wahrgenommen werden. Die Atomfamilie muß an ihre eigene Propaganda glauben, wenn sie damit andere bekehren will. Herrschaftswissen und Herrschaftstechniken müssen freie Kontroversen und Kritik in jeder Hinsicht meiden. Deshalb werden die gemieteten Zwerge (Brecht über die Naturwissenschaftler) immer weniger erfinderisch. Da ihnen zuvorderst die Rolle von Zinnsoldaten zugedacht ist, kann das nicht weiter verwundern.

Denn es sind in letzter Instanz militärische Grundsätze, nach denen der Atomstaat funktioniert, weil sein oberstes Ziel ein militärisches ist. In den zurückliegenden Wochen haben sich die Atomskandale geradezu überschlagen:

— Plutoniumunfall bei NUKEM, wo mit Plutonium gar nicht umgegangen werden darf;

— Plutoniumverseuchung des Klärschlamms bei Karlstein, gegenüber Hanau, aber schon in Bayern gelegen: Die erstaunte Öffentlichkeit erfährt zum ersten Mal, daß die KWU dort mit 180 Kilogramm des Stoffes hantiert, ohne daß es je ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren gegeben hätte — und das Gleiche gilt für ein KWU-Labor in Erlangen;

— Korruptionsskandal bei der Hanauer Transnuklear, einem Speditionsunternehmen für radioaktive Transporte, das von NUKEM gegründet wurde; in diese Affaire sollen nach bisherigem Stand ca. hundert Beschäftigte an diversen Stellen der Atomindustrie verwickelt sein, u.a. bei AKWs und Elektrizitätsunternehmen. Mehrere Angestellte sind vom Dienst suspendiert, ein Hannoveraner PREAG-Ingenieur hat in diesem Zusammenhang anscheinend Selbstmord begangen;

— Austreten von gasförmigem Uranhexafluorid bei der RBU Hanau. Händeringend kommentiert die „FAZ", hierbei habe es sich nun wirklich um einen chemischen, nicht um einen atomaren Unfall gehandelt;

— zuletzt enthüllte der „stern" die Pakistan-Connection der Köln/Hanauer Firma Leybold-Heräus. Dem feindlichen Nachbarn Indiens, der seit über zehn Jahren unverhohlen an einer „islamischen Bombe" arbeitet, lieferte LH Kopien der Konstruktionsunterlagen für die letztes Jahr in Betrieb gegangene Urananreicherungsanlage im nordrhein-westfälischen Gronau. Über eine schweizerische Dependance wurden wichtige Komponenten der Anlage produziert und exportiert. Den dazu notwendigen Spezialstahl bezogen die Pakistani von Arbed Saarstahl. Aber auch Indien bediente sich auf dem nuklearen Schwarzmarkt der BRD, der international offenbar einen einschlägigen Ruf genießt. Die Alfred Hempel GmbH Düsseldorf arrangierte eine umfangreiche Lieferung von Schwerwasser für indische Reaktoren, die der Erzeugung von Waffenplutonium dienen sollen; abgewickelt wurde das Geschäft ebenfalls über die Schweiz.

Das Unaussprechliche, woran jeder denkt

Anders als noch vor zehn Jahren wirft jede einzelne dieser Affairen **konkret** die Frage nach dem häßlichen, sorgsam versteckt gehaltenen Zwilling der zivilen Atomenergie auf: Immer mächtiger scheinen die Kräfte im Hintergrund zu wirken, die nach der Bombe greifen und immer mehr Komponenten der Atomindustrie scheinen in dieses Bestreben verwickelt zu sein. Wer bedenkenlos und an allen, angeblich so scharfen internationalen Kontrollen vorbei die militärischen Atomprogramme von Indien und Pakistan ausrüstet, der ist gewiß auch der eigenen Regierung zu Diensten.

So hat der NUKEM-Unfall gleich drei bemerkenswerte Pointen:

1. Er ereignete sich genau zu dem Zeitpunkt, als Wallmann zu Wahlkampfzwecken die kühne Behauptung gewagt hatte, nicht einmal ein Milligramm Plutonium könne in bundesdeutschen Atomanlagen heimlich verschwinden bzw. zu dubiosen Zwecken abgezweigt werden. Es waren aber gleich 200 Milligramm, die zufällig an einer Stelle auftauchten, wohin sie niemals hätten gelangen dürfen.
2. Diese Menge war in einer als Uran, also falsch deklarierten Probe enthalten: Aber gerade die undurchsichtige, nur für die Chefetagen der Atomindustrie entzifferbare Deklaration der nuklearen Vorräte wird allgemein angewandt und ist z.B. bei der ALKEM (ausgerechnet!) gängige Methode.
3. Die angebliche Uran-Probe kam vom Karlsruher Institut für Transurane. Wozu aber um alles in der Welt bestellt NUKEM Uran, welches beinahe allgemein zugänglich ist, bei einem solchen Institut, dessen Name schon auf einen ganz speziellen Tätigkeitsbereich — nämlich Transurane, also von Plutonium aufwärts — verweist. Merkwürdig ist nicht, daß eine Probe aus diesem Institut Plutonium enthält, das sollte man vielmehr gerade von dort erwarten. Merkwürdig ist, wieso man ausgerechnet bei einer Plutonium-Spezialfirma (angeblich) gewöhnliches Uran bestellt. Handelte es sich vielleicht um Proben für militärische Versuchszwecke?

Noch weitaus brisanter ist der Korruptionsskandal, der bei Transnuklear aufgeflogen ist, aber die ganze Atomindustrie betrifft. Anhand des Beispiels der ALKEM ist (wie im AK mehrfach penibel nachgezeichnet) deutlich geworden, daß eine exakte, nachprüfbare Buchführung über die Plutoniumbilanzen dieser Firma nicht existiert. Das heißt nichts anderes, als daß die objektive Möglichkeit eines „Schwarzhandels" mit Plutonium besteht. Wenn jetzt, ausgehend von Transnuklear, also an der Brücke zwischen Lieferern und Empfängern, finanzielle Manipulationen im großen Stil nachgewiesen sind, dann findet ein Schwarzhandel mit nuklearen Brennstoffen auch real statt und was im Augenblick an der Oberfläche zu erkennen ist, sind die Verlegenheitslösungen, die man zum Verbuchen der Gewinne benutzt hat. Aber ein Schwarzmarkt für nukleare Brennstoffe ist national und international nur für einschlägige militärische Ambitionen interessant.

Der Atomstaat breitet sich aus und durchdringt immer mehr gesellschaftliche Bereiche mit seinen zutiefst reaktionären Implikationen. Dieser Prozeß scheint viel weiter fortgeschritten zu sein, als es die diversen Ausstiegsdiskussionen und damit verbundenen Wahlkampf-Aufgeregtheiten im bürgerlichen Lager vermuten lassen. Aktuell ist es doch so: Während man noch überlegt, ob die dreisten Bremsmanöver von Dregger über Wörner bis Rühe bei angestrengter publizistischer Schützenhilfe der „FAZ" in Sachen Abrüstungsverhandlungen vielleicht nicht nur der imperialistischen Propaganda-Arbeitsteilung mit Washington entspringen, sondern auch mit dem Interesse der BRD zu tun haben, die Option auf ein eigenes Atomarsenal offenzuhalten, pocht Strauß schon in der Bildzeitung unverhohlen auf die europäische Atommacht.

Man könnte es so formulieren, daß die Begriffe Atomstaat und militärisch industrieller Komplex (von denen wir wissen, daß sie beide problematisch sind) allmählich deckungsgleich werden. Was aber gar nicht mehr in die Wirklichkeit paßt, ist das in Ost und West geschätzte Wort von der „wissenschaftlich-technischen Revolution" (das allerdings von Anfang an noch problematischer war). Hier hat eine grundsätzlich falsche Annahme — daß die Entwicklung von Wissenschaft und Technik aus sich heraus gesellschaftlichen Fortschritt und Entspannung befördern würde — zu einer grundsätzlichen falschen Antwort geführt: Daß die Entwicklung von Wissenschaft und Technik an sich zu stoppen sei. Diese stoppen sich schon selbst in dem Maße, wie sie sich einem de facto militärischen Oberkommando unterwerfen. Nur wird die Anhäufung von Vernichtungspotentialen dadurch nicht geringer. Es handelt sich eben doch — nicht ausschließlich, aber vor allem anderen — um ein ökonomisches, soziales und politisches Problem. Die Scheiße ist eine kapitalistische.

de.

Über Seelenverkäufer und beinharte Tolerierer

Für mehr Flexibilität im taktischen Umgang mit der SPD

Es bröckelt in der GAL

Ausgerechnet Jürgen Reents war auf der seit Jahren bestbesuchten GAL-Mitgliederversammlung am 28. April Schrittmacher für die Realo-Strömung in der Hamburger GAL. Beraten werden sollte die Konkretisierung einer möglichen Tolerierungsvereinbarung mit der SPD. Zwei Hauptresolutionen standen kontrovers gegeneinander: eine von Reents verfaßte und eine von verschiedenen Landesvorstands- und anderen GAL-Mitgliedern aus der bisherigen Mehrheitsströmung. Den Papierinhalt lassen wir hier mal beiseite, weil es um den genausowenig ging wie um die Politik, die man bis zur Wahl am 17. Mai mit den beschlossenen Tolerierungsinhalten machen will. Es ging nur um einen Satz: Die GAL stehe jederzeit zu Verhandlungen über Einzelheiten ihres 12-Punkte-Tolerierungskatalogs bereit, werde „allerdings von deren Substanz nicht abrücken und steht für Tauschgeschäfte nicht zur Verfügung." Neben anderen nicht so wesentlichen Unterschieden zwischen den beiden Papieren war der wesentliche der, daß das Mehrheitspapier diesen Satz enthielt und das Reents-Papier nicht. Jürgen Reents erklärte dies denn auch zu seinem eigentlichen Anliegen. Die GAL müsse verhandlungsfähig werden und den kleinen Unterschied zwischen SPD und CDU ins Zentrum ihrer Tolerierungsbemühungen rücken, kritisierte er — gut in Form wie lange nicht mehr — die derzeitige GAL-Mehrheitspolitik. Er hatte den Beifall der in Hamburg bislang marginalen offenen Realos, den der verdeckten Realos um einige Rathaus-Mitarbeiter, den der SPD-Retter Marke Michael Stamm, den der Mehrheit der Frauenfraktion auf seiner Seite. Ebenso wie den der Hamburger „taz"-Querdenker mit ihrem stromlinienförmigen Avantgardeblatt für eine Hamburger Realo-Linie. Aber er erhielt auch Beifall von Leuten, denen die taktische Erstarrung der GAL ein Greuel ist und die sich mehr politische Bewegungsfähigkeit erhofften. Mit 140 zu 207 Stimmen unterlag der Reents-Antrag in der Abstimmung. Und doch wertete die Minderheit ihr auf 40% angewachsenes Stimmpotential als Erfolg. Vier Wochen vorher waren es nur 35% gewesen. Die Festung bröckelt, klagen die GAL-Linken.

Die Hamburger GAL-Debatte strotzt von katastrophal oberflächlichen Einschätzungen der CDU-Politik, die ein Bild der „schwarzen Republik" zeichnen, aus dem heraus der GAL die Rolle der CDU-Verhinderungspartei zugedacht wird. Zu all dem schwieg Antragsteller Reents; dafür drosch er um so mehr auf die linke Mehrheit ein, mit durchaus richtigen Kritiken an deren Politik vermengt. Und die ist geprägt von strategischer Ratlosigkeit, die ihr Augenmerk nicht mehr auf politische Initiativen und die Hamburger Verhältnisse zu richten vermag, sondern an allen Ecken und Enden bemüht ist, Leckagen zu stopfen, damit das linke grüne Flaggschiff nicht sinkt. Doch Reents Antwort auf die Ratlosigkeit ist eine Katastrophe: Nicht *mehr* Bewegungsspielraum für die GAL, sondern deren Grundüberholung auf Verhandelbarkeit für eine Hamburger SPD, die ihrerseits über alles spricht, nur nicht über verhandelbare Inhalte. So sehr ich die Linken in der GAL verstehe, angesichts des Bündnisses Minderheit, das sich dort sammelt, so wenig nützt ihr der Rückzug auf eine Position, die Tolerierung nur noch dem Namen nach im Munde führt, aber mittlerweile nicht mehr meint, als nach innen gerichtete, festgeklopfte Inhalte gegen den Dammbruch. Tolerierung als politisches Mittel zum Vorantreiben real existierender Widersprüche innerhalb der Sozialdemokratie und ihres Umfelds ist überhaupt nicht mehr im Blick, oder es wird aus Angst, dadurch könne im Inneren ein Erdrutsch eintreten, darauf verzichtet. Wieweit heute noch innerhalb der GAL eine strategische Debatte um den besten Weg zu Veränderungen geführt werden kann, da habe ich auch meine Zweifel. Nichtsdestotrotz müssen die Linken sich diese Debatte wieder aneignen, wollen sie dem in großen Teilen der GAL nicht aufzuhaltenden Druck der Verhältnisse eine politisch fruchtbare Form von Auseinandersetzung und politischer Initiative entgegensetzen. Die linke GAL-Mehrheit (?) hat auch im Verweis auf die Notwendigkeit außerparlamentarischer Aktivitäten nicht viel mehr vorzuweisen, als Reaktion auf vorhandene Vorgaben anderer politischer Strömungen und die Devise, dabeibleiben.

Manchmal ist das Weltgeschehen nicht einfach zu begreifen. Da sind die Grünen eindeutiger Wahlgewinner in Hessen und die Partei gebärdet sich in großen Teilen dennoch als Hauptverliererin des hessischen Urnengangs. Wenige Wochen vor den nächsten Landtagswahlen bietet sie ein Bild von Orientierungslosigkeit, ja Selbstaufgabe. Im Bund und in Hessen haben die Grünen kräftig dazugelegt, in Hamburg hat die linke GAL ein von vielen nicht erwartetes 10,4%-Ergebnis aus der Novemberwahl 1986 im Rücken, doch nach dem 5. April gilt Hessen als verloren und Hamburg steht am Abgrund. In der GAL löst eine selbstzerfleischende Mitgliederversammlung um die Bündnispolitik die nächste ab. Ohne jede Not wird darüber diskutiert, welche politischen Positionen man in Verhandlungen preisgeben und welche parlamentarischen Kröten man alles schlucken müßte, um die CDU zu verhindern und den sozialdemokratischen Beton zu erweichen. Wobei die Extremposition (Stamm/Schalthoff) sich mittlerweile darauf reduziert, die SPD in klassischer Weise bedingungslos als kleineres Übel zu unterstützen, ohne außer der Verhinderung eines Bürgermeisters Perschau irgendeinen positiven Zweck der eigenen Option anzugeben. Was ist geschehen?

„Eine rot-grüne Koalition wird von keiner Mehrheit in der Gesellschaft heute gewollt. Dies gilt noch viel mehr für wirklich ökologische Reformpolitik, was etwas anderes ist als arithmetische Mehrheit", schreibt Thomas Ebermann im „Spiegel". (1) Daher: *„Die SPD kann keine rot-grünen Bündnisse eingehen, ohne an die CDU einen Teil ihrer bisherigen Wähler zu verlieren."* Ebermann leitet daraus seine Option konsequenter grüner Oppositionspolitik und Bezugnahme auf außerparlamentarische Bewegung ab, mit der deutlichen Tendenz, rot-grün so niedrig wie möglich zu hängen. Ja, manchmal meint man sogar ein erleichtertes Aufatmen zu vernehmen, daß das Thema Regierungsbündnisse vorerst einmal vom Tisch ist. In puncto Einschätzung der Unmöglichkeit von rot-grün ist einer seiner Kontrahenten in der GAL, Michael Stamm, mit Thomas Ebermann einig. Auch er sieht hierfür „keine gesellschaftliche Basis". (2) Seine Sorge gilt Wählerverlusten der SPD an die CDU, wenn Grüne mit der SPD koalieren oder zu starken Linksdruck auf diese ausüben. Daraus leitet er seine Option einer druckfreien Unterstützung einer SPD-Minderheitsregierung ab, um die CDU zu verhindern. Auch viele Realos kommen zu dem Schluß, daß es für eine rot-grüne Mehrheit nicht reiche. (3) Ein Teil sucht daher bei Aufrechterhaltung der rot-grünen Option die Stimmen der Mitte — wie Schily ja bereits nach der Bundestagswahl verkündete —, ein anderer orientiert auf stärkere Hinwendung zum C der CDU, damit aber auch auf eine Öffnung für Gespräche mit dieser Partei selber (Lukas Beckmann, die Ökolibertären).



Foto: H. Wojahn

Keine gesellschaftliche Mehrheit für rot-grün?

Vordergründig richtig ist: Es hat für eine Fortsetzung der grün-sozialdemokratischen Koalition in Hessen nicht gereicht. Ebenso ist vordergründig richtig: Wenn sich nur ein paar Tausend Wähler und Wählerinnen anders verhalten hätten, hätte es eine Mehrheit für rot-grün gegeben, und sei es nur dadurch, daß der Fall Willy Brandts erst *nach* der Hessen-Wahl erfolgt wäre. An wenigen tausend Stimmen hat es also gelegen: Den linken Koalitionskritikern wären die Argumente der Unmöglichkeit von rot-grün genommen und die Realos hätten den Siegeszug, von rot-grün verkündeten können. Das Hessen-Ergebnis erlaubt (bei solcher vordergründigen Sichtweise) keine apodiktischen Aussagen über „gesellschaftliche Mehrheiten". Das Mindeste bei einer solchen Bewertung muß die Frage nach der Qualität eines rot-grünen Bündnisses in Hessen sein. Stand rot-grün für eine neue Form von Reformpolitik? Mitnichten: die SPD hat ihrer Klientel rot-grün als notwendiges Übel verkauft, das nolens volens durchgeführt werden mußte, um die Macht nicht an die „Schwarzen" abzugeben. Holger Börner war Symbol für dieses gequälte Bündnis. Wer will Wählerschelte üben, wenn diesen das absurde Schauspiel eines Koalitionsbruchs am Fall der Plutoniumfabriken geboten wird, ihnen hinterher erklärt wird, daß dies so nicht gemeint war, der Anlaß des Bruchs unsinnig gewesen sei und die Wähler jetzt an die Urnen gebeten werden, um das gebrochene Bündnis erneut zu wählen, ohne daß der Bruchpunkt zwischen den beiden Partnern geklärt ist. Zu anderen Zeiten hat man so etwas Wählerverarschung genannt. In Hessen stand am 5. April nicht rot-grün als neue Reformperspektive zur Wahl. Zu keiner Zeit hat die SPD in ihrer Anhängerschaft für eine glaubwürdige rot-grüne Reformperspektive geworben. Die Quittung hat sie dafür u.a. in Wählerverlusten an den glaubwürdigeren Partner, die Grünen, erhalten.

Das letzte würden die von mir Kritisierten ja vielleicht noch teilen. Aber, sagt Stamm, die anderen Teile sind durch rot-grün verschreckt worden, weil die Leute nun mal rechts sind. Thomas Ebermann belegt im „Spiegel" mit einer Infas-Studie aus diesem Jahr, daß rot-grün nicht mehrheitsfähig sein kann. Rangieren doch in der dort ermittelten Werteskala „Ordnung und Sicherheit" mit 61% Zustimmung vor „Pflicht" (49%) und „Sitte und Moral" (49%). Während ganz hinten „Demokratie" (28%), „Reform" (29%), „Selbstverwirklichung" (25%) und „Freiheit" (22%) landen. Albert Sellner alias Emil Nichtsnutz wertet dies im „Pflasterstrand" so: *„Die große Bevölkerungsmehrheit orientiert sich nicht trotz, sondern wegen der ökologischen, militärischen und ökonomischen Bedrohungen an konservativen Werten."* (4)

Was aber sagt uns diese Umfrage in Bezug auf Wahlausgänge wirklich? Mir herzlich wenig, außer daß sie bestätigt, wie weit von linken Massenstimmungen entfernt wir sind, wenn ich da lese, daß 33% der Grünen-Anhänger „Ordnung und Sicherheit" so wichtig nehmen. Aber sie wählen die Grünen, obwohl die doch gar nicht für diesen Wert stehen. Solche Umfragen relativieren sich sehr schnell, da man die Motive nicht erfährt, die sich in diesen Zahlen nicht ausdrücken. Außerdem fehlt die Vergleichsbasis mit früheren Werten. Da ich solche Vergleichszahlen nicht habe, spekuliere ich einmal, daß ein Wert wie „Selbstverwirklichung" vor 20 Jahren keine oder kaum eine Rolle gespielt hat, daß aber vermutlich der Wert für „Sicherheit und Ordnung" erheblich höher lag. Ein Argument gegen ein Reformprojekt rot-grün ist eine solche Betrachtung wohl kaum. Sowenig wie ich aus diesen Zahlen eine satte „wertkonservative" Mehrheit herauslesen kann.

Ähnlich unvorsichtig geht Rainer Trampert mit Umfragezahlen um. (6) Unmittelbar nach der Hessenwahl hatte Infas ermittelt, daß nur 18% der Hamburger ein Bündnis aus SPD und GAL wollen, während für die drei möglichen Regierungskonstellationen des „Bürgerblocks aus CDU/SPD/FDP" (Trampert) 65% stimmen würden. (6) Seine Schlußfolgerung: Rot-grün geht nicht, und die SPD wird von

Ist die Reformverweigerung der SPD Wählerwille?

sich aus nach rechts gehen (müssen), da „sie mit rot-grün abschiffen wird". Unmittelbar nach der Hessenwahl dürfte vor allem eines die Umfragen bestimmt haben: Stimmungen, freudige und resignierte. Daß rot-grün dabei schlecht abschneiden *mußte*, ist nur allzu verständlich: War es doch Symbol der hessischen Niederlage und wurde zudem noch im sozialdemokratischen Lager mit der Schuldzuweisung an rot-grün für das eigene Debakel versehen. Zu anderen Zeiten bei anderer Stimmung hatte der Wunsch nach rot-grüner Regierungsbildung in Hamburg schon einmal andere Zahlen aufzuweisen. Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte kurz vor den Bürgerschaftswahlen im November 1986 41,9% der Hamburger Wähler, die zu der Zeit eine Koalitionspräferenz SPD/Grüne angegeben haben. (7) Wen das noch nicht davon überzeugt, daß es sich bei diesen Umfragen auch um zum Teil extreme, gemachte Stimmungen handelt, der/die sei darauf verwiesen, daß die große Koalition in der aktuellen Infas-Umfrage mit 9% den niedrigsten mir bekannten Wert aufweist, während sie zum Zeitpunkt der Gespräche CDU/SPD Ende Februar dieses Jahres bei 50% lag! Vor allem deswegen, weil die Führungs-Crews beider Parteien Stimmung für die Große Koalition gemacht haben. Die Zeitdifferenz zwischen beiden Umfragen beträgt nur etwas mehr als fünf Wochen.

Ich will mit meinen Zahlen nun nicht das Gegenteil „beweisen", daß rot-grün also dicht vor dem Durchbruch stünde, sondern nur darauf hinweisen, daß je nach politischer Interessenlage die meisten Exponenten der grünen Strömungen sehr willkürlich mit solchen Zahlen die eigene Option zu untermauern versuchen. Gewollt oder ungewollt ist dabei allen gemeinsam, daß sie den Rechtskurs der SPD wesentlich als Reflex auf den Wählerwillen zurückführen. Hauptverantwortlich für die Reformverweigerung der SPD wäre demnach das wählende Volk. Opportunistische Anpassung der SPD an die gegebenen Kräfteverhält-
Volk. Opportunistische Anpassung der SPD an die gegebenen Kräfteverhält-
nisse statt angeblich unvermeidlicher Verluste an die CDU wäre dann auch kaum noch zu kritisieren. Das müßten die Grünen eigentlich gut verstehen, die selber wiederholt sehr empfindlich auf mögliche Stimmenverluste reagiert haben, wobei mehrfach schon mit Blick auf die Wählergunst eigene Inhalte zur Disposition standen. Neu ist diese Sichtweise überhaupt nicht. Lange vor Michael Stamm haben linke Sozialdemokraten und diverse linke Gruppen wie beispielsweise das SB mit Verweis auf die Wählerbasis der Partei vor zu starkem Linksdruck gewarnt und alle Jahre wieder zähneknirschend das kleinere Übel propagiert.

Mit Sicherheit ist das Stichwort „rot-grün" bei großen Teilen der Bevölkerung negativ besetzt. Andererseits: der Wähleranteil, der in Hessen die Fortsetzung von "rot-grün" begrüßt oder als kleineres Übel gegenüber der Regierung Wallmann akzeptiert hätte, reichte recht nahe an 50% heran. Und das, obwohl von beiden Seiten, SPD und Grünen, ernsthaft gar nicht versucht worden ist, rot-grün zu einer wirklich neuen Politik auszuformulieren, eine Alternative zur Bonner Politik zu formulieren. Börners „Architektur einer neuen Politik" war für alle spürbar ein mühsamer Kompromiß unter erkennbarer Ausklammerung von relevanten Streitfragen, wie der Atompolitik. Es war von Anfang an kaum kenntlich, für welche gemeinsamen Inhalte, für welche positiven Zwecke das Regierungsbündnis eigentlich eintrat. Rot-grün als Hoffnungsträger für eine andere Zukunft, diese Zugkraft konnte vom hessischen Bündnis gar nicht ausgehen, weil die SPD eine neue Reformpolitik nicht will, und die hessischen Grünen etwas als neue Politik verkauft haben, was diesen Namen kaum verdient. So kann eine rot-grüne Veränderungsperspektive, die mehr wäre als einige Retuschen, nur diskreditiert werden.



Foto: H. Wojahn

„Kommune"-Herausgeber Joscha Schmierer, einer der publizistischen Förderer des hessischen Bündnisses, hat dies insoweit richtig beschrieben, als er *„das hessische Experiment"* als einen *„Versuch (bezeichnete), den Weg politisch abzukürzen, der zu einer hinreichend starken gesellschaftlichen Mehrheit führt, die eine allfällig demokratische Reformpolitik und die ökologische Umkehr tragen und durchsetzen kann."* (8) Vor der wichtigsten Schlußfolgerung allerdings scheut er genausowie die Realos zurück: die hessische Koalition war keine Abkürzung, konnte keine sein, weil das Zustandekommen des Bündnisses und ihres notwendig kompromißlerischen Regierungsprogramms den Beteiligten wichtiger waren als die politischen Inhalte.



Der kleine Unterschied zwischen CDU und SPD

Kein Geschenk des Himmels — Reformen sind machbar

Von entscheidender Bedeutung dürfte sein, ob es gelingt, rot-grün in der Substanz mit positiven Inhalten zu besetzen, die mehrheitsfähig sein können. Es ist ein seltsamer Widerspruch: In einer Reihe zentraler Fragen, die auch Dissenspunkte zwischen Grün und SPD sind, gibt es deutliche gesellschaftliche Mehrheiten, die Basis weitreichender Eingriffe in die bestehenden Verhältnisse sein könnten. Nehmen wir Hanau, den Bruchpunkt der hessischen Koalition: zu behaupten, daß es für die Schließung der Plutoniumfabrik keine gesellschaftliche Mehrheit gebe, wäre offensichtlich eine Absurdität. Oder um ein anderes Beispiel zu nehmen: Für die Annahme der Gorbatschow-Vorschläge zur atomaren Abrüstung gäbe es zweifellos eine große gesellschaftliche Mehrheit, so wie es schon bei der Ablehnung der Raketenstationierung der Fall war. Wenn die Plutoniumfabrik weiterläuft, wenn die Mittelstreckenraketen in ihren Stellungen bleiben, dann sicher nicht deshalb, weil die gegebenen Mehrheiten in der Bevölkerung keine andere Politik erlauben. Diese äußerst bequeme Ausrede sollten wir der SPD nicht überlassen. Nicht das rückständige wählende Volk, sondern die Einbindung der SPD in die Kapitalinteressen
dung der SPD in die Kapitalinteressen
ist dafür zuständig, daß die SPD den Ausstieg aus der Atomenergie nicht wagen will, und daß sie industrielle Umweltverschmutzer gewähren läßt. Nicht feststehende Wählermeinungen, wie dies sich in Umfragen ausdrückende Momentaufnahmen nahelegen könnten, sind das zentrale Problem bei Veränderungen, sondern politische Parteien, wie die SPD, die gerade immer wieder das eine suggerieren: mehr geht nicht. Opportunistische Wähleranpassung ist sicher die eine, werbende Seite der bürgerlichen Parteien. Das Machen von Meinungen und politischen Vorstellungen die andere. Zur Erinnerung, wie so etwas gehen kann, ein kurzer Rückblick auf das Ende der 60er Jahre.

Die SPD hat — damals im Bündnis mit der FDP — 1969 einen außen- und innenpolitischen Reformansatz unternommen, obwohl es zu dieser Zeit rein rechnerisch eine absolute Mehrheit für CDU/CSU plus NPD gab. Sie entwickelte zugunsten dieser Politik, bzw. der in sie gesetzten Erwartungen, eine Dynamik und eine Mobilisierung, die in den Demonstrationen für die Verteidigung der Regierung Brandt gegen das CDU/CSU-Mißtrauensvotum 1972 gipfelte. Im wesentlichen auf vier gesellschaftlichen Bereichen baute die SPD ihre damalige Reformpolitik auf: Neue Ost- und Entspannungspolitik, das Versprechen auf mehr Demokratie, die Bildungsreform und das Versprechen nach Umverteilung. Nicht fehlende gesellschaftliche Mehrheiten nötigten die SPD 1972/73 zur radikalen Abkehr von ihren reformerischen Ansätzen, sondern die Interessen der Herrschenden. Die immer schärfer zutage tretende Krise der SPD ist hausgemacht: sie ist das Ergebnis der Tatsache, daß die SPD die klare gesellschaftliche Hegemonie, die sie Anfang der 70er Jahre gewonnen hatte, freiwillig an die CDU/CSU abgetreten hat, indem sie die reformistische Bewegung, die sie ausgelöst hatte, systematisch zugrunde richtete. Mit einem Programm, dessen Substanz sich darauf reduziert, Wallmann oder Perschau dürfe nicht ans Ruder kommen, lassen sich Mehrheiten kaum noch organisieren. Die Unterstützung der SPD um jeden Preis, wie sie von Stamm/Schalthoff vorgeschlagen wird, würde vermutlich darauf hinauslaufen, die Grünen/GAL mit in den Strudel der SPD-Krise hineinzuziehen.

Könnte man Vergleiche zu heute anstellen? Nun, die damalige neue Politik der SPD fand Unterstützung und Billigung bei relevanten Teilen des Kapitals, die auf politische und ökonomische Innovation vor allem in der Außenpolitik und wirtschaftliche Expansion setzten und dafür zunächst begrenzt, aber von Beginn an mißtrauisch beäugt, innenpolitischen Spielraum ließen. Vergleichbares gibt es heute nicht; niemand im Lager der Kapitalisten setzt auf die SPD, so daß getrost eingewendet werden kann, daß die SPD als Partei, die sich diesem System verschrieben hat, diesen Konflikt nicht wagen wird. Das dürfte so sein, und wenn, dann basteln die Strategen in dieser Partei an einer neuen Integrationslinie. Aber darf man sie deshalb nicht unter Druck setzen? Man muß es geradezu. Denn der rechte Ausweg ist für die SPD nahezu versperrt, da mit dem Bonner Regierungswechsel auf christlich-liberal und deren Anknüpfen an der Schmidt-Politik fast alles an politischen rechten Positionen, die im Rahmen sozialdemokratischer Politik möglich sind, besetzt ist. Es gibt für die SPD eigentlich nur eine Chance in der Erneuerung als Reformpartei, und sie
Erneuerung als Reformpartei, und sie
wäre in dieses Kostüm vermutlich schon längst offensiver geschlüpft, wären da nicht mittlerweile die Grünen, die ihr einen solchen Schritt so lange schwer berechenbar und lenkbar machen, wie sie sich einer für die SPD kalkulierbaren Zusammenarbeit etwa in Form der vorgeschlagenen Linien rotgrüne Koalition oder bedingungsloser Tolerierung etc. entziehen. Daß ihre Nürnberger Beschlüsse, diese Mischung aus papierener Erneuerung und Versöhnung mit der alten Schmidt-Linie in Gestalt der Rappes, diese Erneuerung zur Wiedergewinnung der politischen Initiative ist, dürfte von klügeren SPD-Strategen kaum ernsthaft angenommen werden. Also doch eigentlich gute Voraussetzungen für linke parlamentarische Strategie der Optimierung des linken Drucks auf die SPD, um den in einigen Bereichen ihrer Klientel vorhandenen Wunsch nach Veränderung zu befördern. Also auch gute Bedingungen für einen offensiven und taktisch flexiblen Umgang mit dieser SPD.

Warum kein offensives Reformprojekt?

Als die aus Grünen und Alternativen 1982 neugegründete GAL erstmals die Bündnispolitik mit der SPD diskutierte, habe ich mit anderen Leuten aus der AL einen Tolerierungsvorschlag vorgelegt, der den aufgestellten inhaltlichen Forderungskatalog mit dem Zusatz versah, daß die Erfüllung unserer Forderungen „unabdingbare Voraussetzung" für eine Tolerierung sei. Der Satz war Quatsch, wenn mit der Tolerierungspolitik ein Handlungsspielraum gegenüber der SPD und eine Einwirkungsmöglichkeit auf ihre Klientel gemeint sein sollte. Ich habe ihn zu der Zeit trotzdem mitgetragen, weil er einerseits ein Zugeständnis an den unpolitischen Fundamentalismus in der AL war (dessen damalige Träger heute überwiegend dem kommenden GAL-Realo-Flügel angehören), und weil er andererseits die befürchteten Seelenverkäufer Thomas Ebermann und Jürgen Reents bremsen sollte, die damals noch beide auf Taktiererei gegenüber der SPD setzten. Wir haben uns dann nach heftiger Debatte auf den vernünftigeren Substanz- und Tauschgeschäfte-Satz geeinigt, der heute so umstritten ist. In der GAL-Debatte hat der Substanzsatz heute die gleiche Funktion, die 1982 der unabdingbare Satz hatte. In den 82er Gesprächen mit der SPD ist bereits von vielen in der GAL gefordert worden, Angebote an die SPD zu machen. Damals wurde die Einigung gefunden, so lange nicht mit Angeboten zu arbeiten, solange die Gegenseite nicht zu erkennen gibt, daß sie in die gleiche Richtung will. Die Sprachregelung dazu hieß, „Wir sind kompromißbereit, aber die SPD hat unsere Kompromißbereitschaft nicht getestet". Am Beispiel der AKW-Politik: Es konnte mit der SPD nicht über Abläufe der Stillegung von AKWs, Stillegungszeiten, Ersatzenergien etc. gesprochen werden, weil sie nicht aussteigen wollte. Das gilt bekanntlich heute immer noch, wenn die SPD gezwungen wird, den Ausstieg nicht nur im Munde zu führen, sondern auch nur einzelne Schritte zu realisieren. Warum traut sich die GAL heute eigentlich nicht, offensiver die Verhandelbarkeit ihrer Forderungen zu propagieren, wenn sie klar macht: Ausstieg heißt Ausstieg, über einen Stufenplan entscheiden wir, wenn es ein Angebot dafür gibt. Bislang ist ja das Problem, daß die Gegenseite keinerlei diskutierfähige Angebote macht. Offensiv ran an die SPD ist allerdings etwas anderes als der von Jürgen Reents propagierte Panikkurs, der da lautete: wir reduzieren damit die SPD uns nicht von sich aus mit Angeboten überrascht, die wir annehmen müssen, weil sonst die CDU rankommt. Das Hauptproblem sehe ich in der diskussionsmäßigen Erstarrung der GAL und der Tatsache, daß der einmal aufgestellte Tolerierungskatalog von Anfang an nicht unter der Prämisse, eine offensive Politik gegenüber der SPD dadurch zu ermöglichen, diskutiert worden ist. Der GAL fehlt die Souveränität im offensiven Umgang mit ihren Forderungen und ein taktisches Verhältnis zu ihren „Prinzipien" „Tolerierung" versus „Koalition". Und das, obwohl sie im November trotz vielfacher Kritik von der GAL-Minderheit und den grünen Realos an ihrer zu linken Politik mit außerparlamentarischem Bezug beachtlich abgeschnitten hat. Wie sonst ist es erklärbar, daß auf das Erziehungsdiktat Dohnanyis, Tolerierung sei ausgeschlossen, Koalition könnte möglich sein, ihn interessierten dabei nicht die Inhalte, sondern die Probe auf die Bereitschaft der GAL, Verantwortung zu tragen, prompt die innerparteiliche Beschlußfassung folgte: Koalition aus Prinzip mit uns nicht. Warum nicht stattdessen eine Anfrage: „Hallo Meister, du willst mit uns koalieren, was hast du denn anzubieten, laß mal sehen, uns interessiert nämlich mehr, um was es dabei gehen soll"?

Die SPD muß links verlieren, *„schmerzhaft verlieren, damit in ihr Wirrnisse ausgelöst werden, damit in ihr das Verlangen nach gesellschaftlicher Reform verstärkt wird"*, schreibt T. Ebermann im „Spiegel". Die Tolerierung sei der Weg dafür, den er vorschlage. Soweit kein Widerspruch. Aber warum dann nicht raus mit den Angeboten für Veränderung Richtung SPD? Warum sollte dann diese Partei nicht mit einem offensiven Angebot für einen Reformentwurf auf der parlamentarischen Ebene angegangen werden, der etwas anderes ist, als Tolerierungspakete mit Blick auf innerparteiliche Seelenverkäufer? Ein solches neues Reformkonzept als Alternative zur bestehenden christlich-liberalen und den Restbeständen sozialdemokratischer Politik der siebziger Jahre muß von der SPD eingeklagt werden. Nicht rot-grün ist nicht mehrheitsfähig, sondern rot-grün als neue Politik geht, in der Friedens-, Umwelt-, und Demokratiepolitik. Eine Mehrheit für eine neue Politik kann geschaffen werden, wenn der Bruch mit der alten vollzogen wird. Diesen Bruch aber weigert sich die SPD zu vollziehen, und deshalb können die Rechten Wahlerfolge verzeichnen, nicht aber, weil es einen Wählertrend nach rechts und wertkonservativ gibt. Weder die Hessen-, noch die letzte Bundestagswahl haben diesen von gesellschaftlicher Aufbruchstimmung getragenen Rechtstrend belegt. Vielmehr haben sie, verkörpert in der SPD, den desolaten Zustand einer gesellschaftlichen Alternative aufgezeigt.

hr.

Anmerkungen

(1) „Kein Grund, in Sack und Asche rumzulaufen", Thomas Ebermann in „Spiegel", 27.4.87.
(2) „Die Kooperation mit der SPD muß ehrlich gewollt werden", taz-Interview mit Stamm/Schalthoff, 13.4.87, siehe auch an anderer Stelle in diesem AK.
(3) So Waltraud Schoppe in einem Interview der „Hamburger Rundschau" vom 23.4.87; so auch der Tenor einer Reihe von Beiträgen im „Pflasterstrand" vom 18.4.87 — Jo Müller sieht in der SPD „im historischen Sinn eine sterbende Formation" und erwartet die Mehrheitsentscheidungsschlacht zwischen der CDU und den Grünen, „sie sind die wirklichen Konkurrenten am Markt". Er fordert daher verstärkte Auseinandersetzung mit der CDU.
(4) Albert Sellner, „Stirbt die SPD?", „Pflasterstrand", 18.4.87.
(5) Rainer Trampert, Brief an Herbert Schalthoff und Michael Stamm, abgedruckt in dieser Ausgabe des AK.
(6) Auf die Frage, „Welche Koalition bevorzugen Sie?" antworteten 18% SPD/GAL, 35% CDU/FDP, 21% SPD/FDP, 9% SPD/CDU, 1% CDU/GAL. Umfrage aus „Hamburger Morgenpost", 10.4.87.
(7) Wahl in Hamburg — Eine Analyse der Bürgerschaftswahl am 9. November 1986, Berichte Nr. 44 der Forschungsgruppe Wahlen.
(8) J. Schmierer, „Bei Abkürzung abgestürzt", „Kommune" 5/87.

Grüne Schleswig-Holstein:

Auf Zehenspitzen ins rot-grüne Bündnis

Am 4./5. April kamen in Flensburg die Delegierten der schleswig-holsteinischen Grünen zusammen, um die seit Monaten heiß ersehnte und umkämpfte „Strategie" für den Fall einer „rot-grünen Mehrheit" bei der im September stattfindenden Landtagswahl zu beschließen. Die ebenfalls auf der Tagesordnung stehende Wahl der Spitzenkandidaten, sonst unschlagbarer Parteitagsknüller, verblaßte angesichts der spannungsreichen Strategiesuche deutlich. Die drei im Vorfeld der LDK eingebrachten Anträge (1) der Landesvorstandsmitglieder Lars Hennings („bedingungslose Tolerierung") und Robin Jacobitz („Tolerierungskatalog") sowie der „Kieler Realos" (dauerhafte Kooperation, zunächst unterhalb der Koalition) fanden nicht die breite Zustimmung der 130 Delegierten. Schon in der ersten Vorabstimmung fielen der Realo- und der Hennings-Antrag klar durch. Nicht zuletzt, weil beide Positionen eine klare Richtung markierten — und nichts war weniger an diesem Wochenende gefragt als das.

Wo das Herz schlägt, demonstrierte der Parteitag mit stürmischem Beifall für einen erst kurzfristig eingebrachten Antrag von Claudia Houtmann, die in original-fundamentalistischer Pose, erstmal wesentliche Zugeständnisse der SPD sehen wollte, bevor überhaupt Verhandlungen aufgenommen werden. Daß auch bei den SH-Grünen Herz und Verstand weit auseinanderliegen, zeigte sich dann in der entscheidenden Schlußabstimmung, als der vielumjubelte Fundi-Antrag mit ganzen 29 Stimmen auf der Strecke blieb. Nicht viel besser erging es Robin Jacobitz, dessen von der Parteilinken favorisierte Strategie nur zehn Stimmen mehr erhielt. Zu hoch erschienen den meisten Delegierten die Jacobitz'schen Tolerierungshürden, obwohl er in seiner Parteitagsrede klarstellte, daß auch ihm nichts an „harten Tolerierungskatalogen" gelegen sei. Doch diese Beteuerungen waren schon ein Rückzugsgefecht gegen die letztlich siegreiche Überraschungsstrategie, die von drei Antragstellerinnen aus Pinneberg erst in allerletzter Minute hervorgezaubert wurde. Anke Saebetzki, Dorothea Strodtmann und Kirsten Heinsohn, die Autorinnen des beschlossenen Antrags, stellen zwei zentrale Bedingungen für die Tolerierung einer SPD-Regierung: *„Die Landesregierung muß als Genehmigungsbehörde den Betreibern* (der AKWs Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf, Anm. ra) *die Betriebsgenehmigungen entziehen"* (2). Die zweite Tolerierungsbedingung bezieht sich auf die Deponie Schönberg (DDR) bei Lübeck, dazu heißt es: *„Die schleswig-holsteinischen Grenzübergänge werden für Giftmüll geschlossen"*. Zudem wird der Stadt Lübeck „fachlicher, juristischer und politischer" Beistand (3) zugesagt. Forderungen zu anderen Bereichen (Bildung, Frauen, Demokratie usw.), die im Tolerierungskatalog von Jacobitz gleichberechtigt als Verhandlungsgegenstände aufgeführt waren, sind nunmehr Bestandteil weiterer Verhandlungen und nicht Bedingung einer Engholm-Wahl.

Doch „Nullösung"?

Obwohl der Antrag der Pinneberger Frauen besonders massiv von den Vertretern einer „bedingungslosen Tolerierung" bzw. der Realo-Fraktion unterstützt wurde (4), enthält er doch eine Passage, die dieser Strömung „Bauchschmerzen" bereitete. Nach Abschluß der Verhandlungen soll ein Parteitag die Ergebnisse bewerten. *„Fällt die Bewertung negativ aus, gibt es keine von den Grünen tolerierte Minderheitsregierung"* (5). Als Lars Hennings, Vorkämpfer der „bedingungslosen Tolerierung", beantragte, diese Passage zu streichen, beeilte sich Anke Saebetzki klarzustellen, daß diese Formulierung lediglich eine Tolerierung ausschließe, aber keineswegs die Wahl Engholms zum Ministerpräsidenten. Damit war Hennings — und mit ihm ein Großteil der Delegierten — beruhigt, der Antrag auf Streichung wurde zurückgezogen.

Weniger Glück hatte Thomas Wüppesahl, linker Bundestagsabgeordneter der SH-Grünen, der, alarmiert von der ungünstigen Entwicklung, ein deutliches Votum für eine „Knackpunkttolerierung" forderte. Sein Antrag, ein entsprechendes Votum einzuholen und damit zumindest in dieser Frage Klarheit zu schaffen, scheiterte mit 51 zu 54 Stimmen.

Kandidaten/innen

Die der Strategiesuche folgende Kür der Spitzenkandidaten (6) bot kein überraschendes Bild: Ob links oder rechts, Fundi oder Realo, bei der Kandidatenbefragung fanden alle nur warme Worte für die beschlossene „Strategie". Der exponierte Kaolitionsbefürworter Bernd Hawel (gewählt auf Listenplatz 6) versicherte glaubhaft, die verabschiedete Aussage stünde seiner Position ziemlich nahe. Was auch die beiden „Fundis" Jutta Hansen (Platz 5) und Joachim Rose (Platz 4) für sich behaupten konnten. Genauso wie die beiden Vertreter der „bedingungslosen Tolerierung" Anke Jörck (Platz 3) und Lars Hennings (Platz 2). Das Feld der aussichtsreichen Listenplätze komplettiert die Spitzenkandidatin Christa Limmer, die erst 1985 in die grüne Partei eintrat und politisch ein unbeschriebenes Blatt ist, was ihr sicherlich bei der Nominierung entgegenkam.

„Engholm hat gute Chancen." So resümiert die linkssozialdemokratische „Kieler Rundschau" (7) die grüne Beschlußfassung und kann gleichzeitig erleichtert feststellen: *„Für die realpolitisch orientierte Parteitagsminderheit hätte es schlimmer kommen können."* Tatsächlich ist es der Realo-Fraktion innerhalb kurzer Zeit gelungen, die Partei von ihrem griffigen Slogan „Barschel muß weg, Engholm muß ran" zu überzeugen. In Flensburg wagte auch die immer noch mehrheitsfähige Linke nicht an dieser Formel zu rütteln. Im Gegenteil, mit Variationen des gleichen Themas warb man für die eigenen Positionen.

Dieser Argumentation folgend, entschieden sich die meisten Delegierten für den interpretionsfähigsten Antrag, der „grünes Profil" zeigt und dennoch viel „goodwill" in Richtung SPD signalisiert und im übrigen alles offen läßt, außer der Tatsache, daß man Engholm — so oder so — zum Ministerpräsidenten wählen will.

ra/Kiel

Anmerkungen

(1) Diese Anträge sind im AK 281 vorgestellt worden.
(2) Antrag Saebetzki u. a. Pkt. 6.1
(3) Pkt. 6.2 des Antrags
(4) In der Vorabstimmung erhielt der Antrag nur 12 Gegenstimmen. Bei den anderen „Tolerierungsanträgen" stimmte die Realo-Fraktion geschlossen dagegen.
(5) Saebetzki u. a. Pkt. 8
(6) Aufgrund der geringen Abgeordnetenzahl im SH-Parlament sind nur die ersten 4 Plätze aussichtsreich, bzw. bei der beschlossenen 2-Jahres-Rotation die ersten 8
(7) vom 9.4.87

Heiß auf Mist

Die einzige ,,linksradikale Tageszeitung'' der Republik tobte vor Begeisterung: ,,Rechtsruck in der GAL'', noch mit dem Fragezeichen versehen. Kommentiert wurde von den Hamburger Nacheiferern des hessischen KPK (dem Hofberichterstatter der dortigen Realos) die aktuell wieder in Fluß geratene Tolerierungsdebatte in der GAL, die immer stärker zu einer Diskussion um die Anerkennung des ,,kleineren Übels'' SPD wird. Am 13.4. hatte die Hamburger Lokalredaktion der ,,taz'', großaufgemacht, GAL-Fraktionsgeschäftsführer Herbert Schalthoff und ,,Cheftheoretiker'' Michael Stamm (Markenzeichen ,,Bedingungslose Tolerierung'') interviewt. Nach der Hessenwahl, so die beiden, müsse jetzt verstärkt der ,,Kampf gegen Rechts'' geführt werden, um in Hamburg ,,die rechte Wende zu verhindern''. Erklärtes Ziel der beiden ist es, aus den bisherigen GAL-Erklärungen zur Tolerierung eines SPD-Minderheitssenats die Aussage zu streichen, daß die GAL bei Verhandlungen ,,nicht für Tauschgeschäfte zur Verfügung (steht) und von der Substanz unserer Forderungen nicht abrücken'' werde. Diese Aussage behindere eine ,,geregelte parlamentarische Zusammenarbeit'', die Schalthoff so definiert: ,,*Uns muß klar sein, daß nach einer erfolgreich abgeschlossenen Verhandlung die GAL-Fraktion für ganz viel Mist den Finger heben muß(...) wenn die Nagelprobe kommt, müssen bei uns die Finger hoch. Dabei gehe ich allerdings davon aus, daß die*
SPD nicht permanent unsere Schmerz-
gehe ich allerdings davon aus, daß die
SPD nicht permanent unsere Schmerzgrenze testet oder uns provoziert.''

Stamms Hauptsorge gilt dem Erhalt der SPD so wie sie ist. Links blinkend (das Links-sein dieser Partei ,,könnte doch ohnehin nur in Rhetorik bestehen!'') registriert er, daß die Sozialdemokratie in der Mitte kaputt gehe. Grünes Interesse aber sei es, daß die SPD, ,,*indem sie unseren Vorstellungen die Spitze abbricht, zugleich Teile davon in der Gesellschaft salonfähig macht und dadurch die CDU/FDP an den rechten Rand drückt. Gleichzeitig würde sie einen größeren Spielraum erhalten, indem sie in ihrer Logik sagt: Wir sind diejenigen, die die Übertreibungen der Grünen bremsen.*'' Durch fundamentalistisches Handeln aber könnten ,,*die rechtesten Effekte in der Gesellschaft gefördert werden.*'' Linke hätte aber die Verpflichtung, sichnicht immer wieder ihre eigene Gesinnung zu bestätigen, sondern sie seien für die Ergebnisse ihres Handelns verantwortlich. Die GAL-Linken aber verschöben ,,*das immer wieder beschworene ganz Andere (...) in den Bereich der Unendlichkeit*''. Wie zuvor schon Fischer erklärt Stamm: ,,*Mir ist lieber, die Grünen haben 9 und die SPD 43 Prozent, als die Grünen 10 und die SPD 39 Prozent.*'' Zu radikale Forderungen nach Veränderung an die SPD würden diese vor Zerreißproben stellen und die Konservativen stärken. Warum, so die berechtigte ,,taz''-Frage, dann keine Koalition? Weil, so der Denker, der Außenstehende in der Koalition eine größere Nähe der beiden Partner sehe; dann aber ,,*schreit Rechts selbst bei dem harmlosesten Reförmchen gleich: Das ist das Resultat grünen Einflusses.*'' Daß Rechts dies auch tut, wenn es ein Reförmchen ohne Koalition gibt, nährt allzusehr den Verdacht, daß es bei diesem Konzept um Reförmchen gar nicht geht, denn von Inhalten und Hamburger rot-grüner Realität ist im gesamten Interview sowieso nicht die Rede.

Viel unverblümter, als in diesem Interview, war Herbert Schalthoff in bezug auf die Konsequenzen dieser Position weniger Tage vorher: ,,*Jetzt endlich sind wir gezwungen, ein mögliches Bündnis mit der SPD ernsthaft zu diskutieren. Das was in der Republik allgemein als ,links' verstanden wird, steht in einem eindeutigen Abwehrkampf. Da können wir die SPD nicht zu einer uns genehmen Reformpartei therapieren, sondern müssen sie — überspitzt ausgedrückt — endlich einmal so sehen und nehmen wie sie ist. Auch mit ihren Dohnanyis und Pawelczyks, so schwer uns das auch fällt. In diesem Rahmen müssen wir unsere Handlungsspielräume ausloten, und da behaupte ich, daß wir mit dieser SPD immer noch mehr haben als unter einer CDU-Regierung, die nur noch Erstarrung bedeutet.*'' (taz-Hamburg, 8.4.87) Kleineres Übel pur, wobei eigentlich der Schlenker stört, daß es schwerfallen könnte.

hr.

''Ihr wollt aus den Grünen eine CDU-Verhinderungspartei machen''

Ein ,,taz''-Interview und eine Replik von Rainer Trampert



Foto: M. Stroux

Lieber Herbert, lieber Michael,
ihr wollt jetzt eine ehrliche Kooperation mit einer SPD, die so bleiben müsse, wie sie ist, denn sonst käme sie mit unseren parlamentarischen Leihstimmen nicht über 50%. Eine solche SPD müsse Mitte-rechts sein, sonst franst sie am rechten Rand aus. In diesem Sinne haltet ihr es für einen großen Fehler, aus der SPD eine linke Partei machen zu wollen, weil die in Wahlen gerupft werden würde, und ,,was wollen wir denn mit einer geschwächten SPD mehr durchsetzen als mit einer starken?''

Hier könnten wir schon fast aufhören zu diskutieren, weil sich die Katze in den Schwanz beißt. Nach den Hessen-Erfahrungen würde vielleicht eine linke SPD noch mit uns kooperieren wollen, wir wären aber gemeinsam in der Minderheit. Eine rechte SPD könnte zwar die Prozente bringen, will aber garantiert nicht mit uns kooperieren. Die Distanzierung von den Grünen wäre geradezu eine Voraussetzung dafür, das Ausfransen am rechten Rand aufzuhalten. Konsequenterweise sagt die Hamburger SPD auch: Nur mit der FDP. Ihr habt keinen Anlaß, anderen in der GAL vorzuwerfen, ,,das immer wieder beschworene ganz Andere'' jetzt nicht praktisch anpacken zu wollen, sondern in den ,,Bereich der Unendlichkeit'' zu verschieben. Ihr packt gar nichts an, weil euer Modell ausschließlich rechnet, aber mit
praktischer Politik nichts zu tun hat. Modell ausschließlich rechnet, aber mit
praktischer Politik nichts zu tun hat. Politisch finde ich an eurem Vorschlag aber wichtiger, daß eine Unterstützung einer Rau-Niggemeier-Dohnanyi-SPD überhaupt kein Anpacken des beschworenen Anderen mehr wäre, sondern das Gegenteil davon. Es gab Zeiten, da wußten wir als Linke, daß ein gesellschaftliches Bewußtsein, das offenbar nicht mehrheitlich nach dem ganz Anderen drängt — es bestraft sogar eine SPD in Hessen für das Kokettieren mit den Grünen —, uns leider dazu zwingt, einiges noch verschieben zu müssen. Was veranlaßt euch eigentlich, euch einerseits als ganz besondere Realisten auszugeben, um andererseits die Unterstützung eines sozialdemokratischen Deutschland im Herbst als das Anpacken des beschworenen Anderen auszugeben? Schlimmer kann doch absichtliche Verdummung nicht sein.

Angesichts eures Vorschlages lebt der Sinn der Tolerierungspolitik als Ausdruck linker Politik wieder richtig auf. Es macht einen großen Unterschied, ob ich dafür werbe, eine sozialdemokratische Regierung für Veränderungen wählen zu wollen, um Menschen wenigstens für sinnvolle Reformen zu gewinnen — in dem Sinne auch die Sozialdemokratie nach links zu verschieben —, oder ob ich aufrufe, einen rechtssozialdemokratische Status Quo zu unterstützen, weil der Wähler heute nun mal nichts anderes wolle. Die armen alten Jusos und andere linke Sozialdemokraten, die auch zur Wahl von Helmut Schmidt aufriefen, sich aber gleichzeitig bemühten, aus der SPD eine linke Partei machen zu wollen. Euer Politik-Modell liegt noch rechts neben deren Politik, weil inzwischen über 3 Millionen Menschen in der Bundesrepublik die emanzipatorische Leistung vollbrachten, sich nicht mehr von der SPD als kleineres Übel anziehen zu lassen. Diese Menschen aufzurufen, uns zu wählen, damit wir mit ihren Stimmen im Parlament das Votum für eine rechte SPD-Politik abgeben, wird vielleicht einmal gelingen. Irgendwann kämen diese Menschen dann selber auf die Idee, dasselbe könnte auch ohne den Umweg ,,Grün'' erreicht werden. Ihr treibt die Entwicklung wieder auf den Stand zurück, als die Sozialdemokratie als Korrektiv zur CDU ausreichte, um alles Fortschrittliche wieder in diesem Staatskonsens verschwinden zu lassen.

Ich will mich mit einigen Einzelheiten in eurem taz-Interview beschäftigen, die das ausdrücklich bestätigen.

— Euch sei lieber, wenn die Grünen wieder weniger Prozente bekämen, sofern nur die SPD viel mehr bekäme und so arithmetisch 50% für beide da wären. Der Zuwachs der Grünen wiegt für euch solange nicht, solange zusammen mit der SPD weniger als 50% herauskämen. Hier reduziert sich alles auf den Juso-Gedanken: Wenn Schmidt regiert, regiert die CDU wenigstens nicht, egal, was sich sonst noch gesellschaftspolitisch tut. Der gesellschaftliche Fortschritt beginnt bei 50% einschließlich eines rechten Rau/Niggemeier-Votums. Ihr könnt gar nicht mehr begreifen, daß über 3 Millionen Grün-Wähler/innen oder die inzwischen massenhafte Infragestellung staatlicher Überwachung und Lenkung und einiges mehr Fortschritt ist. Wenn sich das zurückentwickeln würde, hätten wir einen gesellschaftspolitischen Rückschritt, selbst dann, wenn die Rau-Linie das in Wahlen überkompensieren könnte.

— An anderer Stelle wird euch dann aber mulmig zumute und ihr sagt: ,,Wir brauchen eine starke GAL'', um eine SPD/FDP-Regierung auszuschließen, um eine große Koalition auszuschließen, um den Atomausstieg in erste Schritte zu verwandeln und für den Umbau der chemischen Industrie. Einmal abgesehen davon, daß die SPD in Hamburg selber entscheidet, mit wem sie koaliert, hieltet ihr es für einen großen Fehler, aus der SPD eine linke Partei machen zu wollen. Fazit: Aus Atomausstieg und Umbau der Chemie wird nichts. Hier müßte euch spätestens aufgefallen sein, daß die Addition von Parteien noch nichts mit politischen Veränderungen zu tun hat. Schlimmer aber ist, daß ihr Atomausstieg und Umbau der Chemie nur suggeriert, um euren Vorschlag interessanter zu machen. Ihr wollte diese Veränderungen selber nicht. Denn ihr sagt: ,,Rechts schreit bei den harmlosesten Reförmchen gleich: Das ist das Resultat grünen Einflusses.'' Dem würden
Reförmchen gleich: Das ist das Resul-
tat grünen Einflusses.'' Dem würden
gesellschaftliche Rechtswenden folgen, und deshalb sei es ein großer Fehler, ,,die SPD zu einer im politischen Raum linken Partei'' machen zu wollen. In diesem Sinne würde die GAL sich also strategisch klug verhalten, auf alle Veränderungen zu verzichten, damit die Rechte keinen Grund hat, sich aufzuregen. Erstens hat auch dieser politische Ansatz wieder gar nichts mit dem heutigen Anpacken von dem beschworenen Anderen zu tun, sondern erhebt die Verschiebung sinnvoller Dinge in den ,,Bereich der Unendlichkeit'' sogar in den Rang grundsätzlicher Polit-Doktrin. Zweitens tun mir wieder die Jusos leid, deren weitsichtiger Einsatz für Helmut Schmidt zumindest nachträglich von euch rehabilitiert wird. Drittens wird euer Modell nicht attraktiv werden, weil die grünen Staatspolitiker einfach linker sind, indem sie zumindest noch auf Verwaltungsebene diesen oder jenen Einfluß geltend machen wollen und noch soweit links geblieben sind, daß sie ihre Kleinigkeiten gegen die rechte Reaktion zu verteidigen gedenken, statt in Erwartung einer Reaktion gleich zu Kreuze zu kriechen.

— Als konkrete Umsetzung eures utopischen Modells wird dann angeboten: Wenn die Nagelprobe käme, für ganz viel Mist der rechten Sozialdemokratie die Finger im Parlament zu heben. Sagt bitte genauer, wofür die Hände hoch sollen, denn uns ist ja durchaus bekannt, was die rechte SPD will: Für die Schließung der Hafenstraße, keinen Atomausstieg, Ausweisung von ausländischen Familien, Zwangsrekrutierung sogenannter Zähler/innen, Legalisierung der Einkesselung und vieles mehr. Unlogisch bleibt dabei, weshalb ihr meint, erst eine Regierungskoalition hätte angeblich eine Entradikalisierung der Grünen zur Folge. Weshalb macht uns die Zustimmung zu all dem Mist radikaler? Ihr wißt auch, daß unser parlamentarisches Handeln unser Bild in der Öffentlichkeit überwiegend bestimmt. Weshalb sollte unser Umfeld durch solche Abstimmungen radikalisiert werden?

— Ihr bietet einen Ausweg aus dem Dilemma an, daß die Grünen fortwährend für reaktionäre Politik votieren sollen: ,,Dabei gehe ich allerdings davon aus, daß die SPD ihrerseits nicht permanent unsere Schmerzgrenze testet oder uns provoziert.'' An diesem Satz in eurem Interview stimmt gar nichts. Erstens bietet ihr der SPD ausdrücklich an, alle Schmerzgrenzen gemeinsam zu verabschieden, denn ihr wollt schließlich keine linke SPD, weil die sich wieder nicht vor der CDU retten kann. Eine SPD, die euch alle Schmerzgrenzen anbietet, würde euch demnach nicht provozieren, sondern euch entgegenkommen. Zweitens soll ausgerechnet eine SPD, die in Hamburg unbedingt mit der FDP, vielleicht mit der CDU zusammengehen will, die Schmerzgrenzen der GAL schonen wollen. Drittens hat die Hamburger SPD in den Gesprächen mit der GAL schon ausdrücklich erklärt, unsere Schmerzgrenze bis zum Rauslaufen testen zu wollen. U.a. wollte sie ein positives Bekenntnis der GAL zur Ausländerabschiebung, hielt Kriegsschiffe für die Türkei oder für andere selbstverständlich und erklärte, in der Wirtschaftspolitik stimme sie eh zu 80% mit der CDU überein. Viertens hat die SPD auch dort, wo sie mit den Grünen zusammenging, nie etwas anderes getan. In Hessen hieß es: Flughafenausbau, kein Nachtflugverbot, Unantastbarkeit der chemischen Industrie bis zur Sondermüllverteilung quer durch Europa, alles für das amerikanische Militär, Lob für die Polizei, die angeblich umsichtig gehandelt habe als sie einen Demonstranten tötete. Was soll nun diese furchtbare Verharmlosung? Oder sind all diese Dinge für euch keine Schmerzgrenzen mehr?

Was rechts oder links ist wird von euch nicht mehr gesellschaftspolitisch analysiert, sondern entscheidet sich an Kohl oder Rau, an Perschau oder Dohnanyi. Nach eurer Definition wäre Helmut Schmidt mit 45% plus 6% Grüne eine gute Voraussetzung für linke Politik, während 34% für eine linke SPD plus 15% Grüne eine ganz schlechte Voraussetzung für linke Politik wäre, denn im ersten Fall errechnen sich 51%, im zweiten Fall nur 49%. Für eine strategische Entwicklung, hier in der Bundesrepublik von einem Konsens mit nationaler Ausbeutung, internationalem Raub, Zerstörung der Versorgungsmöglichkeiten, angemessener Polizei- und Militärpolitik wegzukommen, gäben zwar die gedachten 49% erheblich mehr her. Aber, solche Vorstellungen kommen bei euch überhaupt nicht mehr vor. Ihr wollt das alles lieber mit Johannes Rau sichern. Eure Sichtweise ignoriert aber obendrein, daß selbst für die Durchsetzung von Reförmchen eine große linke Minderheit in der Bundesrepublik viel mehr Dynamik entwickeln könnte und dabei selbstverständlich im Auge behielte, Mehrheit werden zu wollen. Stattdessen helft ihr, reale Widersprüche in der Sozialdemokratie zugunsten der Rechten zu kitten und propagiert den gesellschaftspolitischen Status Quo: Keine Veränderungen.

In einem zweiten Punkt strebt ihr an, die Verhältnisse mit Riesenschritten zurückzuentwickeln. Es hat in bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte lange gedauert und bedurfte viel sozialer Initiative, bis der emanzipatorische Schritt gelang, sich von der SPD als kleineres Übel zu lösen. Mit der noch unfertigen Aussage ,,Diesmal wählen wir uns selber'' begann ein Prozeß, Ideen und praktische Vorstellungen nicht mehr länger von der SPD in den Staatskonsens münden zu lassen. Diese kontinuierliche Ablösung brachte erste zarte Erfolge, ob Boehringer-Schließung, ob Aufkündigung, sich alles vom autoritären Staat vorschreiben zu lassen, wie beim Volkszählungsboykott, ob — noch viel mehr — in der Umwälzung von Wertvorstellungen bis in die Gewerkschaften hinein. Daß noch nicht mehr gelang, liegt an der Größe der Aufgaben: Stillegung ganzer Produktionszweige in der drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt, Aufkündigung ihrer Militärdoktrin. Da war es etwas leichter, unter einer erzreaktionären Adenauer-Regierung Reförmchen aus der Verteilungsmasse durchzusetzen, wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Dynamisierung der Renten, die vergammelte Montan-Mitbestimmung. Trotzdem: So lief die Durchsetzung von Reformen und so läuft sie immer noch, durch das Aufkommen einer gesellschaftlichen Kraft dafür.

Ihr bietet, von links kommend, die Zerstörung einer erreichten politischen Emanzipation an und damit die Zerstörung einer Grundlage für Reförmchen und für mehr. Ihr wollt aus den Grünen eine reine CDU-Verhinderungspartei machen. Das ist die SPD auch allein. Wozu bedarf es uns? Ihr wollt den Blick für reale Durchsetzungsstrategie wieder ersetzen durch die alles entscheidende Frage: wer regiert? Darin waren die Jusos besser. Ihr treibt das Rad der Geschichte nicht real aber intellektuell auf den Stand zurück als es noch keinen Bedarf zu geben schien, links neben den staats- und kapitalverpflichteten Parteien — einschließlich der SPD — eine politische Variante zu haben.

Auch ich will eine ehrliche Kooperation mit einer SPD — im Rahmen einer Tolerierung —, wenn diese SPD ehrlich etwas will: Wenn sie kämpft, Konflikte nicht scheut, für eine ehrliche Existenzsicherung für alle, für eine ehrliche Schließung lebensgefährlicher Produktionen, für ehrliche Arbeitsmöglichkeiten außerhalb solcher Bereiche, für eine ehrliche Aufnahme von Flüchtlingen und das Wahlrecht der hier lebenden Arbeitsimmigranten und -tinnen, für einen bundesweit ehrlichen Bruch mit der Natopolitik und eine ehrliche Beendigung des Raubbaus überall in derWelt. In diesem Zusammenhang möchte ich, daß Parlamentspolitik noch etwas mit unserem Anliegen zu tun hat und nicht für das krasse Gegenteil dessen, wofür wir antreten, eingesetzt wird.

Im Übrigen: Aus dem Hessen-Ergebnis wird die rechte SPD ganz von allein den Schluß ziehen, nach rechts zu gehen, um sich mitte-rechts politisch zu stabilisieren. Das müssen wir ihr nicht empfehlen oder ihr dafür noch Unterstützung anbieten. Genauso weiß sie in Hamburg, daß sie mit rot-grün abschiffen wird, solange auch die optimistischsten Meinungsumfragen nur 18% für rot-grüne Regierungen abwerfen und 65% für einen Bürgerblock aus CDU/SPD/FDP Regierungen votieren. Wir sollten lieber den Menschen, die nicht wissen, ob sie GAL oder diesmal nicht doch SPD wählen sollten, wahrheitsgemäß erklären, daß jede Stimme für die SPD eine Stimme für eine Koalition mit FDP oder CDU sein wird und diese politische Linie umso ungehemmter durchgezogen wird, wenn die GAL einbüßt.

Rainer Trampert

Dem Täter auf der Spur
Realos für law and order

Ohne größeres Aufsehen hat der Bundestag am 2. April sein Verhältnis zu „Gewalt und Rechtsbruch in der politischen Auseinandersetzung" diskutiert. Das geschah nicht zum erstenmal, und daß CDU/CSU, FDP und SPD von Gewalttaten und Rechtsverstößen nichts halten — es sei denn, diese werden von der Staatsmacht oder ihren Parteifreunden begangen — war auch vorher schon bekannt. Für die seit dem 25. Januar in Bonn residierende neue Bundestagsfraktion der Grünen war es allerdings die erste Debatte dieser Art und gleich ein Aufbruch zu neuen Ufern: ihre Abgeordneten Schily, Kleinert, Daniels, Vennegerts und Unruh stimmten gemeinsam mit der SPD für das staatliche Gewaltmonopol, für die Ahndung „einschlägiger Rechtsverstöße" gleich welcher Art und „mit allem Nachdruck" für die Verurteilung von „Gewaltanwendung" und „Rechtsbruch in der politischen Auseinandersetzung". Andere grüne Parlamentarier enthielten sich, nur etwa ein Drittel stimmte gegen diese selektive, ausgerechnet den hochgerüsteten staatlichen Repressionsapparat aussparende „Gewaltfreiheit".

Der Konsens der Demokraten

Beantragt worden war die Debatte von der CDU/CSU, von der auch der zentrale in den Gegenantrag der SPD übernommene Satz stammt: „*Der Deutsche Bundestag verurteilt mit allem Nachdruck jede Gewaltanwendung und den Rechtsbruch in der politischen Auseinandersetzung*". Daß gleichzeitig auch noch „*jede Form der Verharmlosung, Billigung und Unterstützung von Gewalttaten und Rechtsbrüchen*" mit verurteilt werden sollte, wie CDU/CSU und FDP forderten, schien der SPD übertrieben. Sie verzierte ihren Text vielmehr mit allerhand sozialpsychologischem Klimbim. So dürften nicht nur „Symptome bekämpft", es müsse auch „den Ursachen nachgegangen werden". Die „Sicherung des inneren Friedens" sei „zuerst eine politische Aufgabe". Erst nach dem Scheitern der Politiker, die „Massenarbeitslosigkeit", „soziale Ungleichheit" und „die Angst vor Umweltzerstörung und Krieg" als den inneren Frieden in Frage stellende Nöte zu beseitigen, soll die Polizei auf den Plan treten. Daß die Regierungspartei-

Plan treten. Daß die Regierungspartei-

en der Polizei auch noch per Bundestagsbeschluß Dank aussprechen lassen wollte, fanden die Verfasser des Oppositionsantrages auch nicht so sinnvoll: Sozialdemokraten danken ihrer Polizei für gewöhnlich vor Ort, nach erfolgtem Einsatz, während die Opfer sich die blutigen Köpfe verbinden lassen. Speziell als Angebot an die grünen Partner gedacht scheint die in dem SPD-Antrag vorgenommene „Relativierung" des staatlichen Gewaltmonopols: „*Der Deutsche Bundestag bekräftigt das staatliche Gewaltmonopol. Es schützt den Schwachen durch Ausschaltung des Faustrechts und sichert den Rechtsfrieden. Wie jedes Monopol muß auch das staatliche Gewaltmonopol kontrolliert werden, politisch und juristisch. Wer das staatliche Gewaltmonopol als Freibrief für Maßlosigkeit mißbraucht, verletzt das Recht und muß dafür zur Verantwortung gezogen werden*". Das hätte Realissimo Schily nicht besser formulieren können.

Bundestagspremiere? Geißler argumentiert

Das Vorurteil, daß für die Zähmung und Einbeziehung der Grünen in die „Gemeinsamkeit der Demokraten" stets und ausschließlich die SPD zuständig sei, wurde in der Debatte streckenweise widerlegt. Ausgerechnet Heiner Geißler, laut Willy Brandt „der schlimmste Hetzer seit Goebbels", verblüffte in seiner Eröffnungsrede durch ungewohnt differenzierte Gedankengänge. Gewalt als Mittel der Politik sei in Extremsituationen zweifellos gerechtfertigt: nicht nur gegen Hitler und am 17. Juni 1953, nein, auch zum Sturz von Somoza und Pinochet. Daß eine solche Ausnahmesituation in der BRD nicht gegeben sei und die Bevölkerung trotz Raketenstationierung, GAU-Gefahr und Massenarbeitslosigkeit auf die rechtsstaatlichen Institutionen vertrauen könne, versteht sich nicht nur für Geißler von selbst. Während der Redner an dieser Stelle seines Vortrags nur den Konsens der Demokraten referiert, setzt er wenig später wieder auf seine eigentliche Stärke, das Polarisieren — und Hetzen: gegen die geistigen Mittäter und Verharmloser in der SPD, gegen den elitären „Salon-Realo" Otto Schily und gegen den Kommunisten Ebermann, dem legal oder illegal scheißegal sei. Aber das ist — wenige Tage vor der Hessen-Wahl — sozusagen „ein ganz normaler Vorgang".

Gemischt: Zwei Beiträge der Grünen

Für die erste grüne Replik auf Geißler war Antje Vollmer bestimmt worden. Sie hatte sich — so die „taz" vom 3.4. — in der Fraktion gegen die Mitbewerber Schily, Schilling und Häfner durchgesetzt. Stark ihr Einstieg gegen Geißlers verlogene „Gewaltlosigkeit": „*... die dumpfe, die miese, die demütigende Gewalt in den Schlaf- und Kinderzimmern, die Gewalt in den Arbeitsämtern, die Gewalt in den Heimen der Asylsuchenden, die Gewalt, die die Arbeitslosen trifft, diese schmutzige Gewalt ist nicht Ihr Thema, sondern eine höhere, sozusagen eine saubere Gewalt. Sie sorgen sich um das Gewaltmonopol des Staates*". Schade, daß sie diesen Gedankengang nicht weiterverfolgte, sondern ausgerechnet von der Bonner Parlamentstribüne aus stellvertretend für alle „Achtundsechziger" auf Selbstkritik umschaltete: Nur wer den Schock der ursprünglich friedfertigen APO über den 2. Juni 1967 und über den Vietnam-Krieg begreife, der begreife auch das „*Ausmaß unseres Irrtums, der darin besteht, daß wir uns damals tatsächlich in Gedanken und Taten militarisiert haben, weil wir meinten, das wäre Notwehr*". Daß Geißler und seine Parteigänger den gewaltfreien Widerstand, zu dem sich Antje Vollmer seit Überwindung ihrer Jugendverirrungen bekennt, „domestizieren" wollen, empört sie aus zwei Gründen: „*Sie versuchen, dem gewaltfreien Widerstand nur Spielräume zu lassen, die ihn fast lächerlich machen — Sonntagsspaziergänge —, Sie fordern ihm permanent Unterwerfungsrituale ab*". Während bei den einen die Domestizierung gelinge, radikalisiere sich ein kleiner Teil, „*und gerade um den kämpfen wir, gerade den wollen wir Ihnen und Ihrer Behandlung nicht überlassen*".

Die zweite grüne Rednerin, Regula

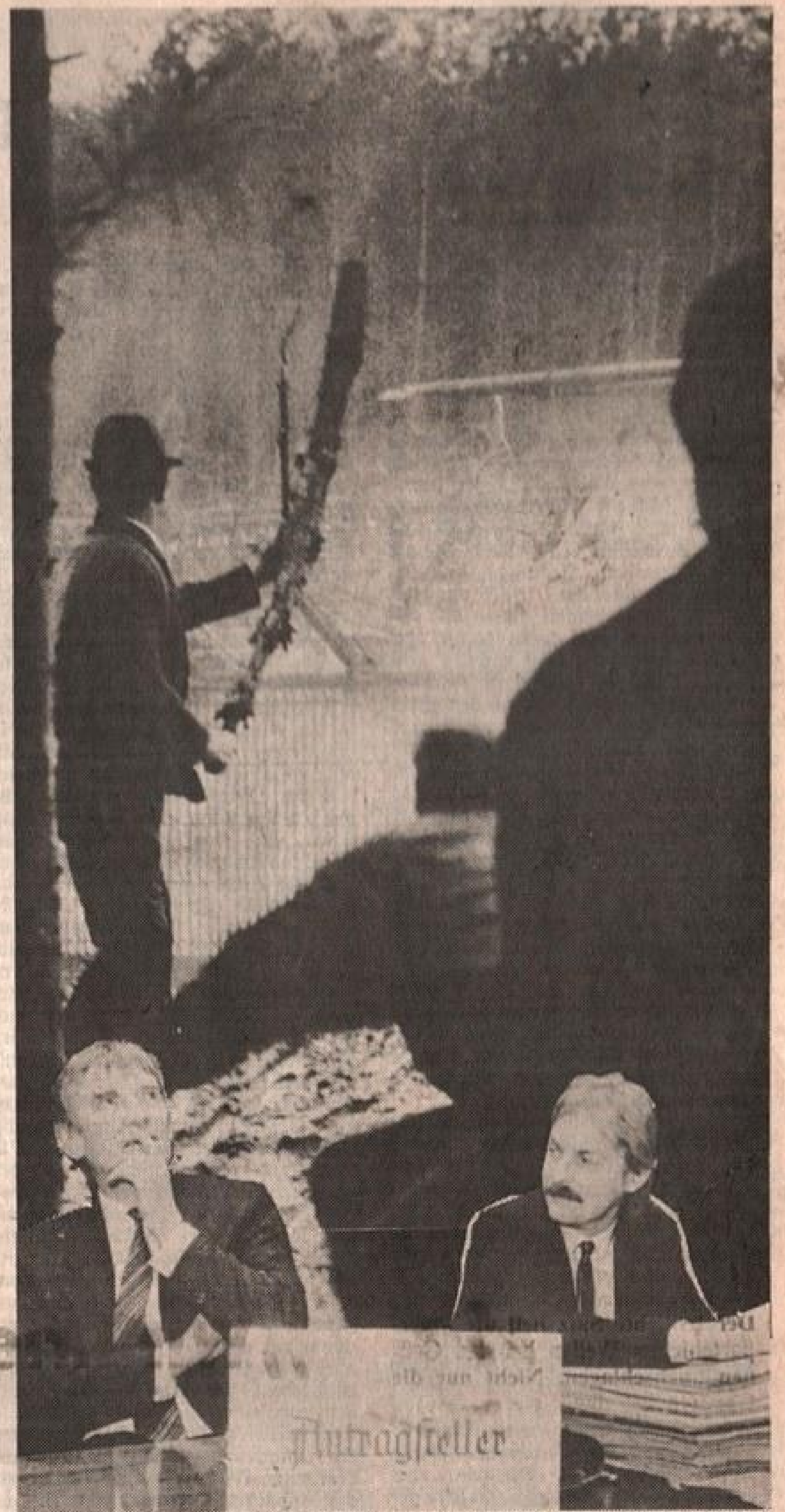
Die zweite grüne Rednerin, Regula Schmidt-Bott von der Hamburger GAL, brachte einige Abgeordnete der CDU/CSU an den Rand der Herzattacke. „*Wo sind wir denn hier?*", „*Herr Präsident, es ist ja unglaublich hier*", „*Unerhört*", „*so haben die Nazis im Reichstag geredet*", *Hier wird zum Rechtsbruch aufgerufen*", tönte es aus der rechten Ecke. In der Tat wurde hier zum Rechtsbruch aufgerufen, zu Haus- und Betriebsbesetzungen und an die rechtsbrecherische Selbstbezichtigungskampagne „Wir haben abgetrieben" erinnert. Bundestagsvizepräsident Cronenberg (FDP) war von diesen erfrischenden Tönen so überrascht, daß er seinen ersten Ordnungsruf erst loswurde, als die Rednerin schon geendet hatte.

Ein von langer Hand vorbereiteter Anschlag

Bleibt die Frage, zu welchem Zweck die ganze Show veranstaltet wurde. Daß die CDU sich wenige Tage vor der Hessen-Wahl noch einmal als Hüterin des von roten und grünen Gewaltverharmlosern bedrohten Rechtsstaats in Szene setzen wollte, ist nur ein Teil der Wahrheit. Auch Antje Vollmer weiß, daß Geißler als Drahtzieher dieses Anschlags auf die grüne Identität „langfristig strategisch" denkt — so ein Satz in ihrem Redemanuskript, den sie dann im Plenum wegließ. Was aber denkt Geißler, der Stratege? Er formuliert einen Antrag, der „Gewaltanwendung und Rechtsbruch" verurteilt. Die SPD übernimmt diesen Antrag in seiner Kernaussage; Teile der grünen Bundestagsfraktion stimmen — der Form nach in Konfrontation zu den Regierungsparteien, inhaltlich jedoch im Rahmen einer Allparteienkoalition — für den Rechtsstaat, Gewaltmonopol und Ahndung von Gesetzesübertretungen. Damit sprechen sie sich de facto aus für Bußgeldbescheide gegen Volkszählungsboykotteure und für die Bestrafung gewaltfreier Blockierer, von Hausbesetzern, Strommastsägern und anderen einschlägigen Rechtsbrechern ganz zu schweigen. Diese in der grünen Partei zweifellos kraß minoritäre Position steckt die Fronten in der innerparteilichen Gewaltdebatte völlig neu ab. Die Anhänger eines streng gewaltfreien, aber nicht immer legalen bürgerlichen Ungehorsams, der durch (nicht nur) symbolische Aktionen Fehlentwicklungen des demokratischen Rechtsstaats korrigieren will, erscheinen plötzlich als Systemgegner. Die linken Grünen, die das staatliche Gewaltmonopol angreifen und die Legitimität auch des militanten Widerstands betonen, werden zu Exoten mit „abenteuerlichen" Positionen.

Was für eine grüne Partei nicht nur die SPD, sondern auch Heiner Geißler sich wünscht, wird deutlich bei einem kurzen Blick in den baden-württembergischen Landtag und die dort herrschende Komödienstadel-Atmosphäre. Auch dort fand jüngst eine „Gewaltdebatte" statt. Trotz einzelner Derbheiten und verbaler Raufereien — man ist quer durch die Fraktionen stolz auf sein Musterländle, wo es keine Ebermänner im Parlament gibt. Da ist der Abgeordnete Teufel (CDU) echt in Sorge um seine grünen „Idealisten", weil die „*zu naiv, zu blind (sind), um zu sehen, daß sie sich in eine Seilschaft begeben haben auch mit Extremisten und mit Kommunisten*". Daß die grüne Landtagsfraktion über jeden Zweifel an ihrer Gesetzestreue erhaben ist, „das bescheinige ich Ihnen ausdrücklich", so der Herr Maurer von der SPD zu seinem Kollegen Kuhn (Grüne). Und der Herr Kuhn revanchiert sich, indem er die Legitimität von „Regelverletzungen" von der strikten Einhaltung folgender Vorschrift abhängig macht: „*Wer zivilen Ungehorsam übt, der steht für die Folgen ein und der will gerade mit diesem persönlichen Einstehen für die Folgen an die Mehrheit appellieren, zu einer vernünftigen Politik zurückzukehren*". Diese Politik des gewaltfreien Märtyrertums soll „*den Einsatz des Gewaltmonopols voraussetzungsvoller machen*". Vielleicht klappt das ja tatsächlich, und die Demos verlaufen in Zukunft friedlicher — weil die Vertreter der Staatsgewalt sich über die Protestierer in ihren komischen Büßergewändern kaputtlachen.

Js./Hamburg



Die grünen Realo-Strategen Schily und Kleinert und der Widerstand der „Bewegung" — vor Ort in Wackersdorf

Foto oben: pan-foto

Spätes Debut eines Ideologen
Lucas Beckmanns christliche Politik

Grüne aller Fraktionen haben sich von Lukas Beckmanns Appell distanziert, künftig verstärkt Politik für christlich orientierte Wählerschichten zu machen. Für die Realos hat Hubert Kleinert dieses Unternehmen als ohne jede realistische Grundlage zurückgewiesen. Der Bundesvorstand stellt in einer ausdrücklich „von allen Strömungen im Bundesvorstand getragenen Erklärung" fest: „*In allen zentralen Politikbereichen stehen sich Grüne und CDU diametral gegenüber. Die Grünen sind eine linksökologische Partei.*" Wer nicht Ökologie mit „sozialer und emanzipatorischer Politik" verbinde, sei zum Scheitern verurteilt — siehe Herbert Gruhls ÖDP, die nie über 0,3% hinausgekommen ist.

Warum versucht sich Beckmann, der Mann des Apparats und der Mehrheit seit 1979, plötzlich als Ideologe? Acht Jahre hat er an der Spitze der Grünen Partei gestanden, fünf Jahre lang als Bundesgeschäftsführer, seit Ende 1984 als einer der drei Bundesvorstandssprecher, ohne daß er sich jemals sonderlich exponiert hätte, schon gar nicht gegen erkennbare Mehrheiten in der Partei. Das war sein Erfolgsrezept: stets das Gemeinsame zu betonen, Kritik möglichst gleichmäßig verteilen, so praktiziert auf dem Hamburger Parteitag, wo er sich einerseits von der linken „sowjetfreundlichen Einseitigkeit" in der Friedenspolitik, andererseits vom realpolitischen Übereifer abgrenzte. Ein Mann des Ausgleichs, den dieser Parteitag denn auch mit satter Mehrheit den Flügelmatadoren Trampert und Ditfurth als Aufpasser an die Seite stellte.

Rückt er nun, da er nicht mehr für ein Vorstandsamt kandidiert — seine „vermittelnde Position" sei nicht mehr gefragt, klagt er („Süddeutsche Zeitung", 16.4.) mit seinen bisher verborgenen geheimen Absichten heraus, befreit und ohne Rücksicht auf innerparteiliche Isolation? Hat er vergessen, daß selbst der missionarische Eiferer und seinerzeit noch geachtete „Theoretiker" Bahro mit seinem Projekt des „direkten Übergangs von Schwarz nach Grün" vor knapp vier Jahren kläglich gescheitert ist?

Beides ist schwer vorstellbar. Es muß sich in diesen vier Jahren in der Grünen Partei etwas getan haben, das ihm seinen auf den ersten Blick aberwitzig anmutenden Vorstoß nicht so total aussichtslos erscheinen ließ. Aber ausgerechnet eine Hinwendung zur CDU? Die sichtbare Fixierung der Grünen auf das Bündnis mit der SPD, ohne das sich immer größere Teile der Partei grüne Politik gar nicht mehr vorstellen können, läßt — tatsächlich Raum für grünen Stimmenfang rechts von der Mitte (genauer gesagt für den **Versuch**, dort Stimmen zu fangen). In Hessen hat es nicht zum rot-grünen Weiterregieren gereicht, weil die Stimmengewinne der Grünen ausschließlich zu Lasten der SPD gingen. Folgerichtig fordert auch Otto Schily, Propagandist der grünen Partei der „Mitte", „die Grünen müßten Wähler aus den liberalen und christlichen Lager für sich gewinnen" („FAZ", 23.4.). Hubert Kleinert, der wider alle „realpolitische" Vernunft an dem Etikett „linksökologisch" festhalten will, hat das noch nicht verstanden. Daß wählerverschreckende Inhalte geopfert werden müssen, ist allerdings für Beckmann, Schily, Kleinert und den Rest der Realos ebenso unstrittig wie für die Ökolibertären, die gerade im „Pflasterstrand" (Nr. 259) den „visions-und phantasielosen hessischen Weg" kritisiert haben. Ob die von Beckmann geforderte Zurücknahme der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 so einfach durchzusetzen ist, wird sich erst noch zeigen. In der Gewaltfrage geht es ja derzeit schwungvoll voran. Vielversprechend auch der Streit um das Plakat zum Papstbesuch. An dem von den grünen Frauen gefällten Urteil „Christliche Tradition ist frauenfeindlich" und dem sorgfältig ausgewählten Bibel-Zitat: „Ich fand das Weib bitterer als den Tod" entzündete sich die christliche Revolte. Klaus Hartung, „taz"-Kommentator, Freund der Sozialdemokratie und des christlichen Aberglaubens, rastete völlig aus: „*Die Protagonisten des linken Unfehlbarkeitsdogmas sind gegenwärtig die größte Gefahr für die Grünen, weitaus größer als der Sozialdemokratismus, auch oder insbesondere dann, wenn sie sich als Feministen tarnen*" („taz", 16.4.).

An thematischen Anknüpfungspunkten für eine konzertierte Aktion der Verfechter von rot-grün bzw. schwarz-grün mangelt es also nicht. Lukas Beckmann hat auch inzwischen selbst richtiggestellt, daß seine Äußerung über „Tolerierungs- und Koalitionsgespräche mit der CDU" nicht ganz so ernst gemeint war: „*Auch ich halte eine Tolerierung oder Koalition mit der heutigen CDU für undenkbar*".

Der von ihm weiter für notwendig gehaltene schwarz-grüne „Dialog" soll rot-grüne Regierungsbildung überhaupt erst möglich machen: „*Eine rotgrüne Perspektive, die auch die politische Kraft hat, tatsächlich etwas zu verändern und der Atom-Ära im zivilen und militärischen Bereich den Rücken zu kehren, wird es ohne eine längere und grundsätzliche Auseinandersetzung mit der CDU durch die Grünen nicht geben*".

Js./Hamburg

„Schwächeanfall" der SPD
Vorsicht Ansteckungsgefahr!



Harte Zeiten für Realos. Die zweieinhalbtausend Stimmen, die der hessischen SPD zum Weiterregieren fehlten, haben den grünen Juniorpartner in eine ernste Krise gestürzt. Die von den führenden Bundestags-Realos Kleinert, Schily und Schoppe zusammen mit Christa Vennegerts und Fraktionssprecherin Bärbel Rust am 8. April in Bonn abgehaltene Pressekonferenz zu den Perspektiven grüner Bundespolitik nach der Hessen-Pleite präsentierte den sensationshungrig zusammengeströmten Journalisten Ratlosigkeit und nichtssagendes Geschwätz.

Die grünen Stimmengewinne in Hessen wurden zwar übereinstimmend als Erfolg grüner Realpolitik und speziell der genialen „Regierungsarbeit" (Schily) gewertet, gleichzeitig wurde aber auch die „Niederlage für das Konzept einer grünen Realpolitik" (Kleinert) beklagt. Für Koalitionäre aus Prinzip zählt eben nur das rot-grüne Gesamtergebnis, und das ist, ausgelöst durch den „Schwächeanfall der SPD" (Schily) bitter enttäuschend und „mehr als ein Betriebsunfall" (derselbe). Schily und Freunde sind nicht die ersten, die der Verlust eines vorzeigbaren Modells aus dem Gleichgewicht bringt.

Zwar könne „es nicht Aufgabe der Grünen sein, der SPD gute Ratschläge zu erteilen" (Kleinert), diese Ratschläge kommen dann aber doch und von allen Beteiligten. Besonders verständnisvoll berät Hubert Kleinert. Zum einen sei die SPD zum „Gefangenen von sozialstrukturellen Veränderungsprozessen geworden. Gemeint ist hier offenbar das schon vor Jahren von Peter Glotz erkannte Problem der SPD, gleichzeitig den „Aufstiegsorientierten", den „jungen Hedonisten" und den Alternativen eine politische Heimat zu bieten, ohne dabei die Stammwählerschaft aus dem „traditionellen" und dem „traditionslosen Arbeitermilieu" vor den Kopf zu stoßen. Aber Kleinert spart auch nicht mit Kritik an der SPD, die er händeringend vor einer „Rückkehr zu dem Rau'schen Ausgrenzungskurs gegenüber den Grünen" warnt. Unbedingt müsse die SPD ein „eigenes reformpolitisches Profil" gewinnen. „Dafür", fährt Kleinert fort, „sehe ich gegenwärtig nicht einmal Ansätze". Die Frage, was eine Koalition mit einer solchen nicht einmal ansatzweise reformpolitisch orientierten Sozialdemokratie denn überhaupt bringen kann, ist den gesammelten Pressevertretern leider nicht eingefallen. Daß die SPD doch noch Profil zeigt, wenn schon nicht politisch, dann wenigstens personell, ist die Hoffnung von Waltraud Schoppe: „Die SPD hat jetzt vier Jahre Zeit, ihre Enkelinnen und Enkel an die Macht zu lassen, und ich kann mir eine Zusammenarbeit mit denen gut vorstellen".

Zweiter Schwerpunkt der Konferenz war die Botschaft an die eigene Partei: bloß jetzt keine „Rückkehr ins fundamentalistische Sektiererghetto" (Kleinert). Die nächste Koalition kommt bestimmt, sie muß einfach kommen. Das ist der gemeinsame Nenner dieser Fünfer-Gruppe, dem auch Bärbel Rust ausdrücklich zustimmt: „Trotz der für uns alle sehr bitteren Niederlage für Rot-Grün wollen wir auch an der Perspektive der parlamentarischen Arbeit als Regierungsbeteiligung festhalten für die Zukunft". Ein Schwein, wer Frau Rust wegen solcher eindeutiger Festlegungen ab sofort zum Koalo-Lager zählt: „Ich sitze hier nicht als neue Reala, denn ich zähle mich immer noch zu den eher unabhängigen Geistern der Fraktion". Ob diese „Distanzierung" die fundamentalistischen Sektierer überzeugt?

Sonst noch was zu vermelden von diesem medialen Großereignis? Natürlich ist es die künftige Personalpolitik der Realos, welche die phantasielosen Pressegeier am meisten interessiert: kandidiert Herr Fischer für den Bundesvorstand? Mitnichten, er bleibt Fraktionssprecher im hessischen Landtag, und da die grüne Satzung Doppelmandate verbietet, ist es überhaupt schwer, aussichtsreiche Kandidaten für das Sprechergremium zu finden: „viele realpolitisch orientierte Grüne (sind) in Kommunalparlamenten (...), in Landtagen (...), in Mandaten der verschiedensten Art" (Schily) gebunden. Dieser realpolitische Ansturm auf die Parlamentssitze soll sich — ginge es nach Christa Vennegerts — sogar noch verstärken. Sie versteht nicht, daß es überhaupt noch grüne Parlamentsbewerber gibt, die das Parlament nicht als den zentralen Ort der politischen Auseinandersetzung begreifen und ein kritisches, ja „taktisches" Verhältnis zur repräsentativen Demokratie haben: „Ich muß manchmal immer etwas lächeln, wenn Bwerbungen von solchen Personen kommen um Parlamentsämter, die eigentlich ja von Parlamenten gar nichts halten, nicht?"

So haben denn alle etwas zu erzählen in dieser ratlosen Versammlung. Den Pressemenschen fällt auch nichts mehr ein. „Es gibt keine Fragen mehr, oder?" Hoffentlich lädt die gleiche Runde recht bald wieder zum Gespräch, am besten einmal im Monat, hoffentlich berichten die bedauernswerten, aber immerhin ja abgehärteten Bonner Journalisten recht ausführlich, was für langweiliges, banales Zeug ihnen da als politische Strategie verkauft wird. Und die „taz" muß diese Veranstaltungen unbedingt im Wortlaut dokumentieren. Die Fundis und Ökosozialisten brauchten dann nicht mehr ihre Kräfte in innerparteilichen Querelen zu verschleißen, sondern könnten sich oppositioneller Politik widmen. Und auch die große Zahl der strömungsmäßig nicht festgelegten, nach Ausgleich und Harmonie strebenden Grünen käme auf ihre Kosten: die oft beklagten Flügelkämpfe würden binnen weniger Monate der Vergangenheit angehören.

Js./Hamburg

Streit um grünes Papst-Plakat:
„Wir kriechen nicht zu Kreuze"

„Christliche Tradition ist frauenfeindlich" steht auf einem Plakat grüner Frauen zum Papstbesuch. Der schlichte Satz ließ die innerparteilichen Wellen bei den Grünen hochschlagen. Nicht nur die Christen bei den Grünen fühlten sich auf den theologischen Schlips getreten — vor allem die Realpolitiker sahen sich beim langen Marsch zur politischen Mitte abrupt gestört. Und erst die Wertkonservativen: Da müht sich Lucas Beckmann in Bonn redlich darum, die CDU am hohen C zu spalten, und die Feministinnen aus dem eigenen Laden haben nichts besseres zu tun, als das katholische Rheinland mit einem wählerfeindlichen Pamphlet zu pflastern. Taz-Kommentator Klaus Hartung wurde angesichts des Plakats gar völlig hysterisch und enttarnte dahinter ML-Geist, Jakobiner- und Liquidatorentum, kurzum „die größte Gefahr für die Grünen". Wir sprachen mit Regina Michalik, Feministin und jetzt Sprecherin im grünen Bundesvorstand, über ihre Einschätzung dieses Konflikts.

G. und ch., Hamburg



500 Jahre „Hexenhammer": 1487 erschien diese Schrift der Dominikaner Heinrich Institoris und Jakob Sprenger, die die theoretischen Grundlagen für eine bis zur Massenhysterie gesteigerte Verfolgung v.a. von Frauen lieferte und als praktische Anleitung für die Hexenprozesse diente. Das dreibändige Werk erreichte in den folgenden 150 Jahren 33 Auflagen und wurde zum Gebrauchskommentar von Richtern und Schöffen. Eine päpstliche Bulle hatte die Verfasser des „Hexenhammers" zuvor ausdrücklich zum Vorgehen gegen Hexen ermächtigt. Nach unterschiedlichen Schätzungen wurden in der Zeit von 1480 bis 1780 in Europa zwischen einer Million und neun Millionen Menschen als Zauberer und Hexen verbrannt.

Interview mit Regina Michalik (Vorstandssprecherin der Grünen)

AK: Warum habt Ihr das Plakat so provokativ gemacht? Einige Eurer Kritiker meinten ja, wenn Ihr nur die „kirchliche", aber nicht die „christliche" Tradition angegriffen hättet, wäre es in Ordnung gewesen.

Regina Michalik: Pikanterweise haben uns schon vor dem Druck des Plakats die ersten Protestanrufe erreicht, die davon ausgingen, wir hätten „kirchliche Tradition" geschrieben. Frau kann also anecken, egal, was sie sagt. Wir haben ganz bewußt den Begriff „christlich" gewählt, weil es nicht darum geht, nur einzelne Würdenträger der Kirche anzugreifen, sondern das, was das Christentum beinhaltet, hat ja Eingang in unsere gesamte Kultur gefunden. Unsere Kritik ist also nicht auf die Kirche zu reduzieren.

Die veröffentlichten Reaktionen auf Euer Plakat waren sämtlich ablehnend. Gibt dieses Bild die Resonanz in der grünen Partei richtig wieder?

Negativ reagiert haben vor allem Gremienvertreter und -vertreterinnen, denen besonders viel an der politischen Taktik liegt. Positive Reaktionen kamen einige von der Basis, auch von prominenten Frauen außerhalb der Grünen und von Frauen wie Männern innerhalb und außerhalb der Kirche. In den Grünen ist es aktuell so, daß nicht nur über christliche Tradition geredet wird, sondern daß die linke Tradition der Grünen in Frage gestellt wird. Die Auseinandersetzungen in der Grünen Partei derzeit um die Richtung der Politik haben dazu geführt, daß wir sehr scharf angegriffen werden aufgrund unserer radikalen inhaltlichen Positionen und aufgrund unseres provokativen Stils.

Was steckt Deiner Ansicht nach hinter diesen Angriffen? Waltraud Schoppe nannte das Plakat ein Dokument der „Scheißegal-Stimmung" nach der Hessenwahl. Oder geht es mehr um die Linie von Lucas Beckmann, also Veränderung der Grünen zu einer „wertkonservativen Partei" und zum „C" der CDU?

Es geht um beides. Manche kritisieren, daß unser Vorgehen von den Wählern und Wählerinnen nicht mehr verstanden würde, und das hat natürlich etwas zu tun mit den Überlegungen nach Hessen, wir müßten nun zu einer Partei der Mitte werden. Eine Partei der Mitte kann es sich natürlich nicht leisten, die Kirche oder das Christentum so massiv anzugreifen, wie wir es tun. Die Beckmann-Überlegungen spielen da mit hinein. Es ist ja kein Zufall, daß sich die Auseinandersetzungen an Frauenthemen entzünden — Papst-Plakat, § 218, Müttermanifest —, weil unsere Frauenpolitik bis jetzt immer der Politikbereich war und ist, der den wertkonservativen Menschen außerhalb und innerhalb der Partei am schärfsten zuwider läuft. Wir werden immer anstößig bleiben, wenn wir unsere Frauenpolitik so behalten.

Gilt die Anstößigkeit nicht genauso für andere radikale Positionen, z.B. in der NATO-Frage? Warum wird gerade auf feministische Aktionen so hysterisch reagiert wie etwa von Klaus Hartung in der taz?

Zum einen ist es so, daß die Feministinnen in den Grünen eine immer noch sehr radikale Gruppe sind und von daher geht es erstmal gegen sie als Gruppe. Zum zweiten: Ein wertkonservativer Bauer auf dem Land kann damit leben, daß es keine Atomkraftwerke oder keine Raketen mehr geben könnte, aber in dem Moment, wo seine Frau gegen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wäre und für die ersatzlose Streichung von §218, da werden seine eigenen patriarchalischen Interessen vehement beschnitten. Das heißt: Das Spannungsverhältnis zwischen den Teilen unserer Politik, die auch konservative Leute mittragen können, und en Teilen, die einfach anstößig sind, weil sie emanzipativen Charakter haben, ist beträchtlich. Das macht sich besonders an der Frauenpolitik fest.

Wie geht Ihr mit dieser Auseinandersetzung jetzt weiter um?

Wir haben das Plakat nicht eingestampft, sondern sind damit offensiv in die Öffentlichkeit gegangen. Zu den polemischen Angriffen gegen uns haben wir eine Stellungnahme an alle grünen Kreisverbände geschickt. Wir kriechen nicht zu Kreuze und lassen uns den Mund nicht verbieten. Aber wenn es tatsächlich die neue Linie der Partei ist, daß ein aufmüpfiges Verhalten, daß die Tatsachen beim Namen nennt, nicht mehr möglich ist, dann müssen wir eben irgendwann gehen.

Wird das Anti-Papst-Plakat denn nun auch verklebt?

Natürlich. Wir haben eine zweite Auflage drucken lassen, die auch schon vergriffen ist. An allen Auftrittsorten des Papstes wird es Aktionen geben, dazu gehört auch das Verkleben dieses Plakats. Es ist ja als Idee aus einer Zusammenarbeit von autonomen und grünen Frauen entstanden und nicht nur auf grünem Mist gewachsen.

Ideelle Gesamtmutter gegen verbohrte Feministin

Grünes Müttermanifest



,,Es ist an der Zeit für eine neue Frauenbewegung ...''. Dies ist der Anspruch und die Hoffnung solch namhafter grüner Frauen wie Antje Vollmer, Christa Nickels, Gisela Erler u.a., die sich nicht mehr länger an den Forderungen und Konzepten radikaler, kinderloser Feministinnen orientieren wollen.

Geschrieben, gestritten, diskutiert wird schon länger darüber. Konkreter wurde es auf dem von der Grünen Partei initiierten Mütterkongreß im Herbst 1986. Wir führten über die Vorbereitungen und die Auseinandersetzungen im Vorfeld ein Interview mit Verena Krieger (in AK 276) — damals Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen , heute Bundestagsabgeordnete der Grünen in Bonn.

Aus diesem Kongreß heraus ist das ,,Müttermanifest: Leben mit Kindern — Mütter werden laut'' entstanden. Es soll auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen (1. bis 3. Mai) diskutiert werden und ist die Begründung für die Forderung nach einer eigenständigen Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Mütter — zusätzlich zu der bislang existierenden BAG Frauen.

Worum geht es in dem Müttermanifest? Für **die Gruppe der Mütter** insgesamt werden mehr Rechte, Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben, mehr Selbstbewußtsein eingeklagt. Die Vorstellungen und Forderungen, die im Manifest entwickelt werden, sind ein Sammelsurium aus Versatzstücken von Altbekanntem, längst Festgeschriebenem und aus neuer Mütterideologie. Recht unbescheiden wird dabei ein neues Selbstbewußtsein demonstriert, das zugleich furios in eine beachtliche historisch-politische Tradition gesetzt wird — wie etwa der Umgang mit den Parolen ,,Wir wollen alles!'' oder ,,Black is beautiful'' zeigt. Hier einige Kostproben:

,,*Mütter*'' haben ,,*ganz und gar grundsätzliche Veränderungswünsche an die Strukturen von Familie, Nachbarschaft, Beruf, Öffentlichkeit und Politik.*'' ,,*'Black is beautiful' war der Ausgangsslogan für die Bewegung der Schwarzen in den USA, 'small is beautiful' stärkte die ökologische Bewegung, 'motherful is beautiful' könnte die Grundlage für ein neues Selbstbewußtsein von Müttern werden, das den Durchbruch für eine Rückkehr von Müttern und Kindern in die Gesellschaft schafft.*''

,,*Grundsätzlich als Anspruch dick unterstrichen: Wir wollen alles! Wir Mütter wollen mitgestalten! Wir wollen mitentscheiden — überall!*''

Dennoch — viele der geschilderten Probleme von Frauen mit Kindern, wie sie auf dem Mütterkongreß zur Sprache kamen oder im Manifest geschildert werden, sind richtig, der Frust verständlich, viele Forderungen sind berechtigt. Die reichlich überzogenen Formulierungen und die überhöhten Ansprüche könnten wohlwollend übersehen werden. Fatal wird es aber, sieht man sich das Frauenbild an, das hier vertreten und propagiert wird und die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen.

Das Hauptanliegen des Manifestes ist es denn auch nicht, als Ergänzung zu wirken, z.B. zu Fragen, die bislang von der Frauenpolitik nur unzureichend bearbeitet wurden, sondern frontal abzurechnen mit linkem ,,überkommenem'' Politikverständnis und mit dessen Inhalten. Während mit den Männern vergleichsweise schonend umgegangen wird, werden vor allem die linken Frauen und Feministinnen angegriffen, die sich von den alten Inhalten immer noch nicht getrennt haben. Die ,,*rigorosen Bedingungen*'' der ,,*progressiven Dauerpolitikerinnen*'', ,,*eine bestimmte Öffentlichkeit progressiver Journalistinnen und kritischer Frauen*'', ,,*die Karrierefrauen*'', die ,,*Nicht-Mütter*'' — ein Begriff, der im Manifest fast diskriminierend, bestenfalls aber wieder defizitär benutzt wird — bestimmen das Feindbild oder besser das Feindinnenbild.

Konkret hört sich das z.B. so an: ,,*Es wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein, das Ghetto der Nichtmütter wie auch das Aquarium der Karrierefrauen zu verlassen und eine neue Debatte über einen erweiterten, ökologischen, zukunftsweisenden Emanzipationsbegriff zu führen. Eine Reduktion von Frauenperspektiven auf Quotierung und das Recht auf Abtreibung wird diesen Dimensionen und Erfordernissen in keiner Weise gerecht.*''

Wenn in diesem Zitat lediglich von ei-
wird diesen Dimensionen und Erfordernissen in keiner Weise gerecht.''

Wenn in diesem Zitat lediglich von einer ,,*Erweiterung des Emanzipationsbegriffes*'' die Rede ist, dann sollte man sich nicht davon täuschen lassen. Schon die Schärfe und Agressivität der Schreibe macht zur Genüge deutlich, daß es eigentlich gar nicht um so etwas Konstruktives wie ,,Erweiterung'' gehen kann, sondern vielmehr knallharte Ausgrenzung und andere Inhalte gemeint sind. Es sei in diesem Zusammenhang auch noch einmal darauf hingewiesen, daß gerade die Trägerinnen dieses Manifestes erhebliche Probleme mit der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 haben.

Hier prallen ganz offensichtlich doch sehr verschiedene Utopien, Lebensentwürfe und Vorstellungen über



gesellschaftliche Verhältnisse aufeinander, die sich in der Tat keineswegs werden verbinden oder ,,erweitern'' lassen. Um das deutlich zu machen, einen kurzen Rückblick auf die Ziele der linken Frauenbewegung in den 70er Jahren. Vorweg bemerkt: Natürlich kann der Frauenbewegung wie der gesamten Linken zu recht vorgeworfen werden, sich zuwenig konkret um die Situation der Mütter und ihrer Kinder gekümmert zu haben. Gleichzeitig muß aber auch gesagt werden, daß das Hauptanliegen damals nicht so sehr der Kampf um kleine Verbesserungen hier und heute war. Es ging vielmehr für die Frauen um eine sehr grundsätzliche Ablehnung der traditionellen Heim- und Herd-Rolle, um die Ablehnung der Ideologie der ,,natürlichen Bestimmung'', gegen die festverankerte Vorstellung vom ,,Wesen der Frau als Mutter'', es ging um die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung; letztlich wurde darum gekämpft, diese Gesellschaft mit ihren Wertmaßstäben infragezustellen und grundlegend zu verändern. Dabei wurde eindeutig Partei für die Unterdrückten genommen; in der Politik wurde zwischen links und rechts unterschieden.

Für die Frauen stand konkret der Wunsch nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit im Vordergrund. Nur zu verständlich, daß viele Frauen, die diese Auseinandersetzung geführt ha-

Wunsch nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit im Vordergrund. Nur zu verständlich, daß viele Frauen, die diese Auseinandersetzung geführt ha-

ben, sich gegen ein eigenes Kind entschieden haben. Die Einschränkungen für ihre eigene Lebensvorstellung wären erheblich gewesen. Von diesem Ansatz unterscheiden sich die Ziele, Forderungen und Vorstellungen im Müttermanifest erheblich.

So soll die ,,neue Mütterpolitik'' z.B. ,,neben dem klassischen Schema der Rechts-Linkszuweisung'' liegen. Ein Anfang dafür wird in dem Manifest u.a. in der Form gemacht, daß durchgehend nur von ,,*den Müttern*'' geschrieben wird. Nicht einmal in dem gesamten Textentwuf wird der Begriff *der Mutter* nach z.B. sozialer, ökonomischer oder bildungsmäßiger Herkunft differenziert. Es gilt ganz offensichtlich, daß in dem Moment, in dem Frau Mutter wird, sie mit allen Müttern dieser Erde zu einer großen Gruppe mit gleichen Interessen und gleichen Problemen verschmilzt. Es muß hier nicht groß beschrieben werden, daß das, gelinde gesagt, eine sehr grobschlächtige Betrachtungsweise ist. Natürlich hat eine Frau mit Kindern und hohem Einkommen sehr viel bessere Möglichkeiten (Putzfrau, Kinderfrau etc.), z.B. am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Natürlich haben z.B. Mütter, die eine höhere Schulausbildung haben und im intellektuellen Bereich tätig sind, sehr viel größere Möglichkeiten, z.B. bei den Grünen politisch aktiv zu werden und ihre Interessen zu artikulieren, als etwa Frauen aus dem Arbeiterbereich.

Über derart unterschiedliche Interessenlagen, über offensichtliche Unterschiede, Benachteiligungen, Ungerechtigkeiten oder Privilegien, die es in dieser Gesellschaft gibt, wird in dem Manifest kein Wort verloren, stattdessen wird in der ,,Wir-Form'' von *den Müttern* fabuliert. Der Verdacht liegt nahe, daß mit dem ,,Wir'' zwar eine homogene, allerdings recht kleine Gruppe gemeint ist, nämlich die der grünalternativen-intellektuellen Mittelstandsfrauen mit Kind, die sich nach Jahren der Kinderbetreuung an den Rand gedrängt fühlen und jetzt für sich Rechte einfordern, um einfach auch mal in der grünen Politik mitmischen zu können. Das ist ihr gutes Recht! Nur das hat nicht sehr viel, fast gar nichts mit den Problemen der Frauen mit Kindern *in dieser Gesellschaft* zu tun.

Das neue Frauenbild — eine Männererfindung aus CDU-Kreisen?

Wenn in den 70er Jahren ein Ziel der Frauenbewegung Selbständigkeit und Unabhängigkeit von traditionellen gesellschaftlichen Zwängen war, so setzt das Frauenbild, wie es im Müttermanifest vertreten wird, grundlegend andere Schwerpunkte. Hier Zitate, die das ,,neue Emanzipationsbild'' beschreiben:

,,*Letztlich geht es darum, ein Emanzipationsbild zu entwickeln, in dem die Inhalte traditioneller Frauenarbeit, d.h. die Versorgung von Personen, Wahrnehmung sozialer Bezüge, Hinterfragung von sogenannten 'Sachzwängen' als legitime Werte integriert sind und entsprechend wertemäßig sozial, politisch, finanziell anerkannt werden. Die Grundfrage der Wertigkeit von Arbeit, d.h. welche Arbeit in*

sind und entsprechend wertemäßig sozial, politisch, finanziell anerkannt werden. Die Grundfrage der Wertigkeit von Arbeit, d.h. welche Arbeit in

der Gesellschaft zu welchem Status, welchen Sicherungen verhilft, ist neu zu stellen.'' Oder:

,,*Wir brauchen einen angemessenen Grundlohn für Frauen... Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, d.h. für Frauenarbeit, Umbau der Kriterien, die Zugang zu höheren Einkommen ermöglichen. Ein offenes und flexibles Leben heißt, daß wir, die wir die unsichtbare und unersetzliche Fürsorgearbeit leisten, gesichterte Ein- und Ausstiege brauchen! Im Familien- und Nachbarschaftsbereich erworbene Qualifikationen müssen endlich für spätere Berufe als reale Kompetenz anerkannt und angerechnet werden. Familienarbeit wirkt sich nicht dequalifizierend auf Frauen aus!*''

Diese Auszüge aus dem Manifest machen deutlich, daß diese Vorstellungen genau nicht der Utopie, dem Frauenbild und dem Lebensentwurf der Frauenbewegung der 70er Jahre entsprechen — und übrigens auch heute von vielen Frauen nicht gewollt, sondern als Rückschritt begriffen werden.

Ein bißchen mehr gesamtgesellschaftliche Aufwertung, ein bißchen mehr Anerkennung für die ,,unsichtbare'', aufopfernde Frauenarbeit, für die Kinder- und Altenpflege, das ist vielmehr die Ideologie, für die die Schreiberinnen des Manifestes Beifall und Unterstützung bis weit hinein in konservative Regierungskreise bekommen. Auch wenn die Forderung ,,nach angemessenem Grundlohn'' — aber nur wegen des angestrengten Bundeshaushalts — problematisch wird, die Überlegung nach ,,*ausgedehnten Experimenten mit qualifizierter Teilzeitarbeit und flexibler Arbeitszeit*'' gehört dann wieder voll in den konservativen familienpolitischen Rahmen.

Diesem ,,*Emanzipationsbild*'' entsprechen dann auch die eher bescheiden anmutenden konkreten Vorstellungen für deren Umsetzung. Gefordert werden ,,*Nachbarschaftszentren*'', ,,*Mütterzentren, geöffnet den ganzen Tag*'', ,,*gemeinsame Mittagstische*'', ,,*ein Klima, das nicht in jeder Selbstfindung von Müttern ein Ghetto sieht, sondern selbstbewußte Gemeinsamkeit als Voraussetzung für die Bildung von weiteren Öffentlichkeiten mit anderen Frauen und Männern*'', sowje die ,,*Selbstorganisation der Mütter regional und bundesweit, durch Seminare, Workshops, Kongresse und Publikationen*''.

Mütter für den grünen Funktionärskader

Sehr viel deutlicher ans Eingemachte geht es dort, wo es um die Grüne Partei selbst geht. — Nur zu verständlich! Dies ist in Wahrheit auch das Projekt der Begierde, das die Manifest-Mütter für sich erobern wollen. ,,*Im Bereich des politischen Lebens, der großen Worte und Programme, vor allem auch der Grünen Partei, heißt dies: Arbeitsformen müssen endlich Müttern angepaßt werden! Drastische Arbeitszeitverkürzungen im Funktionärsbereich, Teilung von Stellen, auch Mandaten, z.B. im Bundesvorstand. Der Frauen- und Mütterbereich hat Vorreiter- und nicht Nachzüglerfunktion. Keine Beschlüsse nach 23 Uhr, Ende für das Meinungsmonopol von studentischer Lebenskultur, Übernah-*

Vorreiter- und nicht Nachzüglerfunktion. Keine Beschlüsse nach 23 Uhr, Ende für das Meinungsmonopol von studentischer Lebenskultur, Übernah-

me von Kinderbetreuungskosten ... Eine neue Sitzungskultur, weniger Formalien, mehr Inhalt, weniger Treffen und Kongresse an ganzen Wochenenden ... Politikfreie Wochenenden! Wir brauchen keine politischen Übermenschen (männer) mir Dauereinsatz, die keinen Blick, keine Zeit mehr für die gesellschaftliche Realität haben, die sie doch positiv gestalten wollen''. Ja, so geht's ab!!

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen vom 1. bis 3. Mai wird — zunächst *nur* — ,,über eine Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Mütter'' ,,*als geeigneter Kristallisationspunkt für diese Perspektive* '' entschieden.

Dagegen liegt eine sehr ausführliche Stellungnahme von grünen Frauen (wie z.B. Verena Krieger, Regula Schmidt-Bott, M. Beck-Oberndorf) vor, die sich kritisch mit dem Manifesttext auseinandersetzt. Sie lehnen die Einrichtung einer eigenständigen BAG Mütter ab und bieten als Kompromiß den Müttern an, als ,,integrierte Arbeitsgruppe der BAG Frauen'' zu arbeiten. Sie kommen in ihrer Auseinandersetzung zu dem Schluß, daß es hier nicht so sehr um ,,*ein neues Thema*'', sondern ,,*um eine andere Politik als die bis heute bei den Grünen programmatisch verankerte Frauenpolitik*'' geht. Ihr Fazit: ,,*Wir bedauern es, daß die berechtigten Anliegen von Müttern in dem Müttermanifest mit einem Frauenbild verknüpft werden, das wir seit Jahren bekämpfen*''.(1)

Mal sehen wie die Grünenversammmlung entscheidet.

G./Hamburg

Anmerkung:
Sämtliche Zitate — soweit nicht anders angegeben — sind aus dem „Müttermanifest: Leben mit Kindern — Mütter werden laut".
(1) aus dem Antragstext „Ablehnung einer BAG Mütter", Verschickung zur 9. ordentl. Bundesversammlung der Grünen

AIDS und der kleine Unterschied

Frauen und AIDS — ein schillerndes Thema: Sieht frau sich die laufende Kondom-Werbung an, so scheint es vergessen zu sein, daß diese Dinger früher einmal „Verhüterli" hießen. Womöglich würde es Männer gar noch von der AIDS-Vorsorge abschrecken, wenn ihnen klar wäre, daß sie damit auf das Niveau partnerschaftlicher Mitverantwortung herabsteigen würden gegen eine Angst, die Jahrhunderte älter ist. Damit kann man ja nun wirklich nicht werben. Manche Frauen machen nun umgekehrt einen Schuh draus und feiern bereits den „Abschied vom koitalen Mann" dank AIDS. Doch lassen wir die Feministinnen. Die moderne Partnerin bekennt per Anzeige „Ich liebe mit" — leider verrät sie uns nicht, wie sie sich das Ding anzieht. Hübscher wäre da schon eine Anzeigen-Kampagne prominenter Freier „Ich gehe auf den Strich nur mit". Aber was würde der Papst dazu sagen?

Viel erlebt und nichts begriffen

AIDS als Chance — darüber reiben sich nicht nur diejenigen die Hände, die ohnehin das Rad der Moral- und Sexualgeschichte zurückdrehen wollen. AIDS als Chance — das sagen auch Frauen, die für sich selbst einen emanzipatorischen Ansatz reklamieren. Den „Abschied vom koitalen Mann", das Ende der repressiven Sexualität, die Lösung der Verhütungsfrage, all das und noch viel mehr soll die Krankheit bzw. ihre Prävention bewirken, glaubt frau Artikeln aus weiblicher Feder in „taz" wie „Zeit". Mit der Jahrhundertseuche nun die Jahrhundertbefreiung? Wenn es AIDS nicht gäbe, hätten die Frauen es erfinden müssen. Gemessen an der Realitätstüchtigkeit ließen sich diese Artikel einfach als Märchen aus 1001 Frauennacht mit einem Kopfschütteln beiseite legen — deutet doch nichts darauf hin, daß sich diese feministischen Prophezeihungen auch nur im Ansatz erfüllen lassen. Selbst gesetzt den Fall (der allerdings bezweifelt werden muß), daß sich nun Männer massenhaft den anempfohlenen Gummi überstreifen würden, was wäre dadurch für die Frauen gewonnen? Wenn ein Mann, der angesichts der realen Wahrscheinlichkeit der ungewollten Schwangerschaft sich keinen Deut um Verhütung geschert hat, nun plötzlich wegen des statistisch minimalen Risikos einer Selbstansteckung zum Präser greift — Göttin, dann gehört dieser Typ ohnehin schon längst in die Wüste geschickt! Und von diesem Mann wird dann noch erwartet, daß er aus der Not eine Tugend macht und sich aus Abscheu vor dem Gummi nun mehr der Klitoris seiner Partnerin widmet — schauder!

daß er aus der Not eine Tugend macht und sich aus Abscheu vor dem Gummi nun mehr der Klitoris seiner Partnerin widmet — schauder!

Bleibt die Frage: Woraus wachsen solche Vorstellungen? Die Antwort ist bitter: Offensichtlich ist die Frauenbewegung — als gesellschaftlicher Hoffnungsträger und als Faktor im individuellen Frauen-Leben — so auf den Hund gekommen, daß eine häßliche Krankheit als letzte Möglichkeit gesehen wird, noch etwas von den alten Forderungen durchzusetzen. Emanzipation: Das hieß unter anderem einmal, die Angstbesetztheit der Sexualität abzuschaffen. Nun wird auf die Angst (vor AIDS) als Chance gesetzt.

So gesehen rührt die AIDS-Debatte an alte, schlecht verheilte Wunden. Mit dem Niedergang der Frauenbewegung sind auch die individuellen Wieder-Anpassungsprozeße gelaufen: Spätestens nach der zweiten Abtreibung nimmt frau wieder die Pille, Mutter-Sein ist wieder „in", für die eigene Befreiung wird sich nur noch individuell in Beruf und Beziehungskiste abgestrampelt, und Stöckelschuhe sind geil.

Sexualität, Lebensformen, Geschlechtsverhältnisse sind wieder entpolitisiert — oder allenfalls werden konservative Werte nun alternativ begrünt. In dieses Vakuum stößt die AIDS-Kampagne, und darum verfängt sie auch bei Leuten, die sich geistig nicht überwiegend von der BILD-Zeitung ernähren. In einer Zeit, wo sich „alternative" Meinungen in Wählerstimmen von früher ungeahnter Größenordnung dokumentieren, offenbart die AIDS-Debatte, wie ungebrochen die Hegemonie spießigbürgerlicher Ideologie in diesem Land ist.

Deshalb reichts es nicht, die reaktionäre Kampagne mit dieser Krankheit als solche zu entlarven. Es gab in dieser Organisation und dieser Zeitung immerhin mal eine Phase, wo die Themen, die mit AIDS jetzt von der reaktionären Seite auf die Tagesordnung gesetzt wurden, Teile unserer Politik waren: Sexual-, Frauen-, Schwulen-, Lesbenpolitik, auch wenn manche es

tionären Seite auf die Tagesordnung gesetzt wurden, Teile unserer Politik waren: Sexual-, Frauen-, Schwulen-, Lesbenpolitik, auch wenn manche es

vorziehen, sich nur noch mit Schaudern an die Zeiten der „Keimform"- und „Das-Private-ist-politisch"-Debatten zu erinnern. AIDS als Chance: Nein Danke! Aber vielleicht als kleine Erinnerungshilfe: Da war doch noch was — 'n paar Utopien ...

ch.



Anzeige aus der „nicole"

Prostituierte und AIDS

Vom Umgang mit einer Opfergruppe

Im Zusammenhang mit AIDS ist immer von der Risikogruppe der Prostituierten die Rede. Die Prostituierten wehren sich dagegen. Nicht sie seien die Risikogruppe, sondern die Freier, die lt. EMMA täglich zu rund einer Million Prostituierte aufsuchen (in der BRD wohlgemerkt; die Hamburger Prostituierten gehen von „*niedrig geschätzt*" 4400 Freiern täglich in Hamburg aus — eine Million dürfte daher für die BRD hoch geschätzt sein). Und 80 bis 90% der Freier in der BRD sind nicht bereit, Kondome zu benutzen (EMMA, 4/87). Deshalb sind viele Prostituierte gezwungen — v.a. unter dem Druck ihrer Zuhälter und Clubchefs —, aus Angst vor Einkommenseinbußen ohne Kondom zu arbeiten. Auf dem Internationalen Prostituiertenkongreß in Brüssel im letzten Jahr meinte die US-Amerikanerin Margo St. James, die staatlichen Gesundheitskontrollen in der BRD vermittelten den Männern „*ein falsches Gefühl von Sicherheit*". Sie schätzte, daß in den USA 95% der Straßenprostituierten mit Kondomen arbeiteten, in den Nie-

kontrollen in der BRD vermittelten den Männern „*ein falsches Gefühl von Sicherheit*". Sie schätzte, daß in den USA 95% der Straßenprostituierten mit Kondomen arbeiteten, in den Nie-

derlanden immerhin etwa 50% (Süddeutsche Zeitung, „SZ", 3.10.86).

Wie bereits das „Gesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten" nur zu Lasten der Prostituierten praktiziert wird, sind diese es auch und nicht die Freier, die im Zuge der AIDS-Kampagne die Angegriffenen sind und zu potentiellen Verbrecherinnen an der „Volksgesundheit" abgestempelt werden. Es wird von einem „dramatischen" Ansteigen der AIDS-Infizierten unter den Prostituierten geredet; die absoluten Zahlen erscheinen jedoch angesichts der vielen Freier gering (München: seit 1985 von 1500 registrierten Prostituierten fünf Frauen, lt. der Prostituiertengruppe „Messalina", Frankfurt: von 2500 Frauen 25, Hamburg: 11 Frauen).

Der Leiter des Frankfurter Gesundheitsamtes, Schildwächter, erklärte, 85% der AIDS-Kranken stammten aus der Hochrisikogruppe drogenabhängiger Prostituierter beiderlei Geschlechts. Weibliche Prostituierte, die nicht drogenabhängig sind, seien jedoch *keine* Risikogruppe (Frankfurter Rundschau, „FR", 4.10.86). Dennoch gibt es im Zusammenhang mit AIDS diverse Maßnahmen gegen *alle* Prostituierten, wovon der angeprangerte bayerische AIDS-Maßnahmenkatalog nur der bekannteste ist. Die Stigmatisierung der Prostituierten trägt ihre bitteren Früchte: Das schlimmste Beispiel war die Ermordung einer Prostituierten in Hamburg, weil ein Freier in der fälschlichen Meinung, AIDS-infiziert zu sein und sich bei einer Prostituierten angesteckt zu haben, „*eine Prostituierte mit in den Tod nehmen*" wollte. Inzwischen gibt es schon Anzeigen von Prostituierten in (nur?) ländlichen Zeitungen, sie seien entgegen den kursierenden Gerüchten nicht mit AIDS infiziert und auch nicht gestorben („taz", 2.4.87).

Die AIDS-Kampagne führt zu einer noch schärferen Überwachung und Kriminalisierung der Prostituierten und zu einer stärkeren Abdrängung in die Illegalität (siehe die Forderungen des 1. Nationalen Prostituiertenkongresses in Westberlin).

— In Bayern soll ein Zwangstest bei „Ansteckungsverdächtigen" durchgeführt werden, im Weigerungsfall soll eine Zwangsvorführung durch die Polizei erfolgen. Das betrifft neben den Schwulen und Drogenabhängigen (die im Gegensatz zu den Prostituierten aber nicht offiziell registriert sind) auch die Prostituierten. (Vgl. AK 280) In München stand schon die erste Prostituierte vor Gericht, die trotz AIDS-Infektion weitergearbeitet hatte. Sie wurde zu 2.700 DM Geldstrafe verurteilt. (EMMA, 4/87)

Eine Strafe dafür, einen Kunden infiziert zu haben, werde es nach Meinung von Bundesanwalt Bruns allerdings nicht geben. Schließlich ließe sich kaum feststellen, woher die mit Verzögerung auftretende Infektion komme. Freier handelten daher auf eigenes Ri-

nung von Bundesanwalt Bruns allerdings nicht geben. Schließlich ließe sich kaum feststellen, woher die mit Verzögerung auftretende Infektion komme. Freier handelten daher auf eigenes Ri-

siko. (Spiegel, 9.2.87)

— Schon im September 1985 gab es einen Erlaß des schleswig-holsteinischen Sozialministeriums für die Gesundheitsämter, Personen mit sog. erhöhtem Infektionsrisiko einen „freiwilligen" und kostenlosen AIDS-Test zu empfehlen. Wenn die Prostituierten sich weigerten, solle dies zur Verweigerung des Gesundheitszeugnisses führen, ohne den die Prostituierten legal nicht arbeiten dürfen. Wenn der Test positiv sei, würden die Frauen aufgefordert, ihre Arbeit aufzugeben; dies werde unter Strafandrohung von Gesundheitsämtern und Polizei überprüft. In Kiel und Segeberg waren schon alle registrierten Prostituierten durchgetestet worden. Ausländerinnen könnten ausgewiesen werden, wenn sie infiziert seien und durch Prostitution bewußt andere gefährdeten. In Frankfurt sind lt. Polizeiangaben fast ein Drittel der registrierten Prostituierten Ausländerinnen. („taz", 12.4.86)

Fortsetzung nächste Seite

Drittel der registrierten Prostituierten Ausländerinnen. („taz", 12.4.86)

Fortsetzung nächste Seite

AIDS-Test bei Schwangerschaft

Die Uni-Frauenklinik Charlottenburg in Westberlin macht seit 1985 ambulante AIDS-Routineuntersuchungen, die freiwillig sind und eine ausdrückliche Genehmigung der Frauen erfordern. (Nur eine Frau lehnte diesen Test bisher ab.) In einer Spezialsprechstunde werden AIDS-infizierte Schwangere betreut. Für die drogenabhängigen unter ihnen gibt es die Möglichkeit, während der Schwangerschaft ein Entzugsprogramm mit Methadon als Überbrückung vor dem eigentlichen Entzug durchzuführen. („FR", 23.5.86; „SZ", 18.2.87)

Die niedersächsische Ärztekammer hat eine Änderung der Richtlinien beim Bundesausschuß Ärzte/Krankenkassen beantragt, die auf die Aufnahme von AIDS-Tests in die Mutterschaftsvorsorge hinauslaufen soll. („SZ", 10.2.87)

Die DAK übernimmt ab sofort die Kosten für AIDS-Tests bei Schwangeren in den ersten drei Monaten („SZ", 25./26.4.87)

Bis zur 23. Woche darf eine schwangere AIDS-infizierte Frau nach der medizinischen Indikation eine Abtreibung vornehmen lassen. Nach Aussagen eines Gynäkologenkongresses in München beschleunigt eine Schwangerschaft den Ausbruch von AIDS bei infizierten Frauen. Nach diesen Angaben seien 50% der Babys infizierter Mütter ebenfalls infiziert, die meisten Kinder würden nicht älter als 2 1/2 Jahre. („SZ", 9.3.87)

Die Vatikanzeitung „L'Osservatore Romano" verurteilte, wie nicht anders zu erwarten, die Abtreibung bei einer AIDS-Infektion der Schwangeren. Zu einem konkreten Fall in Latina bei Rom äußerte sie, die Behörden und die Einwohnerschaft (!) hätte sich gegen die Entscheidung der Frau wenden müssen. Die katholische Zeitschrift „Prospettive del Mondo" vergleicht Abtreibung in so einem Fall mit nationalsozialistischen Methoden zur Vernichtung „unwerten Lebens" — auch nicht anders zu erwarten! („FR", 10.4.87)

Forderungen

des 1. Nationalen Prostituiertenkongresses, 24.-27.10.85, in Berlin

1. Gleichberechtigung für Prostituierte
2. Anpassung der Moralvorstellungen an die gesellschaftliche Realität, d.h. Überprüfung des rechtlichen Begriffs der Sittenwidrigkeit und gewerblichen Unzucht im Zusammenhang mit Prostitution
3. Aufhebung des Verbots gegen die Werbung für die Prostitution
4. Recht auf sexuelle Selbstbestimmung
5. Abschaffung der Diskriminierung von Prostituierten bei Verfahren gegen die sexuelle Selbstbestimmung
6. Anerkennung der Prostitution als Dienstleistung
7. Aufnahme in die gesetzliche Krankenversicherung
8. Aufhebung jeglicher Registrierung, Reglementierung, Kontrolle und Speicherung in Dateien der Polizei, des Landes- und Bundeskriminalamtes, der Gesundheitsbehörden
9. Wir lehnen grundsätzlich ab, daß Prostituierte wegen ihrer Tätigkeit erkennungsdienstlich behandelt werden
10. Abschaffung der Sperrgebietsverordnung
11. Sofortige Einstellung aller Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen verbotener Prostitution und Verstoß gegen die Sperrgebietsverordnung
12. Keine Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsamt und Polizei
13. Einhaltung der Unverletzlichkeit der Wohnung und der Person durch die Polizei
14. a) Abschaffung des Gesetzes zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, weil es nur zu Lasten der Prostituierten praktiziert wird
    b) Schaffung von freiwilligen und kostenlosen Untersuchungs-, Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten
    c) Abschaffung der Pflicht-Bockscheine (Kontrollkarten)
15. Aufhebung der Landesverordnungen, in denen keine freie Arztwahl besteht
16. Aufhebung der Nachweispflicht bei Beendigung der Prostitutionstätigkeit
17. Kostenlose, anonyme und freiwillige HTLV-III-Tests auch für Prostituierte
18. Staatliche Maßnahmen zur Aufklärung über sichere Sexualpraktiken besonders für Männer
19. Staatliche Förderungsmaßnahmen für Frauen, die aussteigen wollen (z.B. Umschuldungsfonds)
20. Keine Diskriminierung von Ex-Prostituierten im Geschäfts-, Berufs- und Privatleben
21. Staatliche Unterstützung von Prostituierten-Selbsthilfegruppen und finanzielle Förderung ohne Auflagen für nationale Treffen
22. Steuerfreiheit für Prostituierte, so lange ihre Bürgerrechte beschnitten sind

aus: Hydra Nachtexpress, 6. Jahrgang, Winter 85/86

Fortsetzung von vorheriger Seite

— In Nordrhein-Westfalen gab es jetzt eine Anordnung des Gesundheitsministeriums, eine Weisung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an die Ordnungsbehörden (Polizei) zurückzunehmen, wonach alle Betreiber von Bordellen ihre Angestellten vierteljährlich auf AIDS untersuchen lassen und AIDS-positive Frauen nicht weiterbeschäftigen sollten. Hiermit soll verhindert werden, daß die Prostituierten in den Untergrund gehen und nicht mehr kontrollierbar sind. (,,FR'', 19.2.87)

— Der Frankfurter Gesundheitsdezernent kündigte im letzten Herbst an, künftig sollten alle Prostituierten regelmäßig auf AIDS untersucht werden und sie unterlägen der Meldepflicht. Drogenabhängige Prostituierte müßten mit einem Zwangstest und Tätigkeitsverbot rechnen. Grundlage sei das Bundesseuchengesetz, nach dem auch schon Bayern und Baden-Württemberg verfahren. Die AIDS-positiven Prostituierten, die nicht drogenabhängig sind, sollten eine Bescheinigung unterschreiben, daß sie künftig auf Kondomen bestehen. Die Drogenabhängigen jedoch dürften nicht weiter arbeiten und sollten bei Nichtbeachtung in eine psychiatrische Klinik eingewiesen werden, um eine Entziehungskur zu machen. Das hessische Sozialministerium kritisierte dieses Vorgehen, das nur eine Scheinsicherheit schaffe und bei den Prostituierten Unruhe auslöse. Wie sich allerdings die neue hessische Koalition verhält, bleibt abzuwarten.

In Frankfurt gab es schon im September 1985 Reihenuntersuchungen auf AIDS, an denen 1500 von 2500 registrierten Prostituierten teilnahmen. In einer zweiten Untersuchung waren nur noch 950 Frauen zu einem freiwilligen Test bereit. Die Selbsthilfeorganisation ,,Huren wehren sich gemeinsam'' (HWG — wie offiziell der Name für Personen mit ,,Häufig Wechselndem Geschlechtsverkehr'' ist) führt das darauf zurück, daß die Namen der AIDS-positiven Frauen ,,mit Sicherheit'' an das Gesundheitsamt weitergegeben worden seien; auch bei der geplanten Kombination von regelmäßigen Pflichtuntersuchungen auf Syphilis mit einem AIDS-Test sei die Anonymität nicht gewährt. Die HWG beschwerte sich auch darüber, daß im September 1986 Gesundheitsamtsmitarbeiter in Anwesenheit der Polizei in einem Eros-Center verschiedene Frauen aufgefordert hatten, sofort einen AIDS-Test machen zu lassen.

Schon im März 1986 hatte es einen Skandal gegeben, als der FDP-Politiker Otto unter Polizeibegleitung (u.a. eines Polizeidirektors) einen Rundgang durchs Frankfurter Bahnhofsviertel gemacht hatte, wo die Polizisten ihm einzelne Frauen gezeigt hatten, die nach ihren Kenntnissen AIDS-infiziert seien. Wie kam die Polizei zu diesen Erkenntnissen? Nach Meinung des Gesundheitsamtes, indem sie Prostituierte unter Druck setzte, um von ihnen über AIDS-Infizierte informiert zu werden. Otto forderte daraufhin eine härtere Gangart gegenüber infizierten Prostituierten inklusive Berufsverbot, da aufgrund der Berufsverbotspraxis in Bayern und Baden-Württemberg infizierte Prostituierte nach Frankfurt zögen. Mit dieser Begründung könnte der bayerische Maßnahmenkatalog bald auf die gesamte BRD übertragen werden. (,,FR'', 11.3., 13.3., 27.9. und 4.10.86)

Während viele Maßnahmen zur Kontrolle der Prostituierten erwogen werden, gibt es weniger Anstrengungen für Prostituierte, die aussteigen wollen — und nicht erst dann, wenn sie infiziert sind. Inzwischen gibt es viele aussteigewillige Prostituierte, wobei die Angst vor AIDS weniger eine Rolle spielt als das seit Jahren sinkende Durchschnittseinkommen der Freier. In Westberlin verkündete Gesundheitssenator Fink ein Angebot, Prostituierten bei der Umschulung behilflich zu sein. Es solle eine ,,*betont unbürokratische Unterstützung per Sozialhilfe*'', in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt auch ein Umschulungsprogramm geben. (,,FR'', 11.3.87). Auch in Frankfurt hieß es, Aussteigerinnen sollten Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche erhalten (,,FR'', 4.10.86). In Hamburg hat die Gesundheitsbehörde bisher nur den elf AIDS-infizierten Prostituierten Hilfen für den Ausstieg angeboten (,,taz'', 31.3.87).

Die HWG aus Frankfurt fordert die infizierten Prostituierten auf, sich eine andere Arbeit zu suchen, allein schon, um sich nicht ein zweites Mal zu infizieren, was ein schnelleres Ausbrechen der Krankheit wahrscheinlicher mache. Von der Stadt fordert sie Übergangswohnungen, Umschulungsmöglichkeiten und finanzielle Unterstützung (,,FR'', 27.9.86). In diese Richtung ge-

wohnungs- und Arbeitssuche erhalten (,,FR'', 4.10.86). In Hamburg hat die Gesundheitsbehörde bisher nur den elf AIDS-infizierten Prostituierten Hilfen für den Ausstieg angeboten (,,taz'', 31.3.87).

Die HWG aus Frankfurt fordert die infizierten Prostituierten auf, sich eine andere Arbeit zu suchen, allein schon, um sich nicht ein zweites Mal zu infizieren, was ein schnelleres Ausbrechen der Krankheit wahrscheinlicher mache. Von der Stadt fordert sie Übergangswohnungen, Umschulungsmöglichkeiten und finanzielle Unterstützung (,,FR'', 27.9.86). In diese Richtung ge-
hen auch die Forderungen des 1. Nationalen Prostituiertenkongresses.

Noch ein Blick über die BRD-Grenzen: In den Niederlanden befürwortet die Mehrheit der Abgeordnetenkammer, zur AIDS-Bekämpfung drogenabhängigen Prostituierten, die Trägerinnen des AIDS-Virus sind, kostenlos unter ärztlicher Kontrolle Heroin zu verabreichen (,,FR'', 27.3.87). In Kopenhagen werden versuchsweise ein Jahr lang Einwegspritzen und Kanülen in Apotheken gratis abgegeben (,,SZ'', 18./19.11.86).

El., Frauenzelle HH-Eimsbüttel

AIDS und Vergewaltigung

In München wurde der erste Fall vor Gericht verhandelt, in dem ein AIDS-infizierter Mann eine Frau vergewaltigt hatte und von seiner Infektion wußte. Die Richter am Schwurgericht, wo dieser Fall schließlich landete, hielten es für nicht erwiesen, daß der Angeklag-

AIDS und Vergewaltigung

In München wurde der erste Fall vor Gericht verhandelt, in dem ein AIDS-infizierter Mann eine Frau vergewaltigt hatte und von seiner Infektion wußte. Die Richter am Schwurgericht, wo dieser Fall schließlich landete, hielten es für nicht erwiesen, daß der Angeklag-
te bei der Vergewaltigung eine mögliche tödliche Spätfolge in Kauf genommen habe. Das Wissen um die tödliche Gefahr könne derzeit nicht zur ,,allgemeinen Lebenserfahrung'' gezählt werden. Die Anklage lautet deshalb nicht auf versuchten Totschlag, sondern nur auf Vergewaltigung. Allerdings würde es sich strafverschärfend auswirken, wenn die Untersuchung der vergewaltigten Frau eine AIDS-Infektion als Ergebnis zeigt. (,,taz'' und ,,FR'', 6.3.87)

Was denn noch, Rita ?!

Die Aktion ,,Frauen gegen den § 218'' (Bundesweite Koordination) ruft für den 23. Mai zu einer Protestveranstaltung gegen den § 218 auf. Anlaß ist das von den Regierungsparteien geplante Beratungsgesetz, das die demütigende Abtreibungspraxis in der BRD noch mehr verschärfen soll. Anlaß ist außerdem der in diesem Jahr geplante Parteitag der CDU mit dem Motto ,,Für das Leben''. Dieser Parteitag ist Zugeständnis an die Rechtsaußen-Fraktion in der Partei, die immer wieder die Streichung der Kassenfinanzierung beim Schwangerschaftsabbruch fordert. Dieser Kurs ließ sich bislang aber noch nicht in der CDU durchsetzen, die derzeit lieber auf eine schleichende Verschärfung der Abtreibungsbedingungen und eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas setzt. So ist auch zu befürchten, daß auf dem geplanten Parteitag eimerweise moralischer Müll über die Frauen ausgeschüttet wird. Obwohl der genaue Termin des Parteitags noch nicht feststeht, wollen die Frauen der § 218-Gruppen jetzt schon aktiv werden und haben für ihre Veranstaltung in den verschiedensten Bereichen mobilisiert. So wird die Veranstaltung u.a. von diversen Pro-Familia-Landesverbänden, Beratungsstellen und Familienplanungszentren, verschiedenen Frauenorganisationen, einzelnen Jounalistinnen, linken Organisationen, einzelnen Grünen (vornehmlich aus dem linken Spektrum), der Humanistischen Union und dem GEW-Landesverband Hamburg unterstützt. Auf der Veranstaltung soll über die derzeitige Abtreibungspraxis, das geplante Beratungsgesetz und die Pläne der Abtreibungsgegner diskutiert werden. Im zweiten Teil der Veranstaltung soll zu bestimmten Themen Stellung genommen werden, die heute im Zusammenhang mit dem § 218 kontrovers diskutiert werden oder neue Fragen aufgeworfen haben. So wird u.a. Melitta Walter (ehemalige Pro-Familia-Vorsitzende und jetzige Past-Präsidentin der Pro Familia) eingehen auf die Frage ,,Gesellschaftliche Moral und Konfliktfrage beim Schwangerschaftsabbruch — Zwangsberatung zum Wohl der Frau ?'' Verena Krieger (MdB), die zum linken feministischen Flügel innerhalb der Grünen zählt, wird auf die ,,Lebensschutzposition bei Grünen und Alternativen'' eingehen. Alice Schwarzer wird noch einmal grundsätzlich die Bedeutung des § 218 als Unterdrückungsinstrument darstellen. Wie sie in der neuesten EMMA ankündigt, will sie auf der Veranstaltung außerdem darlegen, wie sie sich eine Einzelklage gegen den § 218 vor dem Bundesverfassungsgericht vorstellt.

Neben dem Protestcharakter, den die Veranstaltung haben soll, wollen die Veranstalterinnen aber vor allem mit den Teilnehmerinnen darüber diskutieren, wie es denn nun mit dem Kampf gegen den § 218 weitergehen soll und welche Möglichkeiten es für weitere Aktionen gibt. Die Veranstalterinnen wollen eine Störaktion während des CDU-Parteitages vorschlagen. Erfreulich ist, daß sich in Sachen § 218 wieder einiges tut, und es ist zu hoffen, daß dies nicht nur von kurzer Dauer bleibt.

Veranstaltungs-Programm

Was sollte frau über den § 218 wissen
Informationen zur Abtreibungspraxis, geplantem Beratungsgesetz, Plänen der Abtreibungsgegner etc.

Melitta Walter
Gesellschaftliche Moral und Konfliktfrage beim Schwangerschaftsabbruch — Zwangsberatung zum Wohl der Frau?

Verena Krieger
Lebensschützer/innen bei Grünen und Alternativen

Alice Schwarzer
Der § 218 eine Frauenfessel. Wir müssen uns endlich wieder wehren!

ihre Veranstaltung in den verschiedensten Bereichen mobilisiert. So wird die Veranstaltung u.a. von diversen Pro-Familia-Landesverbänden, Beratungsstellen und Familienplanungszentren, verschiedenen Frauenorganisationen, einzelnen Jounalistinnen, linken Organisationen, einzelnen Grünen (vornehmlich aus dem linken Spektrum), der Humanistischen Union und dem GEW-Landesverband Hamburg unterstützt. Auf der Veranstaltung soll über die derzeitige Abtreibungspraxis, das

die Veranstaltung haben soll, wollen die Veranstalterinnen aber vor allem mit den Teilnehmerinnen darüber diskutieren, wie es denn nun mit dem Kampf gegen den § 218 weitergehen soll und welche Möglichkeiten es für weitere Aktionen gibt. Die Veranstalterinnen wollen eine Störaktion während des CDU-Parteitages vorschlagen. Erfreulich ist, daß sich in Sachen § 218 wieder einiges tut, und es ist zu hoffen, daß dies nicht nur von kurzer Dauer bleibt.

Verena Krieger
Lebensschützer/innen bei Grünen und Alternativen

Alice Schwarzer
Der § 218 eine Frauenfessel. Wir müssen uns endlich wieder wehren!

Bundesweite
Protest-Veranstaltung gegen den § 218
23. Mai 1987 11-18 Uhr in Frankfurt
Aula der Fachhochschule, Nibelungenplatz 1
(mit Kinderbetreuung)

AIDS — kommt die Rettung?

Zweifellos: Der Umgang mit der Angst ist ein schwierig' Ding. Die einen stellen dann alles bisher Gedachte, Gelebte, Geglaubte in Frage, andere werden trotzig und sagen ,,Jetzt erst recht'', wieder andere sprechen sich Mut zu (,,So schlimm wird's wohl nicht sein'') und noch andere nehmen sich (scheinbar) die Angst, indem sie äußere Ursachen, beispielsweise eine Angstkampagne, dafür verantwortlich machen. Alle diese Reaktionen, und noch einige mehr, hat die Diskussion um den AIDS-Virus bereits hervorgebracht — und das keineswegs erst, seitdem ,,BILD'' und andere so massiv eingestiegen sind. Erinnert sei an die teils heftig umstrittenen Beiträge aus der Schwulen-Szene (Rosa v. Praunheim, Dannecker, Matthias Frings u. a.). Ach — und was haben wir gelacht, als erste Nachrichten über Präventionsmaßnahmen aus solchen Gruppen an die Öffentlichkeit drangen, die die sexuelle Befreiung kollektiv versuchten: die Gummi-Welle bei Baghwan, Außenkontakt-Verbot bei der AAO (Aktionsanalytische Organsiation des Otto Mühl). Die neuesten Vorschläge aus einer solchen Gruppe, der MRI (marxistisch-reichistische Initiative), lassen einem das Lachen allerdings im Halse stecken bleiben, nachdem mittlerweile über Baghwan's Gummi-Wahn ja auch kaum noch jemand schmunzeln würde. Die MRI schlägt folgendes vor: Pflicht zur AIDS-Reihenuntersuchung für die gesamte Bevölkerung (anstatt Diskriminierung sexueller Minderheiten), daran schließende Tätowierung des Ergebnisses an den Körper, denn safer sex sei nicht *safe*. Ein Komitee zur Propagandierung dieser Forderungen, dem ausschließlich Ärzte, Zahnärzte und Apotheker angehören dürfen, ist bereits gegründet. Die MRI selbst reichert das ganze noch um die zweifellos gelungene Parole ,,Schafft zwei, drei, viele AIDS-freie Zonen'' an. Da kann selbst ein Gauweiler nur staunen ... und der Che würde vielleicht für einen ganz kurzen Moment an seiner Vision vom ,,neuen Menschen'' zweifeln.

Neuerdings hat sich auch der AK-Autor F. hinreißen lassen, gegen die ,,schrittweise Kondomisierung von Staat und Gesellschaft'' Stellung zu nehmen, um der allgemeinen Angstkampagne ,,entschieden entgegenzutreten'', so war es jedenfalls im AK 280 zu lesen. Etwas gegen den Strich gebürstet, lese ich aus F.'s Artikeln heraus:

Weil bisher in der BRD ganze 248 Menschen an AIDS gestorben sind, sei es erheblich gefährlicher, über die Straße zu gehen, als Sexualität ohne Gummi zu genießen.

Kirche, Anti-Terror-Kampagnen und ,,Wende-Versuche'' hätten vor allem die Abkehr vom gefährlichen Weg der Gottlosigkeit, Staatsverdrossenheit und sexueller Libertinage zum Ziel.

Süßmuth und Gauweiler wirkten in dieselbe Richtung, da möge sich bitte niemand täuschen lassen.

Die Benutzung des Kondoms sei Präventions- und Sicherheitspolitik durch die Betten der Nation, wenn F. auch ein bißchen Verständnis für die armen, angstgebeutelten Paranoiden signalisiert: ,,Insofern soll hier niemand davon abgehalten werden, sein/ihr Seelenheil in solchen Maßnahmen zu suchen''.

Man müsse nur auf die bereits getesteten Heilmittel der Pharma-Industrie vertrauen, die diesmal bestimmt keine ,,schädlichen Nebenwirkungen'' nach sich zögen. Eine Sauerei sei es hingegen und typischer Ausdruck der ,,Klassenwirklichkeit à la AIDS'', daß man nach Schweden oder Israel reisen müsse, um in den Genuß dieses (vielleicht doch nur Dirigenten heilenden) Mittels zu kommen.

Die konkrete Bekämpfung von AIDS als Maßstab genommen, müßten die AIDS-Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen, sowie therapeutische Einrichtungen großzügig finanziell und medizinisch gefördert werden. (Hierbei bleibt leider offen, ob F. bislang noch nie in eine Broschüre einer AIDS-Selbsthilfegruppe reingeschnuppert hat, oder ob er die ,,Kondomisierung von Staat und Gesellschaft'', vorgetragen durch die AIDS-Selbsthilfegruppen, prinzipiell besser findet als die von Frau Süßmuth).

Doch Spaß beiseite. F. scheint den Präser nicht sonderlich zu mögen. Das ist sein gutes Recht. Zumal er diese Abneigung mit der großen Mehrheit der einen ,,Hälfte des Himmels'' teilt. (Leider habe ich kein statistisches Material zur Hand, um diesen subjektiven Eindruck unangreifbar zu machen). Fraglich scheint mir hingegen, ob wir jetzt jeden Unsinn, der vor Jahren in der Schwulen-Diskussion eben auch geäußert wurde, noch einmal ,,à la Hetero'' wiederholen sollten. Zumindest über ,,heiße Kondom-Liebhaber/innen'' lächelt dort niemand mehr. Es ist m. E. auch kein Zufall, daß F. im Gespräch mit den im letzten AK vorgestellten Experten immer dann auf Granit beißt und auf höflich formulierte Ablehnung stößt, wenn er seine speziellen Thesen vorträgt. (,,Aber man kann deswegen nicht die ganze Kampagne der Frau Süßmuth verurteilen'', Frank Rühmann als ein Beispiel von vielen).

Überhaupt war wohl die Verharmlosung noch nie ein sonderlich taugliches Instrument im Kampf gegen Angstkampagnen oder auf vielerlei Unsicherheiten fußende Hochrechnungen. Der Umgang mit der Angst ist tatsächlich schwierig ...

marny, Stuttgart



Westeuropa: Unfähig zur Abrüstung

Als ,,verrückte Idee'' denunzierte ,,FAZ''-Kommentator Günther Gillessen jene ,,Null-Lösung'', die von der NATO einstmals selbst kreiert und propagiert wurde. Eine ,,Null-Lösung'', die in Wahrheit niemals eine war, indes als geeignet erschien, die Stationierung neuer Atomwaffen als reaktiv zu bemänteln. Folgerichtig wurde sie von der UdSSR und der Friedensbewegung für provokativ und unzumutbar befunden und abgelehnt. Denn auf Seiten des Westens hätte sie die Nuklearstreitkräfte Frankreichs und Großbritanniens wie die dem NATO-Oberbefehl unterstellten seegestützten Atomwaffen unberücksichtigt gelassen. Bis Mitte der 90er Jahre dürfte allein dieses Arsenal auf nahezu 2.000 Sprengköpfe eurostrategischer Qualität angewachsen sein (,,eurostrategisch'' werden solche Trägersysteme/Sprengköpfe bezeichnet, die Ziele in der UdSSR — und nicht nur in deren Vorfeldstaaten — angreifen können). Von den sogenannten Forward Based Systems — nuklearfähige Bomber, die auf Flugzeugträgern im Mittelmeer und Nordatlantik wie auf Stützpunkten in Westeuropa (England) stationiert sind — ganz zu schweigen.

Jetzt, wo die UdSSR sich auf die ,,Null-Logik'' scheinbar einläßt, will man in Bonn und Washington von derselben nichts mehr wissen. Mit den ständigen ,,Null-Lösungen'' müsse Schluß sein, ist allenthalben zu vernehmen. Es dürfe nicht zu einer Ausdehnung der ,,Null-Lösung'' bei den Mittelstreckenwaffen großer Reichweite (über 1.000 km) auf andere Nuklearwaffenkategorien kommen etc. Die NATO sieht sich genötigt, die Katze aus dem Sack zu lassen, den Offenbarungseid in Sachen ,,Nach''rüstung zu leisten.

Dabei kristallisiert sich zusehends eine spezifisch westeuropäische Sicherheitslogik heraus, die Abrüstung nicht minder blockiert wie das Überlegenheitsstreben der USA. Für die BRD war und ist die ,,Nach''rüstung, die Stationierung landgestützter Atomwaffen, die von deutschem Boden aus die UdSSR erreichen und somit strategisch bedrohen können, die letzte Möglichkeit unterhalb der Schwelle zum Aufbau einer nationalen Nuklearstreitmacht. In militärpolitischen Kreisen wurde die ,,Nach''rüstung gemeinhin als allianzimmanente Alternative zum ,,französischen Weg'' betrachtet, der für die BRD nicht so ohne weiteres begehbar ist. Der ,,Doppelbeschluß'' galt als Modell für die Beilegung NATO-interner Konflikte in Sachen Nuklearstrategie und US-Nukleargarantie. Um so schmerzhafter für die BRD, daß die USA nun scheinbar dazu bereit sind, die ,,Nach''rüstung zur Disposition zu stellen.

Während die Nuklearstreitkräfte Frankreichs und Großbritanniens untangiert bleiben, würde die BRD durch eine ,,Null-Lösung'' ihrer — allerdings unter US-Kontrolle stehender — eurostrategischen Option beraubt. Zu keinem Zeitpunkt wurde die ,,Nach''rüstung als Gegengewicht zur sowjetischen SS-20-Rüstung begriffen. Vielmehr lautete die Funktion der neuen Waffen, die Ankoppelung der BRD an das nuklearstrategische Arsenal der USA zu rekonstruieren, um so den großen Bruder wieder besser in die Pflicht nehmen zu können. Pershing-II und Cruise Missile sollten die BRD wieder so dicht unter den amerikanischen ,,Nuklearschirm'' ziehen, wie dies seit den 50er Jahren nicht mehr der Fall gewesen war. Denn die Ankoppelung der BRD an das nuklearstrategische Arsenal der USA war nur so lange glaubwürdig, wie diese über die Fähigkeit verfügten, einen strategischen Nuklearkrieg gegen die UdSSR zu führen,ohne gegen das eigene Territorium gerichtete Vergeltungsschläge fürchten zu müssen. Mit der Herausbildung einer gesicherten sowjetischen Zweitschlagsfähigkeit geriet die amerikanische Nukleargarantie notwendigerweise in eine Glaubwürdigkeitskrise. In Anbetracht der Tatsache, daß ein nuklearstrategischer Angriff auf die UdSSR wohl unweigerlich eine sowjetische Vergeltung gegen US-Territorium provozieren würde, und die USA kaum dazu in der Lage sein dürften, der UdSSR eine derartige Vergeltungsoption streitig zu machen, erscheint der Einsatz der amerikanischen nuklearstrategischen Streitmacht zwecks Wahrung von BRD-Interessen als nicht sonderlich glaubwürdig. Jedenfalls so lange nicht, wie BRD-Interessen von denen der USA separierbar sind. Warum sollten die USA die Vernichtung Washingtons riskieren, wenn es — jedenfalls zunächst bei Kriegseröffnung — nur um Bonn geht und sich die Auseinandersetzung räumlich wie von der Wahl der Mittel her begrenzen läßt? Die Androhung eines strategischen Nuklearwaffeneinsatzes durch die USA ist nur unter der Voraussetzung glaubwürdig, daß zuvor ein Angriff seitens der UdSSR erfolgt ist oder aber die USA ihre Interessen anderweitig existentiell bedroht sehen. Offensiv gewendet besteht das Dilemma der BRD darin, daß sie sich nicht ohne weiteres des nuklearstrategischen Arsenals der USA als Druckmittel gegenüber der UdSSR versichern kann, um so ihre Abschreckungsfähigkeit zu potenzieren. Gesetzt den Fall, die USA wären dazu bereit, ihr gesamtes Nuklearwaffenarsenal auch dann einzusetzen, wenn es primär bis ausschließlich um BRD-eigene Interessen ginge, so würde dies Bonn in die Lage versetzen, von Moskau Zugeständnisse zu erpressen, ohne deshalb einen Waffengang praktizieren zu müssen. Denn es entspricht einer spezifisch bundesrepublikanischen Abschreckungsinterpretation, daß man zwar gegenüber dem östlichen Kontrahenten Druck auszuüben gedenkt, andererseits jedoch davor zurückschreckt, den Worten notfalls auch Taten folgen zu lassen, ergo den Krieg zu führen. Denn jeder Krieg in Europa — gleich ob konventionell oder nuklear ausgefochten — würde binnen weniger Tage die weitgehende Zerstörung des Frontstaates BRD zum Ergebnis haben.



Pershing 1 A

Aus BRD-Sicht verfolgte die ,,Nach''rüstung den Zweck, die ,,Risikoteilung'' zwischen USA und BRD zugunsten einer ,,Risikogemeinschaft'' aufzuheben. Da ein freiwilliger nuklearstrategischer Beistand der USA — aufgrund der amerikanischen Verwundbarkeit gegenüber sowjetischen Vergeltungsschlägen — nicht in Aussicht steht, mußte ein Zustand ,,negativer Verkoppelung'' (oder: Ankoppelung der USA wider deren Willen) konstruiert werden. Das mit der ,,Nach''rüstung verbundene Kalkül lautete, durch Verlagerung des ,,nuklearen Ersteinsatzes'' in das sowjetische Hinterland des Warschauer Paktes eine Situation heraufzubeschwören, wo die sowjetische Antwort nicht nur Westeuropa, sondern auch den USA gelten müßte. Aus der Perspektive der UdSSR ist ein Angriff mit in Westeuropa stationierten NATO-Waffen gegen ihr Territorium nicht minder ,,strategisch'', als wenn diese Waffen von US-Boden aus starten würden. Denn letztlich entscheidend ist, wo ihre Sprengköpfe einschlagen. Die UdSSR sollte mit einem derart modifizierten ,,nuklearen Ersteinsatz'', der die Stufe des Nuklearwaffengebrauchs auf dem unmittelbaren Gefechtsfeld überspringt, um sofort ein strategisches Niveau zu erklimmen, vor die Wahl gestellt werden, die selektive Attacke der NATO gänzlich unbeantwortet zu lassen oder aber den Abgrund in den allgemeinen Nuklearkrieg — und somit der gegenseitigen Vernichtung — hinabzusteigen. NATO und BRD gehen diesbezüglich davon aus, daß sich die UdSSR in einer so gestalteten Situation für das ,,kleinere Übel'' — d.h. Kriegsbeendigung zu einem Zeitpunkt, der für die NATO günstig ausfällt — entscheiden würde.

Mit Sorge betrachten nun Wörner und seine Militärs, daß auf dem Weg ,,isolierter Null-Lösungen'' eine Stufe nach der anderen aus der NATO-Eskalationsstrategie herausgebrochen werden könnte. Im Falle einer zweiten ,,Null-Lösung'' (bei den Waffen mit einer Reichweite von 500 bis 1.000 km) könnten am Ende in der BRD nur solche Nuklearwaffen übrig bleiben, deren Einsatz BRD-Territorium zerstören und den USA eine regionalisierte, vom nuklearstrategischen Arsenal abgekoppelte Kriegsführung erlauben würde (tatsächlich verblieben noch genügend andere Mittelstreckenwaffen größerer und mittlerer Reichweite in Westeuropa; der Vorteil von Pershing-II und Cruise Missile besteht jedoch darin, daß sie in der BRD stationiert sind und aus einer auf die BRD und die östlichen Frontstaaten begrenzten Auseinandersetzung kaum herauszuhalten wären, was bedeutet: auch eine konventionelle und räumlich begrenzte Kriegsführung ist mit dem Risiko der nuklearstrategischen Eskalation belastet). Die nukleare Kriegsführung bliebe auf die BRD und DDR/CSSR reduziert, wäre somit weniger eskalationsträchtig. Zwischen dem Einsatz von Nuklearwaffen auf dem unmittelbaren Gefechtsfeld und der nuklearstrategischen Kriegsführung würde eine Schneise entstehen. Die NATO-,,Nach''rüstung sollte dies verhindern helfen. Sie sollte konventionelle Kriegsführung und nuklearstrategische Kriegsdrohung direkt miteinander verkoppeln. Die BRD hat diese ,,Schneisensituation'' stets bekämpft, barg sie doch die Gefahr in sich, daß sich USA und UdSSR im Falle des ,,Versagens der Abschreckung'' auf eine regionale — die Territorien beider Blockführungsmächte aussparende — Kriegsführung einigen könnten. Aber läßt sich die UdSSR mit der Aussicht auf nukleare Vernichtung der BRD bei Untangiertheit sowjetischen Territoriums durch Bonn offensiv abschrecken? Wohl kaum! Die Abschreckungsfähigkeit der BRD (nicht die der USA) würde im Falle von ,,Null-Lösungen'' bei den Waffen mit Reichweiten von über 500 bzw. über 1.000 km hinsichtlich ihrer Instrumentalisierbarkeit Schaden nehmen. Der BRD würde noch in anderer Hinsicht eine nukleare Abkoppelung drohen: Da ja der Kontrahent ebenfalls nur noch über Nuklearwaffen kurzer Reichweite für den europäischen Kriegsschauplatz verfügt, würde sich die gegnerische nukleare Drohung auf die BRD reduzieren. Ergo gäbe es für Großbritannien, Frankreich und die USA keinen Anlaß, sich in strategischer Weise (mittels des Einsatzes von Waffen gegen SU-Territorium) für BRD-Belange nuklear zu engagieren.

Aus der oben skizzierten BRD-eigenen Abschreckungslogik (Erpressung ja, Krieg nein) resultiert, daß die BRD eine Bewaffnungsstruktur in Europa verhindern muß, die es der UdSSR erlaubt, in der begrenzten Kriegsführung eine Alternative zum ,,Wohlverhalten'' und zur Kapitulation zu erblicken. Da die USA keine Lust darauf verspüren, durch die BRD in eine große Konfrontation mit der UdSSR hineingezogen zu werden, läßt sich diesbezüglich eine partielle Interessensidentität zwischen Moskau und Washington konstatieren. Im Falle einer vollständigen Denuklearisierung des europäischen Kriegsschauplatzes könnte das sich Einlassen auf eine begrenzte Kriegsführung aus der Sicht der UdSSR als Alternative zum Nachgeben erscheinen. Man kann sich dies wie folgt vorstellen: Die BRD kommuniziert der UdSSR, daß es Krieg geben würde, wenn sie sich nicht in einer bestimmten Weise verhielte (diese Drohung — wie den Willen, bei Nichtbefolgung des eigenen Kalküls durch den Kontrahenten Krieg zu führen — ist ja Kernstück jeder offensiven Abschreckungsdoktrin). Doch die UdSSR antwortet nur ,,macht doch'', da sie zu der Erkenntnis gelangt, daß eine konventionelle Kriegsführung zwar die BRD wie DDR und CSSR binnen weniger Tage verheeren würde, nicht jedoch im selben Ausmaße die UdSSR. Die BRD-Abschreckungsdrohung würde sich als unglaubwürdig und nicht handhabbar erweisen, da es keinen Sinn macht, dem Kontrahenten mit Krieg zu drohen, wenn dieser das eigene Territorium im ungleich größeren Ausmaß zerstören würde. Vor diesem Hintergrund kommt für die BRD die totale ,,Null-Lösung'' nur unter der Voraussetzung in Betracht, daß die UdSSR zuvor auf zwei Drittel ihrer Panzer und drei Viertel ihrer Geschütze verzichtet (Gillessen in der ,,FAZ'' vom 1.4.1987). Die UdSSR darf nicht die geringste Chance besitzen, im Falle eine konventionellen Waffenganges BRD-Territorium zu betreten. Umgekehrt muß diese Möglichkeit jedoch für die NATO bestehen, auf daß ihre Abschreckungsdrohung glaubwürdig und offensiv instrumentalisierbar bleibt. Wenn denn durch Abrüstung eine Situation entsteht, in der der Krieg wieder als führbar erscheint, dann muß ein klares Übergewicht zugunsten der NATO gegeben sein, die ihr im Falle des Falles eine erfolgreiche (den Schaden für das eigene Territorium begrenzende) Kriegsführung gestattet. Die diesbezügliche Logik von Bundeswehr-Offizieren ist bestechend: Bei Einführung einer nuklearen ,,Null-Lösung'' müsse asymmetrisch konventionell abgerüstet werden. Denn der Angreifer ist in jedem Fall der Warschauer Pakt. Dieser könnte seine Angriffskräfte an einer bestimmten Stelle der Front konzentrieren, um so einen partiellen Durchbruch, einen Vorstoß auf westliches Territorium zu erreichen. Bei symmetrischer konventioneller Abrüstung wäre die NATO-,,Vorneverteidigung'' indes derart ausgedünnt, daß sie dieser punktuellen Konzentration nicht standhalten könnte. Ergo muß die NATO an jedem Abschnitt der Front so viel konventionelle Kräfte stationiert halten, daß sie allerorts eine gegnerische Truppenkonzentration neutralisieren kann. Wie sich unschwer berechnen läßt, ist diese Fähigkeit natürlich nur dann gegeben, wenn man bei den konventionellen Streitkräften deutlichst überlegen ist. Begründet wird dieser Anspruch auf Überlegenheit stets mit der besonderen Verletzlichkeit der BRD, die bereits durch eine räumlich begrenzte Aggression ,,im Mark'' getroffen werden könnte. Da das DDR-Territorium noch um einiges ,,enger'' geschnürt ist, besteht für den anderen deutschen Staat dieses Problem schon lange. Was die BRD befürchtet, ist, daß sie im Falle eines begrenzten Krieges im Verhältnis zum Hauptfeind UdSSR wie zu den westlichen Bündnispartnern einseitig geschwächt werden könnte. Doch solange diese Gefahr besteht, verfügt die BRD nicht über eine glaubwürdige und offensiv instrumentalisierbare Abschreckungsoption.

Wann immer die Gefahr der Entkoppelung von den USA droht, reagiert Westeuropa vermittels verstärkter eigenständiger Aufrüstung. Als die USA seinerzeit den Übergang von der ,,massiven Vergeltung'' zur ,,flexiblen Reaktion'' vollzogen, begab sich Frankreich an den Aufbau einer eigenständigen Nuklearstreitmacht. Der ,,Force de Frappe'' fiel die Funktion des ,,Auslösungsfaktors'' zu, der die USA — notfalls auch wider deren Willen — im Bedarfsfall zum nuklearen Engagement zwingen sollte. Mittels dieses Mechanismus intendierte Frankreich die Anhebung der eigenen Abschreckungsdrohung auf ein Niveau, zu dem Paris auf sich allein gestellt niemals in der Lage sein wird. Auf SDI reagierte die französische Regierung mit der Ankündigung, die eigenen Nuklearstreitkräfte quantitativ auszubauen sowie deren Eindringfähigkeit zu verbessern. Befürchtet wurde, daß im Zuge eines amerikanisch-sowjetischen Rüstungswettlaufes im Bereich von Anti-Raketen-Systemen es zu einer partiellen Neutralisierung der kleineren Nuklearstreitkräfte kommen könnte. Nun haben London und Paris vor dem Hintergrund der ,,Null-Lösungs''-Debatte bekanntgegeben, daß sie einen gemeinsamen nuklear bestückten Marschflugkörper produzieren werden. Und auch die bundesrepublikanische Sicherheitslogik bewegt sich keineswegs in Richtung Abrüstung. Das Streben nach eigenen Atomwaffen war dieser Logik schon immer immanent. Die Diskussion um die ,,Null-Lösung'' und damit verbunden um mangelhafte US-Nukleargarantie scheint denjenigen Auftrieb zu geben, die schon immer für eine westeuropäische Nuklearstreitmacht mit bundesrepublikanischer Beteiligung oder aber gar eine deutsche ,Force de Frappe'' einstanden. Die an die Adresse der USA gerichtete Botschaft ist unmißverständlich: Stellt ihr die nukleare Infrastruktur in Westeuropa zur Disposition, so wird uns nichts anderes übrigbleiben, als den französischen Weg zu beschreiten. Daß die USA hieran kein Interesse haben können, sondern eher um eine nukleare Satisfaktion der Westeuropäer bemüht sein müssen, ist ein Grund dafür, daß die ,,Null-Lösung'' nicht zustande kommen wird.

dsm



IG Metall und Gesamtmetall demonstrieren: Sozialpartnerschaft funktioniert

Es ist also noch einmal alles gut gegangen. Der Konflikt um die 35-Stundenwoche hat ein Ende gefunden, das fast alle Seiten halbwegs zufrieden aufatmen läßt. *„Dicht vor dem vielleicht größten und unkalkulierbarsten Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik''* (Franz Steinkühler) haben die Tarifpartner im Spitzengespräch eine Einigung gefunden. Ab 1989 gilt in der Metallindustrie die 37-Stundenwoche, die Löhne der Beschäftigten wurden zum erstenmal kalkulierbar für drei Jahre im voraus festgelegt. Daß niemand rundum zufrieden ist, liegt in der Natur von Kompromissen.

Die Kapitalisten und die Bundesregierung loben die Vermeidung eines Streiks und führen diese auf ihren geänderten § 116 zurück. Sie loben die Berechenbarkeit einer auf drei Jahre festgelegten Tarifpolitik und die damit einhergehende voraussichtliche Ruhe an der Tariffront. Und sie sind zufrieden mit der sukzessiven Verankerung und Verwirklichung von Arbeitszeitflexibilisierung, den Differenzierungsmöglichkeiten, der Entkoppelung von Arbeitszeit und Maschinenlaufzeit, der wiederum erfolgten Stärkung der Rolle von Betriebsräten bei der Aushandelung betrieblicher Umsetzung der Arbeitszeiten sowie der Schwächung gewerkschaftlichen Kollektiveinflusses auf solche Regelungen.

Die IG Metall kann mit einiger Berechtigung darauf verweisen,daß in einem Arbeitskampf kaum mehr herauszuholen gewesen wäre, als über den Verhandlungsweg, setzt man einmal Gewerkschaften voraus, nicht wie sie sein könnten, sondern wie sie sind. Die IG Metall betont die gesellschaftspolitische Bedeutung der Unterschreitung der 40-Stundenwoche, die jetzt nicht nur als Ergebnis einer Durchschnittsarbeitszeit herausgekommen ist wie 1984 (38,5 Stunden innerhalb des Rahmens von 37 bis 40 Stunden), sondern ab 1989 auch innerhalb des Rahmens: 37-Stundenwoche als Durchschnitt einer Spanne von 36,5 - 39 Stunden. Damit ist die 39-Stundenwoche verankert, auch wenn trotz allem die Flexibilisie-

ist die 39-Stundenwoche verankert, auch wenn trotz allem die Flexibilisie-
rung mehr als die 40-Stundenwoche zuläßt. Nachdem bereits 1984 das „Unternehmer-Tabu'' der magischen 40 als gefallen erklärt wurde, ist es 1987 jetzt *„endgültig gefallen''* (Metall-Extra, 24.4.87). Die IG Metall kann ihren Mitgliedern Zählbares vorweisen: 1,5 Stunden weniger durchschnittliche Wochenarbeitszeit, erstmals — wenn auch mit Verzögerung — die Einbeziehung der Auszubildenden in die Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen, die zunächst zufriedenstellen. Und schließlich die behaupteten 100.000 Arbeitsplätze mehr, die die Verkürzung bringen soll (auch wenn niemand so recht an die Berechnungsgrundlagen dieses angeblichen Erfolges im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit glauben mag).

Das Ende selbstgeweckter Hoffnungen

Die von der IGM mit der Arbeitszeitverkürzung geweckten Erwartungen auf mehr Arbeitsplätze für die Arbeitslosen, mehr Freizeit und mehr Lebensqualität werden sich mit dem jetzt eingeschlagenen Kompromißweg nicht erfüllen. Ebensowenig wie der von linken Wissenschaftlern flankierend zur Flexibilisierung in die Diskussion eingebrachte Begriff von größerer Zeitsouveränität in aller Regel der betrieblichen Realität entsprechen dürfte. Im einzelnen bedeutet der Bad Homburger Kompromiß:

Die Einführung der 35-Stundenwoche ist voraussichtlich bis Mitte 90er Jahre verschoben. Seit Erstverhandlung dieser Forderung 1984 dürften damit gut zehn Jahre vergangen sein, bis sie realisiert ist. Damit verringert sich allerdings auch die publikumswirksam vorgetragene Beschäftigungwirkung der Verkürzung, dies um so mehr, als ihre Umsetzung in Kleinstschritte zerlegt worden ist. Je kleiner die Schritte und je größer die Realisierungszeiträume, desto geringer allerdings auch der Beschäftigungseffekt von Arbeitszeitverkürzung, da soSpielraum für betriebliche Anpassungen und Rationalisierung geschaffen wird. Daran können auch die immer wieder veröffentlichten Zahlen von 150.000 geschaffenen Arbeitsplätzen des letzten Abschlusses und 100.000 des aktuellen nichts ändern. Die vorgelegten „Beweise'' hierfür sind bislang so spekulativ wie die Gegenbehauptungen der Kapitalisten, die neugeschaffene Arbeitsplätze auf die zeitweise verbesserte konjunkturelle Lage zurückführen, sie sind nicht wissenschaftlich fundiert.

Mit den erweiterten Flexibilisierungsmöglichkeiten, insbesondere der Ausdehnung des Freizeitausgleichszeitraums auf sechs Monate und der Öffnung für mehr Samstagsarbeit wird zusätzlich die potentielle Beschäftigungswirkung gemindert, bis hin zur saisonalen Verteilung der Arbeitszeit, das heißt der in das Unternehmenskalkül gelegten Möglichkeit, Mehrarbeit in auftragsstarke Zeiten und Zeitausgleich in flaue Zeiten zu verlegen. Statt daß also neue Leute für weniger Arbeitszeit eingestellt werden, wird versucht werden, die bestehenden Kapazitäten durch Anpassung an die Schwankungen effektiver im Sinne der Unternehmen einzusetzen. Die gewerkschaftliche Diskussion zur Verhinderung solcher Art Flexibilisierung in den letzten Monaten war insoweit für die Katz, als konsequente Gewerkschafter Gegenwehr nur innerhalb des Weiterungsrahmens des neuen Tarifvertrages organisieren können. Das bedeutet, daß sie die Flexibilisierung nicht verhindern, sondern nur ihre vereinbarte Ausdehnung begrenzen können. Der Vorteil nomineller Arbeitszeitverkürzung und möglicher Freizeitblöcke wurde damit durch intensivere Nutzung der Arbeitskraft in 37 Stunden erkauft. Gegen alle eigene Propaganda der IGM ist damit klar, daß diese Verkürzung durch die zusätzlichen Belastungen die versprochene Lebensqualität, mehr Gesundheitsschutz etc. nicht bringen wird, stattdessen wurde einer stärkeren Vernutzung der Arbeitskraft in kürzerer Zeit das Tor weit geöffnet. Wobei das Fatale ist, daß sich dies natürlich nicht messen läßt, da die Wirkungen solcherart intensiverer Tätigkeit für den einzelnen nicht meßbar sind. Noch weniger hat der Abschluß mit größerer Zeitsouveränität der Beschäftigten zu tun, da immanenter Bestandteil des Tarifvertrages die Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebsnutzungszeit ist. Das bedeutet, daß erstrangig die Laufzeit der Maschinen und ihre optimale Auslastung den Freizeitausgleich bestimmen.

Schließlich hat sich die IGM mit der Vorabfestlegung auf drei Jahre abgestufte Lohnerhöhungen soweit festgelegt, daß ihr tarifpolitisch bei einer anderen, als der derzeit optimistisch vorgetragenen Sicht der Preisentwicklung die Hände gebunden sind.

Sieg der Sozialpartnerschaft

Dieser „Sieg der Vernunft'' des „Erfolgsduos Steinkühler/Stumpfe'' — so das DGB-Organ „Welt der Arbeit'' voll Stolz — ist vor allem eine Blamage für all jene in der politischen Linken, die nach dem Regierungswechsel von Schmidt auf Kohl den Überlebenskampf für die Gewerkschaften zur wichtigsten Aufgabe und Existenzfrage der Linken erklärten und der gewerkschaftlichen Propaganda von der 35-Stundenwoche als Jahrhundertkampf auf den Leim gekrochen sind. Es grenzt schon an Altersstarrsinn, wenn die DKP — die wichtigste dieser Strömungen in der organisierten Gewerkschaftslinken, aber längst nicht die einzige — ihre Einschätzung des Spitzenabschlusses bei Metall namens des Parteivorstands nicht nur mit „Der Kampf geht weiter!'' überschreiben, sondern mit der Aufforderung verbinden, den 1. Mai zum großen Kampftag für die 35-Stundenwoche zu verbinden („jetzt erst recht''), ohne allerdings dies gewerkschaftsoppositionell aufzufassen.

In der Realität haben sich die Gewerkschaften in dieser Auseinandersetzung als fähig zu neuer sozialer Partnerschaft erwiesen und der Partner als fähig zum Kompromiß mit diesen Gewerkschaften. Der Regierungswechsel war also nicht das Ende der für die BRD konstitutiven Sozialpartnerschaft von Geben und Nehmen, sondern unter veränderten Kräfteverhältnissen ist diese neu gestaltet worden. Dies war das Verdienst der IG Metall, die mit der Forderung nach der 35-Stundenwoche ein gesellschaftlich relevantes tarifpolitisches Ziel schuf und sich im 1984er-Streik und der Auseinandersetzung um den § 116 Respekt verschaffte. Die aber auch unter Beweis stellte, daß sie bei aller Radikalität im Auftreten die Grenzen des für das Staatswohl Verantwortbaren erkennt.

Dafür gibt es Lob, dafür gibt's vom Kompagnon des Tarifpartners Kapital, dem Kabinett, auch Versöhnliches: Eine Regierungsvereinbarung die verspricht, bis auf weiteres die parallel zur Branchenentwicklung im Abstieg befindliche Montanmitbestimmung nicht anzutasten (Regierungsvereinbarung zwischen CDU und FDP). Also alles wie gehabt? So natürlich nicht. Die Gewerkschaften sind nach dem Regierungswechsel geschwächt, sie sind in sich stärker polarisiert und sie agieren unter der ständigen Drohung einer Entfunktionalisierung ihrer tarifpolitischen Aufgaben. Wer von bundesdeutschen Gewerkschaften unter sozialdemokratischer Hegemonie nicht einfach erwartet, daß sie im Angesicht eines geänderten § 116 auf Radikalisierung und veränderte Kampfformen setzen, wird die Wirkung dieses Gesetzes als Streikhemmnis verstehen. Hier war die Bundesregierung erfolgreich. Und als die IG Druck über Betriebsbesetzungen laut nachdachte und die IG Metall im Rahmen ihrer „Beweglichkeit'' über Warnstreiks mobilisierte, die Gegenseite in den meisten Fällen mit Klagen dagegen in der ersten Instanz vor den Arbeitsgerichten abschiffte, da waren sie erneut zu hören, die Drohungen mit einem Verbände- oder Streikgesetz. *„Niemand denkt in der Bundesrepublik an ein Streikgesetz''*, schrieb die FAZ, um dann in mehreren Beiträgen darüber nachdenken zu lassen. Unterhalb dieser gesetzlichen Reglementierung offerierten die Metallkapitalisten ein freiwilliges Abkommen „Frieden auf Zeit'' (Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner in der FAZ vom 19.4.87) der Tarifpartner, in dem diese mehrere Schlichtungsinstanzen inklusive einer zu schaffenden Bundesschlichtungsstelle vorschlagen. Für die Dauer eines solchen Verfahrens soll jeglicher Arbeitskampf ausgeschlossen sein. Um dem Partner ein solches Abkommen schmackhaft zu machen,



wird versprochen, daß damit der Erlaß *„eines Verbandgesetzes oder eines Arbeitskampfgesetzes auf absehbare Zeit faktisch ausgeschlossen''* wäre.

Dies alles dürfte die Kompromißbereitschaft der IG Metall befördert haben. Auf der anderen Seite wurde diese mit mehr als Nichts honoriert, nicht aus Uneigennützigkeit, sondern weil man ökonomisch den Streik nicht brauchen konnte und mit der Flexibilisierung einen Weg gefunden hat, trotz der Arbeitszeitverkürzungen den gewünschten Modernisierungsprozeß zu forcieren. Das Tauschgeschäft der Tarifpartner funktioniert also auch unter veränderten Bedingungen noch. Versöhnlichkeit gegenüber den Gewerkschaften dürfte zudem durch die aktuelle Krisenlage gerade in den montanmitbestimmten Industrien von Stahl und Bergbau befördert worden sein. Bei den dort vorgesehenen „Anpassungen'' wird man kooperationsbereite Gewerkschaften gebrauchen können. Die Zeichen dafür stehen gut. Das laute und heftige Klagen der betroffenen Gewerkschaften über Soforthilfen für Stahl und Kohle sowie das übliche Ritual mit dem die Protestaktionen der Betroffenen von den Gewerkschaften als besonders kämpferisch demonstriert werden, darf ja nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade in diesen Branchen Gewerkschaftsvertreter in den montanmitbestimmten Aufsichtsräten sitzen und seit Jahren wußten, was die Stunde für die Beschäftigten geschlagen hat. Und das waren immerhin allerhöchste Gewerkschaftsfunktionäre, die jetzt vorgeben, von der Entwicklung überrascht worden zu sein.

Die Ruhe an der Tariffront ermöglicht also leichter die Regelung auch solcher Probleme. Derzeit ist zwischen den Sozialpartnern damit wieder alles im Lot, für zunächst drei Jahre.

hr.

Das wurde vereinbart

a) Verkürzung der Arbeitszeit
Der Tarifkompromiß von Bad Homburg zwischen IG Metall und Gesamtmetall setzt im einzelnen die folgenden Eckdaten:
1. Die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit ohne Pausen beträgt ab 1. April 1988 37,5 Stunden.
2. Die Arbeitszeit wird ab 1. April 1989 noch einmal um eine halbe Stunde auf 37 Stunden gesenkt (Laufzeit bis 31. März 1990).

b) Erhöhung der Löhne/Ausbildungsvergütungen
1. Erhöhung ab 1.4.87 um 3,7%.
2. Erhöhung ab 1.4.88 um 2% sowie Lohnausgleich für eine Stunde Arbeitszeitverkürzung von 2,7%.
3. Erhöhung ab 1.4.89 um 2,5% plus Lohnausgleich für eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung um 1,4%.

c) Arbeitszeit für Auszubildende
1. Die Wochenarbeitszeit beträgt ab 1.4.88 38,5 Stunden.
2. Wird ab 1.4.1990 eine neue Wochenarbeitszeit vereinbart, gilt diese auch für Auszubildende.
(Hintergrund dieser Vereinbarung ist, daß die Auszubildenden in die erste Stufe der Arbeitszeitverkürzung ab 1985 nicht einbezogen waren, frühestens also erst 1991 die gleiche Arbeitszeit haben werden wie die übrigen Metaller).

d) Differenzierung der Arbeitszeit
Die Spanne der Arbeitszeitdifferenzierung einzelner oder von Berufsgruppen beträgt ab 1988 zwischen 37 und 39,5 Stunden und ab 1989 zwischen 36,5 und 39 Stunden in der Woche.
(1984 wurde eine Spanne zwischen 37 und 40 Wochenstunden vereinbart, sie ist also von 3 auf 2,5 Stunden verringert worden, was von der IGM als geringe Einschränkung dieser unterschiedlichen Behandlung einzelner Beschäftigter gewertet wird.)

e) Zeitausgleich
1. Bei ungleichmäßiger Verteilung der Wochenarbeitszeit muß die vereinbarte regelmäßige Wochenarbeitszeit im Durchschnitt von 6 Monaten erreicht werden.
(Bislang betrug der Ausgleichszeitraum 2 Monate. Gesamtmetall feiert dies als bedeutendsten Flexibilisierungserfolg und Durchbruch für mögliche „Saisonarbeit''.)
2. Der Zeitausgleich kann in unterschiedlichen Formen erfolgen (etwa als tägliche Arbeitszeitverkürzung), wird er zu freien Tagen gebündelt, so darf er höchstens in Form 5 freier Tage zusammengefaßt werden.
(Damit ist der saisonalen Anwendung insoweit eine Grenze gesetzt worden, als es die Vorstellung der Unternehmer war, einen ganzen freien Monat anzubieten, wenn in der übrigen Zeit die Wochenarbeitszeit entsprechend hochgesetzt werden könnte. Die begrenzte Möglichkeit der Bündelung freier Tage setzt der Tendenz der Erhöhung der Wochenarbeitszeit in auftragsstarken Zeiten damit noch Grenzen.)

In regionalen Tarifverhandlungen müssen diese Eckdaten bis zum 7. Mai zu Tarifverträgen ausgearbeitet werden. Streitpunkt werden dabei die in diesen Eckdaten nicht behandelte Überstundenregelung und die Einbeziehung des Samstags in die Arbeitszeitregelung sein. Ein Datum hat hierfür der in Hessen verabschiedete Tarifvertrag gesetzt. Er sieht die Beibehaltung der Überstundenregelung aus dem Jahre 1984 vor (maximal 10 Überstunden in einer Woche bei maximal 20 Überstunden im gesamten Monat). Als Preis hat die IGM hierfür die Möglichkeit von Samstagsarbeit als Ausnahme in Betriebsvereinbarungen geregelt zugestanden. Zwar verweist die IGM auf ein Vetorecht des Betriebsrats bei solchen Regelungen, denn anders als in sonstigen Streitfällen gibt es in diesem Fall keine „neutrale'' Einigungsstelle, die schlichtet, wenn der Betriebsrat nicht zustimmt. Praxis kann allerdings ein weiteres Auseinanderdriften von gewerkschaftlicher Arbeit in den Betrieben sein. Man kennt die sozialpartnerschaftliche Haltung vieler Betriebsräte, die solche Streitfragen im Einvernehmen mit ihren Unternehmensleitungen regeln. Auch diese Vereinbarung dürfte eine Stärkung der Linie sein, die gezielt auf eine Hebung der Rolle von Betriebsräten zur Schwächung gewerkschaftlicher Schutzfunktionen abzielt.

Die übrige Industrie

In der *Druckindustrie* dürften die Eckdaten den Rahmen für eine in der Schlichtung mögliche Einigung dem Metallabschluß entsprechen. Streitpunkte sind die druckspezifische Form der Flexibilisierung und die Forderung der IG Druck nach der 32,5-Stundenwoche für Dreischicht- und Nachtarbeiter.

Im *Bankgewerbe* fordert die Gewerkschaft HBV die 38-Stundenwoche und 6% mehr Lohn. Demgegenüber wollen die Bankunternehmen die Arbeitszeitverkürzung mit der Verlängerung der täglichen Öffnungszeiten und Samstagsarbeit erkaufen. Eine bemerkenswert treffsichere Kampfform hat die HBV erstmals in einem Warnstreik bei der Dresdner Bank in Frankfurt erprobt. Für fünf Stunden hat sie das zentrale Rechenzentrum des Bankriesen blockiert, an das alle Zweigstellen im Bundesgebiet angeschlossen sind. Auch wenn die Dresdner die Wirkung dieses Warnstreiks bewußt heruntergespielt hat, ist die strategische Bedeutung der zentralen Datenverarbeitung für einen effektiven Streik sichtbar geworden oder wie die HBV ironisch erklärte: man habe erstmals den „Segen'' der neuen Technik kennengelernt.

Tarifpolitisches Neuland hat einmal mehr die IG Chemie in der *Chemieindustrie* betreten. Im engsten Einvernehmen mit deren Vertretern wurde in einem Tarifvertrag die Teilzeitarbeit geregelt. Was einerseits als Fortschritt verkauft wird — der vertraglich geregelte Schutz für Teilzeitbeschäftigte —, wird andererseits zur Folge haben, daß die bereits wirksame Tendenz, Vollzeitarbeitsplätze durch Teilzeitarbeitsplätze zu ersetzen, noch verstärkt wird. Der Vertrag ermöglicht Arbeitszeiten unterhalb der Regelarbeitszeit bis zu einer Untergrenze von vier Arbeitsstunden täglich, läßt aber als Ausnahmerecht nach wie vor die Vereinbarung von Teilzeitarbeit unter 20 Wochenstunden zu, womit in aller Regel diese Beschäftigten unterhalb der Sozialversicherungsgrenze eines Monatsverdienstes von 430 DM gedrückt werden. Gravierender aber ist noch, daß diese Tarifregelung Bestandteil einer Arbeitszeitflexibilisierungspolitik der IG Chemie ist, die erklärtermaßen Arbeitszeitverkürzungen mit umfassender Ausdehnung des Arbeitstages, der Schicht- und Samstagsarbeit erhandeln will, mit dem Ziel einer Jahresarbeitszeit. Bei aller Kritik an dieser Gewerkschaftspolitik darf nicht übersehen werden, daß sie durchaus im Trend der Entwicklung des Metall-Abschlusses liegt, der ja bereits „Saisonarbeit'' in gesteckten Grenzen ermöglicht.

Nachzutragen bleibt noch, daß sich die Gewerkschaft ÖTV in ihrem Lohnabschluß für den *Öffentlichen Dienst* nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat: die vereinbarten 3,4% mehr Lohn liegen noch unter dem Lohnabschluß der IG Metall für dieses Jahr.

18. palästinensische Nationalrat:

PLO schlägt eigenständigen Weg ein

Noch vor einigen Monaten schien nichts schwieriger, als eine neue Einheit der PLO zu schaffen. Nach dem Ende der 18. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates in Algier (20. - 25.4.) steht Jassir Arafat unangefochten wie schon lange nicht mehr an der Spitze der Organisation, in der heute wieder alle wichtigen palästinensischen Widerstandsorganisationen vertreten sind. Insbesondere zwei Dinge hatten den Willen zur Einheit in den zerstrittenen PLO-Fraktionen gestärkt: Der Lagerkrieg im Libanon, den die schiitische Amal, unterstützt von Syrien, gegen die Palästinenser führte, und das Scheitern einer politischen Lösung, die Arafat mit dem jordanischen König versucht hatte. Syrien und Jordanien, die beide auf ihre Weise die PLO hatten ausschalten wollen, haben unfreiwillig zu der neuen Einheit beigetragen. Schließlich hat die unnachgiebige Haltung Israels und der USA auch der allzu kompromißbereiten Politik Arafats Grenzen gesetzt.

Andererseits kam ein altes Projekt wieder auf den Tisch: eine internationale Nahost-Konferenz, ein Vorschlag, den die Sowjetunion seit jeher befürwortete. Nicht zuletzt dem Engagements Moskaus ist es auch zu verdanken, daß die jahrelangen Bemühungen Algeriens, im innerpalästinensischen Konflikt zu vermitteln, schließlich erfolgreich waren.

Die Beschlüsse des 18. Palästinensischen Nationalrates lassen auf Kompromißbereitschaft der linken Organisationen in der PLO schließen; die politische Resolution unterstützt im großen und ganzen den von Arafat eingeschlagenen politischen Weg. Sie betont aber vor allem die Unabhängigkeit der PLO, nach bitteren Erfahrungen mit allen arabischen Regimes, an die die PLO eine engere Anlehnung versucht hatte.

Einigungsbestrebungen

Nach monatelangen Bemühungen, die zerstrittenen Fraktionen der PLO zu einigen, trafen sich im März 87 in Tripolis/Libyen sechs palästinensische Organisationen, um unter der Schirmherrschaft Gaddafis zu diskutieren, zu welchen Bedingungen sie an der nächsten Sitzung des palästinensischen Nationalrates teilnehmen würden. Gaddafi, spätestens seit dem Abzug der PLO aus Beirut erklärter Gegner Arafats, änderte angesichts des Lagerkrieges seine Haltung und nahm eine Vermittlerrolle ein.

aus Beirut erklärter Gegner Arafats, änderte angesichts des Lagerkrieges seine Haltung und nahm eine Vermittlerrolle ein.

Schon diese Versammlung signalisierte das Ende der im März 1985 gegründeten Nationalen Palästinensischen Errettungsfront (1), der die PFLP (Habasch), die PLF (Talaat Jakoub), die PPSF (Ghoshe), die PFLP-Generalkommando (Jibril), die Saika und die Fatah-Dissidenten angehörten. Die drei letzteren, von Syrien politisch abhängig und noch heute strikt gegen jede Verhandlungslösung, nahmen nicht an der Konferenz teil. Hingegen beteiligte sich die DFLP (Hawatmeh) an dem Treffen, die in der Vergangenheit zusammen mit der Palästinensischen Kommunistischen Partei eine mittlere Position zwischen der Arafat-loyalen PLO und der Nationalen Palästinensischen Errettungsfront eingenommen hatte. Aufsehen erregte die Teilnahme der kleinen Gruppe Fatah-Revolutionsrat (Abu Nidal). Die Mitgliederschaft dieser Organisation, bekannt bislang durch Morde und Terroranschläge gegen gemäßigte PLO-Funktionäre und jüdische Einrichtungen in Europa, war nach dem Abzug der PLO aus Beirut angewachsen und hatte im Lagerkrieg gemeinsam mit den übrigen palästinensischen Organisationen gekämpft. Letzteres wird heute von der PLO als Grund für den Dialog mit der Abu-Nidal-Gruppe angegeben, deren Führer immerhin 1974 von der Fatah zum Tode verurteilt wurde.

In der "Plattform des Dialoges" werden von den sechs Organisationen die Bedingungen für eine Teilnahme am Palästinensischen Nationalrat genannt: öffentliche Annullierung des jordanisch-palästinensischen Abkommens von 1985 (2); Beendigung der politischen Beziehungen zu Ägypten; Verstärkung der Allianz mit Syrien; Zurückweisung der UN-Resolutionen 242 und 338 (3); Demokratisierung der PLO unter kollegialer Führung; Recht aller Fraktionen, im Palästinensischen Nationalrat und im Exekutiv-Komitee (4) vertreten zu sein (5).

Die Fatah weigerte sich bis zuletzt - weitgehend erfolgreich -, Zugeständnisse zu machen. Sie wollte die Beziehungen zu Ägypten und zu Jordanien aufrechterhalten, letztere auf der Basis einer künftigen Konföderation zweier souveräner Staaten.

Um die Teilnahme der PFLP (Habasch) am Nationalrat zu gewährleisten, mußte das Exekutiv-Komitee der PLO (6) das jordanisch-palästinensische Amman-Abkommen schließlich aber doch für nichtig erklären — ein Schritt, den König Hussein schon vor mehr als einem Jahr vollzogen hatte. In seiner Begründung machte das Exekutiv-Komitee allerdings kaum Zugeständnisse an die Linken: Die Aufhebung der Abkommens erfolge nicht aus politischen Gründen, sondern weil es praktisch nicht existiere. Trotz dieses Schrittes verfolge das Exekutiv-Komitee weiter seine Anstrengungen im Rahmen seiner konstanten Politik, um eine neue Basis der Zusammenarbeit mit Jordanien und anderen arabischen Ländern zu finden (7). Auch bezüglich der Beziehungen zu Ägypten wurde ein Kompromiß erreicht: sie wurden auf der Basis der Beschlüsse des 16. Palästinensischen Nationalrates definiert, d.h. davon abhängig gemacht, wie weit Ägypten von den Camp David-Abkommen abzurücken bereit sei.

Habasch erklärte zwar, letzteres entspreche nicht ganz seinen Wünschen, erklärte aber schon vor der Sitzung des Nationalrats die Nationale Palästinensische Errettungsfront für gegenstandslos: sie habe keine Existenzberechtigung mehr, da ihr Ziel die Aufhebung des Amman-Abkommens und die Wiedervereinigung der PLO gewesen sei. Der Lagerkrieg und die Einsicht, daß eine zersplitterte PLO von den arabischen Staaten um so leichter ins Abseits gedrängt werden kann, mag ein Grund für die Positionsänderung der PFLP gewesen sein, ein anderer sicher auch die Intervention der Sowjetunion zugunsten der Einheit der PLO unter Führung Arafats.

Die Sowjetunion hatte in der Vergangenheit eher die Position Syriens unterstützt, Arafat praktisch fallengelassen und so zumindest indirekt die Schwächung und Spaltung der PLO durch das syrische Regime begünstigt. Eine sehr kurzsichtige Taktik, denn eine bedeutungslose PLO verringert die sowjetischen Aussichten drastisch, bei einer Nahost-Lösung ein Wort mitzureden. Sie schadet zudem dem Ansehen der Sowjetunion.



Der 16. und 17. Palästinensische Nationalrat

Nach dem Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut im September 1982 fand im Februar des folgenden Jahres der 16. Palästinensische Nationalrat in Algier statt. Damals konnte noch eine gemeinsame Plattform verabschiedet werden, die die tiefgreifenden Widersprüche innerhalb der PLO zu überdecken schien. Die politische Resolution ließ Arafat freie Hand: Der Reagan-Plan (8) wurde nicht formell zurückgewiesen, sondern als "nicht geeignet, eine annehmbare Basis für eine gerechte und dauerhafte Lösung zu bilden" bezeichnet, der Breschnew-Plan wurde unterstützt. Der sowjetische Plan sieht immerhin die gegenseitige Anerkennung zwischen Israel und einem zukünftigen palästinensischen Staat vor. Ägypten wurde aufgefordert, sich von den Camp David-Abkommen zu distanzieren, bevor der Dialog mit der PLO fortgesetzt werden könne. Eine Aufkündigung dieser Abkommen wurde nicht mehr verlangt. Die Kontakte mit allen demokratischen und fortschrittlichen jüdischen Kräften sollten fortgesetzt werden, ohne daß zwischen zionistischen und nicht-zionistischen Kräften unterschieden wurde. Der PLO-Chef erhielt auch grünes Licht für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem jordanischen König Hussein hinsichtlich der Bildung einer jordanisch-palästinensischen Konföderation, allerdings geknüpft an zwei Bedingungen: Die PLO müsse als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes bei Friedensverhandlungen zugelassen werden und das Recht erhalten, sich einen souveränen Staat zu schaffen. Die strategische Allianz mit Syrien sollte ausgebaut und gute Beziehungen zu allen arabischen Staaten sollten entwickelt werden (9).

Der Reagan-Plan hatte eine palästinensische Selbstverwaltung in den besetzten Gebieten in Verbindung mit Jordanien in Aussicht gestellt. Ausgehend hiervon wollte Arafat mit König Hussein verhandeln, der dann die Vorstellungen des PLO-Chefs den Amerikanern nahebringen sollte: Anerkennung des Staates Israel, wenn dieser die Errichtung eines palästinensischen Staates zulasse - in Konföderation mit Jordanien. Im Grunde war diese Initiative Arafats schon am Vorabend des 16. Nationalrates gescheitert. Die USA wollten nicht einmal die Garantie für Resultate übernehmen, falls die PLO die Forderungen der USA erfüllen würde: einseitige und bedingungslose Anerkennung Israels und der UN-Resolution 242.

Der PLO-Chef aber machte trotz der unnachgiebigen Haltung der USA und Israels weitergehende Zugeständnisse: Mit Jordanien handelte er ein Papier aus, das in wenigstens drei Punkten nicht mit der Resolution des 16. Palästinensischen Nationalrates übereinstimmte: es nannte die PLO nicht als Verhandlungspartner; vom Recht des palästinensischen Volkes, vor einer Konföderation mit Jordanien einen eigenen Staat zu gründen, war nicht die Rede; der Reagan-Plan wurde als einziges Projekt genannt, das zu einer Regelung führen könnte. Obwohl Arafat dieses Papier nach Rücksprache mit dem Exekutiv-Komitee nicht unterzeichnete und Hussein deshalb schließlich die Gespräche abbrach, zeigten diese Verhandlungen, wie weit Arafat zu gehen bereit war, und waren der Anstoß für die Meuterei innerhalb der Fatah - mit syrischer Billigung und Unterstützung.

Arafat, der bislang mit seiner Politik immerhin noch diplomatische Erfolge verbucht und nicht zuletzt deshalb die Unterstützung auch der Linken innerhalb der PLO erhalten hatte, ging diesen Weg weiter - auf Kosten der Einheit der PLO. Die Fatah-Dissidenten erhielten zunächst großen Zulauf unter den Fedayin. Sie hatten jedoch keinerlei politische Alternative zum Kurs des PLO-Chefs zu bieten und konnten sich - obwohl sie Arafats Absetzung verlangten - auf keinen Nachfolger einigen. Der Ausbruch der bewaffneten Kämpfe im Libanon zwischen Arafat-loyalen und -oppositionellen Fedayin, die Ausweisung des PLO-Chefs aus Damaskus, das militärische Eingreifen Syriens auf Seiten der Arafat-Gegner, schließlich die Belagerung Arafats in Tripolis stabilisierte die Position Arafats auch unter den Fedayin. Von der Mehrheit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten und in der Diaspora war seine Führungsposition nie in Frage gestellt worden.

Die PFLP (Habasch) und die DPLF (Hawatmeh) unterstützten die Kritikpunkte der Fatah-Dissidenten zunächst weitgehend, insbesondere die Ablehnung von Verhandlungen mit Jordanien und Ägypten sowie die Forderung nach mehr Demokratie in der PLO. Im Laufe des Jahres 1983 gingen sie jedoch immer mehr auf Distanz zu den Dissidenten, die mit den syrienabhängigen Gruppen PFLP-GC und Saika gegen die Arafat-loyalen Fedayin gekämpft hatten. Eine Aussicht, Arafat zum Rücktritt zu zwingen, bestand ohnehin nicht mehr. Die Abgrenzung von den Fatah-Dissidenten kam auch in der Gründung der Demokratischen Allianz (PFLP. DFLP, PLF (Talaat Jakoub), PKP) im Mai 1984 zum Ausdruck, während die Fatah-Opposition zusammen mit der PPSF (Ghoshe), der PFLP-GC (Jibril) und der Saika die Nationale Allianz bildeten.

Die beiden bedeutendsten Organisationen der Opposition, PFLP und DFLP, suchten nun den Ausgleich mit Arafat. Die Annäherung wurde nur kurzfristig durch den Besuch Arafats in Ägypten nach seinem Abzug aus Tripolis unterbrochen. Zwischen April und Juni 1984 fanden in Aden und Algier Verhandlungen zwischen Arafat und der Demokratischen Allianz statt. In einem gemeinsamen Papier machte Arafat diesen Organisationen bedeutende Zugeständnisse: der Besuch Arafats in Kairo wurde verurteilt, ebenso die Verhandlungen mit Jordanien und der Reagan-Plan. Arafat wurde dafür

Fortsetzung nächste Seite

Resolution der PLO zum palästinensisch-jordanischen Aktionsplan

Die PLO und die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien unterzeichneten am 11. Februar 1985 ein Abkommen über gemeinsames Vorgehen. Ziel war die Erreichung der gemeinsamen Interessen des palästinensischen und des jordanischen Volkes in Übereinstimmung mit den Resolutionen des arabischen Gipfeltreffens von Fez (1) zur Sicherung der Durchsetzung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes durch die laufenden arabischen und internationalen Bemühungen.

Das Abkommen basierte auf den Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrats, insbesondere denen der 16. und 17. Sitzung (2), die die besonderen brüderlichen Beziehungen zwischen den zwei Brudervölkern betonten und die zur Schaffung zukünftiger Beziehung auf konföderativer Basis aufriefen, die aufriefen zur Koordinierung der Bemühungen, zu gemeinsamem politischen Vorgehen, zum Kampf gegen die separatistischen Lösungen (3) und für die Niederlage des Projekts eines alternativen homeland (4).

zum Kampf gegen die separatistischen Lösungen (3) und für die Niederlage des Projekts eines alternativen homeland (4).

Während des gemeinsamen Vorgehens entstanden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Seiten über die Interpretation und das Verständnis einiger Texte des Abkommens und ihre Anwendung. Zusätzlich gab es Druck von seiten der USA und anderer Kreise. Das führte dazu, daß Jordanien am 19. Februar 1986 die politische Koordination mit der PLO einstellte und gewisse Maßnahmen ergriff (5), die zur Paralysierung des Abkommens führten und einen Zustand der Stagnation und der offensichtlichen Destabilisierung der Beziehungen bewirkten.

Das Exekutivkomitee der PLO, ausgehend von seiner Pflicht zur Durchführung der Beschlüsse des Nationalrats über die besonderen brüderlichen Beziehungen zwischen dem palästinensischen und dem jordanischen Volk, ist im Licht der praktischen Erfahrungen der Meinung, daß das erwähnte Abkommen zu einem Hindernis für die Entwicklung dieser Beziehungen geworden ist und de facto nicht existent ist, hält das Abkommen für null und nichtig.

Das Exekutivkomitee der PLO will zugleich seine Bemühungen im Rahmen seiner beständigen Politik des Findens einer neuen Arbeitsgrundlage mit Jordanien und den anderen arabischen Staaten fortsetzen, um den gemeinsamen Kampf im Zusammenhang der vereinten arabischen Aktion und der wirkungsvollen arabischen Solidarität zur Befreiung der besetzten palästinensischen und arabischen Gebiete und der Schaffung einer vollständigen arabischen Einheit zu verwirklichen. Es bezieht sich dabei auf den Beschluß des arabischen Gipfeltreffens, in dem einer internationalen Konferenz zugestimmt wird, unter Beteiligung der UdSSR, der USA und der anderen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats und unter Beteiligung der vom Nahostkonflikt betroffenen Parteien, einschließlich der PLO auf gleichberechtigter Basis, im Rahmen der UNO und unter ihrer Schirmherrschaft.

heitsrats und unter Beteiligung der vom Nahostkonflikt betroffenen Parteien, einschließlich der PLO

Anmerkungen

1) 1982.
2) 1983 in Algier und 1984 in Amman; letztere Sitzung wurde von den meisten PLO-Gruppen boykottiert und von der Fatah im Wesentlichen allein getragen.
3) Gemeint ist der Friedensvertrag Ägyptens mit Israel, der als Alleingang verurteilt wurde.
4) Gemeint sind die damals zwischen Israel und Ägypten besprochen Pläne einer sog. Autonomie in den besetzten Gebieten, die praktisch alle Souveränitätsrechte über die palästinensische Bevölkerung bei Israel ließen, eventuell in Form einer gewissen Machtteilung mit Jordanien.
5) Schließung von PLO-Büros, Ausweisung von PLO-Funktionären, praktisch die Verunmöglichung einer politischen Tätigkeit der PLO in Jordanien.

Fortsetzung von vorheriger Seite

wieder als Repräsentant der PLO anerkannt, und eine grundsätzliche Übereinstimmung über die Einberufung des Nationalrates (in Algier) wurde erzielt. Nur einen Monat später erreichte der syrische Staatspräsident Assad, daß Algerien seine Zusage als Gastgeber zurücknahm. Offenbar wurde auch auf die Demokratische Allianz Druck ausgeübt: Bald nach Assads Besuch in Algerien distanzierten sich Habasch und Hawatmeh von der Übereinkunft und weigerten sich, einer Einberufung des Nationalrats zuzustimmen. (10).

Hussein sah seine Chance gekommen. Schon im Sommer 83 begann er heftig die amerikanische Lösung für den Nahen Osten zu kritisieren, nachdem er einige Monate zuvor jeden Kompromiß mit der PLO abgelehnt hatte. Am 1. Oktober erklärte er vor der jordanischen Nationalversammlung: die USA hätten im Nahen Osten jede Glaubwürdigkeit durch die einseitige Unterstützung Israels verloren. Gleichzeitig rief er zu einer internationalen Konferenz auf — ein Vorschlag, den die UNO im Sommer gemacht hatte. Für Hussein freilich sollte die internationale Konferenz nur ein Deckmäntelchen für direkte Verhandlungen mit Israel sein. Arafat setzte weiter auf Verhandlungen mit Jordanien, nicht zuletzt ermutigt durch Ägypten. Kairo hatte immerhin schon während der Belagerung Beiruts 1982 zusammen mit Frankreich einen Vorschlag zur Erweiterung der UN-Resolution 242 auf den Tisch gebracht, der diesen Beschluß für die PLO annehmbar machen sollte. Diese Initiative war jedoch bald im Sande verlaufen. Arafat hingegen hatte durch seinen spektakulären Besuch in Kairo nach der Belagerung Tripolis (Dezember 1983) als erster die Isolation Kairos durchbrochen. Im Januar 1984 durfte Ägypten wieder an der Islamischen Gipfelkonferenz teilnehmen, und Ende September nahm Jordanien wieder diplomatische Beziehungen zu Kairo auf. Fortan bemühten sich Jordanien und Ägypten gemeinsam um den Friedensprozeß. Der ägyptische Außenminister Ghali schlug vor: die Palästinenser sollten König Hussein das Verhandlungsmandat übertragen, und schließlich seien alle Mittel recht, um die palästinensische Autonomie zu erreichen: die Resolution 242, die arabischen Beschlüsse von Fez, der französische-ägyptische Plan und der Vorschlag einer internationalen Konferenz. Arafat berief mit Rückendeckung Jordaniens und Ägyptens vom 22. bis 29. 11. 1984 den 17. Palästinensischen Nationalrat nach Amman ein. Ganz demokratisch wurde dieser Nationalrat für beschlußfähig erklärt, schließlich waren 2/3 der Mitglieder anwesend. Außer der Fatah waren aber nur zwei Widerstandsorganisationen vertreten: die vom Irak abhängige Arabische Befreiungsbewegung (ALF) und eine Abs-plitterung der PLF (Abul Abbas). Außer Syrien, Libanon, Libyen und Südjemen waren alle Staaten mit Delega-

plitterung der PLF (Abul Abbas). Außer Syrien, Libanon, Libyen und Südjemen waren alle Staaten mit Delega-

tionen vertreten. (Algerien, eigentlich ebenfalls zur Front der Standfestigkeit gehörend war, anwesend). Arafat wurde wiedergewählt, die Gründung einer Gegen-PLO blieb aus.

In der Politischen Resolution wurde in einem gesonderten Passus zwar die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes betont, ein breiter Abschnitt war aber dem gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Anstrengungen bei der Rückgewinnung palästinensischen und arabischen Landes und der Verwirklichung des Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung eines unabhängigen nationalen palästinensischen Staates gewidmet. Die Beziehungen zu Ägypten wurden nicht mehr von seiner Abwendung von den Camp David-Abkommen abhängig gemacht. Die Einberufung einer Internationalen Konferenz wurde begrüßt.

Jordanien avancierte zum wichtigsten Partner der PLO, obwohl Hussein in seiner Eröffnungsrede den Nationalrat aufgefordert hatte, die UN-Resolution 242 anzuerkennen.

Der 17.Nationalrat bereitete das jordanisch-palästinensische Abkommen vor, das im Februar 1985 geschlossen wurde. Die Folge war zunächst eine noch tiefere Spaltung der PLO. Aus der Demokratischen Allianz scherten die DFLP und die PKP aus und nahmen eine Mittlerfunktion ein — ein Schritt, der darauf schließen läßt, daß die Sowjetunion keine Spaltung der PLO wünschte. Als Dach der radikalen Anti-Arafat-Opposition wurde unter Führung der PFLP die Nationale Errettungsfront gegründet.

Ein Jahr später nahm Hussein die Ablehnung der Resolution 242 durch die PLO zum Vorwand, die Zusammenarbeit einzustellen, die PLO-Büros zu schließen und führende Funktionäre der Fatah auszuweisen. Die Politik Arafats war wieder einmal in eine Sackgasse geraten.

Aber auch die Organisationen, die sich von einer Zusammenarbeit mit Syrien mehr versprochen hatten, wurden enttäuscht. Seit Mitte 1985 führte die schiitische Amal-Organisation Krieg gegen die palästinensischen Flüchtlingslager, zunächst mit der fadenscheinigen Begründung, gegen die Fatah-Kämpfer, die in den Libanon zurückgekehrt waren, vorgehen zu wollen. Schon in der ersten Runde des Lagerkrieges ließen sich die prosyrischen palästinensischen Organisationen nicht gegen die Fatah ausspielen. Als der Lagerkrieg im Oktober letzten Jahres mit äußerster Härte wieder aufgenommen wurde, kämpften alle Organisationen gemeinsam und legten so die Grundlage für die neue Einheit der PLO.

Dem Nationalrat fern blieben schließlich nur vier weitgehend bedeutungslose Gruppen: Der Fatah-Revolutionsrat (Abu Nidal) und die drei prosyrischen Organisationen Fatah-Dissidenten (Abu Mussa), Saika und PFLP-GC (Jibril).

Abu Nidal und Abul Abbas

Besonderes Aufsehen erregten zwei Personen: Abu Nidal und Abul Abbas (PLF). Man mag staunen, warum zu einem Zeitpunkt, zu dem die PLO einheitlich wie nie zuvor auf die politische Lösung setzt und die Kontakte zu israelischen Kräften stärkt, ausgerechnet Abu Nidal zunächst in Tripolis und dann in Algier auftaucht. Immerhin übernahm seine Gruppe die Verantwortung für die Ermordung des PLO-Vertreters Issam Sartawi im April 1983 (11) und für eine Vielzahl blutiger Anschläge auf jüdische Einrichtungen. Jetzt soll es in Algier sogar zu einem Treffen zwischen Abu Nidal und Abu Jihad (Stellvertreter Arafats und militärischer Chef der PLO) sowie Arafat selbst gekommen sein, was nicht heiße - so die Verlautbarung - daß alle Probleme ausgeräumt seien. Eine offizielle Teilnahme des Fatah-Revolutionsrates schien wohl auch nicht geplant, denn schon im Vorwege hatte Abu Nidal erklärt, er werde an den Vorbereitungsgesprächen teilnehmen, am Palästinensischen Nationalrat aber nur, wenn Arafat „seine Manöver beendet''. Genau mit dieser Kritik nahm die Gruppe dann offiziell nicht teil. Allerdings schienen Gerüchte im Umlauf, Mitglieder dieser Gruppe könnten als Unabhängige am Nationalrat teilnehmen. Diese Meldung wurde von Abu Ijad (Sicherheitschef der Fatah) nicht ausdrücklich dementiert: eine solche Entscheidung dürfe nicht zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes außerhalb Israels führen, dessen Ende Arafat im Kairoer Abkommen (7.11.85, nach der Entführung des italienischen Passagierschiffes Achille Lauro) festgelegt habe. Eine Antwort, die alles offenläßt... Andere führende Palästinenser erklärten, die Anwesenheit Abu Nidals bedeute keine Unterstützung des Terrorismus, sondern, so ein verantwortliches Mitglied der Palästinensischen Kommunistischen Partei - solcher Tendenzen bestimmt nicht verdächtig - : es solle ihm helfen, zu einer politischen Haltung zurückzufinden; schließlich hätten ihn seine wechselnden Beschützer Irak, Syrien und Libyen fallengelassen. (12) Die ''taz'' (21.4.) wußte gar zu melden, Abu Nidal habe sich bereit erklärt, dem Terror zu entsagen. Ob vielleicht die Sowjetunion auf Abu Nidals Gastgeber auch in dieser Frage erfolgreich Druck ausgeübt hat?

Die Teilnahme von Abul Abbas, Chef einer Arafat-loyalen Abspaltung der PLF und seit dem 17.Nationalrat Mitglied im Exekutiv-Komitee, erregte ebenfalls Aufsehen. Schließlich war er wegen seiner - angeblichen - Verantwortung für die Entführung des italienischen Passierdampfers Achille Lauro von einem italienischen Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Außerdem hatte er im italienischen Nachrichtenmagazin „Europeo'' kürzlich neue Attentate angekündigt. In Algier erklärte Abul Abbas, die Entführung der Achille Lauro sei ein Fehler gewesen und habe der palästinensischen Sache großen Schaden zugefügt. Die Tötung Klinghoffers (ein amerikanischer Passagier jüdischer Abstammung) sei nicht der einzige Fehler gewesen. Die



Schiffsentführung sei ein fundamentaler Irrtum gewesen, nicht vorhergesehen und nicht geplant. (13). Diese Aussage würde die These stützen, daß Abul Abbas mit dem palästinensischen Kommando auf dem Schiff etwas zu tun hatte, das angeblich eine bewaffnete Aktion im israelischen Hafen Aschdod geplant hatte, nach seiner Entdeckung aber die Passagiere des Schiffs als Geiseln behandelte. Bis zur Wiederveinigung mit der PLF (Talaat Jakoub) bleibt Abul Abbas im Exekutivkomitee.

Während der gesamten Sitzung des palästinensischen Nationalrates war der sowjetische Botschafter in Algerien anwesend und schlichtete gemeinsam mit einem Führungsmitglied der algerischen FLN Streitpunkte zwischen den Organisationen, wie in der Frage des Verhältnisses zu Ägypten.

In der Resolution des Nationalrates wird das Verhältnis zu Ägypten - wie schon 1983 - wieder davon abhängig gemacht, wie weit sich Ägypten von den Camp David-Abkommen distanziert. Kairo drohte im Falle der Annahme dieses Passus mit einem Abbruch der Beziehungen zur PLO. Daraufhin erklärten DFLP und PFLP, sie würden den Nationalrat verlassen, falls ein Wort der Resolution zurückgezogen würde. Die Resolution wurde nicht verändert. Kairo, das den Beschluß "als grundlos feindlich gegenüber Ägypten" betrachtet, schloß daraufhin alle PLO-Büros im Lande, die erst 1985 nach 8 Jahren wiedereröffnet worden waren (14). Die ägyptische Regierung unternahm diesen Schritt, obwohl Arafat gleich nach Ende des Nationalrates seinen guten Willen signalisierte, die Beziehungen zu Ägypten zu verbessern.

Der Sowjetunion gelang es offensichtlich, den syrischen Staatspräsidenten Assad umzustimmen. Gorbatschow lud ihn während der Sitzung des Nationalrats nach Moskau ein. Noch vorher hatte Assad versucht, seinen Einfluß auf die PLO zurückzugewinnen: 24 Stunden vor Beginn der Nationalratssitzung lud er alle Widerstandorganisationen zu Versöhnungsgesprächen nach Damaskus ein. Die PLO solle doch den Beginn des Nationalrats um zwei oder drei Tage verschieben. Arafat ging nicht darauf ein, sondern lud seinerseits Assad nach Algier ein.

Der Besuch in Moskau neutralisierte Assad. Gorbatschow konnte die schwierige wirtschaftliche und innenpolitische Situation Syriens ausnutzen und versprach dem syrischen Staatschef jede mögliche ökonomische und militärische Hilfe. Im Gegenzug sicherte Assad zu, sich in der Frage der arabischen und palästinensischen Einheit zu engagieren und seine Anstrengungen bei der Förderung einer internationalen Nahost-Konferenz zu verstärken. Diese Punkte wurden auch in der gemeinsamen Erklärung festgehalten. (15)

Die drei pro-syrischen palästinensischen Organisationen scheinen nun zwischen allen Stühlen zu sitzen. Der Nationalrat hat eine Kommission eingerichtet, die die Versöhnung auch mit diesen drei Organisationen suchen soll. Derzeit sind die Aussichten allerdings immer noch schlecht: Abu Mussa und Ahmed Jibril haben schärfstens die Beschlüsse des 18.Nationalrats kritisiert: sie hätten der Politik Arafats und seinem kapitulationistischen Programm neue Impulse gegeben, ein Prgramm, das darauf abziele, die palästinensische Sache zu liquidieren. Die harte Reaktion Ägyptens auf den Nationalrat und die Schließung der PLO-Büros in Ägypten nannte Abu Mussa eine ''Komödie, die dazu dienen solle, das Gesicht der Organisationen zu wahren, die sich um Arafat versammelt hätten.'' (16)

Wie auch in vorangegangenen Resolutionen wird die Unabhängigkeit der PLO und ihr Recht, die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes zu sein, betont. Diesmal wird aber von den unveräußerlichen nationalen Rechten des **arabisch**-palästinensischen Volkes gesprochen, wie auch von der Befreiung der arabischen Gebiete, dem gemeinsamen arabischen Kampf und von engen patriotischen arabischen palästinensisch-syrischen Beziehungen. (Vor Beginn des Nationalrates hatte Gorbatschow Arafat wissen lasse, daß er die Wiederaufnahme des Dialoges mit Syrien wünsche). Dem bewaffneten Kampf ist diesmal keine besonderer Abschnitt gewidmet, stattdessen heißt es: die Fortsetzung des Kampfes in all seinen Formen - bewaffneter Kampf, Kampf der Massen, politischer Kampf. Abgelehnt werden weiterhin die UN-Resolution 242, die Camp David-Abkommen, der Reagan-Plan, der Autonomie-Plan und der Plan der ''administrativen Teilung'' (der besetzten Gebiete zwischen Israel und Jordanien). Festgehalten wird am Kairoer Abkommen von 1969 für den Libanon, den Beschlüssen des Rabat-Gipfels 1974 und am Fez-Plan von 1982. Das heißt: Die PLO besteht weiterhin auf einem eigenen Staat unter Führung der PLO mit Jerusalem als Hauptstadt, eventuell in Konföderation mit Jordanien. Ebenso auf der Bewegungsfreiheit der Palästinenser im Libanon und auf dem militärischen Schutz der Flüchtlingslager durch eigene Kräfte.

Ganz klar wird im Beschluß die Notwendigkeit festgehalten, die Beziehungen mit den demokratischen israelischen (erstmals, früher immer jüdischen) Kräften zu intensivieren, die die nationalen Rechte der Palästinenser und die PLO anerkennen (17).

Die PLO konzentriert sich nach dem 18. Palästinensischen Nationalrat auf eine neue arabische Gipfelkonferenz als Vorbereitung für eine internationale Konferenz, die ja heute von allen Seiten gefordert wird: von der UNO, den USA, der Sowjetunion, der Arbeiterpartei in Israel, Jordanien, Ägypten, Syrien und der PLO. Leider verstehen nicht alle das gleiche darunter. Die USA, der israelische Außenminister Peres, Jordanien und Ägypten wollen sie als Deckmantel für bilaterale israelisch-jordanische Verhandlungen, während der Sowjetunion, Syrien und der PLO an einer umfassenden Lösung gelegen ist. Inzwischen scheinen sich der jordanische König Hussein und der israelische Außenminister Peres auf eine Verhandlungsprozedur geeinigt zu haben. Das sieht sehr nach Camp David II aus. Aber die Westbanks sind kein menschenleeres Stück Land, und die Kämpfe dort haben in den letzten Monaten zugenommen.

Nahostkommission

Anmerkungen:

(1) Die Nationale Errettungsfront wurde als Antwort auf das jordanisch-palästinensische Abkommen vom Februar 1985 gegründet, und zwar unter Federführung der PFLP.

(2) Das jordanisch-palästinensische Abkommen (Amman-Abkommen) nimmt Bezug auf den arabischen Fez-Plan, der einen eigenen palästinensischen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt vorsieht, schränkt dies jedoch gleich wieder ein, da die Palästinenser ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung nur im Rahmen einer Konföderation mit Jordanien ausüben sollen. Die Verhandlungen sollen unter dem Schirm einer internationalen Konferenz stattfinden, über die Befugnisse der Konferenz wird nichts ausgesagt. Die PLO wird zwar als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes bezeichnet, sie soll ihr Vertretungsrecht jedoch nur im Rahmen einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation wahrnehmen. In der Folge versuchte König

nur im Rahmen einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation wahrnehmen. In der Folge versuchte König

Hussein selbst diese Vereinbarungen, die auf starken Widerstand innerhalb der PLO gestoßen waren, auszuhöhlen, indem er die Anerkennung der UN-Resolution 242 durch die PLO forderte, was die PLO bisher immer abgelehnt hatte.

(3) Die Resolution 242, beschlossen 1967 nach dem Juni-Krieg, fordert zwar den Rückzug Israels aus besetzten Gebieten (nicht unbedingt aus allen), behandelt die Palästinenser-Frage jedoch nur als Flüchtlingsfrage. Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser wird erst in späteren UN-Resolutionen seit 1974 gefordert, als PLO von den arabischen Staaten als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes und von vielen Staaten diplomatisch anerkannt war. Außerdem war die PLO erst unter der Führung von Arafat (seit 1969) zur nationalen Vertretung der Palästinenser geworden und forderte einen eigenen palästinensischen Staat, der trotz der UN-Teilungsresolution von 1947 nie Wirklichkeit geworden war. Obwohl die USA von der PLO immer die Anerkennung der UN-Resolution 242 verlangen, basiert der Reagan-Plan nicht einmal auf diesem Beschluß: von einem Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten ist nicht die Rede.

(4) Der 14. und 15. Palästinensische Nationalrat hatte sich geweigert, die neugegründete Palästinensische Kommunistische Partei aufzunehmen.

(5) Al Fajr, 27.3.87, LM, 28.3.87, 2.4.87, 22.4.87

(6) Dieses Exekutivkomitee war auf dem 16. Palästinensischen Nationalrat gewählt worden und repräsentierte nur die Widerstandsorganisationen Fatah, ALF und PLF (Abul Abbas) sowie Unabhängige

(7) LM, 22.4.87

(8) Der Reagan-Plan sprach sich gegen einen palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten aus und sah eine palästinensische Selbstverwaltung in den besetzten Gebieten in Verbindung mit Jordanien vor, er verlangte außdem die Anerkennung Israels von Palästinensern und Arabern, die PLO wurde nicht erwähnt.

(9) Eric Rouleau, Politique Etrangere, 3/1983

(10) Peter Hünseler, Die Krise der PLO, Europa-Archiv, 25.2.85

(11) Issam Sartawi hatte maßgeblich die Kontakte der PLO mit den USA und westeuropäischen Politikern wahrgenommen.

(12) LM, 14.4., 21.5.87

(13) LM, 25.4.87, Sz, 20.3.87

(14) FR, 29.4.87, LM, 28.4.87

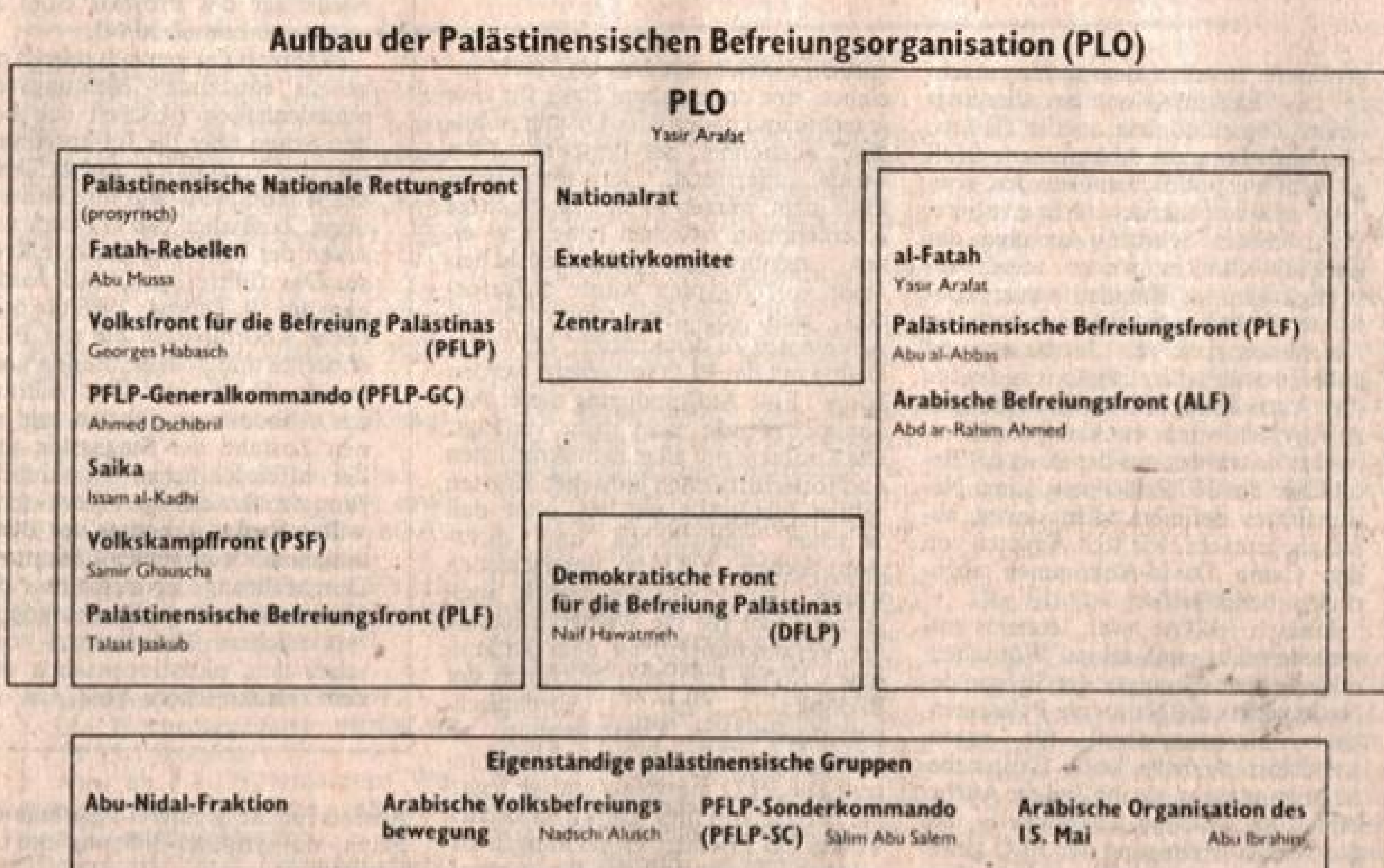
(15) LM, 28.4.87

(16) LM, 29.4.87

(17) Palästina-Bulletin, 30.4.87

Aufbau der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)

Aufbau der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)



Dialog als solcher ist eine wertvolle Handlung

Interview mit Uri Avneri

Übersetzung aus AL-FAJR, 25.12.86; das Interview erschien zuerst in der linken israelischen Zeitschrift ‚News from Within", 8.10.86)

Was antworten Sie auf die Verratsvorwürfe und wie sehen Sie die neue israelische Gesetzgebung, die Treffen zwischen Israelis und PLO-Mitgliedern verbietet? Wollen Sie sich an das Gesetz halten?

Das sind drei Fragen. Zum einen, handelt es sich um Verrat? Ganz entschieden nein. Verrat ist eine Frage der Absicht. Ein Verhalten ist verräterisch, wenn es in der Absicht unternommen wird, die Existenz des eigenen Landes zu untergraben, dem Feind zu helfen und ihm Vorschub zu leisten, usw. Alle Dialoge, die wir führten, basierten offen auf dem Programm des Israelischen Rats für israelisch-palästinensischen Frieden. Der ICIPP hat derartige Dialoge seit 1976 geführt. Der ICIPP ist nicht nur ein patriotisches, sondern auch ein zionistisches Gremium. Sein Programm und sein erklärtes Ziel besteht darin, Frieden und Koexistenz herbeizuführen zwischen dem Staat Israel — in seinen legalen Grenzen, der sogenannten Grünen Linie — und einem Staat Palästina, der in den Gebieten zu schaffen ist, die zur Zeit von Israel besetzt sind (Westbank, Gaza und Ostjerusalem). Das Ziel dieses Dialogs ist die Schaffung der politischen und psychologischen Voraussetzungen, die für so eine Lösung nötig sind. Das kann von niemand Verrat genannt werden, der den Begriff ernst nimmt.

Nun zu dem Gesetz. Das ist eine totalitäre Maßnahme. Es widerspricht total dem Geist einer demokratischen Gesellschaft.

Frage Nummer drei. Wie gehen wir mit dem Gesetz um? Darauf kann ich Ihnen im Moment keine Antwort geben, weil wir noch darüber nachdenken. Es gibt viele Gesichtspunkte, die berücksichtigt werden müssen. Dazu gehört, daß wir, wenn wir das Gesetz brechen, der Gegenseite eine Rechtfertigung liefern — den Leuten von Gusch Emunim (2) und anderen Faschisten, die die Gesetzlosigkeit zur Ideologie gemacht haben — die Gesetze zu brechen. Das ist eine Überlegung, die nicht außer acht gelassen werden darf. Die andere Überlegung ist politischer Art. Aber im Prinzip meine ich, daß dieses Gesetz illegal ist, in dem Sinn, daß es der Verfassung einer demokratischen Gesellschaft widerspricht. Ich hätte vom moralischen

darf. Die andere Überlegung ist politischer Art. Aber im Prinzip meine ich, daß dieses Gesetz illegal ist, in dem Sinn, daß es der Verfassung einer demokratischen Gesellschaft widerspricht. Ich hätte vom moralischen

Standpunkt keine Bedenken, es zu brechen.

Wenn Sie mit Leuten von der PLO zusammentreffen, stellen Sie sich dann als ein Vertreter Israels oder eines Ausschnitts der israelischen Gesellschaft vor?

Ich habe von Anfang an klargemacht, als diese Treffen 1974 begannen (bevor der ICIPP entstand), daß es eine gewisse Asymmetrie gibt, da die eine Seite durch eine Regierungsinstitution oder quasi-Regierungsinstitution repräsentiert wird, nämlich die Führung der PLO und der Fatah, während die andere Seite aus privaten Individuen oder aus Leuten besteht, die nur einen sehr kleinen Teil der israelischen Gesellschaft vertreten. Das ist Ausdruck der Situation; es ist nicht etwas, was irgendjemand will. Im Gegenteil, wir wollen Verhandlungen zwischen der PLO-Führung und der Regierung Israels. Das ist unser Ziel. Solange wie das nicht möglich ist, ist die einzige Art von Dialog, die stattfinden kann, die zwischen denen auf der palästinensischen Seite, die an einer politischen Lösung interessiert sind, und denen auf der israelischen Seite, die an einer politischen Lösung interessiert sind. Und das bedeutet Asymmetrie, weil diejenigen, die auf der palästinensischen Seite eine politische Lösung wollen, zur Zeit die PLO kontrollieren, während ihre israelischen Partner nur eine kleine Minderheit sind. Das war immer eines der Haupthindernisse für die Wirksamkeit dieser Dialoge im politischen Sinn.

* Avneri ist Herausgeber der Wochenzeitschrift Ha'olam Ha'zeh („Diese Welt"). Er war Mitbegründer des Israelischen Rats für israelisch-palästinensischen Frieden (ICIPP) und der Progressiven Friedensliste (1). Avneri war Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre Mitglied des israelischen Parlaments. Er ist, außerhalb des antizionistischen Lagers, einer der Pioniere des israelisch-palästinensischen Dialogs. Er ist Autor des kürzlich erschienenen Buchs „My Friend the Enemy" (Mein Freund, der Feind).

Haben Sie jemals Vorbedingungen für Treffen mit PLO-Vertretern gestellt?

Für meinen Teil habe ich nie Hemmungen oder Einwände gehabt, mich mit irgendwem von der Gegenseite zu treffen. Ich glaube, daß Dialog als solcher eine wertvolle Handlung darstellt. Ich glaube, daß Dialog — dies mag einigen Leuten etwas idealistisch oder abstrakt erscheinen — eine politische Handlung ist, die ihren eigenen Wert hat, indem er zeigt, daß beide Seiten einen Dialog führen können und daher unter Umständen in Frieden leben könnten. Er hilft auch beiden Seiten, eine Vorstellung von der anderen Seite zu gewinnen. Das ist wesentlich für den Entscheidungsprozeß des Volkes, nicht bloß der Führung. Wenn zwei Seiten in einem Konflikt miteinander liegen, ein Konflikt, der nicht einfach nur ein Krieg zwischen zwei Staaten ist, sondern ein nationaler Konflikt zwischen zwei nationalen Bewegungen, zwischen zwei Kulturen, zwischen zwei Völkern, vielleicht zwei Rassen — auch wenn Rasse in diesem Zusammenhang ein unsinniger Begriff ist, wird er doch als real begriffen — dann hat das totale Fehlen von Kommunikation zwischen beiden Parteien negative Auswirkungen. Daher — und das sage ich aus persönlicher Erfahrung, nachdem ich hunderte von Stunden damit aktiv verbracht habe — daher verwandelt der Dialog jeden, der daran teilnimmt. Unsere Seite gewinnt ein Bild von den palästinensischen Realitäten, Gefühlen, politischen Realitäten, psychologischen Realitäten und emotionalen Realitäten. Das ist von größter Bedeutung für jeden Kampf um eine Lösung. Dasselbe gilt — noch mehr — auf der anderen Seite. Im Laufe der Jahre sind wir mit Dutzenden von Aktivisten der

schen Realitäten und emotionalen Realitäten. Das ist von größter Bedeutung für jeden Kampf um eine Lösung. Dasselbe gilt — noch mehr — auf der anderen Seite. Im Laufe der Jahre sind wir mit Dutzenden von Aktivisten der

Fatah und der PLO in Kontakt gekommen, und jeder von ihnen hat sich durch diesen Kontakt verändert. Einige davon radikal, wie Issam Sartawi (3), einige in gewissem Maß, wie Yasser Arafat, und andere in geringerem Grad. Aber alle Teilnehmer an diesem Dialog haben ein gewandeltes Bild von der anderen Seite gewonnen. Deshalb glaube ich, daß schon die Handlung als solche, auch wenn es keine politischen Ergebnisse gibt, von Bedeutung ist. Dann ist das natürlich eine Art Vorspiel. Um jene Art von Beziehung zwischen Feinden herzustellen, die ein Vorspiel für Friedensgespräche ist, muß man einiges an vorbereitender Arbeit leisten. Man muß Informationen vermitteln und empfangen, usw. Unter all diesen Gesichtspunkten ist Dialog äußerst wichtig.

Wie hat sich im Laufe des letzten Jahrzehnts der Charakter des Dialogs verändert?

Beide Seiten haben sich entwickelt. Das ist auf der palästinensischen Seite leichter zu sehen als auf der israelischen, muß ich sagen, aber das ist wiederum ein Ergebnis der Situation. Es hat einen enormen Wandel auf der palästinensischen Seite gegeben, nicht unbedingt einen endgültigen Wandel — es könnte sich wieder zur anderen Richtung verändern. Das ist nichts, was man eine gegebene Tatsache nennen könnte; man darf nicht annehmen, daß wir jetzt nur noch weitere Fortschritte machen können. Wir könnten auch zurückgehen.

Diese Leute sind zu der Ansicht gekommen, daß eine politische Lösung möglich, sogar notwendig ist, und das ist zum Teil dem Dialog zu verdanken, den wir geführt haben. Wenn Sie nach anderen politischen Organisationen fragen, dann haben wir Abu Nidal in einem negativen Sinn beeinflußt. Er hat eine Menge Leute ermordet, mit denen wir in Kontakt waren, wegen dieses Kontakts. Wieweit wir einen Einfluß gehabt haben auf die Organisationen von Habasch (PFLP) oder Hawatmeh (DFLP), kann ich nicht sagen. Falls wir einen Einfluß gehabt haben, dann war er indirekt, vermittelt durch die Fatah-Hauptströmung.

Haben Sie aus eigenem Willen Kontakte mit dem linken Flügel der PLO gemieden?

Was Hawatmehs Organisation angeht, steht sie völlig unter Moskaus Kontrolle, und Moskau mag diese Kontakte überhaupt nicht. Ich glaube, der Grund dafür ist, daß sie sämtliche Kontakte zwischen Palästinensern und Israelis kontrollieren wollen. Sie sind bereit, alle unabhängigen Kontakte zu sabotieren und zu zerstören. as betrifft Hawatmeh. Bei Habasch liegen die Dinge anders. Ich denke, daß Habasch nicht an Frieden mit Israel glaubt. Unsere palästinensischen Freunde sagen, daß Habasch nicht wirklich gegen Frieden mit Israel sei, er glaube nur nicht daran. Das ist natürlich ein legitimer Standpunkt. Vielleicht wäre es anders, wenn er am Dialog beteiligt gewesen wäre. Was wir, bis zu einem gewissen Grad erfolgreich, unseren Partnern zu vermitteln versucht haben, ist die Vorstellung, daß Israel verändert werden kann. Das ist einer unserer Hauptpunkte und sicher mein persönlicher Hauptpunkt in jedem Gespräch mit Palästinensern. Ich glaube, daß Israel von innen her verändert werden kann. Ich glaube, daß die Handlungen und Unterlassungen der PLO einen großen Einfluß — positiv oder negativ — auf so einen Wandel haben können.

Hat die Antikriegsbewegung in Israel die PLO-Führer beeinflußt, mit denen Sie zusammentrafen?

Mit Sicherheit ja. Ich habe versucht, diesen Enthusiasmus ein bißchen zu dämpfen, weil ich von Anfang an dieser Bewegung gegenüber skeptisch war. Aber die geweckten Hoffnungen — und ich möchte sogar sagen, die Liebe und Bewunderung, die von diesen Demonstrationen hervorgerufen wurden — waren ungeheuer groß und völlig verständlich. Ich traf Yasser

war. Aber die geweckten Hoffnungen — und ich möchte sogar sagen, die Liebe und Bewunderung, die von diesen Demonstrationen hervorgerufen wurden — waren ungeheuer groß und völlig verständlich. Ich traf Yasser

Arafat in Beirut während der Belagerung, am gleichen Tag, wo die Bewegung „Frieden Jetzt" ihre erste große Demonstration gegen den Krieg in Tel Aviv hatte, und wir sprachen darüber. Für die Palästinenser im belagerten Beirut, preisgegeben von der gesamten arabischen Welt, preisgegeben von der Sowjetunion, die sich allein und isoliert fühlten, hatte die Tatsache, daß die einzige große Demonstration für die Palästinenser im ganzen Nahen Osten, in der ganzen Welt, in Tel Aviv stattfand, eine ungeheure emotionale Wirkung. Und wäre die Friedensbewegung ein bißchen mutiger und ernsthafter gewesen, dann hätte das einen enormen Einfluß auf die weiteren Entwicklungen haben können. Es bedeutet einen Riesenunterschied, ob man kommt und mit ihnen im Namen einer kleinen Gruppe von Israelis mit politischem Bewußtsein spricht, oder ob man im Namen einer Bewegung kommt, die in der Lage ist, 100.000 oder 400.000 Menschen in den Straßen von Tel Aviv zu mobilisieren. Ich denke, die Bewegung „Frieden Jetzt" hat ein Verbrechen gegen den Frieden begangen, indem sie nicht das tat, was sie hätte tun können. Aber natürlich ist das eine Bewegung, die von Anfang an von der Arbeiterpartei, Mapam (4) und der CRM (Bürgerrechtsbewegung) (5) dominiert wurde, und sie hatte nicht diese Art von politischem Verständnis.

Ich habe überhaupt nicht viel Hoffnungen in die israelische Linke, oder in die alte Linke, oder in die gute alte aschkenasische (6) „Frieden Jetzt"-Bewegung. Ich glaube überhaupt nicht daran. Ich glaube, daß sie im Grunde Rassisten sind, daß ihre Friedensaktivität eine große Portion Rassismus enthält. Ich glaube, wenn sie sagen, daß sie einen palästinensischen Staat *deshalb* wollen, weil sie keine Araber in Israel haben wollen,



Uri Avneri, der US-amerikanische Präsidentschaftskandidat (1982) Jesse Jackson und „Al-Fair"-Herausgeber Hanna Siniora.

dann ist das nicht bloße Taktik, sondern geht tiefer. Aber ihre größte Schwäche ist, daß sie den Kontakt mit der Grundlage der israelischen Gesellschaft verloren haben. Sie stehen draußen. Ihr Rassismus wird in ihrem Verhalten gegenüber den orientalischen Juden offenbarer als in dem zu den Arabern. Man kann keine Veränderungen, Reformen oder Revolutionen machen ohne die Menschen dieses Landes, und die sind mehrheitlich orientalische Juden. Indem sie dies ignorierte, wurde „Frieden Jetzt" eine apolitische Gruppe.

Was halten Sie von den Treffen, die vor kurzem zwischen Israelis und Palästinensern aus den besetzten Gebieten stattfanden?

Treffen in den besetzten Gebieten halte ich für wichtig. Sie haben eine Funktion. Sie enthalten enorme zusätzliche politische und emotionale Hindernisse, weil Dialog zwischen dem Besetzer und dem Besetzten per se irgendwie verfälscht oder verzerrt ist. Deshalb sind solche Treffen nicht wirklich möglich ohne die volle Billigung und Initiative der Leute draußen. Wir haben oftmals mit Arafat darüber gesprochen. Ein wirklicher Dialog zwischen der israelischen Friedensbewegung und den Menschen in den besetzten Gebieten, ein Dialog, zu dem es nach 20 Jahren Besetzung noch nicht gekommen ist, ist nicht möglich ohne einen direkten Auftrag von den Gremien der PLO, ein Auftrag, der bisher nicht gegeben wurde. Über diesen Punkt haben wir oft mit Arafat diskutiert. Arafat

Besetzung noch nicht gekommen ist, ist nicht möglich ohne einen direkten Auftrag von den Gremien der PLO, ein Auftrag, der bisher nicht gegeben wurde. Über diesen Punkt haben wir oft mit Arafat diskutiert. Arafat

möchte so einen Auftrag geben, und er hat versprochen, ihn zu geben, aber das ist nicht geschehen. Ich nehme an, dafür gibt es Gründe innerhalb der PLO, innerhalb der Fatah. Aber die Bedingungen, die „Frieden Jetzt" für solche Treffen stellt, sind destruktiv. Man kann für einen Dialog keine Bedingungen stellen. Das ist ein Widerspruch in sich selbst. Wozu soll ein Dialog dienen? Die Meinungen zusammenzuführen, einen Austausch der Vorstellungen, Gefühle, politischen Informationen usw. zu ermöglichen. Wenn man dafür Bedingungen stellt, dann will man das Ergebnis vor den Prozeß stellen. Bedingungen, wie immer sie sein mögen, können nur das Ergebnis des Dialogs sein.

Sehen Sie sich selbst als eine Art Vermittler zwischen der PLO und der israelischen Öffentlichkeit oder dem israelischen Establishment?

Die Regierung Israels war von Anfang an total gegen diese Treffen. Wie ich in meinem Buch beschreibe, besuchte ich gleich nach meinem ersten Dialog Ministerpräsident Yitzhak Rabin (7). Ich berichtete ihm davon — nicht bloß mit Zustimmung der palästinensischen Seite, sondern auf ihre Aufforderung hin. Sie sind nicht wirklich an einem Dialog mit Uri Avneri interessiert, weil er so ein netter Kerl ist, sie wollen uns als Wegbereiter zur israelischen Regierung benutzen. Und das war zu Anfang noch mehr der Fall als später, denn am Anfang hatten sie größere Hoffnungen und ein viel weniger klares Bild von den Möglichkeiten. Ich überbrachte eine Botschaft von Arafat an Rabin, ungefähr 1975, in der Arafat Rabin praktisch den Vorschlag machte, wenn Israel und die USA etwas in der Debatte tun würden, die damals gerade im UN-Sicherheitsrat stattfand, dann würden die Palästinenser mit einer anderen Gegenleistung antworten. Ich ging also zu Rabin und hatte eine sehr lange Unterhaltung mit ihm — sehr offen, muß ich sagen, wir kannten uns seit langem und gingen freundschaftlich miteinander um — aber das praktische Ergebnis war die totale Ablehnung der bloßen Idee durch Rabin. Ich bekam jedoch auch die Genehmigung, die Kontakte fortzusetzen.

Wir schafften bei der Arbeiterpartei keinen Durchbruch, vom Likud ganz zu schweigen, auch wenn wir vielleicht etwas Einfluß auf einige Regierungsmitglieder hatten. Aber ich hatte wirklich Hoffnung, die Regierung zu beeinflussen. Unsere Hoffnung war, daß wir die israelische öffentliche Meinung beeinflussen könnten. Ich habe mit den Massenmedien zu tun, daher bin ich auf diesem Gebiet recht empfänglich. Meine Botschaft ist sehr einfach: Israel ist eine Demokratie, zumindest was die jüdische Bevölkerung angeht, und es ist die jüdische Bevölkerung, die über die Politik in Israel entscheidet. Wenn man Massen von Israelis beeinflußt, wenn man Israels öffentliche Meinung von Grund auf ändert, dann ändert sich unvermeidlich auch die israelische Regierungspolitik, weil die Regierungspolitik auf die öffentliche Meinung reagiert, direkt oder indirekt. Deshalb sollte es unser erstes Ziel sein, die israelische öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Ich glaube, in dieser Sache überzeugten wir Issam Sartawi hundertprozentig. Sartawi wurde sehr extrem, in gewisser Hinsicht sogar extremer als wir, in der Vorstellung, daß sich die PLO

nung zu beeinflussen.

Ich glaube, in dieser Sache überzeugten wir Issam Sartawi hundertprozentig. Sartawi wurde sehr extrem, in gewisser Hinsicht sogar extremer als wir, in der Vorstellung, daß sich die PLO

total darauf konzentrieren müsse, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, und daß sie alle anderen Tätigkeiten, einschließlich des sogenannten bewaffneten Kampfes, diesem einen Punkt unterordnen müsse: wie beeinflussen wir die öffentliche Meinung Israels. Das ist vielleicht der Unterschied zwischen ihm und Arafat. Arafat akzeptierte diese Linie, aber nicht als zentrales Prinzip.

In diesem Sinn hofften wir, die israelische öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ich glaube, das war möglich, und ich halte es immer noch für möglich.

Anmerkungen:

1) Die Progressive Friedensliste bekam bei den Knesset-Wahlen im Juli 1984 rund 38.000 Stimmen (1,8%). Sie hat zwei Parlamentssitze.

2) Gusch Emunim („Block der Gläubigen") wurde 1974 unter maßgeblicher Beteiligung von Leuten aus der Nationalreligiösen Partei gegründet. Ihr Hauptaktionsfeld ist die Besiedlung der von Israel seit 1967 besetzten Westbank. Gusch Emunim arbeitet eng mit der 1979 gegründeten rechtsextremen Tehija-Partei (fünf Knesset-Sitze) zusammen und unterhält Verbindungen auch zum organisierten jüdischen Terrorismus.

3) Sartawi war von der PLO-Spitze beauftragt, Gespräche mit dialogbereiten Israelis zu führen. Am 10.4.83 wurde er von Killern der pro-syrischen Abu-Nidal-Bande ermordet.

4) Die Mapam, Vereinigte Arbeiterpartei, wurde 1948 als sozialistische Partei gegründet und sympathisierte anfangs stark mit der UdSSR. Seit 1969 kandidierte sie zur Knesset nur noch in einer Listenverbindung mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Diese Verbindung wurde inzwischen gelöst.

5) Die CRM (Civil oder Citizens Rights Movement) ist eine linksliberale Partei. Sie bekam 1984 knapp 50.000 Stimmen (2,4%) und hat drei Knesset-Sitze.

6) Aschkenasisch: die aus Europa und den USA stammenden Juden im Gegensatz zu den orientalischen (Sephardim)

7) Jitzchak Rabin, Arbeiterpartei, war Ministerpräsident von Juni 1974 bis März 1977. Zur Zeit ist er Verteidigungsminister.

Uri Avneri: Israel ohne Zionisten

(Textauszüge)

Quelle: Uri Avneri, 1968, Israel without Zionists (dt. 1969)

Einige Monate vor Ausbruch des Sechs-Tage-Krieges traf ich mit einem hochgestellten Mitglied des ägyptischen Regimes zusammen. Die Begegnung war in Paris durch den Beistand eines gemeinsamen Freundes zustande gekommen. Ich habe im Lauf der Zeit mit vielen Führern der verschiedenen arabischen Staaten gesprochen und mit ihnen Meinungen und Ideen für eine Lösung des Problems ausgetauscht. Doch diese Begegnung war anders.

Zu Anfang unserer Unterredung sagte ich zu meinem neuen Freund: „Wir wollen eine Liste aller möglichen Lösungen für den arabisch-israelischen Konflikt zusammenstellen und dann jede einzelne Lösung untersuchen und sehen, wohin wir gelangen."

Folgende Liste stand schließlich auf dem Papiertuch unseres Tisches in dem Pariser Restaurant:

A. Vernichtung durch Krieg;
B. Vernichtung Israels durch politische und wirtschaftliche Isolierung;
C. Status quo;
D. eine semitische Föderation.

Die einfachste Lösung wäre natürlich ein entscheidender militärischer Sieg einer Seite. Wenn Israel einen so bedeutenden militärischen Sieg davontragen würde, daß er die Araber zwingen könnte, ein israelisches Diktat zu akzeptieren, so wäre das eine Möglichkeit. Doch Israel müßte dann die gesamte arabische Welt erobern, was selbst trotz der unumstrittenen Überlegenheit der israelischen Armee unmöglich wäre. Und der glänzende Sieg im Sechs-Tage-Krieg hat jetzt gezeigt, daß man den Frieden nicht mit militärischen Mitteln erzwingen kann. Vier Monate nach dem Krieg sagte Mosche Dajan: „Wer geglaubt hat, die Araber hätten eine Lektion gelernt, hat sich geirrt." Könnten die Araber Israel erobern und zerstören, so wäre das sicherlich eine eindeutige Lösung. Doch mein arabischer Gesprächspartner räumte bereitwillig ein, daß keine derartige Möglichkeit besteht. Israel wird seine militärische Überlegenheit lange Zeit bewahren. Schließlich wird es dazu kommen, daß neuartige Waffensysteme in den Nahen Osten eingeführt werden, bei deren Anwendung eine Zerstörung Israels unweigerlich die gleichzeitige Zerstörung der arabischen Bevölkerungszentren zur Folge haben würde — das aber würde bedeu-

Zerstörung Israels unweigerlich die gleichzeitige Zerstörung der arabischen Bevölkerungszentren zur Folge haben würde — das aber würde bedeu-

ten, daß die gesamte Semitische Region um mindestens zweitausend Jahre zurückgeworfen würde (und daß wahrscheinlich die ganze Welt einer thermonuklearen Massenvernichtung zum Opfer fiele). Wir kamen überein, daß wir eine militärische Lösung aus unseren Überlegungen ausschließen müssen. (Mein Gesprächspartner wird einige Monate später durch den Ausgang des Sechs-Tage-Krieges die Richtigkeit seiner Überlegungen bestätigt gefunden haben.)

Der zweite Vorschlag ist ein Lieblingsgedanke der Araber. Sie ziehen gern den zwar interessanten, aber, wie wir gesehen haben, unvollständigen Vergleich mit der Geschichte der Kreuzfahrer und geben sich der Illusion hin, sie könnten Israel hinwegwünschen, indem sie seine Existenz nicht anerkennen. Sie glauben, sie könnten Israel so lange wirtschaftlich und politisch boykottieren, bis es schließlich zugrunde ginge.

„Wir haben zweihundert Jahre darauf gewartet, daß der Kreuzfahrerstaat verschwände", hört man Araber oft sagen, „und wir werden weitere zweihundert Jahre auf das Verschwinden Israels warten."

Ich fragte meinen Gesprächspartner offen: „Wollen Sie wirklich den Marsch des arabischen Nationalismus zweihundert Jahre lang aufhalten und nur darauf warten, daß wir verschwinden? Solange wir hier sind und keine Lösung für den Konflikt gefunden wird, werden Sie mit der Erfüllung ihrer eigentlichen Bestrebungen keinen Schritt weiterkommen. Durch den Konflikt werden fremde Mächte, sowohl die westlichen wie die Sowjets, in die Semitische Region gezogen, und wir werden zu bloßen Figuren eines fremden Spiels. Solange ein feindliches Israel den südlichen Teil der arabischen Welt von dem nördlichen abschneidet, läßt sich die Einheit der arabischen Welt nicht verwirklichen. Und das Geld, das Sie für Industrialisierung und Reformen brauchen, um eine moderne und höherentwickelte arabische Gesellschaft zu schaffen, müssen Sie jetzt für Waffen ausgeben, die von Jahr zu Jahr kostspieliger werden."

„Und", so fragte ich, „können Sie ein einziges Beispiel aus der modernen Geschichte nennen, daß ein souveräner Staat wegen wirtschaftlichen und politischen Boykotts einfach verschwunden ist? Trotz des Boykotts konnte sich Israel während der letzten zwanzig Jahre sowohl politisch als auch wirtschaftlich in vielen Teilen der Welt ausbreiten." Nach kurzer Diskussion kamen wir überein, daß auch das keine Lösung ist.

Die Beibehaltung des Status quo kann auch theoretisch nicht als Lösung angesehen werden. Die Dinge werden nicht von selber in Ordnung kommen. In einer solchen Situation, in der Haß und Furcht auf beiden Seiten von Generation zu Generation nur zunehmen, ist die Zeit nicht das große Heilmittel. Ja, eine abwartende Haltung ist höchst gefährlich, wenn man die Wahrscheinlichkeit der Einführung nuklearer Waffen in die Semitische Region in nicht allzu ferner Zukunft bedenkt, eine Entwicklung, die wohl kaum zu vermeiden sein wird. Solange der Teufelskreis den Schauplatz beherrscht und Israel jederzeit fürchten muß, angegriffen zu werden, kann niemand ernstlich von der israelischen Führerschaft erwarten, daß sie noch lange zögert, diese letzte Waffe herzustellen — was nach Ansicht von Experten eine Frage von wenigen Monaten wäre. Eine Situation aber, in der Israel die Bombe besitzt und die Araber nicht, ist unter den gegenwärtigen Umständen für die arabische Führerschaft, in ihrer Furcht vor weiterer israelischer Expansion, nicht tragbar. Wenn Israel die Bombe herstellt, muß man damit rechnen, daß zumindest Ägypten oder Syrien jeden Preis, selbst den der Aufgabe eines Teils ihrer nationalen Unabhängigkeit, zahlen werden, um die Bombe von Rußland oder China zu bekommen. Man muß auch die Möglichkeiten in Rechnung ziehen, die in einer französisch-arabischen Allianz enthalten sind. Auf dem Höhepunkt der französisch-israelischen Allianz begann Israel mit der Entwicklung seines nuklearen Potentials. Manche glauben, wenn Israel und die Araber im Besitz von Kernwaffen wären, würde der Friede gesichert sein, wie das ja durch das Gleichgewicht des Schreckens zwischen den USA und der Sowjetunion der Fall ist. Doch das ist ein äußerst gefährlicher Trugschluß. Der Krieg von 1967 hat bewiesen, daß

Schreckens zwischen den USA und der Sowjetunion der Fall ist. Doch das ist ein äußerst gefährlicher Trugschluß. Der Krieg von 1967 hat bewiesen, daß

bei der spannungsgeladenen Atmosphäre im Nahen Osten jederzeit ein Krieg ausbrechen kann, ohne daß irgend jemand ihn will. Auch besteht in einem Staat des Nahen Ostens immer die Gefahr, daß gewissenlose Abenteurer die Macht an sich reißen, die, so hofft man wenigstens, in Washington oder Moskau nicht an die Herrschaft kommen könnten. Der Status quo ist in der Semitischen Region wirklich ein sehr zerbrechliches Ding.

Eine weitere theoretische Lösung fehlte in unserer Liste, die den Arabern zuwider, aber in Israel beliebt ist. Es ist die Vorstellung, daß die Großmächte die Araber zwingen könnten, Frieden zu schließen — und das bedeutet natürlich einen Frieden, der für die Israelis akzeptabel ist, einen Frieden, in dem die Araber den Status quo anerkennen. Diesem Wunschdenken zufolge, wie es oft von Ben-Gurion und den meisten israelischen Führern vorgetragen wurde, werden sich eines Tages Amerikaner und Russen zusammensetzen und beschließen, daß es in ihrem beiderseitigen Interesse läge, in der Semitischen Region Frieden zu gebieten. Man braucht also bloß zu warten, bis die Großmächte ihre kleinen Meinungsverschiedenheiten überall in der Welt regeln. Das ist reiner Blödsinn. Es ist nicht nur höchst unwahrscheinlich, daß die beiden Supermächte mit ihrer Rivalität im Nahen Osten Schluß machen, sondern selbst wenn das geschehen sollte, würde damit die israelisch-arabische Auseinandersetzung nur in ihrem Charakter verändert, nicht aber wirklich beendet. Die Araber würden von China die Waffen bekommen, die sie jetzt von der Sowjetunion erhalten — und sogar noch gefährlichere.

Im Nahen Osten besteht die naive Vorstellung, daß der Konflikt auf irgendeine abwegige und undurchschaubare Art und Weise durch den britischen Imperialismus und die Intervention der Amerikaner geschaffen worden ist, ohne die wir alle auf ewig glücklich und zufrieden hätten leben können. Aber das ist eine oberflächliche Betrachtungsweise. Der Teufelskreis ist, wie wir gesehen haben, entstanden durch das Aufeinanderprallen zweier authentischer historischer Bewegungen. Einflüsse von außen haben auf diese Situation eingewirkt, aber sie haben sie nicht geschaffen. Würden diese Einflüsse — durch das Dazwischentreten irgendeiner göttlichen Macht — morgen beseitigt, so würde die Auseinandersetzung zwischen den beiden Bewegungen doch weitergehen. Die beiden Seiten selbst müssen eine Lösung finden.

Wie ich bereits erläuterte, sieht meine Lösung als ersten Schritt die Errichtung einer Föderation zwischen Israel und einer neuen arabischen Palästina-Republik vor. Dies sowie die Ansiedlung der Flüchtlinge könnte — unabhängig von einer offiziellen Fühlungnahme zu den arabischen Staaten — zwischen Israel und den Palästina-Arabern geregelt werden.

Der zweite Schritt ist die Semitische Union, eine große Konföderation aller Staaten in der semitischen Region.

Zwischen diesen beiden Teilen besteht kein Widerspruch. Ich sehe in der Palästina-Föderation nicht einen Ersatz für einen allgemeinen israelisch-arabischen Frieden. Im Gegenteil, es wird viel leichter sein, zu einem solchen Frieden zu gelangen, wenn erst einmal eine Einigung über das Palästina-Problem erreicht ist. Das Palästina-Problem ist sowohl die Ursache als auch ein Vorwand für die kriegerische Haltung der übrigen arabischen Staaten gegenüber Israel. In all ihren Erklärungen geben die arabischen Führer als einzigen Grund für ihren Krieg gegen Israel das Ziel an, entweder „Palästina zu befreien" oder „die Rechte des arabischen Palästina-Volkes wiederherzustellen". Wenn also die Araber Palästinas eines Tages erklären könnten, daß sie befreit und ihre Rechte wiederhergestellt seien, dann dürfte das Haupthindernis für den Frieden beseitigt sein. Oder, andersherum, wenn erst einmal das Palästina-Problem gelöst ist, können diejenigen Führer der Araber, die tief in ihrem Herzen wünschen, zu einer Einigung mit Israel zu gelangen, diesem ihrem Wunsch offen Ausdruck verleihen und entsprechend handeln. Vorher aber würden derartige Erklärungen oder Handlungen als Verrat gegen die Palästina-Araber angesehen werden. So ist die Lösung des Palästina-Problems nahezu die Prämisse für ein

Handlungen als Verrat gegen die Palästina-Araber angesehen werden. So ist die Lösung des Palästina-Problems nahezu die Prämisse für ein

allgemeines semitisches Friedensabkommen; gleichzeitig aber hat die Lösung in Palästina nur dann einen Sinn und kann nur dann von Dauer sein, wenn es zu einem allgemeinen semitischen Frieden kommt.

Ich möchte gern erklären, warum ich den Begriff *semitisch* verwende. Mit Rasse hat er nichts zu tun; denn im Nahen Osten ist Rasse etwas genauso Unbestimmtes wie überall sonst auf der Welt. Sowohl für die Hebräer als auch für die Araber bedeutet Rasse heute kaum etwas. Durch den Begriff *semitisch* soll eher das gemeinsame Erbe betont werden, das allen Völkern — arabisch, hebräisch, amharisch und so weiter — eigen ist. Er betont auch den gemeinsamen kulturellen und geistigen Hintergrund der Völker unserer Gegend, die stark unter dem Einfluß ihrer Vergangenheit stehen. Die semitische Kulturfamilie schließt sogar die Türken, Kurden und Perser ein, die von anderen Rassen abstammen und keine semitische Sprache sprechen, deren Geschichte aber mit der Kultur der semitischen Welt und auch mit den großen Religionen der Semiten verknüpft ist.

Der Hauptgrund aber dafür, daß man ohne diesen Terminus nicht auskommen kann, ist, daß er automatisch Araber und Hebräer einschließt, daß er hier wie überall in der Welt leicht verstanden wird und in allen Sprachen die gleiche Bedeutung hat.

Es ist meine tiefste Überzeugung — und vielleicht der Punkt, an dem meine Freunde und ich uns von anderen, die den Frieden in der Region wollen, unterscheiden —, daß ein solcher Friede nicht im Widerspruch zu den nationalen Bestrebungen sowohl der Hebräer als auch der Araber stehen kann und auch nicht stehen darf. Nichts wird verhindern, daß in unserer Generation der Nationalismus in allen Ländern der Semitischen Region immer an erster Stelle stehen wird. Jede Idee, die sich, mag sie auch noch so zündend sein, gegen die nationalen Gefühle der betroffenen Völker richtet, wird von der Geschichte widerlegt werden und untergehen.

Ich bin ein hebräischer Nationalist, und ich will es mit arabischen Nationalisten zu tun haben. Ich will ihnen sagen: Die letzten fünfzig Jahre haben gezeigt, daß weder ihr noch wir an das Ziel unserer nationalen Bestrebungen gelangen können, solange wir einander bekämpfen. Unsere beiden großen nationalen Bewegungen können einander gegenseitig aufheben oder sie können vereint werden zu einer großen Freiheits- und Fortschrittsbewegung der gesamten Semitischen Region. Das ist die eigentliche Bedeutung der semitischen Idee: sie ist ein Ideal, das die beiden nationalen Bewegungen miteinander vereint, ein Ideal, mit dem sich die Nationalisten auf beiden Seiten identifizieren können.

Der Anschluß an eine große semitische Konföderation würde für Israel bedeuten, daß es das zionistische Kapitel seiner Geschichte beschließt und ein neues beginnt — das Kapitel von Israel als einem Staat, der in die Semitische Region eingegliedert ist und teilhat an dem Kampf der Region für Fortschritt und Einheit.

Für die Araber würde er die Anerkennung eines postzionistischen Israel als eines Teils der Region bedeuten, eines Teils, der nicht zerstört werden könnte und auch nicht sollte, weil er in seiner neuen Form ein wesentlicher Faktor ist im Kampf um das gemeinsame Wohl.

Eines muß unmißverständlich klar sein. Es ist eine Menge Unsinn über Lösungen geschrieben worden, in denen die Existenz Israels als eines souveränen Staates nicht anerkannt wird. Einer solchen Lösung würde kein einziger Israeli und bestimmt nicht ich zustimmen. Ausgangspunkte für jede Lösung sind die Existenz Israels als eines souveränen Staates sowie auf der anderen Seite die Rechte und Bestrebungen der Palästina-Nation und aller anderen arabischen Völker.

Die Semitische Union bietet nicht nur einen Rahmen für gegenseitige Anerkennung, sie hat auch viele andere Vorzüge.

— Erstens würde sie den gefährlichsten Faktoren in der heutigen Situation, der gegenseitigen Furcht und dem gegenseitigen Mißtrauen, ein Ende setzen. Durch eine gemeinsame Verteidigung und die Koordinierung der militärischen Angelegenheiten aller Mitgliedsstaaten würde eine allmähliche Abrüstung und der Abbau der Atomwaffen unter gegenseitiger Kontrolle möglich. Durch Abschaffung des Militärgeheimnisses wäre jeder vor Überraschungsangriffen und überraschenden Truppenkonzentrationen sicher — wie der ägyptischen Truppenkonzentration, die den Krieg von 1967 auslöste, und der angeblichen israelischen Truppenzusammenziehung an der syrischen Front, die zu dem Krieg geführt hat.

— Eine Union würde auch eine Konzentration der politischen Macht bedeuten. Wenn sich Israel der Union anschließt, würde es die Probleme der afro-asiatischen Welt zu seinen eigenen machen und jene arabischen Befreiungsbestrebungen unterstützen, die bis jetzt noch unentschieden sind. Israel würde seinen Einfluß in der Welt in den Dienst einer allgemeinen semitischen Führerschaft stellen und dieser Führerschaft ein Gewicht verleihen, dessen sie selbst auf dem Höhepunkt von Abd-el-Nassers Erfolgen als eines Führers der „Dritten Welt" entbehrte.

— Die potentiellen wirtschaftlichen Vorteile sind gewaltig. Für Israel wäre der arabische Boykott beendet, und seine Wirtschaft könnte sich in die der Semitischen Region eingliedern. Die Araber hätten die Möglichkeit einer sinnvollen regionalen Planung, eines gemeinsamen semitischen Marktes, durch den die unermeßlichen Vorräte an arabischem Öl in den Dienst des Fortschritts und der Industrialisierung der arabischen Länder, vor allem Ägyptens, gestellt werden könnten.

Eine geeinte Semitische Region, die frei ist von Furcht und fremder Ausbeutung, könnte endlich mit der Modernisierung des ganzen Gebietes anfangen. Dann könnte der Nahe Osten endlich wieder den Platz einnehmen, den er in antiker und islamischer Zeit innegehabt hat.

— Der Teufelskreis könnte endlich durchbrochen werden, der zu lange das Leben allzu vieler Menschen vergiftet hat, und ein neuer Zyklus gegenseitiger Befruchtung könnte beginnen, der durch den friedlichen Wettbewerb für das gemeinsame Wohl gekennzeichnet wäre, anstelle des militärischen Wettbewerbs, der nur in allgemeinem Elend enden kann.

Keine Vorbedingungen von den Palästinensern verlangen

Interview mit Israel Schahak

Übersetzung aus AL-FAJR, 25.12.86; erstmals erschienen in der linken israelischen Zeitschrift „News from Within", 8.10.86.

Schahak ist Professor für Chemie an der Hebräischen Universität. Er ist Vorsitzender der Liga für Menschen- und Bürgerrechte. Seit über 10 Jahren gibt er die „Shahak Papers" heraus, das umfassendste Material über das, was in Israel und den besetzten Gebieten geschieht.

Glauben Sie, daß es im israelisch-palästinensischen Dialog zwei Ebenen gibt?

Ich bin kein Linkszionist. Ich gehöre nicht zu denen, die von den Palästinensern Zugeständnisse fordern. Niemals in meinem Leben habe ich den Palästinensern irgendeine „Lösung" vorgeschlagen. Die Frage ist also nicht, ob ich versucht habe, wie die Linkszionisten, ihnen irgendetwas im Interesse des Staates Israel abzuluchsen. Ich spreche nach mehr als 18 Jahren politischer Aktivität. Tatsächlich habe ich oft mit Palästinensern über die Notwendigkeit gesprochen, mehr Widerstand zu leisten, und dies effektiver zu tun.

Ihr Konzept des Dialogs unterscheidet sich sehr von dem üblichen Konzept.

Selbstverständlich! Es gibt nichts widerwärtigeres als diese Pseudo-Dialoge. Ich habe nie daran teilgenommen — nein, nie sollte ich nicht sagen. Vor vielen Jahren versuchte ich, sie zu stören, aber ich merkte, daß das kontraproduktiv war. Selbstverständlich sprechen Linkszionisten wirklich für den Staat Israel — was ich nie mache. Ich bin gegen den Staat Israel. Ich habe den Staat Israel oftmals mit Südafrika verglichen und ich habe oft gesagt, daß die israelisch-jüdische Gesellschaft sich im Prozeß der Nazifizierung befindet. Sie ist noch nicht nazistisch, aber sie ist in einem Nazifizierungsprozeß und könnte sich zu einem Nazistaat entwickeln. Jetzt kommen viele Palästinenser zu diesen Dialogen, um einen verborgenen Kanal zum israelischen Establishment zu gewinnen.

Ich bin zur Schlußfolgerung gekommen, daß eine Menge Palästinenser, vor allem die von der Fatah, an Verbindungen zu Linkszionisten interessiert sind, weil sie eine Art von Dialog zwischen Dieben mit dem israelischen Establishment führen wollen. Wenn sie merken, daß wir nicht der Zugang sind, um Gefälligkeiten oder Gespräche mit der Regierung zu erlangen, lassen sie uns einfach fallen. Alle Annäherungsversuche, die von Fatah-Leuten uns gegenüber gemacht wurden — sagen wir mal gegenüber Matzpen (1), als diese aktiv war — bestanden stets in *einem* Treffen mit uns, das in Wirklichkeit ein Schritt zu den Linkszionisten und über diese zur israelischen Regierung war. Das war es, was Sartawi tat. Deshalb sind Dialoge zwischen Linkszionisten und Fatah-Typen schmutzig und widerlich. Nicht nur auf Seiten der beteiligten Linkszionisten, sondern auch auf Seiten der Fatah-Leute, die daran teilnehmen. Vielleicht sind einige von ihnen naiv, aber ich glaube, die Mehrheit von ihnen sind es nicht. Das ist ein zusätzlicher Grund, warum ich aufgefordert habe, diese Dialoge zu stören.

Was wollen die Linkszionisten ihrer Meinung nach mit diesen Dialogen erreichen?

Kollaborateure. Die Linkszionisten wollen eindeutig die Unterdrückung für das amerikanische Fernsehen oder für die mehr intellektuellen Typen in Harvard, Oxford und an der Sorbonne in einem netten Licht erscheinen lassen. Und dazu braucht man echte Palästinenser, die mit dem Staat Israel kollaborieren und die an alle diese Orte gehen und sagen: wir sind zufrieden, das gegenwärtige Regime ist in Ordnung.

Wenn es Treffen zwischen Mitgliedern der zionistischen Linken und der PLO außerhalb des Landes gibt, sehen sie

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

das als Übung in Legitimitätssuche an, oder als was sonst?

Nun, es gab eine Zeit, wo sie Legitimität suchten, aber das war in den späten 60er und frühen 70er Jahren, als die internationale Atmosphäre ganz anders war. Jetzt sind wir in der Reagan-Ära, und sie suchen nicht nach Legitimität. Sie wollen die Besetzung systematisieren. Und dafür brauchen sie Kollaborateure sowohl auf politischer wie auf intellektueller Ebene.

Glauben Sie, daß der von Nicht-Zionisten gemachte Versuch, einen Dialog in Gang zu bringen, der Mühe wert war, oder wurden wir manipuliert?Und was sollte ihrer Meinung nach derzeit das Ziel solcher Dialoge sein?





Vor allem haben wir aus diesen Dialogen etwas gelernt. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in der Atmosphäre von 1968-69 nichts über die Palästinenser wußten. (Ich spreche jetzt nicht von den Palästinensern in Israel.) Wir haben etwas über sie gelernt. Und ich kann sagen, was ich gelernt habe: wie in jeder Gesellschaft gibt es einen großen Unterschied zwischen Menschen, die frei sind — als Individuen, Intellektuelle vor allem, und die Palästinenser haben große intellektuelle Persönlichkeiten — und Politikern, die beim derzeitigen Zustand der palästinensischen Gesellschaft besonders korrupt sind, und zwar besonders korrupt wegen der bürokratischen, finanziellen Korruption. Ich habe gelernt, daß es sich lohnt, mit freien Palästinensern zu sprechen, es lohnt sich, mehr und mehr Dialoge auf allen Ebenen mit palästinensischen Individuen zu führen. Es lohnt sich *nicht*, Dialoge mit mit palästinensischen Politikern zu führen, wie etwa Journalisten, Studentenfunktionären usw. Dialoge sollten auf der Basis geführt werden, daß beide Seiten allgemeine Grundsätze akzeptieren. In einem Dialog sollte es uns möglich sein — bei all unserer Verurteilung des Staates Israel und des Zionismus und der israelisch-jüdischen Gesellschaft — zu sagen, daß die PLO Fehler gemacht hat, große Fehler, und diese Fehler nachzuweisen, ohne daß der Dialog abgebrochen wird oder ohne daß man uns sagt, wir hätten kein Recht zur Kritik. Ich habe das Recht, die Chinesen oder die Amerikaner zu kritisieren, und ich habe das Recht, die Palästinenser zu kritisieren. Ich habe nicht das Recht, ihnen Lösungen anzubieten. Es gibt einen sehr großen Unterschied, ob man das tut, was die Linkszionisten machen, nämlich den Palästinensern Lösungen vorzuschlagen — oder ob man sagt, daß die PLO oft gelogen hat oder daß die offiziellen Erklärungen der Fatah einander widersprechen. Zum Beispiel sagt die Fatah an einem Tag, sie sei gegen das Abkommen von Amman (2), und eine Woche später sagen sie, daß sich nichts geändert habe. Kritik an früheren und gegenwärtigen Aktivitäten und Gesellschaftskritik ist kein Versuch, eine Lösung anzubieten. Sie stellt keine Bevormundung dar und verletzt auch nicht die Selbstbestimmung. Kritik ist ein Recht, das wir haben müssen, und selbstverständlich müssen sie das gleiche Recht haben, den Staat Israel und die israelisch-jüdische Gesellschaft zu kritisieren.

Wie sehen Sie die Frage der Repräsentation?

Ich möchte mich an keinem Dialog beteiligen, bei dem es um Repräsentation geht. Zuerst mal, ich repräsentiere kein Gremium. Ich vermeide wie die Pest jeden Eindruck, daß ich den Staat Israel repräsentiere, eine Praxis, die ich selbstverständlich bei den Linkszionisten verurteile. Deshalb möchte ich keinen Dialog — ich sage das nach einer Reihe unangenehmer Erfahrungen — mit Palästinensern, die zu Recht oder zu Unrecht sagen, daß sie die PLO repräsentieren. Ich denke, daß Dialoge zwischen antizionistischen Juden und palästinensischen Vertretern der PLO derzeit zu nichts führen werden.

Was tat Marx, als klar wurde, daß die Revolution von 1848 gescheitert war? Er ging ins British Museum, um über die Gesellschaft zu lernen, die er verurteilt hatte und die er umzustürzen versucht hatte. Wir sind jetzt in einer analogen Situation — nicht nur im Nahen Osten, sondern in der ganzen Welt. Leider sind wir in einer Ära, wo Reagan herrscht. Wir leben in einem Zeitabschnitt, wo es auf der ganzen Welt fast keinen Führer in irgendeinem Staat oder einer nationalen Bewegung gibt, der weltweite Bewunderung auf sich ziehen kann. Es mag ein paar Ausnahmen geben, aber wenn wir die derzeitige Lage mit der vor 20 Jahren vergleichen, sehen wir den Unterschied. In so einer Zeit geht man und lernt. Man gibt seine Grundsätze nicht auf, aber man lernt. Wir, die antizionistischen Juden Israels, müssen die Palästinenser über die wirklichen Strukturen Israels und der israelisch-jüdischen Gesellschaft sowie über die vorzionistische jüdische Geschichte unterrichten. Und die Palästinenser können und sollen uns über ihre Gesellschaft und die gesamte arabische Welt aus einer fortschrittlichen Sicht unterrichten. Das ist wichtiger als Koalitionsbildung oder all der formale politische Kram.

Wie soll das geschehen und welche Mißverständnisse müssen korrigiert werden?

Der übliche Weg — Seminare, Vorlesungen usw. Wenn man in Schweden lebt und etwas über Südafrika lernen will, macht man es genauso. Was nun die Mißverständnisse angeht, so wissen die Palästinenser — ich spreche nicht von den israelischen Palästinensern — einfach nichts über die Geschichte Israels vor 1967 und selbstverständlich wissen sie so gut wie nichts über jüdische Geschichte, was sehr bedeutsam ist. Und selbstverständlich haben wir die gleichen Felder des Nichtwissens. So sollten wir uns gegenseitig etwas über unsere Gesellschaften beibringen, und die Palästinenser sollten uns über die Soziologie und die wirkliche Lage in der arabischen Welt unterrichten.

Wenn Sie von der Vermittlung von Information durch Seminare und Vorlesungen sprechen, beschränken Sie sich dann nicht auf einen kleinen Teil der Bevölkerung?

Nicht wirklich. Ich gehe bewußt rückwärts von der Tradition der Neuen Linken zu den klassischen sozialistischen Parteien, einschließlich der Stalinisten, und über diese hinaus zu der Tradition des europäischen und amerikanischen Radikalismus, der auf intellektueller Aktivität auf allen Ebenen aufbaute. Wenn man die Geschichte der Kommunistischen Partei im zaristischen Rußland untersucht, ein rückständigeres Land als Palästina jetzt, in dem 80 oder 90 Prozent der Bevölkerung Analphabeten waren, war die allererste Sache, die die Kommunisten taten, daß sie den Arbeitern Lesen und Schreiben beibrachten. Ich kehre entschieden zu dieser Tradition zurück und sage, daß intellektuelle Aktivität auf allen Ebenen und angewendet auf unterschiedliche Ebenen, zur Zeit Priorität vor Demonstrationen und anderen politischen Aktivitäten haben muß. Selbstverständlich gibt es ein Minimum, was wir machen müssen. Wenn es Folter gibt, werden wir nicht schweigen. Aber intellektuelle Aktivität muß an erster Stelle stehen. Darüber hinaus möchte ich die Gelegenheit nutzen, um zu sagen, daß viele frühere Fehler der Palästinenser von Unwissen herrühren, von einem Mangel an Wissen über Israel. Politik dreht sich um Macht, und es gibt einen großartigen Ausspruch von Francis Bacon, daß Wissen Macht ist. Man kann seinen Feind nicht besiegen ohne Kenntnis über ihn. Der Zionismus und die anderen imperialistischen Bewegungen hatten den großen Vorteil, daß sie etwas über die Palästinenser und die Araber im Allgemeinen wußten, während die Araber nichts über *sie* wußten. Die Palästinenser haben keine Chance, den Zionismus zu besiegen, wenn sie nichts über den Staat Israel und den Zionismus auf allen Ebenen wissen, und nicht nur das, was der Staat Israel ihnen angetan hat.

Meinen Sie, daß professionelle Dialogführer wie Hana Siniora einfach naiv sind?

Jetzt nicht mehr.

Was wollen sie denn?

In erster Linie führen sie Anweisungen aus. Jetzt ist die Frage, was Fatah zu erreichen versucht. Es gibt darauf zwei Antworten. Die erste, weniger wichtige ist, daß Fatah viele Jahre lang einen Zugang zum israelischen Establishment gesucht hat. Was aber die Frage betrifft, was damit erreicht werden soll, ist meine Antwort: ich denke, sie sind einfach dumm. Vor mehreren Jahren kam ich zu der Schlußfolgerung, daß sie einfach dumm sind. Und wiederum spielt Nichtwissen dabei eine Rolle. Wir sollten nicht vergessen, daß Linkszionisten in dieser Beziehung einiges erreicht haben, einiges sehr negativ, aber jedenfalls erreicht. Nehmen Sie Sartawi als Beispiel. Die Linkszionisten haben viele Palästinenser durch Gehirnwäsche dazu gebracht, daß sie glauben, der Zionismus oder ein Teil des Zionismus sei friedliebend, gemäßigt usw. Und heute scheint dies ein Teil der palästinensischen Führung, der Fatah, halbwegs zu glauben. Beispielsweise das dumme Zeug, das sie dauernd über die großen Demonstrationen nach den Massakern von Sabra und Schatila daherschwatzen. Vor allem lügen sie, was die Zahl der Teilnehmer betrifft, 400.000. Es waren keine 400.000 Menschen auf dem Platz — er kann gerade eben 120.000 aufnehmen. Und sie vergessen völlig, daß es auf dem selben Platz eine Demonstration gleicher Größe mit Begin und Scharon gab, nur wenige Wochen vorher. Sie vergessen, daß der ganze Zweck der Demonstration darin bestand, die Regierung zu stürzen, und daß Sabra und Schatila nur ein guter Vorwand waren. Als sich herausstellte, daß die Regierung nicht zu stürzen war, wurden Sabra und Schatila mehr oder weniger vergessen, bis die Kahane-Kommission ihre Erkenntnisse vorlegte (3); danach wurden sie wieder vergessen. Heute ist Scharon selbstverständlich wieder ein respekabler Minister und bestens Freund mit Peres und Rabin. Aber es ist sehr wahr, daß die Linkszionisten es geschafft haben, einen Teil der palästinensischen Führung oder Bürokratie einer Gehirnwäsche zu unterziehen. Ich glaube nicht, daß sie das bei vielen palästinensischen Intellektuellen unterschiedlicher politischer Couleur geschafft haben. Ich glaube nicht, daß sie es bei den palästinensischen Massen geschafft haben, aber die Lage bei den Palästinensern ist, daß sie eine Bürokratie haben, eine korrupte Bürokratie, die sich mehr und mehr vom palästinensischen Volk löst.

Anmerkungen

1) Matzpen war in den 60er Jahren die erste linksrevolutionäre, nicht-zionistische Gruppe Israels außerhalb der KP; sie stand stark unter dem Einfluß der europäischen „Neuen Linken".

2) Das Abkommen von Amman sieht eine enge Zusammenarbeit zwischen Jordanien und der PLO, mit der Perspektive einer künftigen palästinensisch-jordanischen Föderation, vor. Es wurde von König Hussein wenige Monate später einseitig „eingefroren", weil die PLO-Außenpolitik sich nicht seinem Diktat unterwarf. Die Linken (PFLP u.a.) forderten die Aufkündigung des Abkommens als Bedingung für ihre volle Mitarbeit in den PLO-Gremien. Hierzu gab die PLO-Spitze um Arafat in der Tat widersprüchliche, verworrene und offenkundig unglaubwürdige Erklärungen ab.

3) Die Kahane-Kommission wurde Ende September 1982 eingesetzt, um das Massaker zu untersuchen, das kurz zuvor libanesische Faschisten unter den Augen des israelischen Militärs in den Palästinenserlagern Sabra und Schatila ausgeführt hatten. Die Kommission kam zur Schlußfolgerung, daß das Massaker direkt von den Faschisten (Falange) verübt worden war und daß nur sie in den Lagern gewesen seien. Hierzu hätten israelische Stellen ihre Zustimmung gegeben, ohne die Auswirkungen gründlich zu überlegen. Die ersten Berichte aus den Lagern über die Vorgänge — während die Faschisten dort noch wüteten, also ein Eingreifen möglich gewesen wäre — seien von den direkt verantwortlichen israelischen Militärs nicht schnell genug weitergegeben worden.

Übersetzung und Anmerkungen zu den Interviews: Kt., Hamburg

Das Verbot der Kontakte ist kriminell

Interview mit Uzi Burstein

Das Interview wurde entnommen aus AL-FAJR, 25.12.86.

Uzi Burstein ist Sprecher der Israelischen Kommunistischen Partei (ICP) und der Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit (DPFE).

Wie steht die Front zu dem Gesetz, das Kontakte zwischen Israelis und PLO-Mitgliedern verbietet, und wollen Sie sich an das Gesetz halten?

Die DFPE lehnt dieses Gesetz vollständig ab. Nicht nur wegen unseres Verhältnisses zum palästinensischen Volk, sondern auch, weil wir glauben, daß das Gesetz nicht im Interesse Israels ist. Es ist eindeutig ein antiisraelisches und antipatriotisches Gesetz, weil es in Israels Interesse liegt, mit dem palästinensischen Volk und seiner Vertreterin, der PLO, zu sprechen. Dieses Gesetz ist kriminell. Es ist kraß antidemokratisch und reaktionär, es verletzt aufs schärfste das Recht auf Meinungsfreiheit, eine Freiheit, von der so oft gesprochen wird. Jahrelang sagten die zionistischen Führer, sie würden sich nicht mit Leuten von der PLO treffen, weil die PLO dazu nicht bereit sei. Aber zur Zeit ist klar, daß PLO-Führer bereit sind, sich mit israelischen Führern zu treffen, auch mit zionistischen Führern, und an einer internationalen Konferenz teilzunehmen. Aber dies Gesetz verhindert das. In Israel sind eine Menge Lügen über die PLO und die Palästinenser allgemein verbreitet worden. Nun bewirken diese Treffen, daß falsche Eindrücke und Annahmen korrigiert werden. Was unser Verhalten angeht: wir haben das Gesetz verurteilt und werden uns nicht daran halten.

Verfolgen Ihre Treffen mit der PLO ein spezielles Ziel?

Wir haben uns mit der PLO in der Vergangenheit getroffen und treffen uns derzeit mit ihr — trotz des Gesetzes — und wir werden uns auch zukünftig mit der PLO treffen, sei es nun privat oder öffentlich. Bei unseren Treffen diskutieren wir eine Vielahl von Themen. Wir stimmen nicht total mit der PLO überein. Wir haben unsere Kritik — beispielsweise das Abkommen von Amman — und wir sagen das offen.

Treffen Sie sich mit allen Strömungen in der PLO?

Ja, wir haben ein breites Spektrum von Kontakten mit den unterschiedlichen Vertretern des palästinensischen Volkes und mit allen Organisationen in der PLO. Selbstverständlich hat die Israelische Kommunistische Partei ein besonderes Verhältnis zur Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP).

Schließt das Zusammenarbeit ein?

Das kommt darauf an, was Sie unter Zusammenarbeit verstehen. Wir stimmen ideologisch mit der PCP überein und haben eine Anzahl gemeinsamer Erklärungen zu beidseitig interessierenden Fragen abgegeben. Jedoch, jede Partei arbeitet in ihrem Volk, die PCP unter den Palästinensern und die ICP unter den Israelis.

Wie sehen Sie die Art von Dialog, die zwischen Israelis und Personen aus den besetzten Gebieten stattfindet?

Mögen sie weitergehen. Aber die Frage ist, was gesagt wird. Wir meinen, daß diese Dialoge sich mit der Frage der Hindernisse auf dem Weg zum Frieden beschäftigen sollten, insbesondere der Reagan-Regierung. Diese Regierung ist gegen die Bildung eines palästinensischen Staates, und sie ist gegen die Einberufung einer internationalen Konferenz unter Schirmherschaft der UNO mit Beteiligung der PLO und der Sowjetunion. Die Reagan-Regierung unterstützt Israel aktiv und arbeitet mit ihm zusammen bei Angriffen und Drohungen gegen die arabischen Staaten. Wenn man also sprechen will über einen gerechten Frieden und die Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volks, dann muß man sich gegen die kriegstreiberische Politik der USA in dieser Region aussprechen. Leider fehlt genau das in diesen Dialogen, und das ist wirklich eine Schande.

Eine letzte Frage. Was für einen Einfluß hatte Ihrer Meinung nach die israelische Antikriegsbewegung auf die PLO?

Einen sehr starken. Das brachte sie wirklich aus dem Häuschen. Sie sahen darin einen Beweis, daß es ein anderes Israel gibt — nicht nur ein Israel, das auf Expansion und Siedlungen versessen ist. Das zeigte, daß es auch ein Israel gibt, das gegen den Krieg und für Frieden ist und daß es eine Möglichkeit gibt, Frieden zu erreichen, daß es Leute gibt, mit denen man sprechen kann.

Berichtigung

Im Artikel „Palästina Adios" (AK 281, S.1) hieß es: „*In den folgenden Monaten* (nach dem UN-Teilungsvorschlag vom November 1947 und vor der Proklamation des Staates Israel am 14.Mai 1948) *gelang es den Zionisten, diesen Teilungsplan durch militärische Aktionen wesentlich zu ‚korrigieren', u.a. die arabischen Städte Jaffa und Haifa zu besetzen.*" Dies trifft zu für Jaffa (besetzt am 12.Mai 1948), nicht aber für Haifa, das am 22. April 1948 von den offiziellen zionistischen Streitkräften (Haganah) gemeinsam mit den Rechtsextremisten der Irgun besetzt wurde: Haifa hatte damals etwa gleichviele jüdische und arabische Einwohner und war im Teilungsplan der UNO dem jüdischen Staat zugeschlagen worden. —

Aktuellste verfügbare Zahl über die jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten: Laut „Jerusalem Post" vom 4.10.86 waren es im Westbank-Gebiet 126 Siedlungen mit etwa 60.000 Einwohnern. Das bedeutet, daß während der zwei Jahre, in denen Peres für die Arbeiterpartei Ministerpräsident war, 20.000 Menschen neu zugezogen sind, also eine Steigerung um rund 50% in nur zwei Jahren. Offiziell tritt die Arbeiterpartei aber für ein „Einfrieren" der jüdischen Besiedlung der besetzten Gebiete ein. Gleichfalls die „Jerusalem Post" zitiert eine amtliche Quelle, daß die Zahl der jüdischen Bewohner der Westbank in vier bis fünf Jahren auf 300.000 gesteigert werden könnte.

Solidarität auf niedrigem Niveau

Interview mit dem Repräsentanten der SWAPO in Bonn

SOLIDARITÄT IST EINE FRAGE DER PRINZIPIEN

Ende April führten wir dieses Interview mit Nghidimondgila Shoombe, Repräsentant der SWAPO von Namibia (South West Africa People's Organisation) für die BRD. Hauptthemen dieses Gesprächs waren die Erfahrungen der SWAPO mit der jüngsten Politik der BRD in der Namibia-Frage, Fragen der Solidarität mit Ländern der "3. Welt", die Gefährdung der Bevölkerung durch die atomare Verseuchung und Probleme der Unterstützungsarbeit für ein freies, unabhängiges Namibia.

Im September 1982 errichtete die SWAPO ihr Büro in Bonn. Nach mehr als 15 Jahren des bewaffneten Kampfes erreichte die SWAPO eine halb-diplomatischen Status in der BRD. Wie entwickelte sich das Verhältnis zwischen SWAPO und der BRD-Regierung seit den späten 70er Jahren? Gibt es einen sichtbaren Umschwung Richtung rassistischer Politik in der Namibia-Frage nach dem Regierungswechsel in Bonn?

Zuerst: SWAPO hat keinen halbdiplomatischen Status in der BRD. Natürlich wird unser Büro durch das Außenministerium anerkannt. Aber der formale Status unseres Büros ist nicht geklärt.

Die Klärung der Namibia-Frage ist überfällig. Seit 103 Jahren sind wir vom Kolonialismus unterjocht und wir haben in all diesen Jahren um unsere Unabhängigkeit gekämpft. 1977 begannen fünf westliche Länder, darunter die BRD, um eine friedliche Lösung der Namibia-Frage zu verhandeln. Diese Länder erklärten, Südafrika dahingehend beeinflussen zu können, Namibia auf friedlichem Wege in die Unabhängigkeit zu entlassen.

Jetzt schreiben wir das 10. Jahr der Verhandlungen und nichts ist erreicht worden — außer wunderbaren Resolutionen einschließlich der letzten, der UN-Resolution 435. Diese fordert freie Wahlen unter Aufsicht der UN.

Die BRD hat ihre alte Position verlassen — die Umsetzung dieser UN-Resolution — zugunsten einer neuen, südafrikafreundlichen. In den frühen 80er Jahren gab es eine Diskussion zwischen der Fünfer-Gruppe (die BRD und vier westliche Länder), den UN-

lassen — die Umsetzung dieser UN-Resolution — zugunsten einer neuen, südafrikafreundlichen. In den frühen 80er Jahren gab es eine Diskussion zwischen der Fünfer-Gruppe (die BRD und vier westliche Länder), den UN,

den Frontstaaten und der SWAPO. Nach der Konferenz 1981 in Genf übernahmen die USA die Führung der Verhandlungen. Es gab dann nur noch einseitige Verhandlungen und keinen Versuch, um einen friedlichen Weg in der Namibia-Frage zu finden.

Nach dem Auseinanderbrechen der BRD-Regierung 1982 wurde die Entwicklungshilfe zum grundlegenden Element in der Namibia-Frage. Die sofortige Unabhängigkeit wurde zurückgestellt. Diese Veränderung der Außenpolitik ermutigte Südafrika auf verschiedene Weise.

Die Turnhallen-Allianz wurde so oft wie von keinem anderen Land eingeladen. Von 1982 bis 1983 war sie bei verschiedenen Parteien zu Gast. Dies war früher nicht der Fall. Die Einsetzung der Multi-Party im Jahre 1985 wurde durch die Anwesenheit von Parlamentsmitgliedern der CDU/CSU-Fraktion unterstützt. An der Regierungseinführung der Interims-Regierung nahm Hans Zeidler, Mitglied des Bundesverfassungsgerichts, teil. Mitglieder der CDU/CSU sprachen von positiven und weiterführenden Elementen in dieser Entwicklung.

Seit der Regierungseinsetzung in Windhuk gibt es verschiedenste Stiftungen in der BRD, die selbst die Entwicklungshilfe für Namibia finanzieren oder sich um eine Finanzierung bemühen. Sie finanzieren die sogenannte Busch-Klinik, Farm-Schulen oder Farm-Kliniken. Die Busch-Klinik wird von der südafrikanischen Armee unterhalten und liegt in deren sog. Operationsgebieten. Die Farm-Schulen werden unter dem Bantu-Erziehungssystem geführt. Dann gibt es die privaten deutschen Schulen, die auch aus der BRD finanziert werden. Bis auf seltene Ausnahmen können Namibier diese Schulen nicht besuchen. Für sie haben die Kolonialisten die Farm-Schulen errichtet.

Wir weisen diese Entwicklungshilfe zurück, denn wir wollen die sofortige Unabhängigkeit Namibias, und nur durch sie werden wir unsere Zukunft selbst bestimmen können. Entwicklungshilfe für Namibia zementiert den Status quo und erlaubt den Rassisten, ihr Budget zugunsten der Kriegsführung in Namibia zu entlasten.

Es gibt viele Wege für eine Hilfe aus der BRD. Wir haben 100.000 Flüchtlinge außerhalb Namibias, die Hilfe, Medizin, Erziehung usw. brauchen. Die BRD kann einige unserer Leute hier lernen lassen, anstatt sie dem Bantu-System auszusetzen. Oder sie kann SWAPO-Projekte in Namibia direkt unterstützen, die Teil des Widerstandes gegen die andauernde und unrechtmäßige Besetzung Namibias sind.

Letztes Jahr wurde SWAPO Ziel einer Desinformationskampagne der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Denken Sie, daß solche Organisationen heute mit mehr Erfolg versuchen, Vorbehalte gegen SWAPO zu wecken? Welche Auswirkungen haben Sie erfahren?

Diese sogenannte Menschenrechtsorganisation aus Frankfurt hat eine ganz üble Geschichte. Die IGFM wurde zunächst bekannt als Organisation, die sich mit sog. Flüchtlingen aus dem Ostblock beschäftigte. Das Adjektiv „international" wurde später hinzugefügt. Die IGFM war bislang nicht sehr bekannt in ihrer Beschäftigung mit Befreiungsbewegungen wie der SWAPO und dem ANC. Nun richtet die IGFM ihre Politik auf das südliche Afrika aus und beschuldigt SWAPO der Menschenrechtsverletzungen.

In der Vergangenheit haben sie sich nie um unser Volk gekümmert. Seit 103 Jahre herrscht Kolonialismus in Namibia. Wir wurden nie friedlich kolonisiert. Wir wurden nie friedlich durch das südafrikanische Militär besetzt. Das Verhältnis zwischen südafrikanischen Truppen und der Bevölkerung ist 1 zu 12 und damit weltweit ohne Beispiel. So wurden in Namibia jahrein jahraus die Menschenrechte verletzt.

Eine Reihe von Delegationen aus der BRD haben unsere Zentren besucht, Mitglieder der Kirchen, Parlamentsmitglieder, z.B. Uschi Eid für die Grünen. Ihre Berichte stellten klar, daß es in unseren Zentren keine Menschenrechtsverletzungen gibt.

1986 enthüllten wir, daß SWAPO mit rund 100 südafrikanischen Spionen durchsetzt war. Viele dieser Spione werden nun von SWAPO in Angola und Sambia gefangengehalten. Diesem Problem wandte sich die IGFM zu. Sie

durchsetzt war. Viele dieser Spione werden nun von SWAPO in Angola und Sambia gefangengehalten. Diesem Problem wandte sich die IGFM zu. Sie

sprach von Internierten der SWAPO. Sie forderte öffentliche Verhandlungen gegen diese Spione. Aber in dieser Frage wollen wir den internationalen Gepflogenheiten folgen. Die meisten Gerichtsverfahren gegen aufgeflogene Spione sind nicht öffentlich und ihre Informationen werden nicht bekannt gegeben. SWAPO wird gegen diese Leute heute nicht verhandeln, wir werden sie weiter bei uns behalten und untersuchen, auf welchen Ebenen sie arbeiteten, welchen Schaden sie anrichteten. Wir haben viele Leute durch diese Spione verloren. Und wir halten sie auch weiterhin, um sie zu beschützen, denn die Getöteten haben Verwandte in Namibia und in unseren Zentren. Darüber hinaus: wohin sollen wir diese Spione ziehen lassen, etwa nach Südafrika um dort Schaden anzurichten? Wir werden sie, wenn möglich, in einem unabhängigen Namibia vor Gericht stellen. Wir können es uns nicht erlauben, daß unsere Revolution ausgeforscht und untersucht wird.

Aus unserer Sicht ist die IGFM ein Teil der Propaganda-Maschine Südafrikas. Nur ein paar Beispiele: 1985 veröffentlichte sie eine „Karte der Freiheit" für Afrika. Auf dieser Karte ist Botswana das einzige „freie" Land auf diesem Kontinent. Zu ihrem jährlichen Treffen lud die IGFM 1986 den Bonner Vertreter Südafrikas als Ehrengast ein. Einmal behauptete die IGFM, unser Hauptvertreter in Lusaka sei verschwunden. Daraufhin erhielten wir in Bonn viele Telefonanrufe. Leute erkundigten sich, wohin denn dieser Vertreter verschwunden sei. Sie fürchteten, SWAPO könne ihn verhaftet haben. Aber bald erkannten die Leute, daß dieser Vertreter auf seinem neuen Posten im Senegal saß.

Die westdeutsche Industrie beutet einen großen Teil des Urans in Namibia aus. Aber das kann nicht der einzige Grund sein, warum die BRD-Regierung die Besetzung Namibias durch Südafrika so nachhaltig unterstützt. Es gibt eine starke Verzahnung der Außenpolitik in der Namibia-Frage und derjenigen gegenüber Südafrika. Wie behandelt SWAPO diesen Umstand in ihrer Politik in der BRD?

Wir kämpfen seit mehr als 20 Jahren, und offensichtlich hat die BRD — ob Firmen oder Politik — ihren Beitrag zum Krieg und zu der Kriegsmaschine Südafrika geliefert. Viele Firmen der BRD haben Niederlassungen in Namibia oder in Südafrika. Diese Tatsache ist allgemein bekannt, sogar gerichtsmäßig. Die Düsseldorfer Firma Rheinmetall wurde 1986 angeklagt, Waffen nach Südafrika verschifft zu haben, dann ist da noch die gegenwärtige U-Boot-Affäre. Das Waffenembargo der Vereinten Nationen wurde von der BRD wiederholt verletzt. Daimler-Benz verkauft die Unimogs, Magirus-Deutz Lastwagen und alle möglichen Transportmittel. Uns ist bekannt, daß die südafrikanische Armee 90% ihrer Transportmittel aus der BRD bezieht, oder unter Lizenz nachbaut.



Während der Gedenkfeier zum „Internationalen Jahr des Friedens" der Vereinten Nationen am 26.1.86 in Windhoek schlugen und verhafteten südafrikanische Polizisten Mitglieder der SWAPO. Etwa 58 Menschen wurden verhaftet.

Während der Gedenkfeier zum „Internationalen Jahr des Friedens" der Vereinten Nationen am 26.1.86 in Windhoek schlugen und verhafteten südafrikanische Polizisten Mitglieder der SWAPO. Etwa 58 Menschen wurden verhaftet.

Weiterhin kreditieren die westdeutschen Banken Südafrika, die Deutsche Bank und die Dresdner Bank mit einem 51% Anteil an der SWA-Bank in Namibia. Diese Banken leisten damit der südafrikanischen Armee finanzielle Hilfe. Keine dieser westdeutschen Firmen hat einen Versuch gemacht oder auch nur eine Willensbekundung getan, sich aus Südafrika oder Namibia zurückzuziehen. Einige britische, usamerikanische oder Firmen aus anderen Ländern haben sich aus Südarika zurückgezogen oder ihre Anteile verkauft.

Die Situation in Namibia ist sogar schlimmer als in Südafrika. Nehmt die Konzentration der südafrikanischen Armee. Über Namibia ist eine totale Nachrichtensperre verhängt und unser Land leidet weiterhin unter dem kolonialen Status.

Die demokratischen Bewegungen in der BRD haben ihre Stars und Favouriten. Wichtige und große Befreiungsbewegungen, vor allem die afrikanischen, zählen nicht dazu. Besonders SWAPO wird oft übersehen, obwohl sie international als Repräsentantin des Volkes von Namibia anerkannt ist. Politisches Bewußtsein hat seine Wurzeln in der Geschichte. Beruht die Mißachtung der SWAPO auf der kolonialen Vergangenheit des „Deutschen Kaiserreichs" oder möglicherweise auf einer antidemokratischen Tendenz in der BRD?

In jeder Gesellschaft ist die Unterstützung einer Befreiungsbewegung und die Solidaritätsarbeit geschichtlich begründet, ebenso wie die betreffende Gesellschaft sich selbst sieht in ihrer Beziehung zu anderen Ländern. Die Befreiungsbewegungen sind ein wichtiger Faktor in der allgemeinen Entwicklung. Diese Bewegungen schufen unabhängige Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika. Soweit es SWAPO und den ANC betrifft, muß man auf die grundsätzlichen Fragen zurückgehen, die die Existenz dieser Befreiungsbewegungen begründen. Es ist die Ungerechtigkeit, die in beiden Ländern herrscht als Ergebnis der Apartheid und des Kolonialismus. Von dieser Ungerechtigkeit sind auch die Menschen in den benachbarten Staaten betroffen.

Nun, wie sehen Menschen in der BRD die Ungerechtigkeit im südlichen Afrika? Sie müßte die Wurzeln der eigenen Geschichte und die Entwicklung der Gesellschaft hier und heute anrühren. Die Menschen in Deutschland erlitten die Ungerechtigkeit während der Hitler-Periode. Bei einer Gegenüberstellung der Ungerechtigkeit im südlichen Afrika und während der Hitler-Periode sieht man, daß es auch in Deutschland demokratische Kräfte gab. Wenn heutzutage eine gewisse Apathie gegenüber Namibia und Südafrika herrscht, fragt man sich, ob diese Apathie ein Ergebnis der schlechten Information ist, oder das Resultat eines anderen Interesses, oder ist dies ein Teil des Rassismus ... Viele Menschen in der BRD haben Solidarität in ihrem eigentlichen Sinn nicht verstanden: Eine Überzeugung in jedem Individuum oder in jeder Gemeinschaft, sich für Gerechtigkeit einzusetzen und nicht nur im eigenen Land. Sondern wo immer auf der Erde Ungerechtigkeit herrscht, hier dagegen zu kämpfen, und eventuell dafür zu sterben. Nur eine Anprangerung mit Erklärungen hat schlußendlich keinen großen Effekt.

Wir erwarten von der BRD eine führende Rolle in der Frage der Unabhängigkeit unseres Landes. Nicht nur aus geschichtlicher Verpflichtung, sondern auch, weil eine große deutsche Gemeinschaft in Namibia lebt. Denn wenn es dort Ungerechtigkeit gibt, sind auch sie betroffen. Man fragt sich, ob das Schweigen über die Ungerechtigkeit in Namibia ein Ausdruck dafür ist, daß die Güter Namibias, die die Westdeutschen dort herausholen, höher bewertet werden als die schwarzen Namibier. Wir sind weniger wert als Kupfer oder Uran oder billige Arbeitskraft ...!

Natürlich war Deutschland nicht die einzige Kolonialmacht. Die Briten, Niederländer und Franzosen hatten auch ihre Kolonien. Aber verglichen mit der Bewegung in der BRD gibt es in Großbritannien eine wesentlich bessere Unterstützung unseres Kampfes.

Hängt dies nicht zusammen mit der großen Zahl der Menschen aus Afrika oder Asien, die in Großbritannien leben. Diese haben doch eine höhere Identität mit den Menschen, die heute in Namibia oder Südafrika leben?

Das kann sein. Aber wie ich eingangs sagte, ist Solidaritätsarbeit eine Frage von Prinzipien. Es ist nicht nötig, einen schwarzen Menschen zu sehen, um den Kampf gegen die Ungerechtigkeit in diesen Ländern zu unterstützen. Es ist eine Frage der Prinzipien. Es gibt Apartheid in Südafrika und Kolonialismus in Namibia und es liegt keine Notwendigkeit darin, daß tausende Namibier in der BRD leben, um den Kampf für die Unabhängigkeit Namibias zu unterstützen. Es ist die einfache Sache, für die gerechte Sache dieser Menschen einzutreten. Für ihr Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Ob du sie gesehen hast oder nicht, ob ein Namibier nun in der BRD lebt oder nicht.

Die BRD hat ein historisches Erbe. Es gibt eine deutsche Gemeinschaft in Namibia mit Verwandten in der BRD, die sich gewöhnlich wechselseitig jedes Jahr besuchen. Der Tourismus hat sich verdreifacht und heute besuchen mehr Westdeutsche Namibia als Südafrika. Eigentlich gibt es umfassende Informationen über die Ungerechtigkeit in Namibia durch den westdeutschen/namibischen Tourismus.

So müßte die Schlußfolgerung gezogen werden, daß diese Prinzipien der Solidarität in der BRD nicht existieren?

Die Gruppen sind kleiner als in anderen Ländern. Die Solidarität existiert auf einem niedrigeren Niveau. Natürlich wissen wir, daß 1884/85, als die Deutschen Namibia zu kolonisieren versuchten, einige Gewerkschafter oder Sozialdemokraten wie August Bebel dagegen waren. Sie waren gegen den deutschen Kolonialismus. Diese Gruppe besteht immer noch. Aber ich denke, sie ist nicht gewachsen. Es ist eine kleine Minderheit, ob in der Kirche oder anderswo.

Wenn SWAPO schließlich die Unabhängigkeit gewinnt (und es grundlegende Veränderungen in Südafrika gibt), wird dies einen bemerkenswerten Verlust für die wirtschaftlichen Interessen der BRD bringen. Wir haben oft die Erfahrung gemacht, daß Teile der demokratischen Bewegung, insbesondere Gewerkschafter und Sozialdemokraten, bei einer derartigen Entwicklung um ihre Arbeitsplätze fürchten. Dies wird besonders dann diskutiert, wenn die Rede auf Sanktionen gegen Südafrika kommt, aber gilt natürlich auch für Namibia. Andererseits ist SWAPO durch die Exilsituation auf die Unterstützung auch dieser Kräfte angewiesen. Wie verfahrt ihr mit diesen Widersprüchen?

Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in der BRD ist nicht das Ergebnis der Schließung von Fabriken oder Unternehmen in Südafrika oder Namibia. Im Gegenteil, Arbeitslosigkeit in der BRD ist auch Resultat der Verlagerung kleiner und großer Betriebe nach Na-

Schließung von Fabriken oder Unternehmen in Südafrika oder Namibia. Im Gegenteil, Arbeitslosigkeit in der BRD ist auch Resultat der Verlagerung kleiner und großer Betriebe nach Na-

mibia, Südafrika oder in ein beliebiges „3. Welt"-Land, wo es billiger Rohmaterialien und Arbeitskräfte gibt. In diesem Zusammenhang ist die Unterstützung unseres Kampfes, ob durch Gewerkschafter oder sonst jemanden in der BRD, ein Beitrag zum Frieden in unserer Region und andererseits ein Weg, diese Betriebe wieder zurück in die BRD zu bringen. Denn diese Unternehmen werden nach der Abschaffung der Apartheid und der Unahängigkeit Namibias dort keine billige Arbeit genießen können.

Wenn der Krieg im südlichen Afrika beendet ist, wird es auch keine Verwendung für Unimogs, Magirus-Deutz oder U-Boote im südlichen Afrika geben. Deshalb ist unser Sieg nicht nur ein Beitrag zum Weltfrieden, sondern auch ein Beitrag für mögliche Veränderungen der Produktion in der BRD.

Aber vor allen Dingen wird die Unabhängigkeit Namibias und die Freiheit in Südafrika zum Weltfrieden beitragen. Man sollte nicht zugunsten Südafrikas argumentieren!

Stellt euch vor: nach einem Bericht von UNICEF aus dem letzten Jahr starben 140.000 Kinder in Mosambik und Angola mittelbar durch die Agressionen der südafrikanischen Armee. Wenn die Apartheid ausgemerzt und Namibia unabhängig ist, wird es keine Agressionen gegen die Nachbarstaaten geben.

Ein Mitglied des ANC sagte einmal auf einer Veranstaltung zu seiner westdeutschen Zuhörerschaft: „Ihr arbeitet gegen einen 3. Weltkrieg, aber wir kämpfen für unsere Zukunft". Haben Sie die Erfahrung gemacht, daß die Angst vor einem 3. Weltkrieg die Menschen hier blind macht für den Befreiungskampf und die Hoffnung für eine Gerechtigkeit in der Zukunft in eurem Land?

Auch wir — die Völker in Namibia und Südafrika — haben an früheren Welt-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

kriegen teilgenommen und Afrikaner starben in diesen Kriegen. Der zweite Weltkrieg war eine weltweite Kampagne gegen den Faschismus. Es war keine Frage der Hautfarbe, es war eine Frage der Ungerechtigkeit und die Welt wurde befreit. Vor zwei Jahren begingen die Europäer den 40. Jahrestag des Friedens. Aber die Welt vergißt, daß ein anderes faschistisches Regime das südliche Afrika terrorisiert. Apartheid ist ein Verbrechen, dem ähnlich wie dem Faschismus während des zweiten Weltkrieges begegnet werden müßte. Niemand sollte denken, ein dritter Weltkrieg würde nur in Europa stattfinden. Afrika wird genauso betroffen sein wie während des zweiten Weltkrieges. So fordern wir die ganze Gemeinschaft zu einem weltweiten Frieden auf — und nicht nur für einen Teil der Welt oder einen Ausschnitt aus der Weltbevölkerung. Die Befreiung Südafrikas ist eine Befreiung für die ganze Welt.

In diesem Frühjahr befaßte sich das westdeutsche Parlament mit der U-Boot-Affäre. Es wäre einfach zu sagen, die Entfernung zwischen der BRD und Südafrika sei sehr groß. Denn warum sollte man zwei Monate um diese Frage diskutieren, wenn nicht auf Grund der Tatsache, daß Südafrika die Menschheit als ganze gefährdet?! Viele Menschen außerhalb des Parlaments denken an ihre Verantwortlichkeit, wenn diese U-Boote Südafrika in seiner aggressiven Politik helfen. Dies ist nicht allein eine Frage für die Länder, die an Südafrika grenzen. Falls jemand im südlichen Afrika durch den Einsatz dieser Boote stirbt, seid ihr in der Verantwortung, denn diese Boote werden in der BRD produziert.

Die Menschheit rückt näher und näher zusammen. Insgesamt ist es eine Frage des gegenseitigen Verstehens, des Friedens. Für die Zukunft steht die Frage an, wie wir zusammenleben, wie wir Handel treiben. Es ist eine Bedrohung aller, ob nun durch die U-Boote Südafrikas, durch die Stationierung der Atomwaffen in der BRD, durch den in Namibia deponierte Atommüll oder durch den Einsatz chemischer Waffen.

Unsere Unabhängigkeit oder Befreiung kann nicht für sich allein gesehen werden, sie muß im Zusammenhang der ganzen Welt gesehen werden. Der Frieden in Europa wird seinen Beitrag zum Frieden in Afrika leisten, wie umgekehrt Frieden in Afrika seinen Beitrag zum Frieden in Europa leistet.

Das Volk Namibias leidet stark unter der Ausbeutung des Urans. Die Regierung der BRD trägt dafür eine große Verantwortung, denn dies Uran wird für die Atomanlagen in der BRD genutzt. Die Anti-AKW- und die Friedensbewegung in der BRD sind gegen diese Atompolitik. Der Protest gegen die Atomfabriken in Hanau, den Nukem/Alkem-Komplex, führte im November 1986 zu einer nationalen Demonstration in Hanau. Eine Beteiligung der SWAPO wurde erwartet. Wie sind die künftigen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit, muß es noch mehr Information und Diskussion geben ...?

für die Atomanlagen in der BRD genutzt. Die Anti-AKW- und die Friedensbewegung in der BRD sind gegen diese Atompolitik. Der Protest gegen die Atomfabriken in Hanau, den Nukem/Alkem-Komplex, führte im November 1986 zu einer nationalen Demonstration in Hanau. Eine Beteiligung der SWAPO wurde erwartet. Wie sind die künftigen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit, muß es noch mehr Information und Diskussion geben ...?

Mehr als 30% des Namibia-Urans gehen in die BRD, der Rest nach Großbritannien und in andere westliche Länder. Dies ist eine Verletzung der UN-Regelung Nr.1 des UN-Rates für Namibia, die eine Ausbeutung der Rohstoffe in Namibia verbietet.

Unser Volk arbeitet zu Hungerlöhnen, die Lebensbedingungen sind armselig. Die Unterkünfte der Arbeiter sind teilweise aus krebserregendem Asbest gefertigt. Die Siedlung der Afrikaner in der Roessing-Mine ist folgendermaßen angelegt: Von See aus gesehen kommt deren Siedlung zuerst, dann die Atommüllhalde und die Mine selbst. So trägt der Wind aus dem Landesinneren immer nuklearverseuchten Staub über diese Siedlung. Die Weißen, die in dieser Mine arbeiten, wohnen 40 bis 50 Kilometer entfernt.

Nach einem Bericht über die Krebsentwicklung in Namibia stirbt dort jeder Sechste an Krebs. Dieser Prozentsatz liegt 2,5mal höher als in Südafrika. Die gesamte namibische Gesellschaft ist davon betroffen und so werden wir in 20 Jahren eine im Ganzen kranke Gesellschaft haben, die wir nicht mehr gesund machen können.

Nun plant die BRD die Lagerung ihres Atommülls in Namibia. Damit werden wir für tausende von Jahren die Opfer sein. Das ist Völkermord.

Um Informationen zu verbreiten (in der BRD), müssen nicht notwendigerweise wir die Menschen aufklären. Okay, in gewisser Weise ist es unsere Pflicht, oder uns zumindest nicht zu weigern. Aber wenn die Menschen schon über die Gefahr der Atomwaffen reden, die Stationierung der Raketen, sollten sie sich der Gefährdung derer bewußt sein, in deren Ländern das Uran abgebaut bzw. der Atommüll zurückverfrachtet wird. Z.B. Namibia: Wenn sie sich der illegalen Ausbeutung bewußt sind, müssen sie sich doch auch der Gefahr für die Arbeiter in Namibia bewußt sein. Es ist ein Frage der Prinzipien der Solidarität, mit uns dagegen zu protestieren. Wenn ich mich in der BRD durch Atommüll bedroht fühle, muß ich doch auch mit denen solidarisch sein, die ihrerseits durch Atommüll bedroht sind. Die Arbeiter in den westdeutschen Atomfabriken sind auf die Anwesenheit eines Namibiers nicht notwendig angewiesen, um „Nein" zum Uran aus Namibia zu sagen. Wenn ich rede, mag das einen gewissen Effekt haben, aber Solidarität kann auch ohne dies geleistet werden.

Unsere künftige Position in der Uran-Frage: Natürlich wissen wir um die Gefährdung in den Uran-Minen. In der gegenwärtigen Situation brauchen wir Unterstützung, besonders aus der BRD, weil wir nicht frei sind, weil wir weiterhin für die Unabhängigkeit kämpfen. Uran ist nur ein Teil der Probleme in Namibia. Aber die Lösung für diese Probleme ist die Unabhängigkeit. Nun: Es wäre allein schon ein Beitrag zu unserem Kampf, wenn diejenigen, die in den Atomfabriken arbeiten, einfach aufstehen und „Nein" sagen zur Einfuhr des Namibia-Urans.



Südafrikanische Polizeieinheit in Namibia: Unter Belagerungszustand nehmen sie sich das Recht sofort zu schießen.

Dies wäre die von uns am meisten gewünschte Solidaritätsaktion der westdeutschen Arbeiter. Dies könnte auch einen Anstoß geben für die künftigen Mitglieder eines Parlaments des freien Namibias, um eine klare Ablehnung in der Uran-Frage zu formulieren, denn dort werden auch die Arbeiter aus den Uran-Minen sitzen. Eine Erklärung wie „... kein Uran wird jemals geliefert werden" klingt zwar in der Gegenwart gut, aber wir haben nicht die Macht dies umzusetzen. Die westdeutschen Arbeiter sollten eine Kampagne gegen die illegale Ausbeutung der namibischen Arbeiter machen. Und wenn wir dann nach der Unabhängigkeit zusammensitzen und unsere Politik ausarbeiten, können wir schlußfolgern: „Okay, sie wollen kein Uran, und wir brauchen kein Uran!" Wir begeistern uns nicht an nett klingen Erklärungen, sondern an konkreten Aktionen.

der Gegenwart gut, aber wir haben nicht die Macht dies umzusetzen. Die westdeutschen Arbeiter sollten eine Kampagne gegen die illegale Ausbeutung der namibischen Arbeiter machen. Und wenn wir dann nach der Unabhängigkeit zusammensitzen und unsere Politik ausarbeiten, können wir schlußfolgern: „Okay, sie wollen kein Uran, und wir brauchen kein Uran!" Wir begeistern uns nicht an nett klin-

Manchmal hat man den Eindruck, die Unterstützung wird von bestimmten Bedingungen gegenüber den Befreiungsbewegungen abhängig gemacht. Die Umweltfrage ist eine davon. Z.B. wenn SWAPO keine klare Ablehnung zum Uranabbau bezieht, wird die Unterstützung kleiner sein ...

Darin liegt ein gewisses Diktat, das nicht zur Solidarität paßt. Die letzte Entscheidung sollte dem betreffenden Volk überlassen sein, ihr solltet die allgemeinen Probleme des Landes verstehen und die Dringlichkeiten, die das Volk setzt. Nimm die Umweltfrage; dies ist vielleicht nicht die drängendste Frage für diese Menschen und es gibt auch zunächst keine Lösung dafür. Unter den in der Frage formulierten Bedingungen wäre dann die Solidarität begrenzt. Für Namibia ist der Kolonialismus das Problem. Die Umweltfrage steht auch ganz oben. Aber die Arbeiter der Roessing-Mine aufzufordern, ihre Werkzeuge niederzulegen wegen der Krebsgefahr, wer würde das verstehen? Und vorausgesetzt, sie täten dies. Dann würde Südafrika billige Arbeitskräfte aus den Homelands holen und die würden dort arbeiten. Das Problem des Kolonialismus wäre aber nicht gelöst.

Es gibt eine weitere Schwäche in der Solidaritätsbewegung. Wenn ein Land einmal frei ist, wird es fallen gelassen. Angola, Mosambik, jetzt Nicaragua werden fallen gelassen. Aber die Probleme bestehen sowohl für Angola als auch für Mosambik weiter. Für Südafrika ist es möglich, seine Aggressionen auszuführen, und niemand spricht darüber. Solidarität sollte sich nicht selbst beschränken. Sie beinhaltet einen fortdauernden Prozeß. In diesem Prozeß wird eine Beziehung aufgebaut, die bis zu einem gewissen Grade ausgeweitet wird auf den Handel, auf die Diskussion und konkrete Aktionen. Wären die Unterstützungskommites für Angola und Mosambik heute stärker, wäre es für Südafrika viel schwerer, in der BRD Politik mit RENAMO (Contergeurilla in Mosambik) oder der UNITA zu treiben.

Weltweit leiden viele junge Staaten in der „3. Welt" unter der Destabilisierung. Nicaragua, Angola und Mosambik sind aktuelle Beispiele dafür. Dadurch haben diese Länder viele Probleme in ihrer Entwicklung. Diese Länder können sich nicht als die blühenden Länder entwickeln, wie es vielleicht die Unterstützer gehofft hatten. Hat dies Ihrer Meinung nach hat einen Einfluß auf das Engagement in der Solidarität in der Weise, daß Menschen ihre Hoffnung auf eine Veränderung in Richtung einer besseren Zukunft verloren haben oder steckt darin ein speziell westeuropäisches Problem?

Die Entwicklung in Ländern wie Angola oder Mosambik spiegeln die Entwicklung der BRD nicht wider. Diese Länder haben die Sklaverei und den Kolonialismus durchgemacht. Kolonialismus war nichts anderes als eine Maschinerie der Ausbeutung. Alles was in diesen Ländern produziert wurde, ging zu den Kolonisten. Alle Einrichtungen und Infrastrukturen für den Transport waren auf die Kolonialisten ausgerichtet. Angola, ein riesiges Land, hat nur eine Eisenbahnlinie, die Angola bis heute nicht einmal gehört, sondern mehrheitlich den westlichen Ländern. Es gibt keine Verbindung zur Hauptstadt mittels dieser Linie, denn die Eisenbahnlinie wurde lediglich gebaut, um das Kupfer aus Sambia oder Katanga zur Küste zu bringen. 500 Jahre waren die Portugiesen in Angola und haben nichts hinterlassen. Heute ist Angola zehn Jahre unabhängig und hat in dieser Zeit viel erreicht.

Vorschnell wird die Hoffnung in die Entwicklung dieser Länder aufgegeben, besonders in Europa, speziell in der BRD. 500 Jahre Kolonialismus haben nichts hinterlassen. Und doch haben die Angolaner in ihrem Unabhängigkeitskampf die Hoffnung nicht verloren. Die Unterstützungsarbeit hier sollte keine Unterstützung auf Zeit sein. Dies sollte ein Prozeß sein, der zusammenfließt in der Entwicklung der Gesellschaft mit all ihren Problemen und weitergeht. Wenn die Unterstützung nicht an einen bestimmten ideologischen Glauben gebunden ist, der oft zu einer ganz falschen Einschätzung führt, müssen die Menschen unterstützt werden, um aus dem Elend und der Ungerechtigkeit herauszukommen.

Manchmal ist man enttäuscht über den ideologischen Weg dieser Völker, aber es ist deren Recht, sich zu entscheiden. Dies sollte keine Grundvoraussetzung für eine Unterstützungsarbeit sein. Ihr macht die Solidaritätsarbeit, und die anderen werden darüber entscheiden, welchen Weg sie gehen werden. Aber ihr unterstützt weiterhin.

zung führt, müssen die Menschen unterstützt werden, um aus dem Elend und der Ungerechtigkeit herauszukommen.

Manchmal ist man enttäuscht über den ideologischen Weg dieser Völker, aber es ist deren Recht, sich zu entscheiden. Dies sollte keine Grundvoraussetzung für eine Unterstützungsarbeit sein. Ihr macht die Solidaritätsarbeit, und die anderen werden darüber

Von uns — ob Afrikaner oder Lateinamerikaner — sollte nicht erwartet werden, daß wir auf einer ähnlichen Stufe der Entwicklung stehen wie Europa. Man sollte mehr Geduld und Verständnis haben, denn wir müssen noch einen weiten Weg gehen, z.B. wegen der Unausgewogenheit im Handel. Es ist einfach zu früh für ein Urteil aus der Unterstützungsbewegung. Sie sollte besser in der BRD anfangen und ihre Multis hier unter Druck setzen, damit sie sich aus Südafrika zurückzuziehen als Teil der Sanktionen gegen die Rassisten.

In der BRD sollte das Bewußtsein der Menschen gestärkt werden in der Frage der Solidarität. Es geht nicht um Apartheid, sondern um den Weltfrieden. Die Welt rückt näher zusammen. Niemand sollte Ungerechtigkeit hinnehmen, wo immer auf der Welt. Mehr Menschen engagieren sich für den Frieden. Indem sie dies tun, sollten sie individuell oder gemeinschaftlich absichern, daß die Ungerechtigkeit abgeschafft wird. Kolonialismus ist eines der verhaßtesten Systeme auf der Welt und doch ein fortdauerndes Regime. Deshalb ist es an den westdeutschen Menschen, Unterstützergruppen, Parlamentariern oder Kirchengruppen, wenn sie verstanden haben, daß Kolonialismus ein Verbrechen ist, aufzustehen und die Unabhängigkeit Namibias und die Abschaffung der Apartheid zu verlangen. Dadurch tragen sie zum Weltfrieden bei.

Wir danken für das Interview.

'Aquino ist für uns ein viel schwächerer Gegner als Marcos'

Interview mit Joma Sison, Teil 2

Anläßlich seiner Europareise hatten wir Anfang April die Gelegenheit eines ausführlichen Interviews mit Joma Sison. Joma ist heute die bekannteste Persönlichkeit der philippinischen Linken. Er wurde 1939 in Cabugao (Ilocos Sur) geboren. Anfang der 60er Jahre spielte er eine zentrale Rolle in der philippinischen Studentenbewegung. 1964 gründete er die Kabataang Makabayan (Patriotische Jugend), die zurecht als die Keimzelle der Nationaldemokratischen Front gelten kann. 1967 schrieb er mit „Struggle for National Democracy" einen ersten grundlegenden Text für die philippinische Revolution. Im November 1977 wurde er verhaftet und in ein Militärgefängnis eingeliefert, wo er der Folter des Marcos-Regimes ausgesetzt war. Er wurde verdächtigt, Amado Guerrero zu sein, der Gründer und Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) und Autor des noch heute grundlegenden Werkes „Philippine Society and Revolution". Ohne jemals angeklagt oder verurteilt worden zu sein, wurde er nach dem Sturz von Ferdinand Marcos am 4. März 1986 freigelassen. Seit seiner Freilassung hat er in zahlreichen öffentlichen Vorträgen und Interviews für die Idee der philippinischen Revolution geworben. Daneben fungierte er als Gründungsmitglied der „Partido ng Bayan" (Partei des Volkes). Über sein politisches Engagement hinaus hat sich Sison auch einen Namen als Dichter gemacht und wurde bereits mit mehreren Literaturpreisen ausgezeichnet.

Wir sprachen mit Joma über seine Zeit im Knast, die Geschichte der CPP — diese Teile sind in AK 281 veröffentlicht. In dieser Ausgabe folgen die Teile über den Wahlboykott und die aktuelle Lage.

Joma, du hast die Boykottkampagne der CPP anläßlich der Präsidentschaftswahlen nicht vollkommen unterstützt und stattdessen für eine flexiblere Strategie plädiert. Hätte eine kritische Unterstützung für „Cory" Aquino zu diesem Zeitpunkt den Weg für eine demokratische Koalitionsregierung, die die CPP einschließt, geebnet?

Joma, du hast die Boykottkampagne der CPP anläßlich der Präsidentschaftswahlen nicht vollkommen unterstützt und stattdessen für eine flexiblere Strategie plädiert. Hätte eine kritische Unterstützung für „Cory" Aquino zu diesem Zeitpunkt den Weg für eine demokratische Koalitionsregierung, die die CPP einschließt, geebnet?

Ich bin immer gegen den Gebrauch von Begriffen wie Boykott oder Teilnahme gewesen. Eine kommunistische Partei muß sich einfach über die vom Gegner, dem US-Imperialismus, veranstalteten Wahlübungen stellen. Es hätte der Partei besser angestanden, den legalen Organisationen, unseren Bündnispartnern, selbst die Entscheidung zu überlassen, ob sie an den Wahlen teilnehmen wollen oder nicht. Der Boykottfehler bestand also aus zweierlei. Zum einen hat die Partei die spezielle Situation und die Bedürfnisse unserer legalen Bündnisorganisationen zu wenig berücksichtigt und zum anderen die Auswirkungen unterschätzt, die es hat, wenn das Volk die Erfahrung macht, daß sich seine Situation durch Wahlen nicht verbessern läßt. Die Partei lag richtig, als sie sagte, Marcos wird bei den Wahlen betrügen und er hat betrogen. Die Partei hat jedoch darin gefehlt, im Zusammenhang mit diesen Wahlen, die Basis für einen Volksaufstand vorzubereiten. Es ging bei diesen Wahlen nicht darum sie zu gewinnen, es ging darum, im Volk die Basis für einen Aufstand gegen den Feind zu schaffen. Aquino gelangte nicht durch Stimmenauszählungen an die Macht. Sie gelangte an die Macht aufgrund eines extra-legalen Aktes, eines Volksaufstandes. Die Auswirkungen des Boykottaufrufes der Partei müssen sehr sorgsam abgewägt werden. Sie waren auf keinen Fall, wie so oft dargestellt, ein Desaster. Sie ist nicht von einer Zustimmung, von etwa 100% des Volkes ins bodenlose gefallen. Durch diese Boykottentscheidung ist allenfalls das Anwachsen der revolutionären Bewegung in seiner Intensität gebremst worden. Ihr stellt die Frage, was die revolutionäre Bewegung bei einer positiven Beteiligung zur Wahl hätte gewinnen können, nun die CPP hatte nicht viel zu erwarten. Es hätte keine Kabinettsposten gegeben. Bereits im November 1985 hatte Frau Aquino, um sich der Unterstützung der USA zu versichern, zugesagt, Kommunisten oder aber Menschen aus dem kommunistischen Umfeld aus ihrem Kabinett herauszuhalten. Sie hätte versprochen, ihre Einstellung gegenüber den amerikanischen Militärbasen auf den Philippinen zu verändern. Es gab wirklich einen Haufen Hindernisse für die Beteiligung der revolutionären Bewegung an der poitischen Macht. Auch wenn es dem Volksaufstand gelang, eine zivile Regierung ins Amt zu setzen, blieb das Kräfteverhältnis doch so, daß der US-Imperialismus und die ausbeutenden Klassen die stärkste Kraft in der neuen Regierung blieben. Die legalen demokratischen Organisationen, wie Bayan, konnten an einem kleinen Teil der politischen Macht partizipieren. Diese Machtpositionen wurden ihnen jedoch nicht für lange Zeit überlassen. Für eine Zeit lang ist es Bayan gelungen, eine größere Anzahl von Posten in der Administration mit seinen Mitgliedern zu besetzen. In Mindanao zum Beispiel hat Bayan mit PDP-Laban kooperiert und konnte dort 200 Posten in der Administration besetzen, darunter fünf Gouverneursposten und an die zwanzig Bürgermeisterposten. Dazu kamen Sitze in Distrikträten und Stadträten. Dann im November 1986 ersetzte Jimmy Ferrer, ein langjähriger Agent des CIA Aquilino Pimentel. Ferrer war mit der speziellen Aufgabe betraut, die Mitglieder von Bayan, die Posten in der Administration besetzen konnten, aus ihren Positionen wieder heraus zu drängen. Seine zweite Aufgabe bestand darin, anti-kommunistische Bürgeraktionskomitees, in Wirklichkeit Schlägertrupps, zu organisieren.

Noch einmal ein paar grundsätzliche Worte zum Verhältnis einer kommunistischen Partei zu vom Klassenfeind angezettelten Wahlen. Es ist ultralinks, wenn die CPP die Direktive an die legalen Bündnisorganisationen ausgibt, die Wahlen seien zu boykottieren. Und es wäre rechtsopportunistisch gewesen, hätte die CPP zur Teilnahme an den Wahlen aufgerufen. Die CPP muß also prinzipiell über den vom Klassenfeind arrangierten Wahlen stehen und sie muß gleichzeitig ihren legalen Bündnisorganisationen selbst überlassen, wie sie sich zu diesen Wahlen verhalten. Eine solche Politik vermeidet es, ständig von links nach rechts zu pendeln. Heute wird der Boykottirrtum der Partei von Teilen der Partei dazu benutzt, rechtsabweichende Positionen, wie gerade ausgeführt, zu formulieren. Um es noch einmal praktisch zu machen: Wie stark ist die revolutionäre Bewegung angewachsen? Sie entwickelte sich von einer Massenbasis von 80.000 im zweiten Distrikt in Talar, hin zu einer Bewegung, die über die ganzen Philippinen hinweg 20% der Bevölkerung umfaßt. Der Klassenfeind besitzt die Produktionsmittel, er kontrolliert die Massenmedien. In den Regionen, wo es noch keine Gewerkschaftsbewegung, keine Bauernvereinigungen gibt, bestimmen die Farmmanager und Fabrikdirektoren die öffentliche Meinung und das Wahlverhalten der Menschen. Alle Möglichkeiten der Kontrolle befinden sich in der Hand des Klassenfeindes. Die Aufgabe der revolutionären Bewegung, der kommunistischen Partei, ist es, den bewaffneten Kampf zu forcieren. Den legalen, demokratischen Organisationen bleibt es überlassen, alle Waffen des legalen Kampfes zu benutzen, um den Klassenfeind auch auf diesem Gebiet zu schlagen.

gibt, die Wahlen seien zu boykottieren. Und es wäre rechtsopportunistisch gewesen, hätte die CPP zur Teilnahme an den Wahlen aufgerufen. Die CPP muß also prinzipiell über den vom Klassenfeind arrangierten Wahlen stehen und sie muß gleichzeitig ihren legalen Bündnisorganisationen selbst überlassen, wie sie sich zu diesen Wahlen verhalten. Eine solche Politik vermeidet es, ständig von links nach rechts zu pendeln. Heute wird der Boykottirr-

Bayan ist ein Bündniß. Es wäre nun für die CPP eine furchtbar frustrierende Angelegenheit, würde sie versuchen, ihre politische Linie in dieser Organisation mit aller Gewalt durchzusetzen. Sicher gab es in der Frage des Wahlboykottes zwischen legalen und illegalen Kräften auch Zeiten, wo eine vollständige Einheit bestand, etwa beim Wahlboykott 1981 war das der Fall. Das muß jedoch nicht immer so sein. Ein Bündnis beruht nun einmal

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

darauf, daß die am Bündnis beteiligten Gruppen, Unabhängigkeit in ihren jeweiligen Entscheidungen behalten.

Laß uns auf das Referendum über die neue Verfassung vom 2. Februar dieses Jahres kommen. Dieses Referendum brachte eine breite Mehrheit für die neue Verfassung. Drückt das Referendum die immer noch vorhandene Massenunterstützung für die Aquino-Regierung aus, oder wollten die Filipinos die Falken innerhalb der Armee, die Marcos-Anhänger, in ihre Schranken weisen?

Die Ja-Stimmen anläßlich der Volksabstimmung über die Verfassung drücken sicherlich eine allgemeine Unterstützung für Aquino und gegen Marcos, Enrile und das Militär aus. Die Ja-Stimmen für die Aquino-Verfassung setzen sich aus kritischen und unkritischen Ja-Stimmen zusammen. Die kritischen Ja-Stimmen kommen von den politisch bewußteren Wählern. Diese Wähler haben den Verfassungsentwurf tatsächlich gelesen und kritisch auf seinen Inhalt überprüft. Sie waren durch die in der Verfassung garantierten Grundrechte beeindruckt und sahen darin ein Zeichen gegen den Faschismus. Der Verfassung gegenüber blieben sie jedoch kritisch, weil sie den Einfluß von US-Imperialismus und Feudalismus auch für die Zukunft fortschreibt. Der Anteil der unkritischen Ja-Stimmen wurde durch die dramatischen Ereignisse im Vorfeld des Referendums stark erhöht. Diese Ereignisse haben die Angst im Volk vor einer möglichen Rückkehr von Marcos dem Monster gesteigert. Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über das Referendum sind ein paar Fakten völlig untergegangen. Es ist wirklich schwer zu glauben, daß 95% der Wahlberechtigten sich in die Wählerregister eingetragen haben und 86% der Registrierten dann auch wählen gingen. Diese Zahlen sind den Zahlen, die das Marcos-Regime zu seiner Zeit für Wahlbeteiligung und Registrierung jeweils veröffentlichen ließ, sehr ähnlich. Die Transportmöglichkeiten auf den Philippinen sind auch heute keineswegs vergleichbar mit denen in Westeuropa. 60% Wählerregistrierung und 60% Wahlteilnahme der Registrierten, so wie es in den 60er-Jahren üblich war, scheinen realistischer. So liegt also der Verdacht nahe, daß die, die heute an der Macht sind, den Wahlmißbrauch wie er unter Marcos betrieben wurde, fortsetzen. Generell läßt sich heute sagen, daß die revolutionären Kräfte die Unterstützung von ca. 20% der Gesamtbevölkerung besitzen. Nehmen wir einmal die Region Bataan. Hier hast du eine wesentlich größere Unterstützung für die revolutionären Kräfte, weit mehr als 20%. Die Aquino-Regierung hat für diese Region eine Zustimmung zu der Verfassung von 80% angegeben. Das ist schlechterdings nicht möglich. Das Referendum wurde überall dazu benutzt, den Einfluß der revolutionären Kräfte als minimal darzustellen.

Hat sich denn die CPP anläßlich des Referendums wiederum für ein Nein
Hat sich denn die CPP anläßlich des Referendums wiederum für ein Nein
zur Verfassung entschieden und dafür öffentlich geworben?

Die Kommunistische Partei läßt sich nicht zwingen ja oder nein zur Aquino-Verfassung zu sagen. Denn so ein Verhalten würde auch die Tatsache völlig außer Acht lassen, daß wir bereits dabei sind, eine revolutionäre Regierung auf dem Lande aufzubauen. D.h. eine revolutionäre Regierung, die sich ihre eigene Verfassung gibt.

Die CPP hat ja immer ein taktisches Verhältnis zur Aquino-Regierung gehabt. Dieses Verhältnis respektierte die Tatsache, daß die Aquino-Regierung die demokratischen Hoffnungen der Massen repräsentierte. Heute, nachdem die Verhandlungen über einen Waffenstillstand abgebrochen wurden, nach dem Mendiola-Massaker, spricht die CPP öffentlich vom Aquino-Regime. Was hat sich in der Taktik der Partei gegenüber der Aquino-Regierung geändert?

Es war von Anfang an klar, daß die Aquino-Regierung pro-imperialistische und reaktionäre Züge aufwies. Beweis dieser Tatsache ist, daß alle Schlüsselpositionen im Kabinett der Aquino-Regierung mit eben solchen pro-imperialistischen und reaktionären Elementen besetzt wurden. Vom Beginn der Präsidentschaft von Frau Aquino bis November 1986 war sie nicht in der Lage, das Militär zu kontrollieren. Die Unterstützung für das Aquino-Regime innerhalb der Militärs machte zu Anfang ihrer Präsidentschaft nur die drittstärkste Gruppe innerhalb des Militärs aus. Sie konnte sich dann mittelfristig zur zweitstärksten Gruppe vergrößern. Frau Aquino genoß insofern also die Sympathie der progressiven Kräfte, die revolutionären Kräfte eingeschlossen, als sie in Opposition zu den weitaus reaktionäreren Kräften innerhalb der Streitkräfte, die dort die Mehrheit hatten, stand. Die progressiven Kräfte haben, so lange dieses Kräfteverhältnis innerhalb des Militärs bestand, die weniger reaktionäre Fraktion um Frau Aquino darin unterstützt und ermutigt, den reaktionärsten Kräften um Enrile Paroli zu bieten, die an der Restauration des Faschismus basierend auf der 73er-Verfassung arbeiteten. Dieses Kräfteverhältnis änderte sich dann im November 1986, als Philip Habib, als Vertreter der USA, sich abermals zu einer Sondermission auf den Philippinen aufhielt. Habib hat der Gruppe um Präsidentin Aquino die Unterstützung der USA, die Neutralisierung der Enrile-Gruppe und den Rücktritt Enriles als Verteidigungsminister garantiert, wenn sie die folgenden Bedingungen erfüllen würde: 1. Das gesamte Kabinett muß zurücktreten, um auf diese Weise die weniger verläßlichen, nicht am US-Imperialismus orientierten Kräfte innerhalb des Kabinetts aus dem Kabinett ausscheiden zu lassen. Die Neubesetzung des Kabinetts sollte mit ausschließlich pro-amerikanischen Kräften durchgeführt werden. Auf diese Weise wurden die eher nationalistischen, demokratischen Kräfte der Bourgeoisie, die liberalen Kräfte aus dem Kabinett entfernt. 2. verlangte Habib von Frau Aquino, sie solle bis spätestens Anfang 1988 öffentlich für eine Verlängerung der Präsenz der amerikanischen Militärbasen auf den Philippinen eintreten und im Verfassungsentwurf festschreiben, daß die amerikanische Präsenz in den Militärbasen durch ein zukünftiges Abkommen geregelt werde. 3. forderte Habib von Aquino, die Umsetzung der Wirtschaftspolitik, wie sie durch die von den USA dominierten Institutionen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds diktiert wird, zu beschleunigen. 4. Orginalton Habib: Ihr neuer Verteidigungsminister wird General Ileto. Er steht loyal zu ihnen, wie er auch zu uns steht. Sie müssen ihm freie Hand bei der Umsetzung der Aufstandsbekämpfung lassen.

Das waren die Bedingungen des Philip Habib, des US-Imperialismus und Frau Aquino hat sie allesamt akzeptiert. Und so sieht sich Frau Aquino bis heute in der glücklichen Lage immer noch im Amt zu sein und es ist ihr und ihrer Fraktion innerhalb der Streitkräfte dank der Rückversicherung durch die USA gelungen, die anderen Fraktionen, die Enrile-Fraktion zu dominieren und zur stärksten Kraft innerhalb der Streitkräfte zu werden. Es liegt also auf der Hand, daß sich unsere Haltung gegenüber dem Aquino-Regime nach dem November 1986 verändern mußte. Die Marcos/Enrile-Fraktion wurde entmachtet und die Aquino-Fraktion ist die, die heute den Staat kontrolliert.

Aber konnte sich Aquino denn nicht schon immer der Unterstützung des US-Imperialismus versichern? Soviel hat sich da doch nicht verändert.
schon immer der Unterstützung des US-Imperialismus versichern? Soviel hat sich da doch nicht verändert.

Sicher — vom Beginn ihrer Amtszeit an hat die Aquino-Regierung als Agent der USA und der Reaktion gewirkt. Bis November 1986 war es die Haltung der Partei gegenüber der Aquino-Regierung, aus der Zersplitterung und Fraktionierung der Bourgeoisie und ihren Auseinandersetzungen Vorteile zu ziehen. Die CPP hat sich nie der Illusion hingegeben, daß es zu einer Koalitionsregierung zwischen der Aquino-Gruppe und den progressiven und revolutionären Kräften kommen könnte.

Ist denn die Aquino-Regierung gestärkt oder stabilisiert aus den Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse, den Auseinandersetzungen mit dem Marcos/Enrile-Block hervorgegangen?

Nein, das ist immer noch das große Problem der USA und der herrschenden Klasse auf den Philippinen, daß es eine solche Stabilisierung nicht gibt. Für die USA und das Marcos-Regime war es ein großer Vorteil, die gesamten Streitkräfte als einen Block fest unter Kontrolle zu haben. Die Ablösung der faschistischen Marcos-Diktatur durch das Aquino-Regime bewirkte eine starke Aufsplitterung der Streitkräfte. Aquino ist für uns ein viel schwächerer Gegner als Marcos. Sie leitet eine bankrotte Regierung in einer Situation der starken ökonomischen Depression. Marcos konnte auf 26 Milliarden Dollar Auslandskredite zurückgreifen, während Aquino jedes Jahr erneut im Ausland betteln gehen muß, um neue Kredite, die nur für die Zinszahlungen der alten Kredite verwandt werden, zu erhalten. Der Schuldendienst der Philippinen machte 1986 82% der Exporterlöse aus. Marcos war in der Lage, die regulären Streitkräfte der Philippinen von einer Stärke von 60.000 auf 160.000 Mann zu vergrößern, in einer Situation, als die Neue Volksarmee gerade einmal 300 automatische Gewehre besaß. Heute hingegen sind die regulären Streitkräfte extrem zersplittert. Aquino sieht sich heute einer bewaffneten Opposition gegenüber, wie sie Marcos noch gar nicht kannte. Die Neue Volksarmee besitzt heute 10.000 automatische Gewehre und eine Menge mehr an Erfahrung im bewaffneten Kampf.

Es gibt einige befreite Gebiete auf den Philippinen, die durch die neue Volksarmee kontrolliert werden. Kannst du einmal umreißen, inwieweit sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung in diesen Gebieten verändert haben, wie das öffentliche Leben dort durch die Neue Volksarmee reorganisiert wird? Ist die sogenannte Provisorische Revolutionsregierung in diesen Prozeß eingebunden und welche Aufgaben hat diese Regierung eigentlich übernommen?

Seit der Gründung der Neuen Volksarmee, also seit 1969, ist damit begonnen worden, Organe der revolutionären Selbstverwaltung aufzubauen. Diesen Organen der Selbstverwaltung sind Arbeitskomitees beigeordnet. So gibt es etwa Komitees für Organisation, Erziehung, Finanzen, Landreform, Lebenshaltung, Gesundheit, Verteidigung, Gerichtsbarkeit, sowie für kulturelle Angelegenheiten. Die Arbeit der Provisorischen Revolutionsregierung läßt sich am besten anhand der Arbeit einiger Komitees darstellen. Die Komitees für Organisation kümmern sich um die Massenorganisationen des Volkes und fördern diese. Sie befassen sich mit der Anerkennung neugegründeter Organisationen und rufen selbst neue Massenorganisationen ins Leben, sofern es diese noch nicht gibt. Die Komitees für Landreform beschäftigen sich mit der schrittweisen Umsetzung derselben. Die niedrigste Stufe der Landreform umfaßt dabei die Reduzierung der Pacht, die Festsetzung von Mindestlöhnen für Farmarbeiter, sowie die Festsetzung der Preise für Farmerzeugnisse. In den Gebieten, wo die revolutionäre Bewegung stark genug ist, auch Land konfiszieren zu können, wird dieses Land unter den Landlosen aufgeteilt, wobei Konfiszierung oft nichts anderes heißt, als daß keine Pacht mehr an die Gutsherren gezahlt wird. In den Fällen, wo die revolutionäre Bewegung es mit despotischen Gutsherren zu tun hat, ist die Konfiszierung ihres Landes immer die adäquate Methode.

Also findet Landreform im wesentlichen als Verteilung des Landes statt und ihr habt noch nicht damit begonnen, so etwas wie ein Kooperativensystem aufzubauen.

Dazu komme ich gleich. Erster Schritt ist immer die Reduzierung der Pacht. Werden bislang beispielsweise 20 Kabanen (philippinische Maßeinheit,
ist immer die Reduzierung der Pacht. Werden bislang beispielsweise 20 Kabanen (philippinische Maßeinheit,
Anm. AK) pro Hektar Pacht bezahlt, wird diese Pacht auf 10 Kabanen reduziert. So wie die Pacht um 50% reduziert wird, kann auch die Schuldenlast der Bauern halbiert werden, in dem die Zinsen gesenkt werden. Das Auspressen der Bauern durch Wucherer kann abgeschafft werden. Die Bewegung ist nun allerdings nicht soweit, selbst als Kreditvermittler aufzutreten, insofern kann sie nur darauf Einfluß nehmen, daß Geldverleiher keine Wucherzinsen verlangen und ihre Zinsraten reduzieren. Würde die revolutionäre Bewegung das Geldverleihen völlig verbieten, so würden sich die Bauern unter der Hand das Geld leihen und die Bewegung würde die Initiative aus der Hand geben. So muß immer balanciert werden zwischen der Verhinderung der Ausbeutung der Bauern durch die Geldverleiher auf der einen Seite und der Reduzierung des Zinsnievaus dahin gehend, daß das Geldverleihen für die Verleiher trotzdem noch profitabel bleibt. Um auf die Landreform zurückzukommen: Wir können also schrittweise die Pacht gegen null reduzieren. Dies ist allerdings nicht überall der Fall. Das generelle Niveau, das bislang erreicht wurde, ist eine Reduzierung der Pacht auf 50%. Es erfordert noch eine erheblich größere bewaffnete Stärke der Bewegung, um die Pacht gänzlich abzuschaffen.

Zur Frage von Kooperativensystemen: Sie existieren bislang nur in rudimentären Formen. Ein allgemeines System der kooperativen Anbauweise wird sich wohl auch erst nach der erfolgreichen Revolution umsetzen lassen. Die revolutionäre Bewegung fördert insbesondere traditionelle Formen ländlicher Arbeitsteilung. Das sind im wesentlichen Formen der gegenseitigen Hilfeleistung und des Austausches von Arbeitskraft zwischen den Bauern.

Die Arbeitskomitees für Finanzen befassen sich mit der Einziehung von Steuern. Nimm zum Beispiel einen Geschäftsmann, der in einem Wald Holz schlagen läßt und daran Millionen von Pesos verdient. Die Arbeitskomitees kontrollieren seine Bücher, kontrollieren die Menge des geschlagenen Holzes. Natürlich muß dieser Geschäftsmann Steuern auf den erzielten Gewinn zahlen. Und tatsächlich sind die unter der revolutionären Regierung erhobenen Steuern weitaus niedriger als die Steuern, die das alte System eintrieb.

Dann das Arbeitskomitee für Verteidigung: Es kümmert sich um die Aufstellung von Polizeimilizen auf lokaler Ebene. Die lokalen Milizen oder Polizeieinheiten sind die zentrale Reservetruppe für die Verstärkung der Guerillaeinheiten. Ein großer Teil des Nachwuchses für die Guerilla wird aus diesen Dorfmilizen herangezogen. Alle Männer und Frauen, die Angehörige einer der Massenorganisationen sind, sind auch gleichzeitig Mitglied in diesen Milizen. So ist die Zahl der Milizionäre sehr groß, geschätzte 200.000, ihr Ausbildungsstand ist allerdings noch sehr gering. Die Stärke der Milizen könnte auch noch weitaus vergrößert werden.

Auf der Dorfebene gibt es die Dorfkomitees, das betrifft heute etwa 10.000 Dörfer. Ausgehend von dieser Basis hat die revolutionäre Bewegung dann Komitees auf kommunaler Ebene eingerichtet. Grundsätzlich läßt sich sagen, daß die revolutionäre Regierung aus diesen lokalen Revolutionskomitees gebildet wird.

Wie konstituieren sich denn die überregionalen Gremien der Revolutionsregierung?

Nun das ist erst einmal eine Bewegung, die von der Graswurzel ausgeht. Natürlich dürfen wir es nicht versäumen, auch auf höheren Ebenen entsprechende Kader heranzubilden. Wichtig dafür ist die NDF, die im wesentlichen die höher qualifizierten Kader ausbildet, die für spätere Leitungsfunktionen der revolutionären Regierung gebraucht werden. Leitungsfunktionen, für die es heute noch keine gewachsenen Strukturen der revolutionären Regierung gibt, werden durch die CPP wahrgenommen. Es ist also die Partei, die über dem Prozeß der Heranbildung einer revolutionären Regierung steht und diesen Prozeß lenkt. Ein Verfahren übrigens, wie es schon bei der Pariser Commune praktiziert wurde. Man transferiert nicht politische Macht an eine breitgewählte Regierungskörperschaft, bevor die Verhältnisse dafür heran gereift sind. Insofern ist die revolutionäre Regierung noch nicht dazu übergegangen, sich entsprechende Organe auf einer höheren als kommunalen Ebene zu geben. Es wäre zur Zeit auch noch sehr schwer, Organe der politischen Macht des Volkes auf Distriktebene adäquat zu beschützen.

Fürchtest du dich vor einer direkten militärischen Intervention des US-
striktebene adäquat zu beschützen.

Fürchtest du dich vor einer direkten militärischen Intervention des US-
Imperialismus in deinem Land für den Fall, daß die revolutionäre Bewegung so weiter wächst wie bisher?

Die USA setzen auf die Popularität von Frau Aquino. Es ist das Spiel des begrenzten, lokalen Konfliktes. Zu diesem Spiel gehört es, eine direkte, militärische Verwicklung der USA in diesem begrenzten Konflikt zu vermeiden. Aber laß uns das schlimmste annehmen, einen amerikanischen Aggressionskrieg. Revolutionäre müssen sich auf die schlechteste Entwicklung vorbereiten, um für sich selbst das Beste erwarten zu können. Ein gutes Beispiel für den US-Imperialismus von seiner schlechtesten Seite war der Aggressionskrieg gegen Vietnam. Während und durch diesen Aggressionskrieg in Vietnam haben die USA erheblich an politischer Macht eingebüßt. Es ist ein Fakt, daß die USA durch ihr Engagement in Vietnam zu einer zweitrangigen Weltmacht herabgesunken sind. Die USA sind in der Lage, das kleine Grenada militärisch zu erobern, während sich das kleine Nicaragua bis heute erfolgreich gegen die US-Aggression behaupten konnte. Nun gehen wir einmal von der Hypothese aus, die USA würden militärisch auf den Philippinen intervenieren. Wie könnten die revolutionären Kräfte die US-Regimenter zurückschlagen? Die Antwort darauf ist, die eigenen bewaffneten Kräfte horizontal zu vervielfachen anstatt sie vertikal an einigen wenigen Punkten zu konzentrieren. Die Idee, die dahinter steckt, ist eine intensive Kriegsführung mit einem Höchstmaß an Mobilität. Das bedeutet, dem Aggressor keine sichtbaren Ziele bieten, um so dann den Aggressionstruppen anhaltend so schwere Verluste beizubringen, daß der Aggressionskrieg innenpolitisch in den USA nicht länger durchzusetzen ist. Um einer solchen Aggression ins Auge sehen zu können, muß unsere revolutionäre Bewegung natürlich noch mit weitaus besseren, panzerbrechenden Waffen sowie Flugzeugabwehrsystemen ausgestattet werden. In Vietnam waren die USA faktisch schon 1969 geschlagen, als es gelang, 5000 Flugzeuge mit leichten Luftabwehrraketen zu Boden zu bringen. Natürlich muß ein Prozeß der verbesserten Ausstattung der revolutionären Streitkräfte mit Waffen einhergehen mit der Ausweitung der internationalen diplomatischen Beziehungen der revolutionären Kräfte. Die kommunistischen Parteien der Welt beschränken sich heute nicht mehr allein darauf, ideologische Debatten untereinander zu gewinnen. Die CPP arbeitet daran, auch auf internationalem Parkett eine gewichtigere Rolle zu erhalten. Das wird auf diplomatischer Ebene in einigen Jahren schon sehr gut zu erkennen sein. Sich mit schlagkräftigen Waffen auszustatten heißt jedoch nicht gleichzeitig, irgendeiner ausländischen Macht hörig zu sein. Um das zu vermeiden, muß man den Nachschub an Waffen aus sehr vielen verschiedenen Quellen, so vielen wie möglich beziehen. Der Erfolg der philippinischen, revolutionären Bewegung beruht ganz wesentlich auf ihrer Unabhängigkeit von jeder fremden Macht.



Präsidentin Corazon Aquino

Wenn du dir aber das vietnamesische Beispiel anschaust, so hat die Tatsache, daß die Sowjetunion Vietnam mit schweren Waffen und Luftabwehr belieferte sicherlich einen Einfluß darauf gehabt, daß Vietnam heute Mitglied im RGW ist.

Der Gefahr von einer einzigen Macht abhängig zu werden, kam man nur dadurch begegnen, daß man sich seine Waffenbrüder überall auf der ganzen Welt sucht. Zu der Zeit, als die Vietnamesen so dringend ihre Waffen benötigten, gab es sicherlich erheblich weniger Quellen der Waffenbeschaffung. Heute gibt es so viele direkte und indirekte Quellen für solche Waffen. Wenn eine revolutionäre Bewegung nicht in der Lage ist, das internationale
Heute gibt es so viele direkte und indirekte Quellen für solche Waffen. Wenn eine revolutionäre Bewegung nicht in der Lage ist, das internationale
diplomatische Spiel erfolgreich mitzuspielen, dann zeigt das nur, daß sie auch noch nicht in der Lage ist, im eigenen Land die Macht zu erringen. Wenn eine revolutionäre Bewegung an der Macht ist, eine Regierung hat, dann muß sie zu allen Ländern diplomatische Beziehungen pflegen, unabhängig davon, ob diese Länder andere Gesellschaftssysteme besitzen oder zu einem anderen ideologischen Lager gehören.

Wie kann aus deiner Sicht die westdeutsche Linke den Befreiungskampf auf den Philippinen unterstützen?

In den kapitalistischen Ländern sind die Bedingungen gut, moralische und materielle Unterstützung für die philippinische Revolution zu gewinnen. Der Aufbau von Solidaritätsgruppen und Solidaritätscentern ist also wichtig. Mit eurer Hilfe für die philippinische Revolution helft ihr euch auch selber. Ich habe soviele Freunde in den kapitalistischen Ländern, die ob der Stagnation revolutionären Bewußtseins in ihrem Land resigniert haben. Wenn diese Freunde die Philippinen besuchen und dort die Fortschritte der revolutionären Bewegung miterleben, so schöpfen sie auch neue Kraft für ihren Kampf zu Hause. Sie sehen, daß sich die Welt verändern läßt. Die revolutionäre Entwicklung in Asien, Afrika und Lateinamerika kann eine große Ausstrahlungskraft auf die kapitalistischen Metropolen entwickeln.

Joma, wir danken für das Gespräch.

Interview und Übersetzung: M. und Ks.

Studentenunruhen in der Türkei

Der Kampf, den Kopf gebrauchen zu können

Mit brutaler Repression hatter die türkische Militärdiktatur nach dem 12.9.80 an den Universitäten des Landes Friedhofsruhe hergestellt. Aus gutem Grund: Die radikale Studentenbewegung der 60er und 70er Jahre war eine bedeutende Kraft und Keimzelle bei der Entstehung der revolutionären Bewegung in der Türkei gewesen. Anders als in Westeuropa war es den linken Studenten gelungen, den Schritt aus der Universität heraus zu machen und sich mit den übrigen gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen, den fortschrittlichen Gewerkschaften und teilweise mit dem Widerstand der Kurden zu verbünden. Die Befriedung der Universitäten spielte deshalb eine Schlüsselrolle bei dem Vorhaben der Militärdiktatur, die revolutionäre Bewegung auf Jahrzehnte zu vernichten und eine diktatorisch gelenkte Scheindemokratie zu errichten. Aus dem gleichen Grund haben die zahlenmäßig noch beschränkten Aktionen einer neuen Studentenbewegung in der Türkei eine über den konkreten Anlaß hinausgehende Bedeutung.
AG Türkei

,,Wenn ich nicht brenne, du nicht brennst, wenn wir nicht brennen, wie wird dann die Dunkelheit zum Licht ...''

Durch diese berühmten Zeilen von Nazim Hikmet und den donnernden Applaus, der daraufhin ausbricht, fühlt man sich an die Türkei vor 1980,

Nazim Hikmet und den donnernden Applaus, der daraufhin ausbricht, fühlt man sich an die Türkei vor 1980,

die noch nicht zum Schweigen gebracht worden war, versetzt. Der Anblick, den der große Platz vor der Istanbuler Universität bietet, paßt jedoch nicht in die Türkei Nazim Hikmets, genausowenig in die der 70er Jahre, in der genau auf diesem Universitätsplatz revolutionäre Studenten in bewaffneten Auseinandersetzungen mit Polizei und faschistischen Gruppen ums Leben kamen. Er erinnert vielmehr an eine der gewaltfreien Aktionen der europäischen Friedensbewegung: ca. 300 Personen sitzen in einem Kreis auf dem Boden, ca. 2.000 weitere stehen um sie herum. der Platz ist voller Blumen und aus mehreren Ecken hört man Saz- und Gitarrenklänge.

281 Studenten waren in Istanbul ab Freitag, den 17.4., in einen viertägigen Hungerstreik getreten, um die Freilassung ihrer Freunde zu erreichen, die 4 Tage zuvor bei einer unangemeldeten Demonstration festgenommen worden waren. 31 der insgesamt 68 Festgenommenen wurden dem Haftrichter vorgeführt und befinden sich zur Zeit noch in Haft. Der Hungerstreik der Studenten auf dem Universitätsplatz löste jedoch eine Solidaritätswelle in der — sehr beschränkten — demokratischen Öffentlichkeit aus: Schriftsteller, Künstler, Gewerkschaftler und der im vergangenen Jahr gegründete ,,Verein zur Verteidigung der Menschenrechte'' besuchten die Studenten, brachten Blumen und Geldspenden. Trotz fortlaufender Festnahmen an den Universitäten ließen die Polizisten die Streikenden unbehelligt, lediglich am letzten Tag, kurz vor der angekündigten Auflösung des Streiks, kreisten Hubschrauber über dem Platz, die sich jedoch mit Drohgebärden begnügten. Die organisierten Studenten haben so eine Reihe Sympathien gewonnen, ihre Freunde befinden sich noch immer in Haft ...

In der Türkei wird die ,,Nach-80''-Studentenbewegung in diesen Tagen genau ein Jahr alt. Im Frühjahr 1986 war erstmals die Rede von einer Organisierung der Studenten in Vereinen, wurden in verschiedenen Fachbereichen die ersten Zeitschriften geplant. In den Universitäten, die völlig unter der Kontrolle des YÖK (Zentralen Hochschulrates) standen, konnten sich diese Aktivitäten jedoch nur sehr langsam und zäh entwickeln: die Zeitschriften wurden verboten, für die Gründung der Vereine fand man eine Reihe bürokratischer Hürden. Doch die Gründungsarbeiten für die Studentenvereine liefen weiter. Sie waren eine Reaktion auf die YÖK-Universitäten, an denen nach dem Putsch eine gründliche Säuberungsaktion vorgenommen worden war: fortschrittliche Dozenten hatte man entlassen, den größten Teil der Unterrichtswerke neu gedruckt und für die Studenten ein ausgeklügeltes Prüfungssystem mit bis zu 50 Prüfungen im Semester eingeführt. Wer diesen Marathon nicht mithalten konnte, dem drohte sofort der Rausschmiß. Weiterhin sorgten die steigende Inflation und die erhöhten Studiengebühren dafür, daß der Anteil der Arbeiterkinder an der studierenden Bevölkerung sank. Der Weg war frei für den Universitätsabsolventen des 12.9.: aus finanziell mehr oder weniger abgesicherten Verhältnissen, systemtreu, angepasst und bis über die Ohren vollgestopft mit auswendig gelerntem Wissen. Dieses Wissen war ebenfalls auf die Bedürfnisse des Systems zugeschnitten und beinhaltete Märchen wie das von der Friedensliebe der osmanischen Imperatoren oder die Geschichte, daß der Mensch — zumindest der moslemische — nicht vom Affen abstammt. In den Studentenheimen versahen pensionierte Berufssoldaten Dienst als Aufseher, sodaß den Studenten, die trotz allen Prüfungsdrucks noch Zeit für soziale Aktivitäten fanden, auch diese Möglichkeit genommen war.

Derweil machte sich der YÖK, der durch seine zentrale Leitung den Lehrkörper völlig gleichgeschaltet hatte — kein Dozent durfte ohne seine Genehmigung eingestellt, kein Buch eingeführt werden — nun Gedanken über den ,,Einheitsstudenten'' und erließ einen Katalog mit Strafmaßnahmen für ,,abweichendes Verhalten'' bei Studenten, der im Frühjahr 1986 an die Universitäten verteilt wurde.

Vor diesem Hintergrund hatten die Studenten im Frühjahr 1986 nicht nur mit bürokratischen Hürden zu kämpfen. Ihre Initiative fand, teils aus Angst, teils aus anerzogenem Desinteresse, kein allzugroßes Echo: an den ersten schüchternen Protesten gegen die neue Prüfungsordnung nahmen in den großen Universitäten in Ankara,

ersten schüchternen Protesten gegen die neue Prüfungsordnung nahmen in den großen Universitäten in Ankara,

Istanbul und Izmir je eine Handvoll Studenten teil. Als sich der Student Isa Tanriverdi am 25.10.86 wegen seines bevorstehende Rausschmisses das Leben nahm, waren es schon 500 Studenten, die in einer Protestaktion gegen den YÖK einen Kranz für ihn niederlegten. 29 Studenten liefen daraufhin von Izmir nach Ankara, um eine Petition mit ca. 7.000 Unterschriften gegen den undemokratischen Druck an den Universitäten und die Umwandlung der Studentenheime in Kasernen zu übergeben. Dabei gab es Festnahmen und Folterungen auf dem Polizeipräsidium. Die offiziellen Stellen überhörten die Folteraussagen der Studenten geflissentlich. Aus Protest gingen die Studenten in mehreren Städten über Neujahr in einen Hungerstreik. Nach dem heißen Jahreswechsel herrschte eine Zeitlang Ruhe. Bis der Abgeordnete der Regierungspartei ANAP, Ibrahim Dayi, in der Erkenntnis, daß die Studentenvereine eine nicht mehr zu übersehende Tatsache geworden waren, mit einem neuen Gesetzesentwurf aufwartete: Es sollte einen einzigen zentralen Studentenverein geben, in dem alle Studenten mit ihrem Universitätseintritt Mitglieder seien. Dieser Verein werde dann nach Fachbereichen und Universitäten unterteilt. Die Studenten sollten so, nach Dayis Aussagen ,,von dem Druck, mit der Organisation in Vereinen ihre Studienkarriere aufs Spiel zu setzen'' befreit werden. In einem einzigen großen Verein könnten die Studenten, so Dayi, sich effektiver organisieren. Alle bestehenden Studentenvereine sollten so aufgelöst und zentral zusammengefaßt werden. Woher der Abgeordnete seine Ideen erhält, wird sicherlich klarer, wenn man weiß, daß er der Übersetzer von Hitlers ,,Mein Kampf'' ins Türkische ist. Der gläubige Moslem ist außerdem der Vater zweier weiterer Gesetzesentwürfe, des ,,Bierverbotes'' und der ,,Freitagsferien'' für Beamte und Abgeordnete.

Dieser Entwurf, der Ende Februar auf die Tagesordnung kam, löste eine neue Aktionswelle bei den Studenten aus. Die Vereine hatten sich allerdings in der Zwischenzeit konsolidieren können, sodaß bei der kollektiven Essensverweigerung in den Mensen der Istanbuler und Ankaraer Universitäten je 500 Personen teilnahmen. Am 13. und 14.4. kam es zu den bisherigen Höhepunkten der Aktionen. 2.000 Studenten konnten sich im Istanbuler Stadtteil Beyazit zu einer unangemeldeten Demonstration zusammenfinden. Die Demonstration wurde mit Polizeiprügeln auseinandergetrieben und 68 Studenten festgenommen. In Ankara betrug die Zahl der Festgenommenen am darauffolgenden Tag über 100. Die Zeitungen fragten in balkengroßen Schlagzeilen: ,,Wo soll das enden!!??'' und die Zuständigen nahmen den Gesetzentwurf vorerst zurück, Özal rief die Jugend zum Dialog, doch in Ankara wurden 42, in Istanbul 31 der festgenommenen Studenten verhaftet. Daraufhin kam es zu dem oben erwähnten Hungerstreik und Aktionen in zahlreichen anderen Städten wie Adana, Bolu, Eskisehir, Izmir, Van usw. Die demokratische Öffentlichkeit beeilte sich, die mutigen Studenten zu loben, nicht ohne sie jedoch darauf hinzuweisen, daß ihre Pflicht nun erfüllt sei und sie die Angelegenheit nun den demokratischen Parteien überlassen müßten. Die Studenten dürften die neu erworbene Sympathie ,,nicht leichtfertig durch anarchistische Aktionen aufs Spiel setzen''.

Den Studenten war es diesmal gelungen, in die Schlagzeilen vorzudringen. Während der letzten Aktionswelle waren von der Gegenseite, den extrem moslemischen Studenten, Proteste gegen das Verbot des Kopftuchs an den Universitäten aufgekommen (aufgekommen worden?), die das gesamte öffentliche Interesse auf sich gezogen hatten.

Insgesamt wird die Haltung der Öffentlichkeit am besten durch die nebenstehende Karikatur beschrieben. Soweit der Lauf der Ereignisse. Was die Gewerkschaften in den vergangenen Monaten trotz aller Ankündigungen nicht fertiggebracht haben, ist den Studenten gelungen: Zum erstenmal seit dem Militärputsch wurde in eigener Regie ohne Genehmigung von oben auf die Straße gegangen. An den YÖK-Universitäten hat sich eine Opposition gebildet, die nicht mehr übersehen werden kann. Welcher Art ist diese Opposition? Auf diese Frage läßt sich momentan keine eindeutige Antwort finden. Fest steht, daß sich da gegen einen konkreten Druck ein Gegendruck entwickelt hat. Der Kampf der Studenten gilt einer ,,autonomen de-

gen einen konkreten Druck ein Gegendruck entwickelt hat. Der Kampf der Studenten gilt einer ,,autonomen de-

mokratischen Universität''. In ihren Erklärungen und Flugblättern erklären sie, das Schweigen durchbrechen zu wollen, daß der YÖK in die Universitäten gebracht hat und fordern eine unabhängige Wissenschaft. Forderungen nach Solidarität mit der Arbeiterklasse oder Slogans gegen den Imperialismus, die zum festen Bestandteil der Flugblätter vor 1980 gehörten, finden sich nicht. Die ,,neue Studentenbewegung'' zeigt sich als typisches Produkt der ,,Nach-Putsch-Gesellschaft'', sie sieht sich als Bestandteil des Kampfes für Demokratie in der Türkei, denn nur für den kann momentan mobilisiert werden. Sie ist fest entschlossen, den gesetzlichen Rahmen nicht zu verlassen und nutzt dazu die gesamte Palette des gewaltfreien Widerstandes aus. Ihre Mitglieder kämpfen in einer Gesellschaft, die Gehirnwäsche in allen Bereichen zu ihrer Grundlage gemacht hat, darum, ihr Gehirn benutzen zu können und studieren — im wahren Sinne des Wortes — zu können.

Ist in dieser Form von Protest und der Art seiner Niederschlagung auch eine Art der Anpassung an den Westen zu sehen? Die blumenbekränzten Hungeraktionen der Studenten finden vor einem nicht immer sichtbaren wesentlich dunklerem Hintergrund statt: während die Polizei die Hungerstreikaktion an der Istanbuler Universität nicht behelligte, wurde zu der gleichen Zeit der Student Mehmet Arslan mit vorgehaltener Waffe aus seiner Vorlesung am Fachbereich Naturwissenschaften geholt und auf das Polizeipräsidium gebracht. Zur Zeit können weder seine Familie, noch seine Freunde irgendeine Nachricht von ihm erhalten, er ist vorerst verschwunden.

Festnahme bedeutet für alle Studenten immer noch Folterung und tage- und wochenlange Verhöre. Die Teilnehmer der Blumenaktion mußten

ten immer noch Folterung und tage- und wochenlange Verhöre. Die Teilnehmer der Blumenaktion mußten

abends Angst haben in ihre eigenen Wohnungen zu gehen und selbst manche Journalisten hatten Mühe, die Zivilpolizisten auf ihrem Heimweg vom Ort des Geschehens wieder abzuschütteln.

Die Antwort auf die Frage, ob die Studentenvereine momentan nicht politischer sein wollen oder es einfach nicht sein können, läßt sich noch nicht geben. Zum gegebenen Zeitpunkt erscheinen sie vor allem reaktionistisch, geben auf den direkten Druck der auf sie ausgeübt wird, Antwort und fangen an, in einer völlig unpolitischen Gesellschaft politisches Verhalten zu lernen. Spielt sich ihr Kampf auch auf einer rein akademischen Ebene ab, so muß jeder Aktionsteilnehmer bereit sein, Folter in Kauf zu nehmen.

Wie tief werden sie die Zusammenhänge in denen sie stecken, in denen auch die YÖK-Universität nur ein kleines Zahnrad ist, untersuchen können und dürfen? Werden sie sich beharrlich und langsam zu einer gesellschaftlichen Kraft entwickeln, die ein echtes Widerstandspotential darstellt oder sich mit einigen rein akademischen Reformen abspeisen lassen? Diese Frage läßt sich dahingehend weiterführen, ob es dem Evren-Özal-Regime gelingen wird, sich zu der neuen Gesellschaft auch die — auf lange Sicht unvermeidliche — neue Opposition zu schaffen, die das System nicht in Frage stellt.

Vorerst geht die Mobilisierungsarbeit an den Universitäten weiter und der Sand im Getriebe, der mit einer Prügelorgie und einigen Festnahmen weggefegt werden sollte, vermehrt sich weiter ...

Gaby Hart



Interview mit einem Sprecher der Hungerstreikaktion

Kannst du die Aktionen aus deiner Sicht kurz zusammenfassen?

Als wir von dem Gesetz hörten, haben wir auf der höchsten Ebene der Studentenvereine einen Aktionsplan ausgearbeitet, der eine Reihe von eskalierenden Aktionen umfaßt. Als erstes sollten die Boykotte in den Mensen durchgeführt werden, weil diese Aktion einen Mobilisierungserfolg hat. Die Demonstration selbst verlief dann eigentlich besser als wir erwartet hatten. Wir hatten höchstens mit 1.000 Leuten gerechnet, aber es kamen über 2.000. Trotz der Prügel sehen wir die Demonstration als einen großen Erfolg. Zum ersten Mal waren wir auch mit der Presseberichterstattung zufrieden.

Nach den Demonstrationen haben in verschiedenen Städten Hungerstreiks angefangen. Danach wurden auch Stimmen laut, daß ihr zu früh zu diesem entscheidenden Mittel gegriffen habt.

Wir hatten beschlossen, daß wir nur in den Hungerstreik treten, wenn Freunde von uns festgenommen werden. Unsere Forderung war auch die Freilassung der 31 Verhafteten. Der Hungerstreik mußte sich allerdings qualitativ von dem an Neujahr unterscheiden. Ich kann sagen, daß uns das gelungen ist, wir hatten wirklich eine massenhafte Beteiligung. Ich denke, daß wir durch die Prügel auf der Demonstration nur Sympathie unter den Studenten gewonnen haben.

Wie wird es weitergehen?

Durch die Aktionen der vergangenen Woche haben wir viel Zulauf bekommen. Wir werden unser Schwergewicht weiterhin auf Mobilisierung legen. Ich glaube, daß viele Studenten in diesen Tagen ihre Angst überwunden haben und sich an unseren Arbeiten beteiligen werden.

Wo siehst du Unterschiede oder Gemeinsamkeiten mit der Bewegung vor 1980?

Vor 1980 gab es keinerlei Freiraum an der Universität. Die Faschisten griffen die Studenten an und es konnte eigentlich gar nicht studiert werden.

Trotzdem denke ich, daß wir die Erben dieser Bewegung sind und uns mit diesem Erbe auseinandersetzen müssen. Doch heute sind die Bedingungen anders und wir müssen eine zeitgemäße Form für dieses Erbe finden. Die Studenten vor 1980 mußen täglich um ihr Leben fürchten. Unter diesen Bedingungen läßt sich natürlich kein akademischer Kampf führen.

Wie siehst du die Situation heute?

Heute stehen die Studenten unter einem starken akademischen Druck. Sie sind völlig apolitisiert worden. Mit einer zentralistischen Organisation würde diese Tendenz noch weiter verstärkt.

Wir, z.B. die Mitglieder unseres Vereines waren am 12.9. alle noch in der Mittelschule. Wir haben diese Epoche nicht erlebt. Deshalb ist es für uns wichtig im Dialog mit den Vertretern der Generation vor uns zu stehen. Wir können viel von ihnen lernen. Aber 1980 hat es einen Filmriß gegebe,, diesen Film können wir nicht einfach an der gleichen Stelle wieder zusammenkleistern.

Was ist euer Ziel in Bezug auf die Uni und darüberhinaus?

Wir wollen in unserem Beruf keine Stümper sein, dazu will uns die Universität aber erziehen. Uns zu professjonalisieren ist auch ein Beitrag zum Kampf um Demokratie.

Wo seht ihr Verbündete in der Türkei von 1987?

Verschiedene Gewerkschaften haben unseren Streik unterstützt, besonders der Menschenrechtsverein hat uns sehr geholfen, allgemein läßt sich sagen, daß wir auf großes Echo bei demokratischen Leuten gestoßen sind. Ich glaube, daß es viele Leute in dieser Gesellschaft gibt, die sich freuen, daß nicht weiter geschwiegen wird.

Der SHP-Abgeordnete Cüneyt Canver hat in einer Ansprache gemeint, euer Anteil wäre nun erledigt, der Kampf gegen das Gesetz solle nun im Parlament weitergeführt werden. Was sagst du dazu?

Das Parlament kann solche Art von Problemen nicht lösen. Ich habe den Verdacht, daß sie uns zu Wahlzwecken benutzen werden. Wir werden unseren Kampf selber, in eigener Regie, weiterführen.

★

Im Jahre 12 der Befreiung



Im Revolutionsmuseum (Ho-Chi-Minh-Stadt)

Fotos: Rainer Werning



Garküche in Ho-Chi-Minh-Stadt

Garküche in Ho-Chi-Minh-Stadt

Vietnams unvollendete Revolution

Reisebericht von Rainer Werning

Wäre der langjährige Krieg in Vietnam eine rein innervietnamesische Angelegenheit gewesen, er hätte bereits mehrmals — wesentlich früher als 1975 — ein Ende gehabt: 1945, nach der Niederlage der Japaner; 1954, nach dem Sieg über die Franzosen; Mitte der sechziger Jahre, nach der Ermordung des Präsidenten Diem und den darauf folgenden Diadochenkämpfen in Saigon; 1968, nach der Tet-Offensive. Doch die massive Intervention der USA verlängerte einen Krieg, an dessen Ende Hunderttausende Vietnamesen „durchgeschüttelt'' und zu Flüchtlingen ohne Ziel geworden waren. In nur zwei Jahren — von Frühjahr 1973 bis Frühjahr 1975 — schanzte die amerikanische Regierung dem in den letzten Zügen liegenden Thieu-Regime 3,95 Mrd. US-Dollar an Militärhilfe zu. In derselben Zeit erhielt Nordvietnam von der Sowjetunion und der Volksrepublik China 1,48 Mrd. US-Dollar für militärische Zwecke.

„Die Soldaten (der südvietnamesichen Armee; R.W.)'', schrieb damals der Militärexperte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung'', Adelbert Weinstein, „sind Untertanen ihres Vorgesetzten. Die südvietnamesische Heeresverfassung ist feudal. Bei der tiefverwurzelten Korruption der hohen Offiziere und der geringen fachlichen Leistung des jüngeren Offizierskorps war die Gefahr stets groß, daß die Armee Belastungen nur schwer aushalten werde. Lediglich im Erfolg waren Thieus Truppen gut. Aber auch nur dann, wenn man die Soldaten im eigenen Land wie eine feindliche Soldateska schalten und walten ließ. Bis auf Ausnahmen haben sich südvietnamesische Divisionen wie Räuber benommen; vor allem beim Rückzug.''

Widerstand mit Tradition

Eines dieser Rückzugsgebiete war das zirka 70 km nordöstlich von Ho Chi Minh-Stadt (vormals Saigon) gelegene Cu Chi. Hier, wo einst die französischen Kolonialherren riesige Kautschukplantagen unterhielten, lebten in den 60er Jahren 80.000 Menschen. Zumindest versuchten sie das. Jede dritte Familie in Cu Chi mußte während des Krieges ein oder mehrere Opfer beklagen.

Von dem ahegelegenen Luftwaffenstützpunkt Xa Phouc Vinh An schwärmten Einheiten der 25. US-

Von dem ahegelegenen Luftwaffenstützpunkt Xa Phouc Vinh An schwärmten Einheiten der 25. US-

Division aus, um Cu Chi und Umgebung zu „befrieden''. Über 10.000 amerikanische Soldaten waren hier stationiert. Durch KZ-ähnliche „Wehrdörfer'', in die die Bevölkerung gepfercht wurde, sollte die Guerilla von Menschen und Nachschub abgeschnitten werden. Im Militärjargon hieß das, „dem Fisch das Wasser abgraben''. Als nicht einmal das ausreichte, um den Widerstand zu unterdrücken, setzten sich seit Anfang 1966 mehrfach die „fliegenden Festungen'', B-52-Geschwader, in Bewegung, um das 48.000 Hektar große Gebiet mit Bombenteppichen zu überziehen. Cu Chi, um dieses Mordszenario abzurunden, diente als eines der Testgebiete „moderner'' chemischer Kriegsführung, in deren Verlauf nach offiziellen Angaben der US-Regierung die Armee von 1961 bis 1972 etwa 72.000 Tonnen Herbizide und Entlaubungsmittel in flüssiger und fester Form versprühte. Um den Boden auszulaugen und unfruchtbar zu machen, wurde rasch wachsendes „American Grass'' eingesetzt, das bei anschließenden Napalmbombardements wie Zunder wegbrannte und sich — wie US-Soldaten versicherten — „vorzüglich für Steppenbrände eignete.''

„In Cu Chi'', erklärt Frau Kha von der Abteilung Kultur und Information des Kreiskomitees, „hat die amerikanische Kriegsführung sämtliche Varianten des Vernichtungsfeldzuges gegen die Zivilbevölkerung durchexerziert, zumal sich hier zeitweilig die Führung der Nationalen Befreiungsfront aufhielt. Es war ein erbitterter, verlustreicher Kampf auf beiden Seiten. Seit 1948 ist in Cu Chi ein Tunnelsystem angelegt worden, das in den 60er Jahren zirka 200 km lang war und mehrstufig, bis zu 16 Metern tief, verlief. In diesen Tunneln befanden sich Nachschublager des Widerstandes. Sie auszuheben und zu sprengen, überließ man sog. „Rattentruppen'' — meist philippinischen Söldnern, die für ihre gefährliche Dreckarbeit pro Einsatz dotiert wurden. Später setzte man zum Aufspüren von Tunneleingängen aus der Bundesrepublik eingeführte Schäferhunde ein.''

In Bambushainen und von Gras und Sträuchern überwuchert, markieren zerstörte Panzer die einst umkämpften Areale. Die Tunnel dienen Kindern zum Versteckspielen. Mit ihren 20 Gemeinden zählt die Kreisstadt Cu Chi heute 200.000 Einwohner.

Unvernarbte Wunden

Zwölf Jahre nach der Befreiung sind die Wunden, die der Krieg aufgerissen hat, nirgendwo so schlecht verheilt wie in Ho-Chi-Minh-Stadt, dem einstigen Saigon. Schwarzhändler, bettelnde Kinder, Prostituierte und Drogenabhängige, für deren „Boom'' die amerikanische Kriegsführung den Humus bereitete, sind noch heute — weniger massiv zwar — präsent. Mindestens ein weiteres Jahrzehnt wird vergehen, so die realistische Schätzung von Parteikadern, bis diese soziale Hypothek der Thieu-Ära abgetragen ist.

Herr Nguyen Quang Van, früher Soldat in der Befreiungsarmee, führt heute einen „Kampf mit stillen Frontlinien''. Seit Ende November 1975 leitet er das New Youth Labor Training Center für Drogenabhängige in Ho-Chi-Minh-Stadt. „Das Zentrum'', erzählt er, „untersteht dem Ministerium für Soziales. Seitdem haben 19.000 Jugendliche aus sämtlichen gesellschaftlichen Schichten — darunter zehn Prozent Mädchen und Frauen — unser Rehabilitationsprogramm, das sie gleichzeitig auf das Arbeitsleben vorbereitet, absolviert. Zehn Prozent von ihnen kamen freiwillig hierher. Etwa 30 Prozent wurden von ihren Familien und Betrieben geschickt, den Rest, teils in völlig verwahrlostem Zustand, hatte die Polizei aufgegriffen und zu uns gebracht. Im Augenblick leben hier etwa 800 Schüler.

Allein in Saigon gab es während der Thieu-Herrschaft circa 150.000 Drogensüchtige und 2.000 Verkaufsstellen für Heroin und Opium, von dem täglich zwei Tonnen mit Duldung korrupter Offiziere auf den Markt gelangten. Wahrscheinlich gibt es noch 3 - 5.000 Drogenabhängigen in der Stadt.''

Die vorläufige Behandlung umfaßt zweitweiliges Isolieren, Akupunktur/Akupressur, Dampfbäder und kalte Duschen, Heilgymnastik sowie die medikamentöse Behandlung. Einer Entwöhnungsphase von ein bis vier Wochen folgt die sogenannte „ideologisch-psychologische Erziehung''. Sie dauert etwa drei Monate und dient der eigentlichen Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit. „Unser Leitgedanke'', so beschreibt der Direktor das Behandlungsziel, „ist die Rückgewinnung von Humanität, von Selbstschätzung und die Achtung vor der Arbeit.''

So wurde denn 1979 mit zunächst 100 Jugendlichen und staatlicher Unterstützung mit der materiellen Produktion begonnen — dem Anfertigen von Reispapier, Reiskuchen und Fahrradschläuchen. Der Umsatz dieser Erzeugnisse betrug 50.000 Dong und konnte bis 1985 — mit nunmehr 300 produktiv Beschäftigten — auf 5,1 Millionen Dong gesteigert werden. Die Unterstützung des Staates betrage pro Kopf und Monat noch immer 200 Dong in Form von Materialhilfen, doch die wirtschaftliche Selbständigkeit werde mittelfristig angestrebt. Bezahlt werden die Beschäftigten nach Leistung. Gegen Ende des durchschnittlich zweijährigen Aufenthalts betrage der Monatsverdienst etwa 900 Dong. In ganz wenigen Ausnahmefällen sei ein Einkommen von bis zu 2.000 Dong möglich. Das übertreffe nicht nur den Durchschnittslohn eines Facharbeiters, sondern liege um nahezu das Dreifache über seinem eigenen Einkommen — erklärt der Direktor.

60 Mitarbeiter, darunter fünf ehemalige Schüler, zählt das Zentrum, das einzige dieser Art im Lande. Die Rückfallquote, so hebt man unter Berufung auf UNESCO-Bestätigungen hervor, betrage nur 30 Prozent — ein im internationalen Vergleich gutes Ergebnis.

Die Schlupflöcher des Opiumhandels — vornehmlich aus dem als „Goldenes Dreieck'' bekannten thailändisch-laotisch-birmanischen Grenzgebiet — konnten bis heute nicht gänzlich gestopft werden. Über chinesische Mittelsmänner, so erläutert Herr Nguyen Quang Van, finde der „Stoff'' noch immer einen aufnahmefähigen Markt. Drogenhändler droht, falls sie geschnappt werden, eine sechsmonatige bis zwanzigjährige Haftstrafe. Die Konsumenten hingegen würden als Patienten behandelt.

Zum Abschluß des Besuches präsentiert eine von Jugendlichen gebildete Rockgruppe „überdrehte'' US-Hits der 70er Jahre. Die — auch kulturelle — Bewältigung der Vergangenheit wird ein „zähes Geschäft'' bleiben.

„Noch haben die Menschen

„Noch haben die Menschen kein gutes Leben!''

Ho-Chi-Minh-Stadt zeigt sich von der bunten Seite. An nahezu sämtlichen Straßenecken im Zentrum künden in grellen Farben gehaltene Plakate vom revolutionären Elan, dessen Entfesselung man sich vom 6. Parteitag der Kommunistischen Partei (Mitte Dezember 1986) erhofft. Straßenverkäufer bieten Luftballons feil. Kleine, mobile Fahrradreparatur„werkstätten'' teilen sich die Bürgersteige mit fliegenden Händlern und Garküchen-Besitzern.

„Auf dem florierenden Schwarzmarkt'', erklärt Pierre, ein seit langem in Frankreich lebender Ingenieur vietnamesischer Abstammung, der die Regierung im Tourismusfragen berät, „gibt es nahezu alles zu kaufen — für nur etwa die Hälfte der in Europa und in den USA üblichen Preise. Statt Devisen, deren Einfuhr strikten Kontrollen unterliegt, senden die Überseevietnamesen ihren Hinterbliebenen Luxusgüter, die diese dann — sozusagen als Schutz gegen die Inflation — auf die hohe Kante legen und auf dem Schwarzmarkt verhökern. Viele Leute arbeiten für einen Monatslohn von 600 bis 800 Dong, was nach dem jetzt gängigen Schwarzmarktkurs nur eineinhalb bis zwei US-Dollar entspricht!''

Bei Kriegsende zählte die Stadt etwa 4,5 Millionen Einwohner. Davon waren eine halbe Million arbeitslos und weitere 500.000 Personen hatten in der Armee und Verwaltung des Thieu-Regimes gedient. Dazu kamen Kriegsversehrte, Waisenkinder, Prostituierte, Analphabeten und Drogensüchtige — ein „sozialer Ballast'' also, mit dessen Bewältigung sich die neuen Machthaber herumplagen mußten. In „Neuen Wirtschaftszonen'', zumeist fernab der Städte gelegene und landwirtschaftlich zu erschließende Gebiete, sollten sie umgesiedelt werden und dort ihre Reproduktion sichern. Dermaßen überstürzt erfolgte dieses Programm, daß es schon bald revidiert werden mußte.

„Nach reichlich zehn Jahren'', sagt Herr Nguyen Son, KP- und Vorstandsmitglied des Volkskomitees von Ho-Chi-Minh-Stadt, „müssen wir feststellen, daß bei diesem Programm Erfolge und Mißerfolge eng beisammen liegen.'' — „Für die Städter'', merkt er selbstkritisch an, „waren die Startbedingungen sehr ungünstig. Das Leben war hart. Es gab weder eine ausreichende Infrastruktur, noch verfügten die meisten über die technischen Fähigkeiten, in diesen Zonen angemessen zu leben. Viele Leute kehrten deshalb in die Städte zurück. In den letzten Jahren haben wir uns bemüht, zunächst die Infrastruktur aufzubauen bzw. zu verbessern, um dann erfahrene, kräftige Personen dorthin zu senden. Erfolgreicher verlief die Neuerschließung von Land in den Küstenregionen. Allein in der Umgebung von Ho-Chi-Minh-Stadt konnten ca. 25.000 Hektar für die landwirtschaftliche Produktion als staatliche Volksgüter unter den Pflug genommen werden. Die Fischer wurden rehabilitiert und spezialisierten sich nunmehr auf die Züchtung von Langusten.''

Obgleich nicht direkt angesprochen, schien diese Umsiedlung — auch und gerade unter den Handel treibenden Huaqiao (chinesische Bezeichnung der Überseechinesen) und den vornehmlich vom Wanderfeldbau lebenden „Bergvölkern'' — mehr soziale Probleme geschaffen, denn gelöst zu haben. Die Betroffenen rebellierten gegen die gewaltsame Veränderung ihres Lebensstils und entzogen sich dem Druck durch die Flucht ins Ausland oder durch territoriales Ausweichen.

Herr Nguyen Son äußert sich offen über die aktuelle Versorgungs- und Lebenslage der Bevölkerung: „Im September 1985 wurde unsere Währung, der Dong, neubewertet. Dadurch lagen zwar die Löhne nominal über das Zehnfache höher als zuvor. Doch ungleich schneller noch stieg die Inflation. Die Preise kletterten in die Höhe, die Realeinkommen verminderten sich. U.a. war das auf eine Verschlechterung der internen „Terms of Trade'', des im Vergleich zu Produktionsgütern zuungunsten agrarischer Erzeugnisse ausschlagenden Austauschverhältnisses, auf Warenhortung und Schmuggel zurückzuführen. Am gesamten Warenumsatz der Stadt ist der Privatsektor mit immerhin 40% beteiligt. Noch haben die Menschen kein gutes Leben.''

Tatsächlich offenbarte die im Herbst 1985 durchgeführte Währungsreform (nunmehr 10 alte Dong = 1 neuer Dong) die Strukturschwäche der Wirtschaft(spolitik). Die bis dahin staatlich festgesetzten, „politischen'' Preise für das Gros der Nahrungsmittel und Konsumgüter schnellten binnen weniger Wochen um bis das Zwanzigfache in die Höhe. Kostete beispielsweise eine Tasse Kaffee um die Jahreswende 1985/86 etwa drei Dong, so müssen da-

Tasse Kaffee um die Jahreswende 1985/86 etwa drei Dong, so müssen da-

für heute bereits 50 und mehr Dong hingeblättert werden. Damit näherten sich die Preise zunehmend denen auf dem freien oder Schwarzmarkt an. Den verkäuflichen Agrarerzeugnissen steht noch immer keine ausreichende Kaufkraft gegenüber. Doch nicht ein Absinken der Preise, sondern eine Verteuerung auch leichtindustrieller Produkte war die Konsequenz.

Am härtesten trifft der Inflationsschub die städtischen Lohnempfänger, die Arbeiter und Angestellten. Um über die „offizielle'', den Zugang zu staatlichen Rationen sichernde Arbeit hinaus angemessen leben zu können, werden Nebentätigkeiten zur Regel. In zwei bis drei Tagen läßt sich durch Privatunterricht, den An- und Verkauf von Schieberwaren u. dergl. leicht ein zusätzlicher Monatslohn erwirtschaften.

„Noch heute'', so schätzt Herr Nguyen Son in Ermangelung genauer statistischer Erhebungen, „sind in Ho-Chi-Minh-Stadt 150- 200.000 Menschen arbeitslos.'' Als arbeitslos klassifiziert er jede Person im erwerbsfähigen Alter, die „nicht arbeiten will bzw. noch kein Arbeitsverhältnis eingegangen ist.''

Im Einklang mit den auf dem 6. Parteitag anvisierten wirtschaftspolitischen Neuerungen — Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung, Ausweitung der Konsumgüterpalette, Anhebung des allgemeinen Lebensstandards sowie das Ankurbeln der Exportproduktion — befürwortet er eine aktivere Einbeziehung der Bevölkerung ins Wirtschaftsgeschehen. Kurzum: statt staatlicher (teils dirigistischer) Lenkung wird stärkeres Gewicht auf Privatinitiativen gelegt. Dem Kleinkapital soll es fortan gestattet sein, Betriebe mit bis zu zehn Beschäftigten zu unterhalten, um — wie es heißt — „ökonomische Hemmnisse'' abzubauen.

„Damals gab es keine Traktoren''

Aus den Bullaugen des „Vietnam Airlines''-Jets wird eine Trichterlandschaft sichtbar. Was heute wie eine wahllose Anhäufung von Wasserlö-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

chern aussieht, waren einst Angriffsziele der amerikanischen Luftwaffe. Zwischen den Wolkenfetzen taucht unter uns Da Nang auf. In dieser Stadt mit etwa 350.000 Einwohnern hatte sich auf dem Höhepunkt des Krieges die größte US-Militärbasis in Zentralvietnam befunden. 55% aller Dörfer um Da Nang sind damals von B-52-Bombern von der Landkarte ,,ausradiert'' worden. Vergammelte Flughallen und Panzerschrott, aus dem sich immerhin noch Fahrräder, Hacken und Spaten fertigen lassen, künden als stumme Zeugen von der ,,Arroganz der Macht'' ...

Etwa 90 km südlich von Hanoi liegt die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft ,,Khanh Phu''. Ihr Vorsitzender und gleichzeitig Gemeindevorsteher ist Herr Le Van Phuc. 900 Familien oder 4.000 Menschen, zusammengeschlossen in sieben Arbeitsbrigaden, leben hier. ,,Khanh Phu'' kann als mustergültige LPG gelten; 1985 erhielt sie den Orden ,,Heroen der Einheit''.

Le Van Phuc ist eine warmherzige, agile Person. Sein verschmitztes Lächeln tut ein übriges, um spontane Vertrautheit zu wecken. ,,Neben Reis'', so berichtet er, ,,bauen wir Maniok, Süßkartoffeln und Jute an. Wasserbüffel, Kühe und Schweine werden gehalten. Unser traditionelles Handwerk, die Teppichweberei, pflegen wir nach wie vor. Außerdem gibt es Werkstätten für die Ziegel- und Kalkherstellung. 1986 betrug der Produktionsumsatz 29 Mio. Dong, und die Reisernte 1.600 Tonnen — genug, um den Arbeitern pro Tag 35 Dong und 1,6 kg (ungeschälten) Reis auszuzahlen. Die Mechanisierung entwickelte sich langsam. Durchschnittlich beträgt die für private Zwecke bereitgestellte Anbaufläche pro Person 48 qm.''

,,In 26 Schulklassen'', so erläutert er die sozialen Aspekte ,,Khanh Phus'', ,,werden die Jugendlichen bis zur neunten Klasse unterrichtet. Für die weiterführende Ausbildung kommt die LPG auf; ausgewählten Studenten ermöglichen wir das Studium in der Stadt. Nebst drei Kindergärten unterhalten wir eine Gemeindebücherei mit derzeit 3.000 Bänden. In der mit 15 Betten ausgestatteten Sanitätsstation arbeiten vier hauptamtliche medizinische Kader. Größere Operationen müssen allerdings noch immer in der Stadt durchgeführt werden.''

Für den Ausbau der Infrastruktur erhält ,,Khanh Phu'' staatliche Unterstützung. Andererseits konnten 1986 30 Tonnen Schweinefleisch, 30 Tonnen Erdnüsse und 230 Tonnen Reis an den Staat abgeführt werden. Für umgerechnet 40 Tonnen Reis erhielt man einen Traktor. Die Frage nach der Wertrelation zu Beginn der 80er Jahre parierte Le Van Phuc mit der verblüffenden Bemerkung, damals habe es keine Traktoren gegeben.

rechnet 40 Tonnen Reis erhielt man einen Traktor. Die Frage nach der Wertrelation zu Beginn der 80er Jahre parierte Le Van Phuc mit der verblüffenden Bemerkung, damals habe es keine Traktoren gegeben.

Pro Hektar/Jahr beträgt der Reisertrag 7,5 Tonnen. In anderen Landesteilen können aufgrund eines besseren Bewässerungssystems bis zu 10 Tonnen eingeholt werden. Im ganzen Land aber ist das für 1986 anvisierte Planziel, die Reisproduktion im Vergleich zum Vorjahr von 18,2 auf 20 Mio. Tonnen zu steigern, mit 18,5 Mio. Tonnen nicht annähernd erreicht worden. Von der Gesamtproduktion ,,Khanh Phus'' gehen zehn Prozent als Steuern an den Staat. Weitere 20-25% werden an staatliche Stellen verkauft, während ein gleich hoher Anteil als Rücklage dient. Der Rest verteilt sich auf die Gemeindemitglieder, die ab dem 16. Lebensjahr die Vollmitgliedschaft erwerben und nach einem Punktesystem entlohnt werden bzw. die erzielten Punkte auf Familienangehörige übertragen können. Frauen arbeiten bis zum 56. und Männer bis zum 60. Lebensjahr. Die Auszahlung der Rente erfolgt hauptsächlich in Form von Naturalien.

Nord-Süd oder Süd-Nord?

,,Khanh Phu'' scheint außerhalb des Schußfeldes der vor und nach dem 6. Parteitag entfesselten Kritik zu liegen. ,,Subjektivismus, Voluntarismus, schablonenhafte Denk- und Handlungsweisen, Übereilung'' sind in der abschließenden Parteitagsresolution heftig unter Beschuß geraten. Die Konsequenz, der Privatinitiative mehr Spielraum zu gewähren und die wirtschaftspolitische Bevormundung des Nordens zu überwinden, ist einschneidend. Personell drückt sich diese Umorientierung nicht zuletzt im Aufrücken mehrerer sogenannter Pragmatiker in die Führungsspitze aus. Neuer Parteivorsitzender wurde schließlich Nguyen Van Linh, einst Gewerkschaftsvorsitzender, Parteisekretär von Ho-Chi-Minh-Stadt und einer der wenigen überlebenden Führer der Befreiungsfront des Südens. Die nach der Befreiung von den neuen Wirtschaftskadern genährte Hoffnung, die ,,nördlichen Verhältnisse'' seien in absehbarer Zeit auf den Süden zu übertragen, erwies sich als Illusion. Stattdessen ist eher eine gegenläufige Entwicklung auszumachen; die relative ,,laissez faire''-Politik des Südens scheint angesichts der verschlechterten Versorgungslage den Norden zu erfassen.

Ha Nam Ninh im Süden Hanois umfaßt seit 1976 drei Kleinprovinzen. Eine geschichtsträchtige Region — hier war im 10. Jahrhundert mit Hoa Lu die neue Hauptstadt des gerade von China befreiten Vietnam entstanden. Die 200.000 Einwohner zählende Provinzhauptstadt Nam Dinh ist u.a. das Textilzentrum des Landes. 1889 ließ ein chinesischer Industrieller in Nam Dinh die erste Textilfabrik Vietnams erbauen, die 1900 an Franzosen verkauft wurde.

,,Zwischen 1900 und 1953'', erzählt der Generaldirektor des heute 14 Fabriken umfassenden Textilkombinats, Herr Nguyen Duy Kiem, ,,steigerten die französischen Kapitalisten ihre Profite um das Hundertfache. 16.000 Arbeiter schufteten hier früher, um jährlich 20 Mio. Meter Stoff herzustellen. 1964, zehn Jahre nach der Verstaatlichung des Betriebs, produzierte das Kombinat mit 12.000 Beschäftigten 60 Mio. Meter Stoff und 800.000 Faserdecken. Zwischen 1965 und 1973 wurden die Fabriken durch amerikanische Kampfflugzeuge teilweise zerstört. 132 Menschen kamen dabei ums Leben. Die Produktionskapazität schrumpfte auf 30% des früheren Niveaus. Uns blieb nichts anderes übrig, als einen Teil des Komplexes zu zerlegen und zu evakuieren.''

veaus. Uns blieb nichts anderes übrig, als einen Teil des Komplexes zu zerlegen und zu evakuieren.''

Mit berechtigtem Stolz stellt er zwischen diesem Überlebenswillen und der kämpferischen Tradition der Arbeiterklasse einen unmittelbaren Zusammenhang her. Schon kurz nach der Gründung der Kommunistischen Partei Indochinas (Frühjahr 1930) demonstrierten 4.000 Arbeiter in Nam Dinh gegen die französische Kolonialmacht. Drei Wochen lang streikten sie — aus Protest gegen ihre erbärmlichen Lebensbedingungen. Die Fabrik verfügte über eine aktive Parteiorganisation und war für ihre Kaderrekrutierung weit über die Stadtgrenzen Nam Dinhs hinaus bekannt. In einem ,,Traditionshaus'' sind die Zeugnisse, Bilder und Dokumente aus jener Epoche einfühlsam arrangiert worden.

Seit 1973 wird das Kombinat wieder aufgebaut, erweitert und modernisiert. Bis 1990 soll die Produktion von gegenwärtig 40 Mio. Meter Stoff verdoppelt werden. Neben den alten, noch im



In der Textilstadt Nam Dinh





Fahrradreparatur,,werkstatt'' in Hanoi. Gymnastische Übungen im Ausbildungszentrum für Drogenabhängige in Ho-Chi-Minh-Stadt

Geiste gutnachbarlicher Beziehungen aus der VR China gelieferten Maschinen stammen die neueren ,,Textima''-Modelle aus dem ,,Kombinat VEB Spinnereimaschinenbau Karl-Marx-Stadt''. Die Bleich- und Ornamentierungsmaschinen hat Indien geliefert.

Jährlich bezieht das Textilkombinat von Nam Dinh 100.000 Tonnen Baumwolle aus der Sowjetunion. 50% der Produktion sind für den Export — in erster Linie in die RGW-Länder — bestimmt und werden noch über die staatliche Außenhandelsbehörde abgewickelt. Über den Umfang, Zahlungsmodus und die Abwicklung dieses Handels ist nichts zu erfahren.

,,Es ist gut'', resümiert Herr Nguyen Duy Kiem, ,,daß unsere Wirtschaftspolitik nach dem Parteitag flexibler gestaltet werden soll. Bereits in den nächsten Monaten dürfte es uns möglich sein, Geschäftsverträge mit ausländischen Partnern direkt abzuschließen und die zur Begleichung notwendiger Einfuhren benötigten Devisen ohne bürokratische Hindernisse zu erhalten. Sinnvoll ist es, unsere eigene Baumwollproduktion anzukurbeln''.

„Die Planwirtschaft schlug fehl" — Abrechnung in Hanoi

„Die Planwirtschaft schlug fehl" — Abrechnung in Hanoi

,,Die Einkreisung des Landes durch die Imperialisten und Reaktionäre wird im Innern ergänzt durch einen desolaten Zustand in Leitung, Verwaltung, Rechnungsführung und Wirtschaft. Um diesen Mißstand zu überwinden, muß die Investitionspolitik verbessert, die Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie vorrangig entwickelt und die Exportproduktion — Tee, Geschenkartikel, Kautschuk, Kaffee und Meeresfrüchte — erweitert werden. Die Schwerindustrie hat vorerst zurückzustecken. Betriebe können nicht auf Dauer mit Verlusten arbeiten; andernfalls müssen sie halt geschlossen werden. Die Planwirtschaft der letzten Jahre schlug fehl. Dem Tourismus ist künftig große Aufmerksamkeit zu schenken. Schließlich müssen wir uns darum kümmern, das Bevölkerungswachstum von derzeit 2,7 pro Jahr auf 2% zu senken.''

Vor wenigen Jahren hätte ein solches Urteil, noch dazu aus dem Munde des Generalsekretärs des ,,Vietnamesischen Komitees für die Solidarität und Freundschaft mit den Völkern in der Welt'', die Schwelle zur Ketzerei weit übersprungen. Herrn Trinh Ngoc Thai kommen diese Worte locker über die Lippen — ein Anzeichen für den tiefgreifenden Umdenkungsprozess im Lande. Abgeschnitten von der einst zugesagten Wirtschaftshilfe aus den USA und Westeuropa, eingespannt in den zunehmend unpopulären Kampuchea-Krieg und mit dem Problem belastet, der Nachkriegsgeneration mehr als kriegsbedingte Askese zu bieten, sah sich die politische Führung mit dem Dilemma konfrontiert, die Wagenburg-Mentalität zu verstärken oder aufzubrechen. ,,Nachlassende revolutionäre Wachsamkeit'' und das nach der Währungsreform (Herbst 1985) aufkeimende Schiebertum — selbst im Hanoier ,,Hoa Bin'' (,,Frieden'')-Hotel schießt es unter den Augen des erstaunten ausländischen Besuchers üppig ins Kraut — dürfte sie schon aus Legitimationsgründen dazu bewegt haben, die FLucht nach vorn anzutreten. Kritik und Selbstkritik sind gefragt — mit noch unabsehbaren Konsequenzen. Auf jeden Fall werden die Facetten einer Wirklichkeit deutlich, die teils verdrängt, teils verschönt worden war.

,,Die Lohn- und Währungsfragen sowie die Konsumwünsche der Bevölkerung sind nicht ausreichend berücksichtigt bzw. schlecht gelöst worden'', erklärt Herr Trinh Ngoc Thai. Dieselbe Kritik teilt Frau Nghiem Chuong Chau, die stellvertretende Vorsitzende des Hanoier Volkskomitees (wir würden sagen: Bürgermeisterin) und Mitglied der Nationalversammlung. In den staatlichen Kaufhäusern Hanois, dessen Bevölkerung sich im Stadtkern seit 1954 vervierfachte, werden beispielsweise für Kleidung folgende Preise verlangt: Unterhemd — 80-100 Dong; Hemd — 400 Dong; Anorak — 2.500-3.500 Dong; Pullover — 300-700 Dong; Hose — 900-1.400 Dong und Mantel — 4.500 Dong. Das ist happig; der durchschnittliche (in Geld ausgezahlte) Monatsverdienst eines Arbeiters beträgt etwa 1.100 Dong. Verdutzt stellt man fest, daß eine Art staatlich regulierter ,,Schwarzmarkt''-Kurs gilt: Hat der ,,Saigon Tourist'' für den Süden einen Umtauschkurs von 120 Dong pro US-Dollar ausgehandelt, so bekommt der Besucher in Hanoi nurmehr 80 ,,offizielle'' Dong für den

stellt man fest, daß eine Art staatlich regulierter ,,Schwarzmarkt''-Kurs gilt: Hat der ,,Saigon Tourist'' für den Süden einen Umtauschkurs von 120 Dong pro US-Dollar ausgehandelt, so bekommt der Besucher in Hanoi nurmehr 80 ,,offizielle'' Dong für den

Greenback.

Außenpolitische Kehrtwende?

,,Ho-Ho-Ho-Chi-Minh'' hatte einst die antiimperialistische Linke in West wie Ost skandiert und damit ihrer Empörung über Washingtons unerklärten Krieg Ausdruck verliehen. Spätestens seit dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kampuchea (um die Jahreswende 1978/79) und der kurz darauf erfolgten chinesischen ,,Strafaktion'' gegen Vietnam rückte die Region aus dem Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit. Vietnam war auf sich selbst zurückgeworfen. Seine ,,boat people'' galten als leibhaftige Zeugen eines Regimes, dem die Befürworter der amerikanischen Kriegsführung ja schon immer Chaos und Terror prophezeit hatten. Filme wie ,,Apocalypse Now'', ,,Killing Fields'', ,,Rambo'' etc. haben diese Message in unterschiedlicher Subtilität transportiert.

Und die Linke? Der einsetzenden Sprachlosigkeit folgte das Desinteresse. Was vielen als Fixpunkt moralisch-politischen Engagements, gar als Vorbild des sozialistischen Aufbaus gegolten hatte, war zum Un-Thema geworden. Die unterstellte ,,Kampfbrüderschaft'' zwischen Vietnam, Kampuchea und Laos war zerbrochen. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Prozesse in den jeweiligen Ländern entwickelten eine unerwartete Eigendynamik — noch dazu mit kriegerischen Konsequenzen. Das wiederum erleichterte der Sowjetunion und China, ihr politisches und militärisches Gewicht für Vietnam bzw. Kampuchea in die Waagschale zu werfen. Unterstützt China ungeachtet der laufenden Normalisierungsgespräche mit der Sowjetunion die noch maßgeblich von den ,,Roten Khmer'' getragene Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea, so insistiert die Sowjetunion auf eine effektivere Nutzung ihrer Wirtschafts- und Militärhilfe an Vietnam. Allein die nicht-militärische Hilfe Moskaus an Hanoi beläuft sich täglich auf etwa 3 Mio. US-Dollar. Seit Gorbatschows Amtsantritt wird verstärkt darauf geachtet, die Entwicklungspolitik — für Vietnam ist von 1986 bis 1990 immerhin eine Unterstützung von umgerechnet über 25 Mrd. DM vorgesehen — nicht durch ,,weiße Elefanten'' zu blockieren. Geplante Großprojekte (z.B. Kraftwerke) hat Hanoi denn auch einstweilen auf Eis gelegt. Die angestrebte Erhöhung der Produktivität und Liefermengen an das Ausland soll das Handelsdefizit abbauen, das mit den sozialistischen Ländern allein 1985 knapp 1 Mrd. US-Dollar betragen hatte — Wareneinfuhren im Wert von 1,5 Mrd. standen Ausfuhren im Wert von 541 Mio. US-Dollar gegenüber.

Mit dem stellvertretenden Premier- und Außenminister Nguyen Co Thach wird ein Mann an die Spitze der erst vor wenigen Wochen gebildeten Kommission für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland treten, der als Konsequenz bürokratischer Verkrustungen und Fehlschläge in der Wirtschaftspolitik u.a. auch auf westliches Kapital und Know how setzt. Das freilich dürfte nur durch ein ,,Enteisen'' des ,,Kampuchea-Problems'' möglich sein. Nach wie vor beharrt der Westen

quenz bürokratischer Verkrustungen und Fehlschläge in der Wirtschaftspolitik u.a. auch auf westliches Kapital und Know how setzt. Das freilich dürfte nur durch ein ,,Enteisen'' des ,,Kampuchea-Problems'' möglich sein. Nach wie vor beharrt der Westen

auf einem Kampuchea-Junktim, also auf die Gewährung von Finanzhilfen nur im Falle eines Abzugs der etwa 140.000 vietnamesischen Soldaten aus Kampuchea. Thachs eigene Haltung in dieser Frage hat sich seit Ende der 70er Jahre merklich gewandelt: Bestritt er zunächst schlankweg die Existenz vietnamesischer Soldaten im Nachbarland, so propagierte er später die ,,Irreversibilitäts''-These, wonach ,,vietnamesische Freiwilligenverbände'' zur Stützung der Regierung Heng Samrin und gleichzeitigen Ausschaltung der ,,völkermörderischen Pol Pot-Clique'' notwendig seien. Heute indes widerspiegelt seine Sicht die offizielle Position, spätestens 1990 die Truppen auch ungeachtet einer politischen Lösung in Phnom Penh abzuziehen. Außerdem wird nicht mehr die Vernichtung der ,,Roten Khmer'' in ihrer Gesamtheit, sondern nurmehr das Auswechseln ihrer Führungsschicht gefordert.

Ein solcher Kurs entspräche weitgehend den Leitlinien der neuen sowjetischen Südostasien-Politik, die — vereinfacht dargestellt — in drei Phasen zu verlaufen scheint: verstärktes bilaterales Verhandeln mit Peking; ,,Ermunterung'' von Gesprächen zwischen China und Vietnam (was übrigens der sowjetische Abgesandte Jegor Ligatschew auf dem 6. Parteitag wie auch Außenminister Schewardnadse anläßlich seiner Südostasienreise im März befürworteten); schließlich direkte politische Kontakte zwischen Heng Samrin und der von Prinz Sihanouk geführten Widerstandsbewegung im Namen der nationalen Aussöhnung.

Bleibt eine Unbekannte: Der als Chefarchitekt des Einmarsches in Kampuchea geltende General Le Duc Anh übernahm zum Jahresbeginn das Verteidigungsministerium. Vielleicht ein Indiz dafür, daß sich ein Wandel im Tempo eines Wasserbüffels vollzieht ...

Wahlzeit: Wendezeit? Entmystifizierung tut not!

Nie wurde soviel über die „Wende" geredet wie nach der Bundestagswahl. Nie war dieses Gerede so diffus und sinnlos wie jetzt. Von der Erwartung einer nach wie vor drohenden Faschisierung über zunehmende restaurative Tendenzen bis hin zu einer Chance für die Forcierung einer innenpolitischen und außenpolitischen Demokratisierung ist so ziemlich alles unter diesem Begriff vertreten. „Wende nach vorn", „Wende zurück". „Zeitenwende", „Paradigmawechsel". Jede/r kann sich bedienen. Ganz nach Belieben.

Nie war aber auch der Sinn der „Wende"-Warnungen so deutlich wie jetzt, da die SPD so sichtbar am Boden liegt: Es war Jochen Vogel, der nach der Bundestagswahl in seiner Gegenrede zum Regierungsprogramm als erster den Zeigefinger hob, die kommende Legislaturperiode werde harte Krisenzuspitzungen und einschneidende Angriffe gegen den Sozialstaat, vor allem gegen die Gewerkschaften bringen. Es war der abgeschlagene SPD-Kandidat Krollmann, der die Warnungen nach der Hessen-Wahl bis zur Erfindung der Begriffspräzision einer „Wende zurück" steigerte. Es war der „Spiegel", der die SPD-Propaganda zur Parole „die Republik wird schwarz" zuspitzte. Denselben Tenor konnte mensch jetzt von Gewerkschaftern zum 1. Mai hören. Der Hamburger Wahlkampf wie die ganze aktuelle Politik der SPD läuft unter der Parole der „Wende"-Verhinderung. Panikmache mit der angeblich drohenden „Wende" ist, wie es scheint, der letzte Versuch der SPD.

Aber auch aus dem traditionellen Bündnisspektrum der SPD, bzw. solchen Kräften, die es schon immer gern gewesen wären, tönt das „Wende"-Horn: Von linkssozialdemokratischen Autoren, aus DKP- und traditionellen Antifa-Kreisen wird vor einem neuen Rechtskurs, wird vor der „Kulturrevolution von rechts" und einer Neu-Formierung der Rechten gewarnt. Die 0,7% Stimmen für die NPD werden mit den 3% der Republikaner in der vorangegangenen bayerischen Landtagswahl zu einer neuen Formierung der Rechten zusammengezählt und umstandslos als Ergebnis der „Wenderegierung" erklärt. Die Kritiken der Rechten an der nicht eingelösten „Wende" werden dabei schlicht übergangen. Andererseits jubelt man den Stimmeneinbruch der CDU bei der Bundestagswahl zur "Wende vorwärts" hoch. Was für ein Chaos!

Auch aus den Verlautbarungen der GRÜNEN Mehrheit, aus der „taz", ebenso wie aus großen Teilen der Szene tönen bei jeder Gelegenheit die Warnungen vor der „Wende". „Alles gegen die Wende" gehört heut, scheint's, zum Credo einer Politik, wenn sie sich als fortschrittlich ausweisen will.

Dabei hat der Begriff „Wende" inzwischen noch weniger Inhalt als bei seiner Erfindung durch die CDU/CSU und seiner begeisterten Aufnahme durch die SPD 1982. Damals wurde damit immerhin noch zum Vergleich aufgefordert, nämlich zu dem Vergleich zwischen der Zeit der SPD/FDP-Regierung von 1969 bis 1982 und den geplanten Maßnahmen der CDU/CSU/FDP-Regierung. Heute wäre zu prüfen, ob sich die Verhältnisse seit Antritt der CDU/CSU/PDP-Koalition 82 im Vergleich zu der SPD-geführten Regierung verschlechtert oder verbessert haben oder ob sie sich nach der Wahl 87 vergleichsweise verbessern oder verschlechtern werden.

Tatsächlich würde ein solcher Vergleich, konkret angestellt, ergeben, daß die Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition seit 82 voll und ganz im Erbe und in der Kontinuität der SPD- Politik steht, mehr noch, daß sie bisher in manchen Punkten sogar liberalere Verhältnisse zuläßt als seinerzeit die SPD/FDP-Koalition. Man denke an die heutige Parlamentsrealität. Man denke andererseits an die Terroristen-Hetze, Berufsverbote, Gewerkschaftsauschlüsse usw. schließlich den „deutschen Herbst 77." Etwas Vergleichbares hat die CDU/CSU-Regierung bisher nicht vorzuweisen.

Die aktuellen „Wende"-Warnungen bekommen heute, soweit sie nicht ohnenin nur als sinnlose Floskeln gebraucht werden, bereits den Charakter von Warnung vor bloßen allgemeinen Verschlechterungen, ja eigentlich schon vor Veränderungen schlechthin und an sich, egal in welche Richtung. „Gegenhalten", lautet z.B. konsequenterweise eine der aktuellen Wahlkampfparolen der Hamburger SPD.

Es besteht die Gefahr, daß große Teile der Linken sich zum Nulltarif von einer derart diffusen Anti-„Wende"-Propaganda zu einer Hilfstruppe für die Stützung der SPD machen lassen. Eine Auseinandersetzung mit den „Wende"-Prognosen scheint uns daher dringend geboten.

Auf den folgenden Seiten stellen wir in dieser Ausgabe des AK vor:

— eine Analyse des Regierungsprogramms der Kohl-Regierung,
— eine Auseinandersetzung mit linken „Wende"-Prognosen nach der Bundestagswahl,
— eine Übersicht rechter Positionen zur „Wende".

F.

Regierungsprogramm: Auf Mitte gestrickt



Eine politische Wende ist das nicht, was die „schwarz-gelbe" Koalition in mittlerweile 4 1/2-jähriger Regierungszeit zustande gebracht hat. Der allenthalben beschworene „Wende"-begriff suggeriert nämlich. daß gegenüber
schworene „Wende"-begriff suggeriert nämlich, daß gegenüber
dem vorherigen Zustand ein Bruch, zumindest aber ein grundlegender Kurswechsel in wesentlichen politischen Bereichen stattgefunden habe. Genau das ist aber nicht der Fall. Im Vergleich zu ihrer sozialliberalen Amtsvorgängerin unter Helmut Schmidt zeichnete sich die seitherige Politik der Kohl-Regierung durch ein hohes Maß an Kontinuität aus: Die politischen Gemeinsamkeiten überwiegen klar die vorhandenen Unterschiede.

Das im März vorgelegte 3. Regierungsprogramm der konservativ-liberalen Koalition zeigt, daß sich hieran auf absehbare Zeit nichts ändern wird.

„Wende" um 360 Grad?

Im Zentrum der sogenannten „Wende" stand von Anfang an die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Führt man deren ideologische Postulate („Leistung muß sich wieder lohnen", „weniger Staat — mehr Freiheit" usw.) auf ihren materiellen Kern zurück, so zeigt sich folgendes: Es ging und geht der Regierung darum, die Unternehmen spürbar von Sozialabgaben, Steuern und „bürokratischen Hemmnissen" jeglicher Art (gemeint sind vor allem arbeitsrechtliche Schutzregelungen) zu entlasten. Im Staatshaushalt manifestiert sich diese Politik als Umschichtung der Mittel von „unten" nach „oben", darüberhinaus wird daran gearbeitet, den Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt insgesamt deutlich abzusenken. Nur hartnäckige Verdrängungskünstler können heute behaupten, daß es erst die Kohl-Regierung gewesen sei, die derartige Bestrebungen in die Tat umgesetzt habe. Tatsache ist, daß dieser Regierungskurs eine längere, sozialliberale Vorgeschichte hat: Die weitaus dicksten Brocken beim Sozialabbau sind Resultate der „Haushaltsoperationen" 1982-84. Die 82er Operation hatte die Schmidt-Regierung beschlossen, die 83er war noch von der sozialliberalen Koalition konzipiert, von der Kohl-Regierung lediglich umgesetzt worden. Erst die „Haushaltsoperation" von 1984 ging allein auf das Wirken der konservativ-liberalen Koalition zurück, die sich damit als Vollstrecker einer Politik profilierte, deretwegen die Sozialdemokratie an Integrations- und damit auch ihrer Regierungsfähigkeit verloren hatte.

1985 gab es keinen weiteren Schub beim Sozialabbau, es traten sogar sozialpolitische Aufbesserungen und Neuerungen in Kraft (Erziehungszeiten im Rentenrecht, Erziehungsgeld, Erhöhung des Wohngeldes u.a.m.).

Der politische Kurs in Richtung auf unsoziale Umverteilung bleibt dennoch voll wirksam, wenn auch in gedrosseltem Tempo. Das neue Regierungsprogramm zeigt: Der Sozialstaat wird generell zurückgeschnitten (was seinem Ausbau in einzelnen Bereichen, z.B. beim Erziehungsgeld nicht widerspricht), **steht in seiner Substanz nach wie vor aber nicht zu Disposition.** Von seiner geplanten Vernichtung kann ebenso wenig die Rede sein wie etwa von einer beabsichtigten Zerschlagung der Gewerkschaften: Aus der Konfrontation mit dem DGB um den § 116 AFG hat die Bundesregierung offensichtlich nicht den Schluß gezogen, jetzt den nächst größeren Hammer herauszuholen und sich damit erneut dem Risiko gesellschaftspolitischer Polarisierung auszusetzen. Ihre Ankündigung, den Erhalt der sogenannten Montanmitbestimmung gesetzlich sicherzustellen, signalisiert, daß sie gegenwärtig eine neuerliche Konfrontation mit dem DGB nach Art der Auseinandersetzungen um den § 116 AFG vermeiden möchten.

Auch auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik läßt sich eine „Wende" nicht feststellen. Trotz eines Bundesinnenministers Zimmermann, der allerdings in vielem nicht so kann, wie er gerne möchte, bewegen sich die politischen Vorgaben der Kohl-Regierung allesamt im Rahmen dessen, was auch sozialliberale Politiker seinerzeit anläßlich bestimmter „Anti-Terror"-Kampagnen oder beim Vorgehen gegen außerparlamentarischen Protest thematisiert, praktiziert und für legitim gehalten haben. Lediglich die jetzt bevorstehende Erschwerung der „sozialen Indikation" durch das geplante Beratungsgesetz zum § 218 hätte es mit der SPD vermutlich nicht gegeben. Dies ist einer der wenigen Punkte, an denen der zweifellos vorhandene Einfluß rechtskonservativer und rechtsklerikaler Kräfte auf das Handeln der „schwarz-gelben" Koalition durchschlägt; allerdings auch hier nur in gebremster Form: Für das eigentliche Ziel dieser Kräfte, die vollständige Beseitigung der „sozialen Indikation", gibt es in dieser Koalition keine Mehrheit. Daß in der Außen- und „Deutschland"-Politik eine „Wende" stattgefunden habe, wagen heute selbst hartgesottene Sozialdemokraten nicht mehr zu behaupten. Zu offensichtlich ist es, daß die Kohl-Regierung ihre Amtsvorgängerin in diesem Punkt praktisch beerbt hat. Gäbe es da nicht noch einen Dregger, Todenhöfer oder Strauß — woran sollte sich die SPD überhaupt noch oppositionell profilieren? Aber es gibt sie natürlich, die als „Stahlhelmfraktion" bezeichnete Strömung in der CDU/CSU, deren Vertreter darauf aus sind, auf Kosten bisheriger „Entspannungspolitik" bestimmten Elementen traditioneller revanchistischer und nationalistischer Politik wieder zu stärkerer Geltung zu verhelfen. Allerdings haben diese Kräfte kontinuierlich an Einfluß verloren, und das nicht erst seit Antritt der Kohl-Regierung. Es ist kaum wahrscheinlich, daß sie in nächster Zeit Gelegenheit bekommen, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Denn damit wäre substantiell nicht nur das Regierungsbündnis gefährdet, sondern auch die Integrationsfähigkeit der Union in Richtung auf die „politische Mitte". Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl unterstreicht diese Einschätzung: Mit dem vor allem aus der CSU in Szene gesetzten Gemopper gegen die „Entspannungspolitik" hat sich die CDU/CSU hohe Stimmenverluste an die FDP beschert.

Im folgenden ein kleiner Überblick über das, was sich die konservativ-liberale Koalition für die nächsten vier Jahre vorgenommen hat:

Steuerpolitik

Kernstück in diesem Bereich ist die von der Koalition beschlossene „Steuerreform", die zum 1. Januar 1990 wirksam werden soll. Der zukünftige Einkommenssteuertarif soll im Gegensatz zur derzeit gültigen Regelung im sogenannten Progressionsbereich" geradlinig verlaufen. Folge: Je höher das Einkommen, desto höher wird — in absoluten DM-Beträgen betrachtet — auch die zu erwartende Steuerentlastung ausfallen. Zur Steuerreform gehören weiterhin folgende Änderungen: Verkürzung der unteren Proportionalzone, d.h. die progressive Besteuerung setzt schon bei geringeren Einkommen als bisher ein; dafür wird der Eingangssteuersatz von jetzt 22 auf 19 Prozent gesenkt. Der Grundfreibetrag soll 1988 und 1990 angehoben werden, ebenfalls sollen der Kinderfreibetrag u.a. familienbezogene Freibeträge steigen.

Viel Aufregung gab es um den Spit-
lienbezogene Freibeträge steigen.

Viel Aufregung gab es um den Spitzensteuersatz, der von derzeit 56 auf 53 Prozent angesenkt werden soll. Hier haben sich vor allem FDP und CSU gegen starke Kräfte der CDU (Sozialausschüsse, Blüm, verschiedene Länder-Ministerpräsidenten) durchgesetzt, denen diese zusätzliche Entlastung von Spitzenverdienern schon aus wahlpolitischen Gründen nicht in den Kram paßte. Allerdings hatten die CSU, noch deutlicher die FDP, ursprünglich eine Absenkung des Spitzensteuersatzes auf unter 50 Prozent favorisiert.

Sinken soll außerdem die Körperschaftssteuer, die Kapitalgesellschaften auf einbehaltene Gewinne zu zahlen haben, von jetzt 56 auf 50 Prozent; die Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe werden erhöht, ebenso auch der steuerliche Vorwegabzug für Selbständige.

Das Ergebnis: Vor allem die Bezieher höherer Einkommen und Spitzenverdiener werden erheblich an Steuern sparen. Im Vergleich zu 1986 beträgt die jährliche Steuerersparnis bei Verheirateten mit einem Jahreseinkommen von 40.000 DM ganze 954 DM, bei einem Jahreseinkommen von 320.000 DM sind 22.432 DM weniger Steuern zu zahlen.

Kosten soll die Steuerreform insgesmat 44 Milliarden DM. Dazu fehlen Stoltenberg mindesten 19 Mrd. DM, die er sich durch Mitteleinsparungen in anderen Bereichen, Steuererhöhungen oder erhöhte Neuverschuldung beschaffen muß. Beschlüsse hierzu liegen nicht vor und sind vor Abschluß der diesjährigen Landtagswahlen auch nicht zu erwarten. Im Gespräch sind allerdings die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 14 auf 15 Prozent, die Abschaffung des Arbeitnehmer- und des Weihnachstfreibetrages, die Besteuerung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit und der Personalrabatte. Sollten diese Projekte realisiert werden, bleibt für die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen aus der Steuerreform nur wenig übrig; in den niedrigen Einkommensgruppen wird es dann real sogar zu Einkommensverschlechterungen kommen. Daß dies die Substanz ihrer politischen Mehrheit gefährden könnte, braucht die Bundesregierung jedoch nicht zu befürchten: Zwar ist die Steuerreform im Kern unsozial, aber diese Ungerechtigkeit wird je nach Einkommenshöhe und Familienstand in ganz unterschiedlicher Weise wahrgenommen werden. Von mittleren Einkommen an aufwärts wird die monatliche Gehaltsabrechnung deutliche Steuererleichterungen sichtbar machen — und gerade in diesen Einkommensschichten ist die Klientel der konservativ-liberalen Koalition bekanntlich besonders zahlreich vertreten.

Staatsfinanzen

Nicht zuletzt durch die Steuerreform könnte womöglich ein anderes Lieblingskind der „Wende" das zeitliche segnen: Die Rückführung der hohen Neuverschuldung. Hier wird sich, das ist jetzt schon sicher, der nach 1982 eingeleitete Trend wieder umkehren: Kohl hat bereits in seiner Regierungserklärung vom 18. März eingeräumt, daß eine „vorübergehende" Erhöhung der Neuverschuldung in Zusammenhang mit der Steuerreform „vertretbar" erscheine. Andere Schätzungen gehen davon aus, daß die Kohl-Regierung — zumal bei Eintritt der erwarteten Rezession — 1990 in punkto Nettokreditaufnahme etwa dort angelangt sein wird, wo die SPD 1982 aufgehört hat.

Vermögensbildung

Für die Anlage von vermögenswirksamen Leistungen auf Kontenspar- und Versicherungsverträgen soll es ab 1989 keine Arbeitnehmersparzulage mehr geben. Gleichzeitig wird die Arbeitnehmersparzulage beim Bausparen gesenkt, ebenso auch die Wohnungsbauprämie. In bisheriger Höhe erhalten bleibt die Sparzulage allein bei Anlage der vermögenswirksamen Leistungen in Produktivvermögen (z.B. Aktienfonds). Auf diese Weise soll die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" noch stärker als bisher für den Eigenkapitalbedarf der Wirtschaft nutzbar gemacht werden. Die damit verbundenen Verschlechterungen und Einsparungen gehen allein zu Lasten kleinerer Einkommen. Nur sie haben, da die staatliche Sparförderung an bestimmte Einkommensgrenzen geknüpft ist, überhaupt Anspruch auf Sparzulage und Wohnungsbauprämie.

Arbeitsmarkt, Betriebsverfassungs- und Arbeitsrecht

Auch wenn es hier weitere Verschlechterungen geben soll, ist eine Konfrontation mit dem DGB wie im Falle des § 116 AFG nicht in Sicht. Durch eine gesetzliche Neuregelung will die Bundesregierung sogar dafür sorgen, daß

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

die sogenannte Montanmitbestimmung, ein Relikt aus der Adenauerzeit, auch künftig erhalten bleibt. Dieses Mitbestimmungsmodell, das für den DGB mehr als nur symbolischen Wert besitzt, wird damit für die rund 250.000 Beschäftigten der Unternehmen Salzgitter, Mannesmann, Thyssen und der Klöckner-Werke weiterhin gelten.

Als weitere Maßnahmen sind u.a geplant:
— die Verankerung von Minderheitenrechten und sogenannten Sprecherausschüsse für die leitenden Angestellten im Betriebsverfassungsgesetz,
— die Verlegung der gesetzlichen Ladenschlußzeiten auf 21 Uhr für einen Tag in der Woche. Ein entsprechender ,,Dienstleistungsabend'' soll auch in Behörden gelten,
— Erleichterung der Teilzeit- und Leiharbeit,
— Ausweitung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von jetzt sechs Monaten auf zwei Jahre,
— Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen.

Gesundheitspolitik

Zur Erforschung von AIDS und zur Betreuung von Kranken sollen die bisherigen Mittel von 20 Millionen um 135 Millionen DM aufgestockt werden. Anstelle der von der CSU geforderten ärztlichen Meldepflicht soll eine anonyme Berichtspflicht für die Labore eingeführt werden. Gegen Personen, die ,,rücksichtlos und vorsätzlich'' den AIDS-Virus verbreiten, soll ,,mit allen rechtlichen Mitteln'' vorgegangen werden.

Im Herbst '87 will die Koalition einen Gesetzentwurf zur Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einbringen. Gemeinsame Vorstellungen hierzu wurden noch nicht vorgelegt. Im Kern geht es natürlich um eine ,,Kostensenkung'', die so oder so zu Lasten der Versicherten durchgesetzt werden wird.

Das Defizit der GKV (1986: 1,3 Mrd. DM) und die daraus resultierenden Beitragsanhebungen sind als sogenannte Lohnnebenkosten zur Hälfte auch von den Unternehmen aufzubringen. Mit dieser Entwicklung soll jetzt Schluß sein. Vor allem die FDP plädiert dafür, die GKV auf eine notdürftige Grundsicherung zurückzustutzen (20prozentige Selbstbeteiligung bei Medikamenten, Arzt- und Krankenhauskosten) und erweist sich damit auch in diesem Punkt als kompromißloseste Vertreterin von Kapitalinteressen: Die damit bei den Unternehmen erzielten Einsparungen wären enorm, außerdem stünde den privaten Krankenversicherungen ein Bombengeschäft in Sachen ,,Zusatzversicherung'' ins Haus.

Allerdings ist es z.Zt. nicht wahrscheinlich, daß sich die FDP mit ihren sehr weitgehenden Vorstellungen durchsetzt. Im Koalitionsprogramm wurde lediglich die allgemein gehaltene Absicht festgehalten, ,,*ökonomische Anreize zu mehr Wirtschaftlicheit und Sparsamkeit*'' im Zuge der GKV-Reform verankern zu wollen. Und der Informationsdienst des von Kapitalverbänden unterhaltenen ,,Instituts der Deutschen Wirtschaft'' stellt ziemlich enttäuscht fest: ,,*Ein totaler Umbau der GKV ist nicht vorgesehen*'', man versperre sich in der Koalition weiterhin der konsequenten ,,*Ausrichtung der gesetzlichen Krankenversicherung an marktwirtschaftliche Grundsätzen*'' und selbst die ,,*Forderung nach einer stärkeren Selbstkostenbeteiligung an den Krankheitskosten der Versicherten*'' komme in dem Koalitionspapier nicht vor.

Rentenversicherung

Ebenfalls beschlossen wurde, eine Rform der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) in Angriff zu nehmen. Die Zeit dazu drängt, denn ab 1990 droht der GRV die Pleite, wenn bis dahin kein neues Konzept realisiert ist. Konkrete Koalitionsvereinbarungen gibt es hierzu bisher nicht. Ziel der Rentenreform sei ,,*eine neue Rentenanpassungsformel zur gleichgewichtigen Entwicklung von Rentner- und Arbeitnehmereinkommen*''. Da der Kurs unsozialer Umverteilungspolitik nicht infrage steht, sind auch hier für die Masse der Versicherten Leistungseinbußen zu erwarten und — wie bei der GKV — verbesserte Marktchancen für das private Versicherungsgewerbe.

Außerdem beschlossen wurde die Neuordnung beitragsloser und beitragsgeminderter Versicherungszeiten sowie die Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung.

Der Übergang vom Arbeitsleben zur Rente soll flexibler gestaltet werden.

Familienpolitik

Maßnahmen zur ,,Verbesserung der Familienpolitik'' sollen aus finanzpolitischen Gründen frühestens in der 2. Hälfte der Legislaturperiode realisiert werden. Sofern es die ,,Kassenlage'' dann erlaubt, sollen die bestehende Erziehungsgeld- und Erziehungsurlaubregelung erweitert und der Kindergeldbetrag für das zweite Kind erhöht werden. Über die Höhe der Aufstockung ist noch nicht entschieden worden.

Agrarpolitik

Die staatliche Förderung soll sich auf die Familienbetriebe konzentrieren und Agrarfabriken ausschließen. Zuschüsse zur Sozialversicherung wie auch die Vorsteuerpauschale für Bauern sollen beibehalten werden. Stillegungsprämien und Sozialpläne gibt es bei Verringerung der Milchproduktion. Geringerer Einsatz von Chemikalien soll honoriert werden.

Umweltschutz

Wie nicht anders zu erwarten, wird es keinerlei Einschränkungen bei der Atomenergie geben. ,,*Wir bleiben auf die Nutzung der Kernenergie angewiesen, solange es keine mindestens ebenso sichere, umweltschonende und wirtschaftliche Alternative gibt*'', führte Kohl in seiner Regierungserklärung aus. Und: ,,*Im nationalen Rahmen bleibt die Nutzung der Kernenergie durch ihre günstigen Erzeugungskosten unentbehrliche Voraussetzung für die Verstromung heimischer Kohle. Die Kernenergie erlaubt uns wirtschaftlich die Verwirklichung des Jahrhundertvertrages mit seiner Kohleabnahmegarantie ...*''. Dieser politischen Realität zum Hohn soll der ,,Umweltschutz'' als ,,Staatsziel'' im Grundgesetz verankert werden.

Beschlossen wurden darüberhinaus Maßnahmen zur Reinhaltung von Wasser, Luft und Boden, das Verbot schädlicher Treibgase, die Zurückdrängung der Einwegflasche, schärfere Anforderungen an steuerbegünstigte Diesel-Pkw, eine Verschärfung der Schadstoffgrenzwerte für Lkw und dergleichen mehr.

Innen- und Rechtspolitik

Seit Bestehen der konservativ-liberalen Koalition gibt es in diesem Bereich regelmäßig Differenzen in bestimmten Punkten, die v.a. zwischen der CSU, die den Bundesinnenminister stellt, und der ,,liberalen'' FDP (Hirsch, Baum u.a.) ausgefochten werden. Daran wird sich allem Anschein nach auch zukünftig nichts ändern. Entgegen einschlägiger Absichtserklärungen vor der Bundestagswahl hat es die CSU nicht vermocht, im neuen Koalitionsprogramm ihre Spezialforderungen durchzudrücken. Ihre seit Jahren erhobene Forderung, den — so Zimmermann — ,,*klaren Landfriedensbruchtatbestand*'' wieder einzuführen, ,,*der 1970 von der damaligen Bundesregierung in blindem Reformeifer abgeschafft wurde*'', wird im vorliegenden Koalitionsprogramm nicht einmal erwähnt. Andererseits kann aber auch nicht behauptet werden, daß sich die FDP mit ihren Vorstellungen voll durchgesetzt hat. Eine Einigung darüber, was in punkto Demonstrationsrecht und ,,Anti-Terrorismus'' letztlich beschlossen werden soll, wurde wieder einmal vertagt. Festgehalten wurde, im Herbst 1987 Maßnahmen zu beschließen, wobei insbesondere die folgenden in Betracht kommen sollen:

— Strafbarkeit der ,,Vermummung'' bei öffentlichen Versammlungen und sonstigen öffentlichen Menschenansammlungen, auch in geschlossenen Räumen,
— Strafbarkeit der sogenannten passiven Bewaffnung,
— Strafbarkeit der öffentlichen Befürwortung der Gewalt in § 130 a StGB,
— Erweiterung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr bei Straftatbeständen des Landfriedensbruches,
— eine Kronzeugenregelung, die bei Mord nur Strafmilderung vorsieht.

Außerdem beschlossen wurde: Strafverschärfungen für Waffen-, Munitions- und Sprengstoffdiebstahl sowie für schwere Fälle von Störungen öffentlicher Betriebe (Eisenbahn, Post, Verkehr, Energie, Sicherheit), falls die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern beeinträchtigt wird.

Geprüft werden soll, ob verurteilte ,,Terroristen'' nur noch dann vorzeitig zur Bewährung entlassen werden können, wenn sie sich bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen glaubhaft vom Terrorismus losgesagt haben.

Verschärft werden soll außerdem das Melderechtsrahmengesetz, geplant sind eine Novellierung des Waffengesetzes sowie die Schaffung eines Geheimnisschutzgesetzes.

Über alle parlamentarischen Hürden sollen jetzt auch jene Gesetze und Gesetzesänderungen gebracht werden, deren Neufassung u.a. wegen des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15.12.1983 notwendig wurde. Es handelt sich dabei u.a. um die Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes (im Tenor der Koalitionsbeschlüsse: ,,*Datenschutz darf ... nicht zur Schwächung der inneren Sicherheit führen*'', und: ,,*Das Trennungsgebot Verfassungsschutz/Polizei schließt einen Informationsaustausch zwischen diesen Institutionen nicht aus*''), die Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, die Schaffung eines MAD-Gesetzes und eines ,,Sicherheitsüberprüfungsgesetzes'', die Novellierung des BKA- und BGS-Gesetzes sowie um die Schaffung einer ,,verbesserten gesetzlichen Grundlage'' für das Ausländerzentralregister.

Ausländer- und Asylrecht

Das Ausländerrecht soll ,,umfassend'' neu geregelt werden. Bundeseinheitlich geregelt werden soll der Familiennachzug, die bisher einheitliche Aufenthaltserlaubnis soll nach verschiedenen Aufenthaltszwecken differenziert und die Ausweisungstatbestände sollen konkretisiert werden. In allen Bereichen geht es — folgt man dazu Zimmermanns bisherigen Vorstellungen — um Verschärfungen zu Lasten der in der Bundesrepublik lebenden Immigranten.

Die Novellierung des Ausländerrechts war bereits 1983 zu Beginn der letzten Legislaturperiode angekündigt worden. Die dazu vorliegenden Pläne verschwanden wieder in der Schublade, als sich Zimmermann mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen konnte, das Nachzugsalter für ausländische Kinder und Jugendliche von derzeit 16 bzw. 18 Jahren auf 6 Jahre herabzusetzen.

Außer der Ankündigung, das Asylrecht auf europäischer Ebene ,,harmonisieren'' zu wollen, wurden hierzu keine Gesetzesvorhaben angekündigt. Nach zweimaliger Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes in der letzten Legislaturperiode ist auf gesetzlicher Ebene derzeit offenbär kein akuter ,,Handlungsbedarf'' mehr vorhanden.

Beratungsgesetz zum § 218

Durch ein sogenanntes ,,Bundesberatungsgesetz'' will die Koalition Schwangerschaftsabbrüche aus Gründen sozialer Notlage erschweren. Danach soll die ,,soziale Indikation'' nur noch dann ausgestellt werden, wenn zuvor eine ,,Beratung'' der Schwangeren stattgefunden hat. Von Ärzten, die zuvor die gesetzlich vorgeschriebene ,,soziale Beratung'' vorgenommen haben, darf die Indikation nicht festgestellt werden.

Das vorgesehene Gesetz stellt mehr dar als nur ein zusätzliches bürokratisches Hemmnis für abtreibungswillige Frauen: Es soll jene Beratungsstellen unter Druck setzen, wie ,,Pro Familia'', die bisher im Sinne der betroffenen Frauen beraten haben. Zukünftig sollen nur solche Beratungsstellen staatlich anerkannt und gefördert werden , die ,,zugunsten des Lebens'' beraten oder zutreffender ausgedrückt: abbruchwillige Frauen massiv unter Druck setzen, das ungewollte Kind auszutragen. So soll von den Beratungsstellen sogar verlangt werden, daß sie sich in diesem Sinne, ,,*wenn die Schwangere damit einverstanden ist*'', auch des ,,*sozialen Umfeldes der Schwangeren (insbesondere des Ehemannes/Freundes, der Eltern, des Arbeitgebers)*'' annehmen.

Krankenkassen dürfen diesem Gesetz zufolge nur noch dann für Abtreibungen aufkommen, wenn der Arzt seiner gesetzlichen Meldepflicht an das statistische Bundesamt nachgekommen ist.

hc., Antifa-Kommission HH

Rechts **Der**  und ganz rechts: ,,Wende''-Frust

Bereits vor der Bundestagswahl war, in Erwartung eines glatten Sieges von CDU/CSU, sowohl innerhalb der CDU (z.B. Lummer-Papier) wie vom CSU-Partner, im übrigen von rechts und rechtsaußen jenseits der CSU die Einlösung der ,,Wende''-Politik verlangt worden. Nach der Wahl, die so glorios wie erhofft ja nun nicht ablief, stellte sich nichts weniger als eine Schulterschluß-Mentalität ein. Stattdessen wird nach Wahl, Koalitions- und Regierungsbildung und Vorlage des Regierungsprogrammes erneut negative Bilanz gezogen bzw. die Rechnung auf die nächsten vier Jahre aufgemacht.

Eigentore, Vampirangst, Irritationen

Noch über die Wahlkampftage hinaus sind zwischen CDU und CSU jene zwei Punkte umstritten, die Geißler der CSU bzw. Strauß als ,,*klassische Eigentore und schwere Fehler*'' (taz, 28.1.87) anrechnete: Erstens die Straußsche Forderung einer rechtsaktivierten Außenpolitik (Thema ,,Rüstungsexport'') sowie zweitens sein Infragestellen der CDU/FDP-,,Entspannungspolitik'' (CSU-Alternative: ,,realistische'' statt ,,illusionäre'' Politik).

Nicht nur, daß Geißler, unter Berufung auf Kohl, diese CSU-Vorstöße zur Ursache der Unions-Verluste erklärte, die Kohl-Regierung blieb/bleibt bei ihrem bisherigen außenpolitischen Kurs.

Auch andere Punkte, die die CSU präsentierte, sind nicht bzw. nur mit Mühe, im Regierungsprogramm aufzuspüren. In den Worten der mit Interesse beobachtenden FAZ: Als CSU-Erfolg kann die Steuersatz-Senkung zählen; ansonsten gibt es, in Fragen Familienpolitik, ,,diese recht kurzen Absichtserklärungen'' sowie in der Innen/Rechtspolitik einen ,,Beschluß'' (Demo-Recht etc), der ,,hinausgeschoben'' wurde! An der Aids-Front wird es gar rhetorisch: ,,was hätten'' wir, so die FAZ, in der Regierungserklärung überhaupt gehabt, ,,wenn nicht'' Strauß wenigstens *etwas* untergebracht hätte? (FAZ, 29.3.87)

Im CSU-Klartext stellt die Kohl-Regierung sich denn auch kurzerhand als ,,Art Nachfolgeorganisation der SPD'' dar. Sie hat sich, so die Sicht des CSU-Vordenkers Rohrmoser, ,,an die linke Mitte an(ge)paßt''. Die FDP habe ihr (Vorsicht: Vampire!) — genau wie zuvor der SPD — ,,das ideologische und geistige Mark aus den Knochen'' gesaugt. (taz, 28.1.87) Als Rettung bleibt nur der dreifache Weg: entweder eine bundesweite CSU oder eine CSU als konstruktive Opposition (zur CDU/FDP) oder, schließlich, eine neue rechte Partei unabhängig von CDU/CSU. Soweit Rohrmoser.

Selbst der ansonsten keineswegs den Strauß-Flügel repräsentierende JU-Vorsitzende Böhr kommt angesichts des Stands der Dinge zu keinen schmeichelnden Analysen. Die ,,Konzeptionslosigkeit'' der Kohl-Regierung sei ,,noch nicht ganz überwunden'' (taz, 7.4.87); die Wahl habe ein Unions-,,Defizit'' gezeigt: ,,Thematische Irritationen'', hervorgerufen durch die CSU (als ob die Union sich von ,,der bisherigen Außenpolitik distanzieren'' wolle) und überhaupt ,,rechte Randthemen à la Strauß seien unangebracht, denn ,,*markige Rhetorik (...) läßt bei uns ein Glaubwürdigkeitsdefizit entstehen, weil wir selbst eine Kluft zwischen dem Wort und der Tat entstehen lassen.*''

Auch JU-Böhr klagt die ,,Wende'' ein, allerdings nicht rechtsblickend (Böhr: ,,Mehrheit in der Mitte finden''); er schlägt stattdessen eine ,,Reideologisierung'' bzw. ,,Reidealisierung'' (taz, 7.4.87) vor: Fest im Antikommunismus und christlichem Fundamentalismus verwurzelt, aber pluralistisch-offen im Aufgreifen von Fragen wie Abrüstung, Umweltschutz u.ä. Nicht Rhetorik oder Politik nach rechts (NPD, Republikaner ...) bringe ,,Sinn'' oder ,,Erfolg'', findet Böhr, die Union solle das Wirken und Werken der ,,Grünen'' näher betrachten (FR, 23.3.87).

,,Zwielicht zwischen Enttäuschung und Hoffnung''

Im ,,Deutschland-Magazin'' (DM) der ,,Deutschland-Stiftung'' (Ziesel, Löwenthal, etc.) finden diese populistischen Töne nur insoweit Widerhall, als Gastautor Kohl, vor der Rheinland-Pfalz-Wahl, die ,,Grünen'' als Hauptgegner attackiert und die SPD mit ein, zwei Absätzchen abfertigt (DM 4/87)). Ganz traditionell wird eher eine Rechtsaußensicht gepflegt, womöglich CSU-konform, vor allem aber doch regierungsloyal. Allerdings: Bot sich vor der Bundestagswahl noch die verheißungsvolle Aussicht auf eine ,,knappe absolute Mehrheit'' (DM 1/87), so daß ZDF-Löwenthal spekulierte, jetzt werde es (z.B. außenpolitisch) darum gehen, ,,die Wende vollenden'' zu können, so wird die Lage heute weitaus trüber betrachtet. Ziesel registriert ,,schmerzliche Verluste der Unionsparteien'', dennoch: der Wahlsieg zählt. ,,Zur Resignation besteht also kein Anlaß. Jedoch zu Nachdenklichkeit und zur Einsicht, daß es noch mehr kämpferischer Entschlossenheit für eine Wende auf allen Gebieten bedarf.''

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

(DM 2/87) Und nach der Regierungsbildung? „Zwielicht zwischen Enttäuschung und Hoffnung", keineswegs strahlendes „Licht großer Erneuerung und Visionen", aber „manches Fehlverhalten in den Unionsparteien" (DM 4/87) — Stimmung will nicht so recht aufkommen. Nach wie vor fehle es an der vollen „geistig-moralischen Wende", jetzt „beginnt", so Ziesels Anmahnung, „für die vor vier Jahren eingeleitete Wende die zweite Chance" (DM 2/87).

Als zu wenig „gewendete" Politikfelder werden aufgelistet: neben Außenpolitik und Innerer Sicherheit die Bauern- und Vertriebenenpolitik. In einzelnen DM-Beiträgen wird diese trotz allem moderate Kritik und unverdrossene Regierungstreue (Ziesel: „Mut zur Zukunft") dann aber schriller, und ein Stück dessen, was als Wende vorschwebt, wird sichtbar. So hat die CDU-interne Initiative „Christdemokraten für das Leben" (CDL) *„die baldige Verwirklichung der (...) ‚geistig-moralischen Wende' (...) gefordert"* — ganz im Sinne des JU-Chefs Böhr übrigens (vgl. sein taz-Interview) —, nämlich: den vollen Katalog der gegen den Paragraph 218 gerichteten Maßnahmen (kein Geld für Pro Familia, keine Kostenübernahme durch die Krankenkassen bei nicht medizinisch indizierten Abtreibungen, etc.). DM-Überschrift dazu: „In Bonn die Wende angemahnt". (4/87)

„Polymorph-perverse Sexualität"

Die hinlänglich in konservativen und rechtsextremen Kreisen geschätzte Christa Mewes setzt am Aids-Problem nach: Die Gesundheitspolitik der Regierung beschreibe „schlingernde Kurven"; schlimmer noch, nicht nur „Unterlassungssünden unserer Behörden" verzeichnet Meves (*„geradezu systematisch (werden) notwendige Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung verhindert")* — *„die Bonner Gesundheitsbehörde (...) fördert (...) die Ausbreitung der Seuche."* Dahinter stehe *„die sexistische Ideologie (...), daß jedermann jederzeit ein Recht auf jegliche Spielart polymorph-perverser Sexualität habe, und daß Homosexualität ebenso gesund wie natürlich sei."* (DM 4/87)

Die Differenz zwischen dieser — rechtsradikalen — Position und der Süßmuth-Politik ist ebenso eklatant wie die zwischen den CSU-Vorstößen (begrüßt und unterstützt vom „Deutschland-Magazin") gegen die „Grünen": Nach der nahezu amüsanten Attacke von CSU-Generalbundesanwalt Rebmann (10.000 Mark Bußgeld für die „Grünen" wegen deren Vobo-Aufruf — dazu FDP-Rechtsexperte Hirsch: „Kontraproduktiv", Spiegel, 13.4.87) folgt jetzt von CSU-Staatssekretär Vorndran im „Bayernkurier" der Vorschlag, die „Grünen" nach Artikel 21, Abs. 2 GG verbieten zu lassen. Das „Deutschland-Magazin" meldet Zustimmung aus „Kreisen der Unionsfraktion" und erinnert aufmunternd an die Tage des KPD-Verbots (DM 4/87).

Das „neokonservative", zwischen CSU und Rechtsextremismus schillernde „criticon" bewegt sich — Wahl hin, Wahl her — in ideologischen Höhen, hat es doch schon seit längerem das Ausbleiben der „Wende" moniert. So blasen die Schrenck-Notzing, Mohler, Kaltenbrunner etc. denn auch nicht gerade das Signal zum Verlassen des sinkenden CDU-Schiffes, aber mehr Frohsinn als im „Deutschland-Magazin" wissen sie auch nicht aufzubringen. Kohl als CDU-Vorsitzender stelle eine „Jammerfigur" dar, mit dem schlechtesten Wahlergebnis seit 1949. Das „Ausklammern" von Themen wie ‚Asylanten', Abtreibung, Aids, Terror einerseits, die Verwandlung der CDU *„in einen zentralisierten, computergesteuerten Organisationsapparat (...), der alle spontanen Regungen als mögliche Konkurrenz niederbügelt"* werden bemängelt; ein „Umdenken" sei nicht zu erwarten. Die „Wende" ist lediglich eine „einst versprochene, dann versäumte". „criticon" setzt unbeirrt auf die Empfehlung, „nur eine weitere Auffächerung des Parteiensystems" sei der Weg zum Licht. („criticon" 99, Jan.-Feb. 87)

Retter gesucht

Die rechtsextreme Schlußfolgerung im Praktischen wurde schon vor der Wahl gezogen. Unmißverständlich rechnet H.-D. Sander der CDU/CSU „die ausgebliebene Wende" vor, mit der sie „die Wähler vorsätzlich betrog". Diesem Grundthema widmet das Traditions-Magazin „Nation Europa" (NE) sein Januar-Heft 87.

In ihrer „Deutschlandpolitik" hat die Kohl-Regierung, so H.-J. Richard dort, die SPD-Politik *„nicht ohne Geschick weitergeführt und um einige Elemente ergänzt"*, d.h. Unionspolitik ist *„stets die der SPD von vor fünf Jahren"*. Statt die Wiedervereinigung zu betreiben, sei bei der CDU „satter Bundesrepublikanismus" angesagt. In der Vertriebenenpolitik (erinnert wird an die Schlesier-Auseinandersetzung) betreibe die CDU eine „Gleichschaltung", findet „Nation Europa", die durch „Sonntagsreden" gekennzeichnet sei, denen keine Taten folgen".

Wiebke Stelling, wie Richard von der „Deutschen Wochen-Zeitung" und den anderen Blättern der Frey-Gruppe bekannt, listet (schon in NE 12/86) weitere politische „Todsünden unserer Zeit" auf: *„1. Aushöhlung des § 218 (Abtreibung); 2. Die Auflösung unserer Familie, die propagierte Berufstätigkeit unserer Mütter; 3. Die Auswirkungen einer antiautoritären Erziehung: Terrorismus; 4. die Zerstörung durch Drogen; 5. die Überschwemmung durch Angehörige fremder Völker"* — nur um, mit den Worten Christa Meves' zu fragen: *„Können wir hoffen, daß in naher zukunft (...) Rettendes geschieht? Wir brauchen dazu Minister, die weiter denken als bis zur nächsten Wahl, weiter als bis zum Ende ihrer Regierungszeit (...)."* Klar: Von CDU und CSU kommen diese Retter nicht.

Zur Familien-/Frauen-Politik (und deshalb zur Kohl-Regierung insgesamt) schreibt „Nation Europa"-Autor W. Hieber: Sie *läßt keine Forderung aus, die nicht als SPD-Forderung bekannt ist (...). Das sind CDU-Programmpunkte, durch die sich bürgerliche und konservative Wähler nicht mehr vertreten sehen können."* (NE 12/86)

Der Verbund von NPD und Freys „Deutscher Volksunion — Liste D" ist der derzeitige Versuch, hier praktisch-politisch anzusetzen (vgl. AK 281, S. 26 f.). Freys „National-Zeitung" befindet dementsprechend — gestützt auf den Westberliner CDU-Rechten Lummer: *„Die Union rutscht nach links."* (DNZ, 3.4.87) Die Frey-eigene Wahlpartei begründet ihre Existenzberechtigung mit dem Ausbleiben der „Wende": *„Vier Jahre sind seit Helmut Kohls Versprechen, als Kanzler eine Wende in der deutschen Politik zu vollziehen, verstrichen. Es gab jedoch in deutschen Lebensfragen keine Wende zum Besseren. Das Gegenteil ist der Fall: (...) Absage an den deutschen Nationalstaat (..) die Gefallenen und die Ungeborenen (...) geschändet (...) Hetze gegen das deutsche Volk (...) Überfremdung (...). Diese und zahlreiche Versäumnisse und Fehler bei der Durchsetzung deutscher Lebensinteressen zeigen, daß eine Wende durch die Kräfte der Mitte nicht vollzogen werden kann. Nun muß die politische Rechte handeln."* (Werbetext der „Deutschen Volksliste", mittlerweile „Deutsche Volksunion — Liste D")

R., Antifa-Kommission, Hamburg



„Wende'-Diskussion nach der Wahl:

Nach vorn zurück, oder wie?

Vier Jahre nach Antritt der „Wende"-Regierung unter CDU-Kanzler Kohl und einige Monate nach ihrer Bestätigung durch die Januar-Wahl wird neuerlich debattiert, was diese „Wende" denn nun eigentlich ist: In dem DKP-eigenen Theorie-Organ „Marxistische Blätter", dem an einem ‚pluralen Marxismus' orientierten „Argument" (W.F. Haug, G. Fülberth, A. Klönne u.a.) oder der gewerkschaftlichen Schriftsteller-Zeitschrift „feder" wird die „Wendepolitik" thematisiert.

Einigkeit herrscht in einer grundlegenden Annahme: mit Pessimismus werden *„Veränderungen in der politischen Kultur, die sich seit einigen Jahren hierzulande vollziehen"* (Klönne) (1), oder auch, umfassender, *„eine längerfristig betriebene ‚Verschiebung im politischen Gelände der Bundesrepublik (...)' "* (Haug) (2) registriert. Im aktuellen Wahlkontext nimmt sich das als drohende *„Konsolidierung einer zweiten Wendephase"* (3) aus.

Dieser Veränderung/Bedrohung wird auf verschiedenen Ebenen nachgegangen:

— Als Diskussionsrahmen dient (v.a. im „Argument") der seit 1986 ausgefochtene „Historikerstreit", der in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln einerseits von Jürgen Habermas und anderen (prominente Vertreter linksliberaler Soziologie/Geschichtswissenschaft), andererseits von ebenso prominenten rechten Journalisten und Historikern (Nolte, Hillgruber u.a.) ausgefochten wird. Es geht dabei um die „Revision" der Sicht des Faschismus (und konsequenterweise des Antifaschismus):

○ Der Überfall der Nazi-Armee auf Polen und der Krieg gegen die Sowjetunion — eine notwendige Vorbeugemaßnahme, um einem Angriff der Sowjetunion zuvorzukommen;

○ die faschistischen Massenverbrechen — keine unvergleichliche Barbarei, sondern auch nicht schlimmer — wenn nicht ohnehin harmloser — als die Verbrechen des Kommunismus;

○ die faschistische Vergangenheit des deutschen Staates (BRD) — keine auch heute noch verbindliche Verpflichtung, sondern endlich abzulegender Hemmschuh.

Solche und ähnliche Thesen bringt das rechte Historiker-Lager in Übereinstimmung mit Kohl/ Strauß/ Geißler-Äußerungen in Umlauf; „Welt", „FAZ" und andere konservative Medien dienen bereitwillig als Plattform.

— Damit verbunden ist die Frage nach den politischen Kräften, die eine solche „Revision" des Geschichtsbildes — und zu welchem Zweck — tragen: Vor allem Arno Klönne widmet sich der Aufgabe, die Urheber/Betreiber/Nutznießer dieser Ideologiekampagne auszumachen — in der CDU/CSU, am rechten Rand der Unionsparteien und schließlich in der nationalistisch-rechtsextremen Szenerie. Schlußfolgerung: *„seit einer Reihe von Jahren (sind) deutliche politische S t r u k t u r v e r ä n d e r u n g e n auszumachen"* (publizistischer, aber auch organisatorischer Art), die insgesamt in der Herausbildung einer „Neuen deutschen Rechten" münden.

— Die „Marxistischen Blätter" dagegen fragen nach der ökonomischen Seite der „Wendepolitik". Entgegen dem 1983 tatsächlich einsetzenden schwachen „konjunkturellen Aufschwung" und im krassen Gegensatz zu den Wahlversprechungen (*„sonniger Optimismus"*) entlarvt sich nun endlich, wie zu erwarten, die „Wende"-Ökonomie seit Herbst 1986 als *„deutliche Verlangsamung der Konjunktur"*, womit die *„drohende Gefahr einer neuen Rezession"* sichtbar wird, die in *„einer neuen zyklischen Krise"* — in den nächsten zwölf Monaten! — enden wird. (4)

Das Gesamt-Panorama der „Wende", das sich aus diesen Darstellungen ergibt, könnte bedrohlicher kaum sein: Einer neuen rechten Ideologie mit dem Kernstück Nationalismus entspricht die Formierung eines rechten politischen Blocks mit Großmachtambitionen (5). Pendant dieser Vorstellungen ist eine immer weiter in die Krise führende Ökonomie mit den entsprechenden sozialen Folgen. Verdichtet auf die Tendenz dieser Gesamtschau, wird — bald mehr, bald weniger vorsichtig — die historische Erinnerung zur Zukunftsperspektive erklärt: die „Wende" als Wendung zum Faschismus. Am deutlichsten klingt das bei Arno Klönne an. Sein Bericht über die „Kulturrevolution von rechts" endet nicht zufällig mit der Vorstellung einer Gruppe der „Neuen Rechten" — dem Thule-Seminar —, die ganz ausdrücklich dem „deutschen Namen" wieder „Weltgeltung", d.h. „Macht" verschaffen möchte und zwar (ganz im Original-Nazi-Ton) im Kampf gegen *„den christlichen, gegen den liberalen und gegen den sozialdemokratisch-marxistischen Egalitarismus"*. Klönne schließt: *„Wer die philosophischen Vorräume des historischen Faschismus kennt, der weiß, was sich hier anbahnt."* (6) Und: *„Die Geschichte selbst bietet keine Garantie gegen Wiederholungen."* (7)

„Argument"-Autor F.O. Wolf überträgt das direkt auf die Ebene der Politik des Kapitals: *„(...) das deutsche NS-System (hat) sich historisch als Alternative zu dem 1945 erfolgreich weltweit zur Hegemonie aufgestiegenen System des ‚Amerikanismus' (...) konstituiert (...). Nun suchen aber in der gegenwärtigen Krise dieses ‚Nachkriegssystems' die Herrschenden wiederum nach einem alternativen Entwicklungspfad (...). Da wird j e d e historische Alternative zum lehrreichen Exempel (...)."* (8)

„Wende" und Geschichtsrevision

Zu den stillschweigend oder explizit gemachten Voraussetzungen dieser Analyse gehört die Annahme, daß mit der „Wende" bis dahin geschlossen gehaltene Schleusen geöffnet wurden: Hervorgespült wird die Ideologie-Offensive, wonach mit der faschistischen Vergangenheit endlich Frieden zu schließen sei. Festgemacht wird das an den Thesen des wissenschaftlich-journalistischen „Historikerstreits" ebenso wie an aktuellen Politiker-Äußerungen (Nationalsozialismus = Sozialismus; Gorbatschow = Goebbels; ‚Aus dem Schatten Hitlers treten' usw.) und an entsprechenden Demonstrationen wie dem Reagan/Kohl-Auftritt an den Waffen-SS-Gräbern in Bitburg.

Und in der Tat, der „Revisionismus" der seriösen Geschichtswissenschaft ist alarmierend genug. Allerdings — darauf weist Klönne, als Kenner der Szene, hin —: *„Das ‚revisionistische' Geschichtsverständnis, bezogen auf den Nationalsozialismus, hatte in der Bundesrepublik längst und mit erheblichem Erfolg um sich gegriffen, ehe beispielsweise Ernst Nolte seinen Beitrag dazu leistete. Geschichtsrevisionen (...) sind seit etlichen Jahren in der ‚gewöhnlich' öffentlichen oder veröffentlichten Meinung anzutreffen, und sie haben nicht erst jetzt ihren Einzug in das Repertoire prominenter Politiker gefunden."* (9)

Um so erstaunlicher, daß er selbst seine Fülle an Zitaten aus der ‚revisionistischen' Ecke im wesentlichen auf die Jahre ab 1983 beschränkt. Tatsächlich gibt es ja (einmal abgesehen von der ungebrochenen Nazi-Tradition im Anschluß an 1945) eine breite Fülle von ‚revisionistischer' Literatur, in der alle jetzt genannten Themen (Hitlers Defensivkrieg, Verbrechen der Kommunisten, Verharmlosung/Leugnung der Nazi-Verbrechen etc.) ausgebreitet sind, seit den 60er Jahren. Genannt sei nur der „Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung" (Vlotho), der sich auf „Revisionismus" spezialisiert hat; das in der rechten Szene weithin geschätzte Buch Udo Walendys, „Wahrheit für Deutschland — Die Schuldfrage des Zweiten Weltkriegs" von 1963, steht für viele andere Schriften. Freilich gehört Walendy — wie die Roth, Baagoe, Rassinier, Butz, Staeglich, Christophersen, Roeder, Schönborn und Co. — der rechtsextremen Szenerie an, die — mag eingewandt werden — ungleich weniger Bedeutung hatte als der jetzige „Historikerstreit".

Mangelnde Seriosität und fehlende gesellschaftliche Akzeptanz können aber kaum einem Hellmut Diwald abgesprochen werden, ordentlicher Geschichtsprofessor in Erlangen/Würzburg, den Klönne durchaus auch zu den „Wende"-Autoren zählt (mit einem Zitat von 1983!). Diwalds bekanntestes „revisionistisches" Werk („Die Geschichte der Deutschen"), das bei Erscheinen für erhebliche Empörung bzw. Begeisterung sorgte, stammt jedoch von 1979. Noch weniger als Diwald des plumpen Rechtsextremismus verdächtig dürfte „FAZ"-Mitherausgeber Joachim C. Fest sein — heute in den Reihen der „Wende"-Ideologen. Seine monumentale „Hitler"-Biographie, die in die Vorgeschichte des „Revisionismus" gehört, erschien bereits 1973. Und bereits 1978 veröffentlichte der Ex-„Welt"- und „stern"-Autor Sebastian Haffner seine „Anmerkungen zu Hitler", in denen — neben vielen anderen denkwürdigen Ansichten — zum Beispiel die Geißler-Gleichung vorweggenommen wird: *„(...) die Beschäftigungen — das Wandern, Marschieren und Kampieren, das Singen und Feiern, (...) Geborgenheits-, Kameradschafts- und Glücksgefühle, die in solchen Gemeinschaften gedeihen. Hitler war darin unzweifelhaft Sozialist — ein sehr leistungsstarker Sozialist sogar —, daß er die Menschen zum Glück zwang"*. (10)

Dies vor Augen, relativiert sich die Monstrosität der CDU-funktionalen „Wende"-Ideologie doch um einiges, genauer: der so eindeutig scheinende Zusammenhang zwischen „Wende" und „Revisionismus" wird unklar.

Rehabilitierung des Faschismus durch die „Wende"?

Nicht weniger problematisch ist die Interpretation solcher Propaganda-Aktionen wie der Kohl/Reagan-Auftritt in Bitburg.

Hier wurde ein Zeichen gesetzt, in Bitburg sei die *„Rehabilitierung der SS"* signalisiert worden, lautet Georg Fülberths Befund im „Argument". (11) Das ist nicht etwa als Fauxpas zu verstehen, wird doch andernorts in aktueller politischer Auseinandersetzung diese Bitburg-Interpretation verwendet: *„Wir erinnern an Bitburg, wo die*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Rehabilitierung der faschistischen Waffen-SS eingeleitet wurde'' (Aufruf gegen NPD-Treffen in Hannover im Juni/Herbst 1987). (12) Wie aber sollte die ,,Rehabilitierung'' der (Waffen-)SS in Bitburg eingeleitet worden sein, wo sich doch schon seit 1946/47 SS-Kameradschaften wieder ungehindert reorganisieren und seit 1951 als HIAG mit eigener Zeitschrift (,,Der Freiwillige'') legal betätigen konnten? Wo doch der damalige Verteidigungsminister Strauß 1959 erklärte: ,,*Wie ich persönlich über die Leistungen der an der Front eingesetzten Verbände der Waffen-SS denke, wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor den deutschen Soldaten der letzten Weltkriege eingeschlossen.''* (13) Und wo doch schließlich 1961 der Bundestag die Waffen-SS als ,,Vierten Wehrmachtsanteil'' anerkannte (Rentenansprüche!), ganz zu schweigen von der bereits 1956 geregelten Übernahme von Waffen-SS-Offizieren in die Bundeswehr. (14) Mit anderen Worten: Die ,,Rehabilitierung'' des Faschismus — Beispiel Waffen-SS — ist durchaus nicht an der ,,Wende''-Regierung bzw. Politik festzumachen. Hier eine neue Qualität von Verharmlosung etc. zu konstatieren, gelingt nur, wenn der Kontrast zur Vor-,,Wende''-Zeit recht drastisch gezeichnet wird. So sieht beispielsweise Haug denn auch den ,,Historikerstreit'' als Dollpunkt, an dem der vorher (wenn auch ,,formell'') bestehende ,,*antifaschistische Grundkonsens in der Bundesrepublik''* zu zerbrechen droht. Fülberth wird deutlicher: ,,*Die Einbeziehung der 1949 gegründeten Bundesrepublik in den Westblock bedeutete (...) eine Absage an den deutschen Nationalstaat (...), das Eingeständnis der deutschen Schuld an den Juden (...).''* (15) Die BRD mithin als, am Anfang, antifaschistisch angelegter Staat, oder, wie Arno Klönne formuliert, ,,*der Bruch mit dem vorhergehenden faschistischen System und mit der nationalsozialistischen Ideologie''*! (16) Vergessen scheint hier, daß eben kein ,,Bruch'' stattfand, daß die ‚Einbeziehung in den Westblock' sich sehr wohl mit einer partiellen Rehabilitierung und Fortschreibung ‚des faschistischen Systems' vereinbaren ließ: Nazi-Amnestien 1946/47, Ende der Entnazifizierung 1950-54, nicht zuletzt Wiedereingliederung der Nazi-Beamten (Art. 131 GG) ab 1951; 1951 66% Nazis im Außenministerium, usw. usf. Bundeskanzler Adenauer damals: ,,*Man kann doch ein Auswärtiges Amt nicht aufbauen, wenn man (nicht) wenigstens zunächst an den leitenden Stellen Leute hat, die von der Geschichte von früher etwas verstehen.''* Weiter forderte er, endlich mit der ,,*Nazi-Riecherei''* aufzuhören, ,,*denn(,) verlassen Sie sich darauf, wenn wir damit anfangen, weiß man nicht, wo das aufhört.''* (17)

Die Rechtsaußen-Szene: stark wie nie?

Die Rechtsaußen-Szene: stark wie nie?

Bei der Einschätzung der ,,Rechten'' heute stellt Klönne fest, daß sie anders als früher nicht mehr so ,,plump'', ,,wissenschaftlicher'' auftritt und sich ,,öffnend'', verzeichnet also insgesamt einen ,,*Zugewinn an Politikfähigkeit''*. (18) Der vielfältigen, flexiblen, cleveren Rechten der ,,Wende''-Zeit stellt er die ,,*Alte Rechte in den 50er und 60er Jahren''* gegenüber, die mehr oder weniger schlicht und eindimensional Nazi-orientiert aufgetreten sei. Auch hier müssen Zweifel erlaubt sein: Sofort nach 1945 begannen die alt-neuen Nazis (bzw. Rechtsextremen) auf durchaus vielfältige Weise einen Neuanfang, mit unterschiedlichen strategischen, ideologischen und organisatorischen Konzepten. Unterwanderungsstrategien (Ex-Staatssekretär Naumann in der FDP) und der Versuch, eine eigene ,,nationale'' Partei zu etablieren (BHE; SRP, DRP; NPD) konkurrierten mit ,,Neutralisten'' (wie z.B. Haußleiters DG/AUD) oder mit den ,,Internationalisten'' um Ehrhard (,,Nation Europa'') usw. Auch an handfest militärischen Unternehmen wurde gearbeitet (wie die Geheimarmee der ,,Bruderschaft'') und terroristische Militanz gab es ebenfalls (ANR, Aktion Widerstand u.ä.). Die Zahl und Divergenz der Parteien, Gruppen und Grüppchen in den 50er und 60er Jahren ist — anders als Klönne es darstellt — fast unüberschaubar, und die Folgejahre bis zur NPD-Gründung und danach (NPD/Frey/ANR/Solidaristen ...) tragen eher den Zug des Experimentierens und der lebhaften Konkurrenz als den simpler Einförmigkeit. (Siehe hierzu Taubers detaillierte Darstellung ,,Beyond Eagle and Swastika'' von 1967 oder auch, neuerdings, Opitz' ,,Faschismus und Neofaschismus'', 1984.) Im übrigen befindet sich die ,,Rechte'' heute keineswegs in einer Phase bemerkenswerter Erfolge, wie aus Klönnes Einschätzung abzuleiten wäre; nach dem Niedergang des parlamentarischen Projekts NPD Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre (so daß heute der ,,Sprung'' von 0,3 auf 0,6 Wahlprozente geradezu als Sensation erscheint!) liegt das seit Mitte der 70er Jahre gestartete Folgeprojekt ,,Neue NSDAP'' (Schönborn, Christophersen, Roeder, Kühnen ...) am Boden — und Frey plus NPD raufen sich die Haare darüber, wie denn nun ein neuer Aufschwung zu bewerkstelligen sei ...

CDU/CSU: ,,Pate'' der Rechtsentwicklung?

Die Hauptträgerin der ,,Wende'', die CDU/CSU, wird von Klönne in widersprüchlicher Weise dargestellt. Kernpunkt ist dabei die Feststellung eines zusammenwachsenden Rechtsblocks von CDU bis rechtsaußen: ,,*Der ‚Lagercharakter', der für die Alte Rechte in der Bundesrepublik weithin bezeichnend war, löst sich bei der Neuen Rechten auf, die Grenzziehungen zwischen den verschiedenen Richtungen des rechten Potentials geraten ins Schwimmen, die Schranken in der Kommunikation zwischen Konservativen und Rechtsextremen, Neokonservativen und Neuen Rechten (...) werden niedriger oder entfallen ganz.''*

ven und Rechtsextremen, Neokonservativen und Neuen Rechten (...) werden niedriger oder entfallen ganz.''

(19) Der CDU/CSU wird dabei eine merkwürdige Rolle zugesprochen: Einerseits ,,*liegt nahe, daß vor allem die Unionsparteien durch das Vorrücken einer kulturellen und ideologischen Neuen Rechten (...) vor die Frage gestellt sind, wie sie darauf zu reagieren gedenken.''* Bekanntlich haben Strauß und Co. mit dem Appell reagiert, die CSU (bzw. CDU/CSU) müsse sich an die Spitze der Bewegung stellen, ,,*um das Protestpotential rechts integrieren zu können''* (20). Hier wird jene Interpretation vorgezeichnet, die die CDU/CSU zur Hauptagentin einer allgemeinen Rechtsentwicklung (= ,,Wende'') sieht, unter deren Fittichen Neonazis usw. aufgepäppelt werden: ,,*Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien tragen dazu bei, daß die Faschisten bei der diesjährigen Bundestagswahl Zulauf für ihre politischen Ziele erhalten haben.''* (21)

Andererseits wird aber auch spekuliert, die CDU/CSU befänden sich in der Situation, ,,*durch rechten Konkurrenzdruck weiter nach rechts''* ge*drängt* zu werden. So ist es laut Klönne angeblich Frey, der mit ,,Berechnung'' auf Teile der Unionsparteien einwirkt (22), so ist es die konservative Ideologie-Schmiede um die Zeitschrift ,,criticon'', die der Union *droht* (mit der Gründung einer neuen Partei. (22)

Mit welchen Unschärfen dieses Bild der ,,Wende'' gezeichnet ist, wird gerade an dieser ,,criticon''-Richtung deutlich (die ,,*intensive Verbindungen zu Unionspolitikern hält''*). Ihr prominenter Vordenker, G.-K. Kaltenbrunner, wird von Klönne umstandslos in sein ,,Wende''-Szenario eingeordnet. Er ist aber keineswegs schlichtweg als rechter Droher und Dränger zu begreifen; seine Überlegungen zu den Chancen und Perspektiven eines modernen Konservatismus finden sich u.a. in solchen CDU-Sektoren wieder wie der nordrhein-westfälischen Biedenkopf-Richtung, die in ein stromlinienförmiges ,,Wende''-Modell aber sicher nicht eingefügt werden kann.

Die Hauptcrux dieses Teils der ,,Wende''-Analysen liegt jedoch darin, daß schlicht *spekulativ* über die vorliegenden Fakten hinweggegangen werden muß, soll die These von der dramatischen Rechtsentwicklung im Zeichen der Wende aufrechterhalten bleiben. Denn weder päppelt die CDU/CSU das rechtsextreme Lager in ungewöhnlichem Maße, noch findet dieses in bemerkenswertem Maß Gefallen an ihr. Im Gegenteil erklären alle Teile dieser Szene (einschließlich gewisser Teile der Union selbst) ihre deutliche Unzufriedenheit mit der ,,Wendepolitik'' — angefangen von ,,criticon'' über ,,Nation Europa'' bis zur NPD und zu Frey. Dort wird gerade das *Ausbleiben* der ,,Wende'' registriert, und die Geduld mit der ,,*nationalvergessenen CDU''* (so Freys ,,National-Zeitung'', 3.4.87) ist sichtlich dem Ende nahe. Hier gibt man sich nicht mit rechten Sprüchen zufrieden, hier wird rechte Politik verlangt. In *diesem* Sinn ‚trägt die CDU dazu bei, daß die Faschisten Zulauf erhalten'. Was aber bleibt dann von der ,,Wende''-Interpretation übrig?

,,Liebe Mitbürger, hier spricht Umweltminister Wallmann: Wir wissen auch noch nicht genau, was passiert ist — aber es besteht kein Grund zur Panik!''

Was nur so sein kann, darf auch nur so sein

Was nur so sein kann, darf auch nur so sein

Es mag mit der mißlichen Lage zusammenhängen, in der sich die ,,Wende''-Analytik befindet, daß ein anderer Ansatz, ohne ideologiekritische Ansprüche, der ,,Wendepolitik'' ganz ökonomistisch nähertritt. Die Feststellung/Prophezeiung der nun endlich einsetzenden ökonomischen Krise, ,,*die zentrale sozialpolitische Probleme in neuen Dimensionen anwachsen lassen''* wird (23), hat jedoch ihrerseits wenig Erklärungswert für das ,,Wende''-Konzept. Denn abgesehen davon, daß eine Nicht-,,Wende''-Politik nicht als andere, sondern nur als ,,mildere'' Politik verstanden wird bzw. vorstellbar ist, kommt die Analyse zu der Feststellung: ,,*Die verbreitete Illusion über die politische Gestaltbarkeit von wirtschaftlichen Prozessen im Kapitalismus führen dazu, daß diese (...) konjunkturelle Aufwärtsbewegung (bis 86) im Rahmen eines langfristigen Abwärtstrends der Leistung der jeweiligen Regierung zugeschrieben wird.''* (24) Wenn *das* aber gilt, dann kann umgekehrt auch ebensowenig die erwartete Krise der ,,Wendepolitik'' angekreidet werden. Wenn nämlich ,,*die politische und ökonomische Entwicklung der BRD zum einen durch objektive ökonomische Anforderungen an Proportionen und Regulierungen des monopolistischen Reproduktionsprozesses bestimmt ist, also nicht beliebig politisch gestaltet werden kann''*, dann bleibt, zum anderen, als Alternative lediglich eine sanftere ,,*Variante''* (vertreten durch SPD/Gewerkschaften/Teile der Grünen) — wie es der ,,gewerkschaftlich orientierte'' Ökonom Huffschmidt ausführt. (25) Welchen Sinn aber hat es, eine Politik der ,,Variante'' als ,,Wendepolitik'' zu bezeichnen?

Ein aktueller Sinn der Gegenüberstellung von ,,Wende'' (= CDU/CSU) und Nicht-,,Wende'' (= SPD) ist freilich in der politischen Orientierung auf das ,,*breite Bündnis links von der Rechtskoalition''* zu erkennen, das derzeit DKP-Tageslosung ist. (26)

Entlastung für die SPD

Wie auf dieser rein ökonomistischen Ebene hat auf der ideologiekritischen (,,Historikerstreit'', ,,Kulturrevolution'') das Konstrukt einer CDU/CSU-zentrierten ,,Wende'' die Funktion, SPD-entlastend zu wirken. Je kräftiger die ,,Wende'' gezeichnet wird, um so positiver sticht die Zeit davor — also die SPD — davon ab. Was an dieser Kontrastierung stimmt und was nicht, läßt sich allemal nicht so ausloten wie in den angeführten Analysen: Dort wird SPD-Politik mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn materiell untersucht. So bleibt unklar, welche Rolle die SPD für die Herausbildung einer Rechtsentwicklung zukommt (einmal unterstellt, es sei klar, was das ist) und wo die vermeintlichen oder tatsächlichen Unterschiede zum ‚Rechtsblock' liegen. Ausgeblendet wird überhaupt eine Sichtung realer Politik — wobei sich eine Einschätzung der ,,Wende'' an dem beachtlichen Politik-Konto der SPD bzw. Sozialliberalen abzuarbeiten hätte, das — um nur einiges zu nennen — solche Posten wie Berufsverbote, Notstandsgesetze, Anti-Terror-Gesetzgebung, Polizeiausbau etc. ausweist.

Form und Inhalt

W.F. Haug hat vorsichtig angedeutet, daß offenbar zwischen der Erwartung bzw. Warnung vor ,,der Gefahr einer neuen reaktionären politisch-ideologischen Formation'' bei der Wahl 1980 und dem, was rechte Politik ist, ein Unterschied besteht: ,,*Damals zeichnete sich in Gestalt des Franz-Josef Strauß ein autoritärer Populismus ab. (...) Was wir jetzt haben, ist nicht in zwei, drei Worten zu analysieren. Jedenfalls ist es nicht der Strauß'sche Diskurstyp, der zur Macht gekommen ist. Ich halte das für eine wichtige Unterscheidung.''* (Interview in AK 280, S. 31). Und weiter: ,,*So wenig wie um Konservativität geht es um Restauration. Was sich neonationalistisch ankündigt, ist am Ende die (...) Form, in der die politische Rechte (...) den von der Computerisierung bewirkten Modernisierungsschub betreibt.''* (27) Es sieht so aus, als ob jede weitere Beschäftigung mit dem Phänomen ,,Wende'' gut beraten wäre, diese bedenkenswerte Unterscheidung zwischen der Form und dem tatsächlichen Inhalt von Politik im Auge zu behalten.

R., Antifa-Kommission, Hamburg

Anmerkungen:
1) Arno Klönne, „Kulturrevolution von rechts — Ein Publizistikbericht", in: feder 3/87, S. 12
2) Wolfgang Fritz Haug, „Vergangenheit, die Zukunft werden soll — Über den Historikerstreit", in: Das Argument 161/87, S. 8
3) Torsten Bultmann, „Bundestagswahlen, politische Bewegung und Reformoppositionen — Das Beispiel Hochschulen", in: Marxistische Blätter 3/87, S. 35
4) Jörg Goldberg, „Die Konjunktur nach den Wahlen", in: Marxistische Blätter 3/87, S. 21
5) Kohl schwebt z.B. die „Konstruktion von Gesamteuropa" vor Augen, worunter er EG, Schweiz, Österreich, Polen, die CSSR, die DDR und die Sowjetunion (bis zum Ural?) versteht — siehe Haug, S. 18
6) Klönne, „Kulturrevolution ...", S. 19
7) Arno Klönne, „ ‚Die Deutsche Geschichte geht weiter' ", in: Das Argument 161/87, S. 38
8) Frieder Otto Wolf, „ ‚Weiter so, Deutschland' ", in: Das Argument 161/87, S. 43
9) Klönne, „ ‚Die Deutsche Geschichte ...' ", S. 33
10) Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 53
11) Georg Fülberth, „ ‚Mitte' und ‚Westen' ", in: Das Argument 161/87, S. 25
12) Die Formulierung geht auf einen Vorschlag der „Volksfront" (BWK/VSP) zurück, die sich hier mühelos mit DKP, VVN — und den anderen Unterzeichnern — verständigen konnte.
13) Spiegel 13/64
14) Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung ..., Anti-faschistische Russell-Reihe 1, Hamburg 1978, S. 107/8
15) Fülberth, S. 25
16) Klönne, „ ‚Die deutsche Geschichte ...' ", S. 37
17) Russell-Reihe 1, S. 81 ff.
18) Klönne (wie 16), S. 39
19) Klönne, „Kulturrevolution ...", S. 15
20) Klönne (wie 19), S. 14
21) Hannover-Resolution (siehe 12)
22) Klönne, „ ‚Die Deutsche Geschichte ...' ", S. 16/17
23) Goldberg, S. 21
24) Goldberg, S. 17
25) Boris Klauser, „Krisenreaktion und Politik-Alternativen", in: Marxistische Blätter 3/87, S. 27
26) Klauser, S. 28
27) Haug, S. 16

,,An das Sektiererblättchen ‚Arbeiterkampf''' sandte Wolfgang Bruckmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Grünen im Bundestag, Arbeitskreis 8: Frieden, Abrüstung u. Internationales eine

Gegendarstellung

In der Ausgabe des ,,Arbeiterkampfs'' vom 6.4.87 wurden in dem Artikel ,,The same procedure as usual'' wahrheitswidrige Angaben gemacht:

1. Es wurde behauptet, der Antrag der GRÜNEN IM BUNDESTAG ,,Abrüstung bei den weitreichenden Mittelstreckenraketen'' sei von mir formuliert worden.

Richtig dagegen ist, daß der besagte Antrag von Otto Schily MdB, Dr. Alfred Mechtersheimer MdB und von mir formuliert wurden.

2. Es wurde behauptet, der besagte Antrag habe keine Bundestagsmehrheit erreicht.

Richtig dagegen ist, daß bis zum Redaktionsschluß besagter Ausgabe des ,,Arbeiterkampfes'' weder eine Debatte, geschweige eine mehr- bzw. minderheitenbildende Abstimmung stattgefunden hat.

3. Es wird behauptet, daß ich Mitglied der ,,Kommunistischen Partei Deutschlands'' (KPD) gewesen sei.

Richtig dagegen ist, daß ich zu keinem Zeitpunkt Mitglied dieses Sektierervereins war.

Ich gehe von einem Abdruck in der nächsten Ausgabe des ,,Arbeiterkampfs'' aus. Merke: Eingebildete ,,revolutionäre Gesinnung'' schützt nicht vor schlampiger Recherche.

Wolfgang Bruckmann

Zur Gegendarstellung von W. Bruckmann

Was die Autorenschaft des unsäglichen Antrags anbelangt, so berichten gewöhnlich gut informierte Personen aus Bruckmanns Arbeitsfeld, daß dieser sich windet einzugestehen, daß das Papier aus seiner Feder stamme. Was bedeutet: Er bestreitet es nicht. Indes lege er höchsten Wert auf die Feststellung, daß Schily und Mechtersheimer den Antrag voll unterstützen würden und selbstverständlich die politische Verantwortung für den Unsinn zu tragen hätten.

Daß Otto Schily nicht die geringsten Berührungsängste bezüglich der inhaltlichen Aussagen des Antrags hegt, gedenken wir nicht anzuzweifeln. Vielmehr wird er froh sein, daß ihm jemand so etwas auf den Schreibtisch legt. Schließlich produzierte sich Schily bereits anläßlich seiner Kandidatur für den grünen Sitz im Auswärtigen Ausschuß als Befürworter einseitiger Abrüstungsforderungen an die Adresse ,,der anderen'': Sinngemäß warf Schily der Friedensbewegung vor, im Herbst '83 von der UdSSR nicht den einseitigen Abzug ihrer SS-20-Systeme verlangt zu haben.

Was Alfred Mechtersheimer anbelangt, so erstaunt es ein wenig, daß die selbe Person andererseits der NATO vor dem versammelten Bundestag eine ,,strukturelle Abrüstungsunfähigkeit''

selbe Person andererseits der NATO vor dem versammelten Bundestag eine ,,strukturelle Abrüstungsunfähigkeit''

attestierte, ein Terminus, der im übrigen die Problematik exakt erfaßt. Daß dieser Antrag auf dem Mist Mechtersheimers gewachsen ist, möchten wir immer noch nicht so ganz glauben.

Die Frage von Bruckmanns ,,KPD''-Mitgliedschaft können und wollen wir nicht überprüfen. Allerdings existiert offensichtlich eine derart hohe Übereinstimmung zwischen seinen Positionen und denen ehemaliger ,,KPD''-Aktivisten bei den ,,GRÜNEN'', daß auch von ,,grünen Insidern'' stets vorausgesetzt und seit Jahren verbreitet wird, der Mann habe früher diesem Kampfbund wider dem sowjetischen Sozialimperialismus angehört. Möglicherweise handelt es sich dabei um ein allzu simples Klischee, von dem Abschied zu nehmen ist. Viele AK-Leser können mit diesem Verweis auf die Vergangenheit ohnehin nichts anfangen. Zudem: Organisationen/Personen wie die ,,KPD''/Bruckmann sind nicht Ursache des vorherrschenden Anti-Kommunismus und Bedrohungssyndroms, sondern vielmehr deren Produkte. Otto Schily war ja früher schließlich auch nicht bei der ,,KPD'' ...

Unschön finden wir hingegen, daß Bruckmann seine engsten Mitstreiter im grünen Friedensbereich der Ex-Mitgliedschaft in einem ,,Sektiererverein'' bezichtigt. Auch wenn wir in diesem Punkt Bruckmann durchaus zustimmen, so gehört sich eine derartige Sprachregelung im Umgang mit Kampfgefährten nicht.

Die Autoren des Artikels ,,The same procedure as usual'' legen überdies Wert auf die Feststellung, daß der eingearbeitete — von Bruckmann inkriminierte — Text nicht Bestandteil ihres Produktes ist.

dsm

Klaus Aresti ist Redakteur der Zeitschrift „Aufsätze zur Diskussion" (AzD). Der erste Teil der vorliegenden Analyse ist in AK 281 erschienen und beschäftigt sich mit dem soziologischen, politischen und ideologischen Gesicht des Faschismus.

Über die historischen Ursprünge des deutschen Faschismus

von Klaus Aresti(AzD)

Die große Frage, die sich nun stellt, ist, inwieweit Krieg und Revolution 1914/18 dieses politische Bündnis verschiedener Klassen zerschlugen. Auf der Erscheinungsebene vollzogen sich in der Tat große Veränderungen. Es fiel die monarchische Spitze des Staates, es fiel auch das System des Scheinkonstitutionalismus, d.h. das Parlament bekam gesetzgeberische Gewalt und wurde überhaupt in seiner Machtfunktion gestärkt. Es fiel auch die politische Führung durch die Konservativen. An ihre Stelle traten die SPD und die liberalen Parteien. Damit enden auch schon die großen Umwälzungen dieser Tage. Es wurde keine Politik gegen eine Neuauflage der junkerlich-konservativen Massenbewegung eingeschlagen. Im Rahmen einer Vollendung der bürgerlichen Revolution hätte diese Politik vorrangig die ostelbischen Junker treffen müssen. Zur Entscheidung stand eine Bodenreform, die Aufteilung des ostelbischen Rittergüter, eine Säuberung des Beamtenapparates, die Neugestaltung des Militärapparats, Beschneidung der Macht des Landes Preußen im Länderrat. ergänzend dazu hätte die Schwerindustrie verstaatlicht und Maßnahmen zur Pazifizierung des Massenbasis des „Kartells der schaffenden Stände" ergriffen werden müssen. Dazu hätte gehört:
Die Befreiung der Bauern von der
zifizierung des Massenbasis des „Kartells der schaffenden Stände" ergriffen werden müssen. Dazu hätte gehört:
Die Befreiung der Bauern von der Boden- und Geldarmut, um ihnen auf vergrößerter Landfläche die Mechanisierung zu ermöglichen. Damit wären die Bauern auf Dauer an eine parlamentarische Republik gebunden worden. Eine großzügige Politik gegenüber der Arbeiterklasse (Sozialpolitik) hätte mit der Zeit die Schicht der Angestellten ins Lager der Arbeiterbewegung geführt. Mit diesen Massen auf ihrer Seite hätte die Weimarer Republik auf einem sicheren Fundament gestanden und hätte sich das Problem der politischen Haltung des städtischen Kleinbürgertums von selbst erledigt. Alle diese Maßnahmen wären noch im Rahmen einer bürgerlichen Revolution möglich gewesen.

Ansätze für eine Politik in dieser Richtung waren vorhanden. Es gab eine breite spontane revolutionäre Bewegung, die ein Programm vertrat, das über den Wunsch nach Frieden hinausging, die Verstaatlichung der Schwerindustrie forderte und die dabei war, die Struktur des Militärs demokratisch umzugestalten. Hauptsächlich der deutschen Sozialdemokratie ist es zu verdanken, daß mit der Klassenstruktur die Wurzeln für eine Neuauflage der Kartellpolitik überdauerten. Sie verhinderte die Vollendung der bürgerlichen Revolution. Stattdessen suchte die SPD das Bündnis mit den alten Kräften, um die Revolution militärisch niederzuschlagen. Sie trat als Garant der ökonomischen wie politischen Machtpositionen der Junker in Ostelbien auf (Regierung in Preußen bis 1932). Statt Bodenreform gewährte die SPD dieser Klasse eine Reichswehr, die sich nach wie vor einer relativen Autonomie gegenüber dem Parlament erfreute, und beließ den alten junkerlichen Beamtenapparat in Amt und Würden. Ebenso wie die Junker kamen die schwerindustriellen Kreise der Bourgeoisie ungeschoren davon (man denke nur an die Sozialisierungskomödie und an Legiens Zentrale Arbeitsgemeinschaft).

Daß es überhaupt zum republikanischen Fortschritt kam, verdankte Deutschland nicht allein der Arbeiterbewegung, sondern vor allem dem Druck der Alliierten. Sie vor allem beharrten auf dem Sturz der Monarchie, auf einer Stärkung der Macht des Parlaments. Sie beschnitten im Versailler Vertrag durch Gebietsabtretungen die ökonomische Macht von Schwerindustrie und Junkertum. Dazu kommt die Tatsache, daß das Kartell der kleinbürgerlichen, bäuerlichen Massen und der Junker durch Krieg und Revolution zeitweilig aufgelöst worden war. Die Bauern verblieben zwar unter der Hegemonie der Junker — Ausdruck davon war die Politik des Reichslandwirtschaftsbundes. Aber große Teile der Angestellten, beeindruckt von der Stärke der Arbeiterbewegung in diesen Tagen (Durchsetzung sozialpolitischer Ansprüche), hatten sich aus der Hegemonie der Konservativen gelöst und waren kurzfristig ins Lager der Liberalen und der SPD übergewechselt. Ebenso verhielt sich das städtische Kleinbürgertum. Von allen Parteien und von der Verfassung (Mittelstand-

sparagraph) umworben, versuchte es an die anstehenden Reichswirtschafts- reformen (Gemeinwirtschaft, Reichs-

sparagraph) umworben, versuchte es an die anstehenden Reichswirtschaftsreformen (Gemeinwirtschaft, Reichshandwerksordnung) anzuknüpfen. Die herausgebrochenen Teile aus dem alten Bündnis versuchten also, ihre alten ständischen Interessen über die parlamentarische Republik durchzusetzen. Die Schwerindustrie ging ihre eigenen Wege: Erst betrieb sie eine Obstruktionspolitik gegen den Versailler Vertrag, Ruhrabenteuer, aber auch Bündnis mit der Arbeiterbewegung (ZAG), später die Lösung der ökonomischen Probleme, die sich durch den Verlust der lothringischen Erzbasis ergeben hatten und modernisierten die Kohle- und Stahlproduktion. Ab 1924 suchten sie über den RDI den Ausgleich mit der parlamentarischen Republik.

Aber die Paralyse der junkerlich-konservativen Politik war nur von vorübergehender Natur. Von Anfang an bestand rechts von den Parteien der Weimarer Koalition aus SPD, DDP, DVP und Zentrum ein rechtskonservatives Lager (DNVP), das die parlamentarische Republik ablehnte, für die Wiederherstellung der Monarchie eintrat und in dem sich die Unzufriedenen aus ländlichem wie städtischem Mittelstand, Junkertum und Teilen der Schwerindustrie sammelten. An deren rechten Rand wiederum sammelte sich ein durch Krieg und Revolution radikalisiertes Potential — die völkische Bewegung.

Die völkische Bewegung

Damit schließt sich der Kreis. Vor dem geschichtlichen Hintergrund gewinnt die Identität von Ideologie, Programmatik, Mitglieder- und Wählerstruktur der völkisch-faschistischen Bewegung ein neues Gewicht. Denn so erweist sich die völkische Bewegung in Ideologie und Programmatik als nichts anderes als der übriggebliebene, durch Krieg und Revolution radikalisierte Rest jener mittelständischen Bewegung, die im Kaiserreich unter der Hegemonie der Junker gestanden hatte. Das erklärt den Mangel an neuen weltanschaulichen Elementen.

Die Nazis äußerten nur, was breite Kreise jener Schichten ohnehin dachten, forderten und z.T. seit Jahrzehnten umgesetzt hatten. Das sahen auch die Ideologen dieser Bewegung nicht anders. So heißt es über Moeller van den Bruck: Er verlieh der antidemokratischen Grundstimmung weiter Kreise der „Intelligenzschicht" nach 1919 in seinem Buch „Das Dritte Reich"(1923) bezeichnenden Ausdruck: „Nicht deutsch" ist nach ihm die Demokratie, der Sozialismus, der Marxismus. Das Individuum werde dadurch aus den Bindungen des Blutes gelöst, der Staat seiner sakralen Würde entkleidet. So fordert er stattdessen einen *„revolutionären Konservatismus"*, für den die Idee der deutschen Nation alles bedeutet". Diese „Dritte Kraft" sollte das „Dritte Reich" gründen. „Sie ist die *Partei der Kontinuität der deutschen Geschichte.* Sie ist die Paartei aller Deutschen, die Deutschland wieder dem deutschen Volk erhalten will"(12).

Neu an der völkischen und faschistischen Bewegung war ihre Radikalität, ihre Weigerung, mittelständische Poli-

Neu an der völkischen und faschistischen Bewegung war ihre Radikalität, ihre Weigerung, mittelständische Politik im Rahmen etablierter konservativer Parteienprogrammamtik umzusetzen und sich nicht unter die politische Hegemonie der deutschen Junkerklasse zu begeben. Das machte ihre Distanz zur DNVP aus.

Die völkische Bewewgung und mit ihr die NSDAP begannen sofort als politische Bewegung, die Teile jener Schichten repräsentierten. Ihre Wurzeln reichten zurück auf den Alldeutschen Verband, auf die Vaterländische Partei von 1917 und auf die Freikorpsbewegung in der Revolution. Schon im ersten Jahr wuchs allein die NSDAP von 64 auf über 3000 Mitglieder an. Im selben Jahr erhielt der völkische Block bei der Wahl zum Reichstag fast eine Million Wählerstimmen. 1928 hatte die NSDAP dieses Potential auf sich vereinigt. Sie erhielt 900.000 Stimmen. Zwei Jahre später überschlugen sich die Ereignisse, kamen aber für den aufmerksamen Beobachter durchaus nicht so überraschend, wie gemeinhin dargestellt wird. Schon 1926, drei Jahre vor der Weltwirtschaftskrise, brach in Deutschland eine Agrarkrise aus. Die ungelösten Probleme auf dem Land und die fehlende bzw. ungenügende protektionistische Politik des Staates führte zu Bauernunruhen. Den Nazis gelang hier zum erstenmal der Einbruch in die bäuerliche Verbandsbewegung. Ab diesem Zeitpunkt wuchs ihr Anhang gerade auf dem Land. Der zweite große Strom, der sich aufmachte, die Reihen der NSDAP zu füllen, war die Rechtswanderung des städtischen Kleinbürgertums. Auch sie stärkten schon vor 1929 die NSDAP. 1918 waren Handwerk und Kleinhandel ebenso die Angestellten bereit, für kurze Zeit die parlamentarische Republik zu unterstützen. Sie verhalfen der SPD und den liberalen Parteien zu ihren eindrucksvollen Wahlergebnissen. Schon zu Beginn der zwanziger Jahre setzte, aufgrund fehlender Umsetzung ihrer Interessen, eine Rechtswanderung ein, die erst der DVP,1924 bereits der DNVP zugute kam. Sie hoben Hindenburg als Repräsentant einer von ihnen bevorzugten antirepublikanischen Ordnung auf den Präsidentenstuhl. Ebenfalls 1925 kam es zur Neuauflage der Schutzzölle von 1902,die einst Kernbestandteil der „Kartellpolitik" gewesen waren. Doch fehlte dieser Politik die mittelständische Komponente. Sie wurde nicht durch Einschränkung liberaler Gewerbegesetze ergänzt. Die staatlichen Subventionen (Osthilfe) flossen diesmal an den bäuerlichen Höfen vorbei, allein in die Taschen der Rittergutsbesitzer. So ging die kleinbürgerliche und bäuerliche Rechtswanderung weiter. 1927 starteten die Nazis ihre ersten großen Kampagnen gegen die großen Warenhäuser — Einbrüche in die mittelständischen Verbände folgten auf dem Fuß. Deutlich war die Rechtswanderung auch bei den Angestelltenverbänden. Dominierten 1919 noch die an christlichen und freien Gewerkschaften orientierten Organisationen, so 1928 schon wieder die streng nationalistischen und konservativen Verbände mit deutlichen Ambitionen zur NSDAP.

Diese Erfolge *vor* der Weltwirtschaftskrise von 1929 und trotz entfalteter Konjunktur waren die Basis, auf

Diese Erfolge *vor* der Weltwirtschaftskrise von 1929 und trotz entfalteter Konjunktur waren die Basis, auf der die nach 1929 ausbrechende „Panik im Mittelstand" (Geiger) nahezu vollständig von den Nazis absorbiert werden konnte. „Es galt mit ein politischen System zu brechen, das die Interessen des Kleingewerbes so wenig zu schützen verstand, wie das von Weimar, es galt die Arbeiterschaft in ihre Schranken zu verweisen und die Macht des anonymen Großkapitals zu zerschlagen; es galt den ruinösen Wettbewerb zu beseitigen und zu einer geordneten Berufsstandswirtschaft zurückzukehren"(13). In der Programmatik und politischen Konzeption der NSDAP fanden diese Schichten aufgehoben, was sie forderten: Die Bauern verlangten einen verschärften Schutzzoll, die Nazis propagierten die wirtschaftliche Autarkie Deutschlands. Handwerker und Kleinhandel verlangten die ständische Abschottung ihrer Existenzgrundlage, der nationalsozialistische Ständestaat kam dem entgegen. Auch die Angestellten hatten wenig mit dem Weimarer System gewonnen. Ihre priviligierte Stellung war nicht ausgebaut worden, sondern im Gegenteil gegenüber dem Arbeiter geschwunden. Rationalisierung und Modernisierung ließen ihre sicheren Arbeitsplätze dahinschwinden. Dagegen richtete sich die nationalistische Angestelltenbewegung. Die Neubetonung mittelständischer Wertvorstellungen durch die Nazis fand hier große Resonanz.

Die Massen und Machtgewichte verschieben sich

Einmal als Massenbewegung entstanden, mußten sich zwei Klassen politisch zur faschistischen Bewegung verhalten, die Bourgeoisie und die Junker. Beiden war durch die massenhafte Abwanderung mittelständischen Wählerpotentials die Basis der eigenen Parteien (DDP, DVP, DNVP) geschwunden. Dazu kamen die Verluste der SPD an die KPD. Beide konnten sich jeweils u.U. auf einzelne Programmteile einlassen, zu anderen standen sie in Widerspruch.

Den Junkern war die Autarkie, d.h. die Abschottung des deutschen Wirtschaftsmarkts vom Weltmarkt nicht fremd, ebenso der Plan eines ständischen Aufbaus der Wirtschaft. Andere Teile waren ihnen suspekt. So die „entschädigungslose Enteignung von Boden". Sie bewirkten zwar 1928 eine Klarstellung von Hitler, der diesen Passus auf die jüdischen Grundstücksspekulanten einschränken ließ, aber parteiintern wurde diese Einschränkung wieder erweitert um den Halbsatz: „.... oder auch um solchen Großgrundbesitz, der nicht im Dienste der Allgemeinheit zur Volksernährung verwaltet wird"(14). Das war eine offene Kampfansage an die Junker und ihre besonders geschützten maroden Rittergüter (Fideikomisse). Es blieb weiterhin der Widerspruch zu dem Plan der Nazis, ein Volksheer aufzubauen, dem sich die Reichswehr unterordnen sollte. So hieß es in Punkt 22: „Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres"(15). Die Machtposition der Kaderarmee Reichswehr wollten die Junker keineswegs preisgeben. Suspekt war ihnen auch die fehlende Unterordnung der Faschisten unter die Konservativen. Darum setzte der größte Teil der Junker weiter auf die DNVP und weiter auf die Präsidialdiktatur.

Ähnlich verhielt es sich bei der Bourgeoisie. Was die Junker befürworteten, stand ihnen im Wege: Autarkie und Ständestaat. Gegen eine vom Weltmarkt unabhängige deutsche Wirtschaft stand die Import- und Exportabhängigkeit des Maschinenbaus, der Chemie- und der Stahlindustrie. Mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Zurückdrängung der sozialpolitischen Ansprüche hatten sie hingegen wenig Probleme. Auch einer Revision des Vertrages von Versailles standen sie aufgeschlossen gegenüber, doch tendierte die Mehrheit der Bourgeoisie zu einer allmählichen Revision, wie sie von Stresemann und Brünning praktiziert wurde. So waren auch hier die Ansichten gespalten. Ein kleiner Teil der Ruhrindustriellen organisierte sich direkt in der NSDAP (Kirdorf). Ihre Interessen lagen auf der Hand: Aufrüstung, gewaltsame Revision des Versailler Systems, Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Ein etwas größerer Teil versuchte Einfluß auf die Pro-
Aufrüstung, gewaltsame Revision des Versailler Systems, Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Ein etwas größerer Teil versuchte Einfluß auf die Pro-
grammatik der NSDAP zu nehemen. Es ging um Punkte wie die Revision der Ständekonzeption, die Verpflichtung auf das Parlament und die Verfassung, um die Autarkiekonzeption. Zu diesem Teil der Bourgeoisie gehörte auch u.a. Paul Reusch, dessen Nachlaß z.B. von Ulrike Hörster-Phillips als Beleg für die Interessenindentität von Großkapital und Faschismus für die Hegemonie des Großkapitals in der faschistischen Bewegung ausgewertet wurde(16). Bei genauerer Untersuchung belegt gerade Paul Reusch das Gegenteil. Reusch war führender Repräsentant des Langnam Vereins, des wichtigsten Verbandes der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie. Er trat Anfang 1932 nach der Rede Hitlers vor dem Düsseldorfer Industrieclub für die Annahme des Angebots von Hitler ein, das Programm der Partei im Interesse der Industrie auszugestalten. Es kam zur Einrichtung einer Arbeitsstelle zur Überarbeitung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik unter dem Vorsitz von von Schacht. Von seiten der Industrie waren vertreten Reusch, Krupp, Vögler, Thyssen und Springorum. Ihre Forderungen wurden aber nicht erfüllt. Im Gegenteil, im Mai 1932 erschien das wirtschaftspolitische Sofortprogramm aus der Feder Strassers, in dem der mittelständische Sozialismus wahre Triumphe feierte. Es wurde vom Reichsverband Deutscher Industrieller (RDI), dem größten Verband der Bourgeoisie, einer scharfen Kritik unterzogen. Im Juli 1932 machte auch die Gruppe der Schwerindustrie um Paul Reusch einen Rückzieher. Auch der Langnamverein wandte sich im Oktober 1932 explizit gegen eine Regierung Hitler, sogar gegen eine Regierungsbeteiligung der NSDAP, bestenfalls für eine Zusammenarbeit auf Länderebene. In der Folgezeit konzentrierten sich die schwerindustriellen Kreise auf den Aufbau einer neuen bürgerlichen Partei mit eigener Massenbasis. Als Ausgangspunkt sollte die DNVP dienen (17). Das aktuelle Problem war aber vorerst der fehlende Einfluß der Papenregierung im Reichstag. Nach den Novemberwahlen und den Verlusten der NSDAP vesuchte der dritte und letzte Präsidialdiktator Schleicher dieses Problem über eine Spaltung der NSDAP zu lösen. Als dies mißlang (Strasser-Krise), köderte der am Preußenputsch beteiligte Reichswehrgeneral die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, bot ihnen die Aufgabe der Deflationspolitik, die Rückgängigmachung des Lohnabbaus und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie einen Stop der das Parlament entmachtenden Verfassungsreform. Das scheiterte, führte aber Ende Dezember 1932/Anfang Januar 1933 zu einiger Aufregung, so daß sich schließlich das „Einrahmungskozept" durchsetzen konnte. Die Mehrheit der Bourgeoisie stand aber während der ganzen Zeit und auch noch 1933 der NSDAP sehr distanziert gegenüber. Favorisiert wurde als Alternative zum Faschismus

Fortsetzung nächste Seite

Der Antisemitismus der MG

Die Marxistische Gruppe (MG) ist zwar für jede politische Tollheit gut, aber diese sollte nicht achselzuckend übergangen werden: der antisemitische Skandal, den sie anläßlich des Besuchs von Chaim Herzog in der BRD vermittels Flugblatt, Plakat und Veranstaltung (in Hamburg) provozierte. Ein Skandal allerdings, der bis auf einige Zeilen in der TAZ bislang keine weiteren Folgen zeitigte.

In der ,,Hamburger Hochschulzeitung'' der MG vom 6.4.87 wird anläßlich des Besuchs des ,,*Staatsführers der Juden*'' (dies und alle weiteren sind Originalzitate) konstatiert: ,,*Judenfreundschaft ist wieder einmal von höchster Stelle angesagt.*'' Hier komme das ,,*Theater*'' unserer ,,,*ganz besonderen Verantwortung vor der Geschichte*''' zur Aufführung. Damit bleibe ,,*die verlogene Nationalmoral weiter in Kraft, die jedem Einwohner der BRD seit ihrer Gründung die Gewissenspflicht auferlegt, sich für die Judenmorde einer vergangenen Herrschaft schuldig zu fühlen, um als guter* **Deutscher** (Hervorhebung im Original) *allen Juden unbedingen Respekt entgegenzubringen*''. Der Bundespräsident nehme die Gedenkfeiern zum Anlaß, ,,*Schuld und Sühne aller Deutschen beredt breitzutreten*'' und vollziehe damit eine ,,*bekennerhafte Einreihung in die Gemeinschaft aller Judenfreunde*''.

Für die MG hat der Besuch Chaim Herzogs die Festigung der ,,*deutsch-israelischen Freundschaft*'' im Interesse der NATO zum Ziel. Die Bilanz dieser Freundschaft böte lt. MG zum Beispiel:

— ,,*den RASSISTISCHEN STAATSWAHN eines Oberjuden*'' (dieses wie alle folgenden Hervorhebungen in Zitaten im Original), für den der Holocaust die Existenz Israels legitimiere und somit ,,*die jüdischen KZ-Opfer gerade recht kommen, sie nachträglich heim ins Reich der Juden zu holen. Als Opfer, die in ihrem letzten Willen einen volksjüdischen Staat in Auftrag gegeben haben, der seine Stärke und Durchsetzung als sein höchstes Lebensrecht proklamiert (...).*''

— ,,*eine WIEDERGUTMACHUNG, die seit der ersten Stunde die betrauerten ,Opfer des Nationalsozialismus' in Angehörige eines ehrenwerten Volkes und solche sortiert hat, die sich kein moralisches Recht auf Vergangenheitsbewältigung erworben haben*''. Verurteilt werden die Entschädigungszahlungen der BRD an den Staat Israel.

— ,,*eine ISRAELISCHE KRIEGSDEMOKRATIE, die sich mit allen Mitteln einschließlich der Atombombe dafür stark macht, daß Auschwitz nie wieder passiert. Jedenfalls nicht an Juden.*''

— ,,*eine NEUE ENDLÖSUNG (...). Diesmal vom Staat Israel, der in ziemlich getreuer Kopie des Nazi-Rassismus die Unterscheidung zwischen seinem eigenen lebensberechtigten Staatsvolk und lebensunwerten NICHT-Juden, die dem zionistischen Staat im Weg waren, ins Werk gesetzt hat. Darüber ist die ,Palästinenserfrage' entstanden.*''

— ,,*Unsere bleibenden Beziehungen zum Judenstaat*'', denn ,,*schließlich legt ,uns' die Geschichte eine besondere Verantwortung auf. (...) Harte Deutschmark, die den israelischen Militärhaushalt finanzieren.*'' Abschließend erwähnt das Flugblatt den ,,*jüdischen Staatsterrorismus*'' im Interesse der NATO, der es Genscher erlaube, als Vermittler ,,*seine Judenfreunde auch einmal zu etwas mehr Mäßigung*'' zu ermahnen.

Die Veranstaltung, zu der dieses Flugblatt einlud, verlief entsprechend (siehe Bericht und Leserbriefe in der TAZ). Kritik kam innerhalb der immerhin 400 Zuhörer nahezu allein von dem jüdischen Antifaschisten Arie Goral. Die ,,Vereinheitlichung'' der MGler war wie gewohnt perfekt.

Die MG-Position, so unerträglich sie ist, läßt immerhin typische Mechanismen des Umgangs mit der jüngsten deutschen Geschichte ungewöhnlich deutlich hervortreten: Am auffälligsten ist sicherlich die Gleichsetzung Israels (als ,,Judenstaat'') mit dem NS-Regime, die an vielen Stellen nicht etwas unbewußt durchschlägt, sondern sorgfältig inszeniert wird: ,,*Volk ohne Raum*'' (Bildunterschrift eines Fotos, das einen israelischen Soldaten außerhalb der Grenzen Israels zeigt); ,,*Oberjude*'' (gleich Obernazi); ,,*heim ins Reich*'' (Nazi-Parole bei den diversen Annexionen deutschsprachiger Gebiete), hier angewendet auf die ermordeten KZ-Opfer, was einen gewissen Höhepunkt der Infamie darstellt; volksjüdisch (gleich volksdeutsch); die Vorbereitung eines atomaren Auschwitz durch die ,,*israelische Kriegsdemokratie*'' und natürlich darf auch die ,,*neue Endlösung*'' gegenüber den ,,*lebensunwerten NICHT-Juden*'' nicht fehlen. Daß sich hier ein originärer Antisemitismus Bahn bricht, ist wohl kaum abzustreiten. Die Kritik an offiziöser Regierungsheuchelei (angesichts des Skandals Bitburg und dem nach wie vor latenten Antisemitismus hierzulande, der nicht Erwähnung findet) und an der israelischen Nahostpolitik scheinen nur Vehikel zu sein für ungehemmte antisemitsche Aggression und Verleugnung historischer Verantwortung für das Geschehene.

Die MG bietet ihren Mitgliedern ein durchaus vorteilhaftes ,,Entlastungspaket'' an:

— Projektion der Verbrechen des deutschen Faschismus auf Israel,

— Trauerarbeit im Sinne Mitscherlichs wird gleichgesetzt mit ,,*verlogener Nationalmoral*'',

— Verantwortung für das Geschehene trägt ausschließlich eine ,,*verflossene Obrigkeit*'' (die MGler ,,*unterwerfen sich nicht dem nationalistischen Anspruch, bei der Beurteilung des Staates der Juden den Verstand schweigen und das schlechte Gewissen des guten Deutschen sprechen zu lassen, dessen verflossene Obrigkeit die Juden hat umbringen lassen*''),

— ,,*die Juden kochen mit dem Holocaust nur ihr eigenes Süppchen*'',

— der Antizionismus wird hier benutzt zur politischen Legitimation der aggressiven Schuldabwehr.

Die gespenstischen Tiraden der MG verweisen auf die emotionale Ausgrenzung des Völkermords aus der eigenen individuellen Lebensgeschichte, die hierzulande typisch ist für die (Nicht-)Bearbeitung des NS-Traumas. Die Haltung, die in der entlarvenden Floskel von der ,,Gnade der späten Geburt'' zutage tritt, ist nicht nur auf die politische Rechte beschränkt, hier scheint es gelegentlich einen nationalen Konsens zu geben: so, als ob die nachfolgende Generation (insbesondere als linke) geschichtlich wieder bei Null anfangen könnte.

Daß ausgerechnet die autoritäre MG Positionen artikuliert, die anderswo nur latent vorhanden sind, verwundert nicht: ,,Je schwächer unser Ich, desto unwidersprochener muß es die Realität akzeptieren, wie sie ihm in kollektiver Meinung und durch die eigene innere Entwicklung bestimmt, angeboten wird'' (A. und M. Mitscherlich, ,,Die Unfähigkeit zu trauern'', 16. Auflage, S. 55).

St. St.

„Die Aufgabe, Israel zu stärken, ist das Testament der sechs Millionen während des Holocaust ermordeten Juden für das jüdische Volk." (Chaim Herzog, Israel. Ministerpräsident)

6 Millionen KZ-Opfer beweisen:

Auschwitz — Nie wieder!

Diesmal gehen Völkermord und Bombenterror vom Staat der Juden aus.

Mit unserer ganz besonderen Freundschaft. Und deutschen Waffen und deutschem Geld.

Das sind wir unserem Gewissen und der NATO schuldig!

MARXISTISCHE GRUPPE

Fortsetzung von vorheriger Seite

das System der Präsidialdiktatur. So lautete jedenfalls die Entscheidung des größten Unternehmerverbandes (RDI), über desses Organ ,,Die Führerbriefe'' seit 1930 die Stellung zur NSDAP diskutiert worden war.

Fazit

Damit ergibt sich insgesamt folgendes Bild: Die faschistische Bewegung ist nicht umstandslos als Produkt des Kapitals oder als von der Bourgeoisie geschaffen darstellbar. Relevante Teile der Bourgeoisie haben erst relativ spät und gezwungen durch die politischen Tatsachen über ihr Verhältnis zum Faschismus diskutiert. Eine ungeteilte Befürwortung der nationalsozialistischen Politik ist nur bei einzelnen Kapitalisten festellbar. Eine Charakterisierung dessen, was die faschistische Massenbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre stattdessen war, ist nur vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte möglich. Dazu gehört:

1. Die Kapitalverhältnisse hatten im 19. Jahrhundert durchaus nicht den entwickelten überreifen Stand erreicht, wie er oft dargestellt wird. Große Teile der Wirtschaft waren noch nicht auf kapitalistischer Stufenleiter organisiert.
2. Die Folge davon war die Existenz eines Millionenheeres von Kleinproduzenten, die sich außerhalb des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital bewegten und deren ideologische und politische Vorstellungen nicht von dort geprägt wurden. Sie wurden aber gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf der politischen Ebene durch die Parlamentarisierung immer gewichtiger. Da sich in der politischen Sphäre über die Parlamente das Parteiensystem etablierte, das von der Zustimmung der Massen lebt. Politik bekam so andere Ausdrucksformen als in den Jahrhunderten zuvor, wo die Massen bestenfalls in revolutionären Zeiten auf den Plan traten, ansonsten politisch stumm und ohnmächtig waren.
3. Diese Massen der Kleinproduzenten standen unter der Hegemonie der Konservativen. Sie spielten eine nicht zu vernachlässigende Rolle in den Klassenauseinandersetzung des Kaiserreiches. Sie neutralisierten das politische Gewicht der Arbeiterklasse.
4. Sie stabilisierten die politische Hegemonie der Junker im Kaiserreich. Über sie wurden die politischen Positionen des junkerlichen Konservatismus in weite Teile der Bevölkerung getragen. Dieser Konservatismus, ausgezeichnet durch Chauvinismus, Monarchismus, Militarismus, Antisemitismus und Antiliberalismus, prägte das politische Gesicht der damaligen Gesellschaft.
5. 1918 wurde dieses ,,Kartell der schaffenden Stände' zwar kurzzeitig aufgelöst, aber die ökonomisch-politischen Ursachen dieses Klassenbündnisses nicht beseitigt. Die sozialen Grundlagen für eine antiliberale Politik blieben unangetastet. Damit wurde die Weimarer Republik auf unsicherem Fundament errichtet.
6. Die NSDAP entstand als von Krieg und Revolution radikalisierter Teil des mittelständischen Blocks dieser ehemaligen konservativen Sammlungsbewegung. Ideologie, Politik, Programmatik, Mitglieder- und Wählerstruktur verweisen auf diesen Punkt.
7. Schon lange vor der Weltwirtschaftskrise 1929 begannen sich die kleinbürgerlich-bäuerlichen Kräfte des ehemaligen ,,Kartells'' politisch umzuorientieren. Die NSDAP gewann an Attraktivität.
8. Im Gefolge der Radikalisierung dieser Schichten durch die Krisen im Agrar- und Industriesektor wurde die NSDAP schließlich zu einer Millionen umfassenden Bewegung, zu der sich Junker und Bourgeois verhalten mußten, da die Massenbasis ihrer eigenen Politik entschwand.
9. Das Arrangement von Teilen der Bourgeoisie und Junker mit der faschistischen Bewegung brachte vor der Machtergreifung der Nazis keine Hegemoniestellung für die bourgeoisen und junkerlichen Kräfte. Die wesentlichen Forderungen der Bewegung stellte die NSDAP nicht zur Disposition (Autarkiepolitik, Hegemoniefrage, Ständestaat, Volksheer usw.).

Vor diesem Hintergrund diskreditierten sich die oft vorgetragenen Analogieschlüsse (vgl. den Anfang des Aufsatzes) von selbst. Sie zeigen mehr die Unterschiede als die Gemeinsamkeiten auf. 1929 gab es einen absoluten Rückgang der Produktion auf fast die Hälfte der industriellen Gesamtproduktion. 1975-1985 verzeichnete die Industrie ein absolutes Wachstum von 1-2% p.a. 1929 bis 1932 bedeutete Arbeitslosigkeit nicht nur den absoluten Rückgang an Einkommen, sondern brachte viele Menschen in die Nähe des physischen Existenzminimums. Heute reduziert sich das Einkommen für einen Teil schlimmstenfalls auf das Sozialhilfeniveau. Damals wurde über die Präsidialdiktatur das Parlament ausgeschaltet und damit eine Politik ohne Rückhalt in den Massen betrieben. Heute werden Sozialstaatskürzungen von einer mit Mehrheit gewählten Regierung vollzogen. 1933 wurden tatsächlich alle Organisationen der Arbeiterbewegung zerschlagen, der Arbeiterbewegung die politische wie die sozialpolitische Ausdrucksmöglichkeit genommen. Heute wird dagegen, aufgrund des historischen Vergleichs ist man bestrebt zu sagen nur, die Durchführung einer bestimmten Streiktaktik bestimmter Teile der Gewerkschaften erschwert. In der Weimarer Republik war der Antisemitismus eine über Jahrzehnte gewachsene, weitverbreitete Rassentheorie und Bestandteil der Weltanschauung von Schichten, die fast die Hälfte der Bevölkerung umfassten, nicht zu vergleichen mit der durch Konkurrenzdruck am Arbeitsplatz verstärkten Fremdenfeindlichkeit in Teilen der Arbeiterklasse. Die NSDAP war eine Massenbewegung, sie organiserte über 1 Millionen Mitglieder und hatte zum Schluß ein Potential von über 13 Millionen Wähler. Demgegenüber sind die Neonazis heute Sekten zusammen mit einigen rechtskonservativen Ideologen, Offiziere ohne Soldaten. Der Faschismusvorwurf an die bürgerlichen Parteien müßte schon durch mehr erhärtet sein als durch Sprüche einzelner Rechtsaußen und der Tatsache, daß man gegen ihre Politik ist, aber ohnmächtig daneben dteht, und zwar weit ab. Auch die Bundestagswahl hat erneut gezeigt, wie politisch irrelevant faschistische Kräfte derzeit sind. Zwar verdoppelte sich die Stimmenzahl der NPD, doch insgesamt wurde der rechtskonservative Flügel (Stahlhelmfraktion in der CDU) stark gebeutelt. Schon der leichte Verdacht, dem rechtskonservativen bis faschistischem Spektrum Zugeständnisse zu machen, genügte der CDU, um fast 5% (= 2 Millionen) Stimmen zu verlieren. Demgegenüber entging die SPD der prognostizierten Wahlschlappe (Zwanzigprozentpartei), gewannen die liberale FDP und die radikaldemokratischen Grünen 5% hinzu. Dieses Wahlergebnis entspricht damit dem Trend zur Mitte der letzten zehn Jahre. Zwar kam es zur bürgerlich-liberalen Koalition. Sie setzte aber mit ihrer ,,Wende''-Politik im Grunde nur die bürgerliche Politik der sozialliberalen Koalition fort. Eine größere Verschiebung des politischen Spektrums gab es zugunsten der kleinbürgerlichen Demokratie, den Grünen. Enstanden aus den demokratischen Bewegungen der sechziger und siebziger Jahre setzen sie heute die großbürgerlichen Parteien von CDU bis SPD unter Druck. Ihr Wachstum verweist auf ein Wählerpotential, das nicht weniger als 15 mal so stark ist wie das der NPD. Gewiß besteht die Möglichkeit, daß die Schichten, die die Grünen tragen, einen rechtskonservativen Rückfall erleben (Ökolibertaire, ÖDP), aber derzeit sind solche Positionen im Programm der Grünen nicht dominant. Auf dem rechten Flügel des Parteienspektrums dagegen bewegt sich neben ideologischem Gesülze nur das Gezeter einiger Rechtsaußen, unterstützt von bäuerlichen Protestwählern, die sich von der Wende mehr versprochen hatten. Aber selbst wenn der Sturm der bäuerlichen Landbevölkerung wieder einmal losbräche, könnte eine auf sie gestützte faschistische Bewegung nicht mehr die Kraft entfalten, wie ein halbes Jahrhundert zuvor. Dazu ist diese Klasse mittlerweile zu sehr in sich zusammengeschmolzen. Ein Ergebnis der mittlerweile vierzigjährigen Strukturpolitik und der Integration in den europäischen Markt (18). All dies verweist auf die tiefgreifende soziale Umgestaltung der letzten vierzig Jahre. Kritische Theorie wie Stamokap-Theorie verdunkeln diesen Tatbestand mehr als daß sie ihn erhellen. Ihre Weisheiten und Losungen sind das passende Äquivalent zur politischen Handlungsunfähigkeit der Linken. Nach wie vor besteht die Aufgabe, den Wandel in den Klassenbeziehungen erst einmal zu untersuchen, *bevor* man mit Geschrei über den allgemeinen politischen Trend dieser Republik loslegt.

Anmerkungen

1. Vgl. Heiner Karuscheit, Kapital — Demokratie — Faschismus. Zur historischen Entwicklung von Staatsfrage und Faschismus in der marxistischen Theorie, in: AzD 37, S. 18-56. Heiner Karuscheit, Gegen das Faschisierungsgerede — oder Der kurze Weg zur reinen Demokratie, in: Gemeinsame Beilage Nr. 3/86, S. 6/7. Heiner Karuscheit, Ist die BRD auf dem Weg zum Faschismus, in: Gemeinsame Beilage Nr. 4/86, S. 8/9.
2. Vgl. Arthur Rosenberg, Faschismus und Massenbewegung, in: Faschismus und Kapitalismus, S. 115/116.
3. Jürgen Kuczynski, Geschichte der Lage der Arbeiter im Kapitalismus, Bd. 5, Berlin 1966, S. 66.
4. Vgl. ebenda, S. 37ff.
5. Das Programm der NSDAP, 170.-173. Aufl., München 1936, S. 16/17.
6. Ebenda, S.18.
7. Ebenda, S. 16.
8. Vgl. Walter Hofer (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente, Überarbeitete Neuausgabe, Frankfurt 1982, S. 23.
9. Vgl. Jürgen Falter, Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?, in: aus politik und zeitgeschichte (Beilage von: Das Parlament) B 28-29/79, S. 28/29.
10. Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Band 757, Heft 24, S. 21.
11. Vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, in: Soziologische Gegenwartsfragen, 1.Heft, Stuttgart 1932, S. 73-75.
12. Hermann Glaser, Das Dritte Reich, Freiburg im Breisgau 1961, S. 42/43.
13. Heinrich August Winkler, Liberalismus und Antiliberalismus, Göttingen 1979, S.107.
14. Das Programm der NSDAP, aaO., S. 7.
15. Ebenda, S. 17.
16. Ulrike Hörster-Philipps, Wer war Hitler wirklich; Großkapital und Faschismus 1918-1945. Dokumente, Köln 1978.
17. Vgl. Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 119-153.
18. Ulrich Kluge, Vierzig Jahre Landwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1985, in: aus politik und zeitgeschichte, Beilage zu: Das Parlament, B 42/86, S. 3-19.

Wenig Anarchie in Germoney

Libertäre Tage in Frankfurt

Ostern 1987. In Frankfurt weht am Nibelungenplatz die schwarz-rote Fahne. Anarchos und Autonome sind zu hauf in die Bankmetropole gekommen, um zu diskutieren. „Von der sozialen Bewegung zur sozialen Revolution" hieß das selbstgestellte Thema, an dem sich 1.500 Leute abarbeiteten. RAF-Kritik und Absage an die Fighter-Rituale waren im Programm inbegriffen. Wer diese Linksradikalen jetzt noch als „Stahlkugelfraktion" denunziert, hat andere Interessen im Kopf als eine Auseinandersetzung in der Linken. Es besteht aber auch nach den libertären Tagen kein Anlaß zur Euphorie: Wege aus der politischen Sackgasse haben die Autonomen und Anarchos nicht anbieten können. Der schnelle Wandel von der schweigenden Militanz zur beredten Selbstkritik birgt auch Gefahren in sich.



Foto: pan-Foto

Im Inneren der Fachhochschule an der Nibelungenallee, der gleiche Ort also, an dem der antiimperialistische Widerstandskongreß exemplarisch gescheitert war, halten sich Organisation und Chaos die Waage: Jeder, der reinwill, bekommt einen Stempel aufgedrückt; ob die 15 Mark Eintritt tatsächlich bezahlt worden sind, wird dagegen kaum kontrolliert. Am Info-Treff gibt es zwar einen Übersichtsplan über die zahlreichen geplanten Arbeitsgemeinschaften (von „Homosexuelle und Anarchismus" über ein „Frauenplenum", eine „Männergruppe", eine AG „Überwindung des sozialen Ghettos' bis zu einer Gruppe, die sich mit der RAF auseinandersetzen soll) und deren Tagungsstätten — aber es vergeht kaum eine halbe Stunde, in der nicht darin herumgestrichen, umgeändert und ergänzt wird. Der große Andrang, das gesteht die Organisationsgruppe gerne ein, hat sie völlig überfordert: 1.500 sind es mindestens, die ihren Weg aus Zürich, Hamburg, Berlin, dem Rheinland und dem Ruhrgebiet, aus süddeutschen Provinzstädten und norddeutschen, traditionsreichen Widerstandsgebieten nach Frankfurt gefunden haben. Daß fast das komplette Kulturangebot dabei aus Zürich importiert werden mußte und das selbstgemachte Essen im Cafe Kurzschluß solange ungenießbar bleibt (Kraut mit Rippchen, dann Kraut mit Rindswurst), wie sich keine palästinensischen Genoss(inn)en einfinden, um einen Imbiß aufzubauen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die kulturelle Verelendung der bundesdeutschen linksradikalen Szene. Aber immerhin: Dieses Defizit wurde (wie viele andere) erkannt und in einer AG Kultur auch ausführlich (wenngleich ergebnislos) diskutiert.

Selbstkritik gefragt

Selbstkritik gefragt

Diskutieren, auch und gerade selbstkritisch — das war es, was wohl die meisten der Angereisten wollten. Die Arbeitsgruppen waren deshalb in der Regel überfüllt, der kleine Rasenplatz vor der FH reichte aus, die Erschöpften und Gesprächsunwilligen aufzunehmen. „Mal miteinander reden zu können, ohne zu wissen: In drei Stunden geht die Demo los oder stehen die Bullen vor der Tür." Das ist für alle, die ich anspreche, das bemerkenswerteste in diesen Tagen, die von der Vorbereitungsgruppe deswegen nicht Konferenz genannt werden, weil „die Gemeinsamkeiten dafür wohl doch zu gering sind".

Erstmal fällt aber auf, daß die Gemeinsamkeiten offenbar erstaunlich groß sind: Als im Plenum die Arbeitsgruppen des ersten Blocks vorgestellt werden, in denen eine Kritik am Stand der eigenen Bewegung und der Versuch einer Perspektive raus aus dem Ghetto entwickelt werden sollen (siehe auch unsere Dokumentation des wohl richtungsweisendsten Papiers), regt sich kaum Widerspruch. Die Absage an die Fighter-Rituale wird hingenommen, als ginge es um nichts; die schlechten Noten, die der politischen Vermittlung des eigenen Aktionismus gegeben werden, stecken die paar hundert dichtgedrängt stehenden Leute weg. Daß in den letzten Jahren der Weg nicht zur Revolution geführt hat, möglicherweise nicht mal in die richtige Richtung, scheint — den Eindruck gewinnt mensch auf diesen Tagen — allgemein anerkanntes Gedankengut der militanten Szene zu sein. Neuorientierung und Selbstkritik sind gefragt — Glastnost und Perestroika in schwarz-rot.

Gemessen an diesem Anspruch allerdings fällt eine Bilanz der libertären Tage negativ aus: Das Niveau der Vorbereitungspapiere kann in den zustandekommenden Diskussionen nicht erreicht werden. Die RAF-Diskussion wird beispielsweise in der AG, kaum begonnen, dadurch ins Stocken gebracht, daß eine antiimperialistische Genossin auf altbekannte Art und Weise Solidarität mit denen im Untergrund einklagt: Wem steht Ihr näher, fragt sie und sie meint: Differenziert wird nicht. Da spätestens zeigt sich auch, daß die Gemeinsamkeiten tatsächlich recht gering sind. Zwischen den Graswurzelrevolutionären, die am

nächsten Vormittag im Plenum kriti-

nächsten Vormittag im Plenum kritisierten, die Auseinandersetzung mit der RAF finde nicht wegen deren falschem Politikkonzept statt, sondern wegen ihrer Erfolglosigkeit, und den Autonomen, die auch gerne mal von Lenin und Mao lernen, und deswegen Gewehre als Mittel der Politik nicht grundsätzlich ablehnen, kommt es zu keinem folgenreichen Dialog. Auch beim Frauenplenum überwiegen die Differenzen zwischen denen, die sich als Feministinnen verstehen und denen, die der Frauenbewegung an sich erstmal eine zu weitgehende Anpassung ans bürgerliche Lager vorwerfen. Der Reigen der Unterschiede ließe sich fortsetzen — seinen sinnfälligsten Ausdruck findet er am Sonntagnachmittag, als ein Sonntagsspaziergang an der Startbahn auf dem Programm steht und gleichzeitig in der FH eine erkleckliche Anzahl Arbeitsgruppen weitertagen: Da draußen, sagen die einen, gibts eh wieder nur die übliche Randale; andere haben mit der Startbahn wenig im Sinn: Als die Kämpfe dort begonnen hatten, waren sie gerade 13 oder 14. Wer aber sein Augenmerk darauf richtet, das Bekannte wiederzuerkennen, das Scheitern an den selbstgesetzten Ansprüchen zu beobachten, übersieht das andere, möglicherweise folgenreichere Moment dieser Ostertage: Erstmals ist in größerem Rahmen offen über die Praxis militanter Politik diskutiert worden und zwar kontrovers, bei weitgehender Nichtbeachtung der eigenen Tabus (so daß selbst die grünen Fundis als potentielle Bündnispartner entdeckt werden konnten). Daß diese Diskussion, die das Selbstverständnis doch recht weitgehend in Frage stellt, sehr mühselig in Gang

kommt, kann nicht verwundern. Daß

Foto: pan-Foto

kommt, kann nicht verwundern. Daß ein erster bundesweiter Diskussionsansatz, von Dutzenden von Leuten versucht, die sich zumeist nicht einmal kannten, nicht sofort zu Ergebnissen führen kann, ist ebenso einleuchtend.

Neue Besinnung auf alte Ansätze

Irritierender dagegen ist die in den Arbeitsgruppen propagierte Neuorientierung auf den Alltag und die Arbeit als Felder der politischen Auseinandersetzung: Die Diskussion über Jobberinitiativen, ihre politischen Möglichkeiten und Grenzen verdeutlicht das Dilemma. Die heftig geführte Debatte über die Möglichkeit, im Rahmen kapitalistischer Lohnarbeit revolutionäre Ansätze zu verwirklichen, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich auch der Weg in die Betriebe bereits erfolglos beschritten worden ist. Daß die Jobberei dagegen kaum einen Versuch darstellt, in der Arbeitswelt selbst zu kämpfen, sondern wenn überhaupt geeignet ist, bei möglichst geringem Aufwand die finanzielle Subsistenz zu sichern, um dann eben in Kämpfe außerhalb eingreifen zu können, ohne sich ums Überleben sorgen zu müssen, blieb unbestritten. Autonome aus dem Ruhrgebiet merkten überdies kritisch an, daß angesichts der Arbeitslosigkeit und der Qualifikationsanforderungen die Alternative zwischen Jobben und festem Arbeitsverhältnis in zahlreichen Regionen überhaupt nicht mehr bestehe.

Auch im zweiten „neu" entdeckten Terrain fürs politische Engagement, im Alltag, können die Bewegungen bereits auf zahlreiche gescheiterte Kämpfe zurückblicken: Der Häuserkampf ist wohl der wichtigste darunter. Die Orientierung also auf Stadtteilzentren, auf Nachbarschaftshilfe, der Versuch, sich im Kiez zu verankern und politisch nach außen vermittelnd zu wirken, kann also, den bisherigen Erfahrungen zufolge, genausogut in die politische Sackgasse führen, wie die Schlacht am Bauzaun oder Sabotageaktionen gegen die Infrastruktur. Das nicht reflektiert zu haben, sondern bei der Kritik am bisherigen Verständnis stehengeblieben zu sein, ist politisch wohl das entscheidende Versäumnis auf den libertären Tagen, was eng damit zusammenhängt, daß der Blick, nachdem er sich bisher auf Feind als Feind konzentriert hat, nun aufs eigene Umfeld gerichtet wird, ohne daß die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse einer Analyse unterzogen werden, auf der eine eigene Strategie aufgebaut werden könnte. Daß die Reformpolitik keineswegs gescheitert ist, wird zwar konstatiert, aber nicht mehr genauer untersucht. Daß derzeit eine reaktionäre Politik für eine wachsende Zahl von Menschen attraktiv bzw. wählbar erscheint, wird nichtmal mehr vermerkt. Die Gefahr dieses auf eine Selbstkritik reduzierten Ansatzes wurde auf den libertären Tagen bereits sichtbar. Neben der Begeisterung darüber, daß in relativ entspannter Atmosphäre innerhalb des eigenen Spektrums diskutiert werden kann, machte sich bei etlichen auch eine ziemliche Resignation breit: Es gibt kein „weiter", schien bei ihnen als message der Vorbereitungspapiere rüberzukommen.

Die Bewegungen nach vorne öffnen ...

Die Gefahr dieses Ansatzes, der die Kritik an den eigenen Aktionsformen ins Zentrum der Auseinandersetzun-

Die Gefahr dieses Ansatzes, der die Kritik an den eigenen Aktionsformen ins Zentrum der Auseinandersetzungen stellt, wurde auf den libertären Tagen recht schnell deutlichen: Zum einen wird, mangels praktischer Alternativen, weiter gemacht wie bisher, zum anderen lassen sich aus der Kritik der **eigenen** Aktionsformen aber keine strategischen Schlüsse ziehen, es bleibt bei aller Übereinstimmung im Grundsätzlichen ungeklärt. In dieses Vakuum hinein argumentierte der Vertreter des Hamburger Wendlandplenums für seinen Vorschlag, die Bewegung nach vorne zu öffnen, und stieß damit auf große Resonanz. Aus jeder Niederlage haben sich nach seiner Analyse zumindest für's Wendlandplenum Schritte vorwärts ergeben: Aus dem Desaster von 1977 habe man gelernt, daß Bauzaunschlachten nur blutige Köpfe brächten, man deswegen den Kampf gegen die Infrastruktur führen müsse, dessen Grenzen sich 1984/85, als die bürgerlichen Standort-BI's nicht mehr mitzogen, gezeigt hätten. Direkt nach dem GAU in Tschernobyl habe die Kleingruppenmilitanz insgesamt einen Höhepunkt erreicht, der aber jetzt als Alternative zu politischen Auseinandersetzungen größeren Maßstabs stünde, anstatt sich in sie überführen zu lassen. Um diesen qualitativen Sprung leisten zu können, habe das Wendland-Plenum im Herbst 1986 begonnen, am „Punkt Siemens" anzusetzen: an einem Konzern, der im Stromgeschäft stecke, der Militärtechnologien produziere, der Leiharbeiter beschäftige... Hier könnten Teilbereichsbewegungen wie Anti-AKW-Bewegung, Jobber-

Fortsetzung nächste Seite

Stand autonomer Bewegung

Langlauf oder Abfahrt im Sturz

Im folgenden drucken wir Auszüge aus einem autonomen Kritikpapier aus Frankfurt, das wir anläßlich der „libertären Tage" (siehe Artikel in diesem AK) aufgeschnappt haben. Eine solche Auswahl ist, auch wenn sie wie in diesem Fall allein aus Platzgründen erfolgt, immer subjektiv. Trotzdem: Wir haben nicht ausgesucht, was uns politisch in den Kran paßt sondern versucht, die prägnantesten Absätze zusammenzustellen. — Red.

Seit ein paar Monaten laufen in fast allen Städten und autonomen Zusammenhängen Diskussionen über Fehler und Perspektiven autonomer Politik. Dieser Text kann sich verständlicherweise im wesentlichen nur auf die Erfahrungen beziehen, die wir in unseren Rhein-Main-Zusammenhängen gemacht haben. Dennoch glauben wir, daß wir im großen und ganzen im bundesrepublikanischen Trend liegen. Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen sind also weniger zufällig als typisch...

Für uns ist ein Punkt gekommen, wo wir so nicht weitermachen wollen. Wir hatten in den letzten Jahren oft genug das Vergnügen, bestimmte Fehler immer wieder wiederholt zu haben, ohne aus ihnen gemeinsam zu lernen. Im Gegenteil: Wir machten unsere Fehler zu Markenzeichen autonomer Politik, vom großmäuligen, breitbeinigen Auftreten bis hin zur gänzlichen Selbstüberschätzung autonomen Vorgehens, nach dem Motto: Hau rein is Tango ...

Und so wiederholt sich etwas in der autonomen Szene, was in anderen radikalen Bewegungen gleichfalls zum „ehernen Gesetz" wurde: Die Jungen wiederholen mehr oder weniger die Fehler der Alten, während sich die Alten Zug um Zug zurückziehen, weil sie in der Wiederholung gemachter Fehler keine eigene Perspektive entdecken können. Eine Bewegung jedoch, die nicht alt wird, die nur aus Jugendsünden besteht, die gemachte Erfahrungen nicht mit neuen verknüpfen kann, die aus gemachten Fehlern nicht lernt, sondern diese geradezu ritualisiert, kann nicht wachsen, sondern stirbt von innen ...

1. Unter uns Autonomen hat sich ein Begriff von Militanz entwickelt, der sich eher der Logik der Gewaltfrage unterordnet als unseren Utopien von sozialer GEGEN-Macht.

Gerade die Großdemos nach Tschernobyl haben uns wieder einmal recht schmerzhaft gezeigt, daß wir weder die Möglichkeiten haben, noch die gesellschaftlichen Bedingungen dergestalt sind, daß wir mit militärischer Stärke unsere politischen Ziele durchsetzen können. Unausgesprochen bestand die Hoffnung, durch Massenmilitanz das Atomprogramm zu überrennen ...

Um so größer ist nun unsere Frustration und Ratlosigkeit angesichts der Tatsache, daß wir unserem Ziel „sofortiger Ausstieg aus dem Atomprogramm" kaum einen Schritt näher gekommen sind ...

Wie sehr wir uns militärisch überschätzt haben, zeigt auch unsere Reaktion auf die Diskussion und geradezu reibungslose Verabschiedung der neuen Sicherheitsgesetze. Wir verhielten uns so, als ob es uns nichts anginge, einfach gar nicht.

Wir hatten unser Pulver verschossen. Das Feld der „Nachbereitung" haben wir fast gänzlich dem Staat überlassen. Wir haben uns zwar gelegentlich mehr zaghaft als überzeugend dagegen gewehrt, die Gewaltfrage zur Bestimmung unseres Widerstandes zu machen. Doch letztendlich haben wir sie selbst gestellt und verloren.

Wie viele Autonome Putz und Bullenpogo mit Militanz gleichsetzen — und damit mehr die bürgerlichen Vorstellungen von Radikalität mit Leben füllen, anstatt sich ihnen zu widersetzen — wurde auch auf der Hanau-Demo gegen Alkem und Nukem anschaulich demonstriert. Für uns war die Demo eine der wenigen Momente, wo wir endlich einmal wieder die Kraft politischer Militanz verspürten, eine Demo, die in ihren militanten und offensiven Inhalten eine Stärke zum Ausdruck brachte, die wir bei vielen Putzdemos vermißten. Doch für einige von uns ging nichts ab. Also mußten noch unbedingt einige Scheiben von Aldi abwärts dran glauben. 200.000 DMSachschaden — ein Schaden, der lächerlich gering ist im Vergleich zu dem politischen Schaden an der Glaubwürdigkeit und Zielgerichtetheit autonomer Politik.

2. In vielen Kämpfen der letzten Zeit haben wir die Mittel militanter Politik selbst zum Ziel gemacht.

... Wie unsere Mittel militanter Politik selbst zum Gradmesser des Erfolgs werden, dafür ist Wackersdorf ein lehrbuchhaftes Beispiel. Für viele von uns, gerade aus der Startbahnbewegung, war es ein Wunder, wie schnell sich die Region um Wackersdorf in unseren Augen radikalisiert hat. Was bei uns ein Prozeß von fünf Jahren war, vollzog sich in Wackersdorf scheinbar innerhalb eines Jahres. Die anfängliche Skepsis und Arroganz gegenüber dieser Mischung aus Bayern, Bauern und Mutter Maria schlug geradezu atemberaubend in eine My-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gruppen, Ausländerinitiativen und Friedensbewegung einen gemeinsamen Kampf führen. Neben den realen Problemen (im Wendlandplenum sind kaum noch mehr als 20 Leute aktiv und zu ersten übergreifenden Treffen sind kaum andere Gruppen erschienen) erweist sich in der Diskussion eines solchen Vorschlags auf den libertären Tagen aber auch die Perspektive als unklar: ,,Warum sollen wir denn den Konzern angreifen?'', fragt eine Frau. Weder soll Siemens dezentralisiert werden, noch soll er statt Atomtechnologie künftig Sonnenkollektoren produzieren — darüber herrscht Einig-, darüber hinaus Ratlosigkeit. Ein Zustand, der sich am nächsten Tag, als es um Betriebssabotage geht, fortsetzt: ,,Ich kann doch die Kuh, die ich melken will, nicht schlachten'', argumentiert ein Startbahnkämpfer gegen Sabotageaktionen. ,,Die Kuh, die gemolken wird, bist doch du!'', wird ihm entgegengehalten, während ein anderer Beitrag resigniert darauf verweist, daß Sabotage bisher bei keiner modernen Technologie deren Einführung verhindern konnte.

Strukturen aufbauen ...

Erfolg oder kein Erfolg? In dem kleinen Grüppchen, das am Eingang diskutiert, wird mensch sich nicht einig. Die Diskussionen mal zusammengeführt zu haben, sei schon ein wichtiger Schritt nach vorne, meint einer aus der Vorbereitungsgruppe. Die Debatte, die sich seit Jahren im Kreis drehe, finde hier bloß eine folgenlose Fortsetzung, hält eine Frau dagegen. Die meisten werden etwas mit nach Hause nehmen — das vermuten alle, die wenigsten haben vorbereitete Diskussionen mit hierher getragen. Von einer Vernetzung der Kontakte, vom Aufbau regionaler und überregionaler Strukturen, die die Vorbereitungsgruppe in einem ,,taz''-Interview zum politischen Wunschziel der Tage erklärt hatte, bleibt der Kongreß jedenfalls weit entfernt. Immerhin gibt es aber allererste Ansätze: Abends treffen sich Plena aus den Regionen, in denen die linksradikale politische Arbeit schwierig ist:

Vorbereitungsgruppe in einem ,,taz''-Interview zum politischen Wunschziel der Tage erklärt hatte, bleibt der Kongreß jedenfalls weit entfernt. Immerhin gibt es aber allererste Ansätze: Abends treffen sich Plena aus den Regionen, in denen die linksradikale politische Arbeit schwierig ist:

Ruhrgebiet, Süddeutschland ... Und am Sonntag wird in größerer Runde die Gründung einer gemeinsamen Zeitung diskutiert: Damit die eigenen Medien die Kontinuität erreichen, die die Bewegungen bei allen Schwierigkeiten schon erreicht haben. Zwar gibt es mit ,,Aktion'', ,,Unzertrennlich'', ,,Wildcat'', ,,Graswurzelrevolution'' oder ,,Schwarzer Faden'' schon eine Vielzahl anarchistischer und autonomer Publikationen, auf einen monatlichen Erscheinungsrhythmus hat es aber keine gebracht und die Zersplitterung der einzelnen Organe bewirkt auch eine Zersplitterung der Diskussion. Papiere, wie das RAF-Kritik-Papier oder das zum ,,Stand autonomer Bewegung'' von Rhein-Main-Autonomen waren nirgendwo abgedruckt. In der Zeitungs-AG wurden aber schnell die Grenzen eines solchen Projektes deutlich: Von den vorhandenen Publikationen will keine auf ihre redaktionelle Autonomie verzichten, eine gemeinsame Beilage scheint arbeitstechnisch schwer herzustellen, und das von einigen propagierte Projekt einer linken Tageszeitung als Konkurrenz zur verbürgerlichten ,,taz'' hat keine ökonomischen Chancen. Vereinbart wurde, für Mai oder Juni ein zweites Treffen zu organisieren, auf dem konkretere Konturen eines dennoch möglichen Projektes besprochen werden sollen. (Kontakt: Aktion c/o Libertäres Zentrum, Kriegkstr. 38, 6 Frankfurt).

Das Grüppchen am Eingang hat, es ist Samstagabend, mittlerweile einen vorläufigen Diskussionsstand festgehalten: Entscheidend für die Beurteilung der libertären Tage sei, was danach in den Städten liefe. Und, wie es auch kommen werde, die Stimmung sei, trotz der langweilig geratenen Atheistenfete am Karfreitag, bestens. In der Nacht in der Frankfurter Szenehalle ,,Batschkapp'' — es ist ,,Idio Ballroom'', also Discozeit — können nur extrem pogoerprobte Kämpen mit breiten Schultern, Arschschonern und festem Schuhwerk die metallbeschlagene Tanzfläche betreten. Nach der seit Donnerstag andauernden Denkphase ist verschärftes Austoben angesagt. Kritik an den Fighterritualen hin — Kritik am Machogehabe her: Mal muß der Eber rausgelassen werden. Den meisten Frauen bleibt da nur belustigtes bis verärgertes Zugucken ...

Fassanbass

Langlauf oder Abfahrt im Sturz

Fortsetzung von vorheriger Seite

stifizierung der ,,Oberpfälzer'' um. Mir nichts dir nichts gebar unser Wunsch einen Oberpfälzer, der keine Probleme mit der Gewalt hat, der nicht lange fackelt und zulangt, der uns einfach ins Herz geschlossen hat.

Daß ein Großteil der Auseinandersetzungen — von denen wir heute noch schwärmen — schlicht über ihre Köpfe hinweg ging, beginnt uns erst jetzt zu dämmern. Es genügt eben nicht, ein, zwei oder drei mal im Jahr eine Region zur Kulisse unseres Widerstands zu machen, ohne zu kapieren, daß die Leute selbst, vor Ort, einen Widerstand entwickeln müssen, der ihren und nicht unseren Erfahrungen angemessen ist. Während wir weiterziehen (bzw. nach Hause fahren), bleiben die Menschen in der Region mit der staatlichen Reaktion allein ...

Hier rächt sich, daß viele von uns die ,,Oberpfälzer'' wahrnahmen wie ein Fußballspieler die Kulisse eines Stadions. Wir genossen die Kulisse, anstatt dahinterzuschauen. Nachdem der Rausch verflogen ist, bleibt die nüchterne Erkenntnis zurück, daß diese Mischung aus autonomer Selbstüberschätzung und Unkenntnis örtlicher Bedingungen eine logische Folge autonomer Feuerwehrpolitik ist.

Und für diese Art von Politik auf Durchreise als Jahresabo ist auch kennzeichnend, daß wir die ,,Brennpunkte'' wechseln wie Hemden, spätestens dann, wenn uns der Boden zu heißt wird — dann also, wenn es wirklich darauf ankäme. Wackersdorf ist out.

3. Unsere politische Militanz hinkt der praktischen hinterher, anstatt ihr vorauszugehen.

...

4. Die Häufigkeit von Anschlägen und Sabotage ist für uns (noch) kein Zeichen neuer Qualität radikalen Widerstands. Sie ist erst einmal vor allem eine Reaktion auf die staatliche Repression gegen öffentliche Formen von Massenmilitanz.

Wenn wir die letzten Ereignisse noch einmal in Erinnerung rufen, so müssen wir doch — bis auf ein paar Ausnahmen — feststellen, daß es sich bei den meisten Demonstrationen eher um Demonstrationen staatlicher Gewalt handelte, als um einen machtvollen Ausdruck sozialer Gegenmacht (Brokdorf, Hamburger Kessel, Wackersdorf, Häuserräumungen, Duisburg, Hamburg und Bremen etc.), Unsere Massenmilitanz ist an

bis auf ein paar Ausnahmen — feststellen, daß es sich bei den meisten Demonstrationen eher um Demonstrationen staatlicher Gewalt handelte, als um einen machtvollen Ausdruck sozialer Gegenmacht (Brokdorf, Hamburger Kessel, Wackersdorf, Häuserräumungen, Duisburg, Hamburg und Bremen etc.). Unsere Massenmilitanz ist an

Grenzen nackter Gewalt gestoßen, einer Staatsgewalt, der wir auf gleicher Ebene nichts entgegenzusetzen haben. Wir sind heute an Grenzen gestoßen, an die auch viele soziale Bewegungen vor uns gekommen sind. Jedes Mal standen diese militanten Kämpfe vor der vom Staat erzwungenen Alternative: entweder sich auf die von ihm vorgegebene militärische Auseinandersetzung einzulassen oder aber langfristig die militanten Kämpfe sozial und politisch zu verankern, mit dem Eingeständnis, erkämpfte Freiräume (besetzte Häuser, Jugendzentren etc.) mit Gewalt nicht halten zu können. Doch vor diese Alternative gestellt, war der Druck des Augenblicks, des Reagierens bereits so groß, daß eine eigene Entscheidung nicht mehr möglich war. Die Kräfte waren aufgezehrt, die (erzeugte) Sympathie der kritischen Öffentlichkeit verbraucht, die Spitze des Skandals gebrochen, der reformierbare Teil des ,,Mißstandes'' in die politischen Apparate integriert, der antagonistische, unversöhnliche Anteil des Mißstandes polizeilich und ideologisch eingekreist. Von der Dynamik dieser Auseinandersetzung überrollt, wurden wir eher zum Objekt staatlicher Lösungen als daß wir uns als Subjekte militanter Perspektiven verhalten konnten ...

Wenn wir also an die Entwicklung und das Scheitern anderer radikaler Bewegungen erinnern, dann aus der Einschätzung heraus, daß die Sabotagewelle nicht Ausdruck unserer Stärke, sondern oft unser letztes Mittel ist, überhaupt noch unseren Widerstand wirksam zur Geltung zu bringen. Denn geradezu zwangsläufig werden unsere militanten Angriffe in dem Maße Symbole von Widerstand wie sie Ersatz, und nicht Mittel militanter Strategien werden. Und so sehr wir uns auch über mehr als 150 gefällte Strommasten freuen, so gefährlich halten wir es, Sabotage als militante Politik zu begreifen, mit der man/frau — nicht selten pädagogisch — in soziale Bewegungen hineinwirkt, anstatt zu allererst innerhalb sozialer Bewegungen militante Perspektiven zu entwickeln und zu verbreitern. Nicht an Stelle militanter Perspektiven Sabotage zu organisieren kann unser Ziel sein, sondern aus klaren Perspektiven heraus Sabotage als ein Mittel von vielen zu entwickeln und politisch einzubinden. ...

Diese Erfahrungen mußten wir auch an der Startbahn machen. Wir haben uns zwar äußerste Mühe gegeben, und halten auch nicht inne nichts ganz zu lassen, — doch letztendlich stand das Projekt nur ein Mal auf der Kippe, als nämlich die SPD-Regierung befürchtete, ihre eigene politische Basis aufs Spiel zu setzen, bzw. zu verlieren. Interessanterweise zu einem Zeitpunkt, als die Parteien-Koalition von CDU bis DKP noch den größten Einfluß innerhalb der Startbahnbewegung hatte. Wir Autonome begriffen damals, mehr vereinzelt als gemeinsam, erst allmählich die Dimension, die der Kampf um hunderte von Hektar Wald angenommen hat. Es war die Angst vor der Unregierbarkeit einer ganzen Region, die Angst vor dem irreparablen Schaden, die das Projekt für Augenblicke ins Wanken gebracht hat. Weder die Radikalisierung der Startbahnbewegung, noch die sich verbreiternde Sabotage konnten diese Bedingungen wiederholen.

Vielleicht machen diese Beispiele deutlich, daß es letztendlich nicht darauf ankommt, wieviele Strommasten fallen. Politisch entscheidend wird sein in wievielen Köpfen diese Masten fallen. Erst wenn es uns gelingt, dafür die sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, wird nicht nur der materielle Schaden größer, sondern vor allem der politische. Denn eines ist den Herrschenden klar: der materielle Verlust ist reparabel, der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit dagegen, der Verlust politischer Legitimität staatlichen Handelns ist weder reparabel, noch ersetzbar.

5. Solange wir die Systemfrage nur stellen und nicht danach handeln, verbreiten wir mehr Ohnmacht als Gegenmacht, mehr Angst als Mut.

.., Vielleicht liegt es in der Unvorstellbarkeit von revolutionären Veränderungen hier, daß wir uns nicht die Mühe machen, den Weg, die Schritte dorthin, uns und anderen genau zu benennen. Wenn wir uns der Anstrengung stellen würden, nicht nur radikale Gedanken im Kopf zu haben, sondern sie auch auf die Füße zu stellen, dann müßten wir auch von vielen pflegeleichten, sozialromantischen Vorstellungen autonomer Politik Abschied nehmen. Denn jede autonome Politik wird letztendlich nicht an den guten Absichten gemessen, sondern an den realen Erfolgen und Verbesserungen, die sie erreicht. Und wenn ein elementarer Grundsatz autonomer Politik ist, bereits heute das vorwegzunehmen und zu leben, was morgen erst gesellschaftliche Realität wird, dann werden wir auch um Veränderungen innerhalb des Systems kämpfen müssen. Tatsächliche Reformen sind kein Geschenk von oben, sondern waren und sind immer auch ein Resultat sozialer und ökonomischer Kämpfe. So sind die Mieterschutzrechte, die veränderte Baupolitik, das Sozialbindungspapier, das Ausländerrecht, die Hochschulreform, die Finanzierung und Legalisierung von alternativen Wohnprojekten und selbstverwalteten Betrieben von ,,anerkannten Frauenhäusern'' bis hin zur

sind immer auch ein Resultat sozialer und ökonomischer Kämpfe. So sind die Mieterschutzrechte, die veränderte Baupolitik, das Sozialbindungspapier, das Ausländerrecht, die Hochschulreform, die Finanzierung und Legalisierung von alternativen Wohnprojekten und selbstverwalteten Betrieben von ,,anerkannten Frauenhäusern'' bis hin zur

Frauenbeauftragten kein Geschenk des Staates, sondern allesamt Resultat verschiedener Kämpfe der 60iger und 70iger Jahre. Daß sich die Früchte jener Kämpfe mehr in der Machbarkeit und Modernität herrschender Politik gegen uns kehren als daß wir sie als politischen Freiraum für weitergehende Kämpfe nutzen konnten, liegt schlicht an uns selbst: an jenen, die ihre revolutionären Kämpfe zugunsten etablierter Sicherheiten eintauschten, und an uns, die nicht in der Lage waren, die Kämpfe in ihrer Radikalität weiter zu führen. Entweder wir nutzen die erkämpften Reformen dazu, den Geschmack auf den ganzen Kuchen zu schärfen, oder aber wir müssen uns mit den Brosamen abfinden, die vom Tisch herrschender Politik herunterfallen. Wir werden also Ziele formulieren müssen, die das System (gerade) noch zulassen kann und wir werden für weitergehende Ziele Bedingungen schaffen müssen, die das System auf jeden Fall zu verhindern versucht. ...

6. Unsere soziale Verwurzelung entspricht dem Wurzelbett eines Plastikbaumes

... Ein weiteres Kennzeichen autonomer Politik der letzten Jahre ist, daß wir uns mehr oder weniger wie ein/e Seiltänzer/in von Großprojekt zu Großprojekt hangeln, ohne wirklich mit den Füßen den Boden berührt zu haben. Fast ausschließlich sind unsere Zusammenhänge an der Aktualität eines Themas (ausgerichtet) anstatt ihrer Bedeutung innerhalb einer militanten Perspektive. In viele Themen und Auseinandersetzungen steigen wir erst ein, wenn sie heiß sind, in der Öffentlichkeit diskutiert und von den Medien aufgegriffen werden. Erst dann gewinnen diese Auseinandersetzungen für uns an Wichtigkeit. Doch sobald das Thema out ist, die Medien ihre Teleobjektive einziehen, das Projekt steht oder der zähe Alltag spektakulären Aktionen weicht, sind wir meist wieder auf der Suche nach neuen, brennenden Themen, die gerade angesagt sind. Von Friedensbewegung, Anti-Nato, Anti-Kriegs, Antifa, Anti-AKW, WAA, WWG, bis hin zu Volkszählungsgruppen haben viele von uns alles oder vieles davon mitgemacht. Meist hielten sich diese Gruppen ein paar Monate, höchstens 1-2 Jahre, zerfielen dann, um sich in wechselnder Zusammensetzung bei einem neuen Thema wieder zu sehen. Man/Frau wird nicht alt, die Auseinandersetzung miteinander und um das Thema bleiben oft flüchtig und oberflächlich. Und je mehr wir diesen Jahrmarkt aktueller Themen betreiben, desto mehr müssen die Hoffnungen auf soziale Ausdehnung den Fähigkeiten eines Allround-Künstlers untergeordnet werden: Wir wissen von allem etwas und von Genauerem nichts. Wir sind überall dabei und nirgendwo richtig. Dabei haben sich Strukturen eines Kleinfamilienunternehmens entwickelt. Fast jede/r kennt jede/n, wir sind alle voll im Streß, haben vor lauter Terminen kaum Zeit, haben meist mehr politisch zu tun, als wir bewältigen können. Der harte Kern des Unternehmens rackert sich ab, tanzt oder besser rotiert auf verschiedenen Hochzeiten, während sich der Großteil der Familie erst blicken läßt, wenn die Firma alles gut vorbereitet hat. Bei jedem Fest dabei... Einen letzten Punkt in diesem Zusammenhang wollen wir noch hinzufügen: unser Verhältnis zu den Grünen. Unsere weitverbreitete Ablehnung zu jeglicher grüner Politik hat für uns weniger mit radikalem Anti-Parlamentarismus zu tun, als vielmehr mit der Angst und Unfähigkeit, uns mit grüner Politik genau und differenziert auseinanderzusetzen. In dem Maße, wie wir uns selbst schwer damit tun, ein gemeinsames Selbstverständnis zu formulieren (und offensiv zu vertreten), haben wir schlichtweg Schiß, von grünen Politprofis über den Tisch gezogen zu werden, sobald wir uns auf sie einlassen.

Denn trotz unseres klaren Anti-Parlamentarismus muß uns klar sein, daß es auch (und gerade) für uns keinen Weg an grüner Politik vorbei gibt. Gerade wenn es uns darum geht, die bereits beschriebene Arbeitsteilung von militanten Vorgehen und grüner Vermittlung zu durchbrechen, müssen wir uns politisch offensiver mit jenen Grünen auseinandersetzen, die (noch) bereit sind, radikale Positionen in der Politik umzusetzen. Die Fundamentalisten innerhalb der Grünen sind nicht nur ein Alibi grüner Realpolitik. Sie verkörpern auch einen Versuch radikale Vorstellungen jenseits konjunktureller Bewegungen als Widerspruch innerhalb und außerhalb parlamentarischer Institutionen zu formulieren. Und etwas ganz Entscheidendes können wir von den Fundamentalisten lernen: ihre Anstrengungen und Bemühungen unsere Vorstellungen von radikalen Utopien in konkrete und greifbare Konzepte zu übersetzen.

Solange die Fundamentalisten ihre parlamentarische Präsenz als Hemmnis herrschender Politik und nicht als Gleitmittel begreifen, halten wir es für wichtig, nach Möglichkeiten von Zusammenarbeit zu suchen.

7. Unsere Verhaltens- und Lebensweisen haben sich in den letzten Jahren in einer Art autonomer Doppelmoral eingerichtet: Was wir politisch radikal und kompromißlos angreifen, leben wir untereinander manchmal geradezu selbstgefällig aus. — STEIN DES ANSTOSSES ODER GRABSTEIN?

7. Unsere Verhaltens- und Lebensweisen haben sich in den letzten Jahren in einer Art autonomer Doppelmoral eingerichtet: Was wir politisch radikal und kompromißlos angreifen, leben wir untereinander manchmal geradezu selbstgefällig aus. — STEIN DES ANSTOSSES ODER GRABSTEIN?

... Und wenn wir unsere autonome Politik betrachten, dann ist sie doch im klassischen Sinne Männerpolitik. Nicht nur, weil Männer und Mannsbilder darin dominieren, sondern gerade auch deshalb, weil die wenigen Frauen darin, nur dann etwas zu sagen haben, wenn sie sich diesen Strukturen angepaßt haben, d.h: eben oft wenn sie 150%ige männliche Leistungen bringen. Der weibliche Anteil autonomer Politik besteht viel zu oft darin, Wunden männlicher Fighter zu lecken, Anerkennung und Bewunderung zu zollen, und gerade jene Bedürfnisse zu befriedigen, die innerhalb dieser Strukturen nicht gefragt sind. Es bleibt den autonomen Frauen überlassen, unter der harten Schale unseren weichen Kern zu entdecken. In unseren Rhein-Main-Zusammenhängen haben wir einen Punkt ereicht, wo einige Frauen aufgegeben haben, sich gegen diese männlichen Strukturen zu behaupten. Denn es gibt eine typische autonome Form von ,,repressiver Toleranz'': Wir leugnen nicht bestimmte Macho-Strukturen unter uns Männern und gegenüber Frauen, nur wir überlassen es den Frauen, sich damit auseinanderzusetzen. Keine autonome Demo ohne frauenspezifischen Beitrag, keine libertären Tage ohne eine ,,Frauen-Ecke''. Was die Frauenbeauftragte für grüne Realpolitiker ist, ist der autonome Frauenbeitrag für militante Politik. Viele von uns haben keine Angst Bullen anzugreifen, sind aber zu feige, unter uns Männern Kritik zu üben. Das fängt mit dummen aufgeblähten Machosprüchen an, die mit einem kumpelhaften Lächeln verbraten werden, bis hin zu alltäglichen Verhaltensweisen, die stillschweigend hingenommen werden, weil wir Angst vor einer echten Auseinandersetzung haben, die viele scheinbare Männerfreundschaften in Frage stellen würde. So lange wir selbst nicht ein Bedürfnis danach verspüren, unsere Lebens- und Verhaltensweisen radikal zu verändern, bewirkt die Kritik der Frauen bestenfalls eine opportunistische Anpassung (zum Softi) anstatt einer wirklichen Veränderung. Diese Radikalität in unserem Leben verlangen wir nicht (nur), weil wir mit der Kritik der Frauen umgehen wollen. Wir machen uns selbst kaputt, wenn wir in der Leistungs-Mentalität weitermachen. Gerade weil wir bereits seit 15 Jahren in diesen Zusammenhängen stecken, können wir mit Sicherheit sagen, daß gerade die Härtner und Hardcore-Männer (und manche Frauen) es waren und sind, die dem inneren und äusseren Druck nicht mehr standhalten und zerbrachen. Viele von ihnen machten jahrelange knallharte Politik, ohne zu merken, daß sie keine wirklichen Freunde hatten, daß sie inmitten ihrer Kämpfe eigentlich alleine blieben. Bezeichnender Weise finden sich viele ehemalige Hard Core Fighter heute in den klein-bürgerlichsten Verhältnissen wieder.

Ein weiterer zentraler Punkt unseres Alltags scheint sich außerhalb autonomer Politik zu bewegen: *die (Lohn-) Arbeit.* Abgesehen von den Jobber-Inis, scheint die (Lohn-) Arbeit mehr und mehr die Kiste jeder/s einzelnen zu sein. Ob Lehre, Jobs, ,,garantierte'' Arbeit oder alternative Betriebe, jede/r muß alleine schaun, wo er/sie bleibt... Die politische und soziale Bedeutung von selbstbestimmten Lebensbereichen ist geschwunden, oftmals bleibt nur das ökonomische Kalkül: die Kohle. Auf der einen Seite der Rechnung steht die Verantwortung für alle und alles, zähe, zeitaufwendige und nervige Diskussionen, auf der anderen Seite ein mickriger Lohn, der an Selbstausbeutung grenzt. Der politische Anspruch wird vielfach nur noch Dekor knallharter Professionalisierung. Manche Cafes und Kneipen z.B. haben heute mehr Angestellte und Aushilfen als Kollektivmitglieder. Ganz nach dem Prinzip: Hire und Fire (ohne Sozialversicherung, Arbeitsvertrag, Anspruch auf Krankheit und Urlaub). Und nicht wenige von uns treibt die Angst vor diesem Jobberdasein zu neuen Stufen der Qualifizierung. Man/Frau beginnt (noch einmal) eine Lehre, eine neue Ausbildung, oder der Abschluß an der Uni wird wieder mit aller Verbissenheit gesucht. Mögen einige von uns auch ,,das letzte Drittel'' als revolutionäres Potential — neuentdeckt haben, so versuchen viele von uns gerade nicht dazuzugehören, d.h. durch (Nach-)Qualifikation die Chancen auf einen Platz im ,,zweiten Drittel'' zu bewahren...

8. Unsere Strukturen entsprechen dem eines Hobbyclubs, anstatt einer revolutionären Perspektive

... (Die) aktionistische Politik verleitet viele dazu, die Schlachten an Bauzäunen und Projekten wie Perlen zu einer Kette autonomer Erfolge aufzureihen. Und je weniger militante Kämpfe in unserem Alltag stattfinden und Fuß fassen, desto mehr romantisieren wir gerade jene Ereignisse, die aus unserem ätzenden Alltag herausstechen. Diese Mystifizierung des Feuerscheins ist im großen Maße ein Ausdruck fehlender Strukturen und Perspektiven innerhalb unseres Alltags.

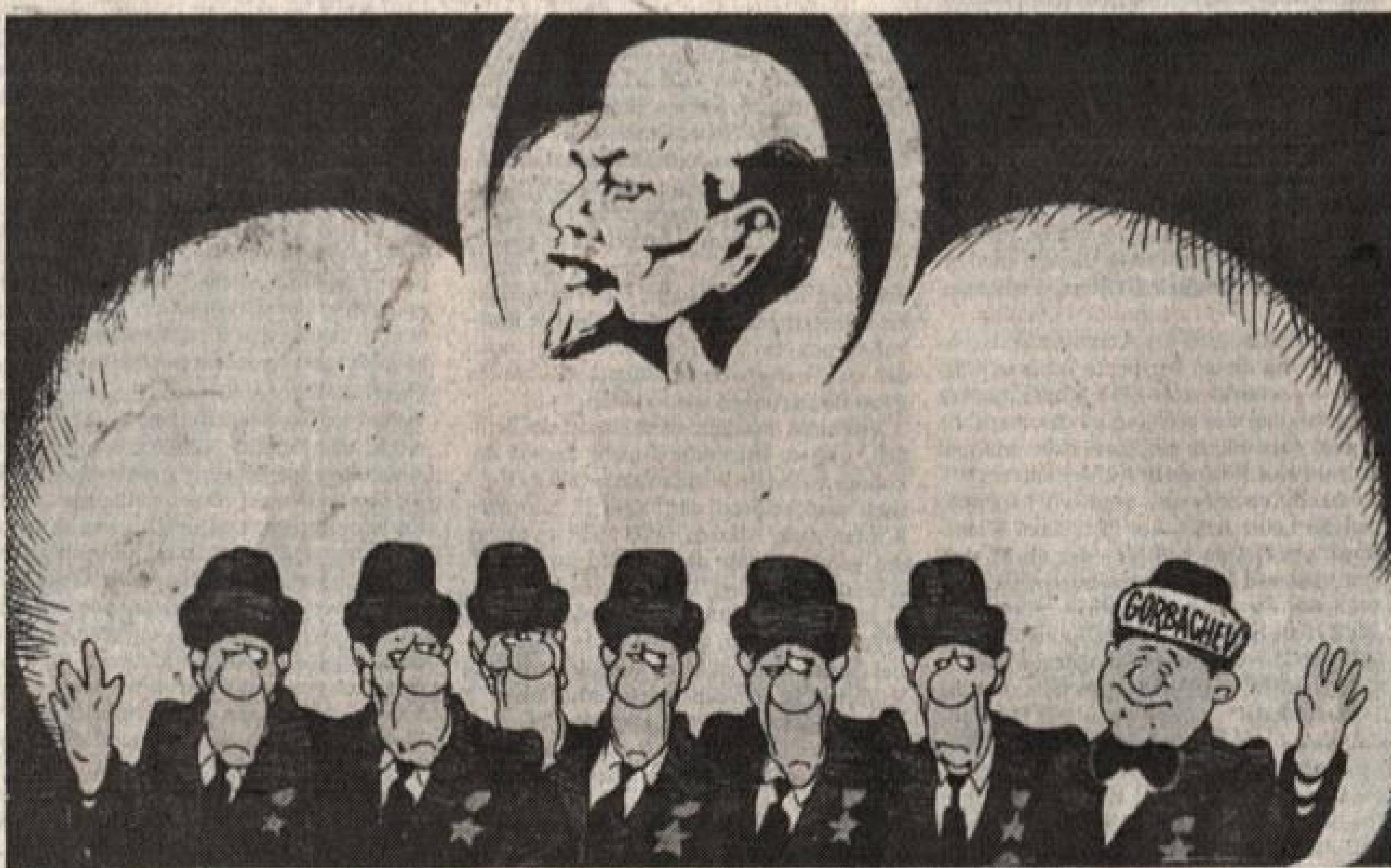
Aus diesen Fehlern zu lernen, hieße für uns, nicht nur — wie bereits vorgeschlagen — Strukturen nach außen aufzubauen, sondern auch Strukturen unter uns zu entwickeln, die sich nicht an sporadischen Anlässen und Kampagnen orientieren, sondern an unserem langfristigen Ziel radikaler ge-

seres Alltags.

Aus diesen Fehlern zu lernen, hieße für uns, nicht nur — wie bereits vorgeschlagen — Strukturen nach außen aufzubauen, sondern auch Strukturen unter uns zu entwickeln, die sich nicht an sporadischen Anlässen und Kampagnen orientieren, sondern an unserem langfristigen Ziel radikaler ge-

sellschaftlicher Veränderungen. So mußten die Günther-Sare-Demos geradezu zwangsläufig im Sande verlaufen, nachdem klar wurde, daß wir nicht in der Lage sind, inhaltlich und praktisch über den eigentlichen Anlaß hinauszukommen. So blieb die Parole: Wut und Trauer in Widerstand verwandeln, auf unseren Transparenten haften, anstatt sich in unserem Handeln umzusetzen. Über den Anlaß hinauszugehen hätte bedeutet, sich langfristig mit den Methoden und Zielen des staatlichen Gewaltapparates auseinanderzusetzen, also gerade dort einzugreifen, wo staatliche Gewalt Alltag ist, in den Polizeirevieren, auf den Kommissariaten, bei der Ausländerpolizei, in den Fahndungsapparaten, im Justiz- und Knastapparat. Es müßte unser Ziel sein, diesem Gewaltapparat eigene, kontinuierliche Strukturen entgegenzusetzen: ihn politisch dort angreifen, wo er am empfindlichsten ist, in seinem Bedürfnis nach Anonymität, ihn praktisch dort zu verunsichern und zu stören, wo er sich am sichersten wähnt, in der Technologisierung von Überwachung und Prävention. Das fängt also bei ,,Bürger beobachten die Polizei''-, Justiz- und Knastgruppen an, bis hin zur kontinuierlichen Gegenobservation (Abhören, Veröffentlichung von Personen und Methoden ziviler Fahndung und Observation) und der Nutzung und Verbreitung der ,,Jugend forscht'' Ergebnisse (Störsender, Funk etc.). Wenn wir die ,,Systemfrage'' nicht nur verbal stellen, sondern auch ernst meinen, dann genügt es eben nicht, erst dann zu handeln, wenn ein Toter auf der Straße liegt. Dann ist es — wieder einmal — zu spät. Dieses Beispiel läßt sich sicherlich auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen.

Für uns ist eine klare, sichtbare und offene Struktur kein Hindernis, sondern Voraussetzung für militanten Widerstand. Wenn wir militanten Widerstand nicht an Kleingruppen delegieren wollen, dann müssen wir Strukturen schaffen, in denen es möglich ist, offen darüber zu streiten und zu diskutieren. Dann müssen wir Orte und Bedingungen schaffen, wo gerade jene uns treffen können, die eben nicht durch persönliche Beziehungen oder Zufall in unsere Zusammenhänge geraten sind. ,,Militanter Widerstand ist möglich'' bedeutet gerade auch, ihm — soweit möglich — das Geheimnisvolle zu nehmen, Bedingungen schaffen, aus denen heraus er massenhaft möglich ist. Eine breite Basis — die sich nicht in spekulativer Zustimmung, sondern in wachsender Teilnahme ausdrückt — ist der beste Schutz für militanten Widerstand.



San Francisco Chronicle

Gorbatschow als Kronzeuge für das eigene Brett vorm Kopf

Es ist schon witzig, als notorischer Nichtideologe plötzlich zum etwas verknöcherten Dogmatiker alten Denkens zu avancieren. Anlaß für diesen erstaunlichen Wandel ist kein geringerer als der Generalsekretär der KPdSU, genauer: die hoffnungsschwangere Auseinandersetzung hier über das Neue Denken drüben.

Um es gleich vorneweg zu sagen: für meinen Geschmack wird in Sachen Gorbi viel im Trüben gefischt. Es werden reihum große Einschätzungen über das „Neue Denken" abgegeben, ohne das Alte recht verstanden zu haben. Aus jeder Zeile springt einem ungläubige Faszination drüber entgegen, daß die verknöcherte KPdSU einen so westlich wendigen Politiker hervorzubringen vermochte. Etwas verschämt zeigt sich dann auch ein im Stillen lange vor sich hin modernder Antikommunis, der sich ausgerechnet an dem Punkt selbst eines besseren belehrt, der jedem/r Linken halbwegs peinlich wäre, daß nämlich alle Welt, selbst der hartgesottene Typus des Imperialisten mit Glanz in den Augen von ihm zu reden scheint, womit der Gute der Friedensbewegung einiges voraus hat. Und schließlich wird bedenkenlos politische Vernunft zerstört, indem eigene, in der Regel leider nun mal glanzlose und bittere Erfahrungen gegen eine zwar verständliche, aber sachlich in dem Maße nicht gerechtfertigte Euphorie eingetauscht werden.

Politische Utopie oder Illusion?

Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht mir nicht darum, die Kraft politischer Utopien zu leugnen. Im Gegenteil: der Linken mangelt es sehr daran, und es gibt eine verhängnisvolle Bereitschaft, Utopien schon im Keim mit einem schnöden Pragmatismus zu ersticken, um nachher ja nicht der Frust-Organisation gescholten zu werden. Jener vulgäre Pragmatismus ist — nebenbei bemerkt — ja auch nichts weiter als ein klassisches Produkt west-
den. Jener vulgäre Pragmatismus ist — nebenbei bemerkt — ja auch nichts weiter als ein klassisches Produkt west-
licher Erziehung insofern, als daß jene die schnelle Verwirklichung von Utopien im Sinne einer Käuflichkeit vorgaukelt, um die großen Träume der Menschheit ihrer Kraft zu berauben und sie damit zu zerstören, denn diese gibt's nun mal nicht gegen Geld.

Also: nichts gegen Utopien, aber sie sollen von Illusionen unterschieden werden. Und Illusionen unterscheiden sich von Utopien dadurch, daß sie den Verstand benebeln. Bevor ich zur Sache komme, im Sinne dieser Unterscheidung noch eine Klarstellung: die folgenden Abschnitte handeln nicht von dem „Neuen Denken" in der KPdSU, sondern von deren Rezeption hier im Westen, insbesondere in der Friedensbewegung. Ich will also nicht an Gorbi rumnörgeln, sondern ein paar Gedanken für unseren eigenen Gebrauch schärfen. Das auch nicht nur deshalb, weil ich es für verfrüht halte, Einschätzungen über die Tendenzen in der Sowjetunion zu formulieren. Derartige Versuche sollten sich übrigens auch stärker den Diskussionen und der Beschlußlage der KPdSU als der — wenn auch im Vergleich zu Breshnew ergiebigeren — Person Gorbatschows widmen. Leitende Fragestellungen könnten dabei etwa sein: Was unterscheidet denn wirklich die Politik der friedlichen Koexistenz von der des „Neuen Denkens"? Was ist der substantielle Unterschied zwischen den vielfältigen Reformansätzen früherer Parteitage und der der neuen Umgestaltung? Nach meinem Wissensstand würden solche Untersuchungen zu vorsichtigeren Formulierungen führen als sie jetzt vielfach mit heißer Feder zu Papier gebracht werden. (vgl.z.B. dazu die sehr hilfreiche Untersuchung Jörg Huffschmids zu „Gorbatschows Wirtschaftsreform" in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/87, S. 73ff).

„Weltvernunft"

Für mindestens genauso wichtig und im Moment präziser zu beantworten scheint mir die Frage nach der Bedeutung der sowjetischen Initiativen bzw. ihrer Propaganda für die westdeutsche Linke.

Nehmen wir mal an — auch wenn dafür zur Zeit wenig spricht — der Appell der KPdSU an die Weltvernunft in Sachen Frieden, Hunger und Ökologie würde bei den Herrschenden in der kapitalistischen Welt fruchten. Und nehmen wir mal an, wofür dann auch schon mehr spräche, er ist auch tatsächlich ernst gemeint und es käme zu einer echten Entspannung an allen genannten Fronten — was würde das für die Linke hier bedeuten? Fangen wir dann auch an, an eine Weltvernunft zu glauben, sie als ein von Klasseninteressen freies, gewissermaßen in der Seele der Menschheit vagabundierendes, nun aber konkret gebundenes Gewissen zu verstehen? Eine — wirklich! — schöne Utopie, aber faktisch doch eher eine Illusion. Ihr nachzugehen würde eine Revision marxistisch-lenistischen Weltverständnisses bedeuten, was an sich ja noch nicht schlimm wäre, würde der Lauf der Geschichte einer solchen Revision Recht geben. Doch dafür spricht rein gar nichts. Im Gegenteil: es möchte so scheinen, als ob die sowjetische Propaganda zu nichts anderem als zu der Beweisführung dafür angetreten ist, daß die geforderte Weltvernunft eben nicht mit kapitalistischer Logik und Logistik vereinbar ist. In der vielfach zu beobachtenden Verwirrung über den netten Russen ist momentan doch allein Verlaß auf die „Falken". Sie warnen „wider den Rauch der Null-Lösung" oder „Zu schnell für Freund und Feind"(Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt); keine Unterstellung ist zu plump, keine Antwort auf Gorbi zu demagogisch: der Westen will die kalkulierbare Konfrontation und bestätigt so auf seine Weise den Realismus des heute allzu schnell diffamierten alten Denkens. Und wo seine Strategen etwas geschickter sind, da treffen sich die „Falken" vom Typ Perle mit den „Tauben" vom Typ Genscher und versichern, daß ein Eingehen auf die Null-lösung ein ganz einträgliches Geschäft sein kann: materiell schadet's dem westlichen militärischen Kalkül keineswegs, wogegen der politische Nutzen als ziemlich groß veranschlagt wird.

Im reformistischen Lager, auf das nach eigenem Bekunden die KPdSU mit ihrer Offensive zielt, herrscht eitel Freude, könne sich doch die Realpolitiker um Helmut Schmidt bestätigt sehen. Sie bleiben ihrer verlogenen Propaganda von 1979 treu und interpretieren die Öffnung der Sowjetunion und die angebotenen Abrüstungsvorschläge als Erfolg der eigenen „Nachrüstungs"politik. Nicht schlecht soweit und mit simpler Logik nicht zu widerlegen. Denn wer mag von diesen Realpolitikern schon glauben, daß „Neues Denken" kraft freier Einsicht Einzug in ihre Köpfe hält — dazu noch im Mutterland des Kommunismus?

Die wahren Reformisten in der SPD, seit neuestem ihrer Leitfigur beraubt, vollziehen freudig die Vorordnung der Friedens- vor der Klassenfrage nach. Kein wunder, bedeutet das doch auf den ersten Blick, von der Verstrickung der SPD in das westliche System, von ihrem Part am wirtschaftlichen, militärischen und ökologischen Hier und Jetzt abzusehen. So läßt es sich leicht für den Frieden kämpfen: Koalitionäre der Vernunft registrieren erregt, daß ein Christians von der Deutschen Bank aus seinem Herzen keine Mördergrube macht und Gorbi in einem Spiegel-Gespräch alles Gute wünscht. Natürlich geschieht das mit einem kräftigen Schuß Antikommunismus: der Generalsekretär als der Bändiger des russischen Bären, als der Supermann, der die gefährlichen Russen durch Konvergenz (Annäherung) gegenüber dem Westen befreit. Aber auf solche Feinheiten kommt es angesichts der Friedensfrage nicht mehr an, — im Gegenteil: die jüngste Entwicklung der KPdSU wird bis tief in linke Kreise hinein (s. dazu die Aufstellung im letzten AK) nicht als Symphatiewerbung für den Sozialismus, sondern eher im Sinne dieser Konvergenztheorie rezipiert.

Für diese Kreise — und das ist ein Großteil der Friedensbewegung — ist im Grunde weniger Gorbatschow oder die Tatsache, daß der Sozialismus auch für sie selbst interessanter, attraktiver wird, Hoffnungsträger, sondern die Tatsache, daß Gorbi ihnen eines voraus hat, daß er sich nämlich scheinbar das Herz seiner Gegner erschlossen hat. Daß das auch die erklärten Gegner der Friedensbewegung sind, das macht diese Euphorie so brisant. Denn Gorbatschow wird so gewissermaßen zum Kronzeugen des Brettes vorm eigenen Kopf, und spätestens hier muß im Interesse einer gerechten Würdigung der KPdSU gesagt werden: das hat mit Gorbi, mit der KPdSU nichts mehr zu tun. Die Erfolgsaussichten der sowjetischen Initiativen werden von ihren Kündern weit pessimistischer und damit realistischer beurteilt (vgl. dazu das Interview, das der Generaloberst der sowjetischen Armee, Nikolai Tscherwow der „UZ" gegeben hat, ebd., 1.4.87).

Ein zweiter Aspekt dazu noch: Die westdeutsche Rezeption des „Neuen Denkens" im Sinne einer Konvergenztheorie verleitet dazu, die Gründe des Scheiterns der Friedensbewegung weniger bei uns und vielmehr im Phantasiemangel der Herrschenden in Ost und West zu suchen. Wenn J. Gottschlich in der „taz" vom 16.4. schreibt: „Die früher gegenüber der UdSSR beklagte Systemsenilität gilt nun umgekehrt für den Westen", so reduziert er seine Überlegungen zur Hochrüstng auf die Betrachtung von Sekundärtugenden. Gewiß will ich die Kraft neuer Denkansätze nicht leugnen, aber daß die westlichen Entscheidungen über militärpolitische Strategien nicht in geistesgeschichtlichen Kategorien, sondern in denen geopolitischen Herrschaftsdenkens gefällt werden, gehört doch zu den eindeutigsten, wenn auch bittersten Lehren aus dem materiellen Scheitern der Friedensbewegung. Es wäre fatal, würden wir heute diese Lehre ignorieren, indem wir ihre Widerlegung an die KPdSU delegieren. Mit anderen Worten: nicht an den „Betonköpfen" in Ost und West, sondern an der Stärke der imperialistischen Staaten ist die Friedensbewegung gescheitert. Nur wer diese Erfahrung beharrlich ignoriert und von den realen Machtverhältnissen in der Welt im allgemeinen und in der BRD im besonderen absieht, kann seine Hoffnung auf Abrüstung auf die Aufweichung des Betons der UdSSR setzen. Dann spräche wahrlich nichts mehr dagegen, hier den militärisch-industriellen Komplex, Air-land-Battle 2000, Rüstungsexporte, Deutsche Bank usw. usf. möglichst schnell zu vergessen und stattdessen an die vielbemühte Menschheitsvernunft der Imperialisten zu appellieren.

Friedliche Koexistenz — Form des Klassenkampfes

Einen Aspekt des „Neuen Denkens" will ich noch besonders hervorheben. Es ist offensichtlich, daß die außenpolitischen Neuansätze auf einer veränderten Sichtweise der geopolitischen Situation beruhen. Das „Nebeneinander von Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen" ließ bereits Lenin eine „Politik der Atempause" entwickeln, Gromyko formulierte 1956 daraus das Konzept der „friedlichen Koexistenz". Beide Ansätze trugen dem banalen status quo eines starken Sozialismus und eines stärkeren Imperialismus Rechnung. Beide Ansätze verstanden sich selbst aber als spezifische Formen des Klassenkampfes insofern, als daß Friedensphasen die Entwicklungsbedingungen des Sozialismus entscheidend verbessern, im Gegensatz zum Imperialismus. Das Neue Denken nimmt von diesem Grundverständnis in entscheidenden Punkten Abstand. Es sieht das Nebeneinander unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen nicht lediglich als „kriegslosen Zustand" an, sondern als eine „internationale Ordnung, in der nicht militärische Stärke", sondern Kooperationsbestrebungen herrschen, die zur „Lösung der globalen Probleme der Menschheit durch eine kollektive Anstrengung aller Staaten" (Programm der KPdSU, 1986) beitragen sollen.

Denkt man an die ökologischen Probleme, an die todbringende Unterentwicklung der „Dritten Welt", so ist das natürlich „vernünftig". Speziell jedoch die Ausklammerung der „Dritte-Welt"-Probleme aus dem Antagonismus von Sozialismus und Imperialismus in diesen Formulierungen versteht sich auch als pessimistische Revision eines Geschichtsverständnisses, demzufolge die Völker der „Dritten Welt" zwangsläufig dem Imperialismus den Rücken kehren werden. In dieser Revision spiegelt sich — mit gewissem Recht — der offensichtliche Erfolg westlicher Wirtschaftsmacht. Selbst das Kernland Mosambique mußte zum IWF gehen, nachdem der Comecon einen Aufnahmeantrag mangels eigener wirtschaftlicher Potenz ablehnte. Mag diese Revision aus der Sicht der SU pragmatisch auch naheliegen, so bedeutet das noch lange nicht, daß wir sie als sachlich angemessen auch für uns übernehmen müssen. Sowjetische Diplomatie gegenüber Regierungen der südlichen Hemisphäre ist halt etwas anderes als internationale Solidarität mit den entsprechenden Völkern, muß es wohl auch sein, versteht man die US-amerikanischen Angriffe auf Grenada, Libyen und Nicaragua ebenso wie die westliche Diplomatie gegenüber den südafrikanischen Angriffen auf die Frontstaaten recht. Es wäre jedoch nicht gut, wenn dieser in gewisser Logik „vernünftige" Ansatz sowjetischer Außenpolitik zu schnell Einzug in unsere Köpfe erhält. Denn mögen die westlichen Staaten in neokolonialistischer Manier zwar zunehmend Einfluß auf die Regierungen ihrer ehemaligen Kolonien ausüben, die Kämpfe der Völker dagegen sind nicht ausgeblieben. Für uns — von diplomatischen Rücksichtnahmen weitgehend entbunden — sollten diese Kämpfe maßgebender sein als der allzuoft erzwungene Kotau der betreffenden Regierungen vor dem IWF. Was in diesen Zeilen noch arg theoretisch klingt, mag sich jede/r an Beispielen vor Augen führen: ist es unsere Aufgabe, den Gang Mosambiques nach Nkomatie oder den Zimbabwes zum IWF ideologisch nachzuvollziehen? Wem nützt das? Der Vernunft sicher nicht! Internationale Kooperation kann für die Außenpolitik eines sozialistischen Staates etwas ganz anderes bedeuten als für Solidaritätsbewegungen. Beides kann auf das gleiche zielen, muß es aber nicht. (Damit ist übrigens ein Konflikt umschrieben, der in der Geschichte der Komintern mehrfach durchbuchstabiert werden mußte.) Zu-
Konflikt umschrieben, der in der Geschichte der Komintern mehrfach durchbuchstabiert werden mußte.) Zu-
mindest aber sollten wir uns die Mühe machen, sowjetische Außenpolitik richtig verstehen zu lernen, bevor wir allzu platt in die Hochstimmung friedlicher Koexistenz verfallen und damit die eigene Resignation ideologisieren.

Chance für die sozialistische Linke

Schließlich und letztlich: Ist mit all dem behauptet, daß Gorbatschow für uns kein Thema sei? Keineswegs! Man stelle sich bloß mal vor, irgendwann käme heraus, der gute Gorbi habe seine Angebote an den Westen und seine Reden nur aus einem einzigen Grunde ausgedacht, nämlich um der Linken hier das Leben etwas leichter zu machen. Geschafft hätte er das: Laut „Stern" traut die westdeutsche Bevölkerung Gorbatschow mehr Friedensfähigkeit zu als Reagan, mensch wird in diesen Monaten nur noch selten „nach drüben" geschickt, und so recht wird sich zur Zeit auch keine Bombenstimmung gegen die SU einstellen: wo sich was bewegt, mag niemand stören, jedenfalls nicht mit Bomben. Das alles mag zwar nicht vom Sessel hauen, aber denken wir mal an die lange und blutige antikommunistische Tradition in Deutschland, an die Springer-verseuchte Meinungsbildung, dann führt doch kein redlicher Weg an der Tatsache vorbei, daß die Meinungsführerschaft in Sachen Sozialismus nicht mehr eindeutig und ausschließlich in der Hand der Rechten liegt. Die darin liegende Chance gerade für die sozialistische Linke ist bislang kaum genutzt worden: Die Grünen appellieren an Reagan und Kohl, sie sollen doch jetzt vernünftig werden; die DKP hat gar Plakate mit dem Konterfei ihres großen Vorsitzenden gedruckt und hofft, Anpassungsschwierigkeiten ihrer Mitglieder an das „ Neue Denken" in gut einem halben Jahr überwunden zu haben. Andere diskutieren, ob Gorbatschow nun Eurokommunist, Leninist oder gar Maoist sei.

Die zumindest theoretisch vorhandene Chance auf das, was ich oben als linke Meinungsführerschaft bezeichnet habe, ist damit jedoch nicht genutzt. Die Zeichen für die politische Utopie Sozialismus (und von dieser dann natürlich auch zur Wissenschaft ...) stehen heute besser als in den vergangenen Jahren. Die Linke täte gut daran, sie zu erkennen und damit Themen zu besetzen, bevor das andere tun. Vielleicht ist Gorbi ja wirklich so weitsichtig und meint eher uns als die imperialistischen Desperados, wenn er zur Umgestaltung aufruft.

theo, Hamburg

Sozialistische Demokratie
oder
stalinistische Diktatur

— Eine Antwort auf Gerd Eggeling —

Die Diskussion um die Einschätzung der sowjetischen perestroika (Umgestaltung) ist nun auch im KB entbrannt. Mein letzter Artikel (AK 280: Lernen von Gorbatschow?) hat für Zündstoff gesorgt. Ob die perestroika eine *„Annäherung an den Sozialismus"* darstellt, bezweifelt die AK-Redaktion, ohne diese Einschätzung irgendwie zu begründen (AK 281, S. 34). Gerd Eggeling dagegen sieht in der perestroika eine Realisierung des Marxismus-Leninismus (ML) und plädiert für kritische Identifikation mit der KPdSU (ebd., S.33/34). Jürgen und Marny aus Stuttgart begreifen die perestroika als einen Versuch von historischer Dimension, Sozialismus und Demokratie zu vereinen. Sie vergleichen die Bedeutung der perestroika mit der Chinesischen Kulturrevolution Ende der 60er Jahre (ebd., S.34/35). fo. verlangt eine nähere Untersuchung, ob die *„verkrusteten Produktionsverhältnisse"* aufgebrochen werden und f. erklärt an meine Adresse, *„Aufklärung tut not"*, ob ein *„neues Zeitalter der Vernunft"* beginnt (beides ebd., S. 32).

Aus alledem kann man eines mit Sicherheit schließen: Seit Mitte der 70er Jahre gab es kein Thema, daß alle Grundfragen der Neuen Linken so bündelte, wie es jetzt die sowjetische Umgestaltung tut.

Was macht die perestroika attraktiv?

Der bisherige Sozialismus hat die Marxschen Hoffnungen in das Proletariat und den Sozialismus stets bitter betrogen. Auf der einen Seite ein bürokratischer Sozialdemokratismus, der bestenfalls die sozialen Belange der Lohnarbeiter verteidigte und in allen historischen Bewährungsproben jämmerlich versagte. Auf der anderen Sei-
trogen. Auf der einen Seite ein bürokratischer Sozialdemokratismus, der bestenfalls die sozialen Belange der Lohnarbeiter verteidigte und in allen historischen Bewährungsproben jämmerlich versagte. Auf der anderen Sei-
te ein Realer Sozialismus, der *„allgemeine Selbstbefreiung"* (Marx) mit der Diktatur des Politbüros verwechselte und als Stalinismus die Ideale der Freiheit im Blut ertränkte. Der Stalinismus und die ihm folgenden Verhältnis se in der Sowjetunion haben allen demokratischen Bestrebungen der Kommunisten im Westen jede Glaubwürdigkeit genommen. (vergl. das Interview mit W.F. Haug im AK 280).

Dann die Chinesische Kulturrevolution und die Hoffnung, endlich würde ein demokratischer Sozialismus entstehen, also ein Sozialismus, der empirisch beweist, daß Sozialismus mehr Freiheit als der Kapitalismus realisieren kann. Sie scheiterte auf ganzer Linie. Einen praktischen Beweis, daß der sog. Mao ismus dem SU-Kommunismus überlegen wäre, lieferte sie jedenfalls nicht. Dafür lieferte sie jedoch eine *„Revisionismus-Kritik"*, die ausgerechnet Stalin gegen die Moskauer *„Renegaten"* in Schutz nahm und damit ebenso wie die KPdSU unter Chruschtschow die nötige Aufarbeitung des Stalinismus verhinderte.

Somit schien Mitte der 70er Jahre der Sozialismus passé zu sein. Die westeuropäischen KPen versuchten dem Verdacht des Stalinismus durch Sozialdemokratisierung zu entgehen (Stichwort: Eurokommunismus), China ging den *„revisionistischen"* Weg und die KPdSU hatte soviel Dynamik wie eine in Bernstein gegossene Fliege. Die Zeiten der Ml-Bewegung waren vorbei und der Zeitgeist berief sich auf die Krise des Marxismus.

Und nun die perestroika! Die SU bewegt sich, die KPdSU-Führung (oder genauer: ihre Mehrheit!) wagt den ersten ernsthaften Angriff auf den Stalinismus. Es kommt Bewegung in die Geschichte, die nach Meinung vieler Linker nur noch die Alternative zwischen Stagnation und Weltkrieg zu bieten hatte. Der Sozialismus gewinnt an Attraktivität zurück und zwar rasant. Woran liegt das?

Mehr Fleisch für das Volk, mehr Wohnungen und mehr Autos — das alles wurde schon so oft versprochen. Das ist langweilig und nicht der Grund der Begeisterung. Aber Demokratie, persönliche Freiheit, Abbau von Bürokratie und Bevormundung — das sind im Realen Sozialismus neue Töne. Und das sind gute Töne. In der Programmatik der neuen KPdSU-Führung deutet sich eine Alternative zum Kapitalismus an, die nicht von einer Sekte, sondern von den Inhabern der Macht projektiert wird; die zwar keine Garantie, aber doch immerhin die Chance hat, gesellschaftlich etwas zu bewegen. Dies ist der Grund der Begeisterung bei den Linken.

Der Grund bei den Rechten ist die völlig idiotische Annahme bspw. eines Theo Sommers, die perestroika ließe sich nutzen, um die Überlegenheit der kapitalistischen Republiken zu beweisen und werde diese stabilisieren. Mitnichten! Nicht allein, daß das klassische Feindbild des Westens schwer demontiert wird, sondern die Begeisterung für die perestroika ist auch Resultat der Staatsverdrossenheit hierzulande. Indem Gorbatschow aus veralteten und verkrusteten Strukturen ausbricht, beweist er, daß Politiker durchaus gesellschaftliche Erfordernisse erkennen können und keineswegs gezwungen sind, stur und einfallslos konservatives Stroh zu dreschen. Die Lobhudeleien auf Gorbatschow sind gleichzeitig Spottgesang auf die Charaktermasken des niederen Durchschnittes, ob sie nun Reagan, Thatcher, Mitterand oder Kohl heißen.

Für die Linke aber ist die perestroika viel mehr, weil sie eine umfassende sozialistische Erneuerung beginnt, weil sie Dinge ausspricht, die die realkommunistische Diskussion bislang sorgsam vermied, und vor allem: weil sie seit langem die erste große sozialistische Diskussion ist, die praktische, gesellschaftliche Relevanz hat, deren Wahrheitsgehalt daher auch empirisch überprüfbar wird. Kein Wunder, daß der Kampf um die Beschlagnahmung der perestroika zu Legitimationszwekken voll entbrannt ist. Was in diesem Kampf alles zum Vorschein kommt, ist erstaunlich und beschämend zugleich.

Mit Gorbatschow in die 20er Jahre?

Mit Gorbatschow in die 20er Jahre?

Nach lange vergangenen Zeiten klingen Passagen aus dem Artikel von Gerd im letzten AK. Im April 1987 glaubt man die *„Rote Fahne"* der Weimarer Republik vor sich zu haben, wenn man liest:

„Die KPdSU ist die Garantin der revolutionären Entwicklung in der Sowjetunion. Sie arbeitet auf der prinzipiell richtigen Grundlage des Marxismus- Leninismus" (S.33). Hoppla, denkt da der Gorbatschow-Fan. Da stimmt doch was nicht. Gorbatschow hat doch erst neulich behauptet, die Gesellschaftswissenschaften und mithin auch der ML in der UdSSR seien weitgehend auf dem Niveau der 30er und 40er Jahre. Und ist nicht der ML der KPdSU bislang genau der ML von Stalin? Der ML, der mit dem schrecklichen Aufsatz *„Über dialektischen und historischen Materialismus"* von 1938 seine Systematisierung fand? Und das ist alles *„prinzipiell richtig"*? Merkwürdig, merkwürdig.

Nein, gar nicht merkwürdig. Denn der selbe Artikel votiert ja auch mit klassisch stalinistischen Argumenten für das politische Monopol der KPdSU, weil sich ja jede weitere Partei neben der KPdSU *„zwangsläufig antikommunistisch profilieren"* müßte. Zwangsläufig! Soso. Das Argument, neben der KP könne es ja überhaupt nur antikommunistische Kräfte geben, die deshalb *„zwangsläufig"* zur *„fünften Kolonne des Imperialismus"* werden (Gerd, S.33) — doch das steht da so! Dieses Argument dient seit Stalins Zeiten der Unterdrückung anderer Sozialisten und ihrer Organisationen.

Gerd tut gerade so, als sei die KPdSU nunmehr die reine, gute kommunistische Partei, Inkorporation aller sozialistischen Ideale und somit Hort von Freiheit und Revolution. Tatsächlich jedoch tobt in der KPdSU der Kampf der Fraktionen und es ist noch keineswegs sicher, wer ihn gewinnt.

Der sozialistische Konservatismus

In der Sowjetunion selber werden, und das ist nun wirklich neu, die Widersprüche in der Partei nicht verheimlicht. Einer der einflußreichsten Protagonisten der Umgestaltung, Alexander Bowin, griff das Wort Salygins auf, in der SU gebe es einen *„hausgemachten bürokratischen sowjetischen sozialistischen Konservatismus"* (Die Reserve Gedächnis; vollständiger Nachdruck in der FR vom 7. März 87). Bowin warnt vor den Konservativen: *„DIE haben die Hoffnung nicht aufgegeben, UNS zu begraben"*. Das Wort *„Fraktion"* nimmt niemand in den Mund, aber das DIE und das WIR klingt bei Bowin ganz eindeutig. Bowin beklagt die noch immer große *„Spanne zwischen Worten und Taten"* und erklärt ganz ungeschminkt: *„Das Gerede von Umgestaltung und Beschleunigung dient häufig dazu, das Fehlen der einen wie der anderen zu verdecken"*. Weiterhin heißt es dann bei Bowin, nachdem er darauf verwies, wieviele Reformen in der SU scheiterten:

„Damit die jetzige Umgestaltung ein Erfolg wird, müssen wir unser Gedächtnis mobilisieren und die Gründe erforschen, aus denen die Umgestaltungen von 1956 und 1965 mit einer Schlappe endete". Bowin sieht den Hauptgrund in der Inkonsequenz, die zur Festung wurde, *„in der sich die Gegner aller Umgestaltungen zur Rundumverteidigung verschanzen"* konnten.

Wer hat nun recht, Gerd oder Alexander Bowin? Es bedarf wohl keiner allzu langen Beweise, daß Bowin recht hat und daß der neue Kurs der KPdSU noch keineswegs unerschütterlich ist. Und darum hat Gerd auch unrecht, wenn er schreibt:

„Das ‚politische Monopol' der KPdSU, das jb in seinem Artikel problematisiert, besteht im Zuge der zweiten Revolution in der SU nicht mehr als Hemmschuh der gesellschaftlichen Entwicklung". Die DKP hätte das nicht schöner formulieren können. Und damit zurück zu Gerds Fragestellung *„Sozialistische Selbstverwaltung statt bürgerlichem Pluralismus"*.

Pluralismus und sozialistische Demokratie

Pluralismus und sozialistische Demokratie

Man macht sich die Sache entschieden zu einfach, wenn man die sozialistische Selbstverwaltung gegen den *„bürgerlichen"* Pluralismus ausspielt und damit das Parteienmonopol der KP begründet. Die Selbstverwaltung ist ohne Frage eine wichtige Form der Demokratie. Aber sie betrifft schon von der Sache her sehr begrenzte Angelegenheiten (des Betriebes, des Wohnviertels etc.). Treffen nun die Delegierten der Sowjets auf der Staatsebene zusammen, geht es dagegen um die Grundrichtung der staatlichen Politik, also um unterschiedliche politische Konzeptionen. Sowie mehrere Delegierte sich auf eine Plattform einigen, bilden sie **de facto** eine parteiähnliche Formation, weil sie beanspruchen, eine von anderen Konzeptionen zu unterscheidende Realisierung der gesellschaftlichen Interessen zu vertreten. Genau da liegt das strukturelle Problem der Kombination Parteimonopol plus Selbstverwaltung.

Entweder die Selbstverwaltungsorgane bestellen Deputierte, die in den lokalen Fragen kompetent sind und die ihre **besonderen** Interessen geltend machen sollen.Dann formuliert nur die Partei allgemeine Ziele und hat ein politisches Monopol. Oder aber sie bestellen Delegierte, um eine bestimmte Gesamtpolitik durchzusetzen. Das Parteimonopol führt aber dazu, daß nur **eine** Gesamtkonzeption organisiert vertreten werden kann und deshalb schläft die politische Diskussion ein. Kurzum: Die Selbstverwaltung ersetzt keineswegs parteiähnliche Formationen, sie ersetzt keineswegs die politische Diskussion um die gesamtgesellschaftliche Politik, die sich im Staat manifestiert. Dies gilt zumindest solange, wie es erhebliche soziale Unterschiede gibt, ob diese nun aus der Arbeitsteilung oder aus politischen Privilegien herrühren. *„Diktatur des Proletariats"* kann, wenn sie nicht Diktatur über das Volk sein soll, nur die gemeinsame Herrschaft aller werktätigen Schichten sein, aber keineswegs die ausschließliche Herrschaft des Industrieproletariats.

Wenn man in der Politik die Vertretung sozialer Interessen sieht (oder eingeschränkter: die von sozialen Interessen überformte Vertretung gesellschaftlicher Interessen) und wenn es weiterhin im Sozialismus soziale Unterschiede gibt, dann gibt es keinen vernünftigen Grund gegen einen Parteienpluralismus. (Was, nebenbei, nicht die Zulassung militant antikommunistischer Parteien bedeuten muß). Denn wer, wenn nicht die politischen Vertreter der unterschiedlichen Schichten, soll ein Bündnis der werktätigen Schichten schließen? Und wie, wenn nicht über Wahlen sollen die Menschen entscheiden können, welche Partei **ihre** jeweiligen Interessen vertritt?

Es waren doch die Stalinisten, die behaupteten, die KP sei bereits Partei des ganzen Volkes, weil die sozialen Unterschiede so gut wie verschwunden seien. Wer den Unfug zurecht ablehnt, muß entweder Parteienpluralismus zulassen oder eben einem Großteil des Volkes die politische Artikulation verweigern. Oder aber annehmen, daß ein unddieselbe Partei ganz unterschiedliche soziale Interessen gleichzeitig gleichwertig vertreten kann, was offenkundig nicht klappt. Der *„bürgerliche"* Parlamentarismus ist nicht deshalb schlecht und kapitalistisch, weil es allgemeine Wahlen und mehrere Parteien gibt, sondern weil die soziale Macht des Kapitals größer ist als die des Parlaments. Diese Macht zu brechen, um wirkliche Repräsentation zu ermöglichen, das war das Ziel des Sowjetmodells. Der Fehler der Sowjetidee war es jedoch, die Politik auf reine Verwaltung zu reduzieren und die Selbstverwaltung der Parteiendemokratie entgegenzusetzen statt sie zu verbinden.

Eine naive Illusion

Es soll hier nicht um eine Gesamtbewertung der politischen Theorien Lenins gehen, sondern nur um den Aspekt der **Ersetzung** des Parlaments und der direkten Wahlen durch Sowjetdemokratie und aufsteigende Deputation. Die These Lenins von der Überlegenheit der Sowjetdemokratie basierte auf einer zentralen Prämisse, die sich als naive Illusion herausstellte. Lenin behauptete 1917 allen Ernstes folgendes:
Überlegenheit der Sowjetdemokratie basierte auf einer zentralen Prämisse, die sich als naive Illusion herausstellte. Lenin behauptete 1917 allen Ernstes folgendes:

„Die kapitalistische Kultur hat die Großproduktion, hat Fabriken, Eisenbahnen, Post, Telefon u.a. geschaffen, und auf dieser Basis sind die meisten Funktionen der alten ‚Staatsmacht' so vereinfacht worden und können auf so einfache Operationen der Registrierung, Buchung und Kontrolle zurückgeführt werden, daß diese Funktionen alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, ausüben können" (Staat und Revolution, Werke Bd.25, S.433).

Wenn man sich überlegt, wieviel Wissen und wieviel Kompetenz notwendig sind, um allein die Einzelposten eines mittleren Stadtetats gegeneinander abwägen zu können, wird schon klar, wie naiv die zitierte Prämisse ist. Wenn man dann weiter bedenkt, welches Wissen notwendig ist, um einen Wirtschaftsplan für 200 bis 300 Millionen Sowjetbürger zu erstellen, wird das noch klarer. Und wenn man dann die Notwendigkeiten ökologischer Planung hinzudenkt, dann wird endgültig klar, daß sich die Funktionen des sozialistischen Staates auf absehbare Zeit keineswegs auf *„einfache Operationen"* reduzieren lassen, sondern daß diese ganz im Gegenteil beträchtlich komplizierter und umfangreicher werden.

Die Gefahr einer etatistischen Entwicklung des Sozialismus hat also ganz materielle Gründe, die in der realen gesellschaftlichen Funktion eines Staates liegen, der weit mehr als jeder kapitalistische Staat gesellschaftsgestaltende Funktionen übernehmen muß. So sprach denn ja auch Lenin davon, man müsse zunächst, „die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post organisieren" (ebd., S.440), d.h. die *„gesellschaftliche Wirtschaftsführung"* übernehmen, die sich in Gestalt des *„staatskapitalistischen Monopols"* herausgebildet hätte (ebd., S.439). Es wurden in der UdSSR nicht nur Großteile des alten Staatsapparates übernommen, sondern noch weitere spezialisierte Staatsapparate geschaffen. Mit anderen Worten: Selbstverwaltungsorgane wie die Sowjets **ersetzen** nicht einen zentralisierten Staatsapparat, sondern sie sind erstens Organe kommunaler und betrieblicher Selbstverwaltung und zweitens (dem Modell nach) Organe, um den zentralisierten Staat zu kontrollieren.

Staat und Recht

Eben darin liegt der Grundwiderspruch des Sowjetmodells Lenins: auf der einen Seite die Erwartung, relativ schnell die Staatsfunktionen auf *„einfache Operationen"* reduzieren zu können, und auf der anderen Seite die Planung einer drastischen Ausweitung der sozialen Funktionen des Staates. Dieser Widerspruch macht sich denn auch bemerkbar, wenn Lenin einerseits erklärt, man müsse den *„alten bürokratischen Apparat zerschlagen, ihn bis auf den Grund zerstören, von ihm nicht einen Stein auf dem anderen lassen"* (ebd., S. 496), und andererseits die Notwendigkeit eines *„bürgerlichen Staates"* anerkennt. Denn er schreibt ausdrücklich, im Sozialismus müsse das *„bürgerliche Recht"* weiterbestehen und fügt dann hinzu:

*„Das bürgerliche Recht setzt natürlich in bezug auf die Verteilung der Konsumtionsmittel unvermeidlich auch den **bürgerlichen Staat** voraus, denn Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande wäre, die Einhaltung der Rechtsnormen **zu erzwingen**. So ergibt sich, daß im Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit fortbesteht, sondern sogar der bürgerliche Staat — ohne Bourgeoisie!"* (ebd., S.485). Man verzeihe mir die vielen Zitate, aber bei heiklen Fragen sind Belege nötig. Ich habe auch ganz absichtlich nur aus **einer** Lenin- Schrift zitiert, um zu zeigen, daß es hier nicht um historisch bedingte Widersprüche, sondern um Probleme der Konzeption selbst geht. Halten wir also fest, daß Lenin ganz ausdrücklich davon ausging, das *„bürgerliche Recht"* **und der** *„bürgerliche Staat"* würden im Sozialismus solange fortbestehen, wie die sozialen Grundlagen der Klassen- und Schichtenbildung nicht endgültig überwunden sind. Und nun zurück zur UdSSR.

Der sozialistische Rechtsstaat

Tatsächlich haben der Staat im allgemeinen und die Justiz im besonderen in der UdSSR keinen Abbau ihrer Funktionen erlebt, sondern ganz im Gegenteil eine drastische Ausweitung (und dies nicht erst seit Stalin, sondern spätestens seit der Neuen Ökonomischen Politik, also seit 1921). Lag die legislative Gewalt nach der Oktoberrevolution zunächst bei dem Zentralen
(und dies nicht erst seit Stalin, sondern spätestens seit der Neuen Ökonomischen Politik, also seit 1921). Lag die legislative Gewalt nach der Oktoberrevolution zunächst bei dem Zentralen
Exekutivkomitee der Sowjets (ZEK), so wurde sie bereits Ende 1917 dem Rat der Volkskommissare (Sovnarkom) per Dekret desselben übertragen. Der Sovnarkom aber wurde von der KPR/B (Vorläufer der KPdSU/B) bestückt, die nun die legislative und die exekutive Gewalt innehatte. Und damit begann das Dilemma.

Auf den Terror der Stalin-Zeit soll hier nicht näher eingegangen werden. Die Eckdaten sind bekannt. Der Stalinismus war sicherlich nicht ein zwangsläufiges Produkt des Sowjetmodells, aber unzweifelhaft wuchs er historisch aus ihm hervor. Der Stalinismus benutzte das Machtmonopol der Partei in der Gesellschaft und die Überzentralisierung in der Partei, die nach dem Fraktionsverbot von 1921 entstanden war. Die Entstalinisierung unter Chruschtschow beseitigte zwar den Massenterror, ließ aber die gesellschaftlichen Strukturen und Machtverhältnisse unangetastet. Was damals entstand, war nur ein zivilisierter Stalinismus. Und selbst die zaghaften Liberalisierungsversuche Chruschtschows gingen der herrschenden Bürokratenkaste Chruschtschow wurde durch Breschnew ersetzt, der dem Lande politische Friedhofsruhe verordnete. Kennzeichnend für die sowjetische Gesellschaft wurden erneut Apathie, Duckmäusertum und Unterdrückung jeder Kritik. Die Panzer in Prag 1968 waren die Wahrheit des Sowjetregimes unter Breschnew.

Betrachtet man also die bisherige sowjetische Geschichte, so ist es nicht sehr klug, das politische Monopol der KPdSU zu feiern, wenn sie gerade erste Schritte in Richtung Demokratie wagt. Sondern es wird darauf ankommen, daß jedes Stück Demokratie soweit wie irgendmöglich abgesichert wird. Erste Bedingung jeder Demokratie sind starke demokratische Kräfte. Die zweite Bedingung ist eine gesetzliche Absicherung der demokratischen Rechte, um den Justizapparat auf die richtige Linie zu bringen. Und damit das nun alles Hand und Fuß hat, muß man die demokratischen Rechte möglichst von den Launen des Fraktionskampfes in der Partei unabhängig machen.

Bislang aber war es so: Die KPdSU schlägt die Gesetze dem Obersten Sowjet vor, dieser applaudiert den von der KPdSU im Namen der KPdSU und für die KPdSU vorgeschlagenen Gesetzen, woraufhin die KPdSU(diesmal als Regierung) die von der KPdSU im Namen des Sowjet verkündeten Gesetze per Justizapparat durchzusetzen ver-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

sucht. Versucht, denn Nepotismus und Korruption machten die Anwendung der Gesetze weitgehend vom Vitamin B (wie Beziehungen) abhängig. Die Folgen sind bekannt.

Im Rahmen der perestroika nun proklamiert die KPdSU den sozialistischen „*Rechtsstaat*", worunter zunächst folgendes zu verstehen ist:
1. Die willkürliche Unterdrückung von Kritik soll durch eine andere Strafprozeßordnung und eine Novellierung der Paragraphen über staatsfeindliche Handlungen beseitigt werden.
2. Durch ein Legalitätsprinzip sollen Justizorgane zur Verfolgung von Straftaten gezwungen werden, wenn sie von ihnen Kenntnis erhalten, d.h. nur das Gericht kann einmal begonnene Verfahren beenden.
3. Auf diese Weise sollen effektive Möglichkeiten geschaffen werden damit Betroffene gegen Amtsmißbrauch, Willkür und Schikanen der Funktionäre vorgehen können.
4. Es wird über eine Umgestaltung der obersten Justizorgane diskutiert, wobei es vor allem um verbesserte Revisionsmöglichkeiten, also um die Kontrolle der Rechtsmäßigkeit der Urteile, geht.
5. Meines Wissens nach wird jedoch bislang nicht diskutiert, die Gesetze selbst einer Prüfung auf Verfassungskonformität hin zu unterwerfen, was eine ebenso logische wie richtige Ergänzung wäre, um Machtmißbrauch auf allen Ebenen zu verhindern.

Die Etablierung rechtsstaatlicher Grundlagen in der Sowjetunion beseitigt natürlich nicht die sozialen Unterschiede und die Rechtsgleichheit führt noch lange nicht zu sozialer Gleichheit. Aber sie beseitigt die politischen und juristischen Privilegien, die zum Garanten der Stagnation geworden sind und deshalb die gesellschaftliche Entwicklung blockierten. Natürlich machen Gesetze und Gerichte nicht die demokratischen Aktionen der Benachteiligten überflüssig. Aber sie können die Voraussetzungen solcher Aktionen verbessern oder verschlechtern — und bisher war in der UdSSR stets letzteres der Fall. Eben das soll nun anders werden.

Die Schranke der perestroika

Was aber nützt das Recht auf Meinungsäußerung und Kritik, wenn sich Gleichgesinnte nicht zusammenschließen können, um für ihre Ansichten zu streiten? Was nützen alle Rechte, wenn man letztlich als Bittsteller zur Partei emporblickt wie einst zu dem absoluten Fürsten? Solange letztlich die eine Partei entscheidet, welche Anregungen sie aufnimmt und welche nicht, solange entscheidet ein kleiner Prozentssatz

nungsäußerung und Kritik, wenn sich Gleichgesinnte nicht zusammenschließen können, um für ihre Ansichten zu streiten? Was nützen alle Rechte, wenn man letztlich als Bittsteller zur Partei emporblickt wie einst zu dem absoluten Fürsten? Solange letztlich die eine Partei entscheidet, welche Anregungen sie aufnimmt und welche nicht, solange entscheidet ein kleiner Prozentssatz

des Volkes darüber, was für das Volk gut ist und was nicht. So ist die Haltung in der UdSSR „*Die Partei wird es schon richten*" nicht einfach Ausdruck eines unzureichenden Bewußtseins, sondern Reflex der gesellschaftlichen Wirklichkeit, ganz so wie einst die Haltung „*Mütterchen Rußland ist groß und der Zar ist weit weg*".

Das Schicksal der perestroika hängt davon ab, ob sie radikal genug wird, das Monopol der Partei infragezustellen. Dieser Schritt wird natürlich die „*sozialistischen Konservativen*" mehr als alle anderen Schritte beunruhigen und den Fraktionskampf forcieren. Was soll's. Darum geht's.

Und insofern ist die perestroika trotz aller Fortschritte noch immer eine halbherzige Sache. Ebenso wie die Rechtsreform, solange sie nicht endlich die barbarische Todesstrafe abschafft. Um einmal den „*frühkapitalistischen*" Rousseau zu zitieren:

„*Die Strenge der Strafen ist nichts als ein eitler Behelf, erdacht von Kleingeistern, um durch Angst und Schrecken den Respekt zu ersetzen, den sie selbst nicht herbeiführen können*" (Discours).

Wer meint, von links her den sozialistischen Rechtsstaat bekämpfen zu müssen, sollte zumindest bedenken, daß es in der UdSSR bislang noch immer die zaristische Verbannung, willkürliche Internierung und die Todesstrafe gibt. Wenn die perestroika mit dieser Barbarei nicht aufräumt, wird sie scheitern. Das zumindest ist sicher.

Renaissance des Maoismus?

Ebenso unattraktiv wie Gerds Versuch, die perestroika für eine Wiederbelebung stalinistischer Staatsvorstellungen zu nutzen, scheint mir die von einigen Diskutanten anvisierte Renaissance des Maoismus zu sein. Wenn man überhaupt eine Beziehung zwischen der Chinesischen Kulturrevolution und der perestroika herstellen will, dann doch wohl nur die, daß letztere auch eine Antwort auf das **Scheitern** der Kulturrevolution ist. Die Kulturrevolution war meines Wissens insoweit das genaue Gegenteil der perestroika, als sie versuchte, eine Alternative zum bürokratischen Sozialismus durch eine Radikalisierung des Sowjetmodells zu erzielen. Jeden falls sollte der „*Sturm auf das bürgerliche Hauptquartier*" nicht etwa das Machtmonopol der Partei brechen, sondern den Fraktionskampf innerhalb der Partei entscheiden.

Und was soll das eigentlich sein, der Maoismus? Ist der chinesische Marxismus-Leninismus wirkliche eine Alternative zu dem sowjetischen ML? Ausformuliert hat sich der chinesische ML gegen den der KPdSU in der berühmten „*Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung*" in den 60er Jahren. Von Seiten der KPChinas war diese Polemik ein Angriff gegen Chruschtschow (und Nachfolger) im Namen der stalinistischen Tradition. Da hieß beispielsweise:

„*Stalin hat in seinem Leben gewiß schwere Fehler begangen, aber diese Fehler sind im Vergleich zu seinen enormen Verdiensten nur von sekundärer Bedeutung. (...) Im Kampf für die Verteidigung des Leninschen Erbes gegen die Feinde des Leninismus, die Trotzkisten, die Sinowjewleute und andere Agenten der Bourgeoisie brachte er den Willen des Volkes zum Ausdruck und war ein hervorragender Streiter für den Marxismus-Leninismus*" (S.68/69).

Im Klartext: Die KPChinas feierte die Moskauer Prozesse, mit denen das Abschlachten der bolschewistischen Führer durch die Stalin-Fraktion begann, als einen „*enormen Verdienst*".

Auch in den beiden allgemein als grundlegend geltenden Aufsätzen Mao Tsetungs „*Über die Praxis*" und „*Über den Widerspruch*" wird sich laufenden Meters auf den großen Stalin berufen. Und auch Mao schreibt:

„*Die Geschichte der KPdSU zeigt uns, daß sich die Widersprüche zwischen den richtigen Ansichten Lenins und Stalins und den falschen Ansichten Trotzkis, Bucharins und anderer anfangs nicht in antagonistischer* (absolut unversöhnlicher — Anm. jb) *Form kundtaten, in der Folge aber zu einem Antagonismus entwickelten*" (Werke Bd. 1, 404).

Nun erschöpfen sich die Beiträge Maos nicht in Stalin-Bewunderung und Mao hat in einer Reihe von Fragen nicht- stalinistische Positionen bezogen. Aber hier soll es ja nicht um eine Bewertung der historischen Rolle Maos in der chinesischen Revolution gehen, sondern nur um die Frage, ob der Maoismus dazu taugt, den hiesigen Sozialismus anzureichern, wie es sowohl Jürgen und Marny als auch Gerd vorschlagen.

nicht- stalinistische Positionen bezogen. Aber hier soll es ja nicht um eine Bewertung der historischen Rolle Maos in der chinesischen Revolution gehen, sondern nur um die Frage, ob der Maoismus dazu taugt, den hiesigen Sozialismus anzureichern, wie es sowohl Jürgen und Marny als auch Gerd vorschlagen.

Ich halte das nicht für wünschenswert, denn Mao hat ohne Frage sich selbst als Schüler Stalins verstanden und kann schon deshalb nicht als Alternative zum sowjetischen ML taugen. Ich sehe in den Schriften Maos keine so weitreichenden Ergänzungen des Marxismus, daß der Begriff des Maoismus eine politisch-theoretische Formation beschreiben könnte. D.h. Maoismus ist für mich eine politisch-historische Formation, die in China eine wichtige Rolle spielte, die aber weder zur Analyse der Verhältnisse in Europa taugt noch beanspruchen kann, eine Alternative zum sowjetischen Marxismus-Leninismus zu sein. Schon einmal kam via Maoismus oder das, was sich dafür hielt, die Stalin-Verehrung in der westdeutschen Linken zu hohem Ansehen. Die von der „*Polemik über die Generallinie*" übernommene „*Revisionismuskritik*" unterstellte ja allen Ernstes, daß nach Stalins Tod in der UdSSR die Restauration des Kapitalismus begonnen hätte, während zuvor Sozialismus herrschte. Folglich nahm man Stalin gegen Chruschtschow in Schutz. Auch im KB dauerte es, mich eingeschlossen, immerhin bis zum 1.Kongreß (1979), bis sich die Parole durchsetzte „Auch im KB — Stalin ade!" (Unser Weg 28). Der KB hat stalinistische Praktiken immer verurteilt und sich an dem Stalin-Kult nie beteiligt. Wir haben uns aber gleichzeitig auf die Revisionismuskritik bezogen und den Realen Sozialismus mit ihr kritisiert. Was wir nicht realisiert haben, war, daß die chinesische Revisionismuskritik eine letztlich positive Beurteilung Stalins geradezu voraussetzt. Denn wenn man Chruschtschow und Co. wegen irgendeiner Restauration anklagt, dann muß ja zuvor etwas besseres geherrscht haben — und das war eben der Stalinismus.

Noch 1976 konnte man in einem programmatischen Artikel, „*Den ‚Maoismus' verteidigen, den Revisionismus bekämpfen!*", im „*Arbeiterkampf*" über die Grundlagen des KB folgendes lesen:

„*Für uns ist der ‚Maoismus' (ein Ausdruck, den wir selbst nicht verwenden, aber auf den wir uns hier beziehen) zu identifizieren mit der in erster Linien vom Genossen Mao Tsetung geprägten Theorie und Praxis der chinesischen Revolution. Das heißt, wir identifizieren den ‚Maoismus' zum einen mit den in den Ausgewählten Werken und den darüber hinausgehenden authentischen Schriften des Genossen Mao Tsetung entwickelten Vorstellungen, mit der ‚Polemik über die Generallinie...' u.a. ... In diesem Sinne sind und bleiben wir selbstverständlich ‚Maoisten'* " (AK 77). In dem gesamten Artikel wurde Maos Verhältnis zu Stalin mit keinem Wort auch nur erwähnt.

Man könnte mit einigem Recht sagen, das alles sei ja gut und schön, aber über diese Phase sei doch unsere Geschichte längst hinweggegangen. Aber dem ist ja wohl nicht so, wenn nun bei uns der Maoismus Auferstehung feiert. Ist es denn ein Zufall, daß gerade Gerds Artikel Mao bescheinigt, „*wichtige Beiträge zum Marxismus-Leninismus*" erarbeitet zu haben? Nein, das ist kein Zufall, sondern ein Symptom. Viele alte Ml-Ideen wurde ganz offenbar nicht aus Einsicht nicht mehr geäußert, sondern nur aus konjunkturellen Gründen. Und kaum deutet sich eine neue Attraktivität des Sozialismus an, kommt der ganze alte Krams ans Licht. Stalins Schatten ist lang.

Die perestroika ist eine Chance für uns Sozialisten im Westen wie im Osten. Aber wir können diese Chance nur nutzen, wenn wir endlich anfangen, die ganze Wahrheit über Stalin und die Ära der Komintern auszusprechen, wenn wir den Stalinismus endgültig überwinden. Wir werden die Chance nur nutzen können, wenn wir eine glaubhafte Alternative zum Stalinismus vertreten — und zwar auf allen Ebenen der Politik, der Theorie und der Organisation. Denn Alexander Bowin hat völlig recht:

„*Einige von uns bisher verschwiegene Kapitel der Vergangenheit rächen sich an uns durch Wiederholung in der Gegenwart*".

Die Debatte, die Mitte der 70er zum Erliegen kam, ist wieder offen. Sie noch einmal mit denselben Fehlern zum Scheitern zu bringen, wäre wahrlich keine Heldentat.

jb

Schwielige Arbeiterdaumen der AK-Eminenzen

Schwielige Arbeiterdaumen der AK-Eminenzen

Auf bundesdeutschen Leinwänden gibt die „sowjetische Antwort auf Rambo" den amerikanischen Imperialisten Saures, Torpedo Moskau schlägt den VfB Stuttgart 3:0 und Dank Gorbinost kommt der Sozialismus ins Gerede.

Als ich mir dann noch die „...zarteste Versuchung" im letzten AK auf der Zunge zergehen ließ, wurde mir vor Diskussionslust der Mund wässrig. Beim Blick jedoch auf den redaktionellen Kasten „Gorbi Superstar?" — klein aber giftig am oberen Zeitungsrand — blieb mir die gesammelte Spucke weg.

Über den Beiträgen und Dingen schwebend kanzeln die weisen Häupter der AK-Redaktion jeden Versuch ab, sich in Sympathie mit der neuen sowjetischen Entwicklung zu befassen. Die Beiträge jb.'s, Gerd Eggelings und der zwei Stuttgarter Genossen haben gerade die kühlen Skeptiker zur Diskussion herausgefordert. Doch offenbar geht es einfacher: Zwei Zentimeter von der päpstlichen Unfehlbarkeit entfernt zeigen im schwarzumrandeten Kasten die schwieligen Arbeiterdaumen der AK-Eminenzen nach unten — Sympathie naja, aber ansonsten nur alter Kack im neuen Frack.

So schnell läßt sich in hanseatischer Weitsicht und in knapp vierzig Zeilen ein wertvoller Diskussionsansatz kommentieren. Da darf natürlich auch der erhabene Hinweis auf das Bedürfnis nach „Heilspersönlichkeiten" bei den verdumpften Massen nicht fehlen.

Jetzt wo die ewigen Zyniker der „Marxistischen Gruppen" ihre arroganten Klamotten abgelegt haben — hat sich zumindest die AK-Redaktion noch schnell das nonchalante Kostümchen übergestreift. Leute jedoch, die jetzt schon meinen, hinterher alles besser gewußt haben zu werden, sollten sich angesichts des hoffentlich kommenden Debatten-Sturms nach fester Kleidung umsehen.

Kurt Kobold

Angeforderte Aufklärung

— Antwort auf F.'s Anfrage —

F. fragte mich im letzten AK, ob ich *etwa* der Ansicht sei, nun könne in der Sowjetunion die Politik „*im Rahmen eines allgemeinen ‚Gesellschaftsvertrages' nach Art frühkapitalistischer Staatsrechtsvorstellungen reguliert werden*". Nun, ich glaube dergleichen nicht und habe dergleichen auch nicht behauptet. Ich habe ja nicht geschrieben, man müsse von Gattungs- **statt** von Klasseninteressen reden, sondern habe es als positiv herausgestellt, daß Gorbatschow **nicht nur** von Klasseninteressen redet. Ich habe ja ausdrücklich die abstrakte Gegenüberstellung von Klassen- und Gattungsinteressen abgelehnt. Was ich habe sagen wollen und was offenkundig viele in einen ganz falschen Hals bekommen haben, ist folgendes:

Einen Herrschaftsanspruch können nur solche Klasseninteressen legitimerweise einfordern, die in einer konkreten Situation mit den Interessen der gesellschaftlichen Weiterentwicklung übereinstimmen. Es geht mir um eine nicht-ökonomistische Begründung der Legitimität des Sozialismus (vergl. meinen Artikel „*Widersprüche*" im AK 277). Es geht mir weiterhin um eine überprüfbare Begründung des Sozialismus. Und die ist aus den empirischen Interessen der Arbeiterklasse nicht abzuleiten, denn diese ist in Westeuropa leider alles andere als antikapitalistisch. Die Überwindung des Kapitalismus liegt nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse, d.h. des Industrieproletariats, sondern im Interesse aller nicht-kapitalistischen Schichten. Konkret und empirisch ist in der BRD das Industrieproletariat ganz eindeutig nicht die politisch kühnste und mobilste Schicht. (Die soziale Zusammensetzung der Linken spricht da Bände!).

Aber **selbst wenn** die Arbeiterklasse sich sozialistisch gebärden würde, wäre dies noch kein Beweis für einen legitimen Herrschaftsanspruch. Ich habe darum versucht, die Legimität des Sozialismus nicht aus den Interessen einer besonderen Klasse, sondern aus den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung abzuleiten. Ist das nun anti-sozialistisch oder anti-marxistisch? Ich glaube nicht und möchte das begründen.

Klasseninteressen bildeten keineswegs die Grundlage der Marxschen Argumentation. Sondern Marx griff ein Grundproblem der modernen Staatstheorie auf, das tatsächlich aus jenen „*frühkapitalistischen*" Zeiten stammt, als sich die Politische Philosophie von

anti-sozialistisch oder anti-marxistisch? Ich glaube nicht und möchte das begründen.

Klasseninteressen bildeten keineswegs die Grundlage der Marxschen Argumentation. Sondern Marx griff ein Grundproblem der modernen Staatstheorie auf, das tatsächlich aus jenen „*frühkapitalistischen*" Zeiten stammt, als sich die Politische Philosophie von

der Theologie emanzipierte und den Staat vorurteilslos zu analysieren beanspruchte. Ich will das hier nicht ausdifferenzieren, sondern darauf hinweisen, daß der ganze Marxismus eine Antwort auf die Frage war und ist, die bereits Rousseau (1712-1778) als das fundamentale Problem derPolitischen Philosophie bezeichnet hat:

„*Es ist eine Gesellschaftsform zu finden, die mit der ganzen gemeinsamen Kraft die Person und die Güter eines jeden Mitgliedes schützt und verteidigt und in der jeder, obwohl er sich mit allen zusammenschließt, dennoch nur sich selbst gehorcht und ebenso frei bleibt wie zuvor*" (Discours über Politische Ökonomie, 1755). Und bereits Rousseau erkannte klar, daß wirkliche Freiheit nicht auf sozialer Unfreiheit aufbauen kann und sprach deshalb dem Staat die Aufgabe zu, „*einer übermässigen Umverteilung der Güter vorzubeugen*" (ebd.). Aus diesem Zusammenhang stammt die Idee des Contrat Social, des Gesellschaftsvertrages, der begriffen wird als eine freiwillige Vereinigung freier Menschen, die sich vereinigen, um ihre Interessen gemeinsam verfolgen zu können. Dieser Grundansatz findet sich bei Marx durchaus wieder, der die freie Assoziation der freien Produzenten proklamierte, die als Gemeinwesen den „*politischen Staat*" ersetzen soll, der auf der Grundlage der Klassengesellschaft sich von der Gesellschaft entfremdete und ein Organ der Klassenherrschaft wurde. Marx teilte zwei Grundsätze der neuzeitlichen Emanzipationsvorstellungen:
1. Die personale Autonomie des Menschen ist das grundlegende Ziel gerechter oder fortschrittlicher Politik.
2. Es ist ein Zustand anzustreben, in dem das Interesse des Gemeinwesens mit dem der Individuen zusammenfällt und deshalb politische Herrschaft überflüssig wird.

Die wesentliche Neuerung der Marxschen Theorie war die These, daß die Freiheit aus einer progressiven Überwindung des Kapitalismus hervorgehe, daß sie von der Entwicklung der Produktivkräfte hervorgebracht werde. Diese These stand ebenso gegen Rousseau, der Freiheit nur in einer Rückkehr zu kleinen Agrarstaaten verwirklichbar glaubte, wie gegen die Repräsentationstheoretiker, die die Freiheit **allein** durch politisch-juristische Kompensation sozialer Ungleichheit realisieren wollten. Unter positivem Bezug auf Rousseau erklärte Marx dann in den sog. Frühschriften:

„*Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen selbst.(...) Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt..., erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht*" (Zur Judenfrage, 1844). Es ist bekannt, daß Marx bereits in den Frühschriften das Proletariat zur Hauptkraft der künftigen Revolution erklärte und zwar, weil sich das Proletariat nur sozial befreien könne, indem es **jede** Klassenbildung in der Gesellschaft beseitigt, so daß die Befreiung des Proletariats mit der „*allgemeinen Selbstbefreiung*" zusammenfällt (Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie). Und ein letztes Zitat: „*Nur im Namen der allgemeinen Rechte der Gesellschaft kann eine besondere Klasse sich die allgemeine Herrschaft vindizieren (beanspruchen)*" (Marx, ebd.).

Er
Karl Marx
wies uns den Weg

wies uns den Weg

Ohne eine längere Beweisführung möchte ich hervorheben, daß **dieser** Ansatz für die gesamte Marxsche Theorie konstitutiv ist, daß sie also ohne diese Voraussetzungen nicht schlüssig zu verstehen ist. Und daraus folgt dann zwingend, daß nicht alle Interessen der Arbeiterklasse richtig und fortschrittlich sind, sondern nur diejenigen Interessen, die mit der „*allgemeinen Selbstbefreiung*" zusammenfallen. Oder anders gesagt: Daraus folgt zwingend, daß die Arbeiterklasse Herrschaft **nur** beanspruchen kann, **wenn** und **solange** sie die allgemeine Emanzipation verfolgt. Elementarste Voraussetzung jeder Emanzipation, jeder gesellschaftlichen Weiterentwicklung ist aber der Erhalt der Gesellschaft, der Zivilisation, das Überleben der Menschheit. Das wäre ein ebenso banaler wie trivialer Satz, wenn das Überleben der Menschheit eine Selbstverständlichkeit wäre. Dem ist aber nicht so, weil es die overkill-Potentiale nun einmal gibt. Wenn ich in meinem letzten Artikel von gesamtmenschlichen Interessen sprach, dann nicht, um den „*Kultus des abstrakten Menschen*" (Marx) aus der Mottenkiste der Philosophie hervorzuzaubern, sondern um die Legitimität eines Sozialismus im Marxschen Sinne zu unterstreichen. Ich habe Gorbatschow zustimmend zitiert, daß es aktuell drei große Gefahren für die Zivilisation gibt: erstens den nuklearen Krieg, zweitens die ökologische Katastrophe und drittens einen „*globalen Ausbruch der Widersprüche*" zwischen reichen und armen Ländern. Und auch wenn es politische Kräfte in der Welt gibt, die diese Gefahren forcieren und mit ihrer Politik dem Wahnsinn huldigen, bleibt es doch unzweifelhaft, daß die Abwehr dieser Gefahren im Interesse der gesamten Menschheit liegt. Darum, genau darum, ist es legitim und notwendig, die Akteure des Untergangs zu entmachten.

jb

Zur Diskussion um „Gorbatschows Reformkurs"

Ein Beitrag der Marxistischen Gruppe

Zu den bisherigen Debattenbeiträgen merkt die AK-Redaktion maliziös an, sie gäben einen „erheblichen Bedarf an wegweisenden Hoffnungsträgern" zu erkennen. Tatsächlich haben die linken Kommentatoren die Umgestaltung in der Sowjetunion offenbar als Anregung begriffen, ihre Vorstellungen von einem anerkennenswerten („legitimierten") Sozialismus auszubreiten. Gorbatschow meint man wohl die Chance danken zu können, das Räsonnement über das eigene „Sozialismusverständnis" endlich einmal öffentlich beachtet, also „relevant" zu führen. Hat nicht Gorbatschows Rührigkeit selbst in deutschen Nachrichtenmagazinen die Frage hoffähig gemacht, was mit dem Sozialismus los sei?! „Sozialismus unheimlich im Kommen"? Die bewährte Feindbildtechnik des Vergleichs mit freedom & democracy liefert dort übrigens Antworten, die alle Beteiligten vollauf zufrieden stellen.

Folgt man den bisherigen Beiträgen im AK, so stehen auch in der Welt der linken politischen Moral die politischen Formen der bürgerlichen Gesellschaft, namentlich Rechtstaatlichkeit und politischer Pluralismus, hoch im Kurs — trotz allem und natürlich durch die „Sehnsucht" auf eine „Harmonisierung von Demokratie und Sozialismus" veredelt. Es wird sogar wieder erwogen, mit welchen historischen Aufgaben man die neulich noch verabschiedete Arbeiterklasse betrauen möchte. Kann man es da nicht — wenigstens ideell — dem ersten Mann im mächtigsten Arbeiter- und Bauernstaat gleichtun? — „Zynismus", altbekannte „Arroganz" der MG? Wenn damit ausgedrückt sein soll, daß wir in einer Sozialismusdebatte, die sich an den ei-

ausgedrückt sein soll, daß wir in einer Sozialismusdebatte, die sich an den ei-

genen Sehnsüchten und deren vorgeblichen historischen Perspektiven erwärmt, nichts zu bieten haben, schreckt uns dieses Verdikt nicht besonders. Wir halten es nämlich für ungleich interessanter, sich darüber klar zu werden, was wirklich los ist — nicht nur bei den Russen, sondern vor allem auch hierzulande.

Mit dem Programm zur Umgestaltung der Sowjetgesellschaft revidiert die KPdSU einen ihrer zentralen Lehrsätze, nach dem sich die Partei mit ihren Anordnungen und Beschlüssen immer schon in der herzlichsten Übereinstimmung mit dem Volk befindet. Die KPdSU ist mit den Resultaten ihrer Leitungstätigkeit für Staatsreichtum und Volkswohlstand unzufrieden. *Sie* stachelt die Sowjetbürger an, sich diese Unzufriedenheit zueigen zu machen und — sofern sie ohnehin schon bestand — auf praktische Abhilfe zu drängen. Die Staats- und Parteiführung der UdSSR ist darauf verfallen, die Kritik durch das Volk als Methode des Fortschritts produktiv zu machen.

Die Liste der öffentlich verhandelten Mißstände liest sich wie eine vernichtende Kritik der sowjetischen Ökonomie: Betrügereien bei der Planerfüllung, Diebstahl von Staatseigentum, Warendefizite gegenüber Überschüssen „nicht bestellter" Produkte, Ausschußproduktion, Schlendrian, Schmiergelder usw. usf. Gerade so, als sollte einer hierzulande auch bei Linken beliebten Weisheit recht gegeben werden, werden „Bürokraten" mit ihrem eigensüchtigen Schielen nach Privilegien und ihrer „korporativen Moral" als Ursache der Mißstände dingfest gemacht.

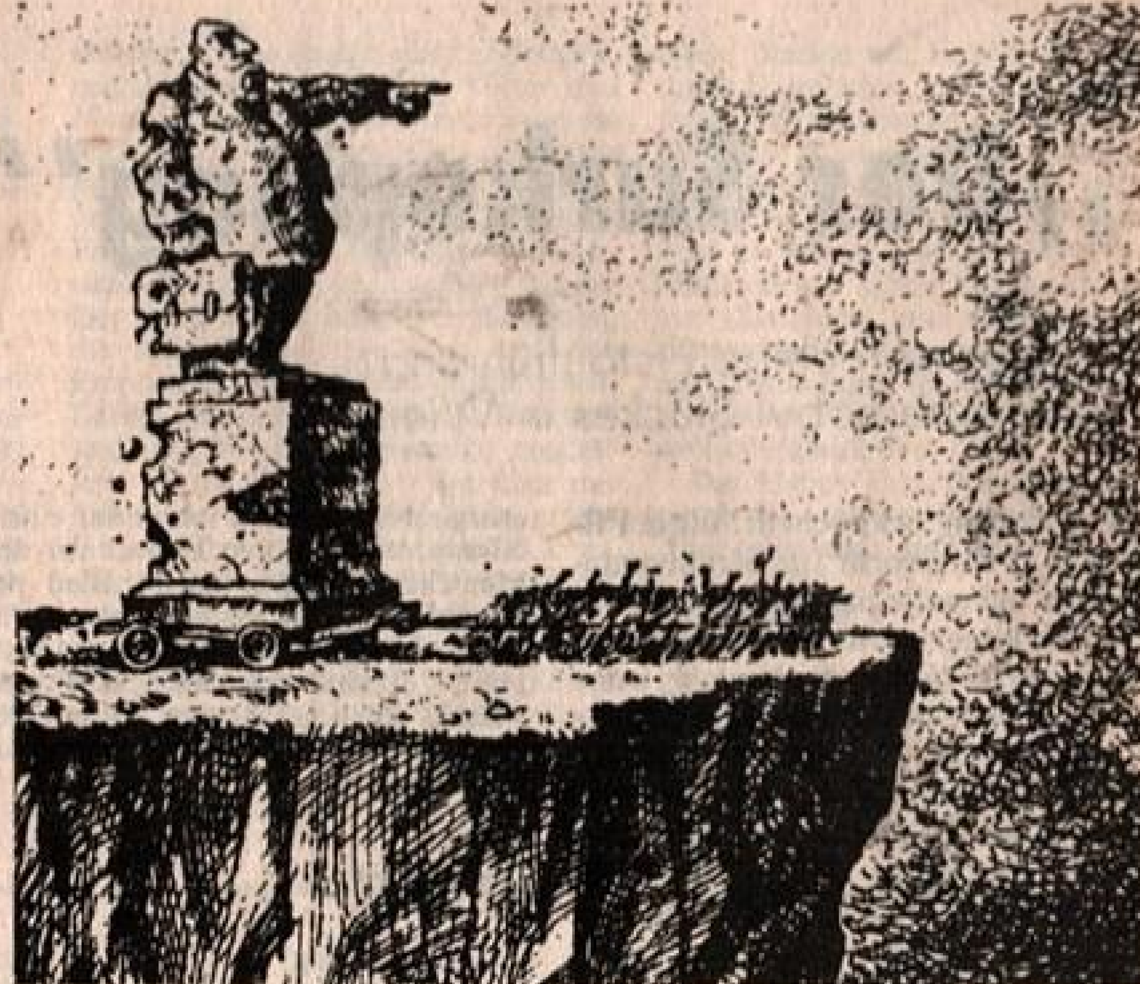
Die Sache hat einen Haken. Denn auch die im lautersten Geist der Verantwortung wahrgenommene Ausübung von Amtsaufgaben und Leitungsfunktionen, unterstützt durch die wachsame Kontrolle und das eigeninitiative Mittun von Belegschaften, wird ein paar *grundsätzliche Widersprüche* nicht los, die mit den staatlichen Planauflagen beschlossen sind. Die Unternehmen sind gehalten, Überschüsse zu erwirtschaften; das macht den Lebensunterhalt der Werktätigen, der als Lohn*kost* verbucht wird, zur Schranke statt zum Kriterium ökonomischen Erfolges. Die vom Standpunkt des Gebrauchs gebotene Qualität der Produkte kollidiert mit der aus Rentabilitätsgründen auferlegten Verpflichtung zum sparsamen Einsatz von Material und Anlagen. Die Mittel zur Steigerung der Produktivität der Arbeit sind — ebenso wie Lohnprämienfonds — wiederum an den vorherigen Erfolg in Sachen Gewinnerwirtschaftung gebunden. Der Realsozialistische Staat verordnet seiner Gesellschaft mithin einige Prinzipien, die aus der kapitalistischen Produktion abstrakten Reichtums bekannt sind, als Methoden und „Hebel" einer Sorte Reichtumsproduktion, aus der die Bedürfnisse des Staatswesens ebenso wie die sozialstaatliche Versorgung seiner Bevölkerung bestritten werden muß. Zugleich beschränkt er jedoch die Methoden der Konkurrenz um Gewinnmargen sowohl in Hinsicht auf den Umgang mit der Arbeitskraft (dem sowjetischen Werktätigen fehlt immer noch die Freiheit des hiesigen Proleten, seines Lebensunterhalts verlustig zu gehen, wenn kein Kapitalist aus seiner Arbeitskraft Nutzen ziehen will) als auch mit den Preisen (die der planende Staat mit Rücksicht auf die Versorgung wie auf die Erhaltung von Betrieben und Branchen, also in Rücksicht auf die diesbezüglichen Konsequenzen seines Hebelwesens festsetzt). (Vgl. MSZ 7/8-1985: Sozialismus als Weltmacht) Die Widersprüche dieser Ökonomie *führen* zu allerlei Methoden, Auflagen zu umgehen, um andere erfüllen zu können, und zu Kalkulationen, mit einer geschickten Mischung aus Gehorsam und Beschiß, Heuchelei und bedingtem Einsatz das Beste für sich, den Betrieb, den Bezirk usw. herauszuholen — incl. der allfälligen Mauscheleien mit zuständigen Kontrollinstanzen, Gewerkschaftssekretären und Parteikomitees. Die Widersprüche der von der KPdSU eingerichteten „Hebelwirtschaft" — und nicht die schiere Existenz von Parteisekretären und Bürgermeistern, wie das „Bürokratismus"-Verdikt glauben machen will, — *bringen Interessengegensätze hervor* — zwischen Betrieben und Planungsbehörden, zwischen verschiedenen Betrieben, zwischen leitenden Funktionären und Arbeitern usf.

Diese Interessengegensätze sind nun in ihren Konsequenzen von der KPdSU umfassend zur Debatte gestellt. Und die Sowjetmenschen nehmen an dieser Debatte augenscheinlich regen Anteil. Damit soll es jedoch nicht sein Bewenden haben. Der sowjetische Staat stattet seine Bürger mit rechtlichen Handhaben dafür aus, ihre Kritik an seinen Funktionären wirksam werden zu lassen. Dies schließt den Rechtsschutz vor Verfolgung wegen kritischer Äußerungen ebenso ein wie das Wählerrecht, Volksvertretern im Falle der Nichterfüllung der ihnen übertragenen Aufträge auf die Füße zu steigen (vgl. MSZ 2-1987: Gorbatschows Reformprogramm). Exemplarische Kampagnen gegen pflichtvergessene Amtsinhaber runden die Aufforderung ab, das Volk solle sich durch die von oben autorisierte *Einmischung* selbst *als Korrekturinstanz* der Mängel der realsozialistischen Ökonomie betätigen. Auf daß durch diesen Einsatz der Massen die Produktivität der Sowjetökonomie und damit auch ihre eigene Versorgung einen Staat und Volk zufriedenstellenden Aufschwung nehme.

Wie anders nimmt sich dagegen die mit Menschenrechten ausgestattete Figur hierzulande aus. Der freie Bürger Marke West ist darauf festgelegt, sein Leben nicht anders einzurichten, als es „seine" geschützten Rechtsgüter des Privateigentums, der Ehe und Familie usf. eben vorsehen. Die Menschenrechte auf's Wählen und auf seine freie Meinung verlangen nicht weniger, als daß sich der Bürger *heraushält* aus der streng rechtsförmigen, also rechtsstaatlich einwandfreien Festlegung seiner Lebensbedingungen (vgl. MSZ 4-1987: Die Verfassung der BRD). Entsprechend sind die Einlassungen einer Minderheit, die von der Gelegenheit zur folgenlosen Wortmeldung Gebrauch macht, nur vorgesehen, um sie auf ihre Linientreue überprüfen zu lassen; abweichende Fälle regelt die Polizei. Dieser *Totalitarismus des demokratischen Rechtsstaats* ist mit dem sowjetischen Programm der Mobilisierung staatlich autorisierter Interessen wahrlich nicht zu verwechseln.

Daß die KPdSU gerade jetzt beschlossen hat, mit ihrer Unzufriedenheit über die bisherigen Resultate ihrer Planwirtschaft ernstzumachen, haben die Sowjetmenschen wohl auch dem Beschluß der NATO zu verdanken, sie müßten mit star wars u.a. dringlich dem Reich der Freiheit einverleibt werden. Für die Sowjetführung ist die Umgestaltung eine Notwendigkeit der Selbstbehauptung der UdSSR. Die Verteidigungsfähigkeit des Landes will die KPdSU nicht durch ein Armutsprogramm erzwingen, sondern durch eine umfassende Steigerung der Effizienz der realsozialistischen Ökonomie gewährleisten, die zugleich eine zufriedenstellende Sozialpolitik und Arbeitsorganisation sichert.

Marxistische Gruppe



Sowjet-Karikatur gegen konservative Funktionäre — aus: „Krokodil"

Direkt kommunistisch-demokratischer Weg

Die AK-Redaktion verspürt den frischen Wind, der durch die wie auch immer gearteten Erneuerungstendenzen in der UdSSR Debatten auslöst. Mensch ist „überrascht und überrollt" (Redaktionsmitteilung). Es ist verständlich, daß sich bei einer solchen Störung des Redaktionstrottes Luschigkeit in der Reaktion auf Artikel von anderswo einschleicht. So wird der Artikel aus dem KB Stuttgart nur daraufhin beurteilt, was er denn an Analyse über Gorbi und die sieben Bürokratenzwerge der UdSSR enthält — weil mensch selbst sich gerade in dem Zwang befindet, sich dazu eine Position abdrücken zu müssen.

Übersehen wird hierbei die Hauptabsicht des Artikels — nämlich darauf hinzuweisen, welche Chancen für uns als westdeutsche Kommunisten in dem Modethema „Gorbi und die Erneuerung" liegen. Wir wollen schließlich hierzulande was bewegen, folglich haben wir die Gorbi-Debatte zur Realität und zum Handeln, zur Revolutionsmöglichkeit in der BRD in die Nähe zu rücken.

Der AK-Redaktion geht es augenscheinlich erstmal nur um die Bewertung der Entwicklung in der UdSSR. Okydoky — aber soll das alles gewesen sein??

Uns muß es um mehr, um anderes gehen:

1. Die Diskussion um Demokratie und Kommunismus ist da, bietet sich an, als Chance sich einzuklinken.
2. Dabei geht es nicht nur um die UdSSR, sondern darum hierzulande nachzuhaken bei einer möglichen Offenheit gegenüber sozialistischen Ideen.
3. „Die gewohnte Abzähldemokratie in Frage stellen und nach Alternativen suchen", wie es im Schlußteil der lesenswerten Stuttgarter „Versuchung" steht, heißt doch für uns als am kommunistischen Projekt KB interessierte, unsere Vorstellungen von Sozialismus, Räten, Kulturrevolution, kommunistischer Basisdemokratie unter die Plaudereien der Leute über Gorbis Sowjetunion zu mixen, gerade damit es bei einigen wenigstens nicht nur beim folgenlosen small-talk über die ferne SU bleibt, sondern die Utopie des direkt-kommunistisch-demokratischen Weges erkannt werden kann als taugliches Kopfwerkzeug wider den muffigen schwarzrotgoldenen Zement der mit Wohlstand nur scheinbar verdeckten Ausbeutungs- und Entfremdungsmaschinerie BRD.

mor./ol. (kb-jugend/hh)



Kein Tapetenwechsel in der DDR

Theoretiker sind in praktischen Dingen oft nicht die Geschicktesten. Historiker, die nicht Auto fahren und Philosophen, die keinen Nagel in die Wand schlagen können, ohne danach den Arzt zu konsultieren, tragen auf diese Weise immer wieder zu Heiterkeit in ihrem Freundeskreis bei. Manchen promovierten Zeitgenossen erscheint selbst schlichtes Tapezieren bereits ein unkalkulierbares Risiko.

Prof. Dr. phil. Kurt Hager (74), Mitglied des Politbüros des ZK der SED und „Chefideologe" in der DDR bemühte sich in einem Interview mit dem „Stern" (9.4.87) darum, Verständnis für solche menschlichen Schwächen zu wecken. Den zwei Frechdachsen aus der „Stern"-Redaktion, die ihn mit dem Thema Gorbatschow aufs Glatteis ziehen wollten, entgegnete Hager: *„Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?"* Auch mit Tapeten aus den sechziger oder siebziger Jahren läßt sich bequem und gemütlich leben. Man vermeidet dabei, daß beim Lösen der alten Tapete der teilweise noch aus den fünfziger Jahren stammende Putz bröckelt oder gar für Staubwolken sorgt.

Ältere Herren haben nicht selten empfindliche Bronchien. Zudem sind Qualitäts-Tapeten in der DDR ohnehin knapp. VEB Tapeten-Kurt (Berlin/DDR) produziert im laufenden Volkswirtschaftsplan nur einige Gorbi-Poster in der kleinen Ausführung.

Gerd Eggeling

„Kommune" falsch zitiert

Liebe Redaktion!
Alte Feindschaft rostet nicht, aber Auseinandersetzungen müssen ja auch dann nicht unbedingt zur Schlammschlacht ausarten. In eurer letzten Nummer habt ihr unter der Überschrift „Gorbatschow und die Linke in der BRD" Beiträge zu den russischen Entwicklungen aus mehreren Zeitschsiften zitiert und kommentiert.

Dort schreibt ihr unter der Zwischenüberschrift *KOMMUNE: Durchgreifen bitte!* unter anderem: über einen Kommentar vor mir im Märzheft der Kommune: „Kernige Empfehlungen dann am Schluß: ‚An die Stelle der Rederei müßten jetzt endlich Taten treten. Kräfte und Organe, um durchzugreifen gibt es ja genügend.' Durchgreifen — das klingt eher nach Stalin und den alten KBW-Methoden, als nach Gorbatschow."

Was mir hier als Meinung unterstellt wird, unterstelle ich in Wirklichkeit in dem genannten Kommentar herrschenden Kräften in der Sowjetunion, die den Reformen feindlich gesinnt sind und vielleicht schon jetzt nur auf eine Gelegenheit warten, den Reformkurs zu Fall zu bringen. Das folgt aus dem gesamten Kontext des Kommentars, der schon den Titel trägt „Gorbatschow unter Druck?". Der Abschnitt, aus dem das Zitat stammt, lautet: „Zweifellos ist die wachsende Durchsichtigkeit staatlicher Politik und die von Staats wegen geförderte Öffentlichkeit schon für sich genommen ein großer Schritt der Reform. Aber wie die Dinge liegen, könnte dahinter bereits die Reaktion lauern: An die Stelle der Rederei müßten jetzt endlich Taten treten. Kräfte und Organe, um durchzugreifen gibt es ja genügend. Die Reformpolitik steckt in der ersten großen Krise: Vielen tut sie schon weh, gebracht hat sie erst wenigen etwas."

Mißverständnis oder beabsichtigte Verfälschung? Gegen ein Mißverständnis spricht eigentlich alles, selbst im herausgerissenen Satz mit seinem Doppelpunkt und Konjunktiv. Jedenfalls ein Stück starker Journalismus, aus der Befürchtung eines Autors Hoffnung und Ratschlag zu machen.

Aber vielleicht ist die Vorurteilsstruktur bei einigen von Euch bei der Lektüre von Artikeln von „Ex-KBW-Chef Schmierer" so gediegen, daß tatsächlich der Hang zu Mißverständnissen zu groß ist, um auf böswillige Verfälschung überhaupt noch verfallen zu müssen.

Im Übrigen findet sich auch sonst in fast jedem Heft der KOMMUNE Interessantes zu den Entwicklungen in der Sowjetunion.

Mit freundlichen Grüßen
Joscha Schmierer

Anmerkung der Redaktion:
Joscha Schmierer ist tatsächlich falsch zitiert worden, indem seine Äußerung aus dem Zusammenhang gerissen ins Gegenteil verkehrt wurde. Bei dem kritisierten Artikel handelt es sich übrigens nicht, wie aus der namentlichen Unterzeichnung hervorgeht, um einen Beitrag der Redaktion.

„Der Sarkophag“

Deutschsprachige Erstaufführung des Tschernobyl-Stückes in Wien

Die Alarmglocke schellt. Lidia Ptizyna, Professorin für Strahlenmedizin, schreckt zusammen. Das Telefon klingelt. Sie greift zum Hörer. *"Das kann doch nicht wahr sein!"* ruft sie ungläubig. Doch ihr bleibt keine Zeit zum Überlegen. Am anderen Ende der Leitung wird ihr in kurzen Sätzen mitgeteilt, was sie zu tun hat: Die Spezialklinik für die Einlieferung von Strahlenopfern vorbereiten. ,,Havarie'' in Tschernobyl ...

Das was z.Zt. an der Wiener ,,Volksbühne'' in der Inszenierung von Peter Preissler zu sehen ist, und was wir im Herbst auch an bundesdeutschen Bühnen (1) sehen können, ruft wach, was ein Großteil der Öffentlichkeit rasch wieder verdrängt hat. Für Wladimir Stepanowitsch Gubarew war Verdrängung kaum möglich. Im Auftrag der sowjetischen Literaturzeitung ,,Snamja'' war er am Ort des Geschehens. Für seine Berichte wurde er 1986 mit dem Preis des sowjetischen Journalistenverbandes ausgezeichnet. Was Gubarew in Tschernobyl erlebte, hat ihn tief erschüttert, und auch zweifeln lassen, ob die Ereignisse in Tschernobyl sich mit den Mitteln des Journalismus allein bewältigen lassen. In sieben Tagen schrieb er ein Theaterstück, das zwar nicht grundsätzlich mit der Atomenergie abrechnet, aber Fragen aufwirft, die in der sowjetischen Gesellschaft auf dieser Ebene wohl noch nie so gestellt worden sind. Für uns eine Möglichkeit zu untersuchen, was ,,glasnost'' konkret bedeutet.



Der Autor

Wladimir Gubarew ist 49 Jahre alt und von Beruf Bauingenieur. Seine journalistische Tätigkeit begann bei der ,,Komsomolskaja Prawda''. Seit 1976 ist er Leiter der Wissenschaftsredaktion der ,,Prawda''. Seine Hauptthemen: Kosmonautik und Kernenergie. Er berichtete vom Raumflug Juri Gagarins ebenso wie von sowjetischen Atombombentests. Neben seiner journalistischen Tätigkeit schrieb er Drehbücher und Theaterstücke. Eins der Theaterstücke handelt von dem ersten bemannten Raumflug und trägt den noch optimistischen Titel ,,Auf geht's''. Neben die Begeisterung für die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution ist bei Gubarew angesichts der Ereignisse in Tschernobyl jetzt offensichtlich auch eine gewisse Ernüchterung getreten. ,,*Ich habe jahrelang ein Loblied auf die Kernkraft gesungen, seit Tschernobyl hat sich meine Einstellung geändert.*'' (2) Gubarew geht es jetzt um die Erkenntnis, daß ,,*der Mensch, der seine Prinzipien verrät,*'' sich selbst ,,*zur Nichtexistenz im Sarkophag verurteilt.*'' Die Forderung nach Tschernobyl müsse lauten, ,,*die moralische und professionelle Qualifikation der Menschen dem Niveau der Technik anzupassen.*'' D.h. die Kernenergie befindet sich schon auf einem Niveau, welche ihren Einsatz für den Menschen möglich macht. Bloß der Mensch und das System, ,,*das dafür sorgt, daß niemand die Verantwortung trägt,*'' (3) sind nicht auf dem Niveau, welches einen gefahrlosen Einsatz der Kernenergie erlaubt. Kennen wir das nicht irgendwie ...?

Das Stück

,,Der Sarkophag'' spielt in einem einzigen, weißen Raum. Ein Schreibtisch, einige Krankenhausschränke, ein Telefon und ein Blumenstrauß gehören zu der spärlichen Ausstattung. Über eine Schleuse wird der Raum während des Stückes von Opfern und Ärzten betreten. Und über zehn Türen verlassen die Patienten diesen Raum in ihre Behandlungskabinen. Schleuse und Türen sind mit Alarmmeldern ausgestattet, die entweder neue Einlieferungen von Strahlenopfern oder ernster werdende Zustände der Patienten mit Klingeln und einem roten Flackerlicht ankündigen.

Nachdem die ersten Patienten eingeliefert worden sind, erleben wir sie bei ihrem Versuch alleine oder gemeinsam mit dem Erlebten fertig zu werden. Ein Physiker stellt in seiner Kabine Berechnungen ,,für die Nachwelt an'', wie er selber sagt. Nach diesen Berechnungen habe irgendjemand das Notkühlsystem abgeschaltet. Ein General des Zivilschutzes weigert sich nach seiner Einlieferung beharrlich die Uniform abzulegen. Um zu beweisen wie gut es ihm gehe, stemmt er einen Stuhl in die Höhe. Plötzlich bricht er erschöpft zusammen. Ein Arbeiter berichtet mit zitternder Stimme von der Explosion und dem blendend, weißen Feuer, das er im Reaktorgebäude gesehen habe — die Angst vor dem Unbekannten — er könne sie nicht ertragen. Schon als Soldat in Afghanistan habe er sich davor gefürchtet, wenn der Muezzin morgens zum Gebet rief. Er heult und schreit. ,,Ich will nicht sterben!'' Eine Bäuerin kommt weinend aus ihrer Kabine gestürzt und erklärt unter Tränen, sie müsse nach Hause. Ihre Kuh Saschka stehe ungemolken im Stall. Sie stammelt etwas von schwarzen Wassern und Wermut. Begriffe aus der ,,Offenbarung des Johannes'' (,,Die Posaunen der Apokalypse''). Eine Ärztin verläßt die Klinik aus Angst vor den verstrahlten Patienten. Sie will noch Kinder bekommen, erklärt sie ihren Kolleg/inn/en.

Dann der Staatsanwalt: Er befragt

Arztin verläßt die Klinik aus Angst vor den verstrahlten Patienten. Sie will noch Kinder bekommen, erklärt sie ihren Kolleg/inn/en.

Dann der Staatsanwalt: Er befragt

die Patienten nach dem Unfallablauf und dem offensichtlich schon länger bekannten Pfusch beim Bau des AKWs. Der General des Zivilschutzes wird in die Mangel genommen, warum er den leicht entflammbaren Baustoff für das Gebäudedach verwendet habe, obwohl bekannt war, daß schon zwei Fabriken mit solchen Dächern abgebrannt sind. Es antwortet der AKW-Direktor: Die Lager waren voll von diesem Material und außerdem wollte man die Frist erfüllen. Einige Arbeiter bestätigen, daß man beim Bau gepfuscht habe, um den Reaktorblock zwei Tage vor Fristende fertigzustellen und die Prämie zu kassieren.

Der Staatsanwalt bohrt weiter. Von dem AKW-Direktor will er jetzt wissen, warum dieser nach dem Unfall erst einmal weggefahren ist, um seine Familienangehörigen in Sicherheit zu bringen und warum er sich nie über Mängel in der Materiallieferung beschwert habe. Da sei sein Vorgänger besser gewesen, wie die Arbeiter bestätigen würden. Dieser habe sich des öfteren beschwert und dafür insgesamt vier Rügen kassiert.

Die Wut der AKW-Arbeiter gegen ihren Chef ist groß. Daß er eine besondere Schuld für die Katastrophe trägt, scheint für sie eindeutig. Ein Patient, der schon vor dem Super Gau in der Klinik war und sich selbst (nach 487 Tagen Klinikaufenthalt und 16 Operationen) ,,Unsterblich'' nennt, will für den AKW-Direktor sogar Knochenmark spenden, damit dieser nicht so schnell wegstirbt und sich so seiner Verantwortung entledigt.

Der Besuch des US-Strahlenspezialisten Kale (statt Gale) in der Klinik ist dann noch einmal Anlaß, nationalen Stolz und Würde zu demonstrieren.



Während der Klinikchef höflich um Kale herumwieselt, schimpft Anna Petrowa, ,,Kandidatin der Wissenschaften'': Die Amis haben selbst keine Spezialkliniken für Strahlenopfer, da ihnen der Dauerbetrieb zu teuer ist. In der Sowjetunion testen sie jetzt Medikamente und sammeln Erfahrungen. Später brüsten sie sich dann als Retter der sowjetischen Opfer. Nach Kales offizieller Verabschiedung aus der Klinik gibt ,,Unsterblich'' ihm noch die dringende Bitte mit auf den Weg: sich in den USA gegen das SDI-Programm zu engagieren, könne es doch den Tod der gesamten Menschheit zur Folge haben.

Die Reaktionen

Die Wirkung des Stückes war in der Sowjetunion (4) völlig anders als in Wien. Während bei der Vorpremiere in Wien keine besondere Betroffenheit zu spüren war — weder Schauspielern noch Publikum war das Thema wirklich nah — soll es in der Sowjetunion ganz andere Reaktionen gegeben haben. ,,*In Belgorod, 300.000 Einwohner, unweit von Kursk, südlich von Charkow, ist ,,Der Sarkophag'' auf zwei Monate hinaus ausverkauft. Das Theater ist zum Bersten voll. Zuschauer aller Altersgruppen. Sie hören gebannt, betroffen zu. Sie nehmen das Geschehen auf der Bühne fast atemlos in sich auf. Zwei Reihen vor mir weint ein älterer Mann. Am Schluß erheben sich die Zuschauer, stehen eine Weile stumm. Der ganze Saal. Dann erst setzt Applaus ein. Junge Mädchen, Frauen tragen Blumen auf die Bühne, türmen*

ein älterer Mann. Am Schluß erheben sich die Zuschauer, stehen eine Weile stumm. Der ganze Saal. Dann erst setzt Applaus ein. Junge Mädchen, Frauen tragen Blumen auf die Bühne, türmen

die Buketts inmitten der Dekoration, überreichen sie den Schauspielern und dem Autor.

Die Aufführung in Belgorod hat etwas von einem Requiem.'' (aus der Programmzeitung des Wiener ,,Volkstheater'')

,,Der Sarkophag'' kann bei aller inhaltlichen Beschränkung m.M. nach mit dazu beitragen, daß die AKW-Problematik in der Sowjetunion auf Massenebene und nicht nur in Intellektuellenzirkeln diskutiert wird. Solche Diskussionen können einen rein integrativen Charakter haben. Sie könnten aber auch eine Chance für die Herausbildung einer grundsätzlicheren AKW-Kritikströmung sein. Auch in einem Land wie der BRD, welches, was Zahl und Leistung von AKW's angeht, in der Weltrangliste an zweiter Stelle liegt, hat dieses Stück natürlich seine Funktion z.B. gegen Verdrängungsmechanismen.

Probleme mit dem Stück hatte die Presse der BRD. Nicht, daß man sich vielleicht gewundert hätte, daß der Probelauf des Stückes in Westeuropa (5) ausgerechnet in dem Land läuft, in dem es nur ein einziges (stillgelegtes) AKW gibt. Nein, die Probleme lagen offensichtlich auf einer anderen Ebene. Von FAZ bis TAZ war man sich darüber einig, daß ,,Der Sarkophag'' vor allem platt und kitschig sei. Bei soviel nationaler Einheit fragt mensch sich natürlich, ob es für diese Kritik noch einen tieferen Grund gibt, etwa daß man sich darüber ärgert, daß ausgerechnet ein sowjetischer Autor mit einem Stück auf den Markt kommt, zu dem es noch kein westeuropäisches Pendant gibt? Paul Kruntorad von der FR hält hingegen den Text des Stückes immerhin für ,,brauchbar''. Das Volkstheater hätte allerdings nur den ,,dürftigste(n) Gebrauch'' davon gemacht. Ein Wenzel Müller in der TAZ moniert, daß die Absicht eines Theaters als ,,*moralische Anstalt, als Erziehungsmittel, als Instrument zur Aufklärung der Bevölkerung*'' allein nicht genüge. ,,*Die atomare Katastrophe mit*

moniert, daß die Absicht eines Theaters als ,,*moralische Anstalt, als Erziehungsmittel, als Instrument zur Aufklärung der Bevölkerung*'' allein nicht genüge. ,,*Die atomare Katastrophe mit*

all ihren Implikationen in einer 2 1/2-Stunden-Aufführung abzuhandeln, ist sogar im Gegenteil eine gefährliche Sache, weil sie notwendige Vereinfachungen und Verniedlichungen unumgänglich macht ... Da droht der Kitsch.'' Das Theater als Ort höchster Ästhetik also lieber sauberhalten vor solcherlei Zeitgeschichte ? Ein Ulrich Weinzierl in der FAZ schließlich spottet: ,,*Ästhetisch betrachtet, repräsentiert ,,Der Sarkophag'' - als Botschaft kaum geringzuschätzen - den dramatisierten ,,Arztroman'' ... ,,Der Sarkophag'' lebt einzig und allein von der Katastrophe, die er beschreibt. Seiner europäischen, ja weltweiten Karriere steht also nichts im Wege.*''

Jede Gesellschaft exportiert eben so gut sie kann. Die Sowjetunion beschränkt sich nicht nur auf radioaktive Stoffe aus der Ukraine, sondern bietet jetzt auch ,,glasnost''-Theater an. Die BRD hat dafür neben hochmoderner AKW-Technologie auch Ausstiegspläne ab zehn Jahre im Angebot. Wenn das nichts ist!

uh

Anmerkungen

(1) Im Herbst läuft das Stück in Bielefeld, Freiburg und Hamburg (dort vom 5.11. bis zum 14.12 im Ernst-Deutsch-Theater, Intendant Paul Rüther)
(2) Zitate sind, wenn nicht anders angegeben, der Wiener Tagespresse entnommen.
(3) Diese Äußerung hat Gubarew in sein Tschernobyl-Stück eingearbeitet
(4) ,,Der Sarkophag'' steht nach der Uraufführung in Tambow (Sowjetunion) - gegenwärtig auf dem Spielplan von sechs Theatern der UDSSR und wird von mehreren Moskauer Bühnen angekündigt.
(5) Weitere Aufführungen sollen demnächst in London (Royal Shakespeare Company), Stockholm und Japan stattfinden. Außerdem verhandeln zahlreiche Bühnen in Frankreich, den Niederlanden und den USA um Aufführungsrechte.

Endlich: Erstmals deutsche Bücher in der DDR

1988 wird in der DDR eine Buchausstellung bundesdeutscher Verlage stattfinden. Das geplante Ereignis veranlaßte den Vorsitzenden des Börsenvereins des deutschen Buchhandels zu Frankfurt am Main, Günther Christiansen dazu, auf der Leipziger Buchmesse dem Westfernsehen ein am 23. März gesendetes Interview zu geben. Im nächsten Jahr, so Christiansen, werde es ,,*erstmals eine Ausstellung deutscher Bücher in der DDR*'' geben.

Man kann es sich schon vorstellen, wie sie die Bücher anstaunen und dabei mühsam buchstabieren werden, unsere Brüder und Schwestern zwischen Oder und Elbe, die seit über vier Jahrzehnten ausschließlich auf russische Lektüre im Original angewiesen sind. Was eine wesentliche und bislang verkannte Ursache für die Schwierigkeiten im deutsch-deutschen Dialog sein dürfte.

So wurden Bürger der sogenannten DDR seit 1949 gezwungen, von ihrem kärglichen Hungerlohn allein zwei Millionen Bücher des berüchtigten sowjetrussischen Agit-Prop-,,Dichters'' K. Tucholsky zu kaufen. Der Dietz-Verlag der SED schreckte nicht einmal davor zurück, unseren Landsleuten den Wortlaut der Rede von Kremlchef Gorbatschow auf der Januartagung des Zentralkomitees der russisch-orthodoxen Kommunisten in einer Auflage von 100.000 aufzudrängen.

Tonnenweise werden jahrein, jahraus Bücher aus Moskau nach Ost-Berlin an manisch-russophile sogenannte ,,Kulturpolitiker'' zur Weiterverteilung verfrachtet. Daraus und keineswegs aus einer von blauäugigen Moskau-Reisenden und Entspannungsfanatikern häufig behaupteten angeblichen Lesefreudigkeit der Sowjetbürger erklären sich auch die in zahlreichen Städten der UdSSR zu beobachtenden Schlangen vor Buchläden.

Gerd Eggeling

Die Leiden

Die Leiden der jungen G.

In einer bekannten Bananenrepublik nicht weit westlich ihres heimischen Vogtlandes war die DDR-Autorin Gabriele Eckart Ende 1986 einige Wochen zu Besuch. Von ihren Reiseeindrücken plauderte sie nach ihrer Rückkehr in die DDR im ,,Spiegel'' (11/87). In der BRD entdeckte sie ,,*zuviel des Guten*'', nämlich ,,*zu viele Taxis, Bananen und Käsesorten*'' — kurzum: ,,*Gerüche von Freiheit*''. Von der ,,Großen Freiheit'' auch, wo sich Gabi die Gegend etwas anders vorgestellt hatte: ,,*Was mich enttäuschte, war die Reeperbahn in Hamburg. Ich hatte mir dort Matrosen mit Schifferklavier vorgestellt*''. Vielleicht sollte das DDR-Fernsehen weniger Hans-Albers-Filme senden?

Auf dem Kiez faßte Gabi Mut und ging in eines jener Sex-Kinos, auf die die Sachsen immer noch verzichten müssen. Im Pornokino blickte das junge Talent bald durch: ,,*Auf der Leinwand gab es Liebe*'', und dies ,,*in unerhörtem Tempo*''.

Was den BRD-Bürgern fehlt, bringt Gabi auf den Punkt: ,,*Die Leute leiden allenfalls darunter, daß sie nichts zu leiden haben*''. Die neuen Leiden der jungen Gabi sind dagegen ernsterer Natur, sie fuhr zurück in die DDR, ,,*schweren Herzens*''.

Den ,,Spiegel''-Lesern im Hause des Zentralkomitees schlägt Gabi Einschneidendes vor: ,,*Ich wünsche jedem der uns Regierenden, einem DDR-Bürger nach seiner Rückkehr aus Westdeutschland in der folgenden Stunde einmal ins Herz zu sehen*''. Seit wann ist Kurt Hager Dr. der Chirurgie?

Gerd Eggeling

Südliches Finale

Über Erasmus Schöfers Roman „Tod in Athen"

Als Verfasser eines in früheren Jahren undenkbaren UZ-Diskussionsbeitrages über „antiquierte Rituale" in der DKP (nachgedruckt in AK 280) ist der Autor Erasmus Schöfer vielen Lesern dieser Zeitschrift erstmals aufgefallen. Doch nicht nur als Kritiker in seiner Partei, auch als Schriftsteller hat Erasmus Schöfer sich einen Namen gemacht. „Tod in Athen" heißt sein jüngstes Buch, ein essayistischer Roman, der für kontroverse Diskussionen sorgte und auf lebhaftes Lob wie auf entschiedenen Widerspruch stieß.

Viktor Bliss, ein vom Berufsverbot betroffener DKP-Genosse und Geschichtslehrer, flieht vor den Frustrationen jahrelanger politischer Arbeit und seiner zerbrochenen Ehe 1980 auf eine griechische Insel. Er lernt griechisch, findet Kontakt zu Einheimischen, auch zu Genossen der griechischen KP, und fühlt sich doch einsam. Einem Freund in der Bundesrepublik, dem Düsseldorfer Metaller-Betriebsrat Manfred Anklam schreibt er eine Karte, es ist ein kurzer Hilferuf. Der Freund spürt, daß Viktor ihn braucht und fliegt nach Griechenland. Anklam, ein parteiloser Linker, steht der (west)deutschen Kommunistischen Partei unserer Zeit skeptisch gegenüber, er empfindet ihre Politik als zu sehr taktierend und zu wenig radikal. Er sucht nach einer politischen Radikalität, die zugleich Wirksamkeit bedeutet.

Bliss ist enttäuscht von seiner Partei. Als prominentes Berufsverbotsopfer fühlt er sich auf ein „Plakat für die Sache" reduziert. Er ist ein kopflastiger Intellektueller, der wegen der Deformationen im realen Sozialismus *„die roten Plätze verschüttet"* findet und dem oft danach ist, *„wegzulaufen ans Ende der Welt"*. Bliss begibt sich dennoch auf die Suche nach Wahrheit im *„Schutt der Widersprüche"*.



Erasmus Schöfer Foto: Weltkreis-Verlag

Ein Diskussions-Roman

Mit ausgiebigen, für meinen Geschmack oft allzu naturalistischen Dialogen, vor allem zwischen Bliss und Anklam, ist der Roman be- bis überladen. Unverkennbar hat dem Autor bei seiner fünf Jahre langen Arbeit an seinem Manuskript Peter Weiss Epochenwerk „Ästhetik des Widerstandes" vor Augen gestanden. Nur an wenigen Stellen gelingt Schöfer eine Dichte, die an das Vorbild Weiss erinnert: So, wenn er über den Einfluß des Kapitalismus auf den Gang der Welt philosophiert (S. 387): *„Der Kapitalismus, den die Klassiker angefault und im Sterben sahen, hat seine Macht allen unseren Kämpfen und Leiden zum Trotz behaupten und mit den schrecklichsten Zerstörungsmitteln der Menschheitsgeschichte bewaffnen können — als mäste er sich an unseren Angriffen, als lecke er sich an unseren Wunden und Niederlagen stark. Leitet er nicht noch unsere Siege durch die Mühlen, bis sie zerrieben sind und unkenntlich für den Sieger? Wie geschieht das, gegen den Auftrag der Geschichte, der schon so klar und reif vor uns lag?"* An dem Versuch der *„Verpflanzung des Fortschritts in die deutsche Geschichte"* ist der gefeuerte Lehrer Bliss nahezu verzweifelt. Die „Immunreaktion" der (West)-Deutschen hat ihn abgestoßen. Angesichts der konkreten Politik seiner Partei und vielfach ausgebliebener Erfolge steht Bliss am Rande der Resignation. *„Die Aktionen, die die Parteiführung beschloß, waren notwendig, aber oft undurchführbar oder liefen ins Leere. Analysen und Voraussagen der Partei würden sich bewahrheiten, irgendwann..."* In der „UZ" erntete Schöfer mit solchen Betrachtungen und der Figur des Viktor Bliss keinen Beifall: *„Warum nur hat Erasmus Schöfer diesen Bliss mit allem und jedem befrachtet, was an Kopf- und Bauchschmerzen, echten wie eingebildeten, auf dem Markt ist?"* klagte Oskar Neumann („UZ", 19.4.86)

Schlüsselerlebnis SED-Parteitag

Auf Mißfallen stießen auch Schöfers Reflektionen über einen SED-Parteitag: *„Was ist das für ein Kommunist, dem die Einmütigkeit eines Parteitages den Geschmack am Inhalt verdirbt, weil sie ihm als ‚kollektive Entmündigung' erscheint?"* (Oskar Neumann, ebenda). Schöfer hatte geschrieben (S. 165/66): *„Vielleicht ein Schlüsselerlebnis das, als sie Gäste waren im Palast der Republik, beim Parteitag der SED. Seine eigenen Genossen, die am Abend gesoffen hatten wie die Kosaken, krachend respektlose Witze über die Führer der Parteien, seine Unfähigkeit, herzhaft einzusteigen in das Gelächter, das keiner so gewagt hätte im Angesicht der Belachten — von welchen Ohnmachtsgefühlen, Frustrationen mußten sie sich mit diesem Gelächter befreien? — die erstarrten mit allen zu einer klatschenden, einstimmigen Kulisse, sobald sie am Morgen den feierlichen Sitzungssaal betraten. Hatten die Köpfe geschüttelt, befremdet über soviel demonstrativen Eigenwillen, als er sich am dritten Tag auf einen anderen als den zugewiesenen Platz in ihrer Delegation setzte. Was da verhandelt und berichtet wurde, aus dem Alltag der sozialistischen Republik, Erfolge, Schwierigkeiten, Pläne, das billigte er. War aber diese ritualisierte Form der Darstellung von Stärke und Geschlossenheit nicht umgeschlagen in einen längst überflüssigen, den einzelnen einschüchternden, lähmenden Ausdruck kollektiver Entmündigung? Da verlor sich doch der Reiz, die Verführungskraft des Guten im Gepränge der Macht?*

Die Spontaneität, der Zufall, die Idee, die provozierende Phantasie waren aus diesen Veranstaltungen ihrer Parteien herausgefiltert, ebenso wie der Zorn, die unübersetzte Empörung vom vorformulierten Pathos ersetzt war. Jedes politisch nicht genau orientierte Gefühl war verpönt, und das machte diese Kundgebungen für den Gegner vielleicht furchtbar, für die Masse der Außenstehenden, zu Überzeugenden aber doch auch". Wie kann ein Kommunist, der Augen hat zu sehen und Ohren hat zu hören, die Wahrhaftigkeit dessen, was Schöfer über die Atmosphäre des von ihm miterlebten Parteitages schreibt, ernsthaft bestreiten?

Es gab auch andere Stimmen aus der DKP und ihrem differenzierten Umfeld zu Schöfers Buch. Frank Benseler lobte in der „Deutschen Volkszeitung" (11.4.86) u.a. Schöfers Verlangen nach *„Abrechnung mit überdauerndem Stalinismus"* und würdigte den Roman als *„ein Buch der Widersprüche, der stillen Wut über die Stärke des Kapitalismus, der heimlichen Hoffnungen auf das ganz andere, nicht bezahlbare: Solidarität, Zusammenarbeit, Glück, Erinnerung und Gegenwart in einer Welt, die von Ungerechtigkeit erfüllt ist"*. Ein Rezensent im MSB-Spartakus-Organ „rote blätter" kam sogar ins Schwärmen. Schöfer habe *„kompositorische Strenge mit makelloser sprachlicher Schönheit"* verbunden. Da übersah der Rezensent großzügig auch die Stilblüten Schöfers, der schon mal das Gras wachsen hört (*„Von nah sah das Wasser noch kälter aus"* — S.21) und auf einem Lieferwagen *„hysterisch quiekende Schweine und Ferkel"* — S. 424) wahrnahm. Unabhängig von solchen vereinzelten stilistischen Schnitzern erweist sich der Autor als bemerkenswerter Griechenlandkenner, der es versteht, den Lesern Eindrücke vom Lebensgefühl und nicht zuletzt der Geschichte des griechischen Volkes zu geben. Das dürfte nicht nur für den Rezensenten, der sich statt in Griechenland nur in einigen griechischen Lokalen Hamburg-Eimsbüttels auskennt, von Interesse sein, sondern auch für manchen Kultur- und Geschichtsbanausen unter den nach Griechenland reisenden linken Touristen. Viktor Bliss möchte einen progressiven Reiseführer über das Balkanland schreiben, einen *„Baedecker des Volkswiderstandes"*. Etwas davon hat auch der „Tod in Athen".

Kein Happy End

Doch zurück zu Viktor Bliss und Manfred Anklam. Auch der Freund Manfred kann die Wehleidigkeit Viktors nicht vertreiben, der sich als *„Kopf ohne Körper"* empfindet und das Gefühl hat, auf Glas zu gehen, in dem sich schon Risse zeigen. Manfred Anklam, ein praktischer Mensch, ironisiert Viktors einander widersprechende Ansprüche. Der Düsseldorfer Maler meint, Viktor wünsche sich eine *„heroische Arbeiterpartei aus hundertprozentigen Individualisten"*. Viktor und Manfred erfahren, kurz bevor sie in die BRD zurückreisen wollen, daß eine junge griechische Genossin, Sotiria, bei einer Streikkundgebung vor einer Fabrik von einem Busfahrer mit Absicht überfahren und getötet wurde. Der Tod Sotirias mobilisiert Tausende, die ihre Trauer, ihre Wut und ihre Empörung, ihren Willen nach einem Leben im Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Knüppelgarden rauslassen. Viktor Bliss will etwas über das Leben der getöteten Genossin erfahren, spricht mit Mitgliedern der kommunistischen Partei (KKE), und findet eine Freundin Sotirias, Katina. An einem Abend, den die Beiden gemeinsam verbringen, erreicht sie ein Anruf von Genossen. Rechte Provokateure legen Brände am Rande der griechischen Hauptstadt, eine kriminelle Strategie des kalkulierten Chaos. Die griechischen Kommunisten fahren zur Brandbekämpfung, Viktor fährt mit ihnen. Im Kampf gegen die Flammen wird er schwer verletzt. Sein Freund Manfred hat schon zuvor telefonisch aus Düsseldorf eine schlimme Nachricht erfahren. Er ist entlassen worden, mit Zustimmung des Betriebsrates, wegen seines Engagements für eine Umweltschutzinitiative.

Das Happy End, der Sieg, der Triumph des positiven Helden, bleibt aus. Aber so ist auch das Leben manchmal.

Gerd Eggeling

Erasmus Schöfer: Tod in Athen, Roman, Weltkreis-Verlag, 436 Seiten, 28 DM

„Zeitgenossen"

Eine Anthologie aus der DDR

Stärken und Schwächen der heutigen DDR-Literatur zeigen sich in kaum einem neuen Buch aus dem östlichen deutschen Staat so deutlich wie in der vom Schriftstellerverband der DDR herausgegebenen Anthologie „Zeitgenossen". Mehr als zwei Dutzend Autoren und Autorinnen verschiedener Generationen haben in diesem Band mit Persönlichkeits-Porträts Proben ihres Könnens gegeben.

Das verbreitete Vorurteil, Vorworte seien stets ebenso langweilig wie überflüssig, widerlegt Hermann Kant, Präsident des Schriftstellerverbandes der DDR, in einer viereinhalbseitigen Vorbemerkung. Knapp und pointiert arbeitet Kant einige Besonderheiten der DDR-Literatur heraus, die sie von der anderer, vor allem westlicher Länder unterscheiden. Die Literatur der DDR habe *„ausgesprochen vorsätzlich an gesellschaftlichen Änderungen teilgenommen"*. DDR-Autoren seien *„arbeitende Leute unter arbeitenden Leuten"*.

Anlaß für die Herausgabe dieser Sammlung neuer und zuvor unveröffentlichter Texte war der XI. Parteitag der SED 1986. Kant, der auf besagter Veranstaltung ins Zentralkomitee der Partei gewählt wurde, erwähnt den Anlaß der Edition, ohne in devote Grußbezeugungen und untertänigste Danksagungen an die Partei, ihren Generalsekretär, ihre hilfreiche und allzeit korrekte Politik zu verfallen. Solch nüchterner Umgang mit der Realität ist in der politischen Kultur der DDR noch keineswegs allgemein selbstverständlich.

In der Geschichte der DDR-Literatur, so Kant vielsagend, habe es nicht wenige Mißverständnisse gegeben und solche, die der grotesken Züge nicht entbehrten. Die Literatur der DDR sei in gewisser Weise deren Journal, das Journalistische sei einer ihrer wichtigsten Züge. Dies trifft nicht zuletzt für diese Anthologie zu. Daß dabei manchmal nicht nur die Vorzüge eines lebensnahen, reportageähnlichen oder dokumentarischen Stils zu Tage treten, zeigt der langweilende Beitrag Erik Neutschs über einen Marathonläufer ähnlich wie der hausbackene Text Günter Görlichs über einen Meister eines Elektrobetriebes in der Hauptstadt der DDR. Die Zutaten dieser beiden in einigen DDR-Medien gern gelobten Schreiber zu der Anthologie überschreiten kaum das Niveau von Artikeln in SED-Bezirkszeitungen.

Junge Autorinnen

Die meisten anderen Beiträge des Bandes allerdings sind von schönfärberischer Bemühtheit frei. Besonders die teils dokumentarliterarischen, teils erzählerrischen Texte vor allem jüngerer DDR-Schriftstellerinnen zeichnen differenzierte Persönlichkeitsbilder, zeigen Zwischentöne, geben Eindrücke von Empfindungen bei Begegnungen.

Waltraud Lewin schildert einen Jungen, der im Schulfach „Staatsbürgerkunde" abwechselnd eine Eins und eine Fünf bekam, *„beides, weil er soviel weiß und trotzdem noch soviel fragt"*. Sie schildert den Alltag eines alten Spanienkämpfers und Rentners, der den „absoluten Durchblick" in der Einschätzung der Weltlage hat, im persönlichen Bereich aber rührend naiv und unsicher ist.

Daniela Dahn charakterisiert in einem Gesprächsprotokoll einen Bauarbeiter aus Berlin/DDR, der als „Aktivist" ausgezeichnet wurde, in den fünfziger Jahren aber noch zu jenen Pendlern zwischen den Welten gehörte, die sich mit hohen Westberliner Löhnen und billigen DDR-Mieten ein angenehmes Leben machten. In dem Text Daniela Dahns wird die Selbstgerechtigkeit dieser „silbergrauen Eminenz" ebenso deutlich wie sein Sozialismusverständnis eigener Art: *„Ich finde, wenn man alles wahrnimmt, was hier so vorteilhaftes geboten wird, dann ist man ooch Sozialist"*. Nach einem Besuch bei seiner Schwester in Westberlin macht dieser Mann die treffende Feststellung, sie habe dort nicht *„det Eingebundensein"* wie in der DDR. Zum Schmunzeln anregend ist die kaum zu bezweifelnde Erkenntnis jenes Werktätigen aus der DDR-Hauptstadt, *„daß der Rote Wedding seinen Charakter irgendwie verloren hat"*.

Ruth Werner (Ursula Kuczynski, durchaus verwandt mit dem gleichnamigen Wirtschaftshistoriker, er ist ihr Bruder) die in jungen Jahren als „Kundschafterin an der unsichtbaren Front" dem Imperialismus ein wenig in die Karten guckte, schreibt über einen alten KPD-Genossen in leitender Funktion, der in der DDR schon deshalb nicht habe Minister werden können, weil er Orden grundsätzlich ablehnte.

Christine Lambrecht beschreibt den Lebens- und Arbeitsstil des 1984 verstorbenen Malers Günter Glombitza. Seine Bilder (am bekanntesten über die DDR hinaus ist sein „Junges Paar") geben immer wieder Anstöße zu lebhaften Diskussionen. Die Autorin beschreibt Glombitza als impulsiven Menschen, *„der unbequem sein konnte, schon weil er ungeduldig war und heftig, als hätte er keine Zeit zum Träumen"*. Sie beschreibt ihn als jemanden, der spontan Freundschaften suchte, aber auch zornig sein konnte: *„Dieser Zorn richtete sich meist gegen die eigene Ohnmacht, gegen Phrasen, Ungerechtigkeit und selbstzufriedenes Mittelmaß"*. In der Kombination von Dokumentarliterarischem und Prosa, in der Genauigkeit und Intensität der wiedergegebenen Beobachtungen gehört dieser Text zu den inhaltlich wie ästhetisch gelungendsten Beiträgen der „Zeitgenossen"-Anthologie.

Blicke über die DDR hinaus

Einen aktuellen Blick über die DDR hinaus wirft Christiane Barckhausen in ihrem Interviewprotokoll „Die Bäuerin im Abendkleid — Eine Begegnung in Managua". Die Autorin, eine genaue Kennerin Nicaraguas und der nicaraguanischen Revolution persönlich eng verbunden, schreibt über eine Frau, die als Bäuerin arbeitete und unter ärmlichen Bedingungen zehn Kinder zur Welt gebracht hat. Sie wurde Kommunistin, was dem Somoza-Regime nicht verborgen blieb. Banditen der Somozaschen „Nationalgarde" verschleppten und vergewaltigten sie. Bei ihrem Mann, einem Genossen, fand sie danach statt Halt und Unterstützung ätzende Eifersucht und Brutalität. Eines Tages vergewaltigt auch er sie.

Seither lebt sie nur mit ihren Kindern zusammen und ist in verschiedenen Funktionen für die FSLN tätig. Eindrucksvoll sind die Schilderungen der Genossin über ihre Erlebnisse, Gefühle und Gedanken beim Sieg der Volksrevolution im Sommer 1979. — Über eine Genossin schreibt auch Helmut Sakowski in einem bewegenden Bericht über eine deutsche jüdische Kommunistin, die Auschwitz überlebte und sich in der DDR bewußt heimisch fühlt — der Antifaschismus als stabiles Grundelement der DDR-Gesellschaft wird in diesem wie auch in einigen anderen Beiträgen des Bandes spürbar.

Wünsche nach Veränderungen im Sozialismus, nach der vollen Inanspruchnahme der Ansprüche der neuen Gesellschaft werden direkt und indirekt auf verschiedene Weise formuliert. So befaßt sich Juri Brezan, ein Angehöriger der sorbischen (slawischen) Minderheit in der DDR, in seinem wie ein Märchen erzählten Beitrag mit Umwelt- und Wasserverschmutzung, Gerhard Holtz-Baumert (Vizepräsident des Schriftstellerverbandes und Mitglied des ZK der SED) schildert die Aktivität eines unkonventionellen FDJ-Funktionärs, und Juri Krawza benennt das Gefühl einer Arbeiterin in einer Weberei: *„Wie kannst Du eine Arbeit lieben, deren Einförmigkeit Dir das Hirn ausfrißt und deren Lärm Dich betäubt und wo Du nach acht Stunden manchmal nicht mehr weißt, ob Du Männchen oder Weibchen bist"*.

„Personenkult"?

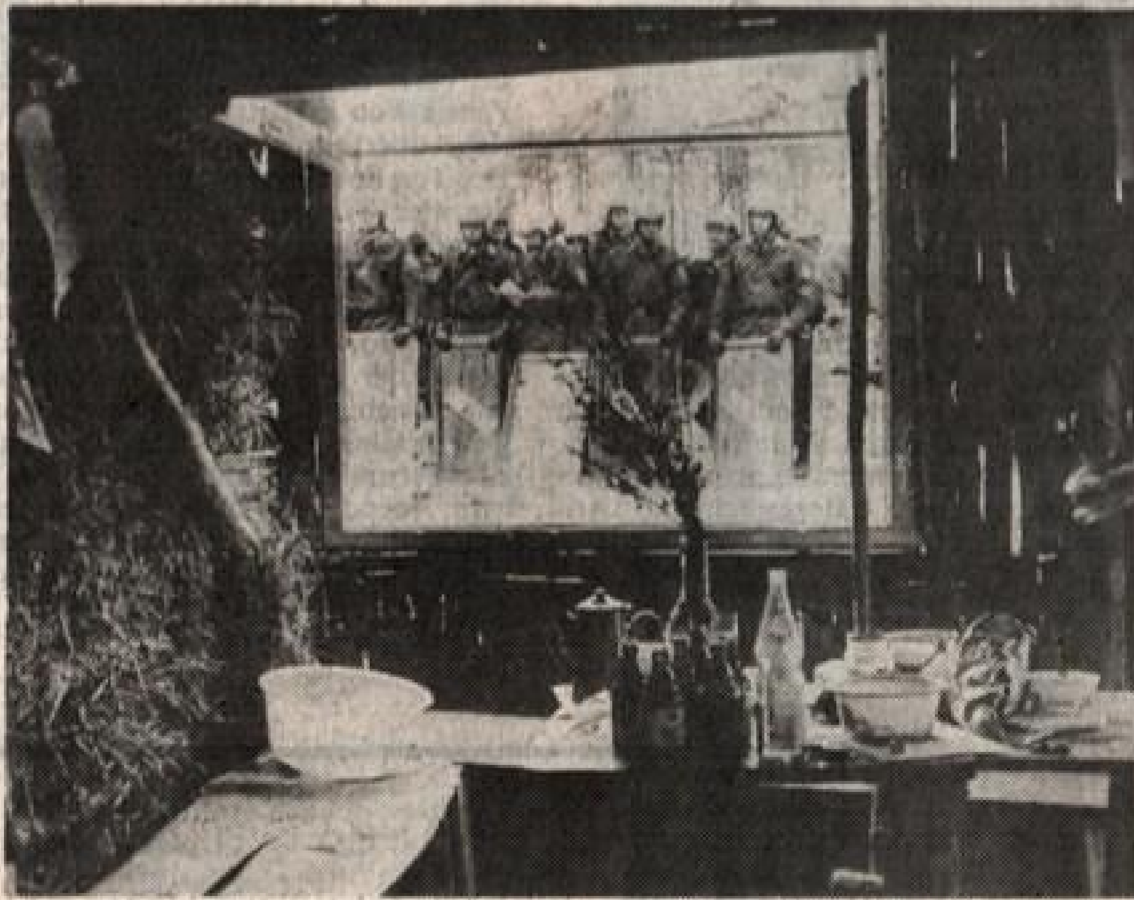
An einigen Stellen des Bandes wird aber auch übertriebene Zurückhaltung erkennbar, — wenn von der Stalinzeit die Rede ist. Der ansonsten nicht auf den Kopf gefallene Autor John Erpenbeck berichtet vom Leben eines deutschen Naturwissenschaftlers im Exil in der Sowjetunion Ende der dreißiger Jahre. Dabei schreibt er treuherzig, dies sei *„eine schöne, aber zuweilen auch schwere Zeit"* gewesen, *„erschwert besonders durch negative Auswirkungen des Personenkults, die sich bis in die eigene Familie hinein auswirkten"*. Man könnte fast annehmen, damals habe jemand wegen der Überfülle von Stalin-Bildern auf der Straße einen Herzinfarkt erlitten, wüßte man nicht, daß mit solch verniedlichender Begrifflichkeit Verhaftungen und Morde der stalinistischen Geheimpolizei GPU vernebelt werden. Sowjetische Autoren sind übrigens, was diese Thematik angeht, weit weniger zurückhaltend als einige ihrer Kollegen in der DDR. Bleibt zu hoffen, daß die Gorbatschowsche Dynamik ihre Wirkung auch auf den DDR-Literaturbetrieb nicht verfehlen wird. Trotz solcher Defizite zeigt die Anthologie „Zeitgenossen" insgesamt einiges vom Bewußtsein und Selbstbewußtsein der Literatur der DDR, der die Eigenständigkeit im Lande Kohls und Konsaliks bis heute gern abgesprochen wird.

Gerd Eggeling

Zeitgenossen, DDR-Schriftsteller erzählen, Verlag Neues Leben, Berlin (DDR), 370 Seiten. In der BRD bestellbar in den „collectiv"-Buchhandlungen und im sonstigen wohlsortierten linkslastigen Buchhandel.

Günter Zint, Gebrauchsfotograf

„Zint lag schon immer ein bißchen verkehrt zur Herrschaft," schreibt Jörg Boström, Professor für Fotografie im Geleitwort zu Günter Zints Fotoauswahl aus 25 Jahren Arbeit, die im Galgenberg-Verlag unter dem Titel *Leichte Schläge* erschienen ist. Aber, so Boström weiter, „der Kämpfer mit der Kamera leckt nicht seine Wunden, er wird zum Eulenspiegel, zum Satiriker, zum erotischen und politischen Utopisten, zum Anarchisten aus Instinkt."



Gorleben, 1980

Günter Zint, 1941 in Fulda geboren, als Schüler mehr dem Fotografieren als dem Vokabelbüffeln zugeneigt, verließ die Schule mit einem unfreiwilligen „Quarta-Abitur" und verschaffte sich hinter dem Rücken der Eltern eine Ausbildung als Fotoredakteur bei der Deutschen Presseagentur. Er arbeitete als Fotoreporter für *Quick* und *Twen* bis er, um der Bundeswehr zu entgehen, 1963 nach Schweden und England ging. Mit der Beatwelle kehrte er in die BRD zurück und fotografierte für die Musikzeitschrift *OK*. Als Springers *Bravo* diese Zeitschrift schluckte, wechselte er — „ich hatte durch meine damalige Frau schon einiges an politischem ‚Durchblick'" (Zint) — zum *Spiegel*. Schon zuvor hatte er, als Fotoreporter hochbezahlt, linke Gruppierungen unterstützt, u.a. eine Gruppe, die GIs, die nicht nach Vietnam wollten, nach Schweden schleuste.

Während seiner Reportagen über die ApO für den *Spiegel* lernte er eine Menge Leute kennen, die ihn „politisch überzeugten" (Zint): Rudi Dutschke, Ulrike Meinhof, Jürgen Horlemann, Karl Heinz Roth, und arbeitete im SDS mit. Der Geschäftsführung des *Spiegel* mißfiel, daß ihr Reporter Demonstrationen nicht nur ablichtete, sondern auch aktiv daran teilnahm. Zint wurde vom Verlagschef „mit Fakten aus (seinem) Privatleben konfrontiert, die er nur vom Verfassungsschutz haben konnte" und kündigte dem *Spiegel* daraufhin seine Mitarbeit. Zint sei, sandte ihm der *Spiegel* — darauf anspielend, daß ihm bei einem Reportageeinsatz von Polizisten Kamera und Hand zertreten worden waren — zynisch in einer „Hausmitteilung" hinterdrein, er sei „spätestens unter den Stiefeln Berliner Polizisten auf den Weg zum Sozialismus gestossen" worden. Mindestens ebenso wie Zints Demonstrationsteilnahme und sein Leben in einer Hamburger Kommune dürfte dem *Spiegel* mißfallen haben, daßZint, nachdem er die von ihm mitbegründete „Gegenboulevard-Zeitung" *St. Pauli-Nachrichten* — Zint: „Die Abbildung einer nackten Person war damals (Ende der 60er) fast eine revolutionäre Tat." — verlassen, die *APO-Press*, nicht zuletzt ein gegen die bürgerliche Presse gerichtetes Organ, mit einigen Freunden gegründet hatte.

fast eine revolutionäre Tat." — verlassen, die *APO-Press*, nicht zuletzt ein gegen die bürgerliche Presse gerichtetes Organ, mit einigen Freunden gegründet hatte.

Politische Fotografie in der BRD

„Mit politischen Fotos", schreibt Zint im „Vorweg!" zu seinem Buch, „ist in diesem unserem Lande kein Geld zu verdienen." (Erst jüngst meldete die *Hamburger Rundschau*, daß die von Zint gegründete und nun im Kollektiv betriebene Agentur PAN-FOTO vor dem Konkurs stehe.) Andere Fotografen, die, wie Zint, in der Zeit der APO die Bedeutung politischer Fotografie — als Mittel der Information wie Geginformation und der Geschichts„schreibung" entdeckten — haben darauslängst ihre Konsequenz gezogen. Michael Ruetz, um nur ein Beispiel zu nennen, dem eine der besten fotografischen Dokumentationen der Westberliner APO von 1966-69 zu danken ist (1980 von Zweitausendeins verlegt), wandelt fotografisch längst *Auf Goethes Spuren* (1978) und im *Land der Griechen* (1981) — so die Titel von luxuriös ausgestatteten Bänden, die, gefüllt mit ästhetisierender Lichtbildnerei, zu Preisen von weit über hundert Mark gehandelt werden.

Daß Zint seit annähernd zwanzig Jahren und als „freier Fotograf" politische Fotografie machen kann, das verdanke er, schreibt er, nur seinen verschiedenen Standbeinen. „Ich habe mich, neben der politischen Fotografie, immer im Showgewerbe, Musikgewerbe und auch mit Milieufotografie auf St. Pauli über Wasser halten können. Politische Fotos, die sich kritisch mit den Zuständen in der Bundesrepublik auseinandersetzen, haben so gut wie keinen Markt. Sie werden allenfalls von Bürgerinitiativpublikationen oder kleinen linken Zeitungen, die selbst keine wirtschaftliche Grundlage haben, abgedruckt." Ist von kritischer politischer Fotografie schon nicht zu leben, wird die Existenz politischer Fotografen zusätzlich noch von den Klagen „Geschädigter" bedroht. Der Springer-Verlag wollte Zint mit einer Klage im Streitwert von 500.000 DM in den wirtschaftlichen Ruin treiben. „Mit Juristerei, Streitigkeiten und Geldproblemen" habe er wie auch andere politische Fotografen hierzulande, schreibt Zint, „mehr zu tun, als mit dem eigentlichen Fotografieren."

Brokdorf, tote Flüsse und St. Pauli

Die bisher von Günter Zint vorgelegten Fotodokumentationen behandeln jeweils ein bestimmtes Thema, erzählen eine bestimmte Geschichte. So im Zweitausendeins-Taschenbuch *Gegen den Atomstaat*, das 1979 bis 1984 in achtzehn Auflagen, ständig aktualisiert, von dreihundert auf sechshundert Seiten anwuchs, und das mit seinen Stationen — Brokdorf, Gorleben, Grohnde, Malville, Kalkar, Almelo, wieder Gorleben, Hannover, wiederum Brokdorf — als fotografische Geschichte der Anti-AKW-Bewegung seit 1976 bis in die frühen 80er gelten darf.

1980 erschien (ebenfalls bei Zweitausendundeins) die großformatige Foto- und Textdokumentation *Republik Freies Wendland*, herausgegeben von Zint, der auch den allergrößten Teil der rund fünfhundert Fotografien dieses Bandes beisteuerte.

In dem „St. Pauli Bilderbuch" *Die weiße Taube flog für immer davon* (1982 im Hamburger Kabel-Verlag er-

dieses Bandes beisteuerte.
In dem „St. Pauli Bilderbuch" *Die weiße Taube flog für immer davon* (1982 im Hamburger Kabel-Verlag er-

schienen, später als Rowohlt-Taschenbuch) porträtierte Zint, mit Unterstützung zahlreicher Autor/inn/en und einiger Maler vom „Kiez", seine Nachbarschaft. „Wem bei den Worten Huuuure und Borrrrdelll eine erotisch-schaurige Gänsehaut wächst," stellt Zint klar, „der hat sein Geld mit der Anschaffung dieses Buches falsch investiert." Jörg Boström wertet die Aufnahmen, die Zint in den Bordellen, den Hinterzimmern und in den Garderoben der "Sex-Shows" gemacht hat, als „realistische Aktfotografie", die ansonsten kaum zu finden sei — in die Mammutausstellung „Das Aktfoto" wie in die mittlerweile zwei dazugehörigen voluminösen Kataloge ist — „natürlich" — Zint mit seinen Arbeiten nicht aufgenommen.

Gemeinsam mit Inge Kramer erzählte Zint die Geschichte der *Menschen am Fluß — Die Vernichtung von Lebensraum an unseren Gewässern und Versuche einer Rettung* (Rasch und Röhring, 1985). Ein schrecklich schöner, ein traurig schöner Band — „moderne Landschaftsmalerei" nennt Boström die Aufnahmen, die so gar nicht „sensationell" sind sondern vielmehr allmählich wirkend: „Zeitzünderfotos".

Die Stärke der Arbeiten Günter Zints, die Wirkung seiner Fotografien liegt nicht — oder nur höchst selten — im („sensationellen", „ästhetisch hochbefriedigendem" oder sonstwie) Einzelbild. „Zint ist ein Epiker, ein Erzähler mit Fotografien" (Boström). Wesentlicher noch: Bevor er fotografiert und während er fotografiert, nimmt er selbst am Geschehen teil, ist Teil der Bewegung, der Aktion, die er ablichtet. Wolf Biermann über die Fotos in *Atomstaat*: „Diese Fotos sind nicht aus der Loge herunter in die Arena gemacht, diese Dokumente entstanden im Getümmel. Und die schlimme Schönheit dieser Bilder zeigt die Wahrheit des Satzes: Der Beobachter sieht nichts. Der Kämpfende aber mit seinem ausgeschlagenen Auge sieht noch immer besser als ein Zuschauer, wenn er glotzt." Und Günter Wallraff, mit dem Zint seit den 60ern zusammenarbeitet und an dessen wichtigen Aktionen er fast ausnahmslos beteiligt war: „Zint ist — in der Tradition eines Filmers wie Joris Ivens stehend — der Typ des mitagierenden ‚operierenden' Teilnehmers am zu dokumentierenden Geschehen. Er ist damit das Gegenteil des heute marktgängigen, von den Medien gezüchteten Sensationsreporters." Denen er jedoch, sei hinzugefügt, keinesfalls unterlegen ist, was das Gespür und den Blick für entscheidende Situationen angeht — unter seinen Kollegen ist gängige Erkenntnis: „Man muß nur Zint folgen, und man kann sicher sein, daß man dort ist wo's losgeht."

In seinem neuesten Band *Leichte Schläge* werden die Bedeutung der Arbeit von Günter Zint und seine eigentlichen Stärken, die des „Epikers" und des „operativen Fotografen", leider aber wohl unvermeidlich weniger deutlich, da es sich hier nicht um die Dokumentation eines begrenzten Bereiches handelt (sofern man „25 Jahre Fotoreporter" nicht als solchen betrachten will), sondern Zint Beispiele aus 25 Jahren Arbeit vorstellt: beginnend mit einer „Mauer-Reportage" aus dem Jahre 1962 und typischen Agenturfotos (von „Einschulung" bis „Bundeswehrmanöver") über die Beatles und andere Stars und auch Sternchen der 60er zu den Songfestivals auf Burg Waldeck dann zur APO, Pariser Mai, Innenansichten des Hauses „Spiegel",

wehrmanöver") über die Beatles und andere Stars und auch Sternchen der 60er zu den Songfestivals auf Burg Waldeck dann zur APO, Pariser Mai, Innenansichten des Hauses „Spiegel",

Mädchen, Rocker, schließlich Demonstrationsfotos aus jüngerer Zeit, Bilder einer Türkeireise, Fotos von seiner kurzfristigen Mitgliedschaft bei Otto Mühls AAO (ein einigermaßen dunkler Flecken, den Zint aber eben nicht verschweigt). Beispiele seiner Arbeit als Standfotograf beim Film, Wallraff bei Springer und als Türke Ali beim Aschermittwochstreffen der CSU, Nazis, Umwelt, Brokdorf, Grohnde, Kalkar, Malville, schließlich St. Pauli. „Das ist Geschichte," sinniert Jörg Boström beim Betrachten einer Vorauswahl von Fotos für *Leichte Schläge*, „der BRD, der Revolten, der Erotik, des Bildjournalismus und des Günter Zint, Arbeit eines ‚Gebrauchsfotografen' (Zint über Zint)."

Wallraff, visionär in seinem Geleitwort zu *Leichte Schläge*: „In einer fernen Zeit, die wir ganz sicher nie erleben und vielleicht auch nie erreichen werden, wird das alles, was er heute dokumentiert und mit erschreckender Deutlichkeit fixiert, als Kunstdokument vergangener Zeiten an die schlimmsten Unterdrückungen und Ausbeutungen dieser Epoche erinnern."

Im Hier und Jetzt allerdings sollten wir Zint nehmen wie er selbst sich begreift: als Gebrauchsfotografen, als einen, der nützliche Dinge herstellt, für unsere Erinnerung, unsere Wut, unseren Kampf. Und für unsere Hoffnung.

K., Hamburg

Günter Zint: Leichte Schläge ... 25 Jahre Fotos von Günter Zint. Mit Texten von Günter Wallraff, Inge Kramer und Jörg Boström. Hamburg: Verlag am Galgenberg, 1987. Pb., 20x29 cm, 192 S., 450 Fotos, DM 29.80

Bruno Tesch: Ausgrenzung bis nach dem Tod

In Hamburg, im alten Arbeiterviertel Altona, ist eine staatliche Schule nach einem jungen Kommunisten benannt worden, den die Nazis nach einem Sonderprozeß 1933 hinrichten ließen — Bruno Tesch.

Der Hamburger Schulsenator Joist Grolle hat sich schwergetan, diese Namensgebung, die von Schülern, Eltern und Lehrern gefordert worden war, zu genehmigen. Kein Wunder: Der Mann hat sich schon Mitte der 70er Jahre — damals noch Minister in Niedersachsen — standhaft geweigert, die Universität in Oldenburg nach dem Pazifisten und radikalen Demokraten Carl von Ossietzky benennen zu lassen. Schon damals zog er im Namensstreit den kürzeren. Und jetzt wird ihm in Hamburg gar ein Kommunist als Namensgeber zugemutet. Es kam wie es kommen mußte: Grolle grollte und bockte. Ein Kommunist kann nicht Vorbild der Jugend sein; immerhin habe dessen Partei der Weimarer Republik mit das Totengrab geschaufelt ... . Über etliche Seiten ließ sich der ehemalige Professor für Politische Wissenschaften über den „Niedergang" Weimars aus, um zu begründen, warum die Schule keineswegs Bruno Tesch's Namen tragen dürfe.

Die Entscheidung ist typisch hanseatisch. Schließlich hatte man in der Stadt schon 1956 die Ernst-Thälmann-Straße (die 1946 diesen Namen bekam) in Budapester Straße umbenannt, als sowjetische Truppen in Ungarn einmarschierten. Auch ob denn die von den Nazis ermordeten KPD-Abgeordneten der Bürgerschaft namentlich auf einer Gedenktafel im Rathaus genannt werden dürften, löste erbitterten Streit aus. Und ein Hamburger Schulsenator hatte 1971 in der Bundesrepublik wieder offiziell das Berufsverbot für Lehrer eingeführt. Da sind Namensverbote nur das kleinere Problem.

Durchhalten konnte der Senator seine Entscheidung allerdings nicht. Schüler der Gesamtschule machten ein weit beachtetes Theaterstück über Bruno Tesch's Schicksal, sozialdemokratische Parteifreunde und Umfeld bestürmten Grolle. Und der machte auf lernfähig — obwohl er gerade bewiesen hatte, daß er nach dem Flop mit dem Ossietzky-Namensverbot in Niedersachsen nichts daszugelernt hat. Es ist (mal wieder) Wahlkampf in Hamburg und so genehmigte er dann den bisher verbotenen Namen. Zur zweiten Hinrichtung des Bruno Tesch konnte man sich dann im Senat wohl doch nicht entscheiden.

verbotenen Namen. Zur zweiten Hinrichtung des Bruno Tesch konnte man sich dann im Senat wohl doch nicht entscheiden.

Ein Kommunist, der gar keiner war?

Angeblich entscheidend für Grolles Rückzieher war die Empfehlung eines Altersgefährten von Bruno Tesch — des rechten Sozialdemokraten Kalbitzer, der Grolle brieflich mitteilte, damals hätten die jungen Menschen gar keine Orientierung gehabt, Bruno sei ein anständiger, antifaschistischer Arbeiterjunge gewesen, der es verdient, daß eine Schule nach ihm benannt werde.

Damit war eine goldene Brücke gebaut: die Schule wird nicht mehr nach einem Kommunisten benannt, sondern nach einem Arbeiterjungen. Und so fand dann im April eine Umbenennungsfeier statt, auf der (typisch Schule) Unmengen von Reden gehalten wurden — überwiegend mit dem gleichen Tenor: Man solle doch mal vergessen, daß der Junge Kommunist war. Hauptsache sei, daß er gegen die Nazis war. Der Landesschulrat — radikalenerlaßgehärtet (der Mann ist seit Menschengedenken Schulrat) — erzählte vom Totalitarismus. Der Schulleiter lobte den Schulsenator. Und der Sozialdemokrat Kalbitzer erzählte den Anwesenden, daß der Streit zwischen KPD und SPD von vor fünfzig Jahren doch „Schnee von gestern" sei, mit dem sich die Schüler lieber nicht weiter beschäftigen sollten, weil das nur Ärger gäbe. Nur einige alten Genossinnen und Genossen von Bruno tanzten aus der Reihe, weil sie dazu aufriefen, auch in Zukunft wachsam zu sein, da man der Schule den kommunistischen Namen leicht wieder streitig machen könnte.

Der Hamburger Schjulsenator ist nicht dumm. Man möchte ihm zutrauen, daß sein Verhalten in dieser Sache — erst ablehnen, dann einlenken — Taktik war. Hat er mit seiner ersten Ablehnung es doch geschafft, die Befürworter der Umbenennung unter Druck zu setzen, sich von Brunos Mitgliedschaft bei den Kommunisten zu distanzieren und wesentlich auf den „anständigen Menschen" abzustellen. Das hat man immerhin auch schon in früheren Jahren Bewerbern für den Schuldienst abverlangt. Und warum soll man liebe Gewohnheiten so ganz aufgeben.

Man hat das Problem elegant gelöst. Die Schule ist nach Bruno Tesch benannt. Und der ist nachträglich aus der Mitgliedsliste der Kommunisten gestrichen. Wehren kann er sich ja nicht mehr. Damit hat man auch gleich Antworten parat für den Geschichtsunterricht, wenn Schüler denn doch mal fragen sollten nach der Rolle des kommunistischen Widerstandes. Es gab eben auch bei denen anständige Menschen.

Daß Heuchelei hinter dem angeblichen Einlenke des Senats in der Namensfrage steht, wird darin deutlich, daß ein zweiter, entscheidender Schritt unterblieb: Die Anweisung des Hamburger Justizsenators an seine Staatsanwälte, die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Tesch und seine Genossen in die Wege zu leiten, um die Terrorurteile aufzuheben, steht noch aus. Wahrscheinlich hat der Schulsenator zu selten Gelegenheit, mit seinem Kollegen vom Justizressort zu sprechen. Ob es denn überhaupt zur Rehabilitie-

rorurteile aufzuheben, steht noch aus. Wahrscheinlich hat der Schulsenator zu selten Gelegenheit, mit seinem Kollegen vom Justizressort zu sprechen. Ob es denn überhaupt zur Rehabilitie-

rung kommt, ist in einer Stadt, deren Justiz es im Januar 1987 ablehnte, den Verantwortlichen für den Mord an 20 jüdischen Kindern in der Schule am Bullenhuser Damm im April 1945, Arnold Strippel, vor ein Gericht zu stellen, mehr als fraglich.

Die Schule heißt nach dem Kommunisten — aber seine Hinrichtung, die damals „Recht" war, ist heute immer noch keine anerkanntes Unrecht. Und gleich um die Ecke von der Bruno-Tesch-Gesamtschule liegt die Eggerstedt-Straße. Eggerstedt hieß der Polizeipräsident, der 1932 den Nazi-Aufzug genehmigte, der seitdem „Blutsonntag" heißt.

Jü.

Fortsetzung von Seite 46

ster Linie gegen die Weimarer Verfassung und gegen die Rrepublik" gerichtet. (Grolle Brief vom 21.1.1986)

Schüler, Eltern, Lehrer geben nicht auf. Arbeitsgruppen werden eingerichtet: das Leben von Bruno Tesch wird untersucht, Zeitzeugen werden befragt, der Sondergerichtsprozeß der am Altonaer Blutsonntag Angeklagten sowie dessen Behandlung nach 1945 wird thematisiert, es erscheinen Veröffentlichungen, die Ablehnungsbegründung von Senator Grolle wird breit diskutiert, Gutachten über die damalige Situation, über die Rolle der Sozialdemokratie und der KPD werden erstellt und es entsteht das Theaterstück der Klasse 10d zum Leben und Sterben von Bruno Tesch.

G.

Anmerkungen:
Zitate aus der Broschüre: „Bruno Tesch — Unsere Schule soll seinen Namen tragen ... so wird es sein!" hrsg. von der Gesamtschule Altona
Grolle-Brief vom 19.3.1987 aus: Hamburger Lehrerzeitung 4/87

Das Daimler-Benz-Buch

und andere Publikationen der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts

Von bemerkenswerter wissenschaftlicher Produktivität ist die *Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts* (vormals: *Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik*). Die ersten drei Bände ihrer *Schriften*-Reihe — über nazistische Bevölkerungspolitik, Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Daimler-Benz im „Dritten Reich" — liegen bereits vor, in Kürze werden zwei weitere Bände, darunter Robert M.W. Kempners *SS im Kreuzverhör*, erscheinen. Die Ernte von zum Teil jahrelanger Vorarbeit kritischer Historiker und Historikerinnen wird eingebracht.

In Fortführung der *Mitteilungen* der *Dokumentationstelle* erscheint seit dem Herbst vergangenen Jahres die Quartalsschrift *1999 — Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*.

„Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik" behandelt der erste Band der *Schriften*: *Der Griff nach der Bevölkerung*. Die Bevölkerungspolitik des NS-Staates mit seiner Aussonderung und Vernichtung unerwünschter Bevölkerungsteile war nicht *der* Extremfall, als der sie gerne abgetan wird. So wenig wie das „Dritte Reich" vom Himmel gefallen ist, sowenig ist es die Bevölkerungspolitik des nazistischen Staates. Nicht allein die Innere Mission erörterte bereits in

des nazistischen Staates. Nicht allein die Innere Mission erörterte bereits in

den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre die „Unfruchtbarmachung" von „erbbiologisch Minderwertigen", Vorstellungen dieser Art fanden sogar Eingang in das Programm der Sexualreformbewegung, deren Beitrag für die Streichung des § 175, für ein liberales Sexualstrafrecht, die Freigabe von Verhütungsmitteln bis heute als bahnbrechend angesehen wird. Im Programm dieser Bewegung heißt es aber eben *auch*: „Die Liga befürwortet (...) Anwendung eugenischer Erkenntnisse für eine Verbesserung der Rasse durch Geburtenauswahl. (Unterstützung der Fortpflanzung Gesunder und Begabter, Sterilisierung Ungeeigneter.)" Vorstellungen, die dann im Nazi-Reich mit mörderischer Konsequenz verfolgt wurden. Vorstellungen, die gleichzeitig mit aller „wissenschaftlichen Objektivität" von der internationalen Genetikergemeinde debattiert wurden. Die Sterilisationspolitik als Teil des Sozialabbaus auf Kosten armer und unproduktiver Bevölkerungsteile wurde schon 1932 geplant. Sie wurde sowohl vom NS-Regime wie von US-amerikanischen Stiftungen großer Konzerne bei ihren bevölkerungspolitischen Aktivitäten in der „Dritten Welt" eingesetzt. Die Politik von „Auslese und Ausmerze" war nach 1945 durchaus nicht diskreditiert, sondern wirkt in der Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik bis auf den heutigen Tag fort. Für sozialpolitisch Interessierte wie für jene, die sich mit der Problematik von Gen- und Reproduktionstechnologie umfassend auseinandersetzen wollen, ein wichtiges Buch.

„Frauenbiographien des Nationalsozialismus" enthält der zweite Band der *Schriften*: *Opfer und Täterinnen*. War bisher von Frauen im NS-Staat in der Literatur die Rede, so ging es fast ausnahmslos entweder um einzelne Widerstandskämpferinnen oder um Frauen als Opfer. Die Beziehung von Opfern und Täterinnen hingegen, schreibt die Herausgeberin Angelika Ebbinghaus, bilde „ein Stück ausgeblendeter Geschichte von Frauen." In den Studien und Dokumenten des Bandes wird gezeigt, daß und wie Frauen an der rassistischen und sexistischen Sozialpolitik des Nazismus teilgenommen und sie in ihrem Berufsalltag umgesetzt haben — als Krankenschwestern, Fürsorgerinnen, Sozialpolitikerinnen, Forscherinnen und Aufseherinnen in Konzentrations- und Vernichtungslagern. „Frauen waren zwar meist in untergeordneter Position tätig, zeichneten sich aber durch hohe Arbeitsidentifikation und Pflichterfüllung aus."

Ohne damit die beiden ersten Bände der *Schriften* herabsetzen zu wollen, muß doch konstatiert werden, daß der jüngst erschienene dritte Band — *Das Daimler-Benz-Buch* — den bisherigen Höhepunkt der Arbeit der *Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts* darstellt. — Im Vorfeld des Daimler-Benz-Jubiläumsjahres 1986 fragten Daimler-Arbeiter nach der Rolle des Unternehmens im „Dritten Reich" und kritische Historiker/innen machten sich an die Arbeit, das Wirken des Konzerns in dieser Zeit auszuleuchten. Als die ersten Ergebnisse über die Zwangsarbeiterpolitik des Daimler-Benz-Konzerns bekannt wurden und die Debatte um Entschädigungszahlungen neu auflebte, entschloß sich die Konzernleitung zur Flucht nach vorn. Die unternehmensnahe „Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V." wurde beauftragt, die Firmengeschichte der Jahre 1933 bis 45 zu erforschen. Was die Historiker/innen Pohl, Habeth und Brüninghaus als Arbeitsergebnis vorlegten, ist mit Fug und Recht als „eine Weißwäscherei ohnegleichen, (...) ein zeitgeschichtlicher Skandal" zu qualifizieren. So heißt es in der Studie der Pohl e.a.: „Es läßt sich nicht nachweisen, daß Jakob Werlin seine Stellung als Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG nutzte, um die Maßnahmen der Unternehmensführung entscheidend im nationalsozialistischen Sinne zu beeinflussen." Schließlich war Vorstandsmitglied Werlin ja auch nur: seit 1932 Mitglied der SS und NSDAP, zuletzt Gruppenführer beim Persönlichen Stab des Reichsführers SS, Mitglied im Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, Referent für Kraftfahrzeuge und Motoren beim Wirtschaftsbeauftragten des Führers, seit 1942 Generalinspektor des Führers für das deutsche Kraftfahrwesen und nicht zuletzt enger Vertrauter Hitlers.

Karl Heinz Roth referiert im *Daimler-Benz-Buch* auf vierhundert Seiten die Geschichte der Daimler-

Daimler-Benz-Buch auf vierhundert Seiten die Geschichte der Daimler-

Benz AG und ihrer Vorläufer in den Jahren von 1890 bis 1945. Er zeigt auf, was nicht nur den Unkundigen verblüffen wird, daß der Konzern über mehr als ein Jahrzehnt ein eigentlich bankrottes Unternehmen war, im Rahmen langfristiger (insbesondere) Wiederaufrüstungspläne als „Industriefiliale der Deutschen Bank" am Leben erhalten wurde, bis dann Daimler-Benz mit der Machtübergabe an die Nazis einen rasanten Aufstieg machte und zum „guten Stern des ‚Dritten Reichs'" wurde, und sich, als die Niederlage absehbar war, bei Zeiten auf die Gegebenheiten der Nachkriegszeit vorbereitete. Roth erbringt eine Fülle von Belegen, daß nicht, wie es die allgemeine Legende will und auch wieder von Pohl e.a. aufgetischt wird, der Konzern den Richtlinien der Nazis unterworfen war, sondern daß vielmehr die NS-Politik überwiegend mit den Konzerninteressen identisch war, soweit nicht gar der Konzern die Linie der NS-Politik bestimmte.

Auf den Konzern, heißt es im Vorwort, „fallen die Schatten hingerichteter deutscher kommunistischer Dreher und Schlosser, gehängter sowjetischer Zwangsarbeiter und polnischer Juden, erschossener britischer und sowjetischer Kriegsgefangener und elend zugrunde gegangener KZ-Häftlinge — Frauen und Männer, die sich der Konzern aus den Konzentrationslagern Ravensbrück, Dachau, Mauthausen, Natzweiler und Auschwitz zum Arbeitseinsatz für seine Rüstungsproduktion geholt hat." Sechs Beiträge des *Daimler-Benz-Buches* enthüllen die Rolle des Konzerns beim Einsatz von Zwangsarbeitern, deren Anzahl und Zusammensetzung in dem umfangreichen Anhang von Roths Arbeit detailliert nachgewiesen wird.

Ein weiterer Teil des Buches ist von Mitgliedern der „plakat"-Gruppe verfaßt worden (laut DGB-Organ *Welt der Arbeit* „eine einseitige Darstellung des Konflikts zwischen Mitgliedern der ‚plakat'-Gruppe bei Daimler und der IG Metall"). Die beiden letzten Teile des Buches haben die Rolle von Daimler-Benz in der aktuellen Rüstung zum Gegenstand sowie die Geschäfte des Konzerns mit Südafrika.

Das Daimler-Benz-Buch, mit einem ausgezeichneten wissenschaftlichen Apparat, reichhaltig illustriert, stabil gebunden, hat über 800 Seiten und wird zum geradezu albernen Preis von 36 Mark verkauft (Verleger Greno, der, als er noch für Zweitausendeins produzierte, ein Könner der Ermöglichung wohlfeiler Ausgaben war, hatte für dieses Buch einen Posten alten Bibeldruckpapiers organisiert).

Als Fortführung der *Mitteilungen* der *Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik* erscheint seit dem Herbst 1986 die Vierteljahresschrift *1999* mit dem optimistischen Untertitel *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*. Neben umfassenden Forschungsberichten — Zwangsarbeit im Flickkonzern, Zeppelin und die Rüstungsindustrie am Bodensee, Psychosomatische Medizin und „Euthanasie", Zwangsarbeiterinnen für die Dynamit AG, „Erforschung" und anschließende Ermordung von „Zigeuner"kindern in den Vernichtungslagern — werden in jedem Heft Dokumente publiziert, bisher u.a. über die Atomtests und die amerikanische Militärstrategie von 1947 sowie über den Kurswechsel der britischen Militärs, die im Sommer 1944 ein Vorgehen gegen die Sowjetunion mit deutscher Unterstützung debattierten. Ebenfalls enthält jedes Heft einen Diskussionsteil, in dem bisher Beiträge zur Historikerdebatte und deren „Vorläufern", den „Revisionisten" der US-amerikanischen Historikerzunft veröffentlicht wurden.

Bemerkenswert ist, daß sich diese Fachzeitschrift nicht nur an Fachleute wendet, sondern — bei Wahrung aller wissenschaftlicher Sorgfalt und ohne Niveauverlust — auch dem historisch nicht Vorgebildeten zugänglich ist, und daß sie dem politisch Aktiven wichtiges Wissen und Material nicht zuletzt für die aktuelle Diskussion an die Hand gibt.

K., Hamburg



Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik. Hrsg. von Heidrun Kaupen-Haas. Nördlingen: Greno (DELPHI Politik), 1986. Pappband, 19x23 cm, 180 S., Ill. u. Dok., DM 24.00

Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus. Hrsg. von Angelika Ebbinghaus. Nördlingen: Greno (DELPHI Politik), 1987. Pappband, 19x23 cm, 348 S., Ill. u. Dok., DM 32.00

Das Daimler-Benz-Buch. Ein Rüstungskonzern im „Tausendjährigen Reich". Hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Nördlingen: Greno (DELPHI Politik), 1987. Pappband, 19x23 cm, 829 S., zahlr. Ill. u. Dok., DM 36.00

1999 — Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts.
Hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Bisher erschienen die Hefte 1/86, 1/87 und 2/87 im Umfang von jeweils 160-180 Seiten im Format 14x23 cm. Einzelheft DM 14.00, Jahresabonnement (vier Hefte) DM 48.00 frei Haus. Abonnementsbestellungen über: Inter abo Betreuungs-GmbH, Wendenstr. 25, 2000 Hamburg 1

Buchbesprechung

Buchbesprechung

„Die NATO — Anatomie eines Militärpaktes"

Wollen die Herrschenden der BRD den dritten Weltkrieg, obwohl dies mit großer Wahrscheinlichkeit auch die eigene Vernichtung bedeuten würde? Welche Funktion haben die hierzulande stationierten taktischen Atomwaffen, die im Falle ihres Einsatzes die Bundesrepublik in eine nukleare Wüste verwandeln würden? Weshalb sträuben gerade die westeuropäischen Regierungen sich so gegen ein Abrüstungsabkommen in Sachen Atomraketen in Europa? Sollen die NATO-„Nach"rüstungswaffen den auf Europa begrenzten Atomkrieg möglich machen oder diesen gerade verhindern helfen durch die Ankoppelung des amerikanischen nuklearstrategischen Potentials an Westeuropa? Ist die NATO mit „Airland Battle" und „FOFA" von einer defensiven Abschreckungsstrategie zu einer offensiven Angriffsstrategie übergegangen oder war die NATO-Strategie auch davor schon offensiv? Wird ein nuklearstrategischer Entwaffnungsschlag der USA gegen die SU durch den Aufbau eines gigantischen „counterforce"-Potentials und die Stationierung von SDI möglich und wahrscheinlich?

All diese Fragen und viele andere, die in der friedensbewegten Diskussion der letzten Jahre oft für Verwirrung sorgten, behandelt Dietrich Schulze-Marmeling in seiner Arbeit „Die NATO — Anatomie eines Militärpaktes".

Der Schwerpunkt des Buches liegt auf der Darstellung der NATO-Abschreckungslogik und der damit zusammenhängenden Verkoppelungsproblematik. Die Lektüre der Ausführungen hierzu erfordert einiges an Konzentration, Geduld und wahrscheinlich auch Vorkenntnissen beim Leser, was jedoch vor allem an der Komplexität und Kompliziertheit des Themas liegt. Die Mühe der Lektüre wird mit einem besseren Verständnis der Zusammenhänge belohnt.

Es wird z.B. einleuchtend erklärt, daß die Herrschenden der BRD in ihrem Sinne durchaus die Verhinderung eines Krieges in Europa im Auge haben, aber gleichzeitig die militärische Macht der NATO wieder als außenpolitisches Druckmittel anwendbar machen wollen, weshalb ihre „Kriegsverhinderungs"-Strategie keineswegs mit einer Bereitschaft zu tatsächlicher Entspannung und Abrüstung gleichgesetzt werden darf.

Abschreckung bedeutet in den Augen von NATO und BRD: Den Gegner durch die Androhung eines Krieges (bzw. einer Eskalation im Krieg) zu Zugeständnissen zwingen zu können und ihn gleichzeitig davon abhalten, selbst den Krieg zu beginnen (bzw. zu eskalieren), da dies zu seiner Niederlage oder gar zu seiner totalen Vernichtung führen würde.

Um dieses Ziel erreichen zu können, muß die Kriegsdrohung natürlich glaubwürdig erscheinen. Nun ist die Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung jedoch (vor allem in den 60er und 70er Jahren) durch diverse Nachrüstungsprogramme des Warschauer Pakts und die Herausbildung des „nuklearen Patts" in eine ernste Krise geraten. Diese versucht die NATO zu lösen durch die Erlangung einer Kriegsführungsfähigkeit auf allen Ebenen. Kriegsverhinderung im Sinne der NATO setzt also Kriegsführungsfähigkeit und letztendlich auch Kriegsbereitschaft voraus.

Vor diesem Hintergrund erklärt Schulze-Marmeling die NATO-Strategie der „flexible response", die diversen Abkoppelungs- und Ankoppelungsbestrebungen, die „Konventionalisierung" bestimmter Bereiche der Bewaffnung, die wichtigsten Aufrüstungsmaßnahmen und -programme der NATO und die als „Europäisierung" bezeichnete effektivere Arbeitsteilung innerhalb des Atlantischen Bündnisses.

Die Hauptkriegsgefahr sieht der Autor nicht in einem nuklearstrategischen Erstschlag der USA „über Nacht" oder in einem plötzlichen Entschluß der NATO zur Eroberung Osteuropas, sondern in einer zum globalen Krieg eskalierenden internationalen Krise. Diese könnte z. B. ausgelöst werden durch einen zunächst regionalen Konflikt in der Dritten Welt, der dann auf Europa „überschwappt". Das könnte dadurch geschehen, daß die NATO zur Abdeckung ihres Engagements in der Dritten Welt gegenüber dem Warschauer Pakt den transatlantischen Nachschub in Gang setzt, wodurch die SU sich zu militärischen Gegenbewegungen gezwungen sähe, die wiederum Gegenmaßnahmen auf Seiten der NATO zur Folge haben könnten.

Diese Bewegungen und Gegenbewegungen, die den Autor „an ein Schachspiel erinnern" (S. 25), könnten recht schnell auch zu einem präventiven Angriff führen, um in der als unvermeidlich angesehenen militärischen Konfrontation eine möglichst günstige Ausgangsposition zu haben. Schulze-Marmeling spricht in diesem Zusammenhang von „präemptiven/präventiven Strukturen" (S. 32) und einem „Eskalationsautomatismus" (S. 30). Gleichzeitig grenzt er sich ab von Interpreten, die von einem „Weltkrieg wieder Willen" oder „Weltkrieg aus Versehen" ausgehen, da die NATO ganz bewußt eine „Politik am Rande des Abgrunds" betreibe (S. 32/33).

Insgesamt betrachtet ist Schulze-Marmelings Buch ein Plädoyer für den NATO-Austritt. Er wolle, schreibt der Autor, mit seinem Buch die „linke Lücke" in der Diskussion über Strategie und Perspektive der NATO schließen. Deshalb habe er sich auf die Aspekte konzentriert, „die mir als wesentlich erschienen, hingegen in der sonstigen NATO-Literatur weitgehend unberücksichtigt bleiben oder aber gänzlich anders behandelt werden" (S. 7). Diesem Anspruch wird das Buch durchaus gerecht.

Das Buch enthält viele interessante Thesen, die zur Diskussion anregen und Widerspruch (durchaus auch unter Mitstreitern für einen NATO-Austritt) herausfordern. Die Thesen werden zwar jeweils logisch begründet, auf Belege wird jedoch häufig verzichtet. Am Ende des Buches gibt es eine umfangreiche Literaturliste. Fußnoten hingegen, die eine Überprüfung im einzelnen ermöglichen würden, gibt es keine. Dadurch wird das Buch durchaus „lesbarer". Aber vor allem für Leser, die nicht unbedingt Spezialisten sind, ist dies auch ein gewisser Mangel.

Wer versteht z. B. den — auf die Sowjetunion bezogenen — Satz (S. 50): „Von einer tatsächlich gesicherten Fähigkeit zum ‚Zweitschlag' läßt sich allerdings genau genommen erst seit Anfang der 80er Jahre sprechen, mit der Dislozierung von nuklearstrategische Raketen tragenden U-Booten der ‚Typhoon'-Klasse"? Dazu müßte doch wohl das besondere der „Typhoon"-Klasse erklärt werden oder wenigstens die entsprechende Quelle genannt werden.

Ins Gewicht fällt das Fehlen von Quellenangaben m. E. dort, wo Zahlen über das militärische Kräfteverhältnis oder Aufrüstungsvorhaben präsentiert werden. Bekanntlich gibt es auf diesem Sektor meistens sehr unterschiedliche Schätzungen und Berechnungsmethoden. Deshalb sollte dem Leser hier eigentlich immer die Möglichkeit geboten werden, die aufgeführten Zahlen zu überprüfen und mit anderen Quellen zu vergleichen.

Was am gesamten Buch auffällt (wenn z.B. der Titel mit dem Inhalt verglichen wird), ist die weitestgehende Beschränkung auf militärpolitische Aspekte. Ökonomische Tatsachen, Entwicklungen und Zusammenhänge kommen fast gar nicht zur Sprache. Nun wäre dies wahrscheinlich auch nicht möglich gewesen, ohne den Rahmen des Buches zu sprengen. Allerdings hat es manchmal auch den Anschein, daß der Autor der Ökonomie eine sehr geringe Bedeutung zumißt.

Trotz der genannten Kritikpunkte, trotz einiger formaler Mängel (z.B. ist die Logik bei der Untergliederung des Textes mit Hilfe von dicken Punkten, die immer wieder vor bestimmte Absätze gesetzt wurden, nicht durchschaubar), sei dem interessierten AK-Leser Kauf und Lektüre des Buches empfohlen.

Hu., Nijmegen

Dietrich Schulze-Marmeling:
Die NATO — Anatomie eines Militärpaktes
Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 1987
272 Seiten, 19,80 DM
ISBN: 3-923478-24-0

Bruno Tesch — unsere Schule soll seinen Namen tragen



Schulalltag — eine quasselnde, lärmende, kichernde, ganz normale Schulklasse hängt in den Stühlen. Die Lehrerin will etwas über einen Bruno Tesch erzählen. Darauf haben die Schüler nicht besonders viel Bock: „Immer diese Steinzeit-Menschen — action ist viel besser — vielleicht Rambo ...". So beginnt das Theaterstück „Bruno Tesch — an einem Sonntag in Altona", aufgeführt von Schülerinnen und Schülern der Gesamtschule Altona, die seit neuestem Bruno-Tesch-Gesamtschule heißt. So und nicht anders hat es wohl auch in der Realität in der Gesamtschule in Hamburg-Altona begonnen.

Die Klasse 10 d führt ein Stück über Bruno Tesch' kurzes Leben auf. Die Aufführungen wurden zum Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Benennung der Schule nach dem 1933 von den Nazis hingerichtten Arbeiterjungen. Das Stück sollte Schule machen.

Wenn der Eisdielenbesitzer erzählt

Das Stück ist eingebunden in eine Rahmenhandlung: Der (erfundene) Zeitzeuge, ein italienischer Eisdielenbesitzer, besucht eine Klasse in der Gesamtschule Altona. Er hat Bruno Tesch noch gekannt. Seine Erzählung geht über in das eigentliche Stück, in dem die eben noch lärmenden Schülerinnen und Schüler die Figuren aus Brunos Lebensgeschichte und ihn selbst darstellen. In den zahlreichen jeweils kurzen Szenen, die mit Brunos Rückkehr aus Italien (seine Mutter ist Italienerin) nach Deutschland Ende der 20er Jahre beginnen, vermischen sich Politisches und Privates. Tesch wird weder auf den abenteuerlustigen Jungen reduziert, noch auf den proletarischen Revolutionär.

Dargestellt wird die Zukunftsunsicherheit des Jungen angesichts von Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, gleichzeitig aber auch die eher private Sehnsucht nach Italien. Tesch engagiert sich in der SPD — wie es scheint aus Familientradition, denn der Vater ist seit Jahrzehnten in der SPD und Betriebsrat der Altonaer Gaswerke, während die Mutter, die er über alles liebt, „immer für die Kommunisten betet". In der Beziehung Brunos zum Vater verbinden sich private und politische

„immer für die Kommunisten betet". In der Beziehung Brunos zum Vater verbinden sich private und politische

Enttäuschung.

Bruno verläßt die SPD, weil sie seiner Meinung nach zu wenig gegen die Nazis unternimmt und wendet sich dem Kommunistischen Jugendverband zu — wie es scheint nicht nur aus politischer Überzeugung, sondern auch wegen Käthe, der jungen Kommunistin, in die er sich verguckt und die, mit ihm auf der Bank sitzend, nicht unbedingt über Politik diskutieren will, sondern ... (Szene zu Ende). Bruno ist vollkommen sicher, daß man die Nazis schlagen muß, wo man sie trifft, und ist in der nächsten Szene der etwas eitle verliebte Junge, der gern ein hübsches neues Hemd haben möchte.

Daneben Szenen, die den Aufstieg der Nazis, ihre Roheit und Brutalität deutlich werden lassen und anschaulich über die Nöte jener zeit berichten (Bruno beim Arbeitsdienst, um zumindest eine warme Mahlzeit täglich zu bekommen). Dann folgt der Altonaer Blutsonntag vom Juli 1932: Der sozialdemokratische Vater Tesch fährt, wie von der Parteiführung angeraten, ins Grüne, als der Naziaufmarsch durchs rote Altona stattfindet. Sein Sohn kneift nicht.

Sie können mir doch nichts tun ...

Der zweite Teil des Stücks zeigt die Entwicklung zum Justizmord an Bruno, der nach dem Blutsonntag verhaftet wird. Ein junger Nazi läßt ihm — weil Bruno dennoch beim Arbeitsdienst immer freundlich war und wohl auch, weil's Gewissen drückt — ein Paket ins Gefängnis bringen. Bruno kommt wieder frei und sieht sich darin bestätigt, daß sie ihm nichts anhaben können. Die Flucht nach Italien lehnt er, Jahre vorher voll Sehnsucht dorthin gezogen, ab. Scheiße, wird so mancher im Publikum denken, der um den Ausgang des Stückes weiß. Der Nazi mit dem schlechten Gewissen wird von seinen „Kameraden" wieder umgedreht und tritt als Kronzeuge gegen Bruno auf. Dann geht alles sehr schnell: Gerichtsverhandlung, Aburteilung, letzte Gespräche, mit dem Pastor, den Bruno vor Jahren im Konfirmandenunterricht geärgert hat.

Fazit: Sohn Bruno und Vater Herrmann „sind gar nicht so weit voneinander entfernt", wie Bruno einst gemeint hat. Eine nicht nur private Feststellung im Gefängnis, sondern durchaus auch politisch zum Verhältnis zwischen SPD- und KPD-Mitgliedern am Ende der Weimarer Republik.

Die letzten Szenen zeigen, wie Mutter und Freundin aus den Nachrichten bzw. durch einen Plakatanschlag von

Die letzten Szenen zeigen, wie Mutter und Freundin aus den Nachrichten bzw. durch einen Plakatanschlag von

seiner Hinrichtung erfahren. Die Mutter verliest den von Bruno hinterlassenen Abschiedsbrief mit der flehentlichen Bitte, für seine Rehabilitierung zu kämpfen.

Am Ende sind die Schüler-Schauspieler wieder die Schulklasse, sie setzen sich einzeln zu Bruno, der seinen letzten Brief schreibt — als ob er ein Mitschüler, „einer von uns" wäre. Der Eisdielenbesitzer, der während der Szenenfolge aus den 30er Jahren ein junger Mann war, hat wieder seine weißen Haare und erinnert daran, daß die Todesurtele gegen Bruno Tesch und die mit ihm hingerichteten Kommunisten immer noch Bestand haben.

Das Stück der Schüler, die mit ihrer Lehrerin rund ein Jahr daran gearbeitet haben, hat den verdienten Erfolg gehabt, mit etlichen ausverkauften Vorstellungen vor einem begeisterten Publikum. Es ist Anschauungsunterricht — im doppelten Sinne. Zum einen als Lehrstück über die Vergangenheit — zum anderen als Beleg dafür, daß Schüler sehr wohl in der Lage sind, sich mit der Nazidiktatur und mit noch heikleren Dingen — dem Totschweigen und der Diffamierung des Kommunistischen Widerstands gegen die Nazis — auseinanderzusetzen. Einer der Hauptdarsteller sagt, er hätte den Bru-

stischen Widerstands gegen die Nazis — auseinanderzusetzen. Einer der Hauptdarsteller sagt, er hätte den Bru-

no Tesch gerne persönlich gekannt. Das Stück ist Geschichte und doch auch wieder dran an der Gegenwart, weil Bruno auch der türkische junge Kommunist sein könnte, der sich mit westdeutschen Neonazis schlagen muß und hinterher ganz unsicher ist, wenn er ein junges Mädchen in der Eisdiele anspricht. Daß es bei dem Thema manchmal auch etwas sentimental zugeht, der eine oder andere Charakter überzeichnet wird — das ist kein Grund zur Kritik.

H.

An einem Sonntag in Altona

Es begann 1984 mit einem Brief der GAL Altona. Darin stand der Vorschlag, die Gesamtschule in Altona nach „Bruno Tesch" zu benennen, dem jüngsten der vier Männer, die die Nazi-Justiz im August 1933 nach dem „Altonaer Blutsonntagsprozeß" hingerichtt hat. (Die Schule liegt genau in dem Gebiet, in dem sich 1932/33 diese Ereignisse zugetragen haben). Mit diesem Vorschlag konfrontiert, begann in der Schule eine breite Debatte: der „Wahlpflichtkurs Geschichte" erarbeitet das Thema „Altonaer Blutsonntag" und eine Ausstellung für die gesamt Schule, der Elternrat diskutiert und unterstützt den Vorschlag, Thema und Namensnennung werden in der Gesamtschule zentrale Unterrichtsthemen „in fast allen 6. bis 10. Klassen", es finden Abstimmungen statt im Elternrat, auf der Lehrerkonferenz, in der gesamten Schülerschaft. Die Ergebnisse — bei den Schülern recht knapp — sprechen sich doch eindeutig für den Namen „Bruno Tesch" aus.

Vorbehalte gegen diesen Namen gründeten vor allem darauf, daß Bruno Tesch Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes war. Der Hamburger Schulsenator Grolle, aufgefordert auf Antrag des Schulleiters, den Namen zu genehmigen, antwortet im Januar 1986: „Kann Bruno Tesch für die Erziehung in einer demokratischen Schule ein Vorbild für die Jugend sein?" Er räumt zwar ein, daß Bruno „ein Mensch war", „dessen Hinrichtung ein erstes Signal für die Brutalität der Naziherrschaft war", „der für sein mutiges Sterben unsere Trauer und unserer Respekt verdient", dennoch — seine Antwort lautet nein, denn die Person Bruno Tesch könne nicht aus dem Zusammenhang herausgelöst werden, in dem er „als Mitglied der kommunistischen Jugend in Altona gestanden hat". „Der Kampf der Kommunisten" aber sei „nicht allein gegen die Nazis, sondern ebenso sehr, ja, oft in er-

Fortsetzung auf Seite 44

INHALT

Kultur
„Der Sarkophag" — Ein Theaterstück nach Tschernobyl 42